



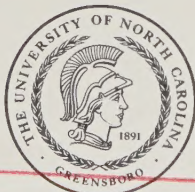
V-4 JACKSON LIBRARY-UNCG July-Dec



3 0510 0234224Q

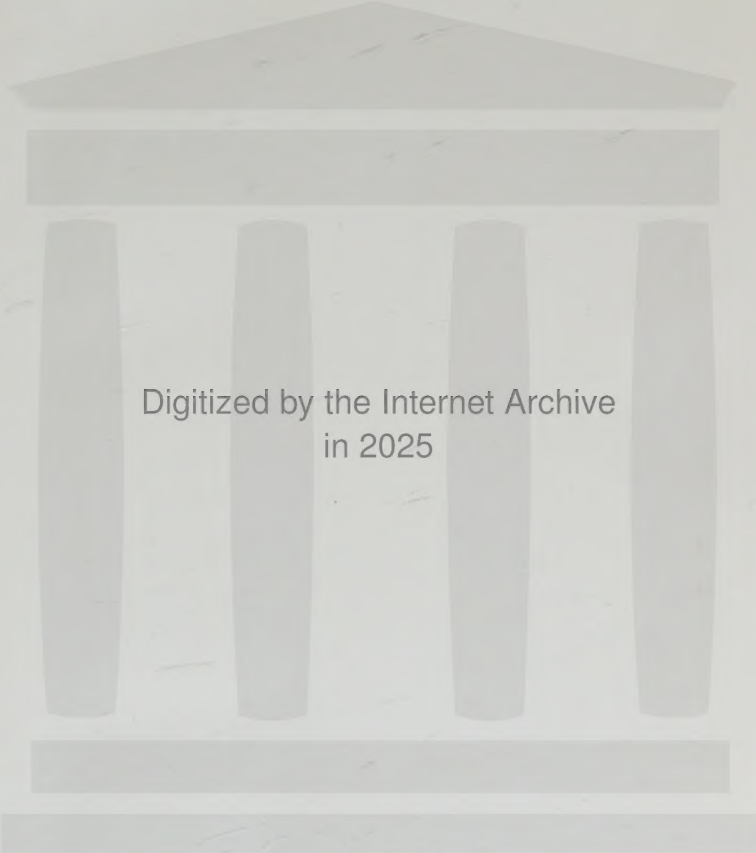
The University of North Carolina  
at Greensboro

JACKSON LIBRARY



For Building Use Only





Digitized by the Internet Archive  
in 2025









Frank Malay Anderson

# Die Kriegsschuldfrage

## Berliner Monatshefte

für internationale Aufklärung

herausgegeben von der Zentralstelle  
für Erforschung der Kriegsursachen

Leiter: Alfred von Wegerer

---

### I N H A L T

|                                                                                                             | Seite |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| Das Wichtigste aus dem Inhalt . . . . .                                                                     | 429   |
| Georges Demartial: Die russische Mobilmachung und „Die Verantwortlichen“ des Herrn Caillaux . . . . .       | 430   |
| Graf Max Montgelas: Lord Grey als Staatsmann und Geschichtsschreiber. III. und IV. Teil . . . . .           | 435   |
| Gerard's Ansichten über den preußischen Militarismus. Mit einer Erwiderung von Alfred von Wegerer . . . . . | 454   |
| August Bach: Poincaré und die erste Balkankrise . . . . .                                                   | 471   |
| König Alexander von Jugoslawien und die Attentäter von Sarajewo .                                           | 485   |
| Die Zusammenkunft von Konstanz . . . . .                                                                    | 489   |
| Monatsbericht: Presseschau, aus Zeitschriften, Bücherschau. . . .                                           | 500   |

---

Zu beziehen durch die Post oder den Verlag der Zentralstelle  
Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a. Fernsprecher Norden 5836.

---

4. Jahrgang / Nr. 7 / Juli 1926 / Einzelpreis: 1,— M



**3 Bücher,**

**welche Sie unbedingt lesen**

**sollten**

### **Der Versailler Vertrag und die Sanktionen**

von **Dr. Conrad A. Wille**

Groß-Oktav-Format, 243 Seiten, geh. R.M. 6,—

Zum ersten Male wird in dieser hochinteressanten Arbeit ein in- und ausländisches Material zur Sanktionsfrage erschlossen, das bisher noch nicht vorgelegt und ausgewertet wurde.

### **Die Dawes-Gesetze**

von **Dr. W. D. Preyer**

o. Prof. d. Nationalökonomie a. d. Un. Königsbg., M. d. R.  
62 Seiten, geh. R.M. 1,00

Das vorliegende Buch behandelt in rücksichtsloser Offenheit, nur getragen von dem Wunsche, der Klarheit zu dienen, die durch die Annahme der Dawes-Gesetze für Deutschland entstandene Lage.

### **Deutschland unter Militär-, Finanz- und Wirtschaftskontrolle**

von

**Dr. R. G. Quatz und Dr. Martin Spahn**

Geh. Reg.-Rat. M. d. R. o. Prof. d. G. a. d. Univ. Köln, M. d. R.

Mit einem Geleitwort des

**Großadmirals v. Tirpitz D. h. c.**

Ehrenvorsitzender der deutschnat. Reichstagsfraktion  
147 Seiten, geh. R.M. 4,—, in Ganzleinen geb. R.M. 5,—

Die Verfasser haben sich die Aufgabe gestellt, dem deutschen Volke über die Tragweite der Versprechungen Klarheit zu verschaffen, die es im Jahre 1924 unseren Gegnern gegeben hat. Es ist ein Rechenschaftsbericht von schonungsloser Klarheit, getragen von dem Wunsche sachlicher Prüfung und sachlicher Darstellung.

**Verlag Georg Stilke, Berlin NW7, Dorotheenstraße 65**



511  
A134  
v. 4

## Beiträge zur Schuldfrage

Herausgegeben von der  
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen

Soeben erscheint das fünfte Heft

# DAS FRANZÖSISCHE GELBBUCH von 1914

Berichtigter und durch die nachträglich bekanntgewordenen  
Dokumente ergänzter Wortlaut der ersten amtlichen Veröffent-  
lichung der Französischen Regierung über den Kriegsausbruch

MIT EINEM VORWORT  
VON ALFRED VON WEGENER

Die Aufgabe des neuen Französischen Gelbbuches von 1914, mit den von deutscher Seite festgestellten Verbesserungen und Ergänzungen, besteht darin, den an der Klärung der Kriegsursachen Interessierten in aller Welt zu zeigen, wie dringend notwendig es ist, die Forderung nach endlicher Erschließung auch der französischen Archive zu erheben. Nachdem die Regierungen Deutschlands, Österreichs, Rußlands und jetzt auch die Englische Regierung ihre Archive über den Kriegsausbruch geöffnet haben, kann und darf die Französische Regierung mit der Bekanntgabe ihres Aktenmaterials nicht länger zögern, wenn sie nicht den Verdacht auf sich laden will, daß sich hinter den verschlossenen Türen der französischen Archive Dokumente befinden, durch welche die Französische Regierung von 1914 in ärgster Weise kompromittiert werden könnte.

Wenn mit Locarno ein neuer Geist unter den westeuropäischen Völkern eingezogen sein soll, wird es höchste Zeit, durch Öffnung der bisher noch verschlossen gebliebenen Archive den mit Worten hinreichend bezeugten guten Willen auch durch die Tat zu beweisen; denn jede Verständigung zwischen den europäischen Völkern, die nicht auf der Grundlage der Wahrheit beruht, muß und wird über kurz oder lang hilflos in sich zusammenbrechen.

In Pappe gebunden M. 9.—; in Ganzleinen M. 12.—; in Halbleder M. 14.—

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK  
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

**I**ch betrachte den ganzen Versailler Vertrag nicht als „einen Reparationsvertrag, sondern als einen Strafvertrag, und kann an die Möglichkeit seiner Milderung nur dann glauben, wenn die falsche Voraussetzung, nämlich die angebliche restlose Schuld des deutschen Volkes, widerlegt ist.“

Walther Rathenau in einem Brief an Professor Dr. Alfred Manes vom 16. Dezember 1920. Walther Rathenau: Briefe. Carl Reißner-Verlag, Dresden 1926, Zweiter Band, S. 282.

## Das Wichtigste aus dem Inhalt.

Georges Demartial weist auf die hohe Bedeutung der Denkschrift Caillaux: „Die Verantwortlichen“ für die Kriegsschuldforschung hin, in der u. a. gesagt ist, daß Poincaré am 1. August im französischen Ministerrat darauf gedrungen habe, den Krieg an Deutschland zu erklären.

\*

Graf Max Montgelas beendet seine eingehende Kritik der Memoiren Greys. Er prüft im einzelnen das Verhalten Greys vor und bei Kriegsausbruch 1914. Graf Montgelas kommt zu dem Schlußergebnis, daß Grey vor der Geschichte die Verantwortung trägt für die Entfremdung des englischen und deutschen Volkes.

\*

Der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, veröffentlicht in der New Yorker „Current History“ einen Artikel zur Kriegsschuldfrage, der eine große Anzahl unzutreffender Angaben über die Entstehung des Weltkrieges enthält. Die unmittelbar bestimmende Ursache des Krieges sieht Gerard in dem deutschen Generalstab. In einer Erwiderung tritt Alfred von Wegerer den Behauptungen von Gerard entgegen.

\*

In einem Artikel über „Poincaré und die erste Balkankrise“ zeigt August Bach, daß es Poincaré in seinen Memoiren nicht gelingt, den Nachweis zu erbringen, daß er sich auf dem Höhepunkt der ersten Balkankrise im November/Dezember 1912 für die Erhaltung des Friedens eingesetzt hat.

\*

Die Verdachtsmomente, die aus den bis jetzt vorliegenden Forschungsergebnissen für eine Mitwisserschaft des Königs Alexander von Jugoslawien an dem Mord von Sarajewo sprechen, werden zusammengefaßt und kritisch beleuchtet.

\*

Zum ersten Male wird in deutscher Übersetzung der Bericht des russischen Außenministers Sasonow über die Zusammenkunft zwischen dem Zaren und dem rumänischen König in Konstanza im Juni 1914 veröffentlicht. Der Bericht ist von besonderer Bedeutung, da der russische Außenminister hier, wenige Wochen vor Kriegsausbruch, noch einmal die Stellung Rußlands zu den verschiedenen Balkanfragen und insbesondere zu dem österreichisch-serbischen Problem schriftlich niederlegt.



# Die russische Mobilmachung und „Die Verantwortlichen“ des Herrn Caillaux.

Georges Demartial.

**A**ls während des Krieges die gerichtliche Verfolgung gegen Herrn Caillaux wegen Gefährdung der äußeren Sicherheit des Staates eingeleitet worden war, fand man in seinem Geldschrank zu Florenz eine Aufzeichnung über die Verantwortlichkeit für den Krieg, betitelt „Die Verantwortlichen“. Im Jahre 1920, aus Anlaß des Prozesses, wurde dies Manuskript durch die Zeitung „L'Eclair“ veröffentlicht. Die außerordentliche Bedeutung der Frage, die Persönlichkeit des Verfassers, sein Prozeß, das alles berechtigte zu der Annahme, daß diese Publikation zu den leidenschaftlichsten Erörterungen Veranlassung geben werde.

Es geschah aber nichts! Die Frage der Verantwortlichkeit, über die man während des Krieges so viel Lärm geschlagen hatte, war nach dem siegreichen Kriegsausgang wie eine überflüssige Nebensache in das sechsendreißigste untere Schubfach versteckt worden. Gelegentlich seines Prozesses und in seinem Buch „Mes Prisons“ hat übrigens Herr Caillaux selbst sich dahin geäußert, daß es sich nicht um ein für die Öffentlichkeit bestimmtes, sondern nur für seinen eigenen Gebrauch geschriebenes Werk handle und daß er die Öffnung der Archive abgewartet haben würde, um in voller Sachkenntnis sich ein Urteil zu erlauben. Die Ausrede war nicht sehr glücklich. Wenn Herr Caillaux nach dem Kriege noch nicht genügend aufgeklärt war, um seine Ansicht über die Ursachen desselben aussprechen zu können, so müßten die übrigen Franzosen sich noch weit weniger dazu berufen fühlen. Ebenso gut kann man sagen, daß Frankreich in den Krieg gegangen sei, ohne zu wissen, warum.

Wie dem auch sein mag, „Die Verantwortlichen“ fielen der Vergessenheit anheim. Ich erinnere mich nicht, diese packende Schilderung der allgemeinen und unmittelbaren Ursachen des Krieges aus der Feder eines der ersten französischen Politiker in Frankreich oder im Auslande jemals zitiert gesehen zu haben. In dem zu Leipzig erschienenen und immerhin 2300 Nummern enthaltenden Verzeichnis der Literatur über die Verantwortlichkeit für den Krieg ist sie nicht aufgeführt. Indessen wurde sie soeben in der Zeitschrift „Les Documents Politiques“<sup>1)</sup> abgedruckt. Ich werde die Gelegenheit benutzen, zwei Stellen daraus zu erklären.

---

<sup>1)</sup> Märznummer 1926.



„Ein Ministerrat“ — schreibt Herr Caillaux — „hat am 29. Juli nachmittags im Elysée stattgefunden. Die Regierung ist mit der schwierigsten aller Fragen beschäftigt. Rußland wünscht von Frankreich zu wissen, ob es mobilisieren soll und ob es der Unterstützung durch die Republik sicher sei, falls es sich zu einer Mobilmachung entschliesse. Die Antwort ist einfach. Frankreich ist es sich selbst schuldig, seinem Verbündeten zu erklären, daß es allen eingegangenen Verpflichtungen nachkommen werde, aber diejenigen, die in seinem Namen sprechen, haben die unumstößliche Pflicht, hinzuzufügen, daß nichts ohne vorherige Vereinbarung mit England geschehen darf. Diese Sprache ist die des gesunden Menschenverstandes, und so muß man sprechen, nicht allein um des Versuchs willen, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten, sondern auch aus Sorge um Frankreich. Der Sturm droht am Horizont. Für jeden, der zu sehen versteht, kündigt er sich furchtbar an. Es ist selbstverständlich, daß die drei großen Mächte, welche den Dreiverband bilden, an dem Tage in vollem Einvernehmen untereinander stehen müssen, an dem es sich darum handelt, einen Schritt zu tun, der aller Wahrscheinlichkeit nach die Katastrophe beenden wird. Wer erkennt nicht die schreckliche Gefahr, wenn eine von ihnen, die Macht, die durch ihre Beherrschung der Meere den Erfolg gewährleisten soll, abseits gehalten wird, wenn sie nicht aufgefordert wird, ihren Teil an der Verantwortung bei einer vielleicht entscheidenden Aktion zu tragen? Hat denn weder der Präsident der Republik, noch der Ministerpräsident, der Außenminister ist, sie geahnt? War denn mit Einwilligung der im Rate anwesenden Minister nicht von England die Rede? Warum beschränkte man sich darauf, Rußland anzuraten, mit Vorsicht (sic!) zu mobilisieren? Errate, wer kann, den Sinn und die Tragweite dieser Warnung! Wird eine so unglaubliche Unterlassung nicht zu der befürchteten englischen Intervention führen, zu der Wahrnehmung, daß nach Befragung von Großbritannien einer von zwei Fällen eintreten dürfte: entweder es würde der russischen Mobilmachung zustimmen und das davon unterrichtete Deutschland dann nicht wagen, gegen die Masse der drei Mächte anzurennen, oder England würde, was sehr viel wahrscheinlicher ist, sich ablehnend verhalten und darauf hinweisen, daß man den Abschluß der Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg erst abwarten müsse. In diesem zweiten Fall wie in dem ersten wäre der Friede gesichert. Das aber wollte man nicht!“

Nach Nr. 58 des russischen Orangebuchs soll Rußland nicht bei Frankreich angefragt haben, ob es mobilisieren könne. Da Frank-

reich ihm seine Unterstützung versprochen hatte, gab es ihm zugleich mit dem Ausdruck seines Dankes von der Absicht, zu mobilisieren, Kenntnis, als ob die Zusicherung der Hilfe auch schon die Genehmigung zur Mobilmachung einschloße. Man würde sehr gern wissen, von wem Herr Caillaux seine Auffassung hat, die die Verantwortlichkeit der französischen Regierung noch mehr belastet. Aber ob die Zustimmung Frankreichs zur russischen Mobilisierung bestimmt ausgesprochen war oder von Umständen abhängig gemacht werden sollte, so kann doch die Tatsache, daß Englands Einverständnis nicht nachgesucht worden ist, nicht anders gedeutet werden, als es Herr Caillaux tut.

Nur in einem einzigen Punkt teile ich nicht die Ansicht des Herrn Caillaux. Poincaré und Viviani — sagt er — haben also die Gefahr nicht erkannt, die darin lag, daß man sich nicht vorher der Einwilligung Englands hinsichtlich der russischen Mobilmachung versichert hatte. Aber sie hatten an Ort und Stelle Verbindungen und rechneten damit, die Unterstützung Englands zu finden, indem sie bei ihm den Glauben erweckten, daß einerseits die russische Mobilmachung nicht den Krieg bedeute und daß sie andererseits durch die früher ausgesprochene Mobilisierung Österreichs gegen Rußland gerechtfertigt sei, und schließlich, daß Frankreich durch sein Bündnis verpflichtet sei, Rußland zu helfen. Mit diesen drei Grundlügen, die im Gelbbuch verzeichnet stehen, gaben sie Grey das Mittel in die Hand, seine Ministerkollegen, die in der Mehrzahl gegen einen Krieg waren, auf seine Seite zu bringen. Man kann also nicht sagen, daß Poincaré-Viviani die Gefahr, ohne formelle Zusage einer Hilfe von seiten Englands den Rubicon zu überschreiten, unbeachtet gelassen hätten, sondern, da sie sich die Unterstützung des Premierministers Asquith, der Außen-, Marine- und Kriegsminister Grey, Churchill, Haldane gesichert hatten, überschritten sie ihn; sie behielten sich vor, da doch Deutschland selbstverständlich auf die russische Mobilmachung mit einer Kriegserklärung antworten würde, der öffentlichen Meinung in England klar zu machen, daß Rußland von Deutschland angegriffen worden sei und daß Frankreich aus Ehrgefühl es unterstützen müsse. Dann würde die englische öffentliche Meinung für den Krieg gewonnen sein. Denn Frankreich zu helfen, wäre sowohl Edelmannspflicht, weil es doch nur treu seinem gegebenen Worte sich schlagen würde, als auch ein Akt der Vorsicht, da seine Niederlage das berühmte Gleichgewicht der Mächte stören würde, dessen Aufrechterhaltung seit vier Jahrhunderten der Grundgedanke der Politik Englands war. Sicherlich haben die Dinge sich so abgespielt.

Daraus erklärt es sich auch, daß Frankreich Rußland geraten haben soll, mit Vorsicht zu mobilisieren. „Errate, wer kann, den Sinn und die Tragweite dieser Warnung“, sagt Herr Caillaux sehr richtig. Und in der Tat könnte man glauben, ein Operettenkönig habe sie ausgesprochen. Man beachte aber, daß das Telegramm 101 des Gelbbuches, worin sie steht, nicht allein nach Petersburg, sondern auch nach London geschickt worden ist, und man wird verstehen: auch das war nur eine Art und Weise, die Engländer zu ködern.

Mithin klage ich, wie Herr Caillaux, Poincaré-Viviani an, den Krieg in scharf überlegter Absicht gewollt zu haben, für die russische Mobilmachung und infolgedessen für den Ausbruch des Krieges verantwortlich zu sein. Aber ich bin nicht der Ansicht, daß ihre Haltung gegenüber England unvorsichtig gewesen ist. Es scheint mir im Gegenteil, daß sie mit dem britischen Leoparden geschickt umgegangen sind. In Gemeinschaft mit ihren Aufpassern ist es ihnen geglückt, ihm einen Ring durch die Nase zu ziehen, vermitteltst dessen sie ihn, auch ohne Berufung auf die belgische Frage, hinter dem gallischen Hahn und dem russischen Bären herzuschleppen verstanden.

\* \* \*

„Der Wunsch des Präsidenten der Republik nach einem Konflikt“ — sagt ferner Herr Caillaux — „geht für jeden Unterrichteten aus seiner Haltung im Ministerrat am 1. August hervor. Deutschland hatte sein Ultimatum an Rußland gesandt. Der Krieg war sicher, aber Frankreich hatte, obwohl es die Mobilmachung veranlaßte, ein Hauptinteresse daran, jede Geste zu vermeiden, die ihm den Schein des Angreifers geben konnte. Davor mußte es sich hüten, nicht allein wegen seines moralischen Ansehens in der Welt, sondern auch, um zum gegebenen Zeitpunkt die erwartete Hilfe zu finden. Trotzdem drang der Präsident der Republik gegenüber den Ministern darauf, Frankreich solle Deutschland den Krieg erklären. „Frankreich“ — sagte er und wiederholte er hartnäckig — „läßt sich nicht den Krieg erklären.“ Warum? Was bedeutet diese Phrase, in der hinter großen Worten Ideen stecken, die ganz im Widerspruch zu den republikanischen Grundsätzen stehen, wenn nicht, daß das Staatsoberhaupt vor den letzten Friedenshoffnungen die Tür zuschlagen wollte? Seine Minister gingen nicht mit ihm, aber ist dieser letzte Zwischenfall, der für Frankreich unheilvolle Folgen hätte haben können, nicht bezeichnend?

Wenn die Tatsache richtig ist — und die genauen Angaben des Herrn Caillaux lassen es vermuten —, so ist sie überraschend.

Der altbekannte Plan Deutschlands war, Frankreich anzugreifen, bevor Rußland bereit war. Da Frankreich, anstatt anständigerweise zu bekennen, es wolle die Gelegenheit ergreifen, mit Deutschland wegen 1870 abzurechnen, die Rolle des vom Wolf überfallenen Lammes zu spielen beabsichtigte, so hatte es alles Interesse daran, nach der Mobilisierung erst die Kriegserklärung Deutschlands abzuwarten, um dann öffentlich erklären zu können, der Krieg sei ihm aufgezwungen worden. Nichts war leichter, als sich mit Rußland darüber zu verständigen. Und das ist tatsächlich geschehen.

Warum also wollte Poincaré damals den andern zuvorkommen, er, der seitdem doch so trefflich es auszunutzen verstanden hat, daß von Deutschland an Frankreich der Krieg erklärt worden ist? Warum befragt man weder ihn, noch die Minister vom Juli 1914? Warum werden zu einer Zeit, wo Berge von Büchern, Legionen von Zeitungen uns über die gleichgültigsten Dinge informieren, ohne den Funkspruch zu erwähnen, der sie uns in die Ohren schreit, Ereignisse, die weit dramatischer sind als alles, was die Einbildungskraft ersinnen kann, Ereignisse, die die Welt in ihren Grundfesten erschütterten und sie mit Ruinen bedeckt zurückließen, warum werden diese uns systematisch verheimlicht? Und obendrein, wir wissen haarklein, was anderswo sich zugetragen hatte, wir verfolgen den Gedankengang des deutschen Kaisers von Stunde zu Stunde, wir wohnen den bewegten Besprechungen des Zaren und Sasonows bei, wir haben die Protokolle der Sitzungen des österreichischen Ministerrats in Händen, und wir wissen nichts, aber auch rein gar nichts von dem, was bei uns sich ereignet hat.

Und das ist das Resultat davon. Zu Zeiten Homers glaubte man, daß die Sonne jeden Abend in den Ozean hinuntersteige, um sich zu erfrischen. Man fragte sich nicht, wie sie tags darauf am entgegengesetzten Horizont wieder erscheinen könne. Das französische Volk zeigt hinsichtlich der Kriegsursachen eine ähnliche Naivität. Es glaubt, Deutschland habe Frankreich, das sich nicht schlagen wollte, angegriffen, um es zum Krieg zu zwingen. Die Frage legt es sich nicht vor: warum hat Deutschland, das alles Interesse daran hatte, mit Rußland allein zu tun zu haben, Frankreich angegriffen und sich selbst auf diese Weise zwischen zwei Feuer gesetzt? Das ist doch die Frage, die ein Kind von sieben Jahren, dem man vom Krieg erzählt, sich stellen würde. Und diese ist seit zwölf Jahren aufgeworfen.

Ich möchte nicht den Anschein erwecken, als läge mir nichts an der Freiheit, die ich immer noch über alles stelle. Aber wenn man sieht, wie ein sogenanntes freies Volk einen Krieg auf Tod und



Leben in solcher Unkenntnis der Verhältnisse geführt hat, da fragt man sich, wozu die Freiheit und die Demokratie nütze sind und ob ein Mussolini nicht zu entschuldigen wäre, daß er sie in seine Tasche steckt.

---

## Lord Grey als Staatsmann und Geschichtsschreiber.

Graf Max Montgelas.

### III. Teil. Das Jahr der Katastrophe.<sup>1)</sup>

Die Verhandlungen übereinrussisch-englisches  
Marineabkommen.

Bei einer Zusammenkunft mit Grey bei König Georg in Balmoral im September 1912 hatte Sasonow einer von Poincaré im vorhergehenden Monat gegebenen Anregung folgend<sup>2)</sup>, einen Fühler ausgestreckt, auf welche Unterstützung zur See Rußland rechnen könne, wenn es „infolge seiner Allianz mit Frankreich“ in Krieg mit Deutschland verwickelt würde (I. S. 287). Sir Edward äußerte Bedenken gegen Operationen der britischen Flotte in der Ostsee und fuhr fort: „natürlich würde unsere Flotte (wenn es ihr nicht gelingt, die deutsche Flotte zum Auslaufen und zu der von uns gewünschten Schlacht zu bringen) die deutsche Nordseeküste absperren und blockieren und würde, wenn England am Kriege teilnimmt, alles in ihrer Macht Stehende gegen Deutschland unternehmen sowie jeden Kriegsgegner Deutschlands unterstützen“. Dieser Teil der Greyschen Aufzeichnung, der beweist, wie wenig man in maßgebenden englischen Kreisen die deutsche Flotte — auch nach der Novelle vom Frühjahr 1912 — als ebenbürtigen Gegner betrachtete, stimmt dem Sinne nach mit dem Bericht Sasonows überein.

Weiter meldete jedoch der russische Minister dem Zaren: „Bei diesem Anlaß bestätigte mir Grey aus eigenem Antrieb, was ich bereits von Poincaré wußte, und zwar das Bestehen eines Übereinkommens zwischen Frankreich und Grossbritannien, nach dem England im Falle eines Krieges sich verpflichtete, Frankreich nicht

---

<sup>1)</sup> I. und II. Teil siehe Mai- und Juniheft.

<sup>2)</sup> „Un Livre Noir. Diplomatie d'Avant-Guerre d'après les Documents des Archives Russes“ II. S. 330.

nur zur See, sondern auch auf dem Kontinent durch Landung von Truppen zu Hilfe zu kommen“.<sup>3)</sup> Die Memoiren geben zu, daß möglicherweise die französische Mitteilung über die militärischen Besprechungen in einer Form erfolgt sei, die den „Eindruck bindender Wirkung“ hervorrufen konnte (I. S. 276). In der Aufzeichnung Greys über das Gespräch fehlt jedoch der eben angeführte Teil des russischen Berichts und ist durch folgende Ausführungen ersetzt, die umgekehrt in der Wiedergabe Sasonows fehlen: Die Frage, ob England am Kriege teilnehme, hänge davon ab, „aus welchem Anlaß der Krieg entstehe“ (how the war came about). Eine englische Regierung könne nur mit Unterstützung der öffentlichen Meinung des Landes Krieg führen, die einen französischen Revanchekrieg niemals billigen würde. Wenn jedoch Deutschland durch seine „große, ja beispiellose“ Stärke sich zu dem Versuche verleiten ließe, Frankreich zu zerschmettern, so würde eine passive Zuschauerrolle nach Greys Ansicht nicht möglich sein.

Wie Poincaré häufig, wie Sir Charles Hardinge in Reval, so würde somit Grey in Balmoral von russischer Seite mißverstanden worden sein. In seinem Buche erklärt er die Unstimmigkeit damit, daß er in der Zeit nach 1905 wiederholt befragt worden sei, ob England in einem Kriege gegen Deutschland nur zur See oder auch zu Lande kämpfen würde, worauf er stets unwillig geantwortet habe, England werde „selbstverständlich Flotte, Landheer, Menschen, Geld und alle seine Hilfsmittel einsetzen“ (I. S. 289).

Was den Russen in Balmoral nicht gelang, erreichten die Franzosen mühelos anderthalb Jahre später. Ende April 1914 begleitete Sir Edward das englische Königspaar nach Paris. Am dritten und letzten Tage des Besuches wurde der englische Minister nach dem Quai d'Orsay gebeten, wo man ihm auseinandersetzte, in Petersburg habe man Kenntnis von den Besprechungen des französischen und britischen Generalstabes, England möge daher, um die Russen nicht zu kränken, in ein Marineabkommen mit ihnen einwilligen. Grey stimmte so rasch zu, daß die Franzosen glaubten, er sei der Billigung des Kabinetts schon sicher. Diese wurde dann auch erteilt, und zwar im Rahmen des Briefwechsels Grey-Cambon vom November 1912 (I. S. 275). Zur Ergänzung der Memoiren muß angefügt werden, daß der Staatssekretär am 22. Mai die Botschafter Frankreichs und Rußlands zu sich bitten ließ und nach Übermittlung der britisch-französischen Korrespondenz an Graf

---

<sup>3)</sup> Professor M. Pokrowski, Vorstand der russischen Archive, in der Wochenschrift „Prawda“ Nr. 6 vom 2. März 1919; wiedergegeben im deutschen Weißbuch 1919 „Deutschland schuldig?“ S. 192/3.

Benckendorff diesem vorschlug, der russische Marineattaché in London solle ermächtigt werden, mit dem britischen Admiralstab die Einzelfragen zu beraten.<sup>4)</sup>

Nach dem Verlauf der Beratungen hat sich Grey später niemals erkundigt (I. S. 274). Doch die Sache blieb nicht geheim, so daß am 11. Juni eine Anfrage im Parlament erfolgte, ob ein englisch-russisches Marineabkommen abgeschlossen sei, oder ob irgendwelche Verhandlungen zum Abschluß eines solchen Abkommens im Gange seien. Grey gab nach dem üblichen Brauche eine Antwort, die nichts Unwahres enthielt und doch die Wahrheit verschwieg. Mit leichter Selbstironie schreibt er, daß es „keine Antwort auf die gestellte Frage“ gewesen sei. Aber es sei notwendig, so zu antworten. Der Premierminister habe Anfragen über die militärischen Besprechungen mit Frankreich in gleicher Weise behandelt (I. S. 279), was tatsächlich vollkommen zutrifft. Die Täuschung des Parlaments war mit dem russischen Botschafter besprochen worden, der darüber berichtet<sup>5)</sup>:

„Ich habe gestern Grey benachrichtigt, daß Kapitän Wolkow aus Petersburg zurückgekehrt sei und die Ermächtigung erhalten habe, die Verhandlungen mit der Admiralität aufzunehmen. Grey antwortete, daß er den Ersten Lord der Admiralität hiervon sofort in Kenntnis setzen werde. Bei dieser Gelegenheit bemerkte Grey, daß bedauerlicherweise gewisse Indiskretionen in dieser Angelegenheit gemacht worden wären, und daß sich zuerst deutsche und dann auch andere Zeitungen mit der Frage befaßt hätten. Er bedauerte dies um so mehr, als er eine an ihn im Unterhause gestellte diesbezügliche Frage zu beantworten haben werde.

Ich antwortete ihm, daß ich meinerseits diese Indiskretionen außerordentlich bedauerte, die sich nur allzu häufig wiederholten; ich sei überzeugt, daß Eure Exzellenz diesen Standpunkt teilten, und ich teilte ihm mit, daß die „Nowoje Wremja“ eine Widerlegung veröffentlicht habe. Grey wußte dies nicht und war hiermit sehr zufrieden. Er bat mich, ihm den Text zukommen zu lassen. Er teilte mir hierauf in allgemeinen Umrissen die Antwort mit, die er im Parlamente zu geben gedenke, und die unsere Verhandlungen ebenso wie die mit Frankreich stattgefundenen decken würde. Ich antwortete ihm, daß es mir zweckmäßig erscheine, die Sache von diesem Standpunkte aus anzufassen.“

Ähnlich „verschleiend“ äußerte sich Grey gegenüber dem deutschen Botschafter am 24. Juni.<sup>6)</sup> In einer zweiten Unterredung

<sup>4)</sup> „Livre Noir“ II. S. 321 ff. Siebert „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre“ S. 814.

<sup>5)</sup> Benckendorff an Sasonow 29. Mai/11. Juni 1914. „Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914“. Im Auftrage des deutschen Auswärtigen Amtes in deutscher Übertragung herausgegeben von Friedrich Stieve. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924, Bd. IV, Nr. 1364.

<sup>6)</sup> „Deutsche Dokumente zum Kriegeausbruch“ Nr. 5.

vom 9. Juli gab er zu, daß „von Zeit zu Zeit Unterhaltungen zwischen den beiderseitigen Marine- oder Militärbehörden (Britten mit Franzosen und mit Russen) stattgefunden hätten“, worauf Fürst Lichnowsky sehr zutreffend bemerkte, es wäre „wünschenswert, daß solche militärische Konversationen auf ein Mindestmaß beschränkt blieben, da sie sonst leicht zu unerwünschten Folgen führen könnten.“<sup>7)</sup> Wie heute bekannt, sind diese Besprechungen leider weit über das Mindestmaß hinausgegangen und haben daher die mit Recht befürchteten unliebsamen Folgen gehabt.

Zum Abschluß gelangte indessen die Marinekonvention mit Rußland nicht mehr. Die britische Admiralität scheint überhaupt geringe Neigung dazu gehabt zu haben, da nach ihrer Ansicht der Wiederaufbau der russischen Flotte noch nicht weit genug fortgeschritten war.<sup>8)</sup>

### Die Entwicklung der Meerengenfrage.

Bei der bosnisch-herzegowinischen Krise hatte das Londoner Kabinett den russischen Anträgen taube Ohren gezeigt.<sup>9)</sup> Die Memoiren Greys schweigen dann über die „Straits“ bis zum Kriege. Aus den Berichten des Grafen Benckendorff wissen wir jedoch, daß man in London dauernd den geeigneten Zeitpunkt für die Petersburger Wünsche noch nicht für gekommen erachtete.<sup>10)</sup> Erst im Herbst 1911 anlässlich der Aktion des russischen Botschafters Tscharykow in Konstantinopel, der eine Art russischen Protektorats über die Meerengenufer mit territorialer Garantie für die Türkei, dafür freie Durchfahrt für russische Kriegsschiffe anstrebte<sup>11)</sup>, ließ man in Downing Street den Einwand des „schlecht gewählten Zeitpunktes“ fallen, blieb indessen bei dem Gegenvorschlag von 1908 der Öffnung der Engen für die Kriegsfahrzeuge aller Nationen, d. i. der Lösung, von der man wissen mußte, daß sie die den Russen am wenigsten erwünschte war.<sup>12)</sup> Auch damals nahmen die beiden Mittelmächte, wie schon drei Jahre früher, eine weit entgegenkommendere Haltung ein. Als dann im ersten Balkankriege Anfang

<sup>7)</sup> loc. cit. Nr. 30.

<sup>8)</sup> Sir Julian Corbett „Naval Operations“ I. S. 9. Genaueres über die ganzen Verhandlungen siehe A. Bach in den „Preußischen Jahrbüchern“ August 1924.

<sup>9)</sup> Juniheft S. 382.

<sup>10)</sup> Siebert S. 678 und andere Stellen.

<sup>11)</sup> „Livre Noir“ II. S. 463 f., 466; Siebert S. 675 f., 678, 681—684.

<sup>12)</sup> Vgl. dazu das Aide-Mémoire des russischen Botschafters Saburow vom 5. Februar 1880 „Große Politik“ 3. Band Nr. 517.



November 1912 mit dem Einzuge der Bulgaren in Konstantinopel gerechnet werden mußte, regte Grey sogar an, Saloniki und Konstantinopel zu neutralisieren und zu internationalisieren.<sup>13)</sup> Auf Grund einer langen Denkschrift Sasonows, worin gegen diesen, alle russischen Zukunftshoffnungen vernichtenden Gedanken Einspruch erhoben wurde, gab Grey seine Zustimmung zu dem Plane Iswolskys von 1908, jedoch mit der sehr einschränkenden Klausel, dass zuvor ein Einvernehmen mit der Türkei erzielt werden müsse.<sup>14)</sup>

Es würde sicher interessant gewesen sein, über diese Vorgänge einiges aus der Feder des damaligen englischen Außenministers zu erfahren, doch genügt wohl schon das folgende Eingeständnis: „Die britische Politik ging immer darauf hinaus, Rußland von Konstantinopel und den Meerengen fernzuhalten; für dieses Ziel kämpften wir im Krimkriege in den fünfziger Jahren, es war die Richtlinie unserer Politik unter Beaconsfield in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts; es war natürlich auch jetzt noch unsere Politik“. Erst im Weltkriege, bei Beginn der Dardanellenexpedition (Frühjahr 1915) sei es dann, nach langen Überlegungen, nach Überwindung schwerer Bedenken, nach Beratungen unter Zuziehung der Führer der konservativen Opposition zu dem geheimen Vertrage gekommen, über dessen Inhalt dem Leser nichts mitgeteilt wird (II. S. 187 ff.).

Erheblich mehr darüber erzählt der französische Botschafter am Zarenhofe.<sup>15)</sup> Schon am 14. November 1914 erhielt Sasonow die Mitteilung, die Regierung Sr. Britischen Majestät sei zu der „Erkenntnis gekommen, daß die Frage der Meerengen und Konstantinopels den Wünschen Rußlands entsprechend gelöst werden müsse“. Als Kompensation wurde einige Tage später angemeldet, die Londoner Regierung sehe sich „vor die Notwendigkeit (!) gestellt, Ägypten zu annektieren“. Gegenüber dem Versprechen des Königs wegen Konstantinopels machte Grey noch einige Zeit Schwierigkeiten und forderte schließlich am 12. März 1915 als zweite englische Kompensation die Annexion der „neutralen Zone“ Persiens. Sasonow antwortete: „Abgemacht“. Frohlockend notiert Paléologue in sein Tagebuch: „So wurde die persische Frage, die seit zwei Jahrhunderten zwischen England und Rußland Zwietracht

<sup>13)</sup> Siebert S. 688.

<sup>14)</sup> Siebert S. 687—91.

<sup>15)</sup> M. Paléologue „La Russie des Tsars“, deutsche Ausgabe I. Bd. S. 181, 183, 297.

nährte, in einer Minute erledigt“. Man darf hinzufügen: „So wurden die Rechte der neutralen Staaten und schwachen Nationen gewahrt“.

Gemeinsam bleibt den beiden Darstellungen, daß die britische Politik erst im Kriege, mit Widerstreben und gegen sehr beträchtlichen eigenen Gewinn den Widerstand gegen die russischen Aspirationen aufgegeben hat. Die russische Konferenz vom 21. Februar 1914 sah somit klar, als sie zu dem Schluß kam, daß der Besitz der Meerengen nicht durch einen lokalisierten Krieg gegen die Türkei, sondern nur im „Rahmen eines europäischen Krieges“ verwirklicht werden könne. Dabei handelte es sich nicht nur um Überwindung des Widerstandes der Mittelmächte, sondern auch um Überwindung des Widerstandes Großbritanniens, das in einem europäischen Kriege dem über Millionenheere verfügenden Waffengefährten bereitwillig manches gewähren würde, was es ihm im Frieden hartnäckig verweigerte.

### Der „Naval Holiday“.

Eine Beschwerde Greys gegen Deutschland bezieht sich darauf, daß der Vorschlag Churchills, im deutschen und englischen Flottenbau ein „Feierjahr“ für 1914 einzulegen, abgelehnt wurde. Er ist einsichtig genug, zuzugeben, daß aus der Ablehnung keine Kriegsabsicht für jenes Jahr gefolgert werden darf, denn die Einstellung der Schiffsbauten würde die Stärke der deutschen Seemacht bei Kriegsausbruch nicht beeinträchtigt haben (I. 291). Um so mehr muß man sich wundern, daß er nicht auch einsieht, wie wenig das Wehrgesetz von 1913 derartige Verdächtigungen begründet.<sup>16)</sup>

Begreiflich ist es, daß Grey nicht weiß, wie verschieden die Verhältnisse für den Schiffsbau in Deutschland und England gelagert waren. England brauchte auch bei einem Feierjahre keine Arbeiter zu entlassen, da seine Kriegswerften für die ganze Welt arbeiteten. Anders in Deutschland, wo eine einjährige Pause Tausende von Arbeitern auf die Straße geworfen haben würde.

Weniger verzeihlich ist es, daß die Memoiren unterlassen, zu erwähnen, daß der Vorschlag des „Naval Holiday“ auch in Paris große Aufregung verursachte, dort natürlich wegen seiner angeblichen Deutschfreundlichkeit, so daß ein schleuniger Besuch des Premierministers Asquith in Paris nötig wurde, um die Gemüter zu beruhigen.<sup>17)</sup>

---

<sup>16)</sup> Juniheft S. 389 f.

<sup>17)</sup> G. v. Jagow „England und der Kriegsausbruch“ S. 31.

## Der Entwurf eines deutsch-englischen Kolonial- abkommens.

Die Aufzeichnungen widmen dem deutsch-englischen Abkommen über die Bagdadbahn und die portugiesischen Kolonien, das im Juli 1914 vor dem Abschlusse stand, nur wenige Worte. „Wir hatten unsere Bereitwilligkeit gezeigt, Deutschland in der Frage der Bagdadbahn entgegenzukommen und (soweit es uns ehrenhafterweise möglich war) in der Frage der portugiesischen Kolonien; und ein Abkommen über diese Fragen war in den ersten Monaten 1914 so gut wie abgeschlossen“ (I. S. 292). Dazu folgt die Anmerkung: „Ich fühlte, daß die Kombination des geheimen Abkommens mit Deutschland über die portugiesischen Kolonien mit unserer Allianz mit Portugal die britische Regierung in eine zweideutige Lage gebracht hatte. Ich teilte daher dem deutschen Botschafter mit, wir hätten die portugiesische Regierung versichert, daß wir das englisch-portugiesische Bündnis noch als in Kraft befindlich ansähen; und um die ganze Sache klarzustellen, schlug ich vor, daß diese Portugal gegebene Zusicherung gleichzeitig mit dem revidierten Abkommen über die portugiesischen Kolonien veröffentlicht werden solle. Das letztere war paraphiert, aber ich war nicht gewillt, es zu unterzeichnen, außer wenn es veröffentlicht würde. Die Anregung war in Berlin nicht willkommen, und das revidierte Abkommen über die portugiesischen Kolonien wurde daher niemals fertiggestellt. Dieses Abkommen blieb so, wie ich es bei meinem Amtsantritt vorgefunden hatte.“

Man muß der Ansicht durchaus zustimmen, daß die britische Regierung sich in eine „ambiguous position“ gebracht hatte, indem sie 1898 mit Deutschland eine Vereinbarung über eventuelle Liquidation der portugiesischen Kolonien abschloß<sup>18)</sup> und gleich darauf (1899) durch das Windsorabkommen die auf obsolete Allianzverträge von 1703 sich gründende Verpflichtung zur Garantie des portugiesischen Besitzstandes als noch in Kraft befindlich anerkannte. Der Sinn der angeführten Stellen aus den Memoiren ist

---

<sup>18)</sup> Entstehung des Vertrages siehe „Große Politik“ 14. Band I. Teil. Nach Darstellung des Königs von Portugal (Nr. 3818) hatte England ursprünglich die Absicht, durch Gewährung einer Anleihe an das verschuldete Königreich sich freie Hand für Regelung des Besitzstandes der portugiesischen Kolonien ohne Beteiligung dritter Mächte zu verschaffen. Deutschland und Frankreich erfuhren hiervon und erhoben Einspruch. In lang dauernden Verhandlungen erreichte Botschafter Graf Hatzfeldt eine weitgehende Berücksichtigung der deutschen Interessen. Text der damaligen Verträge siehe Nr. 3872. Portugal lehnte jedoch das Angebot einer deutsch-englischen Anleihe ab, Nr. 3881.

nun offenbar der, daß für Grey die mehr als hundert Jahre vor all den vergessenen Garantien des Wiener Kongresses liegende Bürgschaft wichtiger war als der eventuelle Aufteilungsplan, der durch eine solche Auffassung doch sehr an Bedeutung verlor. Immerhin würde auch mit dieser Einschränkung die Vollziehung und Veröffentlichung des Abkommens von großer Bedeutung gewesen sein. Das Wort Bismarcks, das er 1883 vor Erneuerung des Dreikaiserbündnisses nach Wien richtete, um dort russische Wünsche auf Änderung des Vertragstextes durchzusetzen, „das Wichtigste ist immer, daß ein Vertrag dieser Tendenz überhaupt zwischen den drei Mächten existiert“<sup>19)</sup>, würde cum grano salis auch auf diesen Vertrag zugetroffen haben, da er bei der französischen und russischen Kriegspartei die Zuversicht auf englische Waffenhilfe gedämpft hätte.

Überhaupt hätten sich, darin ist Grey gleichfalls beizupflichten, die deutsch-englischen Beziehungen infolge der gemeinsamen Friedensarbeit auf der Londoner Konferenz und des in Aussicht genommenen Abkommens entschieden gebessert. Gerade dieser Umschwung verleitete in Berlin nach Ausbruch der großen Krise zu der Hoffnung, nicht etwa daß England in einem europäischen Kriege neutral bleiben würde<sup>20)</sup>, sondern, daß es Österreich nicht hindern werde, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen, und daß es durch mäßigende Einwirkung auf Paris und Petersburg den Frieden sichern werde.

Daß die Besserung der Beziehungen, soweit England in Frage kommt, in Berlin jedoch überschätzt worden ist, dafür sprechen zwei Vorgänge, die durch die Papiere des amerikanischen Obersten House und des amerikanischen Botschafters Page bekannt geworden sind. House, der von Präsident Wilson mit einer Erkundungsmission nach Berlin, Paris und London beauftragt war, hatte Anfang Juni die Reichshauptstadt verlassen, „beglückt durch das Vertrauen, daß der große Einfluß des deutschen Kaisers zugunsten des Friedens und der Erweiterung des Welthandels eingesetzt werden würde“. In London schlug er daher vor, Grey möge doch zur Kieler Woche gehen. Indes der Staatssekretär, der eben erst in Paris gewesen war und die Franzosen durch sein bereitwilliges Eingehen auf ihre Vorschläge überrascht hatte, lehnte mit der Begründung ab, daß

---

<sup>19)</sup> „Große Politik“ 3. Band Nr. 612 S. 306.

<sup>20)</sup> Daß im Falle eines Krieges England auf Seite Frankreichs und Rußlands kämpfen würde, hatte Unterstaatssekretär Zimmermann schon am 18. Juli als wahrscheinlich bezeichnet. „Deutsche Dokumente“ Anhang IV. Nr. 2 S. 129.



dieser Besuch in Paris und Petersburg Verstimmung erzeugen könnte. Und nicht nur selber wollte Sir Edward seinen Fuß nicht auf deutschen Boden setzen, er veranlaßte auch House, seine Absicht eines zweiten Besuches in Berlin aufzugeben. Eine Zusammenkunft, die Staatssekretär von Jagow im Frühjahr 1914 mit dem Privatsekretär Greys, Sir William Tyrrell, vereinbart hatte, und die vom englischen Minister anfänglich gebilligt worden war, ist gleichfalls nicht zustande gekommen.<sup>21)</sup> Kann man bei solcher Angst vor französischer Empfindlichkeit noch von einem ernsten und kraftvollen Willen sprechen, mit Deutschland nicht nur zu besseren, sondern zu wirklich guten Beziehungen zu gelangen?

### Der Kriegsausbruch.

Auf die Abschnitte des Greyschen Buches über die Krise 1914 hat Staatssekretär von Jagow in seiner Schrift „England und der Kriegsausbruch“<sup>22)</sup> schon eine erschöpfende Antwort erteilt. Hier soll daher lediglich der Wortlaut einiger in den Memoiren neu beigebraachter, im englischen Blaubuch fehlender Dokumente angeführt werden.

Am 25. Juli unterrichtete Grey den britischen Vertreter in Petersburg über ein Gespräch, das er am Nachmittag mit Graf Benckendorff geführt hatte (I. S. 307 f.).<sup>23)</sup> Er habe dem russischen Botschafter, wie schon am Vormittag dem deutschen, von dem (vom Konferenzvorschlag wohl zu unterscheidenden und von Deutschland bekanntlich sofort angenommenen) Vorschlag der Vermittlung zu Vieren gesprochen und sich bemüht, die von Benckendorff geäußerte Besorgnis zu zerstreuen, daß durch diesen Vorschlag eine Isolierung Rußlands gegenüber Frankreich und England eintrete. Dann fuhr Grey fort:

„Graf Benckendorff drang darauf, ich solle Deutschland zu verstehen geben, daß England nicht abseits stehen würde, wenn es zum Kriege käme. Ich erwiderte, daß ich (dem deutschen Botschafter) keine Andeutung gemacht hätte, daß wir abseits stehen würden. Ich hätte dem deutschen Botschafter gesagt, solange nur Streit zwischen Österreich und Serbien allein bestehe, würde ich mich nicht berechtigt fühlen, zu intervenieren; sobald jedoch daraus eine Angelegenheit zwischen Österreich und Rußland werden sollte, so würde das eine Frage des europäischen

---

<sup>21)</sup> Jagow loc. cit. S. 31 f. und die dort angeführten Quellen.

<sup>22)</sup> Verlag für Kultur und Politik, Berlin 1925 (82 Seiten).

<sup>23)</sup> Auch H. Rothfels mißt diesem Dokument besonderen Wert bei; Märzheft S. 158.

Friedens sein, die uns alle angehe. Ich hätte ferner die Vermutung (assumption) geäußert, daß Rußland mobilisieren werde<sup>24)</sup>, während die Vermutung der deutschen Regierung bisher offiziell die gewesen sei, daß Serbien keine Unterstützung erhalten würde; und meine Ausführungen müßten die deutsche Regierung veranlassen, die Sache ernst zu nehmen. In der Tat sei meine Aufforderung darauf hinaus gegangen (in effect, I was asking), daß, wenn Rußland gegen Österreich mobilisiere, die deutsche Regierung, welche die österreichischen Forderungen gegen Serbien unterstützt hatte, von Österreich verlangen solle, unter der Drohung der russischen Mobilmachung eine Einschränkung seiner Forderungen in Erwägung zu ziehen. Das sei keine leichte Sache für Deutschland, obwohl wir gleichzeitig gemeinsam Rußland ersuchen würden, von aktivem Vorgehen abzusehen (to suspend action). Ich würde auch befürchten, Deutschland werde antworten, daß die Mobilmachung in Deutschland eine Sache von Stunden, in Rußland aber von Tagen sei, und daß ich tatsächlich verlangt hätte, Deutschland solle im Falle einer russischen Mobilmachung gegen Österreich anstatt gegen Rußland zu mobilisieren, von seiner Mobilmachung absehen und gemeinsam mit uns bei Österreich intervenieren, wodurch Deutschland auf seinen zeitlichen Vorsprung völlig verzichte (throwing away), denn wenn die diplomatische Intervention fehlschlage, würde Rußland inzwischen Zeit für seine Mobilmachung gewonnen haben. Ich hätte zwar direkt nichts darüber gesagt, ob wir uns im Falle eines europäischen Krieges beteiligen würden, und ich könnte das auch nicht sagen; aber der von mir der deutschen Regierung gemachte Vorschlag enthalte absolut nichts, worüber Rußland sich beklagen könne, und ich würde nur befürchten, daß es für Deutschland schwierig sei, darauf einzugehen. Ich hätte die Anregung auf meine eigene Verantwortung gemacht, und ich zweifelte nicht, daß es im Interesse des Friedens der beste Vorschlag sei.“

Grey fordert also, daß Deutschland, wenn Rußland gegen seinen österreichischen Bundesgenossen mobilisiere, untätig zusehe und auf seinen einzigen Vorteil gegenüber der erdrückenden französisch-russischen Übermacht, den der (gegenüber Rußland) rascheren Mobilmachung — die, nebenbei bemerkt, nicht einige Stunden, sondern

---

<sup>24)</sup> Alle Sperrdrucke im Text dieses Telegramms sind von mir.

genau soviel Tage wie die französische erforderte — verzichten solle. Er befürchtet daher auch, daß Deutschland ein solches „Handicap“ ablehnen werde. Darin nun hat er sich gründlich getäuscht, denn die Reichsregierung ist bereitwillig auf diese außerordentlich ungünstige, militärisch bedenkliche Anregung eingegangen und hat am 27. Juli England und Frankreich zugesichert, nicht zu mobilisieren, wenn Rußland nur gegen Österreich mobil mache.<sup>25)</sup> Die Leiter der deutschen Politik, die Lord Grey als „machtlos“ gegen militärische Einflüsse hinzustellen beliebt, dachten weniger militaristisch, als sie nach seiner eigenen Auffassung hätten denken sollen. Diese für Deutschland so nachteilige Anregung wird oben drein auch noch nach Petersburg mitgeteilt, was auf eine direkte Ermutigung hinausläuft, Rußland könne gegen Österreich mobilisieren. Jetzt wird auch klar, warum Benckendorff seiner Meldung vom 25. Juli über die geplante Vermittlung zu Vieren hinzufügte, daß die „vier unbeteiligten Mächte im Falle der österreichischen und russischen Mobilmachung auf eine sofortige Mobilisierung verzichten, und daß insbesondere Deutschland sich zu diesem Verzicht verpflichten solle“.<sup>26)</sup> Es bestätigt sich der Verdacht, daß Grey diese Verpflichtung Deutschlands direkt in Berlin hat fordern lassen, und daß auch das darauf bezügliche Telegramm im Blaubuch unterdrückt worden ist.<sup>27)</sup> Ebenso ist klar, warum diese Vorgänge im Jahre 1914 verheimlicht worden sind. Sie beweisen die Mitschuld Englands an der russischen Teilmobilmachung, die sich aus militärtechnischen Gründen zur allgemeinen entwickeln mußte; sie zeigten, wenn auch unabsichtlich, Rußland den Weg, wie es unter dem Deckmantel der Teilmobilmachung die allgemeine einleiten könne; sie tragen daher auch eine fahrlässige Mitschuld an seiner allgemeinen Mobilmachung.

Die gleiche Wichtigkeit wie einem neuen Dokumente darf der Mitteilung über die Entstehung und Wirkung des Konferenzvorschlages beigemessen werden. Die Memoiren entwickeln zunächst die für und gegen die Konferenz sprechenden Gründe und fahren dann fort: „Auch hatte ich ein instinktives Gefühl, daß dieses Mal Deutschland Schwierigkeiten wegen einer Konferenz machen würde“ (I. S. 305). Grey und Nicolson berieten

---

<sup>25)</sup> Englisches Blaubuch Nr. 43, französisches Gelbbuch Nr. 67.

<sup>26)</sup> Russisches Orangebuch 1914 Nr. 22.

<sup>27)</sup> Schon richtig vermutet von B. W. von Bülow „Die ersten Stunden schläge des Weltkrieges“ S. 70 Anm. 2 und Prof. Roloff „Historische Zeitschrift“ 130. Band S. 277 ff. Meine früheren Zweifel „Kriegsschuldfrage“ Dezember 1924 S. 548 und 551 ff. kann ich nicht mehr aufrechterhalten.

täglich und schwankten über die Wahl des Zeitpunktes. Dann kam der verhängnisvolle Sonntag. „Die Dinge standen noch nicht so kritisch, daß es unsicher gewesen wäre, den Sonntag über aufs Land zu gehen, und ich überließ die Leitung der Geschäfte an Nicolson für diesen Tag, 26. Juli.<sup>28)</sup> Er hielt es für wünschenswert, den Konferenzvorschlag nicht länger zurückzuhalten und sandte ihn ab“. Ohne Wissen Greys, aber in seinem Namen, ging somit jener Vorschlag in die Welt, von dem der französische Forscher P. Renouvin richtig urteilt, daß er eine „*évolution incontestable*“ der englischen Politik bedeutete; jener Vorschlag, von dem Grey ahnte, daß er Deutschland nicht willkommen sein werde; die einzige von England angeregte Vermittlungsart, die Deutschland abgelehnt hat, und durch deren Auftauchen die Wege der Berliner und Londoner Politik sich trennten.

Welche Wirkungen erwartete nun Sir Edward von dieser Anregung? „Ich billigte vollkommen, was Nicolson getan hatte, aber ich war nicht sehr hoffnungsvoll hinsichtlich der Antwort, die wir von Berlin erhalten würden. Ich glaubte, daß die Kriegsvorbereitungen Deutschlands viel weiter vorgeschritten seien als die Frankreichs und Rußlands; die Konferenz würde den letzteren Mächten (Frankreich und Rußland) Zeit zur Vorbereitung geben und die Lage zum Nachteile von Deutschland ändern, das jetzt einen entschiedenen Vorteil hatte“. Die Annahme, daß Deutschland rascher kriegsbereit sei nicht nur als Rußland, sondern auch als Frankreich, war vollkommen unrichtig. Wenn indessen diese Auffassung bestand, so war es mit Unparteilichkeit auf keinen Fall vereinbar, einen Vorschlag zu machen, der diesen Vorteil Deutschlands völlig aufheben mußte. Soll man soweit gehen, zu sagen, es sei geradezu die Hauptabsicht des englischen Vermittlers gewesen, die militärische Lage zum Nachteile Deutschlands zu verändern? Man sträubt sich gegen eine solche Auslegung, aber die Worte „the Conference would give time for the latter Powers (Frankreich und Rußland) to prepare and for the situation to be altered to the disadvantage of Germany who now had a distinct advantage“ klingen doch höchst eigentümlich. Unbegreiflich ist es jedenfalls, wie Grey gegen Deutschland und Österreich Vorwürfe wegen Ablehnung eines Vorschlages erheben konnte und noch erhebt, der nach seinem eigenen Urteil und nach seiner eingestandenen Absicht schwere militärische Nachteile für die Mittelmächte im Gefolge

---

<sup>28)</sup> Die Mitteilung Churchills „The World Crisis“ S. 105 und 108, daß er Grey an diesem Sonntag in London gesprochen habe, muß sich somit auf den späten Abend beziehen.



haben mußte. Der nachträgliche Zusatz, man habe an Garantien gedacht, daß während der Konferenz keine Mobilmachung stattfinden solle (I. S. 306) bedeutet keinerlei Entlastung. Der Vorschlag enthält nur das Ersuchen, von „aktiven militärischen Operationen“ abzusehen<sup>29)</sup>, er verwehrt keine Mobilmachung, und obendrein hatte Grey tags zuvor Rußland ja geradezu ermutigt, gegen Österreich zu mobilisieren!

Schon bisher war bekannt, daß am 27. Juli auf den russischen Botschaften in Paris und London eine Mitteilung Sasonows eingetroffen war, die lautete: „wenn vorgeschlagen wird, daß ein mäßigender Einfluß in Petersburg ausgeübt werden solle, so lehnen wir solche Anregung unbedingt ab“. Dieser wichtige Satz, der die Unnachgiebigkeit Rußlands dokumentiert, fehlt bei der Wiedergabe des Dokuments im englischen Blaubuch Nr. 53. Die Memoiren geben zu, daß eine Verstümmelung der Depesche erfolgt ist, behaupten indessen, das sei nicht im Foreign Office, sondern vermutlich schon auf der russischen Botschaft selbst geschehen. Merkwürdig, daß 1914 niemandem die Verstümmelung aufgefallen ist, obwohl deutliche Spuren vorhanden sind, „daß etwas am Schlusse abgeschnitten wurde“ (II. Anhang G, S. 333).

Interessant sind noch folgende neuen Dokumente. Am 1. August 2,10 nachmittags berichtete der deutsche Botschafter, England wolle Vorschläge machen für seine Neutralität, selbst für den Fall, daß Deutschland mit Rußland wie mit Frankreich sich im Kriege befände.<sup>30)</sup> Um 8,26 abends mußte er widerrufen.<sup>31)</sup> Die Memoiren enthüllen, was während dieser sechs Stunden vorgegangen war. Grey hatte bei der Botschaft in Paris angefragt, ob es sich mit den französischen Bündnispflichten gegen Rußland vertragen würde, daß das französische und deutsche Heer sich nach der Mobilmachung mit Gewehr bei Fuß gegenüberstehen, ohne die Grenzen zu überschreiten. Sir F. Bertie hatte geantwortet (II. Anhang F, S. 330):

„Ich kann mir nicht denken, daß, wenn Rußland sich mit Österreich im Kriege befindet und von Deutschland angegriffen wird, es mit den Verpflichtungen Frankreichs gegenüber Rußland vereinbar wäre, daß die Franzosen sich untätig verhalten. Wenn Frankreich sich dazu verpflichtete, würden die Deutschen zuerst die Russen angreifen und nach deren Niederlage gegen die Franzosen Kehrt machen.“

Der Vorschlag Greys war wohl kaum ausführbar. Immerhin ist es bezeichnend, daß er auch in dieser Frage wieder das *mot d'ordre* für sein Verhalten sich in Paris erholt, wobei es gleich-

---

<sup>29)</sup> Englisches Blaubuch Nr. 36.

<sup>30)</sup> Deutsche Dokumente Nr. 570.

<sup>31)</sup> Deutsche Dokumente Nr. 603.

gültig ist, ob Bertie zuerst beim Quai d'Orsay angefragt hat oder nicht.

Zur Vervollständigung des Bildes seien noch die Eigenmächtigkeiten der britischen Admiralität zusammengestellt, die Grey teils allein, teils gemeinsam mit dem Premierminister ohne Befragen des Gesamtkabinetts gedeckt hat:<sup>32)</sup>

26. Juli: Entschluß, die Flotte nicht zu demobilisieren,

27. „ Veröffentlichung dieses Beschlusses,

28. „ Auslaufen der Flotte nach Scapa Flow,

Nacht vom 1. zum 2. August Mobilisierungsbefehl für die Flotte.

Der Petersburger Korrespondent der „Times“ hat seinerzeit berichtet, wie sehr dieses Verhalten der britischen Flotte, insbesondere deren Auslaufen nach Scapa Flow, der russischen Kriegspartei den Rücken stärkte. Wer in solcher Weise wie Grey den „Marinismus“ des eigenen Landes unterstützt, hat wahrlich keinen Anlaß, sich über den angeblichen „Militarismus“ anderer Staaten zu ereifern.

\* \* \*

#### IV. Teil. Die Richtlinien von Greys Außenpolitik.

Greys Politik war problemlos, dafür stark mit Vorurteilen belastet. Eindrücke, die er in der Jugend unter dem Einflusse des Gladstone umstrahlenden Nimbus empfangen hatte, dürften dabei wesentlich mitgewirkt und seine Abneigung gegen preußisch-deutschen „Militarismus“ und österreichisch-ungarische „Unterdrückung der Nationalitäten“ entwickelt haben.<sup>33)</sup> Schon in der Zeit von 1892—95 hatte er innerlich gegen Deutschland und für Frankreich-Rußland optiert. Das war vor dem Krüger-Telegramm, vor dem ersten bescheidenen deutschen Flottenprogramm, vor der Besetzung von Kiautschou, vor der Kaiserrede von Damaskus, vor der zögernden Haltung gegenüber den englischen Bündnisangeboten, kurz vor all den Handlungen, in denen bisher die deutsche und fremde Kritik die Ursachen der deutsch-englischen Entfremdung zu sehen pflegte. Die wesentliche Neuerung des „Neuen Kurses“ hatte ja bis 1895 — abgesehen von dem ephemeren „deutsch-französisch-russischen Dreibund“ in der Frage von Shimonoseki — gerade darin bestanden, daß er durch Verzicht auf

<sup>32)</sup> Churchill „The World Crisis“ S. 195, 198, 211, 217.

<sup>33)</sup> Siehe die Schilderung dieser psychologischen Momente durch Graf H. Lerchenfeld im „Abendland“ Heft 6 vom 1. März 1926.

den Draht nach Petersburg, durch den Abschluß des Helgoland-Sansibar-Vertrages, durch deutsche und italienische Reden und Besuche, durch italienisch-österreichisch-englische Flottenverbrüderungen etwas rasch und auffällig in das englische Fahrwasser gesegelt war und dadurch die Stellung Englands gegenüber Rußland wesentlich gestärkt hatte.

In dem Triennium 1892—95 war ferner die, von Frankreich selbstverständlich gegen Deutschland, von Rußland jedoch gegen England geschlossene <sup>34)</sup> französisch-russische Allianz von Jahr zu Jahr mehr ausgebaut, die britische Admiralität zu immer größeren Flottenbauten gegen die französisch-russische Seemacht gezwungen worden. In Frankreich war auf den Panamaskandal der Dreyfusprozeß gefolgt, in den literarischen Salons von Paris gab man England wenig schmeichelhafte Beinamen.<sup>35)</sup>

Wenn man sich diesen Zeitpunkt der Option Greys vor Augen hält, so drängt sich der Gedanke auf, daß die Abneigung gegen Deutschland nicht auf besondere Eigenheiten der Regierung Wilhelms II. zurückzuführen ist, sondern daß sie im Keime schon bestand gegen das Deutschland Bismarcks, über den Greys Landsmann, der hervorragende Historiker Gooch, das Urteil gefällt hat, daß der Gründer des Reichs „die Säule des europäischen Friedens“ gewesen ist. Nicht das „militaristische“ wie die landläufige Formel lautet, sondern das militärisch starke, in Handel, Schiffahrt und Industrie kraftvoll vorwärts strebende Deutschland war dem Gehilfen Lord Roseberys unsympathisch. Geringen Eindruck macht daher auch der Abschnitt des Buches, wo der Schatten Bismarcks zitiert wird; denn alle Vorwürfe, die Sir Edward dem großen Kanzler gegen die Politik seiner Nachfolger in den Mund legt, beziehen sich auf die Zeit nach 1895. Auch muß man sich fragen, welche Dauer einem deutsch-englischen Bündnis beschieden gewesen wäre unter der Leitung eines Ministers, der als Ergebnis einer solchen Allianz „die Vorherrschaft Deutschlands und die Abhängigkeit Englands“ befürchtete (I. S. 236).

---

<sup>34)</sup> Es war am 18. Juli 1891, daß der entscheidende Schritt von russischer Seite durch Minister Giers erfolgte. Kurz vorher hatte Kaiser Wilhelm einen längeren Besuch in England, auch auf dem Landgute Salisburys, abgestattet, Minister Rudini im italienischen Parlament mit großem Geräusch die Erneuerung des Dreibundes und das gute Verhältnis Italiens zu England verkündet, die britische Flotte österreichische und italienische Häfen angelaufen. Grey selber läßt den Geist Bismarcks sagen: „indeed the Alliance seemed directed more against England than against Germany“ (I. S. 233).

<sup>35)</sup> H. W. Steed „Through Thirty Years“ I. S. 47.

Während einerseits die Sympathie für Deutschland fehlte, bestanden bei Grey übertriebene Vorstellungen von der deutschen Stärke. Sie scheint ihm „beispiellos“ zu sein.<sup>38)</sup> Dabei stand Deutschlands Landheer (hinter dem russischen) und Deutschlands Flotte (hinter der britischen) an zweiter, seine finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung (hinter den Vereinigten Staaten und Großbritannien) an dritter, sein Kolonialbesitz (hinter England, Frankreich, Rußland, Vereinigte Staaten, Japan, Holland, Belgien) an achter Stelle.

Frankreich gegenüber war Greys Politik durchaus konsequent. Ihr Leitmotiv blieb dauernd „herzliche Zusammenarbeit mit Frankreich in allen Teilen der Welt“. Mitunter steigert sich die Zusammenarbeit zur Abhängigkeit, so daß wichtige Angelegenheiten mit anderen Mächten erst nach Anfrage in Paris geregelt werden. Die Schwenkung der französischen Politik gegenüber russischen Balkanzielen im Herbst 1912 scheint Sir Edward nicht erkannt zu haben. Zwar gibt er zu, daß während der Konferenz von 1913 Botschafter Cambon in hohem Grade russenfreundlich war, daß er „weniger Neutralität, ja sogar etwas Parteinahme“ (für Rußland) gewünscht hätte, aber zu der klaren Auffassung, wie sie Graf Benckendorff über das geringe Maß französischer Friedensliebe gewonnen hatte, ist er nicht gelangt.

Weniger folgerichtig als gegenüber Frankreich war die Stellungnahme gegenüber Rußland. Sie beruhte nicht auf Sympathie, sondern ausschliesslich auf Erwägungen der Vernunft: auf der Einsicht, daß man nicht gleichzeitig mit Frankreich befreundet und mit Rußland verfeindet sein könne, und auf der Erkenntnis, daß im Falle eines deutsch-englischen Konflikts ein waffenstarkes Rußland ein nützlicher Bundesgenosse sein werde. Die traditionelle „Härte“ gegen Rußland in der Meerengenfrage blieb indessen bestehen, bis sie im Weltkriege — gegen den Preis sehr reichlicher Kompensationen für England — in große Milde sich verwandelte. Infolge dieser Inkonsequenz wurde 1908 die in Buchlau angebahte Verständigung zwischen der Habsburger Monarchie und dem Zarenreiche durchkreuzt. Ein Österreich-Ungarn, dem Rußland endgültig den Besitz von Bosnien und der Herzegowina zugestanden und damit gegen serbische Agitationen gesichert hätte, und ein Rußland, dessen Schwarze Meer-Flotte mit Österreichs Zustimmung von ihrer demütigenden Einschließung befreit worden wäre, hätten noch manche Jahre in Freundschaft leben können, lange genug, um dem

---

<sup>38)</sup> Das Wort „unprecedented strength“ wird 1912 geprägt (I. S. 288), also vor der deutschen Wehrvorlage von 1913.



Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand die Zeit zu geben, die Nationalitätenfrage im Donaustaate durch die von ihm in Aussicht genommene föderative Verfassung zu lösen.<sup>37)</sup>

Die grundsätzliche Einstellung gegenüber Frankreich erklärt es, warum alle seit 1905 unternommenen deutschen Versuche, mit England zu einem guten Einvernehmen zu kommen — und die deutschen Botschafter haben es daran nicht fehlen lassen, im Rahmen ihrer Instruktionen und aus eigener Initiative — nicht gelingen konnten. Das Schweigen auf die Frage, ob für England ein gutes Verhältnis zu Deutschland mit der Freundschaft zu Frankreich vereinbar sei, ist bezeichnend. Grey war eben der Ansicht, daß Elsaß-Lothringen ein Hindernis für eine „wirkliche deutsch-französische Annäherung“ bilde. Daß dies „mehr denn je“ der Fall sei, wurde ihm von Clemenceau bestätigt (II. Anhang C S. 305). Der beträchtliche Teil der englischen öffentlichen Meinung, der 1911 das Foreign Office und insbesondere Grey selber für „unduly anti-German“ hielt (I. S. 217), urteilte richtig. Erst am 30. Juli 1914, im Höhepunkt der Krise, ward eine Botschaft nach Berlin gesandt<sup>38)</sup>, die eine Einbeziehung Deutschlands in den Kreis der Ententen in Aussicht stellte. Auch sie war noch auf Widerstand bei einigen Mitgliedern des Kabinetts gestoßen, weil sie für Frankreich nicht annehmbar sein könnte (I. S. 319)! Sie wurde erst am 31. ausgerichtet, als in Berlin die Nachrichten über die allgemeine russische Mobilmachung die ganze Aufmerksamkeit auf sich zogen, und alle Gedanken darauf gerichtet sein mußten, wie das Reich der ungeheuren Gefahr des Zweifrontenkrieges begegnen solle. Das während acht Jahren Versäumte konnte nicht in letzter Stunde nachgeholt werden.

Die Richtlinien seiner Politik während der Krise 1914 hat Lord Grey in seinen Memoiren selbst präzisiert. Der dritte Punkt lautet:

„Wenn es zum Kriege kommen sollte, verlangt das Interesse Großbritanniens, daß wir nicht abseits stehen, während Frankreich allein im Westen kämpft, sondern wir müssen es unterstützen. Ich wußte, daß es sehr zweifelhaft war, ob das Kabinett, das Parlament und das Land bei Ausbruch des Krieges diese Ansicht teilen würden, und während der ganzen Woche rechnete ich mit der Wahrscheinlichkeit, daß wir im kritischen Augenblick nicht den Entschluß fassen würden, Frankreich zu unterstützen. In diesem Falle würde ich zurücktreten müssen; aber die Ent-

---

<sup>37)</sup> Siehe dazu das für den Fall seiner Thronbesteigung vorbereitete Manifest, „Kriegsschuldfrage“ Mai 1926 S. 338.

<sup>38)</sup> Englisches Blaubuch Nr. 101 letzter Absatz und Nr. 109.

scheidung des Landes konnte nicht erzwungen werden, und der Fall würde vielleicht nicht eintreten, und einstweilen mußte ich ausharren“ (and meanwhile I must go on) (I. S. 302).

Damit ist genug gesagt. Frankreich darf nicht allein kämpfen, gleichviel aus welchem Grunde es zum Kriege kommt. Belgien spielt für Grey persönlich gar keine Rolle.<sup>39)</sup> Er wird zurücktreten, wenn Kabinet, Parlament oder Land anderer Meinung sind.

Nicht alles, was die Entfremdung zweier so nahe verwandter Völker herbeigeführt hat, ist auf Greys Initiative zurückzuführen. Die militärischen Besprechungen mit Frankreich waren schon vor seinem Amtseintritt eingeleitet. Die Rede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911 entsprang dessen Initiative. Der Konferenzvorschlag von 1914 wurde ohne Greys Vorwissen abgeschickt. Aber er hat das alles gedeckt ebenso wie die weitgehenden Eigenmächtigkeiten der Admiralität. Er trägt dafür vor der Geschichte die Verantwortung.

\* \* \*

### Ergänzungen zu Teil I und II.

Zum Maiheft S. 289.

Von den Besprechungen der französischen und britischen Militärs hat Grey nicht erst am 10. Januar 1906 durch den französischen Botschafter erfahren, sondern schon am 29. Dezember 1905 hatte Oberst Repington, der militärische Mitarbeiter der „Times“, ihm brieflich den Inhalt einer Unterredung mit dem französischen Militärattaché mitgeteilt. Sir Edward antwortete: „Ich gebe nichts von dem auf, was Lord Lansdowne den Franzosen gesagt hat, und stehe nicht an, es zu bestätigen.“<sup>40)</sup> Was wußte das übrige Kabinet von dieser Zusicherung?

Zum Juniheft S. 381 ff.

Daß nicht Bosnien, sondern die Meerengen den Grund für die Erregung Englands bildeten, hatte damals schon der deutsche Botschafter Graf Metternich erkannt, der berichtete: „Im Hintergrund der hiesigen Erregung über die österreichische Annexion lauert die Meerengenfrage, die Befürchtung, daß nun auch Rußland hervortritt.“<sup>41)</sup>

---

<sup>39)</sup> Damit soll die große Wirkung des deutschen Einmarsches in Belgien auf die öffentliche Meinung Englands nicht in Abrede gestellt werden.

<sup>40)</sup> Repington „The first World War 1914—1918“ I. S. 3 ff.

<sup>41)</sup> „Große Politik“ Band 26. Erster Teil, Nr. 9014.

Zum Juniheft S. 386.

Am 20. Juni 1911, am Tage vor der Kriegsrede Lloyd Georges, hatte sich General Wilson, Chef des britischen Generalstabes, nach Paris begeben, um mit dem französischen Generalstabschef zu konferieren. Hat Wilson aus eigener Initiative gehandelt wie Lloyd George, oder hat das Kabinett von dieser Reise Kenntnis gehabt?

Zum Juniheft S. 392 Anm. 29.

Das französische Generalstabswerk teilt den Inhalt der 1911 abgeschlossenen, französisch-englischen Militärkonvention mit <sup>42)</sup>:

„Die Ausschiffungen sind für die drei Häfen Le Havre, Rouen und Boulogne vorgesehen, in ihnen muß sich der Nachschub der englischen Armee für die ganze Dauer der Operationen einrichten. Das in den Häfen gelandete Expeditionskorps verbleibt dort 36 Stunden. Es wird dann in Bahnhöfen in Nähe der Häfen verladen, fährt in die Gegend von Amiens und Busigny und wird grundsätzlich in der Zone Maubeuge—Busigny—Hirson <sup>43)</sup> ausgeladen.

Auf Grund der vorgesehenen Maßnahmen wird das englische Expeditionskorps umfassen: ein Großes Hauptquartier, zwei Korps-hauptquartiere, sechs Infanteriedivisionen, eine Kavalleriedivision, zwei berittene Brigaden, Armeetruppen und Etappenformationen. Die Gesamtstärke der kämpfenden Truppen beträgt 121 000 Mann“.

---

<sup>42)</sup> „Les Armées françaises dans la Grande Guerre“ I. 1. S. 50.

<sup>43)</sup> Die Zone liegt gegenüber der belgischen Grenze.

---

# Gerard's Ansichten über den preußischen Militarismus.

Mit einer Erwiderung.

I.

James W. Gerard,

ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland.

(Aus: Märzheft 1926 der „Current History“.)

**D**er in den vorausgehenden Seiten veröffentlichte Artikel von M. Demartial erbringt keinerlei Beweise, die das deutsche Eingeständnis im Versailler Vertrag und die gewöhnlich vertretene Ansicht, daß die deutsche Regierung von 1914 die Verantwortung für den Weltkrieg tragen müsse, widerlegten. Der Artikel stellt fest, daß gewisse Leute in Frankreich nicht an die Kriegsschuld Deutschlands glauben. Es ist interessant zu erfahren, daß in Frankreich, sogar schon im zweiten Jahre des Krieges, ein Marquis, der sich noch dazu dadurch auszeichnet, daß er Schwager des Prinzen Roland Bonaparte ist — wer er auch sonst sein mag — ein streitbarer Arbeiterführer und ein Volkswirtschaftslehrer darin übereinkamen, daß — um Herrn Demartial zu zitieren — „die von der Regierung verbreitete Ansicht dem gesunden Menschenverstand Hohn spreche und mit gewissen Tatsachen nicht in Einklang zu bringen sei“. Und auch der Umstand erhöht nicht die Beweiskraft von Herrn Demartials Gründen, daß er einen gewissen Schriftsteller anführt, dessen Ansicht mit der des streitbaren Arbeiters — der augenscheinlich nicht für sein Land stritt — des Marquis (des Schwagers eines Prinzen!) und des Volkswirtschaftslehrers übereinstimmt.

Ferner ist es sicherlich als Trugschluß zu bezeichnen, um mit den Logikern zu reden, wenn man behauptet, daß, weil im Falle Dreyfus ungerecht verfahren wurde, die deutsche Regierung nicht verantwortlich für den Beginn des Krieges sei. Der Fall Dreyfus hat nicht mehr mit der Verantwortlichkeit für den Krieg zu tun, als der Prozeß des Sokrates mit der Scheidung der Katharina von Aragonien. Es mag sein, daß der Vertrag von Versailles Deutschland zu Unrecht die Verantwortung auferlegt, aber dies folgt nicht aus irgendeinem Argument, das Herr Demartial anführt.

Die Schuld am Kriege sollte man nicht dem deutschen Volke auferlegen. Selbst eine demokratische Regierung wie die unsrige könnte uns ganz leicht dermaßen in einen auswärtigen Streit ver-



wickeln, daß ein Krieg in solchem besonderen Falle unter den gegebenen Umständen nicht nur unvermeidlich, sondern sogar notwendig und richtig wäre.

Die Verantwortung für den Weltkrieg ist eine doppelte — eine allgemeine und eine besondere. Die allgemeine Verantwortung trifft Europa — das bewaffnete Europa —, trifft europäische Staaten, die fortwährend neue Gebiete zu erwerben suchten, in der alten Täuschung befangen, daß jeder Gebietszuwachs, selbst wenn dies Land von einer feindlich gesinnten Bevölkerung bewohnt ist, Macht und Reichtum bedeute; trifft die Staaten Europas, die den Dreibund schlossen; belastet diejenigen, welche die französisch-russische Allianz und die Entente zwischen England und Frankreich eingingen und endlich die, denen die Balkan-Bündnisse ihren Ursprung verdanken. Die Verantwortung trifft Europa — ein waffenstarrendes Heerlager, dessen Staaten dauernd miteinander wetteiferten in Rüstungen, wie in der Verstärkung der tödlichen Wirkung ihrer Waffen sowie im Bau strategischer Bahnen; hinzuzurechnen sind die ewigen Kriegsgerüchte, nach denen stets irgendwo ein Krieg zu drohen schien, immer befürchtet, immer erwartet werden mußte. An dieser allgemeinen Verantwortung hat ganz Europa Anteil. Das dauernde Reden vom Kriege zieht schließlich den Krieg nach sich — eine Lehre für uns. Wenn wir uns schon darauf vorbereiten müssen, uns zu verteidigen, so wollen wir das in der Stille tun und nicht ankündigen, daß wir gegen irgendein bestimmtes Volk rüsten. Deutschland war es, das den Krieg erklärte, und die besondere Verantwortung dafür muß dem deutschen Generalstab zugesprochen werden. Bei den niederen Volksschichten Deutschlands, den armen Leuten — Kanonenfutter! — war ein bewußter Kriegswille nicht vorhanden. Im Jahre 1911, als infolge der Zwischenfälle zu Agadir Krieg drohte, fand auf dem Tempelhofer Felde eine große Protestversammlung der einfachen Bevölkerung gegen den Krieg statt. Im Jahre 1914 hatten sie keine Zeit, zu protestieren. Sie wurden in den Krieg gehetzt, hineingestürzt.

### Die Nürnberg-Legende.

Wenn irgendeine Verzögerung eingetreten wäre, irgendeine Diskussion über den Krieg stattgefunden hätte, wie im Jahre 1911, so bin ich überzeugt, daß der Krieg hätte vermieden werden können. Der Große Generalstab wußte das und wünschte, daß der Kaiser sofort den Krieg erkläre. Nach der Verfassung des Deutschen Reiches konnte indessen ein Angriffskrieg nicht durch den Kaiser allein erklärt werden. Wohl aber durfte der Kaiser aus eigener Machtvoll-

kommenheit den Verteidigungskrieg erklären. Daher wurde zuerst die Nachricht verbreitet, daß französische Flieger Nürnberg angegriffen hätten, und daß französische Truppen die belgische Grenze überschritten hätten. Dadurch wollte man sowohl die vom Kaiser allein ausgegangene Kriegserklärung wie die Verletzung der belgischen Neutralität rechtfertigen. Nicht der Schatten eines Beweises ist je dafür erbracht worden, daß diese Meldung über Nürnberg auf Wahrheit beruhte und in dem Brief an Präsident Wilson vom 10. August 1914, den der Kaiser in meiner Gegenwart schrieb, mit Bleistift, auf Telegrammformularen, gab er an, daß die Neutralität Belgiens aus strategischen Gründen verletzt worden sei.

Bei derselben Unterredung sagte der Kaiser, als ich ihm gegenüber äußerte, seine Truppen würden binnen drei Wochen in Paris stehen und er würde dann in der Lage sein, den Frieden zu diktieren: „Nein, das Eingreifen der Engländer hat die Situation vollständig verändert. Ein hartnäckiges Volk, die werden niemals den Kampf aufgeben.“ Ein deutlicher Beweis, daß man mit dem Eintritt Englands in den Krieg nicht gerechnet hatte. Der Kaiser war lange vom Generalstab, von der Kriegspartei, vom Adel zum Kriege gedrängt worden. Aber erst, nachdem der Zwischenfall von Zabern gezeigt hatte, wie in Deutschland die Bewegung gegen das militärische System der Hohenzollern im Anwachsen begriffen war, erst nachdem er selbst am Schluß der Reichstags-Session von den Sozialdemokraten beleidigt worden war, willigte er ein, die Kriegserklärung zu unterzeichnen. Aber auch dann zögerte er noch im letzten Augenblick, weil er befürchtete, seinen Thron und sein Schicksal beim Ausgang dieses Kampfes aufs Spiel zu setzen. von Gwinner, der Leiter der großen Deutschen Bank, erzählte mir kurz nach Ausbruch des Krieges, daß die Offiziere des Großen Generalstabs vor dem Kaiser erschienen wären und gedroht hätten, sie würden ihre Degen zerbrechen, wenn er nicht unterzeichne.

von Gwinner selbst und andere, Großindustrielle, waren nicht für den Krieg. Sie stimmten aber zu, da sie sich mit dem Traum von Deutschlands Sieg trösteten, und nach der Kriegserklärung unterstützten sie ihre Regierung in loyaler Weise, anders augenscheinlich als Herrn Demartials Freunde, der Marquis, der streitbare Arbeiter und der Volkswirtschaftslehrer.

Die deutsche Industrie war 1914 auf dem besten Wege, alles Gold der Welt zu gewinnen. Was für ein Wahnsinn war es also da, alles im ungewissen Würfelball des Krieges aufs Spiel zu setzen! Kriege entstehen aus der Furcht, und aus Furcht ließen die Deutschen die Militärkaste, verkörpert im Großen Generalstab, ihre

Politik und ihr Leben beherrschen. Diese Furcht geht zurück auf die Zeiten des dreißigjährigen Krieges, als Deutschland, von feindlichen Heeren verwüstet, eine Einöde wurde, in der wilde Tiere hausten, als die Bevölkerung von 24 Millionen auf vier Millionen Seelen sank, als die Polygamie gestattet wurde — sogar für Geistliche! — um die Bevölkerungsziffer wieder zu heben, und als in Fleischerläden das Fleisch menschlicher Wesen zum Verkauf ausgelegt wurde. Und so, getrieben von einer angeborenen, ererbten Furcht duldete das deutsche Volk die Herrschaft des unheilvollen, von fanatischer Hingabe an seine Arbeit beseelten patriotischen, mächtigen und unbarmherzigen Großen Generalstabs. Wenn ein Mord geschehen ist, wenn der Tote gefunden ist, wenn die Stichwunden entdeckt sind, aber niemand Zeuge der Tat gewesen ist und mehrere von dem Verdacht betroffen werden, so untersucht das Gesetz, welche Motive wohl jeder der dieser Tat Verdächtigen gehabt haben könnte, die ihn dazu getrieben hätten, den Stoß zu führen. Rußland und Frankreich konnten im Jahre 1914 mit einem militärischen Erfolg noch nicht rechnen. In Frankreich war ein Gesetz angenommen worden, daß die dreijährige Dienstzeit an Stelle der zweijährigen einführt und eine große Vermehrung der Friedensstärke bedeutete, aber dies Gesetz hatte sich noch nicht praktisch ausgewirkt. In Rußland war eine Reorganisation des Heeres beschlossen worden, aber sie war noch nicht begonnen, und die in Aussicht genommenen strategischen Eisenbahnen, die zur polnischen Grenze führen sollten, waren noch nicht gebaut, obgleich die Gelder für den Bau bereits von Frankreich zur Verfügung gestellt worden waren. Belgien hatte die allgemeine Wehrpflicht beschlossen, aber sie war noch nicht eingeführt. England schien durch Schwierigkeiten im eigenen Lande in Anspruch genommen zu sein. Nach Süd- wie nach Nord-Irland gingen Schiffsladungen voll Waffen. Sir Carson, wie die Deutschen ihn nannten, stand an der Spitze von 120 000 Bewaffneten und die Offiziere des britischen Heeres weigerten sich, gegen ihn zu marschieren.

Andererseits hatte Deutschland die durch den Wehrbeitrag eingekommenen Gelder dazu verwendet, sein Heer um eine beträchtliche Truppenzahl zu vermehren und diese neugebildeten Truppenteile waren vorhanden und unter Waffen. Dazu kamen die Zeppeline und Unterseeboote und Flugzeuge, das Geheimnis der giftigen Gase, der Flammenwerfer und der prächtigen schweren Artillerie, die jede Festung einnehmbar machte. Man darf auch nicht vergessen, daß Rußland damals beschäftigt schien durch eine sich dort vorbereitende Revolution. Wenn die Schicksalsstunde

jemals schlagen, „der Tag“ jemals erscheinen sollte, so bot sich, vom militärischen Standpunkt aus gesehen, im Jahre 1914 die günstigste Gelegenheit dafür. Der große Goldankauf der Reichsbank im Jahre 1913, der 144 Millionen Mark mehr betrug als die Ankäufe von 1911 und 1912, ist ebenfalls ein Beweis für den Willen zum Kriege.

Es gab zwei Arten von Offizieren in Preußen, die „aktiven“, d. h. die Offiziere von Beruf, und die „Reserve“-Offiziere. Die letzteren wurden aus den Einjährigen ausgewählt; es waren Söhne von Rechtsanwälten, Kaufleuten, Lehrern usw., die es selten weiter brachten als bis zum Leutnant und die nur kurze Zeit unter der Fahne dienten. Die aktiven Offiziere konnten in ein Regiment nur dann aufgenommen werden, wenn sie, wie in einen Klub, von den Offizieren des betreffenden Regiments hineingewählt wurden. Selbst der Kaiser konnte niemanden zum Offizier in irgendeinem bestimmten Regiment ernennen ohne Zustimmung der Offiziere des Regiments. Das Offiziersmaterial dieser Regimenter entstammte den Kreisen des alten grundbesitzenden Adels, der darauf sah, daß nur Angehörige seines Standes das Offizierspatent erhielten.

Aus dem aktiven Offizierskorps wurden die Generalstabs-offiziere ausgewählt. Es galt als eine große Ehre für einen jungen Offizier, in den Generalstab berufen zu werden. Sein Leben bekam dann einen fast klösterlichen Anstrich, mit solcher Hingabe widmete er sich seinen Studien, so streng mied er allen leichtfertigen Lebensgenuß. Ein deutscher Roman: „Du Schwert an meiner Linken“ gibt einen Begriff von dem Leben voller Selbstverleugnung und Hingabe an die Pflicht, das von einem Generalstabsoffizier gefordert wurde.

Die Mitglieder des Großen Generalstabs, zugleich Angehörige des preußischen Landadels, sympathisierten mit ihren Brüdern, Vettern, Vätern und Onkeln, die in dem Deutschland der Vorkriegszeit — dank dem System des von obenher Bestimmens — als Zivilbeamte beherrschenden Einfluß übten und den Sozialdemokraten und Liberalen, aus denen sich die große Masse seiner Bevölkerung zusammensetzte, durchaus entgegenarbeiteten.

Die Zabern-Affäre in den Jahren 1913 und 1914 — eine Gelegenheit, wobei Magistratsbeamte vom Militär überritten wurden und ein armer, lahmer Schuhmacher von einem jungen Offizier niedergehauen wurde — hat in Deutschland eine Reaktion hervorgerufen, deren Stärke und Bedeutung man im Ausland niemals genügend gewürdigt hat. Das Ergebnis davon war — zum erstenmal in der Geschichte des Reiches — ein Mißtrauensvotum des



Reichstages gegen die Regierung, und es war deutlich daraus zu ersehen, daß die Mehrzahl der Deutschen sich vom Militarismus abwandte.

Außerdem hatte der wirtschaftliche Fortschritt des Landes die Offiziere und Adligen, die ein jämmerliches Einkommen hatten, eifersüchtig auf die Geschäftsleute gemacht, so daß die Adligen in der Zivilverwaltung und die Offiziere des Großen Generalstabs, besorgt um ihre Stellung und ihr Ansehen, nur in einem kurzen und erfolgreichen Kriege das Mittel erblickten, ihre Machtstellung zu behaupten. Der Große Generalstab hatte einen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Politik — besonders der auswärtigen Politik — des Landes. Bismarcks Erinnerungen zeigen das. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg beklagte das oft mir gegenüber, und es war diese Einmischung des Militärs in auswärtige Angelegenheiten, die Amerika in den Krieg hineinbrachte, als Generalstab und Admiralstab auf der Wiederaufnahme des uneingeschränkten Unterseebootkrieges bestanden; genau so wie es der Einfluß des Großen Generalstabs war, der die Kriegserklärung im Jahre 1914 herbeiführte.

Als Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde, sagte ich, wenn ich ein Deutscher wäre, würde ich für Hindenburg gestimmt haben. Es ist ganz gut möglich, daß ich, wenn ich ein Mitglied des deutschen Generalstabs gewesen wäre und die Sache vom rein militärischen Standpunkt aus betrachtet hätte, im Hinblick auf die geplante Reorganisation der russischen Armeen, die geplante Verstärkung des französischen und belgischen Heeres, auf die Tatsache, daß der Bau der strategischen Bahnen in Rußland wohl in Aussicht, aber noch nicht in Angriff genommen war; in Anbetracht dessen, daß England im eigenen Lande beschäftigt schien, daß in Rußland eine Revolution auszubrechen drohte, daß es in Deutschland gährte und eine wachsende Opposition gegen den Militarismus und seine Lasten sich bemerkbar machte; angesichts der vollendeten Erweiterung des Nord-Ostseekanals und der damals vorhandenen Überlegenheit Deutschlands an schwerer Artillerie, an Truppen, durch seine Zeppeline, Giftgase, Unterseeboote und Flugzeuge — daß ich angesichts aller dieser Umstände zum Kriege geraten hätte.

Aber wenn die Mitglieder des Großen Generalstabs vom amtlichen rein militärischen Standpunkt aus vielleicht gerechtfertigt waren, wenn sie das, was die Militärschriftsteller einen Präventivkrieg nennen, vorschlugen, so kann das die Tatsache nicht ändern, daß es der deutsche Generalstab war, der den Krieg wünschte und

der die unmittelbare bestimmende Ursache des Krieges von 1914 war.

Für Nationen, die miteinander in Rüstungen wetteifern und fortwährend an den Krieg denken, wird immer einmal ein Augenblick kommen, der den militärischen Leitern der einen oder anderen Nation günstig erscheint, um das Spiel des Krieges zu beginnen. Nur durch Abrüstung und dadurch, daß wir uns von gesundem Menschenverstand, Nächstenliebe und gegenseitigem Verstehen leiten lassen, können wir den Krieg aus der Welt schaffen.

## II.

### Eine Erwiderung.

Alfred von Wegerer.

Der Franzose Demartial hat durch seinen Aufsatz „Die Behandlung der Kriegsschuldfrage in Frankreich“ im Märzheft der „Current History“ die Veranlassung gegeben, daß der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, sowie der Professor der Geschichte an der Universität Chicago, Bernadotte Schmitt, in längeren Aufsätzen in der gleichen Zeitschrift zur Kriegsschuldfrage Stellung genommen haben. Wir wollen uns hier nur mit dem Aufsatz Gerards beschäftigen. Der Aufsatz Bernadotte Schmitts ist durch Professor Harry Elmer Barnes von Smith College einer eingehenden Kritik unterzogen worden, die im Maiheft „Die Kriegsschuldfrage“ erschienen ist.

Gerard setzt sich nicht eigentlich mit Demartial auseinander, sondern er benutzt nur dessen Aufsatz als Anlaß, um gegen den deutschen Generalstab zu Felde zu ziehen, den er für die unmittelbare und bestimmende Ursache des Krieges von 1914 hält.

Bevor der amerikanische Botschafter seine Angriffe gegen den deutschen Generalstab beginnt, macht er den Versuch, die allgemeinen Ursachen des Krieges auseinanderzusetzen. Man wird dem Botschafter Gerard darin Recht geben können, daß die allgemeine Verantwortung für den Weltkrieg die europäischen Staaten trifft, die in der alten Täuschung befangen waren, daß jeder Gebietszuwachs, selbst wenn dieses Land von einer feindlich gesinnten Bevölkerung bewohnt ist, für sie Macht und Reichtum bedeutete. Dieser Gedanke Gerards wurde kürzlich von dem französischen General Percin sehr plastisch dargestellt, indem Percin errechnete, daß Frankreich jeden neu erworbenen Einwohner Elsaß-Lothringens mit fünf gesunden Franzosen und 1 Million Franken bezahlen mußte.

Gerard sieht in den Bündnissen sowie im Wettrüsten eine der wesentlichsten Ursachen des Krieges. Dieser vielverbreiteten An-

sicht, die Ursachen des Krieges auf diese Weise zu erklären, können wir nicht ohne weiteres beipflichten. Die Bündnisse und Rüstungen sind wohl weniger als Ursachen, die zum Kriege führten, aufzufassen, sondern als Folge der Interessengegensätze, die zwischen den europäischen Staaten bestanden haben und bestehen. Von den amerikanischen Professoren Sidney B. Fay und Harry Elmer Barnes wird unseres Erachtens daher ganz richtig anerkannt, daß trotz der Bündnispolitik 44 Jahre lang zwischen den europäischen Großmächten Frieden geherrscht hat. Man geht, glaube ich, nicht fehl, wenn man noch etwas weiter geht und sagt, daß die in Europa bestehenden Gegensätze durch den Ausgleich der Machtverhältnisse durch Bündnisse und Rüstungen — das Wettrüsten — so weit gebunden wurden, daß es längere Zeit nicht zum Kriege kam. Der Fehler oder, wenn man will, das Unwirtschaftliche und Beunruhigende lag nur darin, daß sich die Rüstungen vielfach, z. B. in Frankreich, an der obersten Grenze des für jeden Staat praktisch Möglichen hielten. Die heutige Abrüstung scheint darauf hinauszulaufen, daß man statt der Hausse in den Kriegsrüstungen à la baisse spekuliert, weil dies — vielleicht nur vorübergehend — als das bessere Geschäft gilt.

Wenn Gerard in den ewigen Kriegsgerüchten eine weitere Ursache für den Weltkrieg sieht, so bleibt er auch hier an der Oberfläche haften. Diese Kriegsgerüchte waren nicht Gerüchte in dem Sinne falscher oder übertriebener Nachrichten, sondern Europa hat in den letzten Jahrzehnten sehr häufig dicht vor dem Abgrund eines europäischen Krieges gestanden.

Nach diesen einleitenden Ausführungen über die Ursachen des Krieges überspringt Gerard mit einem Salto Mortale das schwierige Kapitel der Julikrisis und sagt einfach „Deutschland war es, das den Krieg erklärte und die besondere Verantwortung dafür muß dem deutschen Generalstab zugesprochen werden“.

Die Ansicht Gerards vom Zustandekommen der Kriegserklärung ist kurz folgende: Der deutsche Generalstab erblickt, um seine Machtstellung zu behaupten, in einem kurzen und erfolgreichen Krieg das Mittel hierzu und benutzt seinen Einfluß auf die politische Führung bei der sich ihm bietenden Gelegenheit im Sommer 1914, um seinen Willen zum Kriege durchzusetzen, indem er den Kaiser in brutaler Weise zwang, die Kriegserklärung zu unterzeichnen. —

Die Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich kamen rein formal betrachtet folgendermaßen zustande:

Im Artikel 11 der deutschen Reichsverfassung vom 16. April 1871 heißt es: „Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.“

Der Text für die Krieserklärungen lag am 1. August 1914 im Auswärtigen Amt vor und wurde vom Kaiser gebilligt. In den „Deutschen Dokumenten zum Kriegausbruch“ findet sich folgende Aufzeichnung des Reichskanzlers vom 1. August 1914 vor:

„S. M. hat dem Tenor der Kriegserklärungen zugestimmt.“<sup>2)</sup>

Am 1. August 1914 wurde unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Sitzung des Bundesrats abgehalten. Nachdem der Reichskanzler nach Schluß seiner Darlegungen die Zustimmung der verbündeten Regierungen erhalten und erklärt hatte, „daß, falls von Rußland und Frankreich genügende Erklärungen nicht abgegeben werden sollten, S. M. der Kaiser diesen beiden Mächten erklären lasse, sie hätten den Kriegszustand mit dem Deutschen Reiche herbeigeführt“, fügte er hinzu:

„Sonach haben meine Darlegungen die allgemeine Zustimmung der hohen verbündeten Regierungen gefunden. Wenn nun die eisernen Würfel rollen, wolle Gott uns helfen.“

Die Kriegserklärung an Rußland wurde dem deutschen Botschafter in Petersburg, Grafen Pourtalès, am 1. August, 12,52 nachmittags, zugestellt, mit der Weisung, sie am 1. August um 5 Uhr mitteleuropäischer Zeit zu übergeben. Die Erklärung selbst wurde vom Grafen Pourtalès erst um 7 Uhr des genannten Tages Sasonow ausgehändigt.

Die deutsche Kriegserklärung an Frankreich wurde am 3. August, 1,05 nachmittags, dem deutschen Botschafter in Paris, Herrn v. Schoen, telegraphisch übermittelt und nach Entzifferung des verstümmelt angelangten Telegramms von Herrn v. Schoen um 6 Uhr dem französischen Außenminister Viviani übergeben.

Auf die Absendung der Kriegserklärungen hat nach den bis heute vorliegenden Mitteilungen der deutsche Generalstab weder einen Einfluß ausgeübt noch gesucht.

Die Behauptung, daß der Generalstab absichtlich die falsche Meldung über den Bombenabwurf in Nürnberg aufgebracht habe,

---

<sup>2)</sup> D. D. Nr. 540a.



um auf diese Weise die Kriegserklärung zu erzwingen, kommt für die Kriegserklärung gegen Rußland natürlich überhaupt nicht in Frage, weil der Krieg gegen Rußland bereits erklärt war, als die Meldung des Generalstabs über den vermeintlichen Bombenabwurf auf Nürnberg dem Auswärtigen Amt übermittelt wurde. Die Kriegserklärung an Frankreich durch den Bombenabwurf auf Nürnberg zu erzwingen, hätte nur dann einen Sinn haben können, wenn der Bundesrat seine Zustimmung zur Kriegserklärung versagt hätte, und der Generalstab dem Kaiser hierdurch die Möglichkeit hätte geben wollen, die Kriegserklärung auf Grund eines erfolgten Angriffs gegen das Reichsgebiet verfassungsrechtlich selbständig zu erlassen.

Gerard scheint auch nicht beachtet zu haben, daß eine erste Fassung der deutschen Kriegserklärung an Frankreich vorgelegen hat, die <sup>3)</sup> die Meldung über den Bombenabwurf gar nicht enthielt, sondern als Grund für die Kriegserklärung die strategische Gesamtlage in Rechnung zog. In dieser ersten Fassung der Kriegserklärung war angegeben worden, daß die deutsche Regierung auf die Anfrage Deutschlands, ob Frankreich in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle, Frankreich eine zweideutige und ausweichende Antwort gegeben habe. Dies hätte Frankreich ermöglicht, sich auf seiten unserer Gegner zu stellen und in die Lage gesetzt, Deutschland „jeden Augenblick mit seiner inzwischen mobilisierten Armee in den Rücken zu fallen“.

Eine Meldung, daß französische Truppen die belgische Grenze überschritten hätten, ist vom deutschen Generalstab niemals gemacht worden, es ist lediglich auf Grund zuverlässiger Nachrichten die Mitteilung weitergegeben worden, daß ein Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maaß bei Givet und Namur beabsichtigt sei.

Die Unterredung des Botschafters Gerard mit dem Direktor der Deutschen Bank, Herrn von Gwinner, daß Offiziere des Großen Generalstabes vor dem Kaiser erschienen wären und gedroht hätten, sie würden ihre Degen zerbrechen, wenn er nicht unterzeichne, ist natürlich eine Fabel. In der disziplinierten, deutschen Armee des Jahres 1914 und ganz besonders innerhalb des Generalstabes war eine derartige Insubordination dem Kaiser gegenüber gänzlich unmöglich. Zum Kaiser hatten nur diejenigen Offiziere Zutritt, die Inhaber von Immediatstellen waren. Hierzu gehörten von militärischen Stellen der Chef des Generalstabes, der Kriegsminister, der Marinestaatssekretär sowie der Chef des Militärkabinetts.

---

<sup>3)</sup> D. D. Nr. 608.

Auf eine entsprechende Anfrage hat der ehemalige Chef des Militärkabinetts unter dem 2. April d. J. mitgeteilt:

„Seine Majestät der Kaiser hielt auf das strengste darauf, daß nur die offiziell berufenen Männer sich über die ihr Ressort betreffenden Dinge äußerten. Außer dem Chef des Generalstabes hätte kein Generalstabsoffizier wagen dürfen, dem Kaiser über die Unterzeichnung der Kriegserklärung einen Rat zu geben, viel weniger ihn dazu zwingen wollen. Letztere Behauptung ist einfach lächerlich. Kein Generalstabsoffizier hat überhaupt Gelegenheit gehabt, dies zu tun. Ich bin bei allen militärischen Besprechungen zugegen gewesen.

Da die Unterzeichnung der Kriegserklärung nicht zu meinem Ressort gehörte, hat Seine Majestät mit mir hierüber überhaupt nicht gesprochen, ich selbst noch weniger mit ihm. Ich hätte dies ungefragt auch nicht tun dürfen; und gefragt wurde ich nicht, weil es nicht zu meinem Ressort gehörte.“

Um zu zeigen, daß der Kaiser auch nicht durch die militärischen Stellen zur Abgabe der Kriegserklärungen gedrängt wurde, ist es notwendig, sich zu vergegenwärtigen, wie die militärischen Spitzen über die Kriegserklärungen gedacht haben.

Moltke: Über die Kriegserklärung an Rußland schreibt der Chef des Generalstabes in seinem Bericht an das Auswärtige Amt vom 2. August 1914: „Kriegserklärung gegen Rußland, resp. Rußlands gegen uns ist belanglos geworden durch den russischen Einbruch über unsere Ostgrenze. Ist Kriegserklärung Rußlands bei uns noch nicht, resp. erst nach den russischen Unternehmungen überreicht worden, so hat Rußland damit sich in Widerspruch mit den Haager Abmachungen gesetzt.<sup>\*)</sup> Der Einbruch russischer Truppen über die deutsche Ostgrenze ist am 1. August um 9 Uhr abends erfolgt,<sup>\*)</sup> mithin erst nach erfolgter Kriegserklärung. Aus

---

<sup>\*)</sup> Vgl. D. D. Nr. 662.

<sup>\*)</sup> Reichsarchiv „Der Weltkrieg 1914—1918“ Bd. II Seite 47. „Am 1. August 6 Uhr abends (= 7 Uhr russischer Zeit) hatte der deutsche Botschafter Graf Pourtalès die Kriegserklärung in Petersburg übergeben. Schon zwei Stunden später besetzte eine kleine russische Kosakenabteilung die deutsche Poststelle in Klein-Zwalinnen (an der Grenze südlich Lötzen), eine andere wurde am 2. August morgens ebenfalls auf deutschem Gebiet bei Sochem (20 km südöstlich Soldau) von deutschen Kürassierposten abgewiesen. Beide russische Abteilungen hatten die Grenze überschritten, bevor ihnen der Kriegszustand bekannt sein konnte. Für die deutschen Truppen war die Erlaubnis zum Überschreiten der Grenze gegen Rußland bis dahin noch nicht gegeben worden. Die Oberste Heeresleitung erteilte sie vielmehr erst am 2. August vormittags nach Eingang der Meldungen über die russischen Grenzüberschreitungen.“

der ganzen Anlage dieses Einbruchs geht hervor, daß der Befehl hierzu schon vor Übergabe der Kriegserklärung erfolgt ist. Mithin hat sich Rußland, wenn auch nicht formell, so doch sachlich in Widerspruch mit den Haager Abmachungen gesetzt.

Zur Kriegserklärung an Frankreich schreibt Moltke am 2. August an das Auswärtige Amt: „Ich halte es nicht für erforderlich, schon jetzt die Kriegserklärung an Frankreich zu überreichen, vielmehr rechne ich damit, daß bei vorläufigem Zurückhalten derselben Frankreich seinerseits durch die Volksstimmung gezwungen sein wird, kriegserische Unternehmungen gegen Deutschland anzuordnen, auch ohne daß formelle Kriegserklärung abgegeben ist.“<sup>5)</sup>

Falkenhayn: In den Tagebuchaufzeichnungen des Kriegsministers von Falkenhayn vom 1. August 1914 steht: „Bewege Moltke, mit mir zu Jagow zu gehen, um die törichte vorzeitige Kriegserklärung an Rußland zu verhindern.“<sup>6)</sup>

Zu den Auffassungen Moltkes und Falkenhayns über die Abgabe der Kriegserklärungen finden sich noch unter anderen wertvolle Kommentare bei Bethmann Hollweg, Tirpitz und General von Kuhl.

Bethmann Hollweg: „Der Kriegsminister General von Falkenhayn hielt die Kriegserklärung an Rußland für einen Fehler, nicht weil er den Krieg nach der russischen Mobilmachung für vermeidbar angesehen hatte, sondern weil er schädliche politische Wirkungen befürchtete. Der Chef des Generalstabes General von Moltke war dagegen für die Kriegserklärung, weil unser für den Zweifrontenkrieg berechneter Mobilmachungsplan die sofortige Vornahme kriegserischer Handlungen vorsah, und weil unsere Chancen in dem Ringen gegen eine gewaltige zahlenmäßige Übermacht allein von äußerster Schnelligkeit unseres Handelns abhinge. Seiner Ansicht habe ich mich angeschlossen.“<sup>7)</sup>

Die Behauptung Bethmann Hollwegs, daß Moltke für die Kriegserklärung gewesen sei, kann, und dies wird auch von Offizieren seiner früheren Umgebung zugegeben, nur für den 31. Juli in Frage kommen, da, wie wir aus den Tagesaufzeichnungen Falkenhayns gesehen haben, Moltke sich bereits am 1. bzw. 2. August dem

<sup>5)</sup> Vgl. D. D. Nr. 662.

<sup>6)</sup> H. v. Zwehl: „Erich von Falkenhayn“, 1926, Verlag Mittler und Sohn, Seite 58. Nach Auffassung des Staatsministers a. D. v. Jagow hat die angeführte Unterredung nicht am 1., sondern am 2. August stattgefunden. Weitere Erhebungen über diesen strittigen Punkt sind noch im Gange.

<sup>7)</sup> Bethmann Hollweg: „Betrachtungen zum Weltkriege“ Bd. I S. 156.

Wunsche Falkenhayns anschließt, die Kriegserklärung an Rußland zu verhindern.

Inwieweit Moltke am 31. Juli sich für die Kriegserklärung eingesetzt hat, ließ sich bis jetzt nicht einwandfrei feststellen.

General von Kuhl schreibt hierzu:

„Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg hielt die Kriegserklärung für nötig mit Rücksicht auf die von militärischer Seite erhobene Forderung, unverzüglich die Offensive gegen Frankreich über Belgien zu beginnen, nachdem durch die russische Mobilmachung der Zweifrontenkrieg unvermeidlich geworden war. . . .

Dem Durchmarsch durch Belgien habe die Sommatation an Belgien vorausgehen müssen. Deren Voraussetzung sei aber gewesen, daß wir uns im Notstand, d. h. Kriegszustand, befanden. Der Kriegsminister von Falkenhayn war gegen die Kriegserklärung ebenso wie der Großadmiral von Tirpitz . . . .

Der damalige Oberquartiermeister General Graf Waldersee, der allerdings bei der Entscheidung über die Kriegserklärung nicht zugegen war, versichert, der General von Moltke sei mit ihm einer Ansicht gewesen, daß wir nur die Mobilmachung brauchten, daß aber die Kriegserklärung unnötig sei. Dies wird mir auch anderweitig bestätigt und entspricht nach allem wohl dem tatsächlichen Hergang. Der General von Moltke hat die Kriegserklärung nicht gefordert, ist ihr aber auch nicht bestimmt entgegengetreten.“<sup>7a)</sup>

Wir schließen uns der Auffassung des Generals von Kuhl an mit der Einschränkung, daß die von ihm vertretene Auffassung über die Ansicht Moltkes betreffend der Abgabe der Kriegserklärungen bis zum 1. bzw. 2. August zutrifft.

Tirpitz: „Am 1. August erfuhr ich in der Bundesratssitzung, daß wir dem Ultimatum eine Kriegserklärung an Rußland nachgeschickt hätten. Ich fand das für Deutschland sehr ungünstig. Wir mußten meinem Gefühl nach den Vorteil, daß wir gegen Rußland militärisch in der Defensive lagen, diplomatisch dadurch ausnutzen, daß wir die Kriegserklärung den Russen überließen. Wir durften den Muschik nicht durch die Überzeugung begeistern, daß der Kaiser den weißen Zaren überfallen wollte. Auch die Entwertung unseres Bündnisvertrages mit Rumänien fiel ins Gewicht. Dieser Vertrag war, ebenso wie der mit Italien, vom Fürsten Bismarck auf die Verteidigung gestellt worden. Beide Staaten waren uns zur Hilfeleistung nur verpflichtet, wenn uns Rußland bzw.

---

<sup>7a)</sup> H. von Kuhl „Der deutsche Generalstab in Vorbereitung und Durchführung des Weltkrieges“ Seite 120 ff.



Frankreich angriffen. Durch unsere Kriegserklärung an Rußland gaben wir den Rumänen formell das Recht, uns im Krieg allein zu lassen, ebenso wie später den Italienern durch unsere Kriegserklärung an Frankreich. Hatte Bethmann wirklich die ungeheuerlichen Nachteile nicht bedacht, welche uns erwuchsen, wenn wir den Akt der Kriegserklärung nicht den Feinden überließen?

Ich hatte den Eindruck, daß auch nach dieser Richtung unsere Aktion völlig unüberlegt und ohne jede Regie verlief, und mein Gefühl sträubte sich dagegen, daß wir, die wir doch in Wahrheit die Angegriffenen waren, vor der Welt wegen der Juristen des Auswärtigen Amtes das Odium des Angreifers übernehmen sollten, obwohl wir gar nicht beabsichtigen konnten, in Rußland einzumarschieren. Ich fragte also den Kanzler beim Verlassen der Sitzung, weshalb denn die Kriegserklärung mit unserer Mobilmachung zusammenfallen mußte?

Der Kanzler erwiderte, das sei nötig, weil die Armee gleich Truppen über die Grenze schicken wollte. Die Antwort befremdete mich, da es sich doch höchstens um Patrouillen handeln konnte. Bethmann war aber in diesen ganzen Tagen so aufgeregt und überreizt, daß nicht mit ihm zu sprechen war. Ich höre ihn noch, wie er mit erhobenen Armen wiederholt die unbedingte Notwendigkeit der Kriegserklärung betonte und damit jede weitere Erörterung abschnitt.“

„In der Nacht vom 1. zum 2. August wiederholte sich beim Reichskanzler der Disput über unsere Kriegserklärung, diesmal hinsichtlich Frankreichs. Der Kanzler meinte, wir mußten Frankreich sofort den Krieg erklären, weil wir durch Belgien marschieren wollten. Ich warf ein, ich hätte schon nicht verstanden, weshalb man die Kriegserklärung an Rußland mit der Mobilmachung veröffentlicht hatte; ich könnte auch keinen Nutzen darin sehen, die Kriegserklärung gegen Frankreich früher loszulassen, als bis wir in Frankreich selbst einmarschierten . . .“

„Die erregten Aussprachen zwischen Bethmann und Moltke setzten sich am 2. August in meinem Beisein beim Kaiser im Schlosse fort. Moltke legte keinen Wert auf eine formelle Kriegserklärung an Frankreich. Er wies eine Reihe feindlicher Handlungen der Franzosen nach, die ihm berichtet worden waren, der Krieg sei tatsächlich da und die Entwicklung nicht aufzuhalten. Ich legte wiederholt dar, ich könnte nicht einsehen, weshalb überhaupt eine Kriegserklärung an Frankreich erfolgen müsse, die immer einen aggressiven Beigeschmack hatte; die Armee könnte doch auch ohne solche bis zur französischen Grenze marschieren.

Der Kanzler meinte, ohne Kriegserklärung an Frankreich könnte er die Sommaton an Belgien nicht überreichen. Mir ist dieser Grund unverständlich geblieben.“<sup>7b)</sup>

Wenn wir die Schlußfolgerungen aus den Aussagen dieser Inhaber der höchsten militärischen Dienststellen ziehen, ergibt sich, daß, wenn auch der Chef des Generalstabes, General von Moltke, am 31. Juli „die Kriegserklärung nicht gefordert noch ihr bestimmt entgegengetreten“ ist, die Auffassung Gerards keineswegs zutrifft, daß der deutsche Generalstab oder die Militärpartei, worunter man sich ohne nähere Bezeichnung natürlich gar nichts vorstellen kann, auf die Kriegserklärung gedrängt, geschweige denn den Kaiser zur Unterzeichnung der Kriegserklärung gezwungen habe.

Die Kritik Gerards am deutschen Generalstab ist aber mit dem, wie wir glauben gezeigt zu haben, unberechtigten Vorwurf nicht erschöpft. Wir müssen noch dem Vorwurf entgentreten, daß der deutsche Generalstab aus persönlichen und nationalen Gründen einen Präventivkrieg herbeizuführen beabsichtigt hat. Nach Gerard setzte sich der deutsche Generalstab in der Hauptsache aus Offizieren adliger Familien oder des Großgrundbesitzes zusammen. Eine Rangliste aus dem Jahre 1914 würde Gerard überzeugen können, daß dies nicht der Fall war. 1914 gehörten dem Generalstab 139 adlige und 134 nicht adlige Offiziere an, also die Zusammensetzung war durchaus paritätisch.

Es ist zutreffend, daß die Offiziere ein bescheidenes oder, wie Gerard sagt, „jämmerliches“ Einkommen hatten, trotz allem ist wohl niemals ein Generalstabsoffizier auf den absurden Gedanken gekommen, einen Präventivkrieg herbeizuführen, um seine finanzielle Lage mit Hilfe eines siegreichen Krieges zu verbessern.

Die Behauptung Gerards, daß der deutsche Generalstab bewußt und absichtlich einen Präventivkrieg herbeiführen wollte, weil die militärische Lage 1914 für Deutschland verhältnismäßig günstig gewesen wäre, trifft ebenfalls nicht zu. Wenn auch damit gerechnet werden konnte, daß sich die militärische Lage nach Durchführung des großen Programms in Rußland, mit dessen Ausführung bereits intensiv begonnen worden war, nach der Ostfront sich verschlechterte, so war auch damit zu rechnen, daß Frankreich auf die Dauer die dreijährige Dienstzeit nicht ertragen konnte. Abgesehen davon trifft es nicht zu, wie Gerard annimmt, daß die deutsche Wehrvorlage sich für Deutschland schon ausgewirkt hatte. Erst 60 000 von den durch den Reichstag bewilligten 120 000 Mann der Friedensarmee war am 1. Oktober 1913 eingestellt worden, also

---

<sup>7b)</sup> Alfred von Tirpitz „Erinnerungen“ Seite 240—44.

selbst für die aktive Armee hatte sich die Wehrvorlage erst zur Hälfte ausgewirkt. Die Bedeutung der Wehrvorlage lag aber nicht in der aktiven Armee, sondern in der durch die Wehrvorlage vermehrten Zunahme von jährlich 60 000 Reservisten, die sich erst im Laufe der Jahre ausgewirkt hätte.

Die Berichte, die Moltke 1911 und 1913 sowie am 29. Juli 1914 über die militärische Lage abstattete sowie die zum Teil von Ludendorff entworfene Denkschrift im Dezember 1912, sind ein deutlicher Beweis dafür, daß der deutsche Generalstab weit davon entfernt war, die militärische Lage für Deutschland als günstig anzusehen. Im Gegenteil, der Ernst der Situation war dem deutschen Generalstab vollkommen klar, und hat der Generalstab wiederholt darauf gedrängt, daß durch eine Änderung der Bündnispolitik die militärische Lage für Deutschland verbessert werden sollte. Also auch diese Unterstellung Gerards trifft für den deutschen Generalstab nicht zu.

Was die Ausrüstung des deutschen Heeres mit überlegenem Kriegsmaterial anbelangt, so macht Gerard keinen Unterschied zwischen dem Stand der Rüstungen vor und während des Krieges. Flammenwerfer und Anwendung der Giftgase sind ein Produkt des Krieges, ebenso wie die Tanks der Alliierten. Die Bedeutung der deutschen schweren Artillerie wird von Gerard überschätzt. Hätte sich der deutsche Generalstab eingeildet, mit seiner schweren Artillerie jede Festung im Handumdrehen nehmen zu können, wäre man voraussichtlich nicht durch Belgien marschiert. Wie fest die französische Ostfront gegen Deutschland vermauert war, haben später die ergebnislosen deutschen Angriffe auf Verdun zur Genüge erwiesen.

Daß die vollendete Erweiterung des Nordostsee-Kanals zeitlich mit dem Kriegsausbruch zusammentraf, ist ein reiner Zufall. Die Erweiterungsbauten, die am 25. Juni abgeschlossen waren, hatte man gar nicht einmal erprobt. Erst am 25. Juli wurde die „Kaiserin“ von der Nordlandsfahrt zurückgerufen, um probeweise den Nordostsee-Kanal zu durchfahren. Bei der Rückkehr der Flotte aus Norwegen wurde der Nordostsee-Kanal nicht benutzt. Das erste Geschwader fuhr durch die Nordsee nach Wilhelmshaven, während das zweite und dritte Geschwader durch das Skagerrak nach Kiel fuhr. Erst am 31. Juli wurde angesichts der aufmarschierten englischen Flotte das zweite und dritte Geschwader schiffsweise langsam durch den Kanal gezogen. Hätte man Anfang Juli mit einem Kriege gerechnet, so wäre sicherlich die Probefahrt durch den Kanal Mitte Juli erfolgt.

Zum Schluß wollen wir noch die Bemerkung Gerards unter die Lupe nehmen, daß die Deutschen aus Furcht, ihre Politik und ihr Leben von der im Generalstab verkörperten Militärkaste beherrschen ließen. Zum Beweis hierfür kolportiert Gerard Greuelgeschichten aus dem 30jährigen Kriege, spricht von polygamen Pastoren und dem Verkauf von Menschenfleisch in Metzgerläden. Diese Legenden des 30jährigen Krieges sind von dem auch in der Kriegsschuldfragenforschung bekannten Professor Robert Hoeniger längst auf ihr richtiges Maß zurückgeführt worden, so daß es sich erübrigt, hierauf näher einzugehen.<sup>9)</sup>

Abgesehen hiervon ist es aber, wie Gerard behauptet, durchaus abwegig, daß im deutschen Volk noch in den Jahren vor dem Weltkrieg die Schrecken des 30jährigen Krieges auf die Mentalität des deutschen Volkes eine erkennbare Einwirkung gehabt hätten. Wenn historische Erinnerungen darauf einen Einfluß gehabt haben, daß Deutschland seine Rüstungen nicht ganz vernachlässigte, ist dies dem Einfall der napoleonschen Heere sowie dem französischen Angriff von 1870 zuzuschreiben, für Preußen mögen auch noch die Erinnerungen an die Kriege Friedrichs des Großen etwas nachgewirkt haben. Jedenfalls dürfte der 30jährige Krieg keine stärkere Nachwirkung hinterlassen haben, als später einmal dem Unfrieden von Versailles zugeschrieben werden muß.

---

<sup>9)</sup> Vgl. „Preußische Jahrbücher“ 1909, Band 138, III. Heft „Der 30jährige Krieg und die deutsche Kultur“.

---



## Poincaré und die erste Balkankrise.

August Bach.

Raymond Poincaré hat die beiden ersten Bände seiner Memoiren veröffentlicht.<sup>1)</sup> Er hat ihnen den Titel gegeben: „Au Service de la France“. Es wird die Aufgabe der französischen Politiker und Historiker sein, nachzuprüfen, inwieweit Poincaré als Ministerpräsident und als Präsident der Republik im Dienste und zum Wohle Frankreichs gehandelt hat. Die Untersuchungen der Kriegsschuldfragenforschung werden zwar auch diese innerpolitische französische Frage streifen, aber darüber hinaus feststellen müssen, ob die Politik Poincarés dem Frieden Europas gedient oder ob sie dazu beigetragen hat, die zwischen den beiden großen europäischen Bündnisgruppen bestehenden Gegensätze zu verschärfen, so daß die diplomatischen Aktionen im Juli 1914 die Erhaltung des europäischen Friedens nicht erreichen konnten.

Die nachstehenden Ausführungen beschränken sich auf die Untersuchung einer Einzelfrage: Gelingt es Poincaré, im zweiten Band seiner Memoiren, der ausschließlich der ersten Balkankrise gewidmet ist, den überzeugenden und dokumentarischen Nachweis zu führen, daß er in den Monaten November und Dezember 1912 für die Erhaltung des Friedens gearbeitet hat? Der am 27. September 1911 zum Ausbruch gekommene italienisch-türkische Krieg um den Besitz von Tripolis löste bei den Balkanregierungen den Entschluß zu einem kraftvollen Vorstoß gegen die Türkei aus. Unter der Patronanz der russischen Regierung und der aktiven Mitarbeit der russischen Gesandten kam am 29. Februar/13. März 1912 der serbisch-bulgarische Vertrag zum Abschluß, dem im Juli 1912 eine serbisch-bulgarische Militärkonvention folgte. Der russischen Regierung war die letzte Entscheidung für den Beginn der verabredeten militärischen Operationen gegen die Türkei vorbehalten worden. Sie übernahm damit auch die volle Verantwortung für alle Auswirkungen des serbisch-bulgarischen Vertrages.

In den langen Monaten der Verhandlungen zwischen der russischen Regierung und den einzelnen Balkanstaaten war das französische Kabinett nicht verständigt worden. Dieses eigenmächtige Vorgehen des Verbündeten, der ohne Wissen Frankreichs das Protektorat eines Vertrages und einer Militärkonvention übernahm,

---

<sup>1)</sup> Raymond Poincaré: „Au Service de la France. Neuf Années de Souvenirs. I: Le Lendemain d'Agadir 1912. II: Les Balkans en Feu.“ 1912. Librairie Plon, Paris 1926, 391, 429 S.

aus denen über Nacht ein europäischer Brand entstehen konnte, rief bei dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré tiefe Verstimmung und große Befürchtungen hervor. Vergeblich bemühte er sich, den authentischen Wortlaut des Vertrages und der Konvention zu erfahren, nachdem ihm am 1. April 1912 durch Iswolski, den russischen Botschafter in Paris, und ausführlicher am 5. April 1912 durch Georges Louis, den französischen Botschafter in Petersburg, Mitteilung von dem Abschluß des Vertrages gemacht war.<sup>2)</sup> Erst einige Monate später, im August 1912, während seines Aufenthaltes in Petersburg, erhielt Poincaré durch den russischen Außenminister Sasonow Kenntnis von dem Wortlaut des Vertrages und der Militärkonvention. Er war über ihren Inhalt entsetzt und erklärte Sasonow ganz offen, daß die Militärkonvention wesentlich anders laute, als man ihm bisher gesagt habe, und daß sie in Wahrheit eine „convention de guerre“ sei. Die französische öffentliche Meinung würde es der Regierung der Republik niemals erlauben, für reine Balkanfragen an einem Kriege teilzunehmen, wenn nicht Deutschland aus eigener Initiative die Anwendung des Bündnisfalles provoziere. Und Poincaré zitiert wörtlich, was er dem russischen Außenminister nach der Lektüre des Wortlautes der serbisch-bulgarischen Militärkonvention gesagt habe:

„Zählen Sie nicht auf unsere militärische Hilfe auf dem Balkan, selbst wenn Sie von Österreich angegriffen werden sollten. Wir werden unsere Bündnisverpflichtungen erfüllen, aber wir werden sie nicht überschreiten. Wir werden Ihnen bewaffnete Hilfe leihen, wenn Sie von Deutschland oder von Österreich, unterstützt durch Deutschland, angegriffen werden, wie Sie uns die Ihrige leihen werden, wenn wir von Deutschland oder von Italien, unterstützt durch Deutschland, angegriffen würden. In dem festgelegten Falle werden wir unsere Pflicht erfüllen, fordern Sie nicht mehr.“<sup>3)</sup>

Ist Poincaré diesen Grundsätzen treu geblieben und hat er diese Auslegung des französisch-russischen Bündnisvertrages auch während der europäischen Krise im November und Dezember 1912 vertreten? Am 8. Oktober 1912 erklärte Montenegro der Türkei den Krieg, am 17. und 18. Oktober folgten die Kriegserklärungen von Bulgarien, Griechenland und Serbien. Überraschend schnell erreichten die verbündeten Balkanheere bedeutende Erfolge gegen

---

<sup>2)</sup> Documents Diplomatiques. Les Affaires Balkaniques. Tome premier, Paris 1922, Imprimerie Nationale, Nr. 21 u. 25.

<sup>3)</sup> Raymond Poincaré, a. a. O. S. 117 f.

die Türkei. Ihre sichtbar starke Überlegenheit hatte auch einen Umschwung zu ihren Gunsten bei den Entente-Staaten zur Folge, wo man die Niederlage der türkischen Armee auch als eine Schlappe der deutschen Orientpolitik ansah. Am 28. Oktober berichtet Iswolski aus Paris über den „ernsthaften Umschwung der Stimmung zugunsten der Balkanstaaten und des russischen Standpunktes“.<sup>4)</sup>

Diesen „psychologischen Augenblick“, wie Iswolski die Situation bezeichnete, nutzte Sasonow sehr geschickt aus und unterbreitete am 29. Oktober der französischen Regierung den Vorschlag, sie möge angesichts der schnellen Entwicklung der Ereignisse auf dem Balkan die Initiative ergreifen, um eine Erklärung „des völligen Desinteresses der Mächte an irgendwelchen Kompensationen als Grundlage für die Vermittlung zwischen den kriegführenden Parteien“ zu erzielen.<sup>5)</sup> Poincaré griff diesen einseitig gegen Österreich-Ungarn gerichteten Vorschlag des russischen Außenministers sofort auf und gab ihn in folgender Formel an die französischen Botschafter in Berlin, Wien und Rom zur Mitteilung an die betreffenden Regierungen weiter, ohne dabei zu erwähnen, daß die Formel auf russischen Wunsch von ihm vorgeschlagen werde:

„Les Puissances, reconnaissant que l'heure approche où elles pourront exercer leur médiation entre les belligérants de la péninsule balkanique, et continuant de placer au premier rang de leurs préoccupations le maintien de la paix européenne, déclarent qu'elles s'appliqueront à leur oeuvre commune dans un esprit d'absolu désintéressement.“<sup>6)</sup>

Poincaré sagt in seinen Erinnerungen, Rußland habe dieser Klausel des Desinteresses zugestimmt. Das ist richtig, aber Poincaré war sehr wohl bekannt, daß die russische Regierung, auch wenn sie im gegenwärtigen Augenblick keine Ansprüche erhob, doch ihrerseits niemals auf die Erreichung ihrer Ziele in der Meerengenfrage Verzicht leisten würde. Am 29. Oktober hatte der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, eine Unterredung mit Sir Arthur Nicolson, dem ständigen Unterstaatssekretär

---

<sup>4)</sup> Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914. Im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes in deutscher Übertragung herausgegeben von Friedrich Stieve. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924, Nr. 532.

<sup>5)</sup> Stieve, a. a. O. Nr. 534.

<sup>6)</sup> Les Affaires Balkaniques I, a. a. O. Nr. 210.

im Foreign Office.<sup>7)</sup> Benckendorff sprach sich sehr offen gegenüber dem britischen Staatsmann aus und sagte ihm, daß für die russische Regierung „die Erhaltung des status quo ante nicht als Prinzip gelten könne“, daß sie es aber nicht zulassen werde, wenn Österreich sich „einen vorherrschenden Einfluß auf dem Balkan sichern“ werde. Und schon einige Monate vorher, bei den Verhandlungen über den Abschluß eines Friedens zwischen Italien und der Türkei, am 18. Juni 1912, hatte Sasonow sich geweigert, eine Desinteressesmentserklärung abzugeben, die von der russischen öffentlichen Meinung wie auch von den slavischen Staaten dahin gedeutet werden könne, „daß Rußland in Zukunft auf seine hundertjährige Balkanpolitik verzichtet“.<sup>8)</sup> Die russische Regierung behielt sich also stillschweigend ihrerseits die Abänderung des status quo vor, forderte aber für den Augenblick von Österreich seine unbedingte Erhaltung.

Poincarés Formel wurde am 4. November 1912 von Berlin, Rom und Wien in folgender gleichlautenden Antwort abgelehnt:<sup>8a)</sup>

„Le Gouvernement impérial, d'accord avec les Cabinets de Vienne et de Rome, reconnaît l'utilité d'une médiation des Puissances entre les belligérants dans l'intérêt du maintien de la paix européenne. Cette médiation ne saurait cependant être imposée mais devra être réclamée au moins par une des parties belligérantes. Dès que pareille demande leur sera faite, les trois Gouvernements n'hésiteront pas à joindre leurs efforts à ceux de la France et des autres Gouvernements au nom desquels a parlé. Les trois Gouvernements pensent qu'une entente sur la manière dont la médiation s'exécutera ne pourra se faire qu'au moment où elle sera demandée par l'un des belligérants et où la situation de ceux-ci se sera dessinée plus nettement.“

Diese ablehnende Haltung der Dreibundmächte, insbesondere Österreichs, habe in Frankreich — so führt Poincaré aus — eine starke Erregung und Bestürzung zur Folge gehabt. Der Minister-rat habe sich mit der Lage beschäftigt und ihn ersucht, schon jetzt gemeinsam mit England und Rußland ein Programm aufzustellen für den Fall, daß Österreich territoriale Erwerbungen zu erzielen versuchen sollte. Er habe daraufhin am 4. November an Iswolski folgenden Brief gerichtet:

---

<sup>7)</sup> Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre. Herausgegeben von B. von Siebert. Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1921, S. 558 f.

<sup>8)</sup> Stieve a. a. O. Nr. 337.

<sup>8a)</sup> Les Affaires Balkaniques a. a. O. Nr. 225.



„Wie ich Ihnen sagte, beschäftigt die rätselhafte Haltung Österreichs die französische Regierung nicht weniger als die Kaiserliche Regierung.

Im Einvernehmen mit dem Ministerrat halte ich es für klug, schon von jetzt ab eine allgemeine Richtlinie festzulegen für den Fall, daß Österreich territoriale Vergrößerungen vorzunehmen gewillt sein sollte. Sie haben mir gesagt, daß eine solche Eventualität in Ihren Abmachungen von Racconigi bereits vorgesehen sei und daß Italien ebenso wie Rußland erklärt habe, gegen jede territoriale Ausdehnung einer Großmacht auf dem Balkan zu sein. Die französische Regierung ist gleichfalls der Ansicht, daß ein derartiges Unternehmen jedem Wettstreit Tür und Tor öffnen würde. Ich möchte gern wissen, ob die Kaiserliche Regierung gleich uns jeder Annexion türkischen Gebiets durch eine Großmacht feindlich gegenübersteht, und ob sie geneigt wäre, mit Frankreich sowohl als mit England die Mittel zur Abwendung dieser Gefahr zu besprechen.<sup>9)</sup>

Poincaré.“

Poincaré will in seinem Briefe „keine Erweiterung, keine Abweichung, keine neue Auslegung des Bündnisses“ sehen. Die französische Regierung habe „lediglich folgenschwere Zusammenstöße zwischen Österreich und Rußland vermeiden“ wollen.<sup>10)</sup> Poincaré hütet sich aber, das Urteil Iswolskis über den Entschluß der französischen Regierung in seinen Memoiren zu erwähnen. Der russische Botschafter schreibt über den Vorschlag des französischen Ministerrates in einem Brief an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912:<sup>11)</sup>

„Er enthält einen ganz neuen Gesichtspunkt Frankreichs in der Frage territorialer Vergrößerung Österreichs auf Kosten der Balkanhalbinsel. Bisher hat Frankreich uns nur erklärt, daß die lokalen, gewissermaßen rein balkanischen Ereignisse von seiner Seite nur diplomatische Schritte und keinerlei aktive Intervention veranlassen könnten; jetzt scheint es aber einzusehen, daß Gebietseroberungen Österreichs das allgemeine Gleichgewicht Europas und dadurch die eigenen Interessen Frankreichs in Frage ziehen würden.

Ich habe nicht verfehlt, Herrn Poincaré darauf aufmerksam zu machen, daß er durch seinen Vorschlag, gemeinsam mit uns

---

<sup>9)</sup> Stieve a. a. O. Nr. 554, Anlage.

<sup>10)</sup> Poincaré a. a. O. II, S. 302.

<sup>11)</sup> Stieve a. a. O. Nr. 554.

und England die Mittel zur Verhütung derartiger Gebiets-eroberungen zu prüfen, auch bereits die Frage der praktischen Folgen des von ihm vorgeschlagenen Übereinkommens aufgeworfen habe. Aus seiner Antwort konnte ich schließen, daß er sich vollkommen klar darüber ist, Frankreich könne hierbei in militärische Operationen hineingezogen werden.“

Aus diesem Dokument geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß Poincaré dem französisch-russischen Vertrag nunmehr, nach den starken Erfolgen der Balkanmächte, eine viel weitgehendere Auslegung gab, als er dies wenige Monate vorher bei seinem Aufenthalt in Petersburg getan hatte. Damals hatte er gegenüber dem russischen Außenminister ausdrücklich betont, daß die französische öffentliche Meinung es nicht verstehen würde, wenn Frankreich in einen Krieg hineingezogen würde, der aus einem Balkankonflikt entstünde. Jetzt war Poincaré durchaus bereit, dem russischen Verbündeten, für den Fall, daß es wegen eines Gebietserwerbs Österreichs auf dem Balkan zu einem österreichisch-russischen Kriege kommen sollte (also nicht nur für den Fall eines „von Deutschland unterstützten Angriffes Österreichs auf Rußland“), militärische Hilfe zu leisten.

Iswolski hatte daher durchaus Recht, wenn er in dem Briefe Poincarés eine Schwenkung der französischen Außenpolitik sah. Er vermochte ja auch diese Kursänderung am sichersten zu beurteilen und ein Gefühl des Triumphes wird ihn beseelt haben, als er diesen Brief in Händen hatte und dabei zurückdachte an die Monate der bosnischen Annexionskrise 1908/1909, da ihm, als damaligem russischen Außenminister, von der französischen Regierung jede aktive Unterstützung gegen Österreich verweigert wurde. Am 13./26. Februar 1909 hatte ihm die französische Regierung mitteilen lassen: „Die russische Regierung wird sicherlich mit der französischen übereinstimmen, daß sie beide alles tun müssen, um die Gefahr eines bewaffneten Konflikts in einer Frage abzuwenden, von der die Lebensinteressen Rußlands nicht direkt berührt werden. Die französische öffentliche Meinung würde nicht verstehen, daß eine derartige Frage zu einem Kriege führen könne, an dem sich die französischen und russischen Armeen beteiligen müßten.“<sup>12)</sup>

Nunmehr, nach drei Jahren, erhielt Iswolski die große Genugtuung, daß die französische Regierung von sich aus ihre aktive Unterstützung Rußlands für den Fall eines Krieges mit Österreich

---

<sup>12)</sup> Siebert a. a. O. S. 74.

zur Verfügung stellte, ohne an diese Unterstützung eine andere Bedingung als einen Gebietserwerb Österreichs auf dem Balkan zu knüpfen. Die gleiche Frage, die 1909 von der damaligen französischen Regierung als eine Frage, welche die Lebensinteressen Rußlands nicht berührt, angesehen wurde, bezeichnete Poincaré jetzt sogar als eine „Gefahr“ für Frankreich. Worin bestand denn diese Gefahr? Hatte Österreich-Ungarn irgendwelche Ansprüche auf türkisches Gebiet angemeldet? Nein, im Gegenteil! Die k. u. k. Regierung ließ am 5. November in Petersburg und am 6. November in Paris durch ihre Botschafter die bestimmte Erklärung abgeben, daß Österreich-Ungarn keine Gebietserwerbungen erstrebe.

In Petersburg dachte man wesentlich ruhiger als in Paris, wo sich bei Poincaré immer stärker das Bestreben geltend machte, die zwischen Dreibund und Triple-Entente bestehenden Spannungen zu verschärfen. In London rief — wie der deutsche Geschäftsträger von Kühlmann am 7. November 1912 schrieb — „die unruhige, nervöse, geschäftige Politik des Herrn Poincaré allgemeines Kopfschütteln hervor. Sir Edward hatte sich, wie ich aus zuverlässiger diplomatischer Quelle höre, mit dem Vorschlag des Herrn Poincaré wegen des „*désintéressement territorial*“ um des lieben Friedens willen einverstanden erklärt, ohne für den Vorschlag selbst sehr begeistert zu sein. Er war anscheinend sehr unangenehm überrascht, als er hörte, daß die französische Diplomatie diesen Vorschlag als „Vorschlag der Triple-Entente“ bezeichnete, und soll, als der italienische Botschafter ihn hierauf aufmerksam machte, Herrn Poincaré in unverhohlener Weise sein Mißfallen über diese Art des Vorgehens ausgesprochen haben, das mit dem Bestreben Sir E. Greys in vollem Widerspruch stand, nämlich alles zu vermeiden, was an die Gruppierung der Mächte in zwei Lager erinnern könnte.“<sup>13)</sup>

Durch die österreichische Erklärung, auf einen Gebietserwerb zu verzichten, war die Spannung behoben. Die Situation wurde jedoch alsbald wieder kritisch durch die energische Forderung Serbiens auf einen freien Zugang zum Adriatischen Meer, einer Forderung, der die österreichische Regierung sofort den schärfsten Widerstand entgensetzte. Serbien schien selbst vor einer gewaltsamen Lösung der Hafenfrage nicht zurückzuschrecken. Sollte es um eines serbischen Hafens willen zum europäischen Kriege kommen? „Man darf den Konflikt — telegraphierte Sasonow am

---

<sup>13)</sup> Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926. Bd. 33, Nr. 12 346.

9. November nach Belgrad — nicht bis zur Gefahr eines gesamt-europäischen Konflikts zuspitzen“.<sup>14)</sup> Und am 11. November richtete Sasonow eine sehr scharfe Warnung an Belgrad, in der es hieß: „Auf einen Krieg mit den Mächten des Dreibundes wegen der Frage des serbischen Hafens an der Adria werden wir uns nicht einlassen.“<sup>15)</sup>

Auch Poincaré sagte dem deutschen Botschafter, „daß es ein ungeheuerlicher Gedanke wäre — *ce serait monstrueux* — uns beide, Frankreich und Deutschland, in einen entsetzlichen Krieg aus Anlässen gezogen zu sehen, die unsere Lebensinteressen nicht unmittelbar berühren“.<sup>15a)</sup>

Wenn nun aber Poincaré dies als ungeheuerlich ansah, wie konnte er dann Rußland so weitgehende Zusicherungen geben? Der Streit um den serbischen Hafen konnte zu Aktionen führen, in deren Verlauf es zwar nicht zu Gebietserweiterungen Österreichs, da dieses keine erstrebte, wohl aber zu anderen Gebietsverschiebungen auf dem Balkan gekommen wäre. Nicht weitgehende Versicherungen der Bundestreue von Alliierten zu Alliierten waren am Platze, sondern ernste Mahnungen zur Besonnenheit.

Solche Mahnungen hatte Staatssekretär von Kiderlen für Reichskanzler von Bethmann Hollweg entworfen, der vom 7. bis 9. September 1912 zu Besuch beim Grafen Berchtold auf Schloß Buchlau weilte. Am 2. September schrieb Herr von Kiderlen dem Reichskanzler:

„Nach unseren Verträgen und Abmachungen mit Österreich-Ungarn sind wir nicht verpflichtet, Österreich-Ungarn in seinen orientalischen Plänen, geschweige denn Abenteuern, zu unterstützen. Wir sind dies um so weniger, als Österreich-Ungarn uns auch nicht ohne weiteres seine Unterstützung gegen Frankreich zugesagt hat. Sind wir in den letzten Zeiten wiederholt über diese Verpflichtungen hinausgegangen, so haben wir dies getan im Interesse der Stärkung und Festigung unseres Bündnisses nach außen hin. Wir müssen uns aber unsere Stellungnahme zum österreichischen Vorgehen in orientalischen und Balkanfragen stets von Fall zu Fall vorbehalten. Wenn die österreichischen Überraschungen mit Schritten, die der österreichisch-ungarische Minister ohne vorherige Fühlung mit uns sofort bei sämtlichen Mächten unternimmt, sich häufen sollten, so würde leicht der Fall eintreten können, daß wir uns in einem Spezialfall von unserem

---

<sup>14)</sup> Stieve a. a. O. Nr. 558.

<sup>15)</sup> Stieve a. a. O. Nr. 562.

<sup>15a)</sup> Große Politik a. a. O. Nr. 12 356.



Bundesgenossen trennen müssen. Wir würden dies im Interesse unserer beiderseitigen Gesamtpolitik lebhaft bedauern. Gerade um eine solche Möglichkeit zu vermeiden, müssen wir entschieden Wert darauf legen, daß sich Österreich-Ungarn, wie auch wir das tun, vor seinen Entscheidungen mit uns ins Benehmen setzt.

Ich würde es für sehr nützlich halten, wenn Euere Exzellenz diesen Gesichtspunkt in Buchlau, wenn auch in freundschaftlicher Form, so doch bestimmt zum Ausdruck brächten. Den österreichischen Satelliten im Orient wollen wir nicht machen.“<sup>16)</sup>

Man war in Berlin bereit, im Falle eines russischen Angriffs auf Österreich den casus foederis eintreten zu lassen, aber man hatte nicht die geringste Neigung, jede Balkanaktion Österreich-Ungarns vorbehaltlos zu unterstützen. In diesem wichtigsten Punkte aber differieren die französische und deutsche Außenpolitik im November und Dezember 1912.

Man war sich in Berlin und London der gefährvollen Situation sehr genau bewußt. Beide Kabinette bemühten sich, alle Momente auszuschalten, die dem österreichisch-serbischen Konflikt den Charakter eines europäischen Konfliktes geben konnten. Was im Juli 1914 nicht gelang, konnte im November/Dezember 1912 dank der Besonnenheit der verantwortlichen Staatsmänner in Berlin, London und Petersburg — auch Sasonow zeigte in diesen Monaten ein hohes Maß von Verantwortungsbewußtsein — erreicht werden. Aber es ist nicht das Verdienst Poincarés, daß der europäische Friede damals erhalten werden konnte.

Poincaré weiß dies sehr wohl und seine hauptsächlichsten Bemühungen in seinen Memoiren sind denn auch darauf gerichtet, die Telegramme Iswolskis aus dem November 1912 in ihrer Bedeutung herabzusetzen. Er schreckt dabei sogar vor einer bewußten Täuschung seiner Leser nicht zurück. Am 4./17. November telegraphierte Iswolski an den russischen Außenminister:<sup>17)</sup>

„In einer Unterredung über die französische Antwort auf meine Mitteilungen hinsichtlich des österreichisch-serbischen Streitfalles antwortete Poincaré, es sei ihm selbst, rein privatim, unmöglich, das Verhalten Frankreichs bei einem aktiven Eingreifen Österreichs genau festzulegen, falls ihm nicht vorher von der Kaiserlichen Regierung Nachricht über deren eigene Absichten zugegangen sei. „Rußlands Sache ist es“, sagte er, „in einer Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, bei der es der am meisten

---

<sup>16)</sup> Große Politik a. a. O. Nr. 12 135.

<sup>17)</sup> Stieve a. a. O. Nr. 567.

interessierte Teil ist. Frankreichs Aufgabe ist es, ihm seinen nachdrücklichsten Beistand zu leisten. Ergriffe die französische Regierung ihrerseits die Initiative, so liefe sie Gefahr, den Absichten ihres Verbündeten zuvorkommen.“ Um ihn über den Grad unserer Mitwirkung nicht im geringsten im Zweifel zu lassen, glaubte ich auf eine Stelle in den Instruktionen des Herrn Sasonow an den russischen Gesandten in Belgrad hinweisen zu müssen, wo gesagt ist, Frankreich und England hätten offen erklärt, daß sie keineswegs gesonnen seien, sich durch den Konflikt mit dem Dreibund entzweien zu lassen. „Im großen und ganzen“, fügte Poincaré hinzu, „läuft alles auf die Erklärung hinaus: wenn Rußland in den Krieg geht, wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, daß in dieser Sache Deutschland hinter Österreich stehen würde.“

Zu dieser Depesche Iswolskis vom 17. November erklärt nun Poincaré in seinen Memoiren:<sup>18)</sup>

„Welche unvorsichtige Sprache für den Chef der französischen Regierung, könnte man wohl sagen. Unglücklicherweise für das „Livre noir“ und selbst für Herrn Iswolski hatte ich dem russischen Botschafter nicht mündlich, sondern schriftlich die Auffassung Frankreichs mitgeteilt. Als Leiter der auswärtigen Politik hatte ich ihm offiziell am 16. November 1912 einen Brief zugesandt, der seltsamerweise nicht in dem zweiten Band von Stieve zu finden ist.<sup>19)</sup> Herr Iswolski hatte mir indes versichert, daß er ihn nach Petersburg gesandt habe durch Telegramm Nr. 368, das auch in der Depesche, die Stieve auf Seite 346 veröffentlicht, erwähnt wird; aber wie durch Zufall ist die Nr. 368, mit der meine Note übersandt wurde, verschwunden. Sie ist indessen in den russischen Archiven<sup>20)</sup> wiedergefunden worden und andererseits befindet sich in den französischen Archiven selbst mein Brief, über den vor der Absendung an die russische Botschaft im Ministerrat beraten worden war. Er hat folgenden Wortlaut:

„Durch zwei Noten vom 12. d. Monats haben Euer Exzellenz mich über die Meinungsverschiedenheit, die wegen eventueller Ausdehnung des serbischen Gebietes bis zum

---

<sup>18)</sup> Poincaré a. a. O. Bd. II, S. 336 ff.

<sup>19)</sup> Die Schuld, daß der Brief Poincarés nicht in dem Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis veröffentlicht worden ist, liegt sicherlich nicht an Friedrich Stieve, dem Herausgeber der Iswolski-Akten. Poincarés Brief ist weder in der russischen Quelle, den „Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen“ noch im „Livre noir“ veröffentlicht.

<sup>20)</sup> Gemeint sind wohl die Archive der russischen Botschaft in Paris?

Adriatischen Meer entstanden ist, unterrichtet. Die Regierung der Republik verfolgt die Entwicklung dieser Angelegenheit mit der ernstesten Aufmerksamkeit, in der Erkenntnis, daß die Folgen für den allgemeinen Frieden gefährlich werden könnten. Daher beurteilt die französische Regierung die von Sr. Exzellenz, dem Herrn Außenminister des Kaisers, an den russischen Gesandten in Belgrad gerichteten Instruktionen als sehr klug und sehr weise. Ich habe sofort den Vertreter der Republik in Serbien veranlaßt, der Königlichen Regierung einen gleichen Rat der Mäßigung zukommen zu lassen.<sup>21)</sup> Aber Seine Exzellenz Herr Sasonow rechnet im voraus damit, daß die versöhnende Aktion der Triple-Entente vielleicht nicht ausreichen wird, um Österreich von einer Drohung oder von Zwangsmaßnahmen abzuhalten, und er spricht mir gegenüber den Wunsch aus, die Haltung kennen zu lernen, die Frankreich in einem solchen Falle annehmen würde. Wie ich Ihnen bereits zweimal mündlich erklärt habe, ist es für die Regierung der Republik nicht möglich, genau ihre Richtlinien anzugeben, bevor ihr die Kaiserliche Regierung ihre Absichten enthüllt hat. In der Tat ist Rußland in dieser Frage in erster Linie interessiert; es muß die Verantwortung zur Initiative übernehmen und Vorschläge formulieren. Ich erwarte also die Anregungen, welche die Kaiserliche Regierung der Regierung der verbündeten Macht unterbreiten wird. In diesem Zusammenhang halte ich es nicht für überflüssig, eine Bemerkung zu berichtigen, die Seine Exzellenz Herr Sasonow in einer der vorerwähnten Noten gemacht hat, nämlich: daß „Frankreich und England offen erklären, daß sie keineswegs gewillt sind, den Konflikt mit dem Dreibund zuspitzen zu lassen“. Diese Frage ist um so wichtiger, da der russische Gesandte in Belgrad beauftragt ist, in seinen Vorstellungen bei der serbischen Regierung auf sie hinzuweisen. Was England betrifft, so bin ich nicht unterrichtet, ob es eine derartige Erklärung abgegeben hat. Was aber die Regierung der Republik anbetrifft, so behält sie sich die Prüfung der Maßnahmen vor, welche die Kaiserliche Regierung ihr zu unter-

---

<sup>21)</sup> Auch hier ist das Wesentliche die Form, in der Poincaré diese Mahnung erteilen ließ. Er gab dem französischen Gesandten in Belgrad die Anweisung, bei seiner D  marche dem russischen Gesandten den Vortritt zu lassen und nichts zu sagen, was die serbische Regierung vermuten lassen könne, daß Rußland aus Rücksicht auf Frankreichs Haltung der serbischen Regierung diesen Rat zur Mäßigung erteile. Les Affaires Balkaniques a. a. O. Nr. 258.

breiten für notwendig erachtet, und bevor sie diese Maßnahmen nicht kennt, kann sie ihnen weder zustimmen noch freundschaftlich diskutieren. Im Hinblick darauf hat sie bisher nichts gesagt und nichts vermuten lassen, was von ihrer Seite als ein Versagen der Unterstützung ausgelegt werden könnte.“

Dieser durch den französischen Ministerrat sanktionierte Brief ist in mancher Hinsicht von höchstem Interesse. Wogegen protestiert denn dieser Brief? Dagegen, daß man behauptet, Frankreich wolle nicht, daß der Konflikt mit dem Dreibund sich zuspitze. Das möge, so sagt er, Englands Ansicht sein. Frankreich aber sei bündnistreuer. Es mißbillige nicht im vornehinein eine Zuspitzung des Konflikts mit dem Dreibund, es wolle nur im voraus unterrichtet werden, was Rußland vorhabe, und dann die Lage prüfen. Es habe nicht auch nur vermuten lassen, daß es seine Unterstützung versagen werde. Man kann es verstehen, daß Iswolski nach der Lektüre dieses Briefes am folgenden Tage (17. November) zu Poincaré eilte, um auch aus seinem Munde noch einmal eine Bestätigung dieses Briefes zu erhalten. In dieser Unterredung wiederholte Poincaré seine Versicherung, und zwar nach Iswolskis Bericht in einer weit schärferen Form. Im Ministerrat mußte Poincaré vorsichtiger sein, jetzt, in seiner Unterredung mit dem russischen Botschafter zeigte er sein wahres Gesicht: „Wenn Rußland in den Krieg geht“ — erklärte er Iswolski — „wird Frankreich dasselbe tun, weil wir wissen, daß in dieser Sache Deutschland hinter Österreich stehen würde.“ Der im Ministerrat festgelegte Brief vom 16. November beweist nicht, daß Iswolski über die in der Unterredung vom 17. November von Poincaré gebrauchten Worte falsch berichtet hat, wie Poincaré glauben machen will. In diesem Briefe werden die von Poincaré noch im August gegenüber Sasonow gemachten starken Einschränkungen der französischen Bündnisverpflichtungen nicht mehr aufrechterhalten. Die französische Regierung verzichtet jetzt auf eine genaue Formulierung ihrer Haltung im Falle eines österreichisch-serbischen Konfliktes. Sie überläßt in der wichtigsten Lebensfrage einer Nation der verbündeten Macht jede Initiative mit der schwachen und angesichts der Verhältnisse im Vorkriegseuropa bedeutungslosen Einschränkung, daß die französische Regierung die von der russischen Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen einer Prüfung unterziehen werde. Die Verurteilung der den europäischen Frieden gefährdenden Politik Poincarés kann durch diesen Brief in keiner Weise abgeschwächt werden.



Die durch die serbische Forderung auf freien Zugang zum Adriatischen Meer geschaffene europäische Krise erfuhr Ende November 1912 durch russische Truppenverschiebungen an die österreichische Grenze, durch Zurückhaltung des ausgedienten Jahrganges in Rußland und durch Erhöhung der österreichischen Truppenbestände in Galizien eine wesentliche Verschärfung. Auch in Berlin leugnete man nicht den großen Ernst der Situation. Doch man ließ gegenüber der verbündeten Donaumonarchie keinen Augenblick die Führung aus den Händen.

Am 22. und 23. November 1912 war der Erzherzog Franz Ferdinand Gast des Kaisers in Springe und in Berlin. Poincaré nennt diese Zusammenkunft „une entrevue mystérieuse“.<sup>22)</sup> Aus den Akten des deutschen Auswärtigen Amtes geht hervor,<sup>23)</sup> daß „der Kaiser gegenüber dem Andringen des von den Auffassungen General von Conrads nicht unbeeinflußten österreichischen Thronfolgers wieder den bisher konsequent von ihm festgehaltenen Standpunkt vertrat, daß er sich wegen eines serbischen Hafens nicht in einen Krieg hineinziehen lassen wolle“. Der gewiß nicht deutschfreundliche belgische Gesandte in Berlin, Baron Beyens, berichtete am 30. November 1912 seiner Regierung:<sup>24)</sup>

„Der Erzherzog hat in Berlin erklärt, daß die österreichisch-ungarische Monarchie an der Grenze der Zugeständnisse angelangt sei, die sie ihrem Nachbar machen könne. Der Kaiser und seine Ratgeber haben es trotzdem an Ratschlägen zur Mäßigung nicht fehlen lassen, die Wilhelm II., als er seinen Gast zur Bahn brachte, in der ihm eigentümlichen familiären Ausdrucksweise in folgende ausdrucksvolle Worte zusammenfaßte: „Vor allem keine Dummheiten!“ Ich kann Ihnen auf das Zeugnis von Botschaftern hin, die es mir wiedererzählt haben, die Glaubwürdigkeit dieses Ratschlages gewährleisten, der den Indiskretionen der Zeitungen entgangen ist.“

Und auch der österreichische Historiker Friedjung bestätigt, daß das Verhalten des Kaisers dazu beigetragen habe, „den ohnehin matten Flug der österreichischen Politik zu lähmen“.<sup>25)</sup>

Während man so in Berlin eifrig bemüht war, den Bundesgenossen zurückzuhalten, ging Poincaré den von ihm einge-

---

<sup>22)</sup> Poincaré a. a. O. Bd. II, S. 352.

<sup>23)</sup> Die Große Politik a. a. O. Nr. 12 405 Anmerkung 2.

<sup>24)</sup> Belgische Aktenstücke 1905—1914. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt. Berlin 1917, S. 113.

<sup>25)</sup> Heinrich Friedjung: Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914. Verlag Neufeld u. Henius, Berlin 1922, Bd. III, S. 228.

schlagenen Weg weiter, ohne Sorge darüber, daß dieser Weg in einen europäischen Krieg münden mußte. Man sah in Paris — wie Iswolski schrieb — „dieser Möglichkeit mit vollkommener Ruhe, bewußt und mit der festen Absicht entgegen, die Bündnispflichten zu erfüllen“.<sup>26)</sup> Nur eines beunruhigte Poincaré: das war das maßvolle und verantwortungsbewußte Verhalten des russischen Außenministers. Poincaré übergeht in seinen Memoiren mit Schweigen die Telegramme Iswolskis, in denen der Botschafter immer wieder mitteilte, mit welcher Ungeduld man in Paris auf ein Vorgehen Rußlands gegen Österreich warte. Der Kriegsminister Millerand wandte sich in seinem Unmut und in seiner Erregung brieflich an Poincaré, und dieser berief sofort einen Ministerrat ein, um ihm den Brief des Kriegsministers zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Aber man begnügte sich von seiten der Regierung Poincaré nicht damit, dem Petersburger Kabinett offen zu sagen, daß das passive Verhalten der russischen Armee in Paris nicht verstanden werde, man ging noch weiter und versuchte direkt, den Bundesgenossen aufzustacheln und ihn zu militärischen Maßnahmen zu veranlassen, die nach der Gesamtlage im Dezember 1912 unweigerlich den europäischen Krieg zur Folge gehabt hätten. Den deutlichsten Beweis hierfür ergibt das Gespräch, das der Kriegsminister Millerand mit dem russischen Militärattaché am 18. Dezember 1912 hatte. Graf Ignatiew hatte dem Kriegsminister erklärt, daß Rußland keinen europäischen Krieg hervorrufen wolle und keine Maßnahmen zu ergreifen wünsche, „die einen europäischen Krieg entfachen können“. Erregt entgegnet ihm Millerand: „Folglich werden Sie Serbien seinem Schicksal überlassen müssen. Das ist natürlich Ihre Sache, man muß nur wissen, daß dies nicht durch unsere Schuld geschieht: wir sind bereit, und das muß in Rechnung gestellt werden.“<sup>27)</sup>

So endete das im August 1912 von Poincaré dem russischen Außenminister vorgetragene Programm der französischen Außenpolitik! Im August die klare Weigerung Poincarés zur Unterstützung Rußlands im Falle eines Angriffes Österreichs auf Rußland — im Dezember die Aufreizung Rußlands zur Provokation Österreichs. Diese krasse Wandlung der französischen Politik unter der Führung Poincarés bleibt auch nach den Memoiren Poincarés als historisches Faktum bestehen. Es gelingt Poincaré nicht, in seinen Memoiren den überzeugenden und doku-

---

<sup>26)</sup> Stieve a. a. O. Nr. 639.

<sup>27)</sup> Friedrich Stieve: Iswolski und der Weltkrieg. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925, S. 118.

mentarischen Nachweis zu führen, daß er in jenen Tagen des November und Dezember 1912, in denen zum ersten Male ein europäischer Krieg drohend bevorstand, für die Erhaltung des Friedens gearbeitet hat.

---

## König Alexander von Jugoslawien und die Attentäter von Sarajewo.

**L**juba Jovanović hat in der Sitzung des radikalen Ausschusses in Belgrad am 26. April seine Mitteilungen über die Mitwisserschaft und Duldung des Attentats von Sarajewo durch Pasić und die Mitglieder seines Kabinetts von 1914, wie er sie in der Gedenkschrift „Blut des Slawentums“ im Juni 1924 mitgeteilt hat, erneut bekräftigt. Die von Gjurgje Jelenić in der Belgrader Politika vom 26. März d. J. zum Widerruf der Behauptungen Ljuba Jovanović' aufgerufenen Minister General Dusan Stefanović, Justizminister Marko Gjuričić und Dr. Velizar Janković haben sich bis heute nicht zum Wort gemeldet. An der Tatsache der Mitverantwortlichkeit des Kabinetts Pasić für das Verbrechen von Sarajewo ist daher ein Zweifel nicht mehr möglich.

Die letzte Verantwortlichkeit für das Attentat von Sarajewo ist aber auch damit noch nicht festgestellt. Zwei große Fragen bleiben noch zu beantworten. Wußten Mitglieder des Königshauses und besonders der damalige Regent, jetzige König Alexander von Jugoslawien von dem Attentat, und wie weit war Rußland in den Plan des Attentats eingeweiht bzw. bei den Vorbereitungen beteiligt? —

In Folgendem soll mitgeteilt werden, welche Verdachtsmomente vorliegen, daß der König von Jugoslawien vorher von dem beabsichtigten Attentat gewußt hat.

### Der König, Mitglied der „Schwarzen Hand“.

König Alexander war Mitglied des Geheimbundes „Einigung oder Tod“, der im Volksmund „Die schwarze Hand“ genannt wurde.<sup>1)</sup> Die im Prozeß von Saloniki 1917 verurteilten, noch

---

<sup>1)</sup> Siehe Major Dobrivoi Lazarevitch „Die Schwarze Hand“, Librairie Nouvelle (Lausanne) 1917.

lebenden Offiziere haben in einer an das serbische Parlament gerichteten Erklärung vom 18. Februar 1925 folgendes mitgeteilt:

„Daß die Organisation „Ujedinjenje ili Smrt“ (Vereinigung oder Tod) ein patriotischer Verein gewesen ist, dessen Tätigkeit den zuständigen Behörden stets bekannt war, eine Tätigkeit, die sich in Übereinstimmung mit den Intentionen dieser Behörden befand.“<sup>2)</sup>

Da das Attentat von der „Schwarzen Hand“ organisiert wurde, besteht die Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit, daß der Regent als Mitglied der „Schwarzen Hand“ von diesem höchst bedeutsamen Schritt Kenntnis erhalten hat.<sup>3)</sup>

### Die Vorstellung des Attentäters Gabrinović.

König Alexander hat sich als Regent den einen der Attentäter Gabrinović, der am 28. Juni bei dem ersten nicht geglückten Attentatsversuch die Bomben warf, gelegentlich einer Besichtigung der Staatsdruckerei in Belgrad vorstellen lassen.

Hermann Wendel teilt in seinem Buch: „Die Habsburger und

---

<sup>2)</sup> Vergl. Dr. M. Bogithschewitsch „Bemerkungen zum Saloniki-Prozeß 1917“, Aprilheft 1924 „Die Kriegsschuldfrage“.

<sup>3)</sup> In diesem Zusammenhang gewinnt auch die am 29. Juni 1914 aus London gedrahtete Mitteilung über das auffallende Benehmen des Bruders des Regenten Prinz Georg von Serbien als Gast eines Herrn in London weite, der ein Schloß an der oberen Themse besitzt. Als gestern die Nachricht hier eintraf, daß es Serben waren, die den österreichischen Thronfolger ermordet haben, rief man sich hier das seltsame, fast wahnsinnige Benehmen des Prinzen Georg während seines Besuches in London ins Gedächtnis zurück. Der Prinz soll damals hier Äußerungen getan haben, die auf einen tiefen Haß in gewissen Belgrader Kreisen gegen den Erzherzog Franz Ferdinand schließen ließen. Auch das zeitweilige oder dauernde Ausscheiden des Königs Peter wurde gestern in den Kreisen, die seinerzeit mit seinem Sohne Georg in Berührung kamen, lebhaft erörtert. Prinz Georg, der, wie bekannt, gezwungen wurde, zugunsten seines Bruders Alexander auf den Thron von Serbien zu verzichten, hat in England einen sehr ungünstigen Eindruck hinterlassen.“

„Londoner Gerüchte und Eindrücke.

London, 29. Juni.

In England hat das Verbrechen von Sarajewo größte Entrüstung und tiefstes Beileid für das österreichische Kaiserhaus hervorgerufen. Die meisten Blätter geben der Überzeugung Ausdruck, daß es sich um ein politisches Komplott handelt. Einige suchen die wirklichen Urheber des Verbrechens in Belgrad. Es ist nicht allgemein bekannt geworden, daß erst vor kurzem Prinz Georg von Serbien als Gast eines Herrn in London weilte, der ein Schloß an der oberen Themse besitzt. Als gestern die Nachricht hier eintraf, daß es Serben waren, die den österreichischen Thronfolger ermordet haben, rief man sich hier das seltsame, fast wahnsinnige Benehmen des Prinzen Georg während seines Besuches in London ins Gedächtnis zurück. Der Prinz soll damals hier Äußerungen getan haben, die auf einen tiefen Haß in gewissen Belgrader Kreisen gegen den Erzherzog Franz Ferdinand schließen ließen. Auch das zeitweilige oder dauernde Ausscheiden des Königs Peter wurde gestern in den Kreisen, die seinerzeit mit seinem Sohne Georg in Berührung kamen, lebhaft erörtert. Prinz Georg, der, wie bekannt, gezwungen wurde, zugunsten seines Bruders Alexander auf den Thron von Serbien zu verzichten, hat in England einen sehr ungünstigen Eindruck hinterlassen.“



die Südslawenfrage“ über die eigentliche Vorstellung folgendes mit <sup>4)</sup>):

„Kronprinz Alexander besichtigte eines Tages die Anstalt und richtete die bei Fürstenbesuchen obligatorischen paar leutseligen Worte an jeden Angestellten und Arbeiter, und dabei entspann sich zwischen Alexander und Gabrinović folgendes historisch und kriminell denkwürdige Gespräch:

Alexander: Sie sind Bosnier?

Gabrinović: Jawohl, Königliche Hoheit!

Alexander: Wollen Sie jetzt hier bleiben?

Gabrinović: Jawohl!

Und Alexander wandte sich dem nächsten zu.“

An dieser ganzen Angelegenheit wäre an sich nichts weiter Auffallendes gewesen, wenn nicht von serbischer Seite die Legende in die Welt gesetzt worden wäre, daß die serbische Regierung Gabrinović hätte ausweisen wollen, das k. und k. Konsulat in Belgrad dies aber verhindert hätte.<sup>5)</sup> Die Vorstellung Gabrinović vor dem Regenten wird aber jetzt durch ein neues Moment noch in ein anderes Licht gerückt.

### Die Vorstellung des Mörders Princip.

Es ist zur Genüge bekannt, daß es Gabriel Princip war, der nach dem mißglückten Attentat des Gabrinović die tödlichen Schüsse auf den Erzherzog Franz Ferdinand und die Herzogin von Hohenberg abgegeben hatte. Auch diesen Attentäter hat sich König Alexander als Regent vorstellen lassen, wie dies aus der nachstehend veröffentlichten Stelle des uns zur Verfügung gestellten Briefes eines ehemaligen k. und k. Beamten an eine hochgestellte Persönlichkeit der früheren bosnisch-herzegowinischen Landesregierung hervorgeht. Es heißt hier:

„Wie Eure Exzellenz wissen, wurde ich nach dem Morde in Sarajewo in das Präsidialbureau der Landesregierung einberufen und war dort mit dem Chiffrieren der Berichte über den Gang der Untersuchung des Verbrechens betraut.

Ich erinnere mich deutlich, daß eines der letzten Telegramme der b. h. Landesregierung an das Gemeinsame Finanzministerium in der Angelegenheit der Untersuchung, welches ich vor meinem Einrücken zu meinem ins Feld rückenden Regimente zu

---

<sup>4)</sup> Vergl. auch Leopold Mandl: „Die Habsburger und die serbische Frage“, Wien, Verlag Moritz Perles, Seite 146.

<sup>5)</sup> Siehe: „Die angebliche Bürgschaft der k. und k. Regierung für Gabrinović“, Maiheft 1926 „Die Kriegsschuldfrage“.

chiffrieren hatte, ein Geständnis Princip's vor dem Untersuchungsrichter beinhalten, welches Princip in den Tagen zwischen dem 23. und 25. Juli (glaube ich) gemacht hatte. Princip gestand, daß er durch den bekannten Major Tankosić — ich glaube mich zu erinnern, in Topsider — dem damaligen Kronprinzen, jetzigen König Alexander, vorgestellt wurde, als einer, der für eine wichtige Mission auserwählt sei. Bei dieser Gelegenheit erkundigte sich der Kronprinz, ob er, Princip, ein bosnischer Serbe sei.

Aus mir unbekannt gebliebenen Gründen ist dieses Telegramm, welches ich in Chiffres umgesetzt habe und welches an das Gemeinsame Finanzministerium expediert wurde, nicht in unser Rotbuch aufgenommen worden. Als ich im Jahre 1918 im Pol. Archiv des k. und k. Ministeriums des Äußern nach diesem Telegramme suchte, konnte ich es nicht vorfinden — überhaupt war der Akt über den Mord nicht komplett.“

Das Bedeutsame an dieser Mitteilung ist neben der Vorstellung auch dieses Attentäters, daß der König an Princip ebenfalls die Frage gerichtet hat, ob er bosnischer Serbe sei. Die Frage war insofern von Wichtigkeit, weil bei der Vorbereitung des Attentats die wohlüberlegte Absicht vorlag, die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand als den Ausdruck einer in Bosnien entstandenen revolutionären Bewegung hinzustellen. Der Regent hatte daher ein begreifliches Interesse daran, sich zu vergewissern, daß die Attentäter auch tatsächlich geborene Bosnier waren.

\*

Ein zwingender Beweis, daß der König von dem Attentat wußte, läßt sich aus den angeführten Verdachtsmomenten, auch aus der hier veröffentlichten Briefstelle zwar noch nicht führen. Es handelt sich zunächst nur um eine Erinnerung, deren Zuverlässigkeit noch nicht nachgeprüft ist. Auch kann die Möglichkeit vorliegen, daß man dem Regenten, jetzigen König Alexander, den Mörder Princip wohl vorgestellt hat, ohne ihn davon in Kenntnis zu setzen, daß Princip zu einer besonderen Mission ausersehen war. Viel Wahrscheinlichkeit hat dies nicht für sich, solange keine Erklärungen dafür vorliegen, wieso der junge Student Princip zu der Ehre einer persönlichen Vorstellung vor dem Regenten gekommen ist. Auch ist zu berücksichtigen, daß Topsider ein Park in der Nähe von Belgrad ist, wo Princip von dem Bandenführer Major Tankosić im Schießen mit Browningpistolen ausgebildet worden ist.

Die vorliegenden Verdachtsmomente einer Mitwisserschaft des jetzigen Königs von Jugoslawien an dem Attentat von Sarajewo zeigen aber erneut die Notwendigkeit, eine Untersuchung über das Attentat von Sarajewo vor einem internationalen Schiedsgerichtshof einzuleiten. Es dürfte wohl im Interesse des jugoslawischen Staates selbst liegen, hierzu die Hand zu bieten. A. v. W.

---

## Die Zusammenkunft von Konstanza.

Bericht des russischen Außenministers Sasonow an den Zaren.

St. Petersburg, den 11./24. Juni 1914.

Kaiser Nikolaus II. traf am 1./14. Juni 1914, begleitet von seiner Familie und dem russischen Außenminister Sasonow, zum Besuch der rumänischen Königsfamilie in Konstanza ein. Über das Ergebnis dieses Besuches hat Sasonow dem Zaren eingehend berichtet. Der nachstehende Wortlaut dieses Berichts ist die erstmalige deutsche Übersetzung aus dem russischen Originaltext, der veröffentlicht ist in dem Werk von Adamow: „Konstantinopel und die Meerengen“. Teil II: „Dokumente“. Abschnitt vier: „Rumäniens Haltung zur Konstantinopel- und Meerengenfrage 1914/1916“, S. 356—363. Die Fußnoten sind der russischen Veröffentlichung entnommen. Eine französische Veröffentlichung des Berichts ist im zweiten Band des „Livre noir“ bereits enthalten.

Die Schriftleitung.

Nachdem ich das Glück gehabt habe, am 1. Juni der Allerhöchsten Zusammenkunft Eurer Kaiserlichen Majestät mit dem Rumänischen König in Konstanza<sup>1)</sup> beizuwohnen, und hierauf entsprechend den mir allergnädigst erteilten Weisungen gemäß Bukarest besuchte, hatte ich die Möglichkeit, mich persönlich von dem gewaltigen Eindruck zu überzeugen, den der Besuch Ew. Majestät mit der Erlauchten Familie in Rumänien auf alle Schichten der örtlichen Bevölkerung gemacht hat.

Abgesehen von der Freude und tiefen Dankbarkeit, die der König bei diesem Anlaß äußerte, abgesehen von der Begeisterung, die von den Truppen und der die Straßen füllenden Volksmengen an den Tag gelegt wurde, muß ich bemerken, daß an der Zusammenkunft in Konstanza nicht nur die Regierungskreise, sondern auch

---

<sup>1)</sup> Die Zusammenkunft Nikolai II. mit Karl von Rumänien war die Antwort auf die Petersburger Reise des rumänischen Kronprinzenpaares im Frühjahr desselben Jahres.

die Vertreter der Opposition<sup>2)</sup> teilgenommen haben, gleichwie um zu unterstreichen, daß die Ankunft des russischen Zaren, den zu begrüßen der Wunsch aller ohne Unterschied der Partei war, für ganz Rumänien ein Feiertag gewesen ist. Daß gerade hierin der Sinn des Besuches in Konstanz zu erblicken ist, habe ich aus meinen Unterhaltungen mit den Gliedern der gesamten Regierung, den Vertretern der verschiedensten Organisationen sowie den hervorragendsten Führern der gegenwärtigen Kammerminorität, wie überhaupt mit allen staatlichen und öffentlichen Persönlichkeiten ersehen, mit denen ich zusammengekommen bin.

Indem ich von den allgemeinen Eindrücken zum Inhalt der Unterredungen mit den einzelnen Persönlichkeiten, in deren Händen sich gegenwärtig das Steuer der rumänischen Politik befindet, übergehe, möchte ich vor allem bei den Worten verweilen, deren mich König Karl in mehrfachen Unterredungen gewürdigt hat.

Seine Majestät verhehlte nicht die Freude, die er anlässlich dieses für sein Land freudigen Ereignisses empfunden hat. Er äußerte ferner seine tiefe Dankbarkeit für die selbstlose und friedliche Politik, die Rußland gemäß den allerhöchsten Weisungen Ew. Kaiserlichen Majestät während der letzten Balkankrise<sup>3)</sup> getrieben hat und die in bedeutendem Maße die nunmehrige Befriedung der Halbinsel gefördert hat. Nach den Worten des Königs ist Rumänien glücklich gewesen, seinerseits in dieser Beziehung tatkräftige Hilfe zu leisten, und würde auch in Zukunft immer gerne zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung auf dem Balkan mit Rußland Hand in Hand gehen. Diese Zusammenarbeit erscheint König Karl um so natürlicher, als Rußland und Rumänien durch gemeinsame Interessen auf einem für beide Teile gleich wichtigen Gebiete verbunden sind, nämlich als Uferstaaten des Schwarzen Meeres, die für ihren Seehandel keinen anderen Ausweg als die türkischen Meerengen haben.

---

<sup>2)</sup> 1914 waren in Rumänien die Nationalliberalen an der Regierung, die Konservativen in der Opposition.

<sup>3)</sup> Die friedliche Politik Rußlands bestand in einem erfolglosen Vermittlungsversuch zwischen den Balkanstaaten. Worin die „tatkräftige Hilfe“ Rumäniens bestanden hat, ist schwer zu sagen, da die Rumänen den lebhaftesten Anteil an der Schwächung Bulgariens genommen hatten. Das hinderte sie nicht, noch im Jahre 1916 zu erklären (cfr. das rumänische Ultimatum an Österreich-Ungarn vom 14./27. August 1916), daß das Eingreifen der Rumänen in den Balkankonflikt durch eine Änderung der Lage auf dem Balkan hervorgerufen worden sei sowie durch das Streben, sich für die vom Berliner Kongreß 1878 zugelassene Ungerechtigkeit gegenüber den Rumänen schadlos zu halten.



Der König sagte mir, daß er mit besonderer Befriedigung von Ew. Kaiserlichen Majestät erfahren habe, daß in dieser Beziehung zwischen Russland und Rumänien eine Übereinstimmung der Handlungen herbeigeführt werden müsse, um das hohe Ziel — Sicherstellung des Handelsverkehrs durch die Meerengen gegen alle Zufälle — zu erreichen. Seine Majestät, die diese Ansicht vollkommen teilt, bat mich, in diesem Sinne mit den Gliedern seiner Regierung zu verhandeln.

Ohne Österreich-Ungarn auch nur einmal zu erwähnen, berührte der König im Gegenteil mehrmals die Frage unserer Beziehungen zu Deutschland, wobei er sich bemühte, mir zu versichern, daß Kaiser Wilhelm einer Annäherung Rußlands und Rumäniens sympathisch gegenüberstehe, und zwar besonders der Festigung guter Beziehungen zwischen den regierenden Häusern der genannten Staaten. Nach seinen Worten hat der Deutsche Kaiser persönlich den Prinzen Carol zur Fahrt nach Petersburg ermuntert, indem er ihm gegenüber betont hat, daß der künftige Herrscher Rumäniens sich beeilen müsse, sich dem russischen Kaiser vorzustellen, dessen Einfluß im Nahen Orient so groß sei.<sup>4)</sup>

Ich konnte nicht umhin, den König auf eine ganze Reihe von Gründen aufmerksam zu machen, die ohne unsere Schuld unsere gegenseitigen Beziehungen mit Deutschland in der letzten Zeit ein wenig getrübt hätten. Seine Majestät bedauerte dieses außerordentlich, fügte aber hinzu, daß man hoffen müsse, diese Unstimmigkeiten würden vorübergehender Natur sein, und das frühere Einvernehmen bald wiederhergestellt sein würde. Er bemerkte hierbei, daß der

---

<sup>4)</sup> Im März 1914 reiste Prinz Karl, der älteste Sohn des Thronfolgers Ferdinand, nach Petersburg, um die Hand einer der Töchter des Kaisers Nikolai II. zu erbitten. Obwohl die Angelegenheit noch nicht endgültig entschieden war, teilte der russische Außenminister Sasonow im Mai 1914 dem englischen Botschafter in Petersburg Buchanan und dem französischen Botschafter Paleologue mit, daß die zweite Tochter des Kaisers Nikolai II., die Großfürstin Tatjana Nikolajewna, sich zu einer Heirat mit dem Prinzen Karl bereiterklärt habe. (Akte im Archiv des früheren Außenministeriums „Dossier Special“ 1914). Der Weltkrieg verhinderte die Verwirklichung dieses Projekts. Es muß übrigens erwähnt werden, daß das rumänische Königspaar mit der Heirat nicht ganz einverstanden war, da es von einer Annäherung an Rußland eine Entfremdung mit Deutschland befürchtete. (Akte im Archiv des früheren Außenministeriums „Einladung des rumänischen Kronprinzenpaares mit dem Prinzen Karl nach Rußland“). Es ist möglich, daß die Heirat auch sonst nicht zustandegekommen wäre, da die Rumänen als Morgengabe für die Braut einen Teil von Bessarabien erwarteten. In der Politik Sasonows muß dieser Versuch, der rumänischen Königsfamilie eine russische Großfürstin zuzuführen, als die zweifellose Fortsetzung seiner Bemühungen, Rumänien auf die Seite des Dreiverbandes zu ziehen, angesehen werden.

Gedanke der Entsendung des Generals Liman von Sanders nach Konstantinopel persönlich von Kaiser Wilhelm ausgegangen sei, wodurch sich auch die in dieser Frage bei ihm bekannte Reizbarkeit erklärt, als die genannte Mission unsererseits auf starken Widerspruch stieß.

Als der König von dem kürzlichen Besuch Talaat Beys in Rumänien sprach, sagte er mir, daß dieser türkische Staatsmann auf ihn den Eindruck eines gemäßigten und verständigen Menschen gemacht habe, daß er aber augenscheinlich mit den unruhigen Elementen des türkischen Kabinetts rechnen müsse, vor allem mit Enver Pascha und Djemal Bey, deren unterirdischer Tätigkeit er die Zuspitzung der Lage in Albanien zuschreibt.<sup>5)</sup>

Hinsichtlich Albaniens unterschätzt der König die seinem Neffen drohende Gefahr nicht, ist aber doch mehr geneigt, auf die Zukunft zu vertrauen und hofft, daß es dem Prinzen Wied schließlich doch gelingen wird, seinen Thron zu befestigen.<sup>6)</sup>

Was die übrigen Balkanstaaten anbetrifft, so beschränkte sich der König auf wenige Worte. Sehr sympathisch äußerte er sich über Serbien und erklärte, daß Rumänien einer Verkleinerung dieses Königreichs nicht ruhig zusehen könne. Über die Griechen sprach Seine Majestät in wenig warmen Ausdrücken, mit Ausnahme nur von Veniselos, dessen Verbleiben in der Regierung er für das Unterpfand einer ruhigen Entwicklung Griechenlands ansieht.

Hinsichtlich der Bulgaren lobte der König die kriegerischen Eigenschaften ihrer Soldaten, ohne seine Abneigung König Ferdinand gegenüber zu verbergen.

Unter den Staatsmännern, mit denen ich bekannt geworden bin, nimmt Bratianu<sup>7)</sup> gegenwärtig seiner Position nach die erste

---

<sup>5)</sup> Talaat-Bey, Enver-Pascha und Djemal-Bey waren die hervorstechendsten Vertreter der jungtürkischen Partei „Einigung und Fortschritt“. Im Kabinet Said Halim nahmen sie 1914 folgende Posten ein: Talaat-Bey — Innenminister, Enver-Pascha — Kriegsminister und Djemal-Bey — Marineminister. Talaat-Bey besuchte im Frühjahr 1914 Bulgarien, Rumänien und Rußland und machte auf Sasonow, mit dem er sich lange über eine friedliche Beilegung der Konflikte zwischen Rußland und der Türkei unterhielt, einen angenehmen Eindruck.

<sup>6)</sup> Im Absatz 3 des Londoner Vertrages vom 30. Mai 1913 erklärten sich die Großmächte einverstanden, die Unabhängigkeit Albaniens anzuerkennen. Die Regierungsgewalt erhielt der Prinz von Wied übertragen, der im März 1914 in Durazzo eintraf. Wenige Wochen nach seiner Ankunft brach in Albanien ein Aufstand aus, der im Frühjahr 1914 einen solchen Umfang annahm, daß der Prinz von Wied gezwungen war, zeitweilig auf einem italienischen Kriegsschiff Schutz zu suchen.

<sup>7)</sup> Am 4. Januar 1914 wurde das Kabinet Bratianu gebildet. In ihm bekleidete Porumbaro den Posten eines Außenministers.

Stelle ein: obwohl er in dem von ihm gebildeten Kabinett das Portefeuille des Kriegsministers inne hat, so leitet er doch tatsächlich fast allein die gesamte Außenpolitik Rumäniens.

Nachdem er seinerseits ungefähr dasselbe, was ich vom König gehört hatte, wiederholte, nämlich die wünschenswerte Übereinstimmung unserer Handlungen zur Erhaltung des Friedens auf dem Balkan, wies Bratianu darauf hin, daß es seiner Ansicht nach notwendig sei, die Unverletzlichkeit der Bestimmungen des Bukarester Friedensvertrages sicherzustellen.<sup>8)</sup>

Da ich es nicht für opportun hielt, mich durch irgendwelche unwiderruflichen Zusicherungen in diesem Sinne zu binden, so zog ich es vor, diese letzte Privatfrage mit Schweigen zu übergehen, verweilte dafür eingehend bei dem allgemeinen Charakter unserer gegenseitigen Beziehungen mit Rumänien. Ich lenkte die Aufmerksamkeit meines Partners darauf, daß ernste Gründe für Unstimmigkeiten zwischen den beiden Nachbarländern niemals vorhanden gewesen wären und daß nur diejenigen, denen das vorteilhaft schien, uns künstlich entfremdet hätten, indem sie Mißtrauen zwischen uns gesät hätten durch die Versicherung, daß einerseits Rußland Rumänien gegenüber feindselige Absichten habe und andererseits Rumänien sein Schicksal endgültig an die Mächte des Dreibundes geknüpft hätte. Nachdem wir uns aber überzeugt hätten, daß unsere Interessen und die Interessen Rumäniens nicht nur nicht entgegengesetzt, sondern sogar in vielen Beziehungen kongruent wären, hätten wir ganz entschieden, und zwar nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat bewiesen, daß wir bereit seien, Hand in Hand mit Rumänien zu gehen, selbst in den Fällen, wo wir bis zu einem gewissen Grade auf unser traditionell gewordenes Streben, die Interessen Bulgariens zu unterstützen, verzichten mußten. Ich unterstrich, daß wir diesen Weg gegangen seien, ohne vorher die Frage zu klären, ob Rumänien seinerseits in gleich aufrichtiger Weise mit uns gehen könne, und ob es nicht durch internationale Verpflichtungen, die die Möglichkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit uns ausschließen, gebunden sei.

Bratianu entgegnete mir, daß Rumänien in keiner Weise verpflichtet sei, an irgendeinem Kriege teilzunehmen, ohne daß seine persönlichen Interessen berührt würden. Er fügte hinzu, daß die Beziehungen zwischen Rumänien und der Doppelmonarchie sich infolge von Fehlern der österreichisch-ungarischen Diplomatie in der

---

<sup>8)</sup> Der Bukarester Friedensvertrag vom 10. August 1913.

letzten Zeit weniger freundschaftlich<sup>9)</sup> gestaltet hätten, daß aber die durch die Nachbarschaft der beiden Staaten bedingten Verhältnisse sie nolens volens zwingen, ihre gegenseitigen Beziehungen nicht allzusehr zuzuspitzen.

Da ich diese Antwort für nicht genügend klar erachtete und den Wunsch hegte, meinen Partner zu bestimmteren Äußerungen zu veranlassen, stellte ich ihm einfach die Frage, wie sich Rumänien zu einem bewaffneten Zusammenstoße zwischen Rußland und Österreich-Ungarn verhalten würde, wenn das erstere durch die Verhältnisse gezwungen sein würde, mit Kriegsoperationen zu beginnen.

Bratianu erklärte, daß die Haltung Rumäniens in einem solchen Falle davon abhängen werde, welche Umstände insbesondere Rußland als Anlaß dienen würden, kriegerische Operationen gegen Österreich-Ungarn<sup>10)</sup> zu beginnen sowie davon, was unter den

<sup>9)</sup> Die Verschlechterung der rumänisch-österreichischen Beziehungen geht auf das Jahr 1909 zurück, als die österreichische Regierung auf die siebenbürgischen Rumänen das ungarische Wahlgesetz ausdehnte. Die Krisis erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 1912/13 im Zusammenhang mit der von Österreich-Ungarn während des zweiten Balkankrieges eingenommenen Haltung. Rumänien wurde durch die kategorische Forderung des ungarischen Kabinetts gezwungen, seine Ansprüche auf dem Balkan zurückzustellen. In diesem Augenblick macht sich in der rumänischen Politik ein entschiedener Umschwung zugunsten einer Annäherung an die Dreiverbandsmächte bemerkbar. Der im Jahre 1913 bestätigte österreich-rumänische Vertrag von 1883 förderte ebensowenig eine Besserung der Beziehungen, da die rumänische Regierung über die Saumseligkeit des österreichischen Stabes bei der Ausarbeitung der technischen Seite der Militärkonvention ärgerlich war. Diese schroffe Verschlechterung der rumänisch-österreichischen Beziehungen fand ihren deutlichen Ausdruck in der Zusammenkunft von Konstanza im Jahre 1914 und in der Ablehnung Rumäniens, auf die Seite des Dreibundes zu treten, wie das der Vertrag von 1883/1913 erforderte.

<sup>10)</sup> Am 30. Oktober 1883 wurde zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn der Bündnisvertrag abgeschlossen. An demselben Tage trat Deutschland durch ein besonderes Geheimprotokoll dem Bündnis bei. Der Anschluß Italiens erfolgte im Jahre 1888. Der Vertrag wurde am 25. Juli 1892, 30. September 1896, 17. April 1902 und 5. Februar 1913 erneuert. Der Vertrag lief bis zum Jahre 1920. Nach Art. 2 des Vertrages verpflichteten sich Rumänien und Österreich-Ungarn, einander im Falle des Angriffs einer dritten Macht militärische Hilfe zu leisten. Art. 3 sah den Abschluß einer besonderen Militärkonvention vor, Art. 4 das Verbot eines Separatfriedens. Bei dem in Sinaia am 5. August 1914 stattfindenden Kronrat forderte Karl von Rumänien auf Grund des Vertrages von 1883/1913 die bedingungslose Erfüllung der von Rumänien übernommenen Verpflichtungen. Der Kronrat verhielt sich indessen zu der Frage anders. Bratianu interpretierte den Art. 2 des Vertrages von 1883/1913 zuungunsten der Zentralmächte und überzeugte die Anwesenden von der Notwendigkeit für Rumänien, strenge Neutralität zu bewahren.



gegebenen Umständen den Interessen Rumäniens am meisten entsprechen würde. Hierbei fragte mich der augenscheinlich durch meine Frage stutzig gemachte Minister seinerseits, ob ich die Möglichkeit des Eintretens solcher Umstände in naher Zukunft und damit im Zusammenhang die Wahrscheinlichkeit eines gesamt-europäischen Krieges zugebe.

Ich beeilte mich, Bratianu zu beruhigen, indem ich ihm sagte, daß ich Grund habe, auf die Erhaltung des Friedens in Europa zu hoffen, und daß ich mir einen bewaffneten Zusammenstoß Rußlands mit Österreich-Ungarn, dessen Beginn von Rußland ausgeht, nur in dem Falle vorstellen könne, daß auf der Grundlage der albanischen Frage oder unter irgendeinem anderen Vorwand Österreich den Wunsch hat, Serbien zu überfallen, um diesem Königreich einen empfindlichen Verlust zuzufügen, wobei wir wahrscheinlich nicht gleichgültig bleiben könnten.

Bratianu bemerkte, daß sich unsere Wege in einem solchen Falle begegnen würden, da es Rumänien keinen Vorteil bringen würde, eine Schwächung Serbiens zuzulassen.

Aus dieser Unterhaltung habe ich den allgemeinen Eindruck gewonnen, daß Rumänien durch keine Verpflichtungen gebunden ist, die es veranlassen könnten, unter allen Umständen mit Österreich gegen uns vorzugehen, daß Rumänien in der Praxis aber im Falle eines Krieges zwischen uns und Österreich-Ungarn sich bemühen wird, der Seite beizutreten, die sich als die stärkste erweist und die in der Lage sein wird, ihm die größten Vorteile zu bieten.

Unter den übrigen Fragen, bei denen die Gemeinsamkeit der Interessen Rußlands und Rumäniens besonders deutlich zutage tritt, steht die Frage des freien Handelsverkehrs durch die Meerengen an erster Stelle. Ich erwähnte schon die mir gegenüber gemachten diesbezüglichen Äußerungen König Karols. Bratianu verweilte seinerseits bei diesem Gegenstand, und da gegenwärtig dank der Zuspitzung der griechisch-türkischen Beziehungen<sup>11)</sup> die Gefahr einer Verletzung der russischen und rumänischen Interessen

---

<sup>11)</sup> Der griechisch-türkische Konflikt von 1914 entstand durch die Frage der Ägäischen Inseln, die durch die Note der Großmächte vom 14. Februar 1914 Griechenland zugesprochen worden waren. Die Türkei war mit dieser Lösung nicht einverstanden, verhängte den Boykott über griechische Waren und verschärfte die Verfolgung der Griechen in Kleinasien. Im Juni 1914 hatte sich die Lage derart zugespitzt, daß der griechische Ministerpräsident Venizelos es für notwendig hielt, sich der Unterstützung Serbiens für den Kriegsfall zu versichern. Gleichzeitig bewirkte er die Einmischung der Großmächte in Form einer Flotten-

im Meerengebiet akut geworden ist, so beschlossen wir, diesen Umstand zu benutzen, um, durch gemeinsames Vorgehen zur Verteidigung der genannten Interessen, gleichzeitig an diesem Beispiel die zwischen unseren beiden Regierungen zustande gekommene Einstimmigkeit zu zeigen. Auf diese Weise wurde gemeinsam der Wortlaut eines gleichlautenden Telegramms entworfen, das den russischen und rumänischen Vertreter in Konstantinopel anweist, nach gegenseitiger Verständigung die Aufmerksamkeit der Pforte darauf zu lenken, daß eine weitere Zuspitzung der Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland zur erneuten Schließung der Meerengen führen könnte, was die Lebensinteressen anderer Staaten, vor allem der Uferstaaten des Schwarzen Meeres, berühre, die sich hierzu nicht gleichgültig verhalten könnten.<sup>12)</sup>

Wenn man den indirekten Nutzen des Eindrucks, den unser gemeinsames Vorgehen mit Rumänien in der erwähnten Frage auch außerhalb der Grenzen der Türkei hervorrufen muß, im Auge hat, so kann unser Vorgehen gerade dadurch genügend begründet werden, daß die geographische Lage beider Staaten in der gegenwärtigen Frage besondere Interessen entstehen läßt. Rumänien konnte ein solches Vorgehen zu zweien mit einer Großmacht nicht unerwünscht sein, da es, der Eigenliebe des Königreichs schmeichelnd, zugleich das Prestige des letzteren unter den übrigen Balkanstaaten noch vergrößerte.

Im Zusammenhang mit der Möglichkeit eines offenen Bruches zwischen der Türkei und Griechenland bestätigte mir Bratianu noch einmal das von ihm schon früher dem Kaiserlichen Botschafter in Bukarest Gesagte hinsichtlich der kürzlich Talaat-Bey gegenüber geäußerten Erklärung, daß Rumänien einen Landkrieg zwischen den genannten Staaten nicht zulassen wird.

Über die Griechen äußerte sich Bratianu abfällig, nur allein Venizelos zollte er Anerkennung. Er äußerte hierbei die Auffassung, daß die Griechen und Türken vielleicht dadurch eine Verständigungsbasis finden könnten, daß auf den Inseln Chios und Mytilene eine Lage geschaffen würde, die der mehr als 30 Jahre in Bosnien und der Herzogowina bestehenden ähnlich wäre: die

---

demonstration an der türkischen Küste. In Anbetracht der Verstärkung der griechischen Flotte durch den Ankauf von zwei amerikanischen Panzerschiffen gab die türkische Regierung nach und äußerte den Wunsch, mit den Griechen zu verhandeln. Die Verhandlungen kamen infolge des Weltkrieges nicht zustande.

<sup>12)</sup> Am 4./17. Juni 1914 sandte Sasonow dieses Telegramm dem russischen Botschafter in Konstantinopel und verständigte den Ministergehilfen Neratow unter Nr. 687 von dem Inhalt.

Inseln könnten als unter der Souveränität der Türkei stehend gelten, was äußerlich in der Anwesenheit eines ottomanischen Kommissars mit einer kleinen militärischen Leibwache zum Ausdruck kommen könnte, während die Zivilverwaltung und das Heer sich in den Händen der Griechen befinden würden.<sup>13)</sup>

Ich äußerte meinem Partner gegenüber Zweifel an der Erfüllbarkeit derartiger Vorschläge, fügte aber hinzu, daß, wenn die Türken und Griechen damit einverstanden sein würden, Rußland kaum Grund hätte, sich ihrer Verwirklichung zu widersetzen.

Indem wir die Gelegenheit einer persönlichen Aussprache benutzten, berührten wir ferner verschiedene auf der Tagesordnung stehende Fragen aus dem Gebiet der unmittelbaren russisch-rumänischen Beziehungen.

Hierbei berührten wir die Grenzregelung am Pruth, welcher Fluß durch seine ständigen Laufänderungen, hauptsächlich zum Schaden des russischen Ufers, eine wenig zuverlässige Grenze darstelle. Gegenüber unserem Standpunkt, daß als Grenze die Fahrwasserrinne des Pruth von 1812 und 1878<sup>14)</sup> zu gelten habe, wies Bratianu auf die Schwierigkeit hin, diese Linie jetzt festzustellen, und betonte, daß wenn dies auch gelänge, die Rückkehr zu dieser Grenzlinie mehr praktische Nachteile als Vorteile zur Folge haben dürfte, da die einzelnen Landstücke des einen Staates sich auf verschiedenen Ufern des Flusses befinden würden, was endlose Un-

---

<sup>13)</sup> Der Art. 25 des Berliner Vertrages von 1878 ermächtigte Österreich-Ungarn zur Okkupation von Bosnien und der Herzogowina mit Ausnahme des Sandschaks von Nowibasar. Österreich erhielt das Recht, in den Provinzen Garnisonen zu halten und militärische Straßen anzulegen. Der Gedanke, das in Bosnien und der Herzogowina bestehende Regime auch auf den Ägäischen Inseln Chios und Mytilene einzuführen, entstand infolge der hartnäckigen Ablehnung der Türkei, die Inseln Griechenland zu überlassen. Obwohl nach Art. 15 des griechisch-türkischen Friedensvertrages vom 1./14. November 1913, der durch die Kollektivnote der Großmächte vom 14. Februar 1914 bestätigt worden war, die Ansprüche Griechenlands auf die beiden Inseln anerkannt worden waren, blieb diese Inselfrage während des Frühjahrs und Sommers 1914 fortgesetzt eine kritische. Die vom griechischen Ministerpräsidenten Venizelos vorgeschlagene Kompromißlösung lief auf folgendes heraus: beide Mächte erklären sich mit einem Austausch der Bevölkerung einverstanden, wobei die Griechen die griechische Bevölkerung Kleinasiens evakuieren, die Türken aber die mohammedanische Bevölkerung der strittigen Inseln. Die türkische Regierung schlug ihrerseits vor, die Verwaltung von Chios und Mytilene während der Evakuationsperiode einer von den Großmächten zu bestimmenden europäischen Regierung zu übergeben.

<sup>14)</sup> Erstmals wurde die Grenze mit der Türkei nach der Fahrwasserrinne des Pruth durch den Bukarester Friedensvertrag vom 28. Mai 1812 festgesetzt.

stimmigkeiten und Zusammenstöße zwischen den beiden Grenz-  
wachen hervorrufen würde.

Ich entgegnete, daß erst kürzlich die Grenzführung zwischen  
Rußland und Deutschland entlang der Memel<sup>15)</sup> gemäß den letzten  
Errungenschaften der Topographie durchgeführt sei, und daß man  
bei uns aller Wahrscheinlichkeit nach wünschen werde, nach Mög-  
lichkeit diese Methoden auch beim Pruth anzuwenden.

Augenscheinlich interessieren sich die Rumänen lebhaft für die  
nicht neue Frage besserer Eisenbahnverbindungen zwischen ihrem  
Lande und Rußland und hoffen, daß jetzt bei den gebesserten gegen-  
seitigen Beziehungen beider Staaten einige der Gründe entfallen  
werden, die bisher eine glückliche Lösung dieser Frage verhindert  
haben. Wie die Mehrzahl der Rumänen, so gibt auch Bratianu dem  
Zusammenschluß der russischen und rumänischen Bahnen in der  
Richtung Dorochoi—Nowoseliza den Vorzug, wobei er darauf hin-  
wies, daß wenn es nicht gelingen sollte von Dorochoi aus den An-  
schluß an das russische Eisenbahnnetz zu schaffen, Rumänien  
genötigt sein würde, den Anschluß an das österreichische Netz in  
unmittelbarer Nähe der russischen Grenze zu suchen. Indem ich  
die strategische Gefahr einer Verbindung der Eisenbahnwege in der  
genannten Richtung für uns im Auge hatte, äußerte ich die Ansicht,  
daß es wahrscheinlich leichter sein würde, sich auf eine Vereinigung  
unserer Bahnen mit den rumänischen zwischen Reni und Galatz zu  
einigen. Bratianu verhielt sich auch hierzu durchaus zustimmend,  
und sagte, daß auch diese Lösung der Frage sehr wünschenswert  
sei, wenn sie nur nicht zu sehr in die Länge gezogen werden würde,  
da die zur Zeit einzige Eisenbahnverbindung über Ungeni schon  
jetzt dem Warenverkehr zwischen beiden Staaten nicht mehr ent-  
spreche und die wünschenswerte Vergrößerung desselben nicht  
fördern könne.

Hinsichtlich des Erwerbs der in Bessarabien gelegenen Be-  
sitzen des rumänischen Klosters vom Heil. Spiridonius durch  
unsere Bauernbank hielt Bratianu die uns vom vorhergehenden  
Kabinett gemachten Versprechungen, den Abschluß dieses Ge-  
schäfts zu fördern, aufrecht, meinte aber, daß, wenn das Geschäft  
zu den von uns vorgeschlagenen Bedingungen, d. h. für acht Mil-  
lionen Rubel, zustande käme, die Zinsen des erzielten Kapitals be-  
deutend geringer sein würden, als die Einkünfte, die gegenwärtig  
die genannten Besitzungen abwürfen.

---

<sup>15)</sup> Die russisch-deutsche Grenzführung entlang der Memel wurde  
kurz vor Ausbruch des Weltkrieges 1914—1918 beendet.



Zudem würde dieses die gemeinnützigen Anstalten des Klosters vom Heil. Spiridonius, die gegenwärtig von diesen Einkünften unterhalten werden, in große Schwierigkeit bringen. Daher bat Bratianu inständig, die Kaiserliche Regierung möge zum mindesten die von ihr vorgeschlagene Kaufsumme auf zehn Millionen Rubel erhöhen.

Ich entgegnete, daß wir auf Grund der seinerzeit erhaltenen Versicherungen die Sache für geregelt angesehen hätten, und daß eine Neuregelung jetzt auf um so größere Schwierigkeiten stoßen würde, da im Falle der Erhöhung des Preises sich der Verkauf des Landes an die Bauern wahrscheinlich nicht ohne verlustreiche Zuschüsse der Bank aus eigenen Mitteln ermöglichen lassen werde. Nichtsdestoweniger bestand Bratianu auf seiner Bitte und verwies auf den für uns ungünstigen Eindruck, den die Schließung der gemeinnützigen Anstalten in Rumänien machen würde, wenn sie durch den Verkauf zu einem niedrigen Preise an uns ihrer Existenzmittel beraubt würden.

Von den Fragen, die ich in meinen kurzen Gesprächen mit dem Außenminister Herrn Porumbaro, der an meinen politischen Unterhaltungen mit Bratianu überhaupt wenig Anteil nahm, zu berühren Gelegenheit hatte, wurde nur die Regelung des Fischfangs in den Grenzgewässern ein wenig eingehender erörtert. Hierbei erklärten wir es für wünschenswert, den Fischfang in einer Weise zu regeln, die unseren Fischern die Möglichkeit gibt, ihrem Gewerbe nachzugehen, ohne das in Rumänien bestehende Fischmonopol zu verletzen.

Wenn ich aus allem, was ich während meiner dreitägigen Anwesenheit in Rumänien gehört und gesehen habe, die Schlußfolgerung ziehen soll, so halte ich es für meine Pflicht, Ew. Majestät zu berichten, daß ich von dieser Reise die besten Eindrücke gewonnen habe, die von der uns günstigen Stimmung der Rumänen Zeugnis ablegen und die uns auf eine weitere Entwicklung unserer gutnachbarlichen Beziehungen zu hoffen gestatten.

S a s o n o w.

Auf dem Original befindet sich ein eigenhändiger Vermerk Nikolai II. (ein Strich und zwei Punkte).

---

# MONATSBERICHT.

## AMERIKA.

**Amerika und Europa. Präsident Coolidge zur Kriegsschuldfrage.**  
„Kölnische Zeitung“, 1. Juni 1926, Nr. 400.

Bei der Feier des Gedenktages für die Gefallenen, die auf dem Arlington-Ehrenfriedhof abgehalten wurde, hielt Präsident Coolidge eine Rede, in der u. a. ausführte:

„Niemand, der die Ursachen des Weltkrieges studiert hat, kann darüber im Zweifel sein, daß zum großen Teil durch die unhaltbare europäische Wirtschaftslage die überlasteten Nationen kopfüber in den Weltkrieg gestürzt wurden.“

**Lansing does not answer Wiesners charges.**

**The Progressive, 1. Mai 1926.**

Im Oktoberheft 1925 „Die Kriegsschuldfrage“ hatte Friedrich von Wiesner, der ehemalige k. u. k. Gesandte, der im Auftrage des Wiener Auswärtigen Amtes im Juli 1914 sich nach Sarajewo begab und der Wiener Regierung den bekannten Bericht über den Stand der Untersuchung des Mordes von Sarajewo erstattete, die öffentliche Aufforderung an Lansing und James Brown Scott, die beiden amerikanischen Vertreter in der Kriegsschuldkommission von Versailles, gerichtet, zu seinen Ausführungen Stellung zu nehmen. Der „Progressive“ bedauert es sehr, daß Lansing bis heute geschwiegen hat.

**The Ignorance of Sir Edward Grey. By Frederick Bausman.**

**„The American Monthly“, Juni 1926.**

Eine ausgezeichnete Kritik der Memoiren Lord Greys.

**The responsibility for the war. An answer to Poincaré. By Gustave Dupin.**

**„The American Monthly“, Juni 1926.**

Dupin wendet sich gegen den großen Aufsatz zur Kriegsschuldfrage, den Poincaré im Oktoberheft 1925 der amerikanischen „Foreign Affairs“ veröffentlicht hat und widerlegt im einzelnen die dort von Poincaré aufgestellten Behauptungen.

## **The War-Guilt and the War-Lie Questions.**

**„The Progressive“, 15. März 1926.**

Der aus der Feder von Alfred von Wegerer stammende Aufsatz gibt einen kurzen und umfassenden Überblick über das Problem der Kriegsschuldfrage und hebt den Unterschied zwischen Kriegsschuldfrage und Kriegsschuldfrage besonders hervor.

## **The War-Guilt of Sir Edward Grey. Von T. St. John Gaffney, ehemaligem amerikanischen Generalkonsul.**

**„The Progressive“, 15. Mai 1926.**

In der Zeitschrift „The Progressive“, die in der Ausrottung der Schuldfrage eine unerläßliche Vorbedingung für eine wirkliche Befriedung der Welt erblickt, bespricht Generalkonsul Gaffney, auf Grund langjähriger amtlicher Tätigkeit ein guter Kenner der europäischen Verhältnisse und insbesondere Deutschlands, das Buch Lord Greys. Besonders erstaunt ist er über die nach den Enthüllungen der letzten Jahre völlig unverständliche Auffassung, daß die Welt „wahrscheinlich niemals alle Geheimnisse erfahren werde, die hinter der Ermordung des Erzherzogs verborgen seien“. Gaffney erinnert die öffentliche Meinung Englands daran, mit welcher Schärfe 1903 nach der Ermordung König Alexanders in der „Mutter aller Parlamente“ der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Belgrad angekündigt wurde. Auf eine Anfrage Lord Newtons erklärte damals der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Lansdowne:

„Ich kann den edlen Lord versichern, daß S. M. Regierung nicht weniger als er selbst den Abscheu empfindet, mit dem er sich über die Ereignisse geäußert hat, die kürzlich die serbische Hauptstadt entehrt haben. Es scheint mir keine Übertreibung zu sein, wenn ich sage, daß es schwer sein würde, eine Parallele für ein derartiges Verbrechen zu finden, selbst in den Annalen von Staaten, die keinen Anspruch erheben, zu den zivilisierten Gemeinwesen zu gehören. Ich bin jedenfalls bereit, zu erklären, daß unseren Absichten nichts ferner liegt, als mit Persönlichkeiten, die in diese Ereignisse verwickelt sind, das was Lord Newton die üblichen Beziehungen nennt, weiter zu unterhalten.“

Gaffney findet daher auch, daß Prof. H. E. Barnes in seiner ausgezeichneten Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Kriegsschuldfrage (Aprilheft dieser Zeitschrift) die schwere Schuld Frankreichs und Rußlands zwar überzeugend nachgewiesen hat, Serbien hingegen noch stärker hätte belasten können. Was das österreichische Ultimatum betreffe, so werde dieses zwar oft kritisiert, aber es sei immer noch milde, wenn man es vergleiche mit dem Ultimatum Italiens an die Türkei 1911, dem Vorgehen der Entente

gegen Griechenland 1916, dem Italiens gegen Griechenland 1923 und dem Englands gegen Ägypten nach Ermordung des Generals Stacks.

Die Ansichten der meisten Forscher gingen auf Grund von Greys eigenem Buch dahin, daß er, „wenn er auch für den Kriegsausbruch nicht direkt verantwortlich sei, doch kläglich versagt habe, seinen Einfluß zur Verhinderung des Krieges einzusetzen.“ Gaffney möchte für seine Person noch weitergehen: „Grey was no dupe of Iswolski and Poincaré, as his friends assert. His was the master mind and Iswolski and Poincaré were powerless without his support.“ Das Urteil ist hart und leider spricht manches in Greys „Apologia pro vita sua“ dafür, daß diese Härte begründet ist. Aber die Memoiren enthalten doch auch vieles, was den Eindruck erweckt, daß die Hauptschuld Greys nicht böser Wille, sondern mangelnde Erkenntnis war. Er wollte unter allen Umständen mit Frankreich gehen, aber er sah nicht, wohin dieser Weg ihn führte.

M. M.



## BELGIEN.

### Das Ende der belgischen Neutralität.

„Frankfurter Zeitung“, 3. Juni 1926, Nr. 405.

Der belgische Außenminister Vandervelde legte am 2. Juni der Kammer den Vertrag über die Abschaffung der belgischen Neutralität, d. h. der Verträge von 1839, vor. In dem historischen Dokument sind Belgien, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande übereingekommen, die Verträge von 1839 endgültig aufzuheben und das Ende der belgischen Neutralität und des besonderen Statuts des Hafens von Antwerpen anzuerkennen. Deutschland, Ungarn und Österreich sollen als Teilhaber des alten Neutralitätsvertrages aufgefordert werden, dem neuen Vertrage beizutreten, ebenso Rußland, jedoch soll diese Aufforderung keinerlei politische Anerkennung der Sowjetregierung bedeuten. Die Ratifikationsurkunden sollen in Paris deponiert werden.

In der Begründung wird gesagt, daß die förmliche Beseitigung der belgischen Neutralität und der Garantieverträge zwar nicht mehr unbedingt erforderlich waren, da ihre Aufhebung schon durch den Versailler Vertrag und bei verschiedenen anderen Gelegenheiten anerkannt worden sei, daß aber eine feierliche Vollziehung dieses Aktes dennoch erwünscht gewesen sei.



## DEUTSCHLAND.

### Die deutschen Parteien und ihre Außenpolitik.

#### „Europäische Gespräche“, April 1926.

Die Schriftleitung der „Europäischen Gespräche“ hat sich an je ein führendes Mitglied der Reichtagsfraktionen der Parteien gewandt und sie eingeladen, ihr außenpolitisches Programm zu entwickeln. In dem vorliegenden Heft kommt je ein Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Partei des deutschen Mittelstandes zu Wort. Der Führer des Zentrums, Reichsminister a. D. Dr. Bell, und der Führer der Bayerischen Volkspartei, Graf Lerchenfeld, haben auch die Kriegsschuldfrage in ihr außenpolitisches Programm aufgenommen. Dr. Bell schreibt:

„Gewissenhafte Erforschung der wahren Kriegsursachen, gerechte Würdigung eigener und fremder Fehler sollen aufrichtiger und unparteiischer Geschichtsforschung wegbereitend dienen und auch das Ausland zur Öffnung seiner Geheimarchive führen. Unermüdliche Bekämpfung der Kriegsschuldlüge, auch der Kolonialschuldlüge, in Wort und Schrift, durch Verbreitung historisch unanfechtbaren Materials muß das Ausland allmählich überzeugen von Deutschlands Friedfertigkeit und Ehrenhaftigkeit.“

Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Graf Lerchenfeld, führt aus:

„Aus der nationalen Einstellung der B. V. P. folgt auch eine entschiedene Haltung in der Kriegsschuldfrage; von jeher hat sie die Forderung restloser Aufklärung und eines wissenschaftlich wie technisch wirksamen Feldzuges gegen die entehrende und schädigende Irreführung der Weltmeinung vertreten, schon zu einer Zeit, als man sich vielfach in Deutschland noch recht zurückhaltend in dieser Angelegenheit verhielt.“

#### General von Zwehl †.

Am 28. Mai 1926 ist in Berlin der General der Infanterie a. D. von Zwehl gestorben. General von Zwehl war in weiteren Kreisen als der Eroberer der französischen Festung Maubeuge bekannt, die er am 7. September 1914 als kommandierender General des VII. Reservekorps bezwang.

General von Zwehl hat der Kriegsschuldforschung stets das regste Interesse entgegengebracht und häufig auch in der Presse zu Themen der Kriegsschuldfrage Stellung genommen, und in der „Gesellschaft für Erforschung der Kriegsursachen“, deren Mitglied

er vom ersten Tage ihres Bestehens an war, hat er sich mit besonderem Temperament an den Diskussionen beteiligt. Noch wenige Monate vor seinem Tode hat er die Biographie Falkenhayns veröffentlicht.

### **Der Kriegs-Untersuchungsausschuß.**

**„Frankfurter Zeitung“, 11. Juni 1926, Nr. 427.**

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß des Reichstages, der unter der Leitung des Abgeordneten Professor Dr. Schücking die Kriegsursachen und die Ursachen des Zusammenbruches zu untersuchen hat, erstattete dem Plenum des Reichstages einen Teilbericht über die bisher geleistete Arbeit und den weiteren Arbeitsplan. Der erste Unterausschuß, der die Vorgeschichte des Krieges behandelt, hofft im Herbst mit der parlamentarischen Aussprache beginnen zu können, um dann das Ergebnis beschlußmäßig festzulegen. Der Ausschuß beabsichtigt, seine Arbeiten, wenn möglich, bis Ostern 1927 abzuschließen. Seine Veröffentlichungen, in die die beiden schon erschienenen Weißbücher aufgenommen werden sollen, werden etwa sechs Bände umfassen. Der erste Band über die Haager Friedenskonferenz erscheint im Herbst dieses Jahres.

Der dritte Unterausschuß, der die Völkerrechtsverletzungen im Weltkriege zu untersuchen hat, steht unmittelbar vor dem Abschluß seiner Arbeiten, mit Ausnahme der Untersuchung der Verletzung der belgischen Neutralität.

### **Der serbische Konflikt in der Kriegsschuldfrage. Von Alfred von Wegerer.**

**„Tägliche Rundschau“, Nr. 243, 29. Mai 1926.**

Der Aufsatz lenkt die Aufmerksamkeit auf die seit Monaten in Belgrad erbittert geführte Kriegsschuldkampagne um die Mitwisserschaft der serbischen Regierung an dem Morde von Sarajewo, die ihren Höhepunkt in dem dramatischen Zusammenstoß zwischen Pasić und Ljuba Jovanović auf der Tagung des Hauptausschusses des Radikalen Klubs am 26. April fand.

### **Emil Ludwigs „Wilhelm der Zweite“. Von Wilhelm Mommsen.**

**„Der Herold der politischen Jugend Deutschlands“, Juni 1926.**

Mommsen kritisiert Ludwigs Werk sehr scharf, „nicht deshalb — betont er — weil wir ein wesentlich günstigeres Urteil über den letzten Kaiser haben als der Verfasser“, sondern weil Ludwigs Buch von Fehlern wimmelt und weil der Verfasser die Dinge, von

denen er schreibt, fast durchweg nicht kennt. „Politisch ebenso verhängnisvoll ist die Art, — schreibt Mommsen — wie bei Ludwig die Entstehung des Weltkrieges behandelt wird. Gewiß betont Ludwig mit Recht, daß der Kaiser friedliebend war. Aber die Art seiner Darstellung, die von Tatsachenkenntnis völlig ungetrübt ist, ist außerordentlich geeignet, den Anhängern der Schuldthese des Versailler Friedensvertrages Wasser auf ihre Mühlen zu leiten. Man kann es nicht anders als direkt unverantwortlich bezeichnen, daß jemand, der über diese Dinge schreibt, sich nicht die Mühe gemacht hat, auch nur die wichtigsten der Schriften über die Kriegsschuldfrage zu beachten, die ja im wesentlichen gerade von linksstehenden Männern verfaßt worden sind; und das noch dazu in einem Buch, das auch auf Wirkung im Ausland eingestellt und von dem, soviel wir wissen, eine englische Übersetzung bereits erschienen ist.“

#### **Das französische Gelbbuch von 1914.**

Die Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen hat soeben das französische Gelbbuch von 1914 in einer neuen, kritischen und ergänzten Ausgabe veröffentlicht. In den nachstehenden Aufsätzen wird diese Neuauflage eingehend gewürdigt:

**Das französische Gelbbuch von 1914. Von Universitätsprofessor Dr. Hans Rothfels.**

„Königsberger Allgemeine Zeitung“, Nr. 249, 1. Juni 1926.

**Das französische Gelbbuch von 1914. Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.**

„Tägliche Rundschau“, Nr. 251, 3. Juni 1926.

**Das berichtigte französische Gelbbuch von 1914. Von Richard Foerster.**

„Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 219, 12. Mai 1926.

**Das gefälschte französische Gelbbuch von 1914. Von Richard Foerster.**

„Saarbrücker Zeitung“, Nr. 139, 25. Mai 1926.

**Das französische Gelbbuch. Von Professor Dr. Schrader.**

„Westfälische Zeitung“, Nr. 127, Bielefeld, 4. Juni 1926.

**Auf dem Wege zur Freiheit. Von Professor Ferdinand Dreher.**  
**„Gießener Anzeiger, Nr. 109, 11. Mai 1926.**

**Der augenblickliche Stand der Geschichtsforschung über den Mord von Sarajewo. Von Dr. Hans Übersberger, Professor der Universität Wien.**

**„Der Weg zur Freiheit“, 15. Juni 1926.**

In seiner interessanten Studie gibt Übersberger eine Zusammenfassung der bis heute bekanntgewordenen Einzelheiten über die Vorgeschichte des Mordes von Sarajewo. In einigen Punkten geht Übersberger zu weit, wenn er z. B. behauptet, daß „unanfechtbar erwiesen“ sei, daß der Mord die Billigung und Finanzierung des russischen Militärattachés in Belgrad gefunden habe. Da Übersberger das Beweismaterial nicht angibt, läßt sich leider nicht feststellen, wie weit es „unanfechtbar“ ist.

★

## **ENGLAND.**

**France before the war.**

**„The Times“, „Literary Supplement“, Nr. 1, 271, 10. Juni 1926.**

Eine Besprechung der beiden ersten Bände der Memoiren Poincarés, deren englische Übersetzung jetzt vorliegt. Der Verfasser der Besprechung — sein Name wird nicht genannt — geht davon aus, daß es zunächst nicht die französische Vorkriegspolitik, sondern die nach dem Kriege von der französischen Regierung gegenüber Deutschland eingenommene Haltung war, die in der Kriegsschuldfrage in Deutschland eine entschiedene Stellungnahme gegen Frankreich und vor allem gegen Poincaré hervorrief. In Frankreich erstanden Poincaré erbitterte politische Gegner und Männer wie Fabre-Luce und Margueritte traten offen gegen Poincaré auf. Gegen diese Persönlichkeiten wendet sich Poincaré in seinen Memoiren, aber diese persönliche Verteidigung mißfällt dem englischen Kritiker und er hält sie eines großen Staatsmannes für unwürdig. Die Hauptfrage, die jeder Kritiker bei Prüfung der Memoiren aufwirft, wird auch hier gestellt: Gelingt Poincaré in seinen Erinnerungen eine Widerlegung der gegen ihn erhobenen Anklagen? Diese Frage wird von dem Verfasser der Besprechung bejaht. Vom historisch-diplomatischen Gesichtspunkt aus beruhe der Wert des Buches in der Darstellung der französisch-russischen Beziehungen vor dem Kriege. Für Frankreich sei die loyale Er-



füllung seiner Bündnisverpflichtungen gegenüber Rußland eine Lebensfrage gewesen, für Rußland aber nicht, da eine Verständigung, ja selbst ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland niemals gänzlich ausgeschlossen gewesen sei. In dieser Zwangslage habe Frankreich keinen Zweifel an seiner Bündnistreue aufkommen lassen dürfen, und diese Zwangslage habe es Frankreich im kritischen Augenblick unmöglich gemacht, eine Kontrolle oder einen mäßigenden Einfluß auf den Verbündeten auszuüben.

### **Germany's war guilt. Ex-Crown Prince's apologia.**

„The Times“, 11. Juni 1926.

Eine Besprechung des Buches: „Ich suche die Wahrheit“ des ehemaligen Kronprinzen, das jetzt auch in englischer Ausgabe vorliegt.



### **FRANKREICH.**

#### **Aus dem Maiheft der „Evolution“.**

Das Maiheft der „Evolution“ veröffentlicht in französischer Übersetzung die wichtigsten Kapitel der Schrift des Staatsministers a. D. von Jagow: „England und der Kriegsausbruch“. Mathias Morhardt leitet diese Übersetzung mit einem Aufsatz ein: „Die deutschen Staatsmänner vor dem Problem der Kriegsursachen“, in dem er die Kriegsschuld Englands in den Vordergrund rückt. — Victor Margueritte gibt eine Besprechung der ersten Bände der Poincaré-Memoiren. Außerdem wird die Rede wiedergegeben, die der deutsche Reichstagsabgeordnete Ludwig Haas am 15. März im Kreise der Mitarbeiter der „Evolution“ gehalten und in der er den französischen Vorkämpfern für die Beseitigung der Versailler Kriegsschuldlüge seine Bewunderung und seinen Dank ausgesprochen hat für ihre unablässige Arbeit in der Aufklärung über die wahren Ursachen des Weltkrieges.

**Les documents diplomatiques allemands sur les origines de la guerre 1871—1908. Von Michel Lhéritier.**

„Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale“, Nr. 2, 1926.

Lhéritier ist der Verfasser der „Histoire diplomatique de la Grèce“. Er hat die Große Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes sehr eingehend durchgearbeitet. In seinem Aufsatz

gibt er zunächst im einzelnen an, welche Dienste ihm die deutsche Aktenveröffentlichung bei seiner speziellen Arbeit geleistet hat und geht dann zu einer Gesamtcharakterisierung der Aktenpublikation über. Die Publikation, die er als „un monument grandiose“ bezeichnet, habe eine enorme Bedeutung in dreifacher Hinsicht, wissenschaftlich, politisch und moralisch. Es sei ein nationales Werk und wende sich ebenso sehr wie an die wissenschaftliche Elite auch an das große Publikum, an die öffentliche Meinung, die sie zum Zeugen nehmen wolle. Nach diesem von Deutschland gegebenen Beispiel sei es für die anderen Länder unerlässlich, gleichfalls mit großen Dokumentenveröffentlichungen hervortreten. Die Historiker würden dann über ein kostbares Arbeitsmaterial verfügen und sachlich, ohne Leidenschaft, ohne den Willen, irgend jemanden zu verleumden oder zu belehren, würden sie endlich die Wahrheit erkennen und lehren können. „Dies wäre — schreibt Lhéritier — die Fortsetzung von Locarno, dies wäre die Entwicklung der geistigen Zusammenarbeit der Völker, dies wäre das Ideal, das Rathenau in seinen Worten nannte und dem er die monumentale deutsche Aktenveröffentlichung ausschließlich gewidmet wissen wollte — der moralischen Befriedung der Welt, der endgültigen Befriedung.“

**Les Responsables. Manuscrit de M. Joseph Caillaux sur les responsabilités de la guerre.**

**„Les Documentes Politiques, Diplomatiques et Financiers“,  
Mars 1926.**

Die „Documents Politiques“ veröffentlichen im vollen Wortlaut das Manuskript von Caillaux über „Die Verantwortlichen“, das in dem Caillaux-Prozeß eine so große Rolle gespielt hat. Auf die Bedeutung dieser Arbeit für die Kriegsschuldforschung geht Georges Demartial in diesem Heft unserer Zeitschrift näher ein.

**Un témoignage sur la responsabilité de la guerre. Lord Grey of Fallodon, d'après ses mémoires. Von H. de Manneville.**

**„Le Correspondent“, 25. Mai 1926.**

Graf de Manneville, der den Memoiren Greys eine größere Besprechung widmet, war bei Kriegsausbruch 1914 Geschäftsträger und Botschaftsrat der französischen Botschaft in Berlin. Er gehört also zu dem engen Kreis der Persönlichkeiten, in deren Händen das Schicksal Europas im Juli 1914 lag. Man darf von einem solchen Manne ein gewisses Niveau verlangen, man darf erwarten, daß er

die alten Legenden nicht wiederholt, deren Unrichtigkeit ihm aus eigener Anschauung genau bekannt sein muß. Leider täuscht Graf de Manneville diese Erwartungen sehr, auch er weiß keinen anderen Kriegsgrund als den preußischen Militarismus, als die geheime Verschwörung deutscher Offiziere gegen den Frieden. In den Händen dieser Männer sei der Kaiser gewesen und Bethmann und Jagow hätten keine Macht gehabt. Dies alles behauptet bekanntlich auch Grey, ohne einen Beweis zu geben. Es überrascht dann auch nicht mehr, wenn de Manneville in Deutschland den Verbrecher sieht, der den Weltkrieg entfesselt hat und in Grey den „Pazifisten und Freund Deutschlands“, der nach jahrelangen Bemühungen um die Erhaltung des Friedens, am Ende selbst gezwungen war, Deutschland den Krieg zu erklären.



### ITALIEN.

**Die Wahrheit auf dem Marsche. Italienische Stimme über die Ursachen des Weltkrieges.**

**„Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 268, 9. Juni 1926.**

Die italienische Sammlung von Dokumenten und Studien zur Kriegsgeschichte wird demnächst durch einen Beitrag des auch in Deutschland bekannten Historikers Alberto Lumbroso bereichert werden. In einer Voranzeige über sein zweibändiges Werk: „Die diplomatischen und wirtschaftlichen Ursachen des Weltkrieges“, das sich jetzt im Druck befindet, schreibt Baron Lumbroso: „Die Männer, die das Schicksal im Jahre 1914 in der Hand hielten, waren nicht diejenigen, welche die Voraussetzung für den Zusammenprall boten. Zwei Tote kämpften miteinander: Bismarck und Eduard VII.“  
... „Seit den Zeiten Eduards VII. hat England den Krieg diplomatisch und militärisch gewollt und vorbereitet. Deutschland aber war friedlich, wenn auch nicht pazifistisch, was nicht dasselbe ist.“



### SERBIEN.

**Kein Selbstmord Ljuba Jovanović's.**

Die „Frankfurter Zeitung“ hatte am 25. Mai 1926 (Nr. 310) berichtet, daß Ljuba Jovanović Selbstmord begangen habe. Diese Nachricht trifft nicht zu. Nicht Ljuba, sondern der ehemalige Verkehrs- und Bautenminister Joca Jovanović hat am 24. Mai in Belgrad seinem Leben ein Ende gesetzt.

## Bücherschau.

### Neuerscheinungen.

Cosmin, S.: „L'entente et la Grèce pendant la grande guerre 1914—1917.“ Société Mutuelle d'Édition, Paris 1926, 900 S.

Das französische Gelbbuch von 1914. Berichtigter und durch die nachträglich bekanntgewordenen Dokumente ergänzter Wortlaut der ersten amtlichen Veröffentlichung der französischen Regierung über den Kriegsausbruch. Mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer. Beiträge zur Schuldfrage, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Fünftes Heft. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926, 208 S.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme. 5. Reihe. Zweite Abteilung: „Weltpolitische Komplikationen“. Band 30—33 (5 Teile). Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926.

I seek the truth. A book on responsibility for the war, by the Ex-Crown-Prince William of Germany. Translated from the German by Ralph Butler. Faber and Gwyer, London 1926, 325 S.

Näf, Werner: „Bismarcks Außenpolitik 1871—1890“. Verlag der Fehr'schen Buchhandlung, St. Gallen 1926, 76 S.

Seton-Watson, R. W.: „Sarajewo“. A study in the origins of the great war. Hutchinson & Co. Ltd., London 1926, 303 S.

Der Inhalt des Buches, das, nach dem Datum des Vorworts zu urteilen, am 15. November 1925 abgeschlossen wurde, ist jedenfalls soweit die Frage der Verantwortlichkeit Serbiens für das Attentat von Sarajewo behandelt wird, überholt. Die Auseinandersetzungen zwischen Pasitsch und Ljuba Jovanowitsch im Hauptausschuß des Radikalen Klubs in Belgrad im April d. J., bei der Jovanowitsch erneut für seine bekannten Veröffentlichungen im „Blut des Slawentums“ eintrat, sind nicht mehr berücksichtigt.

Wir werden trotzdem auf das Buch Seton Watsons in einem der nächsten Hefte noch zurückkommen.

The Memoirs of Raymond Poincaré (1912). Translated and adapted by Sir George Arthur. Preface by the Duke of Northumberland. Heinemann Ltd., London 1926, 371 S.



Vermeil, E., Professeur à l'Université de Strasbourg: „L' empire allemand 1871—1900“. Histoire du monde. Publiée sous la direction de M. E. Cavaignac. Tome XII bis. E. de Boccard, Paris 1926, 260 S.

**Bei der Schriftleitung eingegangen.**

Der Weltkrieg 1914—1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Die militärischen Operationen zu Lande. Dritter Band: „Der Marne-Feldzug“. Von der Sambre zur Marne. Mit sieben Karten und elf Skizzen. Verlegt bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1926, 427 S. Vierter Band: „Der Marne-Feldzug“. Die Schlacht. Mit zehn Karten und sechs Skizzen. Verlegt bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1926, 576 S.

Die wirtschaftlichen Vorbereitungen der Auslandsstaaten für den Zukunftskrieg. E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1926, 56 S.

Recent disclosures concerning the origins of the world war. Discussed by Harry Elmer Barnes and Bernadotte E. Schmitt. Stenographic report of the luncheon meeting April 3 rd, 1926 of the Chicago Council on Foreign Relations. Chicago, Illinois, 1926, 37 S.

Schaer, Wilhelm: „Katechismus zur Kriegsschuldfrage“. 1. Abschnitt: Die auswärtige Politik Rußlands, Frankreichs, Englands 1900—1914 in Selbstzeugnissen. 2. Abschnitt: Die internationalen Streitpunkte in der Kriegsschuldfrage. Verlag des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, Berlin 1926, 160 S.

Stieve, Friedrich: „Wie Frankreich und Rußland zum Weltkrieg kamen“. Vortrag gehalten am 26. Februar 1926 in der Münchener Universität. Herausgegeben im Auftrage des Akademischen Arbeitsausschusses gegen Friedensdiktat und Schuldläge von dessen Vorsitzenden Kurt Trampler. München 1926, 27 S.

---

## **Besondere Mitteilungen.**

### **An unsere Bezieher!**

Zur Sicherstellung einer pünktlichen und schnellen Lieferung unserer Zeitschrift richten wir an unsere verehrten Bezieher die höfliche Bitte, Adressenänderungen bzw. Ungenauigkeiten in den Anschriften unserer Verlagsabteilung jeweils umgehend mitzuteilen.



### **Entbehrliche Hefte.**

Wir richten an alle unsere Bezieher die höfliche Bitte, überzählige oder entbehrliche Hefte aus den Jahrgängen 1923, 1924 und 1925 der Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage“ an uns zurückzusenden. Es treten wiederholt an uns Wünsche heran, die früheren Jahrgänge vollständig nachzuliefern; den Wünschen können wir leider nicht entsprechen, da einzelne Hefte der früheren Jahrgänge vollständig vergriffen sind.

Besonders gesucht ist ein Märzheft des Jahrganges 1924 sowie ein Aprilheft 1926.



Ein Nachtrag für „Das Russische Orangebuch von 1914“ wird auf Anforderung von der Zentralstelle kostenlos nachgeliefert.

---

46. Jahrgang

# Tägliche Rundschau

Unabhängige Zeitung für nationale Politik  
mit Unterhaltungsblatt für die Gebildeten aller Stände.

Herausgeber:

**D. Bruno Doehring und Heinrich Rippler.**

---

**Bezugspreis monatlich:**

|                        |                                         |      |
|------------------------|-----------------------------------------|------|
| Ausgabe A (täglich 1X) | durch die Post einschl. Bestellgeld RM. | 3.36 |
| " B ( " 2X)            | " " " " " "                             | 3.72 |
| " B ( " 2X)            | durch Boten in Groß-Berlin . . . . .    | 3.—  |

---

Als maßgebende und einflußreiche  
politische Tageszeitung im ganzen  
Deutschen Reiche und im Auslande  
anerkannt und stark verbreitet

**Hervorragende politische Mitarbeiter!**

Unabhängig von allen Parteien  
und Interessengruppen

---

Ausführliche und wertvolle  
täglich zweimalige Handelsbeilage:  
„Wirtschaft und Börse“

---

Probenummern durch die  
Geschäftsstelle der „Täglichen Rundschau“  
Berlin W 57, Bülowstraße 66  
Fernsprecher: Nollendorf 8120—8123  
Drahtanschrift: Rundschaudienst

# Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung

\* G e g r ü n d e t 1 8 4 8 \*

Die „Kreuzzeitung“, ein führendes politisches Organ, dessen Äußerungen von den Gegnern genau so beachtet werden wie von den Freunden, betrachtet es als Aufgabe, ihre ganze politische Bedeutung einzusetzen für den Kampf um die Befreiung unseres Vaterlandes. Voran steht ihr hierbei die Bekämpfung der Kriegsschuldlüge, auf der der Vertrag von Versailles aufgebaut ist. Bei aller Pflege idealer Gefinnungen und Anschauungen hat die „Kreuzzeitung“ nicht unterlassen, sich auch als Zeitung den Forderungen der neuen Zeit anzupassen. Sie ist nicht nur auf dem Gebiete der Politik, sondern auch auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens und der Unterhaltung, sowie auch in volkswirtschaftlicher Beziehung so ausgestaltet, daß jeder Leser in ihr alles Wissenswerte und Notwendige findet. Insbesondere bietet sie regelmäßig Übersichten über die innere und äußere Politik, wie über die wirtschaftliche Lage. Vermöge ihrer Verbreitung in den Kreisen des Grundbesitzes, der Großindustrie, des Beamten-tums, der Offiziere usw. ist die „Kreuzzeitung“ auch für Anzeigen vortrefflich geeignet. Sie erscheint täglich zweimal, abgesehen von den durch die Sonn- und Feiertage gebotenen Ausnahmen. Alle Postanstalten, in Berlin auch die bekannten Zeitungs-pediteure, nehmen Bestellungen entgegen.

\*

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Dessauer Str. 6



# H. J. Wilm

Kgl. Hofjuweller

Berlin C, Jerusalemer Straße 25

Juwelen, Gold, Silberwaren  
Silberausstattungen

gegründet 1767

## AEG RUNDfunk



**5-RÖHREN-GERÄT**  
FÜR FERNEMPfang

**DETEKTOR-GERÄT**  
FÜR NAHEMPfang

**Wer sein Haar nicht färben,**  
das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

**„Ich hab's gefunden“**

à Flasche **3,75 Mark** (blond, braun, schwarz). Nur zu haben bei  
**Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38**

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Friseursalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute  
**Eigene** sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.



**Deutsche  
lesen die  
Deutsche  
Zeitung**

**Berlin-S.W.-II.**

DIE  
**DRUCKEREI**  
FÜR  
**QUALITÄTSARBEITEN**

EIN- UND MEHRFARBENDRUCKE FÜR  
HANDEL • INDUSTRIE • GEWERBE



**PAUL LEHSTEN**

BUCHDRUCKEREI GUTENBERG

HOFBUCHDRUCKER WEILAND IHRER MAJESTÄT DER KAISERIN

*Charlottenburg 1 Berliner Straße 119*

FERNRUF: WILHELM 180 u. 9852

ABENDRUF: WILH. 3206

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

## „Der Arbeitgeber“

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der  
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142 entgegengenommen.

# Breußische Druckerei= und Verlags=Aktiengesellschaft

empfiehlt sich  
zur preiswerten Anfertigung  
sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen  
Zeitschriften / Zeitungen  
Werke

Segmaschinen \* Stereotypie \* Rotationsdruck \* Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32

Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 5981 — 5998

---

---

## A n u n s e r e B e z i e h e r !

Wir bitten höflichst zur Kenntnis zu nehmen, daß die  
Anschrift der Verlagsabteilung der Zentralstelle für Er-  
forschung der Kriegsursachen seit dem 1. April wie folgt lautet:

**Verlagsabteilung der Zentralstelle  
für Erforschung der Kriegsursachen**

**Berlin NW 6, Luisenstraße 31a.**

Wir bitten alle den Verlag betreffenden Schreiben an die  
obige Anschrift und nicht mehr nach Berlin W 35, Potsdamer  
Straße 118c, zu richten.

**Verlagsabteilung  
der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen.**

---

---





*Rosenthal*

PORZELLANFABRIK

PH.ROSENTHAL & CO. A.G.

BERLIN W.9.

BELLEVUESTR. 10  
TAUENTZIENTSTR. 19.



# Grünfeld

Leinen-Wäsche-Ausstattungen.

## Die Hauptpreisliste

Nr. 248 P über Wäsche jeder Art (mit 2000 Abbildungen) wird auf Wunsch zugesandt.



## Das Brautausstattungs-

Verzeichnis Nr. 247 H, mit vielen Aufstellungen, wird auf Wunsch zugesandt.



## Die Erstlingswäsche-

Preisliste Nr. 245 M, mit zahlreichen Abbildungen, wird auf Wunsch zugesandt.



Landeshuter Leinen-  
und Gebildweberei

**F. V. Grünfeld**

Größtes Sonderhaus  
für Leinen u. Wäsche

**Berlin W 8  
Leipziger Str.  
20-22**

Zweigniederlassung: Köln, Krebsgasse :: Fabrik: Landeshut (Schlesien)



## Was liefert die „Deutsche Tracht“?

|                               |                                                                                            |               |
|-------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| <b>Deutsche Tracht</b>        | (Rock, Weste, lange oder kurze Hose) siehe Abb. .                                          | <b>Mk. 66</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (bisherige Qualität) siehe Abbildung . . . . .                                             | <b>Mk. 85</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (aus bestem Kammgarn, neue Qualität) siehe Abb.                                            | <b>Mk. 96</b> |
| <b>Deutsche Hansa</b>         | Dunkelblauer, zweireihiger Sacco-Anzug (nur mit langer Hose) aus Spezialkammgarn . . . . . | <b>Mk. 92</b> |
| <b>Deutscher Trachtmantel</b> | Gabardine, Rückenfalte mit Gurt, zweireihig . . . . .                                      | <b>Mk. 96</b> |

### Erleichterte Zahlungsbedingungen

Stoffproben, Maßanleitung und Druckschriften werden gern kostenlos übersandt.

Versand in ganz Deutschland

## Deutsche Tracht gemeinnützige G. m. b. H. Berlin NW 6, Luisenstraße 38

### Verkaufsstellen:

**Berlin NW 6, Luisenstr. 38**

Eingang Marienstraße 1

**Essen, Bahnhofstraße 83**

**Flensburg, Holm 57**



**Kiel,**

Brunswicker Str. 13-15

**Lübeck, Handelshof**

**Magdeburg,**

Gr. Diesdorfer Str. 227

**München,**

Reichenbachstraße 18

*Soeben ist erschienen:*

# LITERATUR ZUR KRIEGSSCHULD- FRAGE

HERAUSGEGEBEN

VON DER ZENTRALSTELLE  
FÜR ERFORSCHUNG DER  
KRIEGSURSACHEN

BERLIN NW6 · 1926 · PREIS M. 0.80 · 48 SEITEN

Die »Hamburger Stimmen« vom 24 Februar 1926 schreiben:

»Die Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen (Berlin NW6, Luisenstr. 31a) tritt soeben mit einer Veröffentlichung hervor, die das weiteste Interesse von Publikum und Presse verdient. In Manuskriptform gibt sie ein Verzeichnis der »Literatur zur Kriegsschuldfrage« heraus und damit der Bekämpfung der deutschen Kriegsschuldfrage durch die privaten Organisationen – für deren Arbeit und Förderung wir immer eingetreten sind – ein überaus wertvolles Material in die Hand. Die Bibliographie enthält die vollständige Sammlung aller Dokumente und Memoirenwerke und ergänzt diese wirkungsvoll durch die wichtigsten Publikationen über das Kriegsschuldthema. Hinzu kommt eine recht gut zusammengestellte Auswahl inhaltsreicher Aufsätze, die das Problem in den letzten Jahren von den verschiedenartigsten Gesichtspunkten und auch politischen Motiven angefaßt haben. Recht praktisch ist auch die Anordnung des Stoffes. Sie erfolgt nicht, wie das bisher bei ähnlichen Versuchen geschah, in der zeitlichen Reihenfolge, sondern nach den Ländern, in denen die einzelnen Publikationen erschienen. Das schmale, 48 Seiten umfassende Manuskript, das in allen Buchhandlungen, bzw. durch die Berliner Zentrale, direkt zu dem Druckkostenpreis von Mk. 0,80 erhältlich ist, wünschen wir in der Hand jedes Deutschen, der für die endgültige Niederbringung der Kriegsschuldfrage seine Mitarbeit zur Verfügung stellt.«



## Das Wichtigste aus dem Inhalt.

Theobald von Schäfer, Oberarchivrat in Potsdam, gibt eine eingehende Darstellung der Tätigkeit des Generaloberst von Moltke in den Tagen vor der Mobilmachung und seiner Nachwirkung auf Österreich-Ungarn. Schäfer, der zum Teil neues, bisher unbekanntes Material verwendet, weist nach, daß das bekannte Moltke-Telegramm weder in der Absicht abgeschickt worden ist, die Friedensbemühungen des Kanzlers zu hintertreiben, noch daß es einen Einfluß auf den Gang der Ereignisse ausgeübt hat.



Generalmajor a. D. Demus-Morau veröffentlicht einen Auszug aus dem Tagebuch des I. k. u. k. Korpskommandos, aus dem hervorgeht, daß das Korpskommando in der Zeit vom 23. bis 31. Juli keinerlei Verfügungen getroffen hat, die als aggressive Maßnahmen gegen Rußland hätten aufgefaßt werden können.



Nach Aussagen von zwei 1914 vernommenen Gefangenen des South Stafford Regiments hatte das in Pietermaritzburg (Südafrika) in Garnison liegende I. Bataillon bereits um den 20. Juli herum erfahren, daß es in nächster Zeit seine Garnison verlassen würde.

# Generaloberst von Moltke in den Tagen vor der Mobilmachung und seine Einwirkung auf Österreich-Ungarn.

Von Theobald von Schäfer.<sup>1)</sup>

Die Erkenntnis, daß das deutsche Volk und auch dessen politische Leitung den Krieg nicht gewollt haben, beginnt sich nach und nach auch bei unseren ehemaligen Feinden durchzusetzen, soweit sie eben überhaupt sehen wollen. Um so hartnäckiger hält man aber an dem Dogma fest, daß der deutsche Generalstab zum Kriege getrieben, ihn zielbewußt herbeigeführt habe; er sei letzten Endes an allem schuld. Die Einleitungskapitel des vom Reichsarchiv herausgegebenen amtlichen Kriegswerkes haben zwar die ganze Haltlosigkeit und den Widersinn solcher Behauptung schon dargetan, trotzdem wird aber derselbe Vorwurf immer wieder in die Welt hinausposaunt, so in den Veröffentlichungen Poincarés und neuerdings wieder in denen des ehemaligen Botschafters Gerard.<sup>1a)</sup> Eine größere Bedeutung als deren mehr allgemein gehaltene und wissenschaftlich nicht ernst zu nehmende Angriffe haben aber die Beschuldigungen, die sich vor nunmehr reichlich zwei Jahren an den IV. Band des Erinnerungswerkes des Feldmarschalls Grafen Conrad von Hötzendorff knüpften. Der Feldmarschall hatte in diesem Bande Nachrichten mitgeteilt, die ihm Generaloberst von Moltke in den letzten Julitagen des Jahres 1914 habe zukommen lassen. Die Conradsche Veröffentlichung, die damals im Auslande mehrere Wochen früher bekannt geworden ist, als sie in Deutschland erhältlich war, hat Aufsehen, aber auch Zweifel erregt. Sie ist von Deutschlands Gegnern begierig aufgegriffen und ausgenutzt worden zum Beweise dafür, daß der deutsche Generalstab eben doch zum Kriege gedrängt habe. Daher soll hier — teilweise auf Grund bisher unbekannter Quellen — zusammengestellt werden, was über die Einwirkung des Generalobersten von Moltke auf die Reichsleitung wie auf Österreich-Ungarn in den Tagen vor Kriegsausbruch zu sagen ist.

---

<sup>1)</sup> Oberstleutnant a. D. Theobald von Schäfer, Oberarchivrat beim Reichsarchiv in Potsdam, ist ein Sohn des bekannten Professors der Geschichte an der Universität Berlin Dietrich Schäfer. Theobald von Schäfer erhielt anläßlich seiner Teilnahme an den Kämpfen gegen die Hereros in Südwestafrika den Königlich Württembergischen Militär-Verdienstorden, womit der persönliche Adel verknüpft war. Die Schriftleitung.

<sup>1a)</sup> S. Juliheft dieser Zeitschrift mit einer Widerlegung von Alfred von Wegerer.

## 1. Bis zur russischen Teilmobilmachung am 29. Juli.

Am 12. Mai 1914 hat Generaloberst von Moltke während einer Kur in Karlsbad den österreichisch-ungarischen Generalstabschef zum letzten Male vor dem Kriege und auch zum letzten Male in seinem Leben gesprochen (Conrad III, S. 673).

Als Kaiser Franz Joseph am 5. Juli in Berlin anfragen ließ, wie sich Deutschland zu dem beabsichtigten Vorgehen gegen Serbien stelle, weilte der deutsche Generalstabschef zu einer zweiten Kur in Karlsbad. Die Ansicht des Generalstabes ist bei der Erteilung der Antwort an Österreich-Ungarn nicht gehört worden. Wohl hat Seine Majestät der Kaiser vor seiner Nordlandreise am 6. Juli den Generalleutnant von Bertrab als den rangältesten in Berlin anwesenden Offizier des Großen Generalstabes rufen lassen, um ihn kurz über die Lage zu unterrichten; der General hatte aber als Chef der Landesaufnahme mit Fragen der Mobilmachung oder der Verwendung des Heeres im Kriege nichts zu tun und war daher über diese Fragen gar nicht unterrichtet; sie sind auch gar nicht zur Sprache gekommen. Der Kaiser glaubte eben nicht an größere kriegerische Verwicklungen. — Nach einer Äußerung, die Generaloberst von Moltke — allerdings erst im November 1914 — dem damaligen Major von Haeften gegenüber getan hat, würde er, wenn er gehört worden wäre, mit Rücksicht auf die militärische Gesamtlage entschieden davor gewarnt haben, Österreich-Ungarn freie Hand zu geben zu einer diplomatischen Aktion, an deren Ende der große Krieg stehen konnte.<sup>1b)</sup> Über das Ergebnis der Potsdamer Besprechungen des 5. Juli ist Moltke in beruhigendem Sinne unterrichtet worden. Durch Berichte des Militärattachés, Majors Grafen Kageneck, aus Wien erfuhr er, daß Österreich-Ungarn das Unternehmen gegen Serbien bis zur Beendigung des Ernteurlaubs Anfang August hinausschieben wolle und daß erst am 25. Juli etwa eine befristete Note in Belgrad überreicht werden solle. „Wenn die Demarche erst am 25. Juli erfolgt, wird noch einiges Wasser die Donau hinabfließen, bis es zu weiterem kommt“, schrieb er am 15. Juli an den Rand eines Kageneckschen Berichts.

Erst am späten Abend des 25. Juli, also nach der Anordnung der serbischen Mobilmachung und der ihr folgenden österreichisch-ungarischen Teilmobilmachung, kehrte der deutsche Generalstabs-

---

<sup>1b)</sup> Mitteilung des Generals von Haeften; vgl. auch „Deutsches Offizierblatt“ 1924, Nr. 24.

chef nach Berlin zurück. Hier fand am 26. eine Besprechung beim Reichskanzler statt. Mit ihm stimmte Generaloberst von Moltke damals darin überein, daß „solange Rußland keinen feindlichen Akt vornimmt, unsere auf eine Lokalisierung gerichtete Haltung eine ruhige bleiben muß.“<sup>2)</sup> Irgendwelche Maßnahmen hielt er zunächst für verfrüht.<sup>3)</sup>

Am 27. Juli kehrte der Kaiser zurück. An einer Beratung im Neuen Palais nahm Moltke zusammen mit dem Reichskanzler, dem Chef des Admiralstabes und dem Chef des Zivilkabinetts teil. Es war das erstemal seit dem Morde von Sarajewo, daß der Generalstab gehört wurde.<sup>4)</sup>

Am 28. Juli lag ein durch den Grafen Berchtold übermittelter Wunsch des Generals von Conrad vor (D. D. 281)<sup>5)</sup>: „Chef des Generalstabes ist der Ansicht, daß Moment gekommen wäre, falls Bestätigung über russische militärische Maßnahmen Berlin vorliegt, mit Rücksicht auf wünschenswerte Klarstellung militärischer Lage in Petersburg zu erklären, daß in dieser Mobilisierung derartige Bedrohung an Süd- und Westgrenze Rußlands vorliegt, daß entsprechende Gegenmaßregeln ergriffen werden müßten.“ Eine solche Erklärung hielt Generaloberst von Moltke am Mittag dieses Tages noch für verfrüht, da die Nachrichten über die russischen Mobilmachungsmaßnahmen bis dahin noch zu wenig bestätigt waren (D. D. 299). An demselben Tage beantragte der Kriegsminister den Rücktransport derjenigen Truppen in die Standorte, die bei drohender Kriegsgefahr zum Grenzschutz oder bei der Mobilmachung für Sonderaufgaben bestimmt waren. Der Antrag wurde — nach anfänglicher Ablehnung durch den Reichskanzler — bei gemeinsamem Vortrage vom Kaiser genehmigt. Moltke hat seine Gesamtauffassung in der bekannten Denkschrift „Zur Beurteilung der politischen Lage“ (D. D. 349) niedergelegt, die er am Abend dieses Tages dem Kaiser<sup>6)</sup> und am 29. Juli dem Reichskanzler überreichte. In dieser Denkschrift hat er mit klarem Blick die Ereignisse gezeichnet, wie sie nach seiner Überzeugung kommen mußten und auch gekommen sind.

---

<sup>2)</sup> Reichsarchiv, Der Weltkrieg, I. S. 26.

<sup>3)</sup> von Zwehl; Falkenhayn, S. 56 — auf Grund von Tagebuchaufzeichnungen des Kriegsministers Generals von Falkenhayn.

<sup>4)</sup> Vgl. zu dieser Frage auch: Graf Waldersee, „Der Deutsche Generalstab und die Kriegsschuld“ in „Deutscher Offizier-Bund“, 1926, Nr. 9, S. 338.

<sup>5)</sup> D. D. = Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch.

<sup>6)</sup> Mitteilung der Frau von Moltke.



Generaloberst von Moltke wußte bekanntlich, daß Rußland, bevor es mobil mache, durch eine „Kriegsvorbereitungsperiode“ seine Kriegsbereitschaft weitgehend fördern wollte, und nahm auf Grund der seit dem 26. Juli sich täglich mehrenden Nachrichten über russische Mobilmachungsmaßnahmen an, daß die „Kriegsvorbereitungsperiode“ bereits begonnen habe. Sie gab Rußland die Möglichkeit, den Zeitvorsprung auszugleichen, den die Mittelmächte in der Bereitstellung ihrer Heere bei gleichzeitigem Beginn der Mobilmachung für sich erwarten konnten. Damit mußte dann für Deutschland und Österreich-Ungarn eine Lage entstehen, der ihre militärische Rüstung trotz aller Tüchtigkeit von Führung und Truppe in keiner Weise mehr gewachsen war. Italiens Hilfe aber war zu unsicher, als daß man auf sie rechnen konnte.<sup>7)</sup> Es ist bei Beurteilung dieser Verhältnisse ferner zu beachten — was heute oft vergessen wird —, daß der deutsche Generalstab auf so große innere Überlegenheit deutscher Truppen und deutscher Führer, wie sie der Krieg den Russen gegenüber schließlich dargetan hat, vorher weder zählen durfte, noch gezählt hat. Nach Berechnungen des Generalstabes vom Frühjahr 1914 konnte Rußland unter voller Ausnutzung der „Kriegsvorbereitungsperiode“ bereits bis zum 18. Mobilmachungstage  $31\frac{1}{2}$  Korps (50 aktive und 13 Reserve divisionen) sowie 22 Kavalleriedivisionen an der österreichischen und deutschen Grenze bereitstellen.<sup>8)</sup> Wenn den Russen solches gelang, dann schwand für die Mittelmächte jede Aussicht, im Zweifrontenkrieg zu bestehen.

Aus dem Berichte des Petersburger Botschafters (D. D. 242) wußte der Generalstabschef ferner, daß Rußland das Überschreiten der serbischen Grenze mit der Mobilmachung der vier südlichen Militärbezirke, Kiew, Odessa, Moskau und Kasan, beantworten wollte, von denen aber nur der Bezirk Kiew an die Donaumonarchie angrenzte. Solche Mobilmachung mußte 55 Divisionen Infanterie umfassen, mehr als die Hälfte der Gesamtstreitkräfte des europäischen Rußlands und mehr, als Österreich-Ungarn überhaupt ins Feld stellen konnte. Die Donaumonarchie würde mit 48 Divisionen in der Mitte stehen zwischen 12 serbischen und 55 russischen! Die in Aussicht gestellte russische Teilmobil-

---

<sup>7)</sup> Vgl. Foerster, „Der deutsche und der italienische Generalstab vor dem Weltkriege“ in „Deutscher Offizier-Bund“ 1926, Nr. 19, S. 837 und Nr. 20, S. 874.

<sup>8)</sup> Reichsarchiv, Der Weltkrieg, II, S. 17.

machung war also keineswegs eine Abwehrmaßnahme, sondern eine Angriffsvorbereitung allergrößten Umfanges; sie umfaßte alle diejenigen Teile des Heeres, die man für nötig hielt, um Österreich-Ungarn niederzuwerfen. Wurde die russische Drohung in die Tat umgesetzt, so war nach menschlichem Ermessen der Krieg zwischen Rußland und Österreich-Ungarn, und damit weiterhin der große europäische Krieg, nicht mehr zu vermeiden.

Generaloberst von Moltke drängte in der erwähnten Denkschrift auf Klärung der Absichten Rußlands und Frankreichs, um mit den eigenen Maßnahmen nicht zu spät zu kommen. Er legte dar, wie Rußland verfahren werde (D. D. 349, S. 66/67): „Unter fortwährenden Versicherungen, daß es noch nicht ‚mobil‘ mache, sondern nur für alle Fälle Vorbereitungen treffe, daß es ‚bisher‘ keine Reservisten einberufen habe, macht es sich so weit kriegsbereit, daß es, wenn es die Mobilmachung wirklich ausspricht, in wenigen Tagen zum Vormarsch fertig sein kann. Damit bringt es Österreich in eine verzweifelte Lage und schiebt ihm die Verantwortung zu, indem es doch Österreich zwingt, sich gegen eine russische Überraschung zu sichern. Es wird sagen: Du Österreich machst gegen uns mobil, Du willst also den Krieg mit uns. Gegen Deutschland versichert Rußland nichts unternehmen zu wollen, es weiß aber ganz genau, daß Deutschland einem kriegerischen Zusammenstoß zwischen seinem Bundesgenossen und Rußland nicht untätig zusehen kann. Auch Deutschland wird gezwungen werden, mobil zu machen, und wiederum wird Rußland der Welt gegenüber sagen können: Ich habe den Krieg nicht gewollt, aber Deutschland hat ihn herbeigeführt. So werden und müssen die Dinge sich entwickeln, wenn nicht, fast möchte man sagen, ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde einen Krieg zu verhindern, der die Kultur fast des gesamten Europas auf Jahrzehnte hinaus vernichten wird. — Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen. Die deutsche Regierung weiß aber, daß es die tiefgewurzelten Gefühle der Bundestreue, eines der schönsten Züge deutschen Gemütslebens, in verhängnisvoller Weise verletzen und sich in Widerspruch mit allen Empfindungen ihres Volkes setzen würde, wenn sie ihrem Bundesgenossen in einem Augenblick nicht zu Hilfe kommen wollte, der über dessen Existenz entscheiden muß. — Nach den vorliegenden Nachrichten scheint auch Frankreich vorbereitende Maßnahmen für eine eventuelle spätere Mobilmachung zu treffen . . . — Je weiter die Vorbereitungen unserer Nachbarn fortschreiten, um so schneller werden sie ihre Mobilmachung beenden können. Die militärische

Lage wird dadurch für uns von Tag zu Tag ungünstiger und kann, wenn unsere voraussichtlichen Gegner sich weiter in aller Ruhe vorbereiten, zu verhängnisvollen Folgen für uns führen.“

Am Nachmittag des 29. Juli kam die Nachricht, daß Rußland die angedrohte Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn nunmehr durchführen wolle. Sasonow hatte diese Maßnahme dem Grafen Pourtalès gegenüber damit zu begründen versucht, daß Österreich-Ungarn bereits acht Korps mobil gemacht habe, „diese Maßregel müsse als zum Teil gegen Rußland gerichtet angesehen werden. Daher sehe sich Rußland ebenfalls zur Mobilmachung der Militärbezirke an der österreichischen Grenze genötigt. Der betreffende Befehl werde heute gegeben werden“. (D. D. 343.) Das Mißverhältnis zwischen dem Umfange der russischen und der österreichisch-ungarischen Teilmobilmachung war zu groß, als daß solche Begründung Glauben finden konnte.<sup>9)</sup>

Die russische Angriffsmaßnahme war um so bedrohlicher, als sie offenbar schon seit mehreren Tagen insgeheim eingeleitet worden war. Beim österreichisch-ungarischen Heere aber verliefen Mobilmachung und Aufmarsch ohnehin langsamer als beim deutschen. Auf mehrere verschiedene Fälle zugeschnittene, daher ziemlich verwickelte und sich gegenseitig überschneidende Mobilisierungsvorbereitungen erforderten frühzeitigen Entschluß, wenn nicht Schaden entstehen sollte, der nicht wieder gutzumachen war. Der deutsche Generalstabschef hielt es für selbstverständlich, daß Österreich-Ungarn auf die russische Maßnahme sofort mit der Gesamtmobilmachung und der Bereitstellung der gegen Rußland bestimmten Armeen in Galizien antworten werde. So hatte es General von Conrad im Januar 1913 in dem damals mit Einverständnis der beiderseitigen Regierungen geführten Schriftwechsel ausdrücklich in Aussicht gestellt, indem er geschrieben hatte: „Sollte es . . . vorerst zu einer Aktion der Monarchie gegen Serbien kommen, so würde das Verhalten der Monarchie durch den Moment bestimmt werden, in welchem Rußland den ersten feindseligen Akt (also schon die Mobilmachung) unternimmt. — Wenn rechtzeitig möglich, würden dann alle gegen Rußland bestimmten Kräfte noch gegen Rußland dirigiert werden, so daß dorthin 40 Divisionen zur Stelle kämen . . .“<sup>10)</sup>. Österreich-Ungarn war dann an der

---

<sup>9)</sup> Im Juniheft dieser Zeitschrift hat der österreichisch-ungarische Oberstleutnant von Kißling die Haltlosigkeit der russischen Begründung einwandfrei nachgewiesen.

<sup>10)</sup> Reichsarchiv, Der Weltkrieg, II, S. 11. — Auch die oben eingeklammerten Worte stehen so im Original.

serbischen wie an der russischen Grenze in der Minderheit, hier 40 gegen 55, dort 8 gegen 12 Divisionen. Das war kein Verhältnis, bei dem die Donaumonarchie auch nur an einer Front einen Angriffskrieg führen konnte.

Am Abend des 29. Juli hat eine Besprechung beim Reichskanzler stattgefunden. Nach Falkenhayns Aufzeichnungen<sup>11)</sup> ist bei dieser Gelegenheit mit dem Reichskanzler die Frage erörtert worden, ob Rußlands Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn auch schon die Mobilmachung Deutschlands erforderlich mache. Veranlassung zu dieser Erörterung mag unter anderem die Mitteilung der österreichisch-ungarischen Botschaft (D. D. 352) gegeben haben, in der es — noch in Erwartung der russischen Teilmobilmachung — hieß, General von Conrad „hält es nun für unbedingt geboten, ohne Verzug Klarheit darüber zu gewinnen, ob wir mit starken Kräften gegen Serbien marschieren können oder unsere Hauptmacht gegen Rußland zu verwenden haben. . . Wenn Rußland die erwähnten militärischen Bezirke tatsächlich mobilisiert, wäre es unerläßlich (schon mit Rücksicht auf die große Bedeutung des Zeitgewinns für Rußland), daß sowohl Österreich-Ungarn als der ganzen Situation nach auch Deutschland sofortige weitestgehende Gegenmaßnahmen ergreifen“. Graf Berchtold halte diese Ansicht Conrads für „höchst beachtenswert“.

Die Frage, ob auch Deutschland in dem dargelegten Falle, der — nach den aus Petersburg vorliegenden Meldungen — jetzt Tatsache werden sollte, sofort mobil machen solle, war keineswegs so ohne weiteres mit „Nein“ zu beantworten, wie man es heute vielfach für selbstverständlich hält. Selbst innerhalb des Auswärtigen Amtes ist die Auffassung darüber nicht einheitlich gewesen.<sup>12)</sup> Die gegen den stärksten und einzigen zuverlässigen Bundesgenossen gerichtete Angriffsvorbereitung stellte eine schwere mittelbare Bedrohung Deutschlands dar. Dieses Land war gar nicht in der Lage, etwa abzuwarten, bis Rußland zum Schlage bereit stand und dann erst durch Erklärung des Krieges an die Donaumonarchie die Erfordernisse für das Inkrafttreten des Dreibundvertrages schuf. Davon ganz abgesehen lagen damals schon zahlreiche Nachrichten über russische Mobilmachungsmaßnahmen auch in den nördlichen Militärbezirken Rußlands vor, die von der angedrohten Teilmobil-

---

<sup>11)</sup> Zwehl a. a. O., S. 57; vgl. auch D. D. 456, S. 178, und Anhang IV, 15.

<sup>12)</sup> Das ergibt sich aus der ursprünglichen, später allerdings geänderten Fassung des Telegramms vom 29. Juli nach Petersburg (D. D. 380).



machung angeblich gar nicht betroffen werden sollten. Auch dort war etwas im Werke. Wenn aber erst einmal die Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn ausgesprochen war, so war die Möglichkeit gegeben, die Grenzen zu sperren und unter dem Deckmantel der Teilmobilmachung auch die Mobilmachung in den nördlichen Bezirken in größtem Maßstabe zu fördern, ohne es nach außen hin zuzugestehen. Die russische Teilmobilmachung bedeutete also auch eine außerordentliche Erhöhung der unmittelbaren Gefahr für Deutschland selbst. Trotzdem wurde die Frage, ob darauf auch Deutschland schon mit der Mobilmachung antworten müsse — entsprechend dem Wortlaute des Dreibundvertrages —, nach Falkenhayn „gegen leises, sehr leises Widerstreben Moltkes vom Reichskanzler verneint, weil er der Ansicht ist, daß, da nach einer Mitteilung Sasonows an Pourtalès die Mobilisierung Rußlands noch nicht den Krieg bedeute, der Bündnisfall noch nicht gegeben sei. Wir müßten aber das Eintreten dieses Falles abwarten, weil wir sonst die öffentliche Meinung weder bei uns noch in England für uns haben würden. Letzteres sei erwünscht, denn nach Ansicht des Reichskanzlers würde England nicht auf seiten Rußlands stehen können, wenn dieses durch einen Angriff auf Österreich die allgemeine Kriegsfurie entfesseln und damit die Schuld für den großen Kladderadatsch auf sich nehmen würde“. Falkenhayn will bei dieser Gelegenheit die Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr gefordert haben, während Moltke zurückhaltender gewesen wäre und nur den militärischen Schutz der Eisenbahnkunstbauten verlangt habe.<sup>13)</sup> Nur dieser sowie geringfügige andere Sicherungsmaßnahmen sind damals angeordnet worden.

Wenn sich Moltke am 29. Juli abends mit der Zurückhaltung Deutschlands abgefunden hat, so konnte bei ihm wie beim Reichskanzler nach der Mitteilung der österreichisch-ungarischen Botschaft doch darüber kein Zweifel mehr bestehen, daß Österreich-Ungarn selbst auf die russische Teilmobilmachung hin „sofortige weitestgehende Gegenmaßregeln“ ergreifen, also die Gesamtmobilmachung und den Aufmarsch gegen Rußland anordnen werde. Diese Auffassung hat der Reichskanzler in seinem Telegramm an den Botschafter in Petersburg an diesem Abend mit den Worten ausgedrückt: „Russische Mobilmachung an österreichischer Grenze wird, wie ich annehme, entsprechende österreichische Maßregel zur Folge haben.“ Diese Auffassung entsprach durchaus der tatsäch-

---

<sup>13)</sup> Nach dem Berichte Lerchenfelds (D. D. Anh. IV, 15) sei der Generalstab wegen „russischer und französischer Kriegsvorbereitungsmaßnahmen“ für „entsprechende Gegenmaßnahmen“ gewesen.

lichen Lage und war auch mit dem Wunsche, den Frieden zu erhalten, vollauf vereinbar, denn nach der russischen Teilmobilmachung waren für Österreich-Ungarn weitere Verhandlungen nur dann noch möglich, wenn es ebenso kriegsbereit dastand wie sein übermächtiger Gegner im Norden. Ohne sofortige Gesamtmobilmachung hätte sich die Donaumonarchie russischem Diktat auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. „Mobilmachung gegen Mobilmachung ist Regel auch für die strengsten Pazifisten.“<sup>14)</sup>

## 2. Aufnahme der Verbindung mit Wien am 30. Juli.

Der Gedankenaustausch des Generalobersten von Moltke mit dem österreichisch-ungarischen Generalstabschef hatte seit der Begegnung in Karlsbad im Mai völlig geruht. Bei der Zuspitzung der Gesamtlage war es geboten, ihn jetzt wieder aufzunehmen.

Am 29. Juli traf dazu der österreichisch-ungarische Hauptmann im Generalstabe Fleischmann von Theißbruck, ein Flügeladjutant des Generals von Conrad, als Verbindungs-offizier in Berlin ein; Hauptmann Hasse vom deutschen Großen Generalstabe wurde in gleicher Eigenschaft nach Wien entsandt. Zwischen den Generalstäben beider Mächte wurde unmittelbare Fernsprechverbindung hergestellt; sie diente dem Austausch verzifferter Mitteilungen.

Am 30. Juli wurde Hauptmann von Fleischmann, wie er berichtet, etwa um 10 Uhr vormittags, zum ersten Male vom Generalobersten von Moltke empfangen.<sup>15)</sup> Er hat darüber am Abend desselben Tages schriftlich nach Wien gemeldet<sup>16)</sup>: „Gelegentlich meiner heutigen Vorstellung gewährte mir Seine Exzellenz, Generaloberst von Moltke, eine längere Audienz, in deren Verlauf ich von folgendem Kenntnis erhielt: — Seine Exzellenz hatte schon vormittags bestimmte Nachrichten über die Mobilisierung der Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan, was heute nachmittag — wie meine Depesche Res. Nr. 1 besagt — durch die offizielle Notifizierung der genannten Mobilisierungsanordnung seitens des hiesigen russischen Botschafters bestätigt wurde. — Seine Exzellenz bemerkte, daß — entgegen andern diesbezüglichen Nachrichten der Presse — die definitiv erkannte Mobilisierung Rußlands noch keine Ver-

---

<sup>14)</sup> Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 124.

<sup>15)</sup> Mitteilung Fleischmanns an das Reichsarchiv.

<sup>16)</sup> Mitteilung des Kriegsarchivs Wien.

anlassung zu einer gleichen Maßnahme Deutschlands bilde, da eine deutsche Mobilmachung erst bei Eintritt des Kriegszustandes zwischen der Monarchie und Rußland erfolgen würde. Im Gegensatz zu den schon gewohnheitsmäßigen russischen Mobilisierungen und Demobilisierungen<sup>16a)</sup> würde eine deutsche Mobilmachung unbedingt zum Kriege führen. — Besonders schwerwiegend sei für das k. u. k. Armeeoberkommando der Entschluß für das weitere Verhalten gegenüber Serbien, nach Kenntnis der nunmehrigen bestimmten Nachrichten über die Mobilisierung von 14 Armeekorps in Rußland. Se. Exzellenz gab der Vermutung Ausdruck, daß die Mobilisierung der gesamten k. u. k. Armee nunmehr erfolgen werde. — Eine hervorragende Bedeutung mißt Se. Exzellenz dem Moment zu, daß eine eventuelle Kriegserklärung seitens Rußlands und nicht von seiten der Monarchie erfolge, und zwar wegen Vermeidung des Anscheins eines angriffsweisen Vorgehens eigenerseits vor Europa und, weil England im Falle einer Kriegserklärung Rußlands keinesfalls im Rahmen der Triple-Entente mittun würde. — Se. Exzellenz las mir hierauf einen Bericht des deutschen Militärattachés in Petersburg über dessen Empfang beim russischen Kriegsminister vor: „... (folgt dessen Inhalt) ... — „Während der kurzen Zeit meiner hiesigen Anwesenheit habe ich den Eindruck gewonnen, daß bei aller Sympathie für die Monarchie und Selbstverständlichkeit deren Unterstützung speziell im Generalstabe doch ein gewisses Verlangen nach Aufrechterhaltung aller formellen Rücksichten des vorläufig neutralen Deutschen Reiches gegenüber Rußland vorherrscht. — Nichtsdestoweniger hat die deutsche Regierung — wie mich Exzellenz von Moltke gleich in Kenntnis setzte — schon zu Beginn der gegenwärtigen Krise die selbstverständliche Erfüllung der Bundespflicht im Falle eines Angriffes einer dritten Macht auf die Monarchie in Petersburg notifiziert.“

Dieser schriftliche Bericht ist erst am 31. Juli in Wien eingetroffen. Graf Conrad führt aber in seinem IV. Bande (S. 152 ganz oben) nicht diesen Bericht, sondern folgendes Telegramm Fleischmanns vom 30. Juli an, das den wesentlichen Inhalt des Berichtes zusammenfaßt: „Rußlands Mobilisierung noch kein Anlaß zur Mobilisierung; erst bei Eintritt des Kriegszustandes zwischen Monarchie und Rußland. Im Gegensatz zu den schon gewohnheitsmäßigen russischen Mobilisierungen und Demobilisierungen würde Deutsch-

---

<sup>16a)</sup> Damit hätte Moltke die vom Reichskanzler geäußerte Ansicht wiedergegeben. Daß es auch seine eigene war, ist kaum anzunehmen.

lands Mobilisierung unbedingt zum Kriege führen. Nicht Rußland Krieg erklären, sondern Angriff Rußlands abwarten.“<sup>17)</sup>

Fleischmann selbst hat über den Empfang am 30. Juni und das von Conrad angeführte Telegramm kürzlich an das Reichsarchiv mitgeteilt, daß Generaloberst von Moltke „nach einigen einleitenden Bemerkungen auf die Mobilmachung der Österreich-Ungarn nächstliegenden russischen Militärbezirke zu sprechen kam und hierbei deutlich zu verstehen gab, daß diese Tatsache allein für Deutschland noch nicht den Bündnisfall bedeute. — Als Generaloberst von Moltke den mich befremdenden Eindruck seiner Worte bemerkte und gewissermaßen als Entgegnung auf meine hierauf gemachten Vorstellungen, schrieb er die auf Seite 152 Graf Conrad, IV. Band, ganz oben zitierte Depesche eigenhändig und trug mir auf, dieselbe sogleich an General der Infanterie von Conrad abzutelephonieren. — Da die Depesche von Moltkes eigener Hand stammte, unterließ ich es, ihren Text durch Einschlebung der unterstrichenen Worte<sup>18)</sup> auf: Rußlands Mobilmachung noch kein Anlaß zur Mobilmachung Deutschlands; letztere erst bei Eintritt usw. zu ergänzen, wodurch ihr Sinn leichter verständlich geworden wäre für den Wiener Empfänger, der unserem grundlegenden Gespräch nicht beigewohnt hatte . . . . An jenem Vormittag des 30. Juli 1914 bestand nach meinen unzweifelhaften persönlichen Eindrücken bei Moltke eben die Ansicht, daß die Mobilmachung der südwestlichen russischen Militärbezirke wohl eine ernstliche Bedrohung der diplomatischen und militärischen Lage Österreich-Ungarns darstellte, aber doch noch nicht unbedingt den großen Krieg zur Folge haben mußte. Zur Zeit meines damaligen Empfanges bzw. der Abfassung genannter Depesche (Conrad IV, Seite 152 ganz oben) hoffte eben Moltke noch, den Krieg vermeiden zu können.“

Der Generalstabschef handelte also am Morgen des 30. Juli in vollem Einklang mit dem Reichskanzler. Er hat Fleischmann anscheinend bald darauf nochmals rufen lassen, worauf dieser dann um 1,15 Uhr mittags folgendes Telegramm „Res. Nr. 1“ absandte<sup>19)</sup>: „Russischer Botschafter Berlin hat offiziell Mobilmachung in Bezirken Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mitgeteilt. — Generalstabschef bittet um Mitteilung dortiger Entschlüsse.“

---

<sup>17)</sup> Dieses Telegramm ist im Wiener Kriegsarchiv in der sonst bis auf ein Stück aus der Nacht vom 30./31. Juli lückenlos vorliegenden Reihe der durchlaufend nummerierten Fleischmann-Telegramme nicht vorhanden. Auch in den deutschen Akten ist nichts davon zu finden.

<sup>18)</sup> Im nachstehenden gesperrt wiedergegeben.

<sup>19)</sup> Mitteilung des Kriegsarchivs Wien.



Am Nachmittag dieses Tages hat Generaloberst von Moltke den österreichisch-ungarischen Militärattaché, Oberstleutnant Freiherrn von Bienerth, empfangen. Dieser selbst berichtet, er sei im Generalstabsgebäude gewesen, als ihn Moltke rufen ließ. „Es dürfte zirka 2 Uhr nachmittags gewesen sein. — Seine Exzellenz kam, glaube ich nach meiner Erinnerung, aus dem Auswärtigen Amte und war sehr aufgeregt, wie ich ihn noch nie gesehen. Über diese Unterredung habe ich 5,30 Uhr folgendes nach Wien an den k. u. k. Chef des Generalstabes chiffriert depeschiert.“ Dieses Telegramm lautete <sup>20)</sup>: „Soeben wichtige Unterredung mit Chef des Generalstabes Moltke gehabt: Derselbe sagte mir, daß er Lage kritisch beurteile, wenn die österreichisch-ungarische Monarchie nicht sofort gegen Rußland mobilisiere. Durch die abgegebene Erklärung Rußlands über Anordnung der Mobilisierung Notwendigkeit von Gegenmaßregeln durch Österreich-Ungarn gegeben, was auch in öffentlicher Begründung anzuführen wäre. Dadurch wäre Bündnisfall für Deutschland gegeben. Jede Stunde Verzögerung verschlimmere die Lage, da Rußland Vorsprung gewinnt. — Mit Italien ehrlichen Ausgleich unter der Zusicherung von Kompensationen bewirken, damit Italien aktiv beim Dreibund bleibe. Ja keinen Mann an der italienischen Grenze lassen. Von England erneuert eingeleitete Schritte zur Erhaltung des Friedens abgelehnt (oder ablehnen).<sup>21)</sup> Für Österreich-Ungarn zur Erhaltung durchhalten des europäischen Krieges letztes Mittel. Deutschland geht unbedingt mit.“ <sup>22)</sup>

Nun hat Graf Conrad in seinem IV. Bande (S. 152, Mitte) auch noch folgendes „Telegramm Moltkes“ veröffentlicht, das er am 31. Juli um 7,45 Uhr früh erhalten habe: „Russische Mobilisierung durchhalten; Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland mobilisieren, Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensationen zur Bundespflicht zwingen.“ Dieses „Moltke-

<sup>20)</sup> Mitteilung des Kriegsarchivs Wien; ebenso bei Conrad IV, S. 152.

<sup>21)</sup> Die Unsicherheit über den genauen Wortlaut ist auf das Verziffern und Entziffern des Textes als Fehlerquelle zurückzuführen. In Aufzeichnungen, die Bienerth über sein Telegramm zurückbehalten hat, heißt der Satz: „Etwas erneute Schritte Englands zur Erhaltung des Friedens wären abzulehnen.“

<sup>22)</sup> Über die Unterredung Moltkes mit Bienerth hat auch der Botschafter Graf Szögyény an demselben Nachmittag um 5,30 und 7,40 an den Grafen Berchtold berichtet, dabei aber nur Moltkes Auffassung über das Verhalten gegen Italien (Österr. Rotbuch, III. Nr. 32 vorletzter Absatz) und über die Notwendigkeit der sofortigen allgemeinen Mobilmachung Österreich-Ungarns (ebenda Nr. 34) gemeldet.

Telegramm“<sup>23)</sup> hätte also im wesentlichen denselben Inhalt gehabt wie die Meldung Bienenrths, die schon in der Nacht angekommen war; die Stellungnahme zu der englischen Vermittlung fehlt aber. Wann und wie das „Moltke-Telegramm“ zustande gekommen sein könnte, ist nicht mehr festzustellen.<sup>24)</sup>

Die Unterredung Moltke-Bienenrth hat ebenso wie die mit Fleischmann ohne Zeugen stattgefunden. Mißverständnisse sind nicht ausgeschlossen, und so ist — da Generaloberst von Moltke sich nicht mehr äußern kann — in der Beurteilung der Bienenrthschen Meldung nach Wien wie des nachfolgenden „Moltke-Telegramms“ Zurückhaltung geboten. Im Bienenrth-Telegramm ist der Satz: „Dadurch“ — durch allgemeine Mobilmachung Österreich-Ungarns mit entsprechender Begründung — „wäre Bündnisfall für Deutschland gegeben“ unverständlich. So kann Moltke sich unmöglich geäußert haben, wenn er sich auch damals, wie Bienenrth berichtet, in großer Erregung befand; es würde allem, was er vorher und nachher gedacht und gesagt hat, widersprechen. Auch hing die Entscheidung über diesen Punkt gar nicht von ihm, sondern von der politischen Leitung ab. Moltke liebte es, seine Ansichten ausführlich darzulegen. So ist es im übrigen wohl denkbar, daß er die englischen Vermittlungsversuche angesichts der tatsächlichen Lage als aussichtslos und für die Mittelmächte gefährlich hingestellt hat, da sie rechtzeitige militärische Maßnahmen verhindern würden — daß er gesagt hat, man müßte sie daher eigentlich ablehnen. Daß der Generaloberst aber einen Ratschlag in diesem Sinne nach Wien hat erteilen wollen, trifft sicherlich nicht zu. Sein ganzes Bestreben ging im Gegenteil dahin — wenn der Krieg unvermeidlich sei —, so doch England möglichst doch noch fernzuhalten. Und da sollte er auf dessen Brüskierung gedrängt haben? Auch würde ein solcher Ratschlag einen Eingriff in die amtliche Politik des Kanzlers darstellen, wie er bei einem Manne vom Wesen des Generalobersten von Moltke als geradezu ausgeschlossen angesehen werden muß. Die Anregung betrifft des

---

<sup>23)</sup> Dieses Telegramm ist auch im nachfolgenden kurz als „Moltke-Telegramm“ bezeichnet.

<sup>24)</sup> Von dem Telegramm ist in den deutschen Akten nichts vorhanden; es ist auch in den Akten des Wiener Kriegsarchivs und im Nachlaß des Grafen Conrad nicht zu finden. Wohl aber ist in diesem Nachlaß eine Aufzeichnung des österreichisch-ungarischen Obersten Kundmann, damaligen Flügeladjutanten Conrads, vorhanden, die er gelegentlich des Vortrages bei diesem in Kurzschrift gemacht hat. Kundmann ist, wie er mitgeteilt hat, damals überzeugt gewesen, daß es sich um ein Telegramm Moltkes handele.

Verhaltens gegen Italien entsprach dagegen vollkommen den gleichzeitigen Mahnungen des Auswärtigen Amtes an den Grafen Szögyény <sup>25)</sup>. Über diese Moltkesche Äußerung hat der Graf denn auch nach Wien berichtet, die über das Verhalten gegen England aber gar nicht erwähnt, da er sie vermutlich als das erkannte, was sie war — soweit nicht überhaupt ein Mißverständnis vorliegt —, nämlich als die Äußerung einer privaten Ansicht des Generalstabschefs, keineswegs aber als einen Rat für die Führung der Politik. Solche Auffassung wird bestärkt durch die schon erwähnte Tatsache, daß der Absatz über das Verhalten gegenüber englischer Vermittlung, der mit Moltkes sonstiger Stellungnahme nicht in Einklang zu bringen ist, im „Moltke-Telegramm“ fehlt, während dieses sonst dieselben Fragen wie Bienenrths Meldung behandelt.

Sieht man von den erwähnten, an sich unbedeutenden Unklarheiten ab, so geben die Meldung Bienenrths wie das „Moltke-Telegramm“ die Auffassung, die der deutsche Generalstabschef am Nachmittag des 30. Juli hatte, im wesentlichen richtig wieder.

### 3. Wirkung der russischen Teilmobilmachung.

Die Ansicht des Generalobersten von Moltke über die entscheidende Frage, ob der große Krieg noch zu vermeiden sei oder nicht, hat sich im Laufe des 30. Juli geändert. Der Umschwung in der Auffassung ist in die Mittagszeit, also nach dem ersten Empfang Fleischmanns und vor den Empfang Bienenrths, zu legen. Auch General von Zwehl berichtet auf Grund Falkenhaynscher Aufzeichnungen über den 30. Juli, wenn auch ohne nähere Zeitangabe: „An diesem Tage hat sich Moltke entschieden für den Krieg ausgesprochen, so daß Falkenhayn der Stimmungswechsel aufgefallen ist.“ <sup>26)</sup> Der Wandel in seiner Auffassung vollzog sich gleichzeitig mit dem Aufkommen einer sehr viel ernsteren Auffassung auch im Auswärtigen Amte <sup>27)</sup>. Den Ausschlag hat dabei die russische Teilmobilmachung gegeben, die mehr als die Hälfte der Gesamtstreitkräfte des europäischen Rußlands umfaßte und damit eine kaum noch rückgängig zu machende Angriffsmaßnahme gegen Österreich-Ungarn darstellte.

---

<sup>26)</sup> Zwehl a. a. O., S. 58.

<sup>27)</sup> Vgl. dazu Österr. Rotbuch, III. Nr. 32.

<sup>28)</sup> Vgl. Österr. Rotbuch, III. Nr. 32.

Schon sie hat den Stein so ins Rollen gebracht, daß er nach menschlichem Ermessen nicht mehr aufzuhalten war.

Daneben dürften folgende Umstände mitgewirkt haben, den Umschwung in Moltkes Auffassung herbeizuführen:

Die politische Gesamtlage erwies sich für das Vorgehen der Donaumonarchie gegen Serbien nach und nach sehr viel ungünstiger, als man nach der serbischen Mordtat zunächst angenommen hatte. Rußlands Haltung in dieser Frage schien wider Erwarten keine Ablehnung durch die übrigen Mächte zu finden. Die Stellungnahme Englands, Italiens, Rumäniens wurde immer zweifelhafter, und gerade das bedeutete eine außerordentliche Steigerung der Kriegsgefahr. Es mußte den Russen den Rücken steifen und bei ihnen Hoffnung auf sicheren und leichten Sieg wecken.

Das Telegramm des Zaren an den Deutschen Kaiser (D. D. 390), das in den ersten Morgenstunden des 30. Juli im Neuen Palais eingegangen war, behob dann endgültig jeden Zweifel über Umfang und Stand der russischen Angriffsvorbereitungen. Damit schien ein Einlenken Rußlands und die Vermeidung des großen Krieges nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen. Dieser Eindruck mußte verstärkt werden durch die Meldung des Grafen Pourtalès, die bald nach 7 Uhr vormittags beim Auswärtigen Amt eingelaufen war und in der es hieß: „Sasonow erklärte, daß Rückgängigmachung des Mobilmachungsbefehls nicht mehr möglich sei . . .“ (D. D. 401).

Die durch das Zaren-Telegramm erzeugte Wendung in der Auffassung findet klaren Ausdruck in den bekannten Randbemerkungen Seiner Majestät des Kaisers: „Österreich hat ja nur gegen Süden gegen Serbien eine Teilmobilmachung gemacht. Daraufhin hat der Zar — wie hier von ihm offen zugegeben wird — milit. Measures, which have now come into force (militär. Maßnahmen, die jetzt in Kraft getreten sind), gegen Österreich und uns getroffen, und zwar schon vor fünf Tagen. Es ist uns also fast eine Woche voraus. Und diese Maßregeln seien zur Verteidigung gegen Austria, das ihn gar nicht angreift!!! Ich kann mich nicht auf Mediation mehr einlassen, da der Zar, der sie anrief, zugleich heimlich mobil gemacht hat hinter meinem Rücken. Es ist nur ein Manöver, um uns hinzuhalten und den schon gewonnenen Vorsprung zu vergrößern. Mein Amt ist aus!“ Dieselbe Auffassung hat der Kaiser dann nochmals in den Randbemerkungen zum Ausdruck gebracht, die er zum Schreiben des Reichskanzlers (D. D. 399) machte, durch das er um 7 Uhr vor-



mittags wohl zuerst Sicheres über den Umfang der russischen Teilmobilmachung erfuhr. Es mußte den letzten Zweifel darüber beseitigen — falls ein solcher noch vorhanden war —, daß es sich russischerseits um eine Angriffsmaßnahme größten Stils handelte. Der Kaiser hat dabei unter den als mobilisiert aufgeführten russischen Militärbezirken „Moskau“ doppelt unterstrichen und daneben an den Rand geschrieben: „Die Gardien auch vermutlich.“ Diese lagen im Bezirk Petersburg, von wo ebenfalls mehrfach militärische Maßnahmen gemeldet waren. Eine andere Bemerkung lautete: „Darauf muß ich auch mobil machen!“ und am Schluß hatte der Kaiser nochmals bemerkt: die russische Mobilmachung gegen Österreich „ist nach dem Telegramm des Zaren vom 29.<sup>29)</sup> bereits vor fünf Tagen befohlen, also am 24. gleich nach Überreichung des Ultimatums an Serbien. . . . Ich sehe meine Vermittlungsaktion als gescheitert an, da der Zar, statt ihre Wirkung loyal abzuwarten, hinter meinem Rücken, ohne mir eine Andeutung zu machen, bereits mobilisiert hatte!“

Die Kaiserlichen Randbemerkungen zeigen, daß der Monarch die Absichten Rußlands und die in ihnen auch für Deutschland liegenden schweren Gefahren am Vormittage des 30. Juli so klar erkannt hatte, daß er den großen Krieg nunmehr als unvermeidlich ansah und gewillt war, entsprechend zu handeln: „Darauf muß ich auch mobil machen.“

Daß die überaus wichtige militärische Nachricht, die das letzte Zaren-Telegramm enthielt, und aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Gesamtauffassung des Kaisers alsbald zur Kenntnis seines ersten militärischen Beraters gekommen ist, und daß solche Kenntnis dessen weitere Haltung beeinflußt hat, ist zwar aktenmäßig nicht zu beweisen, darf aber füglich nicht bezweifelt werden. Es war im übrigen dieselbe Auffassung, die der Generalstabschef selbst in seiner Denkschrift vom 28. Juli vertreten hatte: „Deutschland wird also, wenn der Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland unvermeidlich ist, mobil machen . . .“ (D. D. 349, S. 67).

Der Reichskanzler hatte sich ebenso wie der Kaiser — vorbehaltlich der Erfüllung unserer Bündnispflicht — die Erhaltung des Friedens als höchstes Ziel gesetzt. Sollte aber der Krieg durch Rußlands Haltung unvermeidlich werden, dann galt es für ihn, so zu verfahren, daß das Zarenreich auch vor aller Welt deutlich als der

---

<sup>29)</sup> Vgl. oben, D. D. 390.

angreifende Teil erschien. Daher hat der Kanzler am 30. Juli beim Kaiser nochmaliges Einlenken veranlaßt, indem er an ihn schrieb (ab 11.15 Uhr vormittags, D. D. 408): „. . . Gleichzeitig wage ich Ew. Majestät vorzuschlagen, noch ein Telegramm folgenden Inhalts an den Zaren zu senden: . . .“ Es folgte der Telegrammentwurf, in dem es hieß: „Wenn Rußland, wie es jetzt geschehen, gegen Österreich mobil macht, so wird die Mediatorrolle, die ich auf Deine Bitte übernommen hatte, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. . . .“ Als Begründung für diesen nochmaligen Versuch hatte der Reichskanzler dem Kaiser am Schlusse dargelegt: „Da auch dieses Telegramm ein besonders wichtiges Dokument für die Geschichte werden wird, so möchte ich alleruntertänigst empfehlen, daß Ew. Majestät in demselben — solange die Wiener Entscheidung noch aussteht — noch nicht zum Ausdruck bringen, daß Allerhöchstdero Mediatorrolle bereits aus ist“<sup>29)</sup>.

Dieser Schlußsatz deutet darauf hin, daß am 30. Juli mittags, nach dem Zaren-Telegramm und der amtlichen russischen Mitteilung, daß der Befehl für die Teilmobilmachung nicht mehr rückgängig zu machen sei, auch der Reichskanzler an die Möglichkeit, den Krieg zu vermeiden, innerlich kaum noch glaubte, daß auch er von da an vor allem mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland und England und auf das Urteil der Geschichte noch zögerte. Solche Auffassung deckt sich mit dem, was er an diesem Tage in der preußischen Ministerratssitzung<sup>30)</sup> dargelegt hat (D. D. 456). Der Reichskanzler hat nach dem Sitzungsprotokoll bekanntlich gesagt, „die Situation schwanke von Stunde zu Stunde und sei auch jetzt bei den unsicheren Faktoren der Entwicklung noch zweifelhaft. . . . Es müßte der größte Wert darauf gelegt werden, Rußland als den schuldigen Teil hinzustellen.“ Er hat den Telegrammwechsel des Kaisers mit dem Zaren vom 29. Juli, also vom Tage vorher, erwähnt und dann gesagt, „der weitere Telegrammwechsel sei noch nicht erledigt, was um so schwieriger sei, als die russische Mobilisation dazwischen gekommen sei; die nach Wien gerichteten Vorschläge seien dadurch mehr oder weniger illusorisch gemacht . . .“ (a. a. O. S. 176) — „S. M. sei damit einverstanden, daß vor weiteren Entschlüssen zunächst die oben dargelegte

---

<sup>29)</sup> Der Kaiser hat das Schreiben Bethmanns um 1 Uhr mittags erhalten; das Telegramm an den Zaren ist dann ohne sachlich bedeutsame Änderungen um 3.30 Uhr nachmittags abgegangen (D. D. 420).

<sup>30)</sup> Die Sitzung fand wahrscheinlich um die Mittagszeit statt (Montgelas, Leitfaden, S. 198).

Aktion in Wien zum Abschluß gebracht werden sollte“ (damit war der laufende Vermittlungsversuch gemeint).

Die Sicherheit des eigenen Landes aber erforderte, daß dieser Abschluß nunmehr beschleunigt herbeigeführt wurde, daß baldigst Klarheit geschaffen wurde. Wahrscheinlich hat unmittelbar anschließend an die Ministerratssitzung eine Besprechung beim Reichskanzler stattgefunden<sup>31)</sup>, an der der Generalstabschef teilnahm. Vielleicht schon bei dieser Besprechung, vielleicht aber auch erst bei der noch zu erwähnenden Abendbesprechung, hat Generaloberst von Moltke darauf gedrungen, daß die Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr erfolge, denn dann mußten bis zum Mobilmachungsbefehl immer noch 24—48 Stunden vergehen, der Erste Mobilmachungstag konnte frühestens auf den 1. August fallen. Man war dann den Russen gegenüber schon um eine volle Woche im Rückstande. Davon aber ganz abgesehen, erforderte in der überaus gespannten politischen Lage und angesichts der bis dahin gemeldeten militärischen Maßnahmen im Osten und Westen der unmittelbare Schutz der eigenen Grenzen Sicherheitsmaßnahmen, die ohne die Erklärung der drohenden Kriegsgefahr gar nicht getroffen werden konnten. Nach Falkenhayns Aufzeichnungen<sup>32)</sup> hat der Generalstabschef denn auch am 30. Juli im Verein mit dem Kriegsminister beim Reichskanzler durchgesetzt, daß spätestens am nächsten Mittage die Entscheidung fallen müsse.

Je ungünstiger sich die allgemeine politische Lage für den bevorstehenden Krieg entwickelte und je mehr man in Deutschland selbst mit militärischen Maßnahmen zurückhielt, um so dringender wurde es, daß wenigstens in Österreich-Ungarn das Nötige geschah. Wann und auf welchem Wege Generaloberst von Moltke erfahren hat, daß dort die in Aussicht gestellten „sofortigen weitestgehenden Gegenmaßnahmen“ noch nicht angeordnet waren, ist nicht bekannt. Gewisse Sorge hatte man im Generalstabe wegen rechtzeitiger Maßnahmen

---

<sup>31)</sup> Zu dieser Besprechung haben sich der Reichskanzler, Großadmiral von Tirpitz und General von Falkenhayn vermutlich begeben, als sie die Ministerratssitzung vor deren Schluß verließen. Das würde auch übereinstimmen mit der Erinnerung Bienenrths, der meint, Generaloberst von Moltke sei etwa um 2 Uhr nachmittags „sehr aufgeregt“ aus dem Auswärtigen Amt zurückgekommen.

<sup>32)</sup> Zwehl, a. a. O., S. 57.

des Verbündeten bei drohendem Kriege stets gehabt<sup>33)</sup>. Der damalige Oberquartiermeister im Großen Generalstabe, Graf von Waldersee, schreibt darüber: „Wir waren in Berlin über den Gang der Dinge in Wien, auch der rein militärischen, beunruhigt. Wir kannten den schwerfälligen Gang der auf eine Reihe verschiedener Fälle eingestellten österreichisch-ungarischen Mobilmachung, wir besorgten, daß bei der in Wien gegen Italien beliebten Geheimniskrämerei, Rom Grund zum Ausbrechen in die Hand gespielt werden könnte, und wir hatten Grund zu befürchten, daß Österreich-Ungarn in diesem kritischen Moment seine Streitkräfte zu sehr verzetteln könnte, nicht nur durch Festbeißen in Serbien, sondern auch im Stehenlassen von Korps an der italienischen Grenze.“

Der Zeitvorsprung in der Operationsbereitschaft gegenüber Rußland, der für Österreich-Ungarn ohnehin nicht eben groß sein konnte, auf den aber für die Mittelmächte alles ankam, drohte verloren zu gehen. Dafür, daß das vermieden wurde, fühlte sich Generaloberst von Moltke mit Recht verantwortlich. Aus solcher Auffassung heraus — ohne daß sich die einzelnen Gründe, der Zeitpunkt ihres Eintretens und ihre Wechselwirkung genau festlegen lassen — sind die Mitteilungen zu verstehen, die er in den ersten Nachmittagsstunden des 30. Juli dem Baron von Bienenrth gemacht hat.

Bis zum Abend des 30. Juli mehrten sich dann die Nachrichten darüber, daß auch in den an Deutschland grenzenden Gebieten Rußlands die Mobilmachung bereits in vollem Gange sei. Am späten Abend dieses Tages hat nochmals eine Besprechung beim Reichskanzler unter Zuziehung des Generalstabschefs stattgefunden, die eine ernste Schwankung auch in der Auffassung des Auswärtigen Amtes herbeiführte: Noch um 9 Uhr, vermutlich vor der Besprechung, hatte der Reichskanzler die Annahme des englischen Vermittlungsvorschlages in Wien „dringend“ empfohlen, mit der Begründung, es sei sonst „kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an der ausbrechenden europäischen Konflagration zuzuschieben. . . . Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhalt-

---

<sup>33)</sup> Vielleicht sind die am Nachmittage des 30. Juli beim Auswärtigen Amte eingegangenen Mitteilungen der österreichisch-ungarischen Botschaft (ohne nähere Zeitangabe; D. D. 427 und 429) frühzeitig zur Kenntnis des Generalstabes gekommen. Aus ihnen ging hervor, daß man in Wien noch zögerte, die nötigen Abwehrmaßnahmen zu treffen.



bare Situation“. Der deutsche Botschafter solle sich in Wien „sofort nachdrücklichst“ im Sinne der Annahme des Greyschen Vermittlungsvorschlages äußern („Instruktion Nr. 200“, D. D. 441). Reichlich zwei Stunden später aber — offenbar nach der Besprechung — folgte um 11,20 abends die Weisung, die „Instruktion Nr. 200“ vorläufig nicht auszuführen (D. D. 450), und zwar war dazu folgende Begründung zur Absendung ans Auswärtige Amt hinausgegeben worden (D. D. 451): „Ich habe Ausführung der Instruktion Nr. 200 sistiert, weil mir Generalstab soeben mitteilt, daß militärische Vorbereitungen unserer Nachbarn, namentlich im Osten, zu schleuniger Entscheidung drängen, wenn wir uns nicht Überraschungen aussetzen wollen. Generalstab wünscht dringend, über dortige Entschließungen, namentlich über diejenigen militärischer Art, in definitiver Weise möglichst unverzüglich unterrichtet zu werden. Bitte dringend vorstellig werden, daß wir Antwort morgen erhalten. Bethmann Hollweg.“ Das hieß die „Instruktion Nr. 200“ widerrufen, das Drängen auf Annahme der Vermittlung aufgeben. Der Krieg schien unvermeidlich und damit mußten auch beim Reichskanzler die militärischen Bedürfnisse in den Vordergrund treten. In den Stunden dieser Auffassung könnte auch das von Conrad erwähnte „Moltke-Telegramm“ abgesandt worden sein. Des Reichskanzlers Auffassung hat sich aber rasch nochmals geändert; das Telegramm des Königs von England an den Prinzen Heinrich (D. D. 452) hat die Hoffnung auf friedliche Beilegung wieder belebt. Statt der zur Absendung bestimmten Begründung wurde um 2,45 vormittags nach Wien gedrahtet: „Ich habe Ausführung der Instruktion Nr. 200 sistiert mit Rücksicht auf folgendes Telegramm des Königs von England . . .“, das „unverzüglich“ dem Grafen Berchtold mitzuteilen sei. Eine definitive Entscheidung Wiens im Laufe des 31. Juli sei dringend erwünscht. Das hieß also, im Gegensatz zur ersten Begründung, die „Instruktion Nr. 200“ bleibt in Kraft; es sollte nun doch auf Vermittlung gedrängt werden, und zwar unter Mitverwendung des englischen Königstelegramms (D. D. 464).

#### 4. Bis zur Bestätigung der russischen Gesamtmobilmachung.

In der Nacht vom 30./31. Juli zwischen 12 und 1 Uhr, anscheinend gleich nach Rückkehr des Generalstabschefs von der Besprechung mit dem Reichskanzler, ist der damalige Major im Generalstabe von Haefen zur Empfangnahme eines Auftrages

zu Moltke gerufen worden <sup>34)</sup>. Als Major von Haeften dabei nähere Angaben über die augenblickliche Lage erbat, habe sich der Generaloberst, der sich in größter Erregung befand, im Sinne seiner Denkschrift vom 28. Juli geäußert und weiter dargelegt: „Es liegen zwei zuverlässige, von einander unabhängige Meldungen vor, wonach in Rußland die Mobilmachung der gesamten bewaffneten Macht bereits angeordnet ist. Geschieht nicht ein Wunder, d. h. wird die russische Mobilmachung nicht rückgängig gemacht, so erscheint der Krieg unvermeidlich. Deutschland kann die Erhaltung des Friedens jetzt nur noch mit einer schweren nationalen Demütigung erkaufen; denn jedes Verhandeln unter dem Druck der russischen Mobilmachung ist gleichbedeutend mit nationaler Demütigung. Machen wir aber mobil, so bedeutet das den Krieg. Wenn Deutschland jetzt noch mit dieser Maßnahme zögert, um etwa Zeit zu Verhandlungen zu gewinnen, so bedeutet dies, falls, wie vorauszusehen, diese Verhandlungen mißlingen, den Eintritt Deutschlands in den Krieg unter den denkbar ungünstigen Umständen. Wir würden damit unseren Gegnern gestatten, den Krieg in deutsches Land zu tragen. Von Tag zu Tag wird unsere militärische Lage, wenn wir mit der Mobilmachung zögern, ungünstiger und kann, wenn unsere voraussichtlichen Gegner sich weiter in aller Ruhe vorbereiten, zu den verhängnisvollsten Folgen für uns führen. — Dieser Krieg wird sich zu einem Weltkrieg auswachsen, in den auch England eingreifen wird. Nur wenige können sich eine Vorstellung über den Umfang, die Dauer und das Ende dieses Krieges machen. Wie das alles enden soll, ahnt heute niemand. . . . Morgen mittag fällt die Entscheidung über Krieg oder Frieden. Der Reichskanzler, der Kriegsminister und ich haben gemeinsam Vortrag bei Seiner Majestät. Ehe ich jedoch Seiner Majestät die Mobilmachung anraten werde, will ich noch eine dritte Bestätigung der Meldung über die russische Mobilmachung abwarten. Ich erwarte sie morgen früh gleichzeitig mit der Mitteilung aus Wien, ob die österreichisch-ungarische Wehrmacht mobil gemacht wird oder nicht. Freilich besteht kaum mehr ein Schimmer von Hoffnung auf Erhaltung des Friedens.“

Der Generalstabschef schien dem Major von Haeften in dieser Nacht bis ins Tiefste seiner Seele erschüttert durch den Zwiespalt zwischen seiner Pflicht, die ihn zwang, die Mobilmachung durch-

---

<sup>34)</sup> Aufzeichnung Haeftens vom 2. August 1914. Im Auszuge mitgeteilt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom September 1917, wiederholt in Schultheß, Europäischer Geschichtskalender, 1917, II. Seite 996.

zusetzen, um nicht zu spät zu kommen, — und seinem rein menschlichen Wunsche, den Krieg zu vermeiden, von dem er die Zerstörung der europäischen Kultur für Jahrzehnte voraussah.

Am 31. Juli um 7 Uhr morgens hat dann Generaloberst von Moltke ein Ferngespräch mit dem Obersten Hell geführt, dem Chef des Generalstabes des XX. Armeekorps in Allenstein. Er wünschte, neue Nachrichten über den Stand der russischen Kriegsvorbereitungen zu erhalten. Die Meldung Hells, daß die Grenze vollständig abgesperrt sei, daß seit gestern die Grenzwachthäuser brännten und daß in Mława rote Mobilmachungsbefehle angeklebt sein sollten, genügten ihm aber nicht. Generaloberst von Moltke verlangte, daß erst einer dieser roten Zettel vorgelegt werde: „Ich muß Gewißheit haben, ob tatsächlich gegen uns mobil gemacht wird. Früher kann ich keinen Mobilmachungsbefehl erwirken“<sup>35)</sup>.

Wenige Stunden nach diesem Gespräch war in Allenstein tatsächlich ein russischer roter Mobilmachungsbefehl in den Händen des Generalkommandos<sup>36)</sup>, und fast zur selben Zeit hatte dort Oberleutnant Köstring, der aus Moskau gerade noch im letzten Augenblick über die Grenze gelangt war, die sichere Nachricht gebracht, daß tatsächlich auch an der deutschen Grenze die Mobilmachung in vollem Gange sei. Bevor aber diese Nachrichten nach Berlin gelangten, hatte die um 11,40 mittags eingehende Meldung des Petersburger Botschafters bereits die Entscheidung gebracht. Um 1 Uhr mittags war der „Zustand drohender Kriegsgefahr“ erklärt worden.

## 5. Wirkung der Mitteilungen Moltkes in Wien.

Zu dem Erlaß des Reichskanzlers, der die russische Teilmobilmachung mitteilte und am 30. Juli um 6 Uhr früh in Wien eintraf (D. D. 385), hatte der Botschafter von Tschirschky — wie angenommen wird, bei Besprechung im Wiener Ministerium des Auswärtigen, wahrscheinlich noch am Vormittag — die Randbemerkung gemacht: „Hier ist man entschlossen, zu mobilisieren, sobald Berlin damit einverstanden ist, fest entschlossen, keine weitere Mobilisierung Rußlands zuzulassen. — Vorschlag: Petersburg und eventuell Paris beauftragen zu sagen, daß, wenn Mobilisierung fortgesetzt wird, die allgemeine Mobilisierung bei uns und in Deutschland eintreten wird...“<sup>37)</sup>. Von einem Abwarten des deutschen

---

<sup>35)</sup> Schultheß, a. a. O. S., 1000.

<sup>36)</sup> Major Nicolai in der „Frankfurter Zeitung“ vom 7. Oktober 1914.

<sup>37)</sup> Untersuchungsausschuß, 1. Unterausschuß: „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“, S. 98.

Einverständnisses ist dann aber später nirgends mehr die Rede, vielmehr findet sich an einem um 10 Uhr vormittags eingegangenen Erlasse des Reichskanzlers (D. D. 396) die Bemerkung Tschirschkys: „Conrad heute abend bei S. M. die allgemeine Mobilmachung.“ Die Ausführung dieses Entschlusses wurde in Frage gestellt, als der Botschafter nach dem Frühstück bei Berchtold in Erledigung seines Auftrags scharf auf Annahme der englischen Vermittlung drängte (D. D. 395). Er berichtete darüber am Abend dieses Tages nach Berlin (D. D. 465): „Conrad von Hötzendorff sollte heute abend dem Kaiser die Order für allgemeine Mobilisierung als Antwort auf die russischerseits bereits getroffenen Maßnahmen unterbreiten. Man war sich darüber nicht im klaren, ob bei jetziger Sachlage die Mobilisierung noch geboten wäre.“ Diese Meldung war aber, als sie abging, durch die Ereignisse bereits überholt.

Die Besprechung, die nachmittags beim Kaiser Franz Joseph stattfand, hatte den Beschluß ergeben (Conrad, IV, S. 151): „Die allgemeine Mobilisierung wird am 1. August angeordnet, mit dem 4. August als Erstem Mobilisierungstag; doch würde hierüber morgen (31. Juli) noch gesprochen werden.“ Dazu habe General von Conrad, wie er selbst weiter berichtet, bemerkt: „Besser morgen, äußerstenfalls aber wäre bis 1. August noch Zeit.“ Man sei aber inzwischen unsicher gewesen, ob Deutschland mitgehen werde. Diese Sorge sei ihm dann durch ein Telegramm Szögyénys, das er um 7 Uhr abends erhielt, wieder genommen worden <sup>38)</sup>.

Am 30. Juli um 7.30 abends hat General von Conrad dann eigenhändig <sup>39)</sup> unter das Telegramm Fleischmanns: „Generalstabschef bittet um Mitteilung dortiger Entschlüsse“ <sup>40)</sup> folgende Antwort niedergeschrieben: „Auf Anfrage durch Hauptmann Fleischmann vom 30. Juli: Auf Grund Allerhöchster Entscheidung ist Entschluß: Krieg gegen Serbien durchführen, Rest der Armee mobilmachen und in Galizien versammeln. Erster Mob.-Tag 4. August. — Mob.-Befehl ergeht heute 31. Juli. — Erbitten Bekanntgabe dortigen Ersten Mobilmachungstages.“ Die Niederschrift trägt ebenfalls von Conrads Hand den Vermerk: „Soll am 31. Juli 8 Uhr früh nach Berlin abgehen.“ Das Telegramm ist dann tatsächlich auch zu dieser Zeit abgesandt worden und lag um 8.30 vormittags bereits entziffert

---

<sup>38)</sup> Dabei kann es sich nach dem bei Conrad angegebenen Inhalt nur um das Telegramm Szögyénys handeln, das schon tags vorher, am 29. Juli, um 8 Uhr abends, in Wien eingegangen war (Österr. Rotbuch, III. Nr. 4).

<sup>39)</sup> Mitteilung des Kriegsarchivs Wien.

<sup>40)</sup> „Res. Nr. 1“, ab 1.15 Uhr mittags, vgl. oben.



beim deutschen Generalstabe vor.<sup>41)</sup> Gleichzeitig mit diesem Conradschen Telegramm an Moltke ging am 31. Juli ebenfalls um 8 Uhr früh derselbe Wortlaut als Telegramm des Grafen Berchtold an Szögyény.<sup>42)</sup> Nach einer Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Zimmermann hat die darauf vom Botschafter an das Auswärtige Amt gegebene Mitteilung auch noch ausdrücklich betont: „Die Entschliebung ist gestern gefaßt worden“ (D. D. 498).

Danach scheint der Entschluß zur allgemeinen Mobilmachung in Wien schon zu einem Zeitpunkte festgestanden haben, als das Gespräch Moltke/Bienerth und vollends das „Moltke-Telegramm“ dort noch gar nicht vorlagen, denn beide wurden erst am 31. Juli früh bekannt <sup>43)</sup>).

Über die Hergänge, die sich am Morgen des 31. Juli in Wien abgespielt haben, hat nun aber Graf Conrad in seinem IV. Bande (S. 152/53) berichtet, um 7,45 sei das „Telegramm Moltkes“ eingegangen; ferner „war“ die Meldung Bienerths eingetroffen. Mit diesen beiden Telegrammen habe er sich zum Kriegsminister und dann mit ihm zum Grafen Berchtold begeben, wo auch Graf Tisza und andere Minister anwesend waren. „Nachdem ich die Telegramme vorgelesen hatte, rief Graf Berchtold aus: Das ist gelungen! Wer regiert: Moltke oder Bethmann?“ Dann habe Graf Berchtold das Telegramm des Deutschen Kaisers (vom 30. Juli 7.15 abends, an Schönbrunn 8 Uhr abends) an den Kaiser Franz Joseph vorgelesen, das auf die eingeleiteten Vermittlungsversuche hinwies und baldige Entscheidung Wiens erbat, und sich darauf zu Conrad gewandt „mit den Worten: »Ich habe Sie herbitten lassen, weil ich den Eindruck hatte, daß Deutschland zurückweicht; nun habe ich von maßgebendster militärischer Seite beruhigendste Erklärung.« — Hierauf wurde beschlossen, die Anordnung der allgemeinen Mobilisierung bei Seiner Majestät zu erbitten.“ Zu dieser Zeit müssen aber die beiden Telegramme nach Berlin, die den Entschluß zur Mobilisierung mit-

---

<sup>41)</sup> Akten des Reichsarchivs.

<sup>42)</sup> Österr. Rotbuch, III. Nr. 50.

<sup>43)</sup> Die Meldung Bienerths ist, wie sich aus den Akten des Wiener Kriegsarchivs ergibt, am 30. Juli erst um 9.50 abends im Evidenzbüro des Generalstabs eingegangen; es wurde 12 Uhr mitternachts, bis sie entziffert war. Auf ihr hat der Chef der Operationabteilung, Oberst Metzger, den Vermerk gemacht: „Zu Kriegsministerium wegen allgem. Mob.-Befehl 31./7.“ Auch der Auszug aus der Bienerthschen Meldung, den Szögyény nach Wien mitgeteilt hatte, daß nämlich „Moltke dringend die sofortige allgemeine Mobilisierung anrate“ (Österr. Rotbuch, III, Nr. 34), ist dort erst um 10.20 abends eingegangen.

teilten, schon abgesandt gewesen sein<sup>44)</sup>. Es hat sich also bei dem von Conrad hier erwähnten Hergange vielleicht nur noch um eine Formasache gehandelt, möglicherweise um die ausdrückliche Zustimmung des inzwischen von Budapest herbeigerufenen Grafen Tisza.

Um 11 Uhr vormittags erließ Kaiser Franz Joseph den Befehl für die allgemeine Mobilisierung. Da aber erst der 4. August als Erster Mobilisierungstag bestimmt wurde, bedeutete dieser Befehl in seiner Wirkung zunächst nichts weiter, als daß die „Alarmierung“, die dem Zustande unserer „drohenden Kriegsgefahr“ entsprach, also eine reine Sicherungsmaßnahme, in Kraft trat. Von einer Änderung im Aufmarsche gegen Serbien in einen solchen gegen Rußland war aber noch in keiner Weise die Rede.

#### 6. Unstimmigkeiten zwischen der militärischen Auffassung in Wien und Berlin.

Als am Mittag des 31. Juli für Deutschland der Zustand drohender Kriegsgefahr erklärt wurde, war Generaloberst von Moltke sicher, daß etwa gleichzeitig in Wien die allgemeine Mobilmachung angeordnet werde. Damit hatte er erreicht, was nötig war, um die Mittelmächte gegen unliebsame Überraschungen zu schützen. Inzwischen türmten sich aber neue Schwierigkeiten auf:

Die Wirkung, die der Druck der deutschen Diplomatie in Wien hinterlassen hatte, war durch die Mitteilungen Moltkes vom 30. Juli keineswegs ausgegiltet worden. Da Deutschland es abgelehnt hatte, die russische Teilmobilmachung als „casus foederis“ anzusehen, statt dessen aber mit kaum noch erträglicher Schärfe immer wieder auf Annahme der englischen Vermittlung drängte, war in Wien die Auffassung entstanden, „daß Deutschland zurückweiche“. Die von besten Absichten geleiteten Schritte des Reichskanzlers hatten Verwirrung hervorgerufen. Welche Eröffnungen der deutsche Botschafter auf Grund der Weisungen vom Abend vorher (Instruktion Nr. 200 und englisches Königstelegramm an den Prinzen Heinrich) im Laufe des 31. Juli in Wien noch gemacht hat, ist aus den deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch und dem österreichischen Rotbuche zwar nicht zu ersehen, die Wirkung dieses Drängens auf die militärischen Entschließungen liegt aber klar zutage:

---

<sup>44)</sup> Vgl. oben. Beide Telegramme gingen 8 Uhr vormittags ab, das Conradsche lag schon 8,30 vormittags in Berlin vor. Conrad hatte das „Moltke-Telegramm“ erst 7,45 vormittags erhalten. Die im Anschluß daran geschilderten Hergänge mußten sich also in der Zeit zwischen 7,45 und 8 Uhr vormittags abgespielt haben, was aber zeitlich ausgeschlossen erscheint.

Unmittelbar vor Erlaß des Mobilisierungsbefehls hat General von Conrad an den deutschen Generalstabschef gedrahtet: „Allgemeine Mobilmachung wird heute erwartet. 4. August Erster Mobilmachungstag. Aufmarsch und Operation gegen Serbien bleiben in bisherigem Umfange bestehen. Falls Rumänien Österreich angreift, wird Bulgarien dagegen marschieren“<sup>45)</sup>. — Dann hat Kaiser Franz Joseph selbst bald nach Erlaß des Mobilisierungsbefehls um 1,06 nachmittags in dem bekannten Telegramm an den Deutschen Kaiser die vom Zaren vorgeschlagene Vermittlung zwar abgelehnt und mitgeteilt, er habe die Gesamtmobilisierung angeordnet, dann aber weiter gesagt: „Die im Zuge befindliche Aktion meiner Armee gegen Serbien kann durch die bedrohliche und herausfordernde Haltung Rußlands keine Störung erfahren“ (D. D. 482). — Um 4,15 nachmittags ließ ferner General von Conrad durch den Fernsprecher an General von Moltke mitteilen: „Österreichisch-ungarische Mobilmachung gegenüber Rußland ist nur durch russische Mobilmachung provoziert. — Sie hat nur den Zweck, sich gegen jeden russischen Angriff vorzusehen, ohne jede Absicht, den Krieg zu erklären oder zu beginnen“<sup>46)</sup>.

Politiker und Militärs in Wien standen, trotz der am Morgen vorliegenden Mitteilungen des deutschen Generalstabschefs, noch bis zum späten Abend des 31. Juli unter dem Eindruck, daß Deutschland den Krieg nicht wagen wolle. Sie blieben daher bei dem Entschlusse, den Feldzug gegen Serbien mit den bisher dazu bestimmten starken Kräften (zwei Fünftel des gesamten Heeres) durchzuführen und sich gegen Rußland mit dem Reste des Heeres abwartend zu verhalten.

Damit hatte sich in der Auffassung über die militärischen Erfordernisse der Lage eine tiefe Kluft zwischen Berlin und Wien aufgetan. Beim deutschen Generalstabschef sind sicherlich schon am Vormittage schwere Bedenken aufgestiegen, als es in Conrads Telegramm von 8 Uhr früh hieß: „Auf Grund Allerhöchster Entscheidung ist Entschluß: Krieg gegen Serbien durchführen. Rest der Armee mobil machen und in Galizien versammeln.“

---

<sup>45)</sup> Akten des Reichsarchivs. Bei der Entzifferung ist, wie auch sonst mehrfach, statt des österreichisch-ungarischen Ausdrucks „Mobilisierung“ der deutsche „Mobilmachung“ gesetzt worden. Das Telegramm ist 12,50 mittags von Wien abgegangen, traf aber — soweit festzustellen — erst um 11 Uhr abends in Berlin ein.

<sup>46)</sup> Akten des Reichsarchivs. — Berlin an 7,45 nachmittags. Es war die Antwort auf das jetzt nicht mehr auffindbare Telegramm Fleischmanns vom 30. Juli vormittags (vgl. oben Anm. 17).

Damit schien einzutreten, was man immer befürchtet hatte: Österreich-Ungarn fand nicht rechtzeitig den Entschluß — wie für solchen Fall verabredet — von Serbien abzulassen und sich mit ganzer Kraft gegen den Hauptfeind zu wenden. Generaloberst von Moltke ließ den Hauptmann von Fleischmann rufen und beauftragte ihn, wie dieser dem Reichsarchiv mitgeteilt hat, „in seinem Namen bei General der Infanterie von Conrad telegraphisch Vorstellungen zu erheben zwecks ehester Abdrehung des Gros der K. u. K. Armee gegen Rußland“. — Darauf hat Fleischmann um 11.15 Uhr vormittags folgendes Telegramm „Res. Nr. 9“ nach Wien gesandt (an 6.05 Uhr nachmittags): „Exzellenz Moltke läßt E. E. bitten, nicht durch Unternehmung gegen Serbien starke Kräfte dem Hauptkampf zu entziehen, der seines Erachtens gegen Rußland zu führen ist. Gegen Rußland muß Hauptkraft bereitgehalten werden, da deutsche Rückendeckung im Falle entscheidenden russischen Vorgehens nicht ausreicht <sup>46a)</sup>. Das Abdrehen des österreichisch-ungarischen Aufmarsches hielt Hauptmann von Fleischmann aber mit Recht für so wichtig, daß er sich entschloß, selbst nach Wien zu reisen, um dort im Sinne des Generalobersten von Moltke persönlich Vortrag zu halten. Vorher sandte er um 1.30 Uhr mittags noch folgende zwei Fernsprüche an General von Conrad ab <sup>47)</sup>: „Res. Nr. 10 — Mittags Entscheidung gefallen. Se. Majestät der Deutsche Kaiser hat Alarmierung der Grenzkorps angeordnet. An Frankreich Ultimatum mit zwölfstündiger Frist gestellt. Vorsichtsmaßregeln zur See sind schon durchgeführt.“ — „Res. Nr. 11 — Auf Befehl Sr. Exzellenz des Chefs teile mit, daß die Mobilmachung der gesamten Armee in aller kürzester Zeit folgt. Krieg gegen Rußland und Frankreich. Deutschland steht fest zu Österreich. Se. Exzellenz warnt erneut vor Offensive gegen Serbien; alle verfügbaren Kräfte gegen Rußland einsetzen. — Treffe Sonnabend früh auf Befehl des Generalstabschefs zum Vortrag bei Euer Exzellenz ein.“ Während die erste dieser beiden Meldungen schon um 6.05 Uhr nachmittags in Wien einging, kam die zweite („Res. Nr. 11“) erst um Mitternacht vom 31. Juli / 1. August in Wien an.

Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit hatte aber um 1.45 Uhr nachmittags auch der Reichskanzler nach Wien an den Botschafter von Tschirschky gedrahtet: „Nach der russischen Gesamtmobilmachung haben wir drohende Kriegsgefahr verfügt, derselben wird voraussichtlich binnen 48 Stunden Mobilmachung folgen. Diese bedeutet unvermeidlich Krieg. Wir erwarten von Österreich sofortige

<sup>46a)</sup> Mitteilung des Kriegsarchivs Wien.

<sup>47)</sup> Mitteilung des Kriegsarchivs Wien.



tätige Teilnahme am Krieg gegen Rußland“ (D. D. 479). Dieses Telegramm ist schon um 4.20 Uhr nachmittags auf der Botschaft in Wien angekommen; es ist aber nicht zu erkennen, welche Wirkung es in Wien geübt hat.

Es folgte ein Fernspruch des Generalobersten von Moltke (ab 6 Uhr, an 7.15 Uhr abends), der die Antwort auf den Conradschen Fernspruch von 4.15 Uhr nachmittags (vgl. oben) darstellte. Er lautete: „Generalstabschef hat telephonische Mitteilung von Exzellenz Conrad erhalten, daß Österreich nicht die Absicht habe, den Krieg gegen Rußland zu führen. — Deutschland wird Mobilmachung der gesamten Streitkräfte voraussichtlich 2. August aussprechen und Kampf gegen Rußland und Frankreich aufnehmen. Will es Österreich im Stich lassen?“<sup>48)</sup> Diese Mitteilung war für General von Conrad „völlig befremdend“ (Conrad IV, S. 155), führte aber noch immer keine Klärung herbei. Vielmehr hielt er auch jetzt noch Rückfragen für nötig, ob es Deutschland mit dem Krieg gegen Rußland nun wirklich ernst sei. Er ließ um 9.30 Uhr abends (Berlin an 10.30 Uhr) folgenden Fernspruch absenden, dessen Grundgedanken er in „Schlagworten“ auch schon selbst mitgeteilt hat (IV. Band, S. 155 f.): „Österreich-Ungarn hat durch angeordnete Versammlung der Streitkräfte in Galizien den Willen zum Kriege schon dokumentiert. Die Erklärung am Schluß meiner letzten Mitteilung bezüglich Aufschub der Kriegserklärung und des Kriegsbeginns entsprach nur dem deutschen Wunsch, den Anschein eines angriffsweisen Vorgehens Österreich-Ungarns gegen Rußland zu vermeiden und Kriegserklärung und -beginn seitens Rußlands abzuwarten. Auch war zur Zeit des Abgehens meiner letzten Mitteilung über Mobilmachungsabsicht Deutschlands noch keine Nachricht eingelaufen. Daher konnte damit gerechnet werden, den Krieg gegen Serbien durchzuführen, ehe Vorgehen gegen Rußland nötig. Heute eingelaufene Verständigungen haben erst die Absicht Deutschlands gebracht, den Krieg gegen Frankreich und Rußland zu beginnen. Erbitten umgehend Erklärung, ob diese Auffassung über deutsche Absicht zutreffend, um danach eigenes Handeln zu bestimmen“ (Akten des Reichsarchivs). Es folgte (an Berlin 10.50 Uhr abends) der weitere Fernspruch (anscheinend die Fortsetzung des vorigen): „Ich bitte Seine Exzellenz von Moltke um die dezidierte Erklärung, ob nunmehr unwiderruflich damit gerechnet werden kann, daß der große Krieg gegen Rußland sofort und unbedingt geführt wird, es also nicht dazu kommen kann,

<sup>48)</sup> Akten des Reichsarchivs. — Bei Conrad IV, S. 155, ist nur der Schlußsatz des Telegramms wiedergegeben.

daß wir von Serbien ablassen, ohne zum Krieg mit Rußland zu gelangen. Diese dezidierte Erklärung ist für hierseitigen Entschluß unerläßlich und dringend. General Conrad“ (Akten des Reichsarchivs).

Generaloberst von Moltke antwortete um 11.20 Uhr abends: „Fernspruch 10.30 Uhr abends erhalten. Deutschland hat an Rußland und Frankreich Ultimatum gestellt, daß bis 1. August, 4 Uhr nachmittags, beantwortet sein muß. Fällt Antwort unbefriedigend aus, wird morgen Mobilmachung befohlen“ (Akten des Reichsarchivs). — Dann folgte, anscheinend als Antwort auf den um 10.50 Uhr abends eingegangenen Fernspruch, um 2.20 Uhr nachts (1. August vormittags) noch folgender Fernspruch, den der Generalstabschef „nach Rückkehr vom Auswärtigen Amt“ diktiert hat: „Deutschland hat von Rußland gefordert sofortiges Rückgängigmachen aller gegen Deutschland und Österreich getroffenen militärischen Maßnahmen. Lehnt Rußland diese Forderung ab, erfolgt sofortige Kriegserklärung Deutschlands. Antwort Rußlands in zwölfstündiger Frist gefordert. Entscheidung muß somit morgen fallen. Ich halte Annahme der deutschen Forderung durch Rußland für ausgeschlossen“ (Akten des Reichsarchivs).

Inzwischen aber war in Wien das Telegramm des Deutschen Kaisers an Kaiser Franz Joseph eingegangen (D. D. 503): „Der heute von mir angeordneten einleitenden Mobilmachung meines gesamten Heeres und meiner Marine wird die definitive Mobilmachung in kürzester Frist folgen. Ich rechne mit dem 2. August als Erstem Mobilmachungstag und bin bereit, in Erfüllung meiner Bündnispflichten sofort den Krieg gegen Rußland und Frankreich zu beginnen. In diesem schweren Kampfe ist es von größter Wichtigkeit, daß Österreich seine Hauptkräfte gegen Rußland einsetzt und sich nicht durch gleichzeitige Offensive gegen Serbien zersplittert. Dies ist um so wichtiger, als ein großer Teil meines Heeres durch Frankreich gebunden sein wird. Serbien spielt in dem Riesenkampfe, in den wir Schulter an Schulter eintreten, eine ganz nebensächliche Rolle, die nur die allernötigsten Defensivmaßregeln erfordert. Ein Erfolg des Krieges und damit der Bestand unserer Monarchien kann nur erhofft werden, wenn wir beide dem neuen mächtigen Gegner mit allen Kräften entgentreten. . . .“

Erst dieses Telegramm, das um 4.45 Uhr nachmittags dem Auswärtigen Amte zur Verzifferung und Absendung vorlag, über die Botschaft in Wien und das Kaiserliche Hoflager aber erst um 9.45 Uhr abends zur Kenntnis des österreichisch-ungarischen Generalstabschef kam, hat das Mißtrauen zerstreut, das

seit dem deutschen Drängen auf Vermittlung in Wien Platz gegriffen hatte. Als erste Nachricht darüber erhielt Generaloberst von Moltke endlich am 1. August um 2.10 Uhr vormittags folgende Meldung des Militärattachés Grafen Kageneck: „Soeben Generalstabschef Gespräch wegen Depesche Seiner Majestät betreffs aktiver Teilnahme Krieg gegen Rußland. Generalstabschef sagt, hätte Deutschland 24 Stunden früher sich entschieden! So hat es uns in sehr schwierige Lage gebracht. Sagen Sie nach Berlin, daß wir alles tun, was in unseren Kräften steht. Ich habe Generalstabschef gesagt, daß frühere Entscheidung aus diplomatischen Gründen unmöglich war. Generalstabschef frug, was ist mit Frankreich?“ (Akten des Reichsarchivs). Damit war in der Nacht zum 1. August endlich die Gefahr beseitigt, daß Österreich-Ungarn mit gänzlich unzureichenden Kräften an die gegen Rußland zu lösende Aufgabe herantrat.

Wenn irgend etwas, so beweisen die Anfragen, die General von Conrad im Laufe des 31. Juli nach Berlin richtete, wie gering der Eindruck gewesen sein muß, den Bienenrths Meldung und das „Moltke-Telegramm“ am frühen Morgen dieses Tages tatsächlich gemacht hatten, daß diese Nachrichten wirklich nur als das aufgefaßt worden sind, was sie eben waren, als Mitteilungen des deutschen Generalstabschefs an Conrad, um in der Zeit der höchsten Spannung das für den Kriegsfall verabredete Zusammenwirken durch Fühlungnahme und Gedankenaustausch sicherzustellen. Für die entscheidenden Entschlüsse blieben daher die Mitteilungen, die vom Reichskanzler kamen, allein maßgebend.

Andererseits zeigt sich aber in den angeführten Conradschen Telegrammen eine Auffassung der großen Zusammenhänge, die fremdartig anmutet. Sie tritt am schärfsten in den „Schlagworten“ hervor, die der General als Entwurf für sein schon erwähntes Telegramm vom 31. Juli, 9.30 Uhr abends, diktiert hatte. Sie lauteten unter anderem: „... Rußland hat mobilisiert; bei uns steht noch heute nicht fest, ob Rußland nur droht, daher durften wir uns vom Vorgehen gegen Serbien nicht abdrängen lassen. Eine ganz andere Situation tritt ein, wenn uns Deutschland erklärt, daß es den Krieg gleich durchführen will...“ (Conrad, IV, S. 155 f.). Demselben Gedanken begegnen wir sogar noch in dem am 1. August abgefaßten Briefe des Generals an Moltke (Conrad, IV, S. 164 f.). Wie beim österreichisch-ungarischen Generalstabschef die Meinung entstehen konnte, daß Deutschland gewissermaßen freie Wahl habe, den großen Krieg sogleich zu führen oder nicht, ist schwer zu verstehen. Solche Auffassung übersah vollkommen die Zwangslage, in



der sich das Deutsche Reich befand, das weder seinen einzigen zuverlässigen Bundesgenossen im Stiche lassen, noch auch den russischen Kriegsvorbereitungen untätig zusehen konnte, wenn es sich nicht selbst preisgeben wollte. Die Conradsche Auffassung entsprach den tatsächlichen Verhältnissen so wenig, daß man eine Erklärung wohl nur in dem heißen Wunsche finden kann, den serbischen Feldzug zunächst einmal ungestört durchzuführen, und in der durch eben diesen Wunsch trotz allem immer wieder hochgehaltenen Hoffnung, daß Österreich-Ungarn währenddessen den Schutz gegen Rußland seiner „in Galizien zu sammelnden Kraft . . . , sowie der deutschen Drohung an Rußland und der Einwirkung der übrigen Mächte“ überlassen könne.<sup>48)</sup> Das unentwegte Festhalten an dieser Hoffnung, durch die schon die russische Teilmobilmachung, vollends aber die russische Gesamtmobilmachung endgültig einen Strich gemacht hatte, ist wohl der sicherste Beweis dafür, wie fern auch der Donaumonarchie die Absicht gelegen hat, den großen Krieg zu entfesseln, und wie auch sie bis zum äußersten bestrebt war, ihm aus dem Wege zu gehen.

Das Streben der Mittelmächte, den Weltbrand zu vermeiden, hat die Bedürfnisse ihrer militärischen Sicherheit über Gebühr in den Hintergrund gedrängt. Ohne das frühzeitige Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung hätte man sich in Berlin auch am 31. Juli noch nicht zu entscheidenden Maßnahmen entschlossen. Aber auch so hat das Zaudern dazu geführt, daß Österreich-Ungarn wie Deutschland den Mobilmachungsbefehl später als ihre Nachbarn erließen. Für Deutschland ist solches Abwarten gerade noch erträglich gewesen, für Österreich-Ungarn hat es schwere Nachteile gebracht. Der Aufmarsch gegen Serbien war dort schließlich schon so weit im Rollen, daß die Bereitstellung der gegen Rußland bestimmten Armeen eine Verzögerung um mindestens vier Tage erlitt. Das hat sich in den Kämpfen östlich Lemberg zum Schaden ausgewirkt und den Grund gelegt zu dem unglücklichen Ausgang der Anfangsschlachten in Galizien, von denen sich das österreichisch-ungarische Heer nie wieder erholt hat.

## 7. Unser Urteil über Moltkes Haltung.

Die Conradsche Veröffentlichung der Mitteilungen Moltkes ist — wie schon eingangs erwähnt — dazu benutzt worden, das Märchen von der Kriegshetze des deutschen Generalstabes wieder

---

<sup>48)</sup> Brief an Moltke vom 1. August 1914, Conrad IV, S. 164 f.



aufzutischen. Im Gespräch mit Bienenrth und im „Moltke-Telegramm“ glaubten die Urheber dieser Verdächtigung endlich einmal einen Beweis für die Richtigkeit ihrer Anschauungen gefunden zu haben. Wenn auch die ganze Sinnlosigkeit der Verdächtigung im Zusammenhange schon im amtlichen Kriegswerke des Reichsarchivs (Einleitung zum I. Bande) nachgewiesen worden ist, so muß hier doch nochmals festgestellt werden, daß auch Moltkes Mitteilungen nach Wien auf die Entscheidung: „Krieg oder Frieden?“ ohne Einfluß geblieben sind und daß sie mit Hetzen zum Kriege nichts zu tun haben. Sie sind entstanden aus einer Auffassung, die auch dem Reichskanzler nicht ganz fremd war. Nur hat sie Bethmann im Bewußtsein seiner Gesamtverantwortlichkeit für Wohl und Wehe des Vaterlandes und in dem unentwegten Streben, den großen Krieg vielleicht doch noch zu vermeiden, oder, wenn das nicht möglich, zum mindesten Rußland vor aller Welt als den Angreifer erscheinen zu lassen — in einer für den Waffenerfolg und damit für das Schicksal unseres Landes geradezu gefährdenden Weise zurückgestellt. Das hat der Reichskanzler in der Bundesratssitzung vom 1. August 1914 selbst angedeutet, indem er (nach dem Protokoll, D. D. 553) sagte: „Deutschland hat mit einer bewunderungswürdigen, vielleicht kaum noch zu entschuldigenden Ruhe den Kriegsvorbereitungen in Rußland und Frankreich zugehört.“

Daß es dem Generalstabschef zukommt, alles zu tun, um seinem Lande die für den Kampf günstigsten Bedingungen zu sichern, und dabei schließlich auch mehr zu fordern als der Staatsmann, das hat selbst ein so überzeugter Pazifist wie Dr. Ludwig Herz, der die von Conrad veröffentlichten Moltke-Mitteilungen später beanstandet hat, noch nach dem Kriege angedeutet, indem er in der „Berliner Börsenzeitung“ vom 2. Juni 1922 schrieb: „Es ist Pflicht der Generale, in einem ausgebrochenen Kriege zu siegen. Für sie ist daher von ausschlaggebender Bedeutung, daß er zum militärisch richtigen Augenblick geführt wird.“

Mit solcher Auffassung wäre sogar das bewußte Hinarbeiten auf einen Präventivkrieg zu decken, das der Amerikaner Gerard dem deutschen Generalstabe jetzt wieder vorgeworfen hat<sup>49)</sup>, das diesem aber bekanntlich völlig fernegelegen hat. Das Drängen des deutschen Generalstabschefs auf rechtzeitige militärische Gegenmaßnahmen in Berlin wie in Wien kann nur als die Erfüllung der Pflicht angesehen werden, den eigenen Staat gegenüber den offensichtlichen Kriegsvorbereitungen der Gegner nicht weiter in Nachteil

<sup>49)</sup> Vgl. Juliheft dieser Zeitschrift, S. 459.

geraten zu lassen, niemals aber als Drängen zum Kriege. Wie schwer gerade dem Generalobersten von Moltke die Erfüllung dieser Pflicht geworden ist, geht aus dem oben erwähnten Haeftenschen Bericht hervor, und alle, die den Generalobersten näher gekannt haben, bestätigen die in diesem Bericht wiedergegebene Auffassung.

Was will es demgegenüber bedeuten, wenn Fernerstehende einzelne anders lautende Äußerungen berichten, die der Generalstabschef vor dem Kriege gelegentlich getan haben soll! Am meisten Aufsehen hat in dieser Hinsicht erregt, was Graf Lerchenfeld am 31. Juli 1914 nach München schrieb (D. D., Anh. IV, Nr. 27). Danach sollte sich Generaloberst von Moltke „schon vor Monaten“ dahing ausgesprochen haben, daß der Zeitpunkt für den Krieg „militärisch so günstig sei, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann“. Die wahre Auffassung Moltkes hätte eine solche Äußerung, wenn sie nicht — was das Wahrscheinlichste ist — mißverstanden worden ist, keinesfalls wiedergegeben. Aber auch wenn der Generaloberst in irgendeinem uns unbekannten Zusammenhange — vielleicht, um übertriebene Sorgen und Schwarzseherei zu bekämpfen — wirklich einmal Ähnliches gesagt haben sollte, so kann man doch nicht aus solcher einzelnen Äußerung den Willen zum Kriege herleiten oder gar die Absicht, den Krieg herbeizuführen. Gerade den Gedanken eines Präventivkrieges hat Generaloberst von Moltke ebenso wie der Kaiser stets auf das bestimmteste abgelehnt. Am 11. Januar 1913 hatte General von Conrad an Moltke geschrieben: „Das Mißliche dieses Falles“ — wenn Österreich-Ungarn nämlich zuerst in einen Kampf gegen Serbien verwickelt werde und dann erst Rußland eingreife — „läßt am besten erkennen, wie weitaus vorteilhafter es wäre, die Austragung des Kampfes zwischen Dreibund und Triple-Entente von Haus aus anzustreben, auch hier die Interessen des großen Ganzen über die Sonderinteressen stellend.“ Zu diesem Schlußabsatz des Briefes hatte Moltke wohl die Randbemerkung „Richtig“ gemacht (Akten des Reichsarchivs) —, dann aber unter den Brief folgende Gedanken für die Antwort geschrieben: „ . . . In bezug auf letzten Passus vorliegenden Schreibens muß man vorsichtig sein. Wir haben kein Interesse daran, einen europäischen Krieg herbeizuführen, nur um uns für Österreich zu schlagen. Etwas anderes ist es, wenn der Krieg uns angetragen wird. Dann in Gottes Namen drauf.“ In diesem Sinne antwortete er denn auch am 10. Februar an General von Conrad: „ . . . Nach wie vor bin ich der Ansicht, daß ein europäischer Krieg über kurz oder lang kommen muß, in dem es sich in letzter Linie handeln wird um einen Kampf zwischen Germanen-

tum und Slawentum. Sich hierauf vorzubereiten ist Pflicht aller Staaten, die Bannerträger germanischer Geisteskultur sind. Der Angriff muß aber von den Slawen ausgehen . . .“.

Generaloberst von Moltke hat immer auf dem Standpunkt gestanden: „Deutschland will diesen schrecklichen Krieg nicht herbeiführen, der die Kultur fast des gesamten Europas auf Jahrzehnte hinaus vernichten wird“, und nach dieser seiner innersten Überzeugung hat er auch gehandelt. Er hat daher — wie Generalleutnant von Fabeck, sein langjähriger vertrauter Mitarbeiter im Generalstabe, schreibt — „stets versucht, den Frieden zu erhalten, solange es ohne Gefährdung des Deutschen Reiches möglich war. Er hat nie von kriegerischen Erfolgen und Eroberungen geträumt. Er wußte, daß ein kommender Krieg die Weltkatastrophe bedeutete, in der sich Deutschland auf Leben und Tod gegen fast alle Völker der Erde zu wehren haben würde. Als aber die sicheren Nachrichten über die allgemeine Mobilmachung des russischen Heeres eintrafen, zauderte er nicht, das deutsche Schwert in die Wagschale zu werfen. Nach schweren Seelenkämpfen hat er sich zu diesem Entschluß durchgerungen. Es ist ein großes Verdienst des Generals von Moltke, daß er, nachdem die russische Mobilmachung begonnen hatte, die uns des Vorteiles unseres schnelleren Aufmarsches zu berauben drohte, auf eine schnelle Mobilmachung des deutschen Heeres drängte. Er wollte den Frieden, aber er sah doch nach Beginn der russischen Mobilmachung die einzige Rettung im schnellen kriegerischen Vorgehen, in der Ausnutzung unseres einzigen Vorteiles. Man kann es diesem schwerblütigen, ernsten Mann mit dem düsteren Ausblick in die Zukunft nicht hoch genug anrechnen, daß er fest entschlossen für jede Ausnutzung unseres Vorteiles eingetreten ist. Er hat nicht den Schutz des Volkes aufs Spiel gesetzt, um von sich selbst die Verantwortung des entscheidenden Schrittes abzuwälzen.“

Es bliebe schließlich nur die Möglichkeit, daß der Generalstabschef in dem Bestreben, seine Pflicht zu erfüllen, trotzdem zu weit gegangen sei und damit die Absichten des Reichskanzlers durchkreuzt habe. Das aber darf bei der anerkannt aufrichtigen und eher zum Nachgeben als zu schroff betonter Selbständigkeit geneigten Wesensart des Generalobersten von Moltke gerade von ihm am wenigsten angenommen werden. Darin stimmen alle, die ihn kannten — und auch der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow — überein. Man wird die Erklärung für die Mitteilungen nach Wien auf anderem Gebiete suchen müssen als in der Absicht, die Friedensbemühungen des Kanzlers zu hintertreiben. Die

Verschiedenheit, die sich gerade am Morgen des 30. Juli zwischen der Auffassung des Kaisers und seines Kanzlers zeigt, und die Schwankung, die am späten Abend auch in der Auffassung des Reichskanzlers selbst zu erkennen ist, haben sicherlich auch auf die Auffassung des Generalstabschefs und auf seine Mitteilungen nach Wien Einfluß geübt, zumal wenn ihm — wie durchaus wahrscheinlich — die letzte endgültige Entscheidung nicht immer sofort bekanntgeworden ist.

Es liegen denn auch keinerlei Anzeichen dafür vor, daß der Reichskanzler irgend welche Bedenken gegen die Durchführung der österreichisch-ungarischerseits angekündigten „sofortigen weitestgehenden Gegenmaßregeln“ gehabt habe; nur die deutsche Mobilmachung als Antwort auf die russische Teilmobilmachung hat er abgelehnt. „Wir wollten nichts versäumt wissen“ — so hat der damalige Staatssekretär von Jagow mitgeteilt — „was den Frieden noch erhalten konnte. Hierauf richtete sich unser »Druck« auf Wien, nicht gegen militärische Sicherheitsmaßnahmen Österreichs.“ Auch für Verhandlungen ist annäherndes Gleichgewicht in der Kriegsbereitschaft Vorbedingung; solcher Erkenntnis hat sich auch der Kanzler damals nicht verschließen können.

Aber — von alledem abgesehen — die Geschichte hat dem Generalobersten von Moltke vollkommen Recht gegeben in der etwa seit dem Nachmittage des 30. Juli bei ihm feststehenden Überzeugung, daß der Krieg nicht mehr zu vermeiden sei und daß es daher jetzt nur noch darauf ankomme, den verbündeten Mittelmächten die besten Aussichten für dessen Durchführung zu sichern. Er hat mit dem Reichskanzler schwer gerungen, um dieser Überzeugung gegen alle Bedenken Geltung zu verschaffen, bevor es zu spät war. Mit welcher peinlichen Gewissenhaftigkeit er auch dabei zu Werke gegangen ist, zeigen die erwähnten Gespräche mit dem Major von Haeften in der Nacht zum 31. Juli und mit dem Obersten Hell am Morgen dieses Tages selbst. Wenn irgend etwas, so beweisen gerade diese Hergänge, wie man deutscherseits bis zum äußersten gezögert hat mit dem Entschlusse, die durch Rußlands Verhalten herausgeforderten militärischen Gegenmaßnahmen zu treffen. Ein Generalstabschef, der noch länger gezögert hätte, hätte sich an seinem Vaterlande versündigt.

Weder in Rußland noch in Frankreich, Belgien oder England hat man mit dem Mobilmachungsbefehl, geschweige denn mit Maßnahmen, die der deutschen drohenden Kriegsgefahr entsprachen,



solange gewartet, bis man sicher wußte, daß der künftige Gegner mobil gemacht habe. Man hat vielmehr ohne Rücksicht darauf, ob die Gefahr, daß es zum großen Kriege komme, gesteigert wurde oder nicht, das angeordnet, was man jeweils zur militärischen Sicherung des eigenen Landes für notwendig hielt. Nur dieser Gesichtspunkt ganz allein ist maßgebend gewesen; alles andere hatte ihm gegenüber zurückzutreten. — Wer könnte uns gerechterweise einen Vorwurf machen, wenn wir ebenso gehandelt hätten? Vor der Verleumdung aber, den Krieg böswillig herbeigeführt zu haben, hat uns auch alle Zurückhaltung nicht bewahrt.

---

## **Tagebuchaufzeichnungen über die Maßnahmen des österreichisch- ungarischen I. k. u. k. Korpskommandos vor Beginn der allgemeinen Mobilisierung.**

Ferdinand Demus-Morau.

Generalmajor a. D. Demus-Morau war zu Beginn des Weltkrieges Chef des Generalstabes des I. k. u. k. Armeekorps in Galizien. Der Aufsatz des Generals Demus bildet eine wertvolle Bestätigung und Ergänzung der Ausführungen des k. u. k. Oberstleutnants a. D. Rudolf Kiszling über „Die österreichisch-ungarischen Kriegsvorbereitungen und die Mobilisierungsmaßnahmen gegen Rußland 1914“ im Juniheft dieser Zeitschrift.

Die Schriftleitung.

**K**riegsschriftsteller der Entente behaupten bei Behandlung des Themas „Kriegsschuld“ wiederholt, daß in Österreich-Ungarn schon vor der allgemeinen Mobilisierung Rüstungsmaßnahmen an der galizischen Grenze getroffen worden seien, welche die „Teilmobilmachung der Russen gegen Österreich-Ungarn vom 29. Juli“ begründet hätten.

Es ist daher zweckmäßig, festzustellen, welche Maßnahmen militärischer Natur von seiten Österreich-Ungarns in der Zeit vom 28. Juni bis Ende Juli bei den galizischen Korps getroffen worden sind.

Galizien umfaßte, von Ost nach West, die Korpsbereiche XI (Lemberg), X (Przemysl) und I (Krakau). Zum Bereiche des letzteren Korps gehörten auch Schlesien und der nördliche Teil

von Mähren. Als einstiger Generalstabschef des k. u. k. I. Korps bin ich in der Lage, genaue Daten über alle damals getroffenen Maßnahmen und Vorkehrungen bieten zu können.

Ein Blick auf eine Karte zeigt jedem Laien, wie wichtig besonders der Raum Oswieçim—Krakau—Tarnów für die Sicherung der Aufmarschbahnen war, wenn man überhaupt den Fall einer Mobilisierung und eines Aufmarsches Österreich-Ungarns gegen Rußland ins Auge faßt. Die im Frieden zu entwerfenden und vorzubereitenden Maßnahmen mußten daher alles Denkbare vorsehen, um den Raum von Krakau — im Interesse des Ganzen — verläßlich zu decken. Wieder zeigt die Karte, daß Rußland mit seinen noch auf russischem Boden aufgefahrenen Geschützen die Festungswerke der Nordfront Krakaus unter Feuer nehmen, daß es mit einem energisch geführten Kavalleriekorps in wenigen Stunden die Bahnlinie erreichen, unterbrechen, auch in der Stadt Krakau selbst erscheinen konnte! Daran dürfte die „Ausrüstung der Festung gegen Handstreich“ nicht viel zu ändern vermocht haben. Man darf nicht vergessen, daß mit einem überfallartigen Kriegsbeginn zu rechnen war, daß ein solcher mindestens in den Bereich der Möglichkeit gezogen werden mußte. Und welche Kräfte standen zur Verfügung? Alle Truppen auf sehr geringen Friedensständen, überdies noch dadurch geschwächt, daß zur kritischen Zeit sich ein ansehnlicher Teil der auf den Friedensstand zählenden Mannschaften auf „Ernte-Urlaub“ in der Heimat befand. Wie sehr die Stände der Truppen herabgesunken waren, zeigt folgende Tatsache: Mitte Juli 1914 machten sich in der Industriegegend von Mährisch-Ostrau Umtriebe sozialistischer und nationaler Natur bemerkbar. Es kam zu Ausschreitungen und Unruhen. Militärische Assistenz wurde angefordert. Um diese, in der Stärke von etwa 1000 Mann beistellen zu können, mußten die einzelnen Garnisonen des Korpsbereiches derart von Truppen entblößt werden, daß kaum der normale Garnisonswachtdienst beige stellt werden konnte.

Der wohl vorbereitete Mord unseres Thronfolgerpaares in Sarajewo am 28. Juni hatte die Möglichkeit, auch die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Serbien gegeben und die Verallgemeinerung der Kriegslage auch auf dem russischen Kriegsschauplatz nicht aus dem Bereiche der Möglichkeit gerückt. Kam es aber zu einem Kriege, dann mußte — und dies sei hier nochmals betont — mit gleichzeitiger Kriegserklärung und sofortigem Kriegsbeginn gerechnet werden.

Es ist daher selbstverständlich, daß das Korpskommando — sobald auch nur die Möglichkeit eines Kriegesfalles gegeben war —

die auf dem Papiere getroffenen Alarm- und Mobilisierungsvorsorgen bei den Stäben und Truppen genauestens überprüft hat. Dies geschah, ohne daß die normale, friedensmäßige Arbeit der Stäbe und Truppen irgendwie gestört worden wäre. Im Gegenteil, es nahmen speziell beim Korpskommando die vorbereitenden Arbeiten für die im August im Gebirgsgelände südlich Krakau in Aussicht genommenen feldmäßigen Übungen des Korps regsten Fortgang.

Im weiteren soll der folgende Auszug aus dem Tagebuch des I. Korpskommandos genauen Einblick in alle getroffenen Maßnahmen geben:

23. Juli, 1<sup>50</sup> nachm.: Befehl des Kriegsministeriums (= K. M.): Einstellung der Urlaube für Generale und Truppenkommandanten.
24. Juli, 8<sup>10</sup> nachm.: Vom K. M.: Eintreffen der Marschpläne für Kriegsfall B (= Balkan).
25. Juli, 10<sup>30</sup> nachm.: Vom K. M.: Mobilisierungsbefehl Kriegsfall B. Erster Mobilisierungstag: 28. Juli.
26. Juli, 5<sup>0</sup> vorm.: Vom K. M.: Assistenz aus dem Bereiche von Mähr. Ostrau in die Garnisonorte einziehen.  
5<sup>20</sup> vorm.: Vom K. M.: Ernteurlaube einstellen; Truppen dürfen höchstens einen Tagemarsch weit vom Garnisonsorte üben.  
8<sup>0</sup> nachm.: Vom K. M.: Festung Krakau gegen Handstreich ausrüsten. Zahlreiche Meldungen und Berichte über russische Mobilisierungsmaßnahmen in Podolien und Wolhynien laufen beim Korpskommando ein.
27. Juli: Der bisherige Korpskommandant General der Kavallerie Böhm-Ermolli geht als Kommandant der gegen Serbien zur Aufstellung gelangenden 2. Armee ab. General der Kavallerie Karl Freiherr von Kirchbach wird zum Kommandanten des Korps ernannt.

K. M. ordnet die Bergung der auf der Weichsel befindlichen Regierungsdampfer und sonstigen Fahrzeuge an.

Korpskommando (= K. K.) ordnet mit Rücksicht auf die früher erwähnten Meldungen über russische Mobilisierungsmaßnahmen und auf die allgemeine Lage die Sicherung der Eisenbahnlinien durch Wachen des Heeres und der Landwehr an.

Diese Verfügung wird vom K. M. nicht gutgeheißen, zumal dieses alles vermeiden will, was etwa als „unfreundliche Haltung“ gegenüber Rußland gedeutet werden könnte.

K. K. erhält Meldung, daß seitens feindlicher Vertrauenspersonen Anschläge gegen kleinere Bahnobjekte versucht wurden.

29. Juli: Der neue Korpskommandant trifft ein.

Das Festungskommando Krakau ordnet die Besetzung der Nordfront durch einzelne Truppenteile an, deren ohnedies geringe Friedensstände durch zahlreiche Abkommandierungen noch geschwächt sind.

30. Juli: K. K. orientiert alle unterstehenden Kommandanten dahin, daß für „Korpsalarm“ alles vorzubereiten sei.

31. Juli, 9<sup>o</sup> vorm. meldet ein Gendarmerie-Grenzposten, daß die Eisenbahnbrücke bei Granica durch die Russen gesprengt worden sei.

3<sup>10</sup> nachm.: K. M.: Allgemeiner Mobilisierungsbefehl Kriegsfall R (= Rußland), 1. Alarmtag = 2. August, 1. Mobilisierungstag = 4. August,

Dem Mobilisierungsbefehl des K. M. folgte sofort der telegraphische Befehl des Chefs des Generalstabes: „Unsere Mobilisierung durch russische Mobilisierung veranlaßt. Grenzzwischenfälle und Grenzüberschreitungen unbedingt vermeiden, Kriegsbeginn vorbehalten.“

11<sup>30</sup> nachm.: Befehl des A. O. K.: „Alles vorsorgen, um Feindseligkeiten, Grenzüberschreitungen und Zwischenfälle zu vermeiden.“

Auf Grund dieser beiden Befehle hat das Korpskommando die bereits in Aussicht genommene Verlegung einzelner Truppenteile zum Schutze der Bahnlinie aufgegeben. Diese Maßnahmen kamen dann erst am „ersten Alarmtage“ = 2. August zur Durchführung.

Aus den angeführten Daten mag zur Genüge hervorgehen, daß seitens des I. Korpskommandos keinerlei Verfügungen getroffen worden sind, welche irgendwie als aggressive Maßnahmen gegen Rußland hätten gedeutet werden können! Im Gegenteil, die getroffenen Maßnahmen beschränkten sich auf die allernötigsten Vorkehrungen, um die Aufmarschbahn gegen Überfälle zu decken. Und auch die Durchführung dieser Maßnahmen krankte nur allzu sehr an der niedrigen Standesziffer unserer Truppen.

Die bei dem X. und XI. Korps (Przemysl und Lemberg) getroffenen Maßnahmen dürften kaum anderer Tendenz gewesen sein.<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Vergl. hierzu den in der Vorbemerkung erwähnten Aufsatz von Kiszling.



## Walter Hines Page.

Von Georg Karo.

„And you may be dead sure the story will be told well and, therefore, it will become history, and sung well, and therefore it will become literature.“ Page an Wilson über Englands Rolle im Kriege, 22. September 1914 (Life and Letters of W. H. Page III 143).

### I.

Von Wilsons 14 Punkten hat, nach dem witzigen Wort eines Schweizers, nur der fünfzehnte die Pariser „Friedens“-Schlüsse überlebt: *Vae victis!* Darüber vergisst man leicht jene übrigen Gebote neuen geläuterten Menschentums, in denen auch die Abschaffung der Geheimdiplomatie gefordert wird. Gerade über diese konnte freilich niemand ein so kompetentes Urteil abgeben wie Woodrow Wilson: denn kein moderner Herrscher hat jemals auch nur annähernd so ganz im Geheimen regiert. Im Grunde war nur der Oberst House in die Ziele und Entschlüsse dieses merkwürdigsten aller Präsidenten eingeweiht, der seine Minister auch in den wichtigsten Entscheidungen selten befragt zu haben scheint. Also ein einziger Berater, der im Verborgenen, ohne jede amtliche Stellung oder Verantwortung, trotz großer Begabung und Lauterkeit des Charakters doch völlig „unverantwortlich“ mitregierte, als eine Art weltlicher Beichtvater des Herrschers: kann es eine vernichtendere Bloßstellung amerikanischer „demokratischer Volksregierung“ geben als das Bild, welches uns jetzt die *Intimate Papers of Colonel House* gewähren, oder der Empfehlungsbrief, den Wilsons Botschafter in London 1913 an Sir Edward Grey richtete: „In London hält sich ein amerikanischer Herr auf, dessengleichen ich nicht kenne. Edward M. House ist sein Name. Er ist der „stille Compagnon“ (silent partner) des Präsidenten Wilson — d. h. er ist der vertrauteste politische Ratgeber und der nächste Freund des Präsidenten. Er ist ein Privatmann, ein Mann ohne persönlichen politischen Ehrgeiz, ein bescheidener, ruhiger, sogar schüchternen Mensch. Er hilft Kabinette machen, politische Kurse einschlagen, Richter und Botschafter und dergleichen wählen, nur aus Freude daran, zu sorgen, daß diese Aufgaben gut erfüllt werden“ (Page I 245). Der — mit Recht — vielgeschmähte Herr von Holstein wäre vor Neid vergangen, wenn er das Wirken dieses um so viel glücklicheren Kollegen erlebt hätte.

Zu den vielseitigen Pflichten des „Obersten“ gehörte seit der Zeit, da er als eine Art politischer Kinderfrau Wilson in den Anfangs-

gründen des Präsidentendaseins unterwies, auch die Auswahl und Empfehlung der Kandidaten für hervorragende Regierungsämter. In einem Falle freilich war ihm der neue Herr zuvorgekommen, als er seinen Jugendfreund Walter Hines Page für einen Ministerposten ausersah, und, als sich dagegen Schwierigkeiten erhoben, ihm die wichtigste Botschaft übertrug, die er zu vergeben hatte. Allerdings stimmte House freudig zu, denn Page war auch sein Freund, ja Page hatte House sogar Wilson zugeführt, dessen Berater er zuvor gewesen war.<sup>1)</sup> Es ist wohl möglich, daß Wilson ohne das Zureden der beiden nicht den Entschluß gefaßt hätte, sich um die Präsidentschaft zu bewerben; sicherlich haben sie entscheidend an seinem Erfolge mitgewirkt. Der einsame Mann war ihrem Einfluß von vornherein weit mehr zugänglich als dem seiner offiziellen Ratgeber, vor allem in auswärtigen Fragen, in denen er, selbst unbewandert, dem Urteil seines Staatssekretärs Bryan ein Mißtrauen entgegenbrachte, das House und Page eifrig vertieften. So entstand ein Triumvirat von entscheidender Bedeutung für die Auslandsbeziehungen der Vereinigten Staaten, ein Triumvirat, das völlig im Verborgenen arbeitete; denn Pages wichtigste Berichte waren nicht an das Staatsdepartement gerichtet, dem er unverhohlen mißtraute<sup>2)</sup>, sondern in die Form von Privatbriefen an Wilson oder House gekleidet, von denen nach seiner eigenartigen Arbeitsweise meist keine Abschriften in London blieben!<sup>3)</sup> So hat der Zwischenfall, der Page 1913 das Innenministerium vorenthielt und ihm dafür die Londoner Botschaft einbrachte, den Gang der Weltgeschichte nicht unwesentlich beeinflußt.

Um Houses geheimes Walten hatte sich schon seit Jahren eine Legende gebildet; Page war, wenigstens außerhalb der angelsächsischen Länder, sehr viel weniger bekannt, bis seine zum

---

<sup>1)</sup> Page I 106 f.; *Intimate Papers of Colonel House* I 44 ff.

<sup>2)</sup> Er begründet dies mit der Indiskretion des Department, aus dem er seinem Personal gegenüber kein Hehl machte: „Ich fragte sie (zwei seiner Sekretäre), ob ich solch' eine Depesche schicken solle. Beide antworteten sofort: „Nein, wagen Sie es nicht; schreiben Sie dem Präsidenten. Ich sagte: Nein, ich habe kein Recht, den Präsidenten mit gewöhnlichen Geschäften oder häufigen Briefen zu plagen“ (Brief an House, 8. Januar 1914, Page I 225).

<sup>3)</sup> „Page war ein sorgsamer Korrespondent, insofern seine Niederschriften seine völlig durchdachten Ansichten über die großen Tagesereignisse darstellten, aber ein sorgloser, insofern er seine so gewissenhaft ausgearbeitete Darstellung nicht aufhob. Manchmal konnte er einen Brief in einem Zuge beenden; häufiger pflegte er emsig bis zum Postschluß zu arbeiten und das Ergebnis hastig in den Depeschensack zu stecken — ohne daß andere Augen als die seinen es gesehen hatten“ (Page III 1).

größeren Teil aus Briefen aufgebaute Biographie einen Einblick in die diplomatische Tätigkeit dieses merkwürdigen Mannes erlaubte.<sup>4)</sup> Das Buch hat einen beispiellosen Erfolg gehabt und gegen fünf Millionen Mark Reingewinn gebracht. England und Amerika hallten wider von dem Preise dieses „größten und edelsten Amerikaners seit Lincoln“, von dem Präsident Coolidge bei der Einweihung der zu seinem Andenken gestifteten Walter Hines Page School of International Relations (John Hopkins University) am 1. Juni 1924 erklärte: „Er gab sein Leben für sein Vaterland . . . Ein Leben wie das seine sollte allen künftigen Geschlechtern als Vorbild vorgehalten werden“ (zitiert nach C. H. Grattan, *American Mercury*, September 1925, S. 39).

Betrachten wir kurz die Entwicklung dieses Lebens, so fällt die äußere Ähnlichkeit seiner Anfänge mit denen von Wilson und House Universität vervollständigt (Page wie Wilson in John Hopkins, House 1858) in den Südstaaten geboren als Söhne angesehener, wohlhabender Männer; ihrer Abstammung nach ganz oder fast rein englisch, haben sie in ihrer Kindheit die von altbritisch aristokratischer Tradition so tief durchtränkte Atmosphäre ihrer Heimat geatmet, den Bürgerkrieg und seine verheerenden Folgen als erstes großes Ereignis erlebt und die landesübliche Erziehung mittelmäßiger Provinzschulen auf einer großen nordischen Universität vervollständigt (Page wie Wilson in Johns Hopkins, Baltimore). Von den Monaten, die der junge Page nach Abschluß seiner Studien in Deutschland verlebte (Sommer 1877), hat er keine nennenswerten Eindrücke bewahrt. Von einer leidlichen humanistischen Grundlage abgesehen, war sein Geist ausschließlich mit englischer Literatur genährt. Während seiner Journalistischen Wanderjahre (1878—1883) ist er zum ersten Male Wilson begegnet, der damals in Atlanta als wenig beschäftigter Rechtsanwalt begeistert die englische Verfassung studierte und bald darauf in seiner Doktordissertation „Congressional Government“ nachwies, daß die Vereinigten Staaten nicht vom Kongreß — geschweige denn vom Volkswillen — regiert würden, sondern von den Ausschüssen der beiden Kammern: ein lehrreicher Auftakt zu seinen eigenen späteren Regierungsmethoden.

Die Beziehungen zwischen den beiden blieben herzliche während der folgenden Jahrzehnte, die Wilson zu den höchsten akademischen Würden führten, während Page als Herausgeber der bedeutendsten

---

<sup>4)</sup> The Life and Letters of Walter H. Page by Burton J. Hendrick, London, W. Heinemann, 1923, 2 Bände; ein 3., der die wichtigsten Briefe an Wilson enthält, ist 1925 erschienen.

politisch-literarischen Zeitschriften (Forum, Atlantic Monthly, World's Work) ein Ansehen und eine Geltung gewann, die wir nach der traurigen Einflußlosigkeit deutscher Zeitschriften gar nicht abschätzen können. Unterdessen hatte House, weit mehr auf das Praktische gerichtet, in seinem Heimatstaate Texas eine besondere politische Technik meisterhaft ausgebildet, nach seinem von Jugend auf unwandelbar befolgten Grundsatz des Regierens aus der Kulisse, ohne allen persönlichen Ehrgeiz oder Eigennutz, aber auch unter unbedingter Ablehnung jeder Verantwortung. So war er zugleich der mächtigste und der gewiegteste der drei Männer, die sich Ende 1911 zu gemeinsamer politischer Arbeit zusammenfanden. Auf dieser Arbeit und der Einheitlichkeit ihres Wollens und Strebens ist Wilsons Präsidentschaft aufgebaut, mit allen ihren für die Welt so schwerwiegenden Folgen.

Von den drei Freunden <sup>5)</sup> wußte keiner über europäische Politik Bescheid, ihr Interesse an der Alten Welt wurzelte fast ganz in England. So war Page ein völliger Neuling, als er die Londoner Botschaft übernahm. Sein verblüffend rascher und nachhaltiger Erfolg in diesem allen früheren Erfahrungen seines Lebens so völlig fernliegenden Wirkungskreis ist denn auch von allen denen verwertet worden, die dem angeblich immanenten Versagen der Berufsdiplomaten die glänzenden Erfolge „begabter Außenseiter“ gegenüberstellen. Gewiß hat es deren gegeben: es genügt, an das für Frankreich so günstige, für Deutschland so schädliche Walten Barrères in Rom zu erinnern. Das Problem wird jedoch falsch gestellt, wenn mittelmäßige Berufsdiplomaten mit hervorragenden „Dilettanten“ verglichen werden. Mag ein von den Hemmungen der „Karriere“ nicht belasteter Mann auch leichter verschiedenartige Verbindungen anknüpfen und dadurch eine vielseitigere Vorstellung des Auslandes gewinnen, mag er aus demselben Grunde in seinen Entschlüssen freier sein und einem genialen Einfall unbedenklich folgen: bei gleicher Begabung liegt es doch auf der Hand, daß ein in der Kunst seines Berufes geschulter Diplomat — wie alle Kunst ist auch diese eine *ars longa* — seinem Vaterlande bessere Dienste leisten wird. Und geniale Einfälle sind naturgemäß unendlich viel seltener am Platze als kluges Führen der Geschäfte.

---

<sup>5)</sup> Wilsons Beziehungen zu House gestalten sich fast von Anfang an viel intimer als die zu Page, der ja auch Amerika sehr bald verließ. Aber es ist sicher keine Phrase, wenn dieser in einer Rede vor dem Author's Club in London (3. Dezember 1913, Page III 97) den Präsidenten „einen seiner ältesten und besten Freunde“ nennt.



Betrachtet man Pages erstes Botschafterjahr, so kann man nicht leugnen, daß nur ein ganz hervorragender Berufsdiplomat es ihm gleichgetan hätte. Dank dem von den verschiedensten Seiten gerühmten Zauber seines Wesens wußte er in erstaunlich kurzer Zeit Zuneigung und Vertrauen zu gewinnen, bei König und Regierung wie bei der konservativen Opposition, in der vornehmen Gesellschaft wie in wissenschaftlichen und künstlerischen Kreisen. Er mißachtete und vernachlässigte niemanden und sparte nicht mit Zeit und Kraft. Vom ersten Tage an hat er es als seine Pflicht angesehen, weit über die offiziellen Grenzen seines Amtes hinaus den amerikanischen Gedanken durch das ganze Land zu tragen. Die Freundschaft Englands für die stamm- und sprachverwandten Vereinigten Staaten und die daraus erwachsende Sonderstellung ihres Botschafters kamen ihm dabei zugute; aber er hat sie weiter ausgebaut als wohl irgendeiner seiner Vorgänger. „Der amerikanische Botschafter“, schreibt er am 5. Juni 1914 an Wilson (Page III 80), „wird früher oder später in alle Städte eingeladen . . . Kein Tag vergeht, ohne daß ich Reden halte oder kurze oder lange Reisen in der Eisenbahn oder im Auto mache und versuche, unsere Einrichtungen und unser Leben darzustellen. All diese Tätigkeit ist wesentlich, denn sie ist ein organischer Bestandteil des besseren gegenseitigen Verstehens der beiden Völker, unserer internationalen Freundschaft. Es gibt keinen anderen Weg, diesen engen Beziehungen Ausdruck zu verleihen.“ Oder: „Während der letzten Monate habe ich fast täglich eine Rede gehalten — meist nach Tisch (folgen die Namen verschiedener Körperschaften), und ich habe versucht, in jeder kleinen Rede einen Gedanken darzustellen, der den Zuhörern eine klar umrissene Vorstellung von irgendeinem Teil der Arbeit unserer großen Demokratie geben sollte“ (an Wilson, 21. Dezember 1913, Page III 103). Der deutsche Leser denkt dabei mit Beschämung und Neid an alles, was in den entsprechenden Beziehungen zwischen uns und Oesterreich versäumt worden ist und noch geschehen könnte.

Man kann fragen, ob unter einer so aufreibenden, zersplitterten Tätigkeit die vornehmsten Aufgaben eines Botschafters nicht leiden müssen. Für die Zeit bis zum Kriege war dies bei Page kaum der Fall. Im Gegenteil, das Vertrauen der maßgebenden englischen Staatsmänner, vor allem Sir Edward Greys, hat es ihm ermöglicht, schon nach wenigen Monaten zwei Streitfälle aus der Welt zu schaffen, welche die Beziehungen beider Länder ernstlich gefährden konnten: den mexikanischen und den von Panama. In jenem gab England seinen Präsidentschaftskandidaten Huerta preis, obgleich

dabei sowohl eine Prestigefrage wie gewichtige Erdölinteressen auf dem Spiele standen, in der Frage der Panamakanalgebühren setzte es Page durch, daß Wilson eine dem alten Hay-Pouncefoote-Vertrag zuwiderlaufende, vom Kongreß bereits angenommene Regelung bekämpfte und ihre Zurücknahme im Senat durchsetzte, obwohl irische und deutsche Gruppen den Präsidenten und vor allem seinen Botschafter beschuldigten, er opfere amerikanische Interessen der Liebedienerei gegenüber England (Page I 175 ff., 232 ff.). Zweifellos entsprach diese Lösung den Verpflichtungen der Vereinigten Staaten und einer vornehmen Politik, sie ist dementsprechend in England begeistert anerkannt worden. Zweifellos traf es sich auch sehr günstig, daß beide Fragen gleichzeitig nebeneinander herliefen und so beide Regierungen für ihr Nachgeben auf der einen Seite einen Erfolg auf der anderen vorweisen konnten. Aber das schmälert doch nicht die hervorragend geschickte Tätigkeit von Page, der bald bei Grey, bald bei Wilson Konzessionen erreichte, Northcliffe durch einen persönlichen Besuch auf seinem Landsitz besänftigte und es durch liebenswürdige Diplomatie so weit brachte, daß Lord Cowdray, der Führer der anglo-mexikanischen Erdölmagnaten, nach dem Scheitern seiner grossen Pläne der Freund ihres Zerstörers blieb (Page III 62, 112 f.). Wäre Page vor dem Kriege abberufen worden, so könnte über seine Tätigkeit in London nur eine Stimme des Lobes herrschen.<sup>6)</sup> Ihre Schwäche hat erst der Krieg enthüllt.

Man hat Page der Anglomanie bezichtigt. Gewiß hat sein Aufenthalt in England sein alteingewurzelttes Bewußtsein rassenmäßiger und geistiger Stammesverwandtschaft bedeutend vertieft und eine oft übermäßige Bewunderung für alles Englische in ihm geweckt. Es war ein Scherz der Weltgeschichte, daß dieser eingefleischte Demokrat — das vielschillernde Wort im amerikanischen Sinne gefaßt — gerade die Kraft und Pracht des alten aristokratischen und feudalen Englands aus nächster Nähe kennen und bewundern lernte. Seine Schilderungen dieser daliinschwindenden Größe sind wohl die lebendigsten und anregendsten, die wir besitzen. Es wäre unbillig, darin, wie bei so vielen Amerikanern, bloß befriedigten Snobismus zu sehen. Im Gegenteil, bei aller Bewunderung bricht immer wieder leise Geringschätzung durch, geboren aus einer geradezu phantastischen amerikanischen Überheblichkeit. Denn Page ist über alles Maß hinaus „spread-eagle“. Man höre nur ein paar willkürlich herausgegriffene Proben:

<sup>6)</sup> „Er würde sich in Friedenszeiten wunderbar bewährt haben, aber sein Geist ist durch den Krieg verdreht (warped) worden.“ (House an Wilson, 18. 5. 1916, House II 269 f., ein sehr aufschlußreicher Brief.)

„Die Zukunft der Welt gehört uns. Man braucht nur mit zwei wirtschaftlich sehenden Augen eine ganz kurze Zeit hier zu sein, um dessen sicher zu werden. Nächstens wird es jedermann sehen. Diese Engländer geben ihr Kapital aus, und es ist ihr Kapital, das ihnen bisher noch ihre gewaltige Macht gibt. Was werden wir nun nächstens mit der Führerschaft der Welt machen, wenn diese offenkundig in unsere Hände fällt? Und wie können wir die Engländer für die höchsten Zwecke der Demokratie verwenden? . . . Die große wirtschaftliche Flut des Jahrhunderts fließt in unserer Richtung. Wir werden nächstens die großen Weltprobleme zu entscheiden haben. Dann werden wir Weltpolitik brauchen; und mit diesen altmodischen Weltführern hier werden wir dann zu arbeiten haben in noch engerer Verbindung als zuvor . . . Wir stecken in dem internationalen Spiel, nicht in den Intrigen und Lasten und Kümernissen und der Traurigkeit der Alten Welt, sondern auf dem unvermeidlichen Wege zum Führertum und zur freudigen Beherrschung der Zukunft; und alle Welt weiß, daß wir darin stecken, außer uns. Es ist einfach gewohnheitsmäßige Blindheit, die uns veranlaßt, weiter von uns als Abseitsstehenden zu denken. Hier denken sie in Rassen, und wir sind von ihrer Rasse, und wir werden ihr stärkster und glücklichster Zweig werden“ (Brief an Wilson, 25. Oktober 1913, I 144 f., 150 f.).

„Sie halten an unserer Gunst fest aus Vernunftgründen sowohl wie aus Gründen der Stammesverwandtschaft. Und wann immer wir die Führung der Welt übernehmen wollen, werden sie es zugestehen — allmählich — und uns loyal folgen. Sie können nicht Franzosen werden, und sie mögen die Deutschen nicht. Sie müssen in unserem Boot zur Sicherheit ebenso wie zum Komfort bleiben“ (an denselben, 11. Mai 1914, I 170).

„Was werden wir mit diesem England und diesem Empire nächstens machen, wenn die wirtschaftlichen Kräfte unmißverständlich die Führerschaft der Rassen in unsere Hände legen? Wie können wir sie führen und brauchen für die höchsten Ziele der Welt und der Demokratie? Wir können tun, was wir mögen, wenn wir herzhaft und mit guten Manieren daran gehen . . . „Was haben wir am meisten von Ihnen zu lernen?“ fragte ich neulich Sonntags einen freundlichen, juwelengeschmückten Edelmann in einem ländlichen Garten, der zu Vertraulichkeiten einlud. „Wenn ich ohne zu verletzen sprechen darf: Bescheidenheit“ (an denselben, I 174).

„Wir können über dieses Volk, diese Regierung, diese enge Insel und ihr weltumfassendes Reich verfügen; sie ehren uns, sie beneiden uns, sie sehen die Zeit nahen, wo wir das Kapital und den

Handel der Welt beherrschen werden, wenn wir unser mächtiges Volk loslassen; sie wünschen uns sehr nahe zu bleiben“ (an denselben, 10. September 1913, I 250).

„Wenn dieses Königreich jemals eine Republik wird, wird natürlich unsere die erste Republik der Welt bleiben“ (an denselben, III 60).

„Wenn es die engste Art eines Offensiv- und Defensivbündnisses zwischen ganz Großbritannien mit seinen Kolonien und den Vereinigten Staaten gäbe, was würde geschehen? Was immer wir sagten, würde getan werden, ob wir sagten: ‚Kommt aus dem Regen herein‘ oder: ‚Legt die Waffen nieder‘. Das könnte der Anfang einer wirklichen Weltallianz und einer Verbindung zur Durchführung gewisser großer Ergebnisse sein — Entwaffnung z. B. oder Schiedsgerichte —, Dutzende von guten Dingen“ (an House, 2. Januar 1914, I 283).

„Wenn wir irgendeine freundliche Verwendung für diese Flotten und Heere und Könige und dergleichen — im Dienste der Menschheit — finden könnten, würden sie uns folgen. Wir sollten einen Weg finden, sie zu benutzen, um die tropischen Gebiete aufzuräumen, unter unserer Führerschaft und unter unserem Sittengesetz — daß alles zum Heile der tropischen Bevölkerungen geschehen muß und niemand einen Fuß breit Landes annektieren darf. Sie (die Großmächte) brauchen eine Beschäftigung, dann würden sie aufhören, dazuhocken und einander anzuknurren“ (an House, 28. August 1913, I 271).

Dabei ist das Merkwürdigste nicht einmal der amerikanische Größenwahn, sondern die Selbstverständlichkeit, mit der die Engländer ihn hinnehmen. Die Zeit ist noch nicht fern, da kaum ein englischer Verleger so etwas veröffentlicht hätte; heute jubelt das britische Publikum Page zu, und der langjährige Ministerpräsident Asquith druckt seine Äußerungen ohne ein Wort des Protestes ab (Der Ursprung des Krieges S. 177 ff.) — der beste Beweis dafür, wie sehr sie ins Schwarze treffen!

Man versteht Pages Standpunkt besser, wenn man sich an Englands innere Lage im Jahre 1913/14 erinnert. Die erbitterten Kämpfe um Lloyd Georges umstürzende Reformen, die ohnmächtige Wut der Konservativen, die Spaltung in Irland: das alles erzeugte in dem sonst so gelassenen politischen und gesellschaftlichen Leben des Inselreiches eine solche Siedehitze, daß sie dem fremden Beobachter als unmittelbar drohende Revolution, fast schon begonnener Bürgerkrieg erscheinen mußte. Er verkehrt intim mit



beiden Parteien, auch die Extremen lassen sich vertrauensvoll vor ihm gehen; und wenn er auch den liberalen Neuerern zustimmt, würdigt er aus persönlicher Sympathie doch den Standpunkt ihrer Gegner. So sind seine Berichte an Wilson auch hierfür ungemein anschaulich und aufschlußreich, wenn auch etwas zweideutig.

Die Kehrseite dieses ganz intimen Miterlebens britischer Nöte ist es freilich, daß Page — wie die meisten Engländer damals — die übrige Welt, von der er stets sehr wenig gewußt hat, vollends verißt. Das könnte einem Berufsdiplomaten kaum in solchem Maße geschehen; vor allem aber würde es wenig schaden, weil seine Regierung durch die übrige Berichterstattung allseitig unterrichtet wäre. Der einsame, Europas unkundige Wilson dagegen gründete seine Auffassung weltpolitischer Fragen wohl vornehmlich auf Houses Mitteilungen und Pages Briefe. Das Ergebnis mußte ganz einseitig ausfallen, und das war in jenen kritischen Zeiten verhängnisvoll.

Page war überzeugt, daß er Greys volles Vertrauen genieße — wohl mit Recht, soweit es sich um anglo-amerikanische Beziehungen handelte. Aber er ahnte nicht, was der „einsame Idealist“ (III 63) ihm sonst alles verschwie. Außer den unmittelbaren Geschäften sprachen die beiden von ländlichen Freuden und Wordsworths Dichtungen, die brennenden Probleme der europäischen Politik finden in Pages Korrespondenz keinen Niederschlag. Weder die folgenschwere Frühlingssfahrt nach Paris, auf der Grey seinen König begleitete, wird berührt, noch überhaupt das Verhältnis der beiden großen Mächtegruppen. Ebensowenig scheint Page von seinen ausländischen Kollegen erfahren zu haben; er berichtet von Gesprächen über amerikanische Dinge, hat aber offenbar gar kein Interesse an den Angelegenheiten Europas, über die er mit seiner weit überlegenen Intelligenz Lichnowsky oder Mensdorff leicht zum Reden gebracht hätte. Er ahnt weder von Rußlands Plänen im Orient noch von der russisch-englischen Marinekonvention das geringste. Europa liegt ihm auch in London fern; wie seine Bildung ist auch seine Politik rein angelsächsisch. Darin war er wahrlich kein guter Botschafter, vor allem für das Jahr des Unheils 1914.

Das zeigt sich klar bei der einzigen weltpolitischen Frage, in die er vor dem Kriege hineingezogen wurde, der Friedensmission des Obersten House. Page selbst hatte dem Freunde den Privatsekretär Greys, Sir William Tyrrell, empfohlen, als dieser während der mexikanischen Spannung Ende Oktober 1913 „als Privatmann“ nach Washington fuhr. House führte ihn Wilson

zu, und die drei verstanden einander alsbald so gut, daß die Mission des „Obersten“ in den Gesprächen mit Tyrrell erst Gestalt gewann. Am 13. Dezember 1913 setzt House in einem Briefe an Page (I 277) seinen Plan eines Friedenspaktes zwischen Amerika, England und Deutschland auseinander, dem Tyrrell „a good sporting chance of success“ zugebilligt hatte. Page war wesentlich skeptischer. Wie sein Freund Hendrick darlegt (I 282), „hatte er kein Vertrauen zu Deutschland und glaubte, daß die Existenz des ‚Kaiserismus‘ mit der Verbreitung des demokratischen Ideals unvereinbar sei . . . . . er hatte keine Begeisterung für irgend etwas von der Art eines Bündnisses oder ‚Paktes‘, der Deutschland als gleichberechtigten Partner umfaßte“. Man beachte das letzte Adjektiv! Aus dem Wust öder Schlagworte tritt klar Pages heftige Abneigung gegen das ihm so gut wie unbekannte Deutschland hervor; offenbar war sie ihm in London beigebracht worden. Wenn er auch einen entschieden abratenden Brief an House vernichtete (Brief an Wilson, 6. September 1914, III 138: „to show the utter futility of the idea“), machte er doch aus seinen Bedenken kein Hehl. „Ich erwarte nicht, daß Sie irgendein sichtbares oder unmittelbares Ergebnis erzielen werden“, schreibt er House am 27. April 1914 (I 287). „Ich hoffe, ich täusche mich darin . . . Sie wollen sehen, welchen Eindruck Sie auf den Geist eines Mannes (des Kaisers) machen können. Vielleicht werden Sie nie wissen, welchen Eindruck Sie eigentlich gemacht haben.“ House selbst war hoffnungsvoller und durfte es sein (Intimate Papers I 240 ff., besonders 256 ff.) Auf Tyrrells Rat fuhr er zunächst auf einem deutschen Dampfer nach Hamburg. In Berlin kam man ihm freundlich entgegen, nur Tirpitz machte seinem Unmut über England Luft, aber auch er betonte, daß Deutschland Frieden brauche. Es kostete einige Mühe, dem Abgesandten des Präsidenten ein Gespräch mit dem Kaiser unter vier Augen zu sichern; dies wird von Hendrick aus dem Widerstand der kriegslüsternden preußischen „Militärpartei“ gegen jede Friedensgarantie gedeutet, während doch ein solches Festhalten an konstitutionellen Gepflogenheiten, die dem Monarchen selbständige politische Handlungen verwehren, gerade den „demokratischen“ Amerikanern hätte imponieren müssen. Freilich war damals in Washington von ähnlichen Bindungen nichts zu spüren. Übrigens gibt House ehrlich zu, daß der Kaiser, als er ihm auf der Potsdamer Schloßterrasse nach dem Schrippenfeste (1. Juni 1914) seinen Friedensplan vortrug, bereitwillig darauf einging und ihn ermunterte, über seine weiteren Bemühungen in Paris und London zu berichten. Der „Militarismus“, die allgemeine Hochspannung und die Nervosität beunruhigten den Amerikaner; aber

er verläßt Berlin doch recht hoffnungsvoll. „Ich bin sehr froh, Ihnen zu melden“, schreibt er aus Paris an Wilson (House I 264), „daß ich so erfolgreich gewesen bin, wie ich es voraussah . . . Ich bin sehr glücklich über das Erzielte und begierig, nach London zu gelangen, um zu sehen, was sich dort machen läßt.“ Der kurze Aufenthalt in Paris verläuft ohne jedes Ergebnis. Wie House ermittelt haben will, daß die französischen Staatsmänner (von denen er keinen gesprochen hatte!) „jeden Gedanken an Revanche und die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen aufgegeben hätten und mit der Stellung Frankreichs, wie sie jetzt ist, zufrieden wären“, bleibt sein Geheimnis. Daß Grey ihm zustimmt (House I 266), versteht man leicht. Es lag in der Linie seiner Politik, den Amerikaner in jeder Weise zu ermuntern und zugleich hinzuhalten. Pages war er schon sicher, durch House konnte er nun auch den Präsidenten gewinnen. Andererseits war er an seine Ententegenossen viel zu eng gebunden, als daß er frei hätte handeln können. So ließ er House bis nach dem Attentat von Sarajewo auf ein hoffnungsvolles Wort für den Kaiser warten, und als der Brief an diesen endlich am 7. Juli abgehen konnte (House I 278 ff.; vorher bei G. von Jagow, England und der Krieausbruch S. 76 ff.), war es zu spät.

Es ist lehrreich, die Darstellung Hendricks mit der bei House selbst zu vergleichen. Pages sturer Deutschenhaß tritt bei seinem Biographen noch vergrößert hervor, alle günstigen Momente werden weggelassen, die ungünstigen verschärft, harmlose Kleinigkeiten, wie die Überfüllung der Berliner Schießstände, aufgebauscht (Page I 290). Die Bemerkung: „Oberst House verließ Berlin nicht besonders hoffnungsvoll“ (I 295) widerspricht seinen eben zitierten Worten, die wahrlich nicht einen „tone of faint optimism“ (I 296) atmen. House erklärt Grey am 17. Juni, „der Kaiser selbst und die meisten seiner unmittelbaren Ratgeber wollten keinen Krieg, weil sie wünschten, daß Deutschlands Handel sich ausdehne und sein Reichum wachse, aber das Heer sei militaristisch und aggressiv und jederzeit zum Kriege bereit“ (House I 267). Bei Hendrick lesen wir (I 295 f.): „Solange der Kaiser dem Willen des Militarismus gehorsam bleibe, könne er seine Stellung wahren. Er (House) war jedoch überzeugt, daß die militaristische Oligarchie entschlossen sei, ihren Willen durchzusetzen, und den Kaiser alsbald entthronen würde, sobald er Anzeichen für das Einschlagen eines Kurses gebe, der zum Frieden führe . . . diese militaristische Oligarchie war zum Kriege entschlossen.“ Der Unsinn stammt zwar nicht von Page selbst, doch ist sein Biograph offenbar ein getreuer Dolmetsch seiner Gefühle. Denn als ihm House nach Krieausbruch schreibt:

„Und denken Sie nur, wie nahe daran wir waren, eine solche Katastrophe unmöglich zu machen! Wenn England ein wenig rascher gehandelt hätte (had moved a little faster) und mich nach Deutschland hätte zurückkehren lassen, hätte sich die Sache vielleicht machen lassen“, antwortet Page alsbald: „Nein, nein, nein — keine Macht auf Erden hätte es verhindern können. Der deutsche Militarismus, der das Verbrechen der letzten fünfzig Jahre ist, hat seit fünfundzwanzig Jahren auf dieses Ziel hingearbeitet. Es ist das logische Ergebnis seines Geistes, seines Wirkens und seiner Lehre. Es mußte kommen. Aber natürlich wählten sie den falschen Zeitpunkt und die falsche Gelegenheit. . . . Sie (House) haben alles getan, was nur irgendein Sterblicher tun konnte. Aber niemand hätte irgend etwas Wirksames tun können“ (Page I 299 f.).

Wir weisen als Deutsche natürlich diesen von Sachkenntnis ungetrübten Haßgesang Pages ab; indessen bedeutet er allein noch keine Verletzung seiner Botschafterpflichten. Sehr viel schwerwiegender ist sein Verhalten gegenüber Grey und Wilson. Dieser hatte schon im April 1914 seine Lösung der Panama-Frage dem Kongreß mit der geheimnisvollen Bemerkung aufgezwungen, er werde sonst nicht wissen „how to deal with matters of even greater delicacy and nearer consequence“ (Page I 268). Diese so überaus schwerwiegenden Dinge waren eben die Paktvorschläge, die House in Berlin und London unterbreiten sollte. Page war von Anfang an im Bilde. Ihm lag es ob, den Boden nach Kräften zu ebnen, nicht bloß, indem er House mit den maßgebenden englischen Persönlichkeiten zusammenführte, sondern durch den Einsatz seines ganzen Einflusses, auf den er doch so stolz war. In Berlin war es House innerhalb weniger Tage ermöglicht worden, alle maßgebenden Persönlichkeiten bis zum Kaiser zu sprechen; in London dauerte es eine volle Woche, ehe Page „einen freien Tag für das Lunch mit Sir Edward finden konnte“ (House I 266). Dann ließ Grey mehr als zwei Wochen kostbarster Zeit ungenutzt verstreichen. Hätte sein vertrauter Freund Page ihn nicht ein wenig drängen, vor allem aber die Beweggründe seines Zögerns erforschen können? Gab es eine bessere Gelegenheit, etwas über Englands Stellung und Bindung innerhalb der Entente zu ergründen? Wenn aber Greys vielgerühmtes Vertrauen versagte, standen Page dann keine anderen Wege zur Verfügung? Er scheint sich über dies alles keine Gedanken gemacht zu haben. Zunächst wartet er voll Geduld: „Sie versuchen, etwas zu finden, was sie Deutschland sagen können; das ist schwer, weil sie den Deutschen im Grunde nicht trauen. Grey ist mit tiefem Ernst dabei, aber er kann die Be-



sorgnis nicht los werden, daß die Deutschen seine Annäherungsversuche mißbrauchen und gegen ihn ausbeuten könnten. Aber der deutsche Kaiser hat seinen hiesigen Botschafter kommen lassen, der nun in Kiel auf zehn Tage bei ihm ist. Das könnte etwas bedeuten. Ich werde dem Botschafter eine Gelegenheit geben, es mir zu sagen, sobald er zurückkehrt“ (Brief an Wilson, 5. Juli 1914, Page I 117). Und am 12. schreibt er (III 65): „House ist glücklich, da er seinen Brief an den Kaiser abgesandt hat, und jetzt unterhält er sich. Ich sagte Sir Edward Grey, was House geschrieben habe, und er war erfreut. ‚Gut, so weit es geht‘, sagte er, ‚und ich sehe nicht, wie er hätte weitergehen können.‘ Aber Grey ist sehr besorgt über die Gefahr, die von der serbischen Agitation gegen Österreich (Servian unrest against Austria) kommt. Sowohl Rußland wie Deutschland mobilisieren im Süden.“ Das letzte ist natürlich bildlich gemeint. Im übrigen aber beruhigt sich dieser sonderbare Botschafter damit, Grey alles gesagt und nichts von ihm erfahren zu haben. Es fällt ihm nicht ein, daß es vielleicht geheime englische Verpflichtungen gegenüber Rußland sind, die Grey über serbische Umtriebe so sorgenvoll sprechen lassen. Noch weniger empfindet er die Pflicht, sich über all diese Probleme einmal zu orientieren. Er knüpft an jene Sorgen Greys eine sehr reizvolle Schilderung der englischen Aristokratie und glaubt damit genug getan zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

---

## Erzherzog Franz Ferdinand und der Krieg.

Von Edmund von Glaise-Horstenau.

**E**rzherzog Franz Ferdinand, der vor zwölf Jahren ermordete Thronfolger Österreich-Ungarns, hat zu Lebenszeiten in den Augen Uneingeweihter nicht selten als Anhänger einer draufgängerischen Kriegspolitik gegolten. So wurde bald nach der Zusammenkunft von Springe, Herbst 1912, allen Ernstes ein angeblich von Kaiser Wilhelm gesprochenes Mahnwort kolportiert: „Franzi, Ihr Österreicher rasselt ein wenig stark mit meinem Säbel!“ Auch die dem Thronfolgerattentat vorangehende serbische Stimmungsmache gipfelte letzten Endes darin, daß Franz Ferdinand als der Mann hingestellt wurde, der nur danach dürstete, das unschuldige Serbien im tiefsten Frieden zu überfallen und zu ver-

nichten. Gleiches wurde nach der Katastrophe von Sarajewo serbischerseits als Entschuldigung für die Mordtat vorgebracht. Kaiser Wilhelm und Franz Ferdinand hätten, hieß es unter Berufung auf eine Nachricht aus dem russischen Generalstabe, bei ihrer letzten Zusammenkunft in Konopischt (Juni 1914) geradezu verabredet, Serbien vom Manöverfelde aus mit Krieg zu überziehen. Ja, erst kürzlich hat sich, wie wir in diesen Blättern lesen konnten, ein serbischer Schriftsteller sogar zur Behauptung verstiegen, daß bei der Konopischter Entrevue auch der Anschlag von Sarajewo angestiftet worden sei, damit dadurch ein Vorwand für den Krieg gegen Serbien gewonnen werde.

Solche Unsinnigkeiten widerlegen sich von selbst; sich mit ihnen weiter zu beschäftigen, lohnt sich nicht. Immerhin aber mag es angebracht sein, einmal die grundsätzliche Einstellung Franz Ferdinands zum Krieg und vor allem zu dem von seinem Generalstabschef Conrad von Hötzendorf so nachdrücklich angeregten Vorbeugungskrieg einer kurzen Betrachtung zu unterziehen. Dabei ist es allerdings nötig, vorerst die allgemeinen außenpolitischen Anschauungen des Erzherzogs in ihren wichtigsten Linien klarzulegen.

Franz Ferdinand war ein bei allem Reformeifer durchaus konservativer Mann. Auch die Grundzüge seiner außenpolitischen Ideen hatte er von dem konservativsten aller habsburgischen Prinzen der francisco-josefinischen Ära, vom Erzherzog Albrecht, dem Sieger von Custoza: tiefwurzelnde Sympathien für das zaristische Rußland und die Überzeugung, daß nur durch ein inniges Zusammengehen der drei Kaisermächte in Europa ein fester Damm gegen Umsturz und Revolution errichtet werden könne. Selbst in den gespanntesten Zeiten der zweiten Balkankrise (1912/13) gab der Erzherzog die Hoffnung nicht auf, mit Rußland doch noch zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen. „Was nutzen uns ihre schönsten Berichte“, sagte er zum österreichischen Militärattaché, dem Oberstleutnant Grafen Lelio Spannocchi, „wenn Sie uns kein Bündnis mit Rußland bringen“. In der Tat scheinen Franz Ferdinands Beziehungen zum Zaren auch in den Wochen größter politischer Spannung nicht ganz abgerissen zu sein. Viel eher stand der Erzherzog in früheren Jahren Deutschland einigermaßen kühl gegenüber. Es hing dies mit seiner prinzipiellen Einstellung zur deutschen und mitteleuropäischen Frage zusammen, einer Einstellung, die es ihm verbot, die Ergebnisse des Jahres 1866 auch innerlich voll anzuerkennen, und die ihn in der Verdrängung der Habsburger durch die Hohenzollern aus der deutschen Vorherrschaft

doch mehr oder minder ein Unrecht erblicken ließ. Erst allmählich gelang es Wilhelm II., den österreichischen Thronfolger persönlich mehr an sich heranzuziehen; keinen geringen Anteil daran hatte das ritterliche Verhalten des Kaisers gegenüber der im Wiener Hofleben an die Wand gedrückten morganatischen Gemahlin Franz Ferdinands. In den letzten Jahren verging wohl kaum eine Woche, in der nicht der kaiserliche Freund einen ausführlichen politischen Brief an Franz Ferdinand abgehen ließ. Die Antworten des Erzherzogs langten wohl weniger pünktlich ein. Jedenfalls verdankte dieser den Mitteilungen des deutschen Kaisers eine Kenntnis der außenpolitischen Dinge, wie er sie vom Ballplatze kaum je erhielt. Daß Franz Ferdinand indes Wilhelm die Freundschaftsgefühle, die dieser für ihn hegte, mit voller Wärme zurückgegeben hätte, darffüglich nicht angenommen werden. Dazu waren die beiden Männer trotz manchen verwandten Neigungen und Passionen innerlich doch von allzu verschiedener Art.

Weit mehr persönliche Zuneigung brachte Franz Ferdinand jedenfalls einem anderen Hohenzoller entgegen, dem König Carol von Rumänien, dessen ernstes und gediegenes Wesen nie seinen Eindruck auf den Erzherzog verfehlte. In Franz Ferdinand trafen sich hierbei politische Bestrebungen mit den persönlichen Sympathien. Die Nationalitätenpolitik, die er in Ungarn geführt wissen wollte und natürlich auch den ungarländischen Rumänen zustatten gekommen wäre, sollte gleichzeitig dem Ausbau der Beziehungen Wiens und Berlins zu Bukarest dienen, und der Haß, den der Thronfolger dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza entgegenbrachte, empfang nicht zuletzt aus dem unverrückbaren Widerstand gegen jegliche Besserstellung des rumänischen Elements in Siebenbürgen stets neue Nahrung. Graf Czernin kam als Gesandter nach Bukarest, um dort im Sinne des Erzherzogs zu arbeiten. Als Franz Ferdinand erfuhr, daß Czernin Tisza versprochen habe, am rumänischen Hofe streng österreichisch - ungarische Politik zu machen, war er darüber aufs höchste ungehalten.

So sehr Franz Ferdinand den König Carol verehrte, so groß war seine Abneigung gegen den Zaren der Bulgaren. Traf er sich hierin durchaus mit dem deutschen Kaiser, so war dies in der türkischen Frage kaum der Fall. Denn der Erzherzog machte die Annäherung zwischen den Mittelmächten und der Türkei nur mit gemischten Gefühlen mit. Abgesehen davon, daß eine solche Politik zu Differenzen mit Petersburg führen mußte, widersprach ein Bündnis zwischen Christenreichen und den Ungläubigen auch seinen religiösen Auffassungen.

Für Frankreich hatte Franz Ferdinand nichts übrig. Dagegen lag ihm sehr viel an freundschaftlichen Beziehungen zu England, die er für die Festlandsgeltung Österreich-Ungarns für unentbehrlich hielt. Es ist fraglich, ob Eduard VII. bei ihm auf die gleiche Ablehnung wie bei Franz Joseph gestoßen wäre; ohne Deutschland verraten zu wollen, hätte der Erzherzog einen gangbaren Mittelweg gesucht, auf dem er sich die Gunst Albions nicht ganz zu verschmerzen brauchte.

Wirkliche Feindschaft fühlte der Thronfolger nur gegen einen Nachbarstaat, gegen Italien, in welchem er gleich dem Chef des Generalstabes den eigentlichen Erbfeind des Habsburgerreiches erblickte. Er hielt von der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibund so gut wie nichts und belächelte den freudigen Widerhall, den zeitweilige Freundschaftsbezeugungen des Quirinals mitunter auf dem Ballplatz und fast immer in der Wilhelmstraße erweckten, als unrettbare Naivität mit Ingrim. Der Gedanke, dem König Viktor Emanuel bei den bevorstehenden deutschen Manövern die Hand drücken zu müssen, lastete als Alpdruck auf den letzten Wochen seines Lebens. Anregungen zu einem Besuche in Rom wies er schon als Katholik jederzeit weit zurück. Italien war aber auch — damit kommen wir zu unserem eigentlichen Thema — die einzige Macht der Welt, der gegenüber er unter Umständen für einen Krieg zu gewinnen gewesen wäre, ja diesen mitunter sogar wünschte. Allerdings nur unter der kaum erfüllbaren Voraussetzung, daß dadurch keine anderen Konflikte heraufbeschworen würden. Zumal gegenüber Rußland war der Erzherzog gesonnen, den Frieden um jeden Preis zu erhalten, selbst um die größten Opfer. Und lediglich dieses Streben diktierte ihm auch seine Haltung zu den Balkanproblemen, vor allem zum serbischen. Was Serbien immer auch tat — es gab für Franz Ferdinand, namentlich im letzten Jahrünft seines Lebens, kaum mehr eine andere Lösung als die friedliche, da er fest überzeugt war, daß jeder österreichisch-serbische Konflikt zwangsläufig zu dem von ihm so gefürchteten österreichisch-russischen Zusammenstoß führen müsse.

Der Beweise für die Friedensbestrebungen des Thronfolgers lassen sich aus der Literatur und nach mündlichen Zeugnissen übergenug anführen. Wenig bekannt ist, daß er ein absoluter Gegner der Annexion Bosniens gewesen ist und den Außenminister Ährenthal im Sommer 1908 eindringlichst beschwor, von dem schon gefaßten Plane abzustehen. Am 14. Februar 1909 äußerte sich Franz Ferdinand zu Conrad, daß er einen Krieg unter den herrschenden Verhältnissen unbedingt als ein schweres Unglück



betrachten würde. Ein Jahr darauf versicherte er dem Chef des Generalstabes aus voller Überzeugung, daß es „keine äußeren Kriege mehr geben“ werde. Angesichts solcher Kundgebungen darf man den eingangs erwähnten Ausspruch des deutschen Kaisers wohl in den Bereich der Fabel verweisen. Just in jenen Wochen und Monaten ließ sich der Erzherzog immer wieder gegenüber seinem Adjutanten, dem Obersten Dr. Bardolff, hören, daß er von Serbien „keinen Zwetschenbaum und kein Schaf“ haben wolle. Nur dem Ultimatum, das in der Skutari-Angelegenheit dem König Nikola von Montenegro gestellt wurde, stimmte er zu, wohl wissend, daß es der schlaue Beherrscher der schwarzen Berge nicht zum Kriege kommen lassen werde. Damals und später hatte der nachmalige österreichische Finanzminister Baron Spitzmüller manche Unterredung über außenpolitische Dinge mit dem Thronfolger. In Spitzmüller lebt noch heute der tiefe Eindruck fort, den ihm des Erzherzogs Versicherungen machten, daß es gegenüber Rußland auf keinen Fall zu einem Kriege kommen dürfe. Im Januar 1914 beurteilte der Erzherzog die weltpolitische Lage so günstig, daß er — Sparmeister wie immer — dafür eintrat, im kommenden Sommer kostspieligere Truppenübungen zu unterlassen. Auch bei den letzten Zusammenkünften zwischen dem deutschen Kaiser und dem österreichischen Thronfolger wurden keinerlei irgendwie geartete Verabredungen für einen etwa bevorstehenden Krieg getroffen, sondern beide sprachen sich nachdrücklichst für die Aufrechterhaltung des Friedens aus. Was im besonderen Konopischt anbelangt, so war Franz Ferdinand geradezu geneigt, die Lage wesentlich rosiger zu beurteilen, als sie es verdiente; denn er unterschätzte die physische und moralische Kriegsbereitschaft Rußlands, die ja wirklich ein Gradmesser für den europäischen Frieden sein mußte.

Es wäre falsch, des Erzherzogs Kriegsgegnerschaft vor allem auf philisophisch-humanitäre Erwägungen zurückzuleiten; solche spielten bei ihm sicherlich nur eine untergeordnete Rolle. Eher schon mochte Conrad recht haben, wenn er den kriegsgegnnerischen Einfluß der um den Vater der Kinder bangenden, dem Hof gegenüber völlig vereinsamten Gattin in Rechnung zog. Dieser Einfluß machte sich in nicht geringem Maße geltend. Das Entscheidende war aber bei Franz Ferdinand doch das instinktive Gefühl, daß es ein sehr gewagtes Beginnen wäre, dem von schweren inneren Wirren heimgesuchten Reiche seiner Väter, für dessen Bestand und Gedeihen er zitterte, eine so gefährliche Feuerprobe zuzumuten. Er war in dieser Auffassung einig mit dem von ihm sonst so bitter gehaßten Grafen Ährenthal.

Die Zeit von 1903 bis 1914 war eine ununterbrochene Krisis des Weltfriedens. 1908 und 1912/13 hatte, durch die feindselige Politik Serbiens in ihrer Existenz bedroht, die Habsburgermonarchie die Zündschnur zu dem Pulverfaß in der Hand, durch dessen Explosion der Weltbrand entfesselt werden konnte. Beide Male stand Österreich-Ungarn vom Äußersten ab. Wie weit des Thronfolgers Einfluß dabei maßgebend gewesen ist — wer könnte es sagen! In den leitenden Kreisen des Donaureiches gab es in beiden Krisen eigentlich nur einen Mann, der wirklich zum Kriege riet, den Chef des Generalstabes Conrad von Hötzendorf. Alle anderen führenden Männer waren für den Frieden. Daher sah sich Franz Ferdinand wohl nie vor die Nötigung gestellt, sein Veto in aller Form in die Wagschale zu werfen. Dessenungeachtet hat allein die Tatsache, daß man des Erzherzogs Stimmung kannte, in besänftigendem Sinne gewirkt. Man rief seine Entscheidung nie an, weil man ohnehin wußte, wie sie ausfallen werde. Bezeichnenderweise äußerte sich zu Anfang 1913 der Nachfolger Ährenthals, Graf Berchtold, zu Conrad, daß selbst der gewiß überaus friedliche Kaiser noch eher zu einem Kriege zu haben wäre als sein Neffe. Die kritischen Juliwochen 1914, in denen dieser nicht mehr unter den Lebenden weilte und Franz Joseph, wenn auch nach schwersten Seelenkämpfen, seinen Widerstand gegen den Krieg aufgab, könnten mittelbar als Betätigung für die Richtigkeit dieses Ausspruches gedeutet werden.

Franz Ferdinand war also mit nichts ein Kriegsschürer. Weder das kleine Serbien, noch die Welt hatte in dieser Hinsicht etwas von ihm zu fürchten. Serbien im besonderen hat es vielleicht im Gegenteil nicht zuletzt Franz Ferdinand zu verdanken gehabt, wenn es sowohl 1908 wie 1912/13 von einem kriegeischen Zusammenstoß mit Österreich-Ungarn verschont blieb, der, zumal im ersten dieser Jahre, angesichts der Wehrlosigkeit Rußlands dem Königreich hätte sehr bitter zu stehen kommen können. Allerdings hatte das Serbien der großserbischen Träume und der Irredenta in anderer Hinsicht im österreichischen Thronfolger eine Gefahr erblicken müssen. Franz Ferdinand war fest entschlossen, sein Reich von den lästigen Fesseln der dualistischen Form zu befreien und den Nationalitäten jene Entwicklungsmöglichkeiten zu gewähren, die mit der Reichseinheit noch zu vereinbaren waren. In diesem Programm stand auch mehr oder minder deutlich die Zusammenfassung aller Südslawen des Habsburgerreiches zu einem nationalen, von den Kroaten geführten Staate im Rahmen der Gesamtmonarchie. Glückte Franz Ferdinand eine solche Lösung der südslawischen

Frage, dann war es mit den großserbischen Träumen Belgrads wohl für immer vorüber. Nicht als Kriegsschürer und Feind des serbischen Volkes, sondern als schwerste mittelbare Gefahr für den von Belgrad ausgehenden sogenannten jugoslawischen, in Wirklichkeit aber serbischen Irredentismus und als Verfechter der großkroatischen Idee — gegenüber der von der Dynastie Karageorgewitsch vertretenen großserbischen — ist Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 durch Mörderhand gefallen.

---

## Die Goldreserven der „Banque de France“ und der „Reichsbank“ für den Weltkrieg.

Wir veröffentlichen nachstehend eine Zuschrift von Georg Demartial zum Aufsatz des amerikanischen Botschafters Gerard im Märzheft der amerikanischen Zeitschrift „Current History“, in deutscher Übersetzung im Juliheft unserer Zeitschrift Seite 454 ff.

Im Anschluß hieran geben wir eine uns freundlicherweise zur Verfügung gestellte Auskunft des Reichsbankdirektoriums vom 13. April 1926 wieder.

Die Schriftleitung.

**I**n der letzten Nummer der „Kriegsschuldfrage“ haben Sie, besser als ich es selbst vermocht hätte, den von dem amerikanischen Botschafter Gerard in dem letzten Märzheft der Zeitschrift „Current History“ veröffentlichten Artikel über die Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg kritisiert —, eine Entgegnung auf einen von mir selbst in derselben Nummer und über dasselbe Thema verfaßten Aufsatz. Ich will Ihren so richtigen Bemerkungen nur ein Wort hinzufügen. Herr Gerard sieht „einen Beweis für die Vorbereitung zum Kriege von seiten Deutschlands in der Tatsache, daß die Reichsbank im Jahre 1913 für 144 Millionen Mark mehr Gold kaufte als 1911 und 1912“. Meiner Ansicht nach muß man in den diplomatischen Dokumenten und nicht in den Goldankäufen der Banken die wirkliche Verantwortlichkeit für den Krieg suchen. Da nun aber Herr Gerard sich auf dieses Gebiet begibt, so möge er mir gestatten, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß der staatliche Aufsichtsrat der Banque de France zu Anfang seines für die Aktionäre bestimmten Berichts über die Ergebnisse des Jahres

1914 sich folgendermaßen äußert: „Auch die Bank hatte von sich aus ihre Mobilmachung vorbereitet. Seit mehr als einem Jahre verfolgten wir mit Aufmerksamkeit alle finanziellen Maßnahmen, die als Anzeichen von internationalen Verwicklungen gelten konnten, und wir sicherten uns im voraus so viel als möglich, indem wir die Goldreserve von fast einer Milliarde Franken in einigen Monaten noch vermehrten.“ Er erlaube mir auch, selbstverständlich ohne im geringsten persönlich zu werden, ihm den Grundsatz seines Landsmanns Abraham Lincoln ins Gedächtnis zurückzurufen: „The man who will not investigate both sides of a question is dishonest.“

G. Demartial.

#### Zuschrift des Reichsbankdirektoriums:

„Auf das gefällige Schreiben vom 23. März dieses Jahres Nr. 31/26 v. W./Sa. — teilen wir ergebenst mit, daß der durchschnittliche Goldbestand der Reichsbank sich in den Jahren 1911 bis 1913 wie folgt stellte:

(in Tausend Reichsmark)

|      |           |            |
|------|-----------|------------|
| 1911 | . . . . . | 827 624    |
| 1912 | . . . . . | 880 083    |
| 1913 | . . . . . | 1 067 596. |

Die in diesen Ziffern zum Ausdruck kommende Vermehrung wurde u. a. auf Grund der bankgesetzlichen Bestimmungen bedingt durch die in diesen Jahren eingetretene starke Vergrößerung des Notenumlaufs

|                                               |       |
|-----------------------------------------------|-------|
| von 1 663 615 im Durchschnitt des Jahres 1911 |       |
| auf 1 781 999 „ „ „ „                         | 1912  |
| und auf 1 958 173 „ „ „ „                     | 1913. |

So betrug die durchschnittliche Deckung der umlaufenden Noten durch den Goldvorrat

|      |           |         |
|------|-----------|---------|
| 1911 | . . . . . | 49,7 %  |
| 1912 | . . . . . | 49,4 %  |
| 1913 | . . . . . | 54,5 %. |

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Deckung von 54,5 % nicht als besonders hoch zu betrachten ist, da beispielsweise in den Jahren

|      |           |        |
|------|-----------|--------|
| 1891 | . . . . . | 60,7 % |
| 1896 | . . . . . | 55,6 % |
| 1901 | . . . . . | 55,8 % |
| 1902 | . . . . . | 59,0 % |
| 1905 | . . . . . | 55,8 % |

als Jahresdurchschnitt erreicht wurden.



Hervorgehoben zu werden verdient in diesem Zusammenhang auch die Ausdehnung des durch die Novelle vom 20. Februar 1906 zugelassenen Umlaufs an kleinen Notenabschnitten (zu 50,— und 20,— Mark), die gerade im Jahre 1913 in größerem Umfange in Umlauf gesetzt worden sind. So nahm z. B. der Umlauf an 50er und 20er Reichsbanknoten von Ende 1912 bis 1913 um 142 868 550 Mark zu. Die daraus sich ergebenden Rückflüsse von Gold aus dem Verkehr bewirkten in ganz natürlicher Weise eine Vergrößerung des Goldbestandes der Reichsbank; unterstützt wurde diese Entwicklung durch die sich bereits in den Jahren vor dem Krieg immer mehr ausbreitende Erkenntnis, daß Goldmünzen im Inlandsverkehr einen überflüssigen Luxus bedeuteten. Allerdings fanden im Jahre 1913 auch Ankäufe von Goldbarren und ausländischen Münzen in größerem Umfange statt. Der Vermehrung des Goldbestandes auf diesem Wege ist, wie auch die Verwaltungsberichte der Reichsbank zeigen, namentlich nach den internationalen Krisenjahren 1906 und 1907 besondere Sorgfalt zugewendet worden. Es hatte sich ergeben, daß auch der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Bankwesen die erforderliche Liquidität verlorengegangen war, und die Politik der Reichsbank richtete sich daher planmäßig auf eine allmähliche Besserung nach dieser Richtung; insbesondere wurden die Banken zum Halten größerer Barreserven veranlaßt. Eine solche Politik bedingte naturgemäß, daß auch die Reichsbank ihre Goldreserve, die letzte Garantiequelle der wirtschaftlichen Liquidität, zu verstärken trachten mußte.“

---

## Eine Geschichtslüge des Figaro.

Von Karl Schwendemann.

**A**nlässlich des Aufenthalts des spanischen Königs in Paris Ende Juni d. J. veröffentlichte der bekannte französische Schriftsteller Robert de Flers, Mitglied der französischen Akademie, im „Figaro“ vom 28. Juni ein längeres Interview mit Alfons XIII., in dem eine Stelle für die Kriegsschuldfrage von Interesse ist. In seiner Einleitung zu dem Interview bemerkt Robert de Flers nämlich:

„Paris hat nicht vergessen, daß König Alfons XIII. kurz vor Kriegausbruch in einer privaten Unterhaltung mit dem Herzog von Luynes diesem mit Erregung folgendes anvertraute: „Ich

komme aus Deutschland, ich bin mehrere Stunden mit dem Kaiser zusammengewesen und habe das tiefe Gefühl, daß man jenseits des Rheines nur daran denkt, Euch den Krieg zu erklären. Machen Sie von dieser Mitteilung jeden beliebigen Gebrauch, ich spreche sie nicht leichtsinnig aus.' Am folgenden Tage benachrichtigte der Herzog von Luynes die französische Regierung."

Dieser Passus des „Figaro“ hatte folgende Richtigstellung des Wolffschen Telegraphenbüros am 2. Juli zur Folge:

„Genaue Nachforschungen an deutschen und anderen dafür in Frage kommenden Stellen haben einwandfrei ergeben, daß die letzte Begegnung zwischen König Alfons XIII. von Spanien und Kaiser Wilhelm II. im Winter 1905 in Berlin stattgefunden hat. Der König von Spanien ist zwar später noch in Deutschland gewesen, ohne jedoch mit dem Kaiser zusammen zu sein. Es ergibt sich daraus, daß die Mitteilung von Robert de Flers jeder Grundlage entbehrt.“

Dazu kann noch gesagt werden, daß der spanische König zum letzten Male im Oktober 1908 in Deutschland gewesen ist.

Am 8. Juli veröffentlichte Robert de Flers im „Figaro“ ein Schreiben des Legationsrats Kühn von der deutschen Botschaft in Paris, in dem ähnlich wie in dem Wolff-Kommuniqué der Sachverhalt richtiggestellt wurde mit der Bitte, sie entsprechend im „Figaro“ zu veröffentlichen. De Flers knüpfte an diesen Brief einen längeren Kommentar. Er präziserte darin zunächst seine Mitteilung vom 28. Juni, indem er sagte, er habe inzwischen in seinen Notizen nachgesehen, aus denen sich ergebe, daß ihm der Herzog von Luynes im September 1916 die Sache erzählt habe. In der Erzählung des Herzogs sei allerdings von einem Kaiser die Rede gewesen, aber nicht vom deutschen, sondern vom österreichischen. Im Herbst 1913 habe der spanische König eine Reise nach Österreich gemacht und sich in Wien aufgehalten. Bei dieser Gelegenheit habe er verschiedene Begegnungen mit Kaiser Franz Joseph und mehreren Erzherzögen gehabt, mit denen er sich lange und familiär über die europäische Politik unterhalten habe. „Von diesem Besuch“, so fährt de Flers fort, „bei dem ‚glänzenden Sekundanten‘ brachte der König die angstvolle Überzeugung der bestimmten und hartnäckigen Absicht Deutschlands mit, Frankreich möglichst bald anzugreifen. Es ist leicht zu verstehen, daß zur Beobachtung der politischen Atmosphäre Wien noch ein besserer Beobachtungsplatz war als Berlin, und daß es keine besser unterrichteten und interessierteren Zeugen geben konnte als die Mitglieder der kaiserlichen Familie.“

König Alfons habe dann später seine Reise nach London fortgesetzt und dort dem Herzog von Luynes folgendes erklärt: „Ich bringe von meiner Reise das erregende Gefühl mit, daß man in Deutschland an nichts anderes denkt, als Euch den Krieg zu erklären. Ich betrachte den Krieg als unvermeidlich, als unmittelbar bevorstehend, binnen Jahresfrist wird er ausgebrochen sein. Mache von dieser Meinungsäußerung jeden Gebrauch, den Du willst, sie ist für mich Anlaß zur Hoffnungslosigkeit und eine Gewißheit!“ Kurz darauf habe der Herzog von Luynes die französische Regierung von diesen Äußerungen des spanischen Königs benachrichtigt. Robert de Flers knüpfte an diese Richtigstellung noch einen Kommentar, der in mancher Hinsicht recht bemerkenswert ist. Er sagte nämlich über den Brief der deutschen Botschaft, dieser sei in erster Linie ein Beweis dafür, daß die Vertreter des Reichs sich mit größter Wachsamkeit bemühten, die Taten und Handlungen Wilhelms II. in der Vergangenheit zu verteidigen. Der Brief zeige wieder einmal, mit welcher Hartnäckigkeit Deutschland die Kampagne verfolge, die es seit sechs Jahren angefangen habe, um sich von der Verantwortlichkeit an der Entfesselung des Krieges zu befreien oder sie doch abzuschwächen. Die Franzosen müßten sich zwar bemühen, mit Deutschland in gutem Einvernehmen zu leben, aber das sei kein Grund dafür, die Versuche, die man jenseits des Rheines mache, um die Geschichte in einem für die französische Ehre so wichtigen Punkte zu ändern, nicht zurückzuweisen. Diese Geschichte sei mit Blut geschrieben, und diese Art von Tinte erlaube nicht, zu radieren. Im übrigen brauche man nur Art. 231 des Versailler Vertrages zu studieren, durch den für Frankreich die Frage erledigt sei.

Die ganze Kontroverse ist in verschiedener Hinsicht bezeichnend. Daß die französische Presse mit verschwindenden Ausnahmen an der These der deutschen Schuld am Kriege und der Unschuld Frankreichs festhält, und daß sie, besonders der „Temps“, jede Gelegenheit benutzt — ob es sich nun um Reparationsfragen, Rheinlandfragen, Abrüstung oder sonst etwas handelt —, die Rechte Frankreichs und die Pflichten Deutschlands unter Berufung auf Art. 231 des Versailler Vertrages zu formulieren, sobald nämlich, ja, sobald die übliche Argumentation und Phraseologie zur Verteidigung des französischen Standpunkts nicht mehr ausreicht, ist bekannt. Dann wird die Debatte regelmäßig auf Art. 231 hingeführt, womit man natürlich letzten Endes auf den Sieg pocht. Die Äußerungen von Robert de Flers bieten also unter diesem Gesichtspunkt nichts Neues. Sie sind aber besonders bemerkenswert für die Leichtfertigkeit, mit der der Direktor des „Figaro“, Mitglied der

französischen Akademie und Autor zahlreicher Bücher, Vorwürfe gegen Deutschland formuliert. Er hat in seinem ersten Artikel die Behauptung von der Begegnung des spanischen Königs mit Wilhelm II. geschrieben, ohne überhaupt seine Notizen nachzusehen, und muß nachher feststellen, daß in seinen Notizen nicht von einem Besuch in Berlin beim deutschen Kaiser, sondern einem solchen in Wien bei Franz Joseph die Rede ist. Welches Vertrauen kann man bei einer solchen Methode überhaupt in das haben, was er sagt? Kenner der österreichischen Verhältnisse versichern jedenfalls, daß das Milieu der Erzherzöge in Fragen der auswärtigen Politik höchst unorientiert gewesen sei, und daß es dem zurückhaltenden Charakter Franz Josephs völlig widerspreche, daß er sich in einer Weise geäußert habe, wie das angeblich der spanische König dem Herzog von Luynes erzählt habe.

Dann ist aber der Kommentar, den Robert de Flers — übrigens in sehr wenig schönem Ton — an den Brief der Deutschen Botschaft knüpft, auch sonst noch interessant. Er wirft den Vertretern Deutschlands vor, sich für Wilhelm II. einzusetzen. De Flers scheint nicht zu begreifen, daß auch der beste Republikaner die Person Wilhelm II. in puncto Kriegsschuldfrage verteidigen muß, weil er damit — abgesehen von der historischen Wahrheitstreue — ein deutsches Lebensinteresse verteidigt. Mit Wilhelm II. verteidigt er nicht die Monarchie, sondern ganz einfach die Vorkriegspolitik Deutschlands. Es war ja einmal in der Ententepresse üblich, zwischen den Hohenzollern und dem deutschen Volk einen Unterschied zu machen und vom Kampf gegen die Hohenzollern zu reden, der nicht der Kampf gegen das deutsche Volk sei. Als Deutschland am Boden lag, hat man diesen Unterschied rasch beiseite geschoben und an seine Stelle die Formel gesetzt, daß das deutsche Volk für die Taten seiner früheren Regierungen und besonders Wilhelms II. voll verantwortlich sei. Damit hat man das deutsche Volk geradezu genötigt, sich in puncto Kriegsschuldfrage für Wilhelm II. voll und ganz einzusetzen und den Kampf um die historische Wahrheit und gegen den Art. 231 konsequent aufzunehmen. All das hat weder mit Republik oder Monarchie noch mit der Person Wilhelms II. an sich irgend etwas zu tun. In der Kriegsschuldfrage handelt es sich vielmehr um die Sache des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. Oder will Robert de Flers vielleicht behaupten, daß die moralischen und materiellen Konsequenzen aus § 231 des Friedensvertrages von der Entente nur auf die Hohenzollern oder Wilhelm II. angewandt worden sind?



## Englands Kriegsbereitschaft.

Es steht außer Zweifel, daß die englische Flotte bei Ausbruch des Weltkrieges von allen militärischen und maritimen Streitkräften in Europa in bezug auf Kriegsbereitschaft den Vogel abgeschossen hat. Wenn auch die Flotte diese Kriegsbereitschaft besonders dem zufälligen Umstand einer Probemobilmachung verdankt, hat der Nichtfachmann Lord Churchill diesen Vorteil doch glänzend auszunutzen verstanden und ist nicht in den Fehler verfallen, der politischen Verschleierung zuliebe, einen wertvollen militärischen Vorteil aus der Hand zu geben. Grey konnte daher mit voller Überzeugung in seiner bekannten Unterhausrede vom 3. August 1914 die eindrucksvollen Worte sprechen:

„Was die Streitkräfte der Krone anbetrifft, so sind wir bereit. Ich glaube, der Premierminister und mein sehr ehrenwerter Freund, der Erste Lord der Admiralität, hegen keinerlei Zweifel, daß die Schlagfertigkeit und die Ausbildung dieser Streitkräfte niemals auf einer höheren Stufe standen als heute, und daß es niemals eine Zeit gegeben habe, in der das Vertrauen in die Macht unserer Flotte, unsern Handel und unsere Küsten zu verteidigen, gerechtfertigter gewesen wäre . . .“

Doch auch die Landstreitkräfte waren auf dem Posten. So führte Senator Robert L. Owen in seiner Rede zur Kriegsschuldfrage vor der Foreign Policy Association am 27. März in Boston an, daß bereits am Sonntag morgen, den 2. August, die britischen Regimenter in voller Feldausrüstung durch London marschierten. Owen gibt die Quelle hierfür nicht an, es darf wohl angenommen werden, daß der amerikanische Senator sich dabei auf die Memoiren des englischen Generals Grierson stützt, wo es heißt:

„Sunday 2nd August . . . In the evening all peace training stopped and orders issued for all troops, regular, reserve, and territorial, to return to their peace stations . . .“<sup>1)</sup>

Aus einer uns kürzlich zugegangenen Gefangenen-Vernehmung scheint aber hervorzugehen, daß auch Kolonialtruppen vor der eigentlichen Mobilmachung, die erst am 4. August erfolgte, in Marsch gesetzt worden sind. So meldete ein mit der Gefangenen-Vernehmung beauftragter Hauptmann Kefer am 14. November 1914 aus Antwerpen an den stellvertretenden Generalstab in Berlin:

---

<sup>1)</sup> Vergl. The Life of Sir J. M. Grierson, Constabl & Company Ltd., London 1923, Seite 257.

„Am 29. Oktober vernahm ich in Lille verschiedene englische Gefangene. Unter diesen befanden sich Zugehörige des I. Bataillons South Stafford, das in Pietermaritzburg in Garnison liegt: Auf meine Frage, wann sie abtransportiert wurden, antworteten sie, „in den ersten Augusttagen“. Ich fragte sie hierauf, wann es ihnen bekanntgegeben worden sei, daß sie abtransportiert werden würden. Hierauf lautete die Antwort „in den Tagen um den 20. Juli erfuhren wir, daß wir in nächster Zeit unsere Garnison verlassen würden“. Wohin sie verschafft werden würden, wußten sie natürlich zu dem Zeitpunkt noch nicht. Ich bemerke ausdrücklich, daß die Gefangenen gesondert vernommen wurden und diese Aussage übereinstimmend machten. Ein Unteroffizier, der anscheinend die Bedeutung meiner Frage erkannte, verweigerte die Antwort unter Hinweis auf die ihnen hierüber auferlegte Schweigepflicht. Ich ließ mir diese Aussagen durch Namensunterschrift schriftlich bestätigen.

Diese Feststellung dürfte ein weiterer Beweis für Englands Kriegsbereitschaft und seine Absichten, in die politischen Wirren einzugreifen, längst ehe es offiziell auf den Plan trat, zeigen.“

Die Aussagen sind unterschrieben von: gez. Sergeant L. Jones, Pte. J. Butler, b. Company 1/S. Stafford Regt.

Es wäre sehr wertvoll, wenn die Aussagen der beiden Gefangenen jetzt nachgeprüft werden könnten. Die Regimentsgeschichte des „South Stafford“-Regiments dürfte hierüber vielleicht Auskunft geben.

A. v. W.

---

## MONATSBERICHT.

### AMERIKA.

#### Barnes Buch über den Ursprung des Weltkrieges.

Das von uns bereits angezeigte Buch des amerikanischen Professors Harry Elmer Barnes „The Genesis of the World War“ ist jetzt bei Alfred Knopf, New York, herausgekommen. Das Buch umfaßt 750 Seiten. Preis 4 Dollar.

Das Buch von Barnes hat eine überraschend wohlwollende Aufnahme in Amerika gefunden. Eine eingehende Besprechung findet sich in der Sonntagsausgabe vom 27. Juni der „New York

Times“, die auszugsweise in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ Nr. 178 vom 29. Juni 1926 wiedergegeben ist. Die „Times“ sagt hier u. a.: „Die Legende von „William the Damned“ verschwindet angesichts der von Barnes herangezogenen Beweise. Die bloße Aufzählung der Tatsachen reinigt die deutsche Regierung von der unmittelbaren Kriegsverantwortlichkeit.“

Die „Times“ kommt in ihrer Besprechung dann zu dem bedeutenden Schluß, „daß nach allem abstrakten Recht unmöglich die Einsammlung von Entschädigungen und Reparationen von einem Lande zu rechtfertigen ist, das nicht schuldiger als alle anderen gewesen sein mag, oder von einer Generation, die damals weder den Krieg plante noch kämpfte, ist gleichfalls unmöglich, die Behandlung von Deutschland als Paria-Nation zu rechtfertigen. Es wird ein Friede kommen mit der Verteilung der Kriegsschuld und dem Aufhören der Haßfabrikation.“

Weitere Besprechungen bringt „The Progressive“ vom 15. Juni mit einem Bild des Verfassers sowie „The Christian Century“ vom 17. Juni „The Book for the Week“ aus der Feder von Ferdinand Schevill.

Von bis jetzt vorliegenden Besprechungen des Barnesschen Buches in deutschen Zeitungen erwähnen wir die „Münchener Neuesten Nachrichten“ Nr. 188 vom 8. Juli „Die Genesis des Weltkrieges, das Zeugnis Barnes“ von Hermann Lutz, ferner eine Buchbesprechung des amerikanischen Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ Dr. Barthelme in ihrer Nummer 512 vom 13. Juli. Lutz führt am Schlusse seiner Besprechung aus:

„Es gibt in keinem Lande einen kompetenten und unterrichteten Geschichtsforscher, der nach gründlicher Prüfung des Problems von der Entstehung des Weltkrieges die Theorie der in den Artikeln 227 und 231 aufgestellten Kriegsschuld nicht als gänzlich falsch, irreführend und ungerecht betrachtet“ — diese Feststellung Barnes ist unanfechtbar, und er hat mit seinem kampffreudigen tapferen Buch nicht nur der Sache Deutschlands, sondern allgemein der Sache der Menschheit einen Dienst erwiesen, den wir ihm nicht vergessen werden.

Am 1. Juli brachte die „Kreuzzeitung“ Nr. 300 eine Besprechung des Barnesschen Buches von Alfred von Wegerer: „Ein neues amerikanisches Werk über die Kriegsschuldfrage“. Am Schlusse seines Aufsatzes sagt der Verfasser:

„Barnes ist also nicht nur ein Vorkämpfer für die Wahrheit in der Kriegsschuldfrage, sondern auch ein zielbewußter Realpolitiker, der den Mut hat, aus einer gewonnenen Überzeugung auch die Folgen zu ziehen. Wir Deutsche haben daher doppelte Ursache, uns mit seinem ausgezeichneten Werk über die Kriegsschuldfrage eingehend zu beschäftigen.“

Das „Havelländische Echo“ vom 6. Juli sagt am Ende seiner Besprechung des Barnesschen Buches:

„Indem Barnes den Hauptteil der Kriegsschuld auf den Feindbund abwälzt, zieht er als wahrheitsliebender Mann schwerwiegende Folgerungen: Er fordert die Aufgabe des Versailler Vertrages und der Reparationspolitik einschließlich der Dawes-Lasten, die sicher alle auf der Lüge von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld aufgebaut sind.“

In ihrer Nr. 190 vom 11. Juli 1926 bringen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ noch eine ausführliche Besprechung ihres Vertreters in Cincinnati, F. W. Elven, der besonders die vielfach Neues bietenden Ausführungen Barnes über den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg behandelt.

Elven führt hierzu nachstehende Stelle aus dem Barnesschen Buch im Wortlaut an:

„Wilson war durchaus probritisch gesinnt. Im Januar 1916 schickte er den Obersten House nach drüben, um Grey die Mitteilung zu überbringen, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten würden, sobald man die öffentliche Meinung für den Krieg gewonnen habe. Vier Wochen nach der Abfahrt Houses erklärte Wilson in seiner Milwaukeeer Rede mit Nachdruck, die Vereinigten Staaten würden in den Krieg nicht eintreten. Aber schon im April 1916 ersuchte er die demokratischen Führer, im Kongreß zu veranlassen, ihm behilflich zu sein, das Land in den Krieg zu stürzen, was sie damals noch entschieden ablehnten. Wenn Wilson im Herbst 1916 der demokratischen Kampagneleitung gestattete, den Wahlkampf auf Grund der Erklärung zu führen, daß seine Wiederwahl die Erhaltung des Friedens gewährleisten würde, dann tat er das, weil er wußte, daß der Krieg damals noch nicht volkstümlich war und weil er seine Wiederwahl nicht gefährden wollte. Er tat es auch deshalb, weil er auf diese Weise seine kriegerischen Absichten am sichersten verhüllen konnte, um, wenn er später mit seinen Plänen an die Öffentlichkeit treten müßte, dem Verdacht vorzubeugen, als liege der Entschluß, den Alliierten beizuspringen, weit zurück.“

Wir werden die Spalten des Septemberheftes unserer Zeitschrift fast ausschließlich einer eingehenden Besprechung und Würdigung des Barnesschen Buches widmen.

### **Aus der Rede des deutschen Botschafters Freiherrn von Maltzan vor den deutschen Vertretern zum Eucharisten-Kongreß.**

Der „New Yorker Staats-Zeitung“ Nr. 144 vom 17. Juni 1926 entnehmen wir die nachstehenden, sehr bedeutsamen Ausführungen des deutschen Botschafters zur Kriegsschuldfrage:

„Sie werden in Ihrer doppelten Eigenschaft, als Deutsche und Sendboten der christlichen Nächstenliebe, besser als irgendeiner verstehen, daß das deutsche Volksempfinden besonders schwer unter dem haltlosen Vorwurf der Alleinschuld am Kriege und unter den Verleumdungen



phantastischer Greuelthaten leidet. In der stolzen und unabhängigen amerikanischen Nation hat sich längst das Bedürfnis gezeigt, der objektiven Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Die klaren und unwiderlegten Forschungen eines Senators Owens, der Professoren Barnes und Fay, sowie anderer hervorragender amerikanischer Persönlichkeiten haben ihren Eindruck nicht verfehlt. Ein führender Senator hat in öffentlicher Rede vor kurzem im Senat die Märchen von den abgehackten Kinderhänden und vom Leichenfett in scharfen Worten geißelt. Vom Heldenfriedhof in Arlington vernahm die lauschende Welt erst kürzlich folgende Worte: „Niemand, der die Tatsachen untersucht, kann daran zweifeln, daß es der wirtschaftliche Zustand Europas war, der die überlasteten europäischen Länder kopfüber in den Weltkrieg gejagt hat. Die Völker drohten unter der Last zusammenzubrechen und suchten Befreiung von dem unerträglichen Druck, indem sie sich gegenseitig ausplünderten.“

Worte, die tiefen und verständnisvollen Widerhall in deutschen Herzen hüten und drüben gefunden haben. Sie, meine Herren, gehören als Deutsche gleichzeitig einer weltumfassenden, historischen Religionsgemeinschaft an. Sie zählen zu Ihren Brüdern nicht nur Deutsche, sondern die Vertreter aller Nationen, die am Weltkongreß in Chicago teilnehmen. Ihr aller geistiges Oberhaupt ist der Heilige Vater in Rom, die ehrfurchtsvolle Verkörperung christlicher Milde und Versöhnung. An Sie, meine Herren Delegaten zum Eucharistischen Kongreß, richte ich daher den Appell: wirken auch Sie hier bei Ihren Freunden im Sinne gegenseitiger Aufklärung, im Sinne internationaler Versöhnung und Verbrüderung.“

## **Amerikas wahrer Kriegsgrund.**

**„Berliner Lokal-Anzeiger“ Nr. 298 vom 26. Juni 1926.**

„Funkspruch unseres Korrespondenten. New York, 26. Juni.

Ein vor noch nicht allzu langer Zeit verstorbener hochbedeutendes Kongreßmitglied, das besonders in Deutschland viel genannt wurde, hat, wie ich jetzt erfahre, einmal in engstem Kreise folgendes erklärt: „Während der Schlacht von Verdun, also vor der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, erfuhr Morgan von allerhöchster französischer Stelle, daß Frankreich am Ende seiner Kraft sei und daher unverzüglich mit Deutschland Frieden schließen müsse. Hierauf machte Morgan, der damals in Paris weilte, noch während der Schlacht von Verdun in einer geheimen Sitzung dem französischen Ministerpräsidenten und Oberbefehlshaber ganz bestimmte Zusagen hinsichtlich des Eintritts von Amerika in den Weltkrieg. Er erklärte, er werde seinen ganzen Einfluß aufbieten, um den Eintritt der Union in den Krieg zu beschleunigen. Die Beteiligung der Vereinigten Staaten stehe an sich fest, die Verbündeten sollten sich noch einige Monate gedulden, bis die amerikanische Bevölkerung kriegsreif gemacht wäre. Der französische Oberbefehlshaber hatte auch erklärt, daß der Geist bei den Truppen völlig im Schwinden begriffen sei. Morgan erwiderte, die französische Heeresleitung müsse unter allen Umständen versuchen, diesen Geist über die moralischen Wirkungen der Schlacht von Verdun hinüberzuretten. Morgan hat dann in der gleichen Besprechung eine neue Anleihe bewilligt. Lafollette ist in seiner Kriegsgegnerschaft durch die Nachricht von diesem Gespräch nur bestärkt worden, da er nicht zugeben

wollte, daß das amerikanische Volk zur Rettung der Wallstreetgelder in die Weltkatastrophe hineingezogen werde. Dies ist ein neuer Beweis dafür, daß der Eintritt der U. S. A. auch ohne Tauchbootkrieg zur Rettung investierter Gelder feststand.“

**Amerika unterstützt die ungarische Weltkriegsforschung.**  
**„Hamburger Korrespondent“, Hamburg, Nr. 302 vom 2. Juli 1926.**

„Für ein in Budapest zu gründendes Institut zur Erforschung der modernen Geschichte, besonders des Weltkrieges, der vorhergehenden Periode und der Friedensschlüsse sind von der Carnegie-Stiftung 2000 Dollars bewilligt worden; zu demselben Zweck sollen weitere 1000 Dollars verwendet werden, die zum 80. Geburtstag Albert Apponyis für einen Pokal gesammelt worden sind. Unter dem Namen „Apponyi-Institut für neuzeitliche Geschichtsforschung“ soll die Neugründung der Universität Budapest angegliedert und der Leitung Professor Eugen Horvaths unterstellt werden.“

Wir begrüßen es, daß die Carnegie-Stiftung die wissenschaftliche Erforschung der Kriegsursachen in Ungarn unterstützt, und würden uns freuen, wenn die Hilfe der Carnegie-Stiftung sich nicht nur auf die ungarische Forschung beschränken würde.

**New Light on War Guilt Controversy.**

**Current History XXIV Nr. 4, Juli 1926.**

I. A. Vindication of the German General Staff  
by Alfred von Wegerer, Head of the Central Office for the  
Investigation of the Causes of the War.

Eine deutsche Übersetzung dieses Aufsatzes ist im Juliheft der Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage“ in der Erwiderung von Alfred von Wegerer auf den Aufsatz „Gerards Ansichten über den preußischen Militarismus“ enthalten.

II. Russia's War Spirit Fanned by „Conversations“  
With Great Britain by Friedrich Rosen, Former Foreign  
Minister of Germany.

Minister Rosen erzählt, wie im Mai 1914 Baron v. Heyking ihm mitgeteilt habe, daß ihm dessen Petersburger Freunde kürzlich von einer bedeutsamen Äußerung des Zaren Mitteilung gemacht hätten. Der Zar habe auf eine Anfrage des Hausministers Baron Fredericks, ob es in diesem Sommer Krieg mit Deutschland geben würde, geantwortet: „Ich kann Ihnen nicht das genaue Datum angeben, wann der Krieg anfangen wird, aber auf jeden Fall müssen Sie in Ihrem Departement alles für den Krieg vorbereiten, da ich ganz bestimmt mit meiner Armee an die Front gehen werde!“

Rosen schildert dann die politische Lage im Frühjahr 1914, hebt insbesondere die Bedeutung der Stellung Rumäniens hervor und führt aus, daß die Entscheidung für das russische Vorgehen auf dem Balkan bei Großbritannien gelegen habe. Sobald die Teilnahme Großbritanniens feststand, wie sie durch die Besprechungen über das Flottenabkommen anläßlich des Besuchs König Eduards in Paris zum Ausdruck kam, gab es nichts mehr, was die russische Lawine hätte aufhalten können. Eine der ersten politischen Folgen des Flottenabkommens mit England sei in dem Besuch des Zaren in Konstanza zu erblicken. Auch die Kriegspartei in Petersburg habe durch das englisch-russische Flottenabkommen die Oberhand gewonnen. Der Wendepunkt im Gang der Ereignisse ist nach Ansicht Rosens daher nicht erst der Mord von Sarajewo gewesen, sondern bereits der Besuch König Eduards in Paris im April 1914, wo das englisch-russische Flottenabkommen besprochen wurde.

Im Zusammenhang hiermit findet es Rosen auch nicht erstaunlich, daß der Zar bereits im Mai 1914, also kurz nach den einleitenden Besprechungen für das Flottenabkommen, die erwähnte Äußerung über den zu erwartenden Krieg dem Baron Fredericks gegenüber getan habe.

## **The War Guilt Controversy.**

„Current History“ XXIV Nr. 3, June 1926.

- S. 391. I. Need of Precise Definition of What Constitutes „War Guilt“, by Charles Altschul, A retired banker, formerly associated with a French international banking house in America; author of „The American Revolution in Our School Text Books“ and „German Militarism and its German Critics“ (United States Government War Series).

Die Erläuterungen zum Namen des Verfassers, seine Verbindungen mit Frankreich und der amtlichen amerikanischen Kriegspropaganda, bereiten den Leser schon auf die Tendenz des Aufsatzes vor. Er gibt zu, daß die im Ultimatum und der Mantelnote zum Verträge von Versailles enthaltene Behauptung eines jahrelang vorbereiteten deutsch-österreichischen Raubkrieges hinfällig ist. „By practically common consent, responsibility for the fundamental conditions is now placed on the shoulders of all the great European nations“. Auch der § 231 soll kein Schuldbekenntnis Deutschlands enthalten, sondern nur die Verantwortung für Verluste und Schäden. Dazu wird die Heilbronner (jetzt Stuttgarter)

Sonntagszeitung vom 7. September 1924 zitiert, ein lehrreicher Beweis dafür, wie auch die in Deutschland wenig bekannten kleinen pazifistischen Blätter im Auslande Schaden stiften. Im folgenden sucht Altschul die Bedeutung der russisch-französischen Generalstabsprotokolle und der russischen Mobilmachung zu leugnen; nur für Deutschland gelte die Formel: Mobilmachung gleich Krieg. Die einschlägigen russischen und französischen Äußerungen werden ebenso ignoriert wie der grundlegende Unterschied zwischen den russisch-österreichischen Teilmobilmachungen von 1909 und 1912 und der Gesamtmobilmachung von 1914. (Montgelas, Leitfaden S. 133 ff.; 2. Weißbuch d. Parl. Unt.-Aussch. S. 27). Iswolskys Berichte aus Paris (1910—1914) werden als belanglos hingestellt. „Even if certain ambitions are described as unattainable except through European complications, there is no intention whatever expressed to bring about a war for the purpose of securing the object desired.“ „One finds it difficult to escape the impression that Russia and France were not in the least inclined to provoke hostilities.“

Zum Schluß betont der Verfasser, daß seine Auszüge aus Dokumenten und Schriften nicht als Wiedergaben der gesamten Texte gelten sollen. Durch diese scheinbare Gewissenhaftigkeit wird der weniger bewanderte Leser leicht über die tendenziöse Auswahl der Zitate getäuscht.

G. K.



## DEUTSCHLAND.

**Vor zwölf Jahren — dem Weltkriege zu. Von Hugo Graf Lerchenfeld.**  
„Schönere Zukunft“, 27. Juni 1926, Nr. 38, 4. Juli 1926, Nr. 39,  
Verlag Wien XIX, Nußwaldgasse 14.

Graf Lerchenfeld, der ehemalige bayerische Ministerpräsident, der kürzlich zum deutschen Gesandten in Wien ernannt wurde, bringt eine eingehende Besprechung des Buches des französischen Botschafters in Petersburg, Paléologue: „Während des Weltkrieges am Zarenhofe“.

**Der Rechenschaftsbericht Lord Greys. Von Universitätsprofessor Dr. Felix Salomon, Leipzig.**

„Magdeburgische Zeitung“, 28. März 1926, Nr. 158.

Wir entnehmen dem sehr beachtenswerten Aufsatz folgende Stelle: „Die englische Außenpolitik hatte im Gange der Jahrhunderte bestimmte Leitsätze ausgeprägt, die das Einzelgeschehen



in einen Zusammenhang brachten. Darunter befand sich als zentrales Gebot die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts. Grey erklärt, daß dieses Gebot damals nicht mehr bestimmend gewesen sei, und es konnte es auch nicht sein, weil seit Bismarck die regulierende Gewalt in Europa auf Deutschland übergegangen war. Fehlte es aber nun an einer neuen Direktive, so löste sich, von London aus gesehen, das diplomatische Spiel in Einzelvorgänge auf. Das ist Greys Art, die europäischen Dinge zu sehen und darzustellen. Dazu kommen folgende Eigenheiten von ihm: Er urteilt vom britischen Standpunkt, wie es die Interessen seines Landes gebieten, aber es ist, als umgäbe er diesen Standpunkt noch mit einem Zaun, der ihm den Ausblick verwehrt. Er verschließt seine Augen vor den weltpolitischen Zusammenhängen, vor der Mechanik der Kräfte innerhalb der europäischen Staatengesellschaft, vor den historischen Gegensätzen in ihrer Mitte; ein offener Mangel an historischem Sinn trägt das Übrige bei, ihm den Horizont zu beengen. Im Hintergrunde des Geschehens lauert ihm als eine geheimnisvolle Triebkraft, die Macht der Umstände, etwas schwer zu Enträtselndes; sie hindert, der Verkettung von Ursache und Wirkung tiefer nachzugehen, denn hier liegen Grenzen, welche das menschliche Erkenntnisvermögen nicht zu überschreiten vermag. . . .“

**Das Aktenwerk des Auswärtigen Amtes, ein deutscher Nationalbesitz. Von Bernhard Schwertfeger, Oberst a. D.**

„Tägliche Rundschau“, 23. Juni 1926, Nr. 285.

Oberst Schwertfeger gibt eine ausführliche Darstellung über die Bedeutung der demnächst zum Abschluß gelangenden Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes, „Die Große Politik der europäischen Kabinette 1870—1914“, und sagt: „Das deutsche Volk als Ganzes hat Anteil an diesem Werk, wenn auch der einzelne aus den bereits erwähnten Gründen noch nichts Rechtes damit anzufangen weiß. Es bildet für uns in unserer gegenwärtigen Lage einen Nationalbesitz. Diesen gilt es, nutzbar zu machen.“

**Die Brandstifter. Von Alfred von Wegerer.**

„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 28. Juni 1926, Nr. 295.

Eine kurze Zusammenstellung über den gegenwärtigen Stand der Frage der Verantwortlichkeit für das Attentat von Sarajewo. Am Schlusse des Aufsatzes wird die Briefstelle eines ehemaligen österreichischen Beamten veröffentlicht, der sich erinnert, während der Untersuchung des Attentats in Sarajewo im Jahre 1914 ein Tele-

gramm dechiffriert zu haben, wonach der Attentäter Princip dem Regenten, jetzigen König Alexander von Jugoslawien, im Park von Topsider bei Belgrad vorgestellt worden ist.

### **Eine deutsche Erklärung in Belgrad.**

„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 24. Juli 1926, Nr. 340.

Auf eine Anfrage der jugoslawischen Regierung (in betreff des Artikels Wegerers vom 28. Juni) ließ die deutsche Regierung in Belgrad erklären, daß sie nicht in der Lage sei, der wissenschaftlichen Forschung, die nach Aufklärung der Ursachen des Weltkrieges gehe, Hindernisse in den Weg zu legen. Die deutsche Regierung erklärte, daß der erwähnte, mit der Person des Königs sich befassende Artikel nicht von ihr veranlaßt worden sei. Der Autor habe nach Überzeugung der deutschen Regierung nur die geschichtlichen Tatsachen feststellen, keineswegs aber den König insinuierten wollen. Die deutsche Regierung brachte zum Ausdruck, daß bei dieser Sachlage keinerlei Anlaß bestehe, die aufrichtig erstrebten Beziehungen beider Staaten trüben zu lassen. Nintschitsch wies darauf hin, daß eine schnelle Abwicklung der Angelegenheit ein Zeichen für die beiderseitigen guten Beziehungen sei.

### **Die serbische Kriegsschuld. Pasić über den Mord von Sarajewo und die russischen Zusicherungen. Von Alfred von Wegerer.**

„Deutsche Tageszeitung“, 8. Juli 1926, Nr. 311.

Der Aufsatz behandelt die Aussprache zwischen Pasić und Jovanović im Hauptausschuß des Radikalen Klubs in Belgrad am 26. April, in der Pasić die Mitwisserschaft des serbischen Kabinetts von 1914 am Attentat von Sarajewo vergeblich zu dementieren versuchte, da Jovanović erneut seine bekannten Aussagen bekräftigte. Es wird ferner die Bedeutung der russischen Zusicherungen, Serbien bei einem Angriff Österreichs zu unterstützen, in ihrer Bedeutung für die letzten Tage der Julikrisis kurz auseinandergesetzt.

### **Aus griechischen Archiven.**

„Germania“, 23. Juni 1926, Nr. 285.

Zu den aus griechischen Archiven veröffentlichten Telegrammen französischer und englischer Staatsmänner, in denen die Entente Griechenland für den Fall seines Anschlusses an die Gegner der Mittelmächte Inseln zusichert, die sie bereits Italien versprochen hat, schreibt das führende Zentrumsblatt:

„Die Veröffentlichungen aus den griechischen Archiven beweisen nur von neuem, von welchem unsauberen Schacher das schmutzige Geschäft des Krieges hinter den dichten Kulissen des geräuschlosen Diplomatenbetriebs begleitet war, wie man das Bärenfell nicht nur im voraus bereits verteilte, sondern, wie man die einzelnen Beutestücke gleichzeitig mehreren Anwärtern zusprach. Soweit das historisch Interessante an der Affäre.“

### Stresemann, der „Temps“ und die Kriegsschuldfrage.

Am 26. Juni feierte der Verein der Ausländischen Presse in Berlin das Fest seines 20jährigen Bestehens. Außenminister Dr. Stresemann hielt eine Rede, in der er u. a. sagte: „Die Idee, die sich heute der Menschheit empfiehlt, ist, daß das Gesamtresumé des Weltkrieges, der großen äußeren Veränderungen, der ganzen Verhältnisse schließlich ein Elend und ein Unglück für alle gewesen ist, die am Weltkriege teilgenommen haben.“

Daran knüpft der „Temps“ im Leitartikel seiner Nummer 23 695 vom 29. Juni folgenden Kommentar:

„Wenn eine derartige Idee bei den leitenden Kreisen Berlins im Monat Juli 1914 bestanden hätte, so würde Europa nicht die schreckliche Tragödie kennen gelernt haben, die es durchmachen mußte, und deren Folgen noch so schwer auf seinen Geschicken ruhen. Der „Krieg, der sich bezahlt macht“, ist eine Formel einer vergangenen Epoche, wo die Interessengemeinschaft und Lebensbedingungen der Völker andere waren als heute und wo die Sieger die Illusion hegten, daß sie sich an der Beute der Besiegten bereichern könnten. Das Kaiserliche Deutschland von 1914 glaubte, daß der „frisch-fröhliche“ Krieg dem deutschen Volk gestatten würde, seinen größten Wohlstand durch Eroberung (*Was Deutschland erobern wollte, verrät auch der „Temps“ leider nicht. Die Schriftl.*) und Herrschsucht zu verwirklichen und es ist leider nicht sicher, daß alle einflußreichen Kreise von jenseits des Rheins von einem solchen Irrtum abgekommen sind. Es gibt in Deutschland noch zu viel Menschen, die überzeugt sind, daß der Krieg wiederherstellen kann, was der Krieg vernichtet hat, und daß die Revanche für die erlittene Niederlage auf den Schlachtfeldern gesucht werden muß, in den blutigen Schrecken und den Trümmerfeldern der Ruinen. Alles, was direkt oder indirekt mit dem alten Regime zusammenhängt und was von einer Wiederherstellung der Monarchie, der großen Verantwortlichen für die Weltkatastrophe, eine Rückkehr zur Macht erwartet, hofft noch auf die Revanche und ist sogar bestrebt, sie mit Mitteln vorzubereiten, die an dem guten Willen Deutschlands zur Erfüllung der Verträge zweifeln lassen. Das ist das Unglück unserer Zeit, und das deutsche Volk in seiner Gesamtheit muß zunächst einmal von dieser primären Wahrheit überzeugt sein, daß jeder Krieg verheerend ist, und daß eine Nation erst dann ihn führen darf, wenn der Krieg ihr aufgezwungen ist, wie in unserem Falle im Jahre 1914, zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit, ihrer Würde und ihrer Existenz gegen einen nicht provozierten Angriff. In der Rede, die Herr Stresemann gestern in Berlin gehalten hat, stimmt er ausdrücklich dieser Ansicht zu, aber, wenn er sagt, daß er weder Sieger noch Besiegte

sehe, sondern nur noch ringende Völker sieht, die sich bemühen, aus dem Chaos wieder zur Vernunft zurückzukehren, so bedient er sich einer Formel, die eine Zweideutigkeit zuläßt. Man versteht sehr wohl, daß der Außenminister des Reiches den Wunsch hegt, daß jede Spur der deutschen Niederlage verwischt werde, weil dadurch gleichfalls im Geist der Völker jede Spur der Verantwortung Deutschlands für den Großen Krieg verwischt würde. Man könnte dies nicht zulassen, denn es wäre eine Ungerechtigkeit, die der Idee des Friedens mehr schaden als nützen würde.“

Der „Temps“ scheint ganz vergessen zu haben, daß Frankreich im Jahre 1914 nicht der Verteidigung seiner Unabhängigkeit, noch seiner Würde oder Existenz wegen in den Krieg gezogen ist, sondern zur Unterstützung der russischen Prestigepolitik auf dem Balkan und für die Wiederherstellung seiner Vorherrschaft in Europa durch Wiedereroberung der 1871 verlorengegangenen Provinzen Elsaß-Lothringen.

Zur Widerlegung des „Temps“ bringt auch der „Mainzer Anzeiger“, Nr. 152 vom 3. Juli d. J., einen beachtenswerten Aufsatz: „Die letzte Stresemann-Rede und die Kriegsschuldfrage“.

#### **Das Französische Gelbbuch von 1914.**

Über die von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen veröffentlichte neue Ausgabe des Französischen Gelbbuches von 1914 sind weiterhin folgende Besprechungen erschienen:

**Die politischen Falschmünzer Frankreichs. Von Herbert Sakowski.**  
„Kieler Neueste Nachrichten“, 13. Juni 1926, Nr. 135.

**Das Französische Gelbbuch von 1914. Von Dr. Egon Gottschalk.**  
„Süddeutsche Zeitung“, 3. Juli 1926, Nr. 303.

**Die Fälschungen des Französischen Gelbbuches 1914. Von G. Frantz, ehem. Major im Generalstabe.**

„Kreuz-Zeitung“, 24. Juli 1926, Nr. 339.

★

#### **ITALIEN.**

**Kämpfer gegen die Wahrheit. Salandra zum Morde von Sarajewo.**  
„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 30. Juni 1926, Nr. 299.

Salandra hat in einem Artikel zur Erinnerung an den 28. Juni 1914 einen kleinen Beitrag zur Vorgeschichte der österreichisch-italienischen Vorkriegsbeziehungen geliefert. Dieser Artikel wird im „Corriere della Sera“ veröffentlicht. Er behandelt keine wichtigen Begebenheiten, gibt aber Einzelheiten mehr anekdotischen Inhalts, die die überaus große



Spannung deutlich illustrieren. Der österreichische Botschafter Baron Mérey wird als anmaßend und taktlos geschildert. Der Außenminister San Giuliano übermittelt Salandra, dem damaligen Ministerpräsidenten, die Nachricht vom Morde von Sarajewo in Form eines launigen Witzes. Von Deutschland ist nicht die Rede. Um so überraschender wirkt es, daß plötzlich zum Schluß des Artikels das bekannte Leitmotiv wieder auftaucht und man folgenden Satz sieht: „Der Mord von Sarajewo, die Tat österreichischer Untertanen auf österreichischem Boden, sei nicht die Ursache, sondern der Anlaß für Österreich gewesen, mit dem Einvernehmen seines größeren Verbündeten, Deutschlands, den Angriff auf Serbien vorzunehmen, den es seit einem Jahre vorbereitet hatte“. Es wird vorher als Vermutung hingestellt, daß Kaiser Wilhelm bei seinem letzten Besuche bei Franz Ferdinand auf dem Schlosse Konopischt diese Entscheidung schon getroffen habe.

Wenn Salandra in einem Blatt wie dem „Corriere della Sera“ jetzt noch die längst widerlegte Legende von Konopischt bringen kann, ist dies nur ein neuer Beweis dafür, wie wenig die neuere Literatur in der Kriegsschuldfrage in Italien gelesen wird.



## ÖSTERREICH.

**Das Attentat von Sarajewo. Persönliche Erinnerungen. Von Egon Bolfras (Baron), Oberst a. D.**

„*Neues Wiener Journal*“, 27. Juni 1926, Nr. 11 708.

Baron Bolfras, der am 28. Juni 1914 Augenzeuge der Ermordung des Thronfolgers war, schildert in lebendiger Weise seine persönlichen Wahrnehmungen.

**Die Fürstenmörder von Sarajewo. Von Lothar Semper, Major a. D.**

„*Das Neue Reich*“, 26. Juni 1926, Nr. 38.

Lothar Semper gibt auf Grund der neuesten Veröffentlichungen einen Überblick über den augenblicklichen Stand der Schuldfrage beim Attentat von Sarajewo.



## UNGARN.

**Vidovdan, Seton-Watson's Sarajewo-Buch.**

„*Pester Lloyd*“, 2. Juli 1926, Nr. 146.

Der Verfasser erwähnt u. a. die bekannten Vorgänge im Hauptausschuß der Radikalen Partei, bei denen der Ministerpräsident Pasitsch zum Schluß in stürmischer Weise Jovanović gebeten habe,

von der Veröffentlichung seiner Beweise über die Mitwisserschaft des vormaligen Ministerpräsidenten an der Ermordung Franz Ferdinands im Interesse des Landes abzusehen, und sagt: „Diese letzte Szene und die unterlassene Veröffentlichung der Jovanovićschen „Beweise und Dokumente“ bringt wohl angesichts der ganzen Welt die Beweisführung des Watsonschen Werkes zu Fall.“

Wir haben schon in der Bücherschau des Juli-Heftes unserer Zeitschrift darauf hingewiesen, daß Seton Watsons am 15. November 1925 abgeschlossenes Buch in dieser Beziehung überholt ist.

**Pierre Renouvin: „Les origines immédiates de la guerre“. Von Gustave Dupin.**

**„Revue de Hongrie“, Mai/Juni-Heft 1926.**

Dupin sieht in Pierre Renouvin den rein objektiven, jede Polemik vermeidenden Gelehrten; nur frage es sich, ob seine Forschungsergebnisse nicht weit eher dem „unvermeidlichen Vordringen der Wahrheit“ zu verdanken seien, als seinem eigenen Wunsche nach Aufklärung. Von seinen Gegnern werde ihm hauptsächlich die Kunst zugesprochen, alles beiseite zu lassen, was die von ihm vertretene Sache doch nur kompromittieren könne — eine Taktik, die in letzter Zeit auch Poincaré befolge, der sich auf die Defensive beschränke. In strenger, aber subjektiver Kritik untersucht Dupin, ob in dem Werk Renouvins sich nicht Stellen finden, „wo die Geschicklichkeit des Advokaten die kühle Unparteilichkeit des Gelehrten verdrängt hat“. Renouvin sagt oft zu wenig aus Furcht, zu viel zu sagen. So verschweigt er bei der Besprechung des Doppelmordes von Sarajewo die die serbische Regierung schwer belastenden Aussagen des Ministers Ljuba Jovanović und die Verherrlichung der Mörder als „Märtyrer“ der groß-serbischen Sache. Die Absicht, Poincaré zu verteidigen, tritt an vielen Stellen hervor, ebenso das Bestreben, die russische Mobilmachung nicht als den tatsächlichen Beginn des Weltkrieges hinzustellen und dem Leser Sasonows angebliche Verhandlungsbereitschaft glaubhaft zu machen. Die Unverfrorenheit, mit der er, ein Historiker, auf die Lücken und Fälschungen des Gelbbuchs von 1914 anspielt, läßt auf sein Einverständnis mit Poincaré schließen. Eine sophistische Spielerei mit dem Wort Mobilmachungs-„Proklamation“ versucht die Schuld für den Ausbruch des Weltkrieges den Mittelmächten zuzuschieben. Die Unterredungen verschiedener Entente-Diplomaten werden im Sinne der von der Regierung Poincaré aufgestellten These über die Kriegsschuld gefärbt und gedeutet. Dabei laufen Renouvin unverzeihliche Irrtümer und Widersprüche gegen

seine eigne Darstellung unter. Er sucht eben zu verteidigen, was nicht zu verteidigen ist.

Dupin schließt seinen Aufsatz mit den Worten: „Nachdem Herr Pierre Renouvin bis jetzt durch seine eignen Arbeiten in einer gewissen Anzahl von Punkten die Entdeckungen unabhängiger Historiker gefördert hat, so gibt er doch in seiner Schlußfolgerung und ohne Zweifel auch aus beruflichem Pflichtgefühl zu, daß „die hartnäckige Propaganda Deutschlands die Ansicht der Welt durch eine methodische Arbeit zu ändern bestrebt gewesen ist“. Doch nicht, mein Herr. Die Wahrheit ist es, die hartnäckig ist und ein zähes Leben hat! Sie ist es, die überall durchdringt. Und Locarno ist nur ein Symptom mehr davon.“

R. F.

**Graf Albert Apponyi: Graf Andrássys Buch über die Vorgeschichte des Krieges.**

„Pester Lloyd“, 6. und 7. Juli 1926, Nr. 149—150.

Der bekannte ungarische Staatsmann bespricht in zwei ausführlichen Aufsätzen ein zweibändiges Werk des ungarischen Historikers und Politikers Graf Julius Andrassy jr. über die Vorgeschichte des Krieges, dessen erster Band auch in deutscher Sprache erschienen ist. Das Werk behandelt hauptsächlich auf Grund der Aktenveröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amtes im ersten Bande die Politik Bismarcks und des Grafen Andrassy des Älteren, im zweiten die europäische Lage nach dem Sturze Bismarcks bis zur Konferenz von Algeciras 1890—1905.

---

## Bücherschau.

Becker, Otto, Dr.: „Bismarck und die Einkreisung Deutschlands“, Teil II „Das französisch-russische Bündnis“, Carl Heymanns Verlag, Berlin, 316 S. Eine Fortsetzung des ersten Bandes des Verfassers „Bismarcks Bündnispolitik“.

Charpentier, Armand: „Les Responsabilités de M. Poincaré. André Delpuch, Editeur, Paris, 19 S.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Vierte Auflage, herausgegeben von L. Elster, Ad. Weber, Fr. Wieser, Verlag von Gustav Fischer, Jena, 1926.

In diesem Band befindet sich auf S. 411—444 eine längere Abhandlung über die Friedensverträge vom juristischen Standpunkt von dem Königsberger Professor H. Kraus.

Lumbroso, Alberto: „L'Eziologia Della Grande Guerra“, „Le Opere E I Giorni“, Genova, 1926, 8 S.

Die kleine Schrift bildet ein Begleitwort des Verfassers zu seinen beiden Bänden „Die diplomatischen und wirtschaftlichen Ursachen des großen Krieges“. Im Begleitwort führt Lumbroso aus, gerade ein Italiener sei berufen, diese Ursachen zu ergründen, da Italien ganze neun Monate am Kriege nicht teilgenommen habe, und man daher a priori annehmen müsse, daß es keinerlei Grund gehabt habe, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu wünschen oder zu beschleunigen.

Nitti, F.: „Bolschewismus, Fascismus und Demokratie“, Franz Hanfstaengl, München 1926, 101 S.

Wir entnehmen dem ersten Kapitel „Die Krisis der Freiheit nach dem Weltkrieg“, folgende Stelle:

„Der europäische Krieg, wer auch immer ihn verursacht hat, ist der törichtste und verruchteste Krieg gewesen, den die menschliche Zivilisation je erlebte. Zugleich war er der niedrigste, grausamste und verderblichste Krieg, der die meisten Opfer an Menschen, Wohlstand und Glück gekostet hat. Vor allem war er ein Bürgerkrieg Europas, der Sieger und Besiegte fast gleichermaßen erniedrigt hat; die einen wie die anderen haben irgend etwas eingebüßt, Reichtum, inneren Frieden, Freiheit. Man kann nicht ohne tiefe Wehmut alle diese Verluste verzeichnen, und in diesem Verzeichnisse ist die Vernichtung moralischer Werte noch größer als die Vernichtung wirtschaftlicher Güter.



Der Versailler Vertrag und die Verträge, die ihm gefolgt sind, haben das Urteil der Geschichte vorwegnehmen wollen und haben die Besiegten zu der Erklärung gezwungen, daß die Verantwortung allein Deutschland und seinen Bundesgenossen zufalle. Selbst, wenn man eine sehr große Verantwortung Deutschlands annehmen will, sind sich doch alle ernsthaften Politiker und Gelehrten darin einig, daß die Verantwortung überhaupt nicht auf einen, sondern mehr oder weniger auf alle fällt; zum großen Teil auf Österreich-Ungarn, zum noch größeren auf Rußland, d. h. auf zwei Staaten, welche aus innerpolitischen Gründen früher oder später Krieg führen mußten. Die Wahrheit, die aus allen diplomatischen Dokumenten hervorleuchtet, ist, daß der Konflikt wohl zu verschieben, aber nicht zu verhindern war, daß alle, wenn auch in verschiedenem Maße, schuld daran haben, daß man in den Krieg gestolpert ist, fast ohne es zu merken, wie Lloyd George gesagt hat.“

de Ridder, A.: „La violation de la neutralité belge et ses avocats“, Albert Dewit, Brüssel.

Der Verfasser ist einer der angesehensten Historiker und Direktor im belgischen Ministerium des Äußern.

Steed, Henry Wickham: „Through Thirty Years 1892—1922“. London William Heinemann Ltd. 1926.

Vor mehreren Jahrzehnten hat ein boshafter Kritiker einmal die Menschen in drei Klassen eingeteilt: Die einen sehen in Bismarck den Urheber alles Übels, die anderen in den Jesuiten, die dritten in den Freimaurern. Steed, Korrespondent der „Times“ in Rom (1897 bis 1902) und Wien (1902 bis 1913), dann „foreign editor“ des Blattes (1914 bis 1922), gehört zu einer vierten Klasse, er haßt gleichzeitig Bismarck (und dessen Nachfolger) und die Jesuiten und huldigt nebenbei einem starken Antisemitismus, der sich besonders deutlich bei Schilderung der jungtürkischen Politiker zeigt (S. 374 bis 76). Die Weltkonstellation von 1907 ist ihm die Scheidung Europas in zwei Lager; ein liberales: England, Frankreich und — Rußland (!), andererseits ein reaktionäres: Deutschland, Österreich-Ungarn und — der Vatikan (S. 255). Italien wird nicht eingeteilt.

Die Politik Bismarcks, der nach dem Urteil Goochs während zwanzig Jahren „die Säule des europäischen Friedens“ gewesen ist, wird restlos verurteilt (S. 46). Er habe den Krieausbruch von 1870 überstürzt durch „garbling“ der Emser Depesche. (Wahre Krieursachen siehe Oncken „Napoleon III. und der Rhein“.) Die kolonialen Aspirationen Frankreichs habe er deshalb begünstigt, um es in ständigen Konflikt mit Italien und England zu bringen. (Hauptgrund war, Frankreich für den Verlust von Elsaß-Lothringen zu entschädigen und von der Entfesselung eines Revanchekrieges abzuhalten.) Die russischen Absichten auf Zentralasien habe er gefördert, um den russisch-englischen Antagonismus zu nähren. (Wirklicher Zweck: Ruhe auf dem Balkan.) Der Beitritt Italiens zur deutsch-österreichischen Allianz sei durch eine Mischung von Druck und Überredung erreicht worden. (Italien ist der deutsch-österreichischen

Allianz niemals beigetreten, sondern der Dreibund war ein neuer Vertrag, und zwar auf Grund italienischer Initiative, der Bismarck anfänglich sehr zurückhaltend gegenüberstand.) 1884 (sic!) habe er hinter dem Rücken der beiden Verbündeten einen geheimen Vertrag mit Rußland abgeschlossen. (Tatsache: 1884 Erneuerung des Dreikaiserbündnisses und Erwägungen Bismarcks, diesen Bund durch Einbeziehung Italiens zum Vierbund zu erweitern — „Große Politik“ III Nr. 614, Randbemerkung 5. Dann 1887 bei Abschluß des Rückversicherungsvertrags mit Rußland weitgehende Rücksicht auf beide Verbündete durch Förderung des österreichisch-italienisch-englischen Mittelmeerabkommens.)

Die Nachfolger Bismarcks werden nicht besser beurteilt. Bei Ausbruch des Burenkrieges „wußte Steed aus früherer Erfahrung“ (S. 152/3), daß Deutschland direkt oder indirekt alles tun würde, um England unbequem zu werden. (Tatsachen: Die deutsche Regierung wirkte von Anfang an mäßigend auf die deutsche Presse ein; sie wies wiederholt französich-russische Anregungen zu einer Intervention zurück; Kaiser Wilhelm machte zur Zeit der schwersten englischen Niederlagen einen Besuch in London; der Prinz von Wales gab seinem Dank für die deutsche Haltung wiederholt Ausdruck.)

Auf der einen Seite werden Deutschland seine Bündnisse vorgeworfen, auf der anderen wird es der Treulosigkeit gegen seine Bundesgenossen beschuldigt. Es sei ein Grundsatz Berlins, daß Österreich-Ungarn und Italien nicht Freunde sein dürften, „außer unter deutscher Oberaufsicht“ (S. 231). Einem maßgebenden englischen Politiker schrieb Steed 1905: „Triest ist das nächste unmittelbare Ziel der deutschen Politik, aber ihr Endzweck ist die Oberaufsicht (control) über Österreich und die vollständige Herrschaft (complete domination) über Italien, das Mittelmeer und den Orient“ (S. 233).

Der Haltung Deutschlands während der bosnischen Krise wird oft zu große Abhängigkeit von Wien vorgeworfen. Nach Steed war sie hingegen sehr unfreundlich gegen Österreich. Über den deutschen Schritt in Petersburg vom 23. März 1909, durch den Rußland zum Einlenken gegen Wien bewogen wurde, sei es nie völlig klar geworden, ob er Deutschlands eigener Initiative entsprungen oder zwischen Iswolsky und Bülow verabredet war, um Ährenthal einen persönlichen Triumph zu rauben (S. 301). Trotz dieser Verdächtigung Deutschlands, mit Rußland gegen Österreich konspiriert zu haben, wird später doch wieder von dem Petersburger Grolle über die Demütigung gesprochen, die Rußland durch das „wirkliche oder scheinbare Ultimatum“ Deutschlands erlitten habe (S. 223). In einem Privatbrief vom April 1909 an die „Times“ kommt Steed zu folgendem Schluß: Es sei schwer zu sagen, wodurch der im Gegensatz zu Kaiser Franz Joseph anfänglich für den Krieg gestimmte Erzherzog-Thronfolger für eine friedliche Lösung gewonnen wurde. Den Ausschlag habe vermutlich das unannehmbare deutsche Angebot gegeben, bei einem Kampfe gegen Rußland in der Weise mitzuwirken, daß preußische Truppen Galizien, sächsische Böhmen, bayerische Salzburg und Tirol besetzen (S. 297). Sind solche Halluzinationen noch ernst zu nehmen?

Die Entsendung des „Panther“ nach Agadir sei mehr gegen England als gegen Frankreich gerichtet gewesen. Sie habe die

Loyalität Englands gegenüber der Entente auf die Probe stellen wollen und habe gleichzeitig „eine Drohung gegen die Sicherungen der britischen Seeverbindungen bedeutet“ (S. 343). Ein Kanonenboot von 1000 Tonnen mit 125 Mann Besatzung!

Vorschläge Österreichs zur Verhütung des drohenden Krieges der Balkanstaaten gegen die Türkei waren „wahrscheinlich als Finte gedacht“ (S. 361). Dem Geschwätz Masaryks, daß der Erzherzog-Thronfolger an allgemeiner Paralyse leide und seine Diener verkleidete „Krankenwärter in Livree“ seien, wird Glauben geschenkt (S. 367). Daß Deutschland den österreichischen Plan eines Angriffs auf Serbien im August (recte: Juli) 1913 unterstützt habe, wird nicht direkt behauptet, aber entgegen den veröffentlichten Dokumenten für wahrscheinlich erklärt (S. 370). Die Klage über die Rüstungen Deutschlands fehlt nicht, sogar Österreich, dessen Heer ein Drittel des russischen betrug, rüstet angeblich zu stark (S. 385 und 365), die Entente anscheinend gar nicht. Im Unglücksjahre selbst fehlt nicht die Fabel, daß Botschaftsrat von Kühlmann in Irland gewesen sei und berichtet habe, daß der Bürgerkrieg dort unvermeidlich sei (S. 392). Zu solchen Schilderungen gesellen sich mit Stolz berichtete Handlungen, die direkt der Anbahnung internationaler Verständigung schädlich waren. So verhinderte Steed im Sommer 1909 die Absendung eines Telegramms König Eduards an Graf Ährenthal, das nicht nur von einflußreichen österreichischen Politikern, sondern sogar von dem britischen Botschafter in Wien zu dem Zwecke angeregt war, die Verstimmung des Frühjahrs zu beheben (S. 318). Ebenso wurde 1911 eine französische Anleihe an Österreich angeblich durch Steed Dazwischentreten verhindert (S. 346).

Gute Beziehungen Österreichs zur Entente hielt er anscheinend deshalb für verderblich, weil nach seiner Ansicht die Entwicklung der Ereignisse ab 1910 vorausbestimmt war durch den Entschluß Deutschlands „to secure the mastery of Europe and of the World“ (S. 326). Diese Gespensterfurcht erzeugte in ihm den pessimistischen Glauben, daß der große Krieg unvermeidlich sei. Seine einzige Sorge war fortan, ob England für den bevorstehenden Waffengang bereit sein und ohne Zaudern die ihm dabei zufallende, vielleicht entscheidende Rolle spielen werde (S. 326/27). Daher zu Neujahr 1912 ein Alarmartikel „Is it War?“ mit heftigen Angriffen gegen die deutsche Politik „eine Weltpolitik territorialer Vergrößerung“, mit ersten Sorgen für das bedrohte Frankreich und mit der Betonung der Notwendigkeit für England, die Kriegsrede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911 durch eine Politik zu unterstützen, die entschlossen sei „jeden Mann und jedes Schiff, den letzten Pfennig, zu Wasser und zu Lande“ einzusetzen (S. 351 ff.). Im Herbst desselben Jahres, als wegen des Vordringens der Serben bis zum albanischen Durazzo ein Einschreiten Österreichs wahrscheinlich war, Telegramm nach London, man müsse bereit sein, binnen zehn Tagen eine Armee auf dem Kontinent zu landen (S. 364).

Bei der Abreise von Wien im Juli 1913 hatte sich Steed die Überzeugung gebildet, daß die Ereignisse in Österreich-Ungarn und Europa sich der Katastrophe so rasch nähern, daß diese nur noch durch ein Wunder verhindert werden könne (S. 368). In dieser Stimmung kam er Ende des Jahres nach London und begann Vor-



lesungen an den drei großen Universitäten Cambridge, Oxford und London, um den Leuten in England klar zu machen, daß ein europäischer Krieg „in greifbarer Nähe sei“ (with in measurable distance S. 379). Dort erfuhren die Hörer, daß „die als ‚Pazifismus‘ bekannten Lehren und ähnliche Verteidigungen für mangelnde nationale Bereitschaft, die sich auf den Glauben an die reinen Absichten anderer gründeten, das sicherste Unterpfand des Unglücks seien“ (S. 381).

Bei der Nachricht des Attentats von Sarajewo wird infolge der Meldungen über mangelhafte polizeiliche Vorkehrungen sofort der „Verdacht falschen Spieles fast zur Gewißheit“. Schon vom nächsten Tage an werden die Kollegen bei der „Times“ ermahnt, den Ausdruck des Abscheues über den Mord zu mäßigen, „weil die österreichisch-ungarischen Behörden, vielleicht sogar Mitglieder der kaiserlichen Familie, geneigt sein möchten, die Tatsache nicht zu bedauern, jedenfalls aber Kapital daraus zu schlagen“ (S. 394). Während des Krieges wurde dann auf Grund der Erzählungen „eines jungen Mannes, der am österreichischen Hofe angestellt und intim mit dem Erzherzog bekannt war“, folgende Schauergeschichte verfaßt, die zwar nicht in den „Times“, aber im „Nineteenth Century“ gedruckt wurde: Kaiser Wilhelm habe in Konopischt dem Erzherzog vorgeschlagen, nach rascher Niederwerfung Frankreichs und Rußlands zwei neue Königreiche zu gründen, die nach dem Tode des Erzherzogs an dessen Söhne übergehen sollten: ein von der Nordsee bis zum Schwarzen Meere reichendes Polen und einen aus Böhmen, Ungarn und Südslawien (bis Saloniki) gebildeten Staat. Der Neffe des Erzherzogs, der spätere Kaiser Karl, sollte Deutsch-Österreich und Triest erhalten, alle drei Teile der Monarchie sollten Bundesstaaten des Deutschen Reiches werden (S. 399)!!! Es wird dann nicht ausgesprochen, aber durch Erzählung von Einzelheiten beim Attentat und bei der Beredigung genugsam angedeutet, daß der ohnehin „halbverrückte“ Thronfolger wegen dieses Landesverrats von österreichischer Seite umgebracht worden ist. — Hier ist also der Ursprung des absurden Märchens aufgedeckt, das während des Krieges in den Ententeländern verbreitet wurde. Wie geduldig ist doch das Papier! Selbstverständlich liest man auch die nach allen Veröffentlichungen der letzten Jahre unhaltbare Behauptung, daß kein Beweis für die Mitschuld der serbischen Regierung vorliege (II. S. 3).

Am 21. Juli Frühstück auf der österreichischen Botschaft. Graf Mensdorff sucht Steed von der Notwendigkeit eines Einschreitens in Serbien zu überzeugen. Der Erfolg ist, daß Steed sofort auf das „Foreign Office“ stürzt und dort berichtet: „Österreich ist zum Krieg entschlossen und Deutschland steht hinter ihm. Mensdorff ist überzeugt, daß England nicht intervenieren wird. Wenn die Regierung den Krieg zu verhindern wünscht, muß sie das Land aufrütteln und klar zu erkennen geben, daß sie intervenieren wird, falls europäische Verwicklungen entstehen“ (S. 400). Also noch ohne jede Kenntnis der Sachlage, vor Bekanntwerden des österreichischen Ultimatus, ein deutliches Versprechen der Waffenhilfe an Frankreich und Rußland! Mit Recht sträubte sich der Beamte des „Foreign Office“ gegen eine solche „Störung der diplomatischen Atmosphäre“.



Aber Steed ließ sich nicht aufhalten. Am 22. Juli ein Artikel, der tiefen Eindruck machte. Dank diesem Artikel und den folgenden „wußte das britische Volk, als die Krise Ende Juli ihren Höhepunkt erreichte, was auf dem Spiele stand, und war in gewissem Grade bereit für die verhängnisvolle Wahl, die es zu treffen hatte. In Übereinstimmung mit ihren besten Traditionen führte die „Times“ das Land“.

Nur zwei Verfasser von Memoiren rühmen sich, in dieser Weise für den Krieg gearbeitet zu haben: Feldmarschall von Conrad und Steed. Aber das Drängen Conrads wurde durch die Diplomatie unschädlich gemacht. Steed gegenüber fehlte diese Bremse.

M. M.

Tagebuch W. N. Lambsdorffs. Staatsverlag Moskau/Leningrad 1926, I. Band, 395 S. Herausgegeben vom Zentralarchiv, mit einer Einleitung von F. A. Rotstein (II. Band in Vorbereitung).

Der erste Band des Tagebuchs des früheren russischen Außenministers Grafen Wladimir Nikolajewitsch Lambsdorff umfaßt die Jahre 1886—1890. Während dieser Periode war Lambsdorff der nächste Mitarbeiter des damaligen Außenministers Giers. Das Tagebuch schildert die Zeit, in der Giers und Lambsdorff als Anhänger des Bündnisses mit Deutschland vergeblich gegen den Einfluß der Panslawisten und Reaktionäre auf den Zaren Alexander III. kämpften.

Die Notizbücher des Botschafters Georges Louis. Autorisierte Übertragung aus dem Französischen von Max Brahn und Ernst Bergmann. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1926.

In der Hinterlassenschaft des 1917 verstorbenen Botschafters Georges Louis fanden sich 18 „carnets“ vor — Notizbücher, in denen der französische Diplomat durch zumeist kurze, aber sehr treffende Bemerkungen die Eindrücke festgehalten hat, die er in Unterredungen mit Politikern, Diplomaten und sonstigen bedeutenden Persönlichkeiten empfing. Ernest Judet hat in seinem Werk „Georges Louis“, das von Friedrich Stieve im Märzheft 1925 „Die Kriegsschuldfrage“ gewürdigt worden ist, diese Aufzeichnungen vielfach benutzt, besonders natürlich diejenigen, welche Aufschluß geben über die Intrigen der Kriegshetzer Poincaré und Iswolski gegen den friedliebenden Botschafter am Petersburger Hofe und über die näheren Umstände, die zu dessen Abberufung aus Rußland im Jahre 1913 führten. Der uns zur Verfügung stehende Raum verbietet ein näheres Eingehen auf Einzelheiten, so auf die Notizen Louis', die, obwohl hie und da verstreut, sich zu trefflichen Charakteristiken der leitenden Politiker aus der Vorkriegszeit abrunden und unschätzbare Beiträge zur Lösung der Kriegsschuldfrage bringen.

Clémenceau hielt bereits im Juli 1908 (!) den Krieg für „unvermeidlich“ und „dachte stets daran“. Er hoffte, Frankreich werde siegen, da es der Unterstützung Englands und Rußlands gewiß wäre, zweifellos Spanien (?) sowie vielleicht auch Italien für seine Sache gewinnen könne und „ganz anders bereit sei als 1905“. Eine solche Äußerung des damaligen Ministerpräsidenten konnte Georges Louis sechs Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges buchen, der, wie man dem Volk doch vorerzählte, das ahnungslose Frankreich völlig überraschte! Es ließen sich aus den Notizen Louis' noch zahllose Äußerungen ähnlichen Inhalts von maßgebenden Persönlichkeiten anführen. Der Weltkrieg war entbrannt. Im November 1914 notiert Louis: „Man spürt förmlich, wie sich Poincaré und Sasonow gesagt haben: Die Hauptsache ist nicht, daß wir den Krieg verhindern, sondern, daß wir den Anschein erwecken, als ob wir alles getan hätten, um ihn zu verhindern. Der Einfluß und die Politik Iswolskis hatte eine ständige gegenseitige Gereiztheit zwischen Rußland und Österreich hervorgerufen, die verhängnisvollerweise zum Krieg führen mußte. Iswolski ist daher vollkommen berechtigt zu sagen, daß „es sein Krieg sei“.

Ernest Judet gegenüber bemerkte der italienische Botschafter Tittoni am 25. Dezember 1914: „Man irrt sich, wenn man versichert, Kaiser Wilhelm habe den Krieg seit langem gewünscht: er hatte ihn so wenig vorherbedacht, daß er den König von Italien zu den großen Manövern eingeladen hatte, die am 15. August stattfinden sollten.“

Sehr interessant sind die Aufzeichnungen des Botschafters Louis über eine Unterredung zwischen ihm und Pichon. Der letztere sagte am 14. Januar 1915: „Wenn Sie Botschafter in Petersburg geblieben wären und ich Minister des Äußern, es wäre nicht zum Kriege gekommen.“ Louis entgegnet, daß auch Herr Fallières noch hätte im Elysée sein müssen; man habe im März 1909 gesehen, wie man einen Krieg verhindern konnte. Die Präsidentschaft Poincarés sei geradezu „verhängnisvoll“ gewesen und Paléologue und Delcassé hätten die Russen in den Krieg gehetzt. Selbst Sasonow neige der Ansicht zu, daß der Krieg zu vermeiden gewesen wäre. Pichon glaubt an den Endsieg, ihn schaudert aber bei dem Gedanken an die Opfer, mit denen er zu erkaufen sein wird. Auch in England brach sich bereits damals die Überzeugung Bahn, daß der Krieg nicht die bei seinem Ausbruch erhofften Resultate bringen und die zu gewärtigenden Vorteile keinesfalls den Kosten entsprechen würden. Friedensvorschläge werden erwogen.

Paul Deschanel ist, nach Louis' Notizen, zwar fest davon überzeugt, daß Deutschland den Krieg 44 Jahre lang vorbereitet und ihn dann zielbewußt erklärt habe, daß aber die französische Regierung den Fehler begangen hätte, den Krieausbruch nicht zu verhindern. Die Mehrzahl derer, die im Juli 1914 Minister waren, sei der Ansicht, Poincaré habe den Krieg heraufbeschworen. Gelegentlich der Revue am 14. Juli 1914 habe dieser zu Deschanel geäußert: „Ich werde Mühe haben, die Russen zu überzeugen“ — nämlich, daß marschiert werden muß.

Georges Louis hat in der Vorkriegszeit und während der ersten Jahre des großen Völkerringens so manche damals kaum bekannte Tatsache notiert, manche Vermutung ausgesprochen, die durch die spätere Forschung nach den Kriegsursachen auf Grund unumstößlicher Dokumente bestätigt worden ist, und unbeabsichtigt gibt er dem Historiker des Weltkriegs wertvolle Winke für seine mühevollen Arbeit. Darin liegt nicht zuletzt die Bedeutung dieser „Notizbücher“.

R. F.

**Veritas und E. P. Semenev:** Bulgariens Verrat, dokumentarische Geschichte des bulgarisch-serbischen Krieges vom Jahre 1913 und der Eintritt Bulgariens in die Garne des Germanismus (1914—1915), Petersburg 1916, Bibliothek der „Wetscherneje Wremja“. Verlag B. A. Suworin, 219 S.

Eine nach dem Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg auf der Seite der Mittelmächte herausgegebene Dokumentensammlung mit verbindendem Text, die die Schuld Bulgariens und seinen „Verrat“ am Slawentum darstellen soll. Die darin veröffentlichten Dokumente geben interessante Einblicke in die Geschichte der Balkankriege, müssen aber wegen der einseitigen Tendenz mit Vorsicht benutzt werden.

---

### **Bezugsbedingungen:**

#### **„Die Kriegsschuldfrage“**

ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a, Tel. Norden 5836, zu beziehen.

Vierteljahresabonnement: Inland Mk. 3.—

Ausland „ 3.50

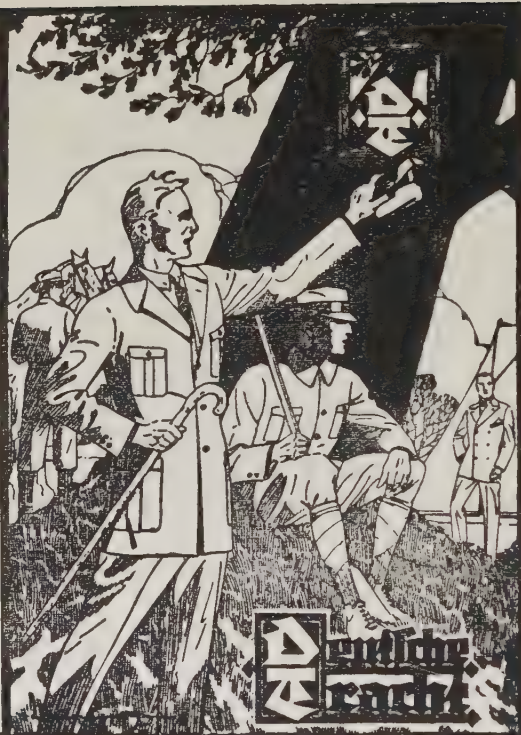
(einschl. Porto und Verpackung)

### **Terms of subscription:**

This monthly magazine is obtainable on application to the Central Office for the Investigation of the Causes of the War, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a.

Price 3.50 Gm. yearly post free.

---



## Was liefert die „Deutsche Tracht“?

|                               |                                                                                            |               |
|-------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| <b>Deutsche Tracht</b>        | (Rock, Weste, lange oder kurze Hose) siehe Abb. . . . .                                    | <b>Mk. 66</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (bisherige Qualität) siehe Abbildung . . . . .                                             | <b>Mk. 85</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (aus bestem Kammgarn, neue Qualität) siehe Abb. . . . .                                    | <b>Mk. 96</b> |
| <b>Deutsche Hansa</b>         | Dunkelblauer, zweireihiger Sacco-Anzug (nur mit langer Hose) aus Spezialkammgarn . . . . . | <b>Mk. 92</b> |
| <b>Deutscher Trachtmantel</b> | Gabardine, Rückenfalte mit Gurt, zweireihig . . . . .                                      | <b>Mk. 96</b> |

**Erleichterte Zahlungsbedingungen**

Versand in ganz Deutschland

Stoffproben, Maßanleitung und Druckschriften werden gern kostenlos übersandt.

**Deutsche Tracht gemeinnützige G. m. b. H.**  
**Berlin NW 6, Luisenstraße 38**

**Verkaufsstellen:**

**Berlin NW 6, Luisenstr. 38**

Eingang Marienstraße 1

**Essen, Bahnhofstraße 83**

**Flensburg, Holm 57**



**Kiel,**

Brunswicker Str. 13-15

**Lübeck, Handelshof**

**Magdeburg,**

Gr. Diesdorfer Str. 227

**München,**

Reichenbachstraße 18



46. Jahrgang

# Tägliche Rundschau

Unabhängige Zeitung für nationale Politik  
mit Unterhaltungsblatt für die Gebildeten aller Stände.

Herausgeber.

D. Bruno Doehring und Heinrich Rippler.

---

## Bezugspreis monatlich:

|                        |                                      |          |
|------------------------|--------------------------------------|----------|
| Ausgabe A (täglich 1X) | durch die Post einschl. Bestellgeld  | RM. 3.36 |
| " B ( " 2X)            | " " " " " "                          | 3.72     |
| " B ( " 2X)            | durch Boten in Groß-Berlin . . . . . | 3.—      |

---

Als maßgebende und einflußreiche  
politische Tageszeitung im ganzen  
Deutschen Reiche und im Auslande  
anerkannt und stark verbreitet

## Hervorragende politische Mitarbeiter!

Unabhängig von allen Parteien  
und Interessengruppen

---

Ausführliche und wertvolle  
täglich zweimalige Handelsbeilage:  
„Wirtschaft und Börse“

---

Probenummern durch die  
Geschäftsstelle der „Täglichen Rundschau“  
Berlin W 57, Bülowstraße 66  
Fernsprecher: Nollendorf 8120—8123  
Drahtanschrift: Rundschauendienst

# Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung

\* G e g r ü n d e t 1 8 4 8 \*

Die „Kreuzzeitung“, ein führendes politisches Organ, dessen Äußerungen von den Gegnern genau so beachtet werden wie von den Freunden, betrachtet es als Aufgabe, ihre ganze politische Bedeutung einzusetzen für den Kampf um die Befreiung unseres Vaterlandes. Voran steht ihr hierbei die Bekämpfung der Kriegsschuldlüge, auf der der Vertrag von Versailles aufgebaut ist. Bei aller Pflege idealer Gesinnungen und Anschauungen hat die „Kreuzzeitung“ nicht unterlassen, sich auch als Zeitung den Forderungen der neuen Zeit anzupassen. Sie ist nicht nur auf dem Gebiete der Politik, sondern auch auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens und der Unterhaltung, sowie auch in volkswirtschaftlicher Beziehung so ausgestaltet, daß jeder Leser in ihr alles Wissenswerte und Notwendige findet. Insbesondere bietet sie regelmäßig Übersichten über die innere und äußere Politik, wie über die wirtschaftliche Lage. Vermöge ihrer Verbreitung in den Kreisen des Grundbesitzes, der Großindustrie, des Beamten-tums, der Offiziere usw. ist die „Kreuzzeitung“ auch für Anzeigen vortrefflich geeignet. Sie erscheint täglich zweimal, abgesehen von den durch die Sonn- und Feiertage gebotenen Ausnahmen. Alle Postanstalten, in Berlin auch die bekannten Zeitungs-pediteure, nehmen Bestellungen entgegen.

\*

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Dessauer Str. 6

# H. J. Wilm

Kgl. Hofjuwelier

Berlin C, Jerusalemer Straße 25

Juwelen, Gold, Silberwaren  
Silberausstattungen

gegründet 1767

## Breußische Druckerei= und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich  
zur preiswerten Anfertigung  
sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen  
Zeitschriften / Zeitungen  
Werke

Setzmaschinen \* Stereotypie \* Rotationsdruck \* Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32

Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 5981 — 5998

**Wer sein Haar nicht färben,**  
das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

**„Ich hab's gefunden“**

à Flasche 3,75 Mark (blond, braun, schwarz). Nur zu haben bei  
**Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38**

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Friseursalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute  
**Eigene** sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.



**Deutsche  
lesen die  
Deutsche  
Zeitung**

•Berlin-S.W.-II•



DIE  
**DRUCKEREI**  
FÜR  
**QUALITÄTSARBEITEN**

EIN- UND MEHRFARBENDRUCKE FÜR  
HANDEL • INDUSTRIE • GEWERBE



GEGR. 1889

**PAUL LEHSTEN**

BUCHDRUCKEREI - GUTENBERG

HOFBUCHDRUCKER WEILAND IHRER MAJESTÄT DER KAISERIN

*Charlottenburg 1 Berliner Straße 119*

FERNRUF: WILHELM 180 u. 9852

ABENDRUF: WILH. 3206

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

## **„Der Arbeitgeber“**

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der  
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142 entgegengenommen.

**S o e b e n e r s c h i e n**

in neuer, vollständig umgearbeiteter und stark erweiterter Ausgabe

---

i m 2 6 0 . b i s 2 8 0 . T a u s e n d

---

der bekannte und volkstümliche Kommentar  
zu den Verträgen von Versailles und Locarno:

# **Der Vertrag von Versailles**

**und seine Wirkungen für  
unser deutsches Vaterland**

VON DR. ALBERT STRÖHLE

Mit 19 Karten und graphischen Darstellungen

Preis geheftet 1,50 RM, in Halbleinen gebunden 2,50 RM.

Das Buch ist vom Reichspräsidenten sowie von anderen hochstehenden politischen Persönlichkeiten gerühmt und von Vertretern verschiedenster Parteirichtungen in Reichstags- und Landtagsreden mehrfach als sachliches und zuverlässiges Werk empfehlend erwähnt worden. In einigen Landes- teilen Deutschlands ist es als Schulbuch eingeführt. Es gibt Aufschluß über die Vorgeschichte und die Grundlagen des Friedensvertrages, erläutert die einzelnen Bestimmungen des Vertrages und die Völkerbundorganisation, schildert die Verhandlungen bis zum Abschluß der Locarno-Verträge und führt dann die Wirkungen des Versailler Vertrages, die Gebiets- und Be- völkerungsverluste, die wirtschaftlichen Folgen, die finanzielle Belastung Deutschlands und die militärischen Bestimmungen in drastischer, nur durch die Tatsache selbst wirkender Weise vor Augen. Reiches

graphisch-statistisches und kartographisches

Material veranschaulicht die text-  
lichen Ausführungen.

Es ist

ein Volksbuch, das jeder Deutsche besitzen mußte.

---

**Zentralverlag G.m.b.H., Berlin W35**



PORZELLANFABRIK

PH.ROSENTHAL & CO. A.G.

BERLIN W.9.

BELLEVUESTR. 10  
TAUENTZIENTSTR. 19.



# Grünfeld

Leinen · Wäsche · Ausstattungen.

## Die Hauptpreisliste

Nr. 248 P über Wäsche jeder  
Art (mit 2000 Abbildungen) wird  
auf Wunsch zugesandt.

★

## Das Brautausstattungs-

Verzeichnis Nr. 247 H, mit vielen  
Aufstellungen, wird auf Wunsch  
zugesandt.

★

## Die Erstlingswäsche-

Preisliste Nr. 245 M, mit zahl-  
reichen Abbildungen, wird auf  
Wunsch zugesandt.

★

Landeshuter Leinen-  
und Gebildweberei

**F. V. Grünfeld**

Größtes Sonderhaus  
für Leinen u. Wäsche

**Berlin W 8**

**Leipziger Str.**

**20-22**

Zweigniederlassung: Köln, Krebsgasse :: Fabrik: Landeshut (Schlesien)



## Das Wichtigste aus dem Inhalt.

An der Hand unveröffentlichter Urkunden schreibt der a. o. Gesandte und bevollmächtigte Minister a. D. Dr. Friedrich von Wiesner über die Vorstellung des an dem Attentat von Sarajewo beteiligten Mörders Gabrinović vor dem König Alexander von Jugoslawien. Gleichzeitig gibt Herr von Wiesner eine Richtigstellung der im Juliheft gemachten Angaben über die angebliche Vorstellung des Mörders Princip.



Professor Dr. Paul Herre widmet dem Werke von Harry Elmer Barnes „The Genesis of the World War“ eine umfassende Besprechung und stellt den im Wortlaut zitierten Schlußfolgerungen von Barnes die von der deutschen Forschung vertretene Auffassung gegenüber. Professor Herre kann dabei eine weitgehende Übereinstimmung in dem Urteil des amerikanischen Historikers und dem der deutschen Forschung verzeichnen.



Dr. M. Boghitschewitsch veröffentlicht zum ersten Male die Statuten der serbischen „Schwarzen Hand“, sowie Namen und Stellung ihrer hervorragendsten Mitglieder, von denen heute noch einige hohe amtliche Posten bekleiden.



Staatsminister a. D. von Jagow teilt in einer Zuschrift an die Zentralstelle noch einmal seine Auffassung über die Notwendigkeit der deutschen Kriegserklärung an Rußland und an Frankreich mit.

## Harry Elmer Barnes' Werk über die Entstehung des Weltkrieges.<sup>1)</sup>

Von Paul Herre.

Barnes' Werk über die Kriegsschuldfrage liegt nunmehr vor. Es ist zweifellos eine Leistung von hohem Rang und großer Bedeutung, und wir Deutsche haben allen Anlaß, uns mit ihm näher zu befassen. Das Buch stellt die geschlossenste Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse der Kriegsschuldforschung dar und nimmt deshalb innerhalb der gesamten Literatur einen führenden Platz ein.

Professor Barnes hat als einer der rücksichtslosesten Wahrheitssucher in der Klarstellung des Anteils der einzelnen Völker an der Entstehung des Weltkrieges einen Namen von Weltruf. Seine unbestechliche Forschungsarbeit verdient um so mehr Bewunderung, als sie sich in einer Atmosphäre stärkster Voreingenommenheit abspielt und völlig unbekümmert festgewurzelten und von bedeutenden Persönlichkeiten vertretenen Auffassungen widerspricht, die als politische Schlagworte eine große Rolle spielen.

Indem man seinem neuen Buche nähertritt, wendet sich der Blick unwillkürlich auf die früheren Äußerungen Barnes' zurück. Seitdem er, durch die ausgezeichneten Forschungen Professor Fays angeregt, in der Kriegsschuldfrage aus einem Saulus zu einem Paulus wurde, ist er in zahlreichen Aufsätzen, die in wissenschaftlichen Zeitschriften wie in der Tagespresse Amerikas erschienen sind und zum Teil auch in Europa Beachtung gefunden haben, der verfälschenden Entente-Propaganda entgegengetreten. In einem umfassenden Artikel, den er unter dem Titel „Assessing the blame for the world war. A revised judgment based on all the available documents“ 1924 im Maiheft der „Current History“ veröffentlichte und der in deutscher Übersetzung im Oktoberheft 1924 der „Kriegsschuldfrage“ zugänglich gemacht worden ist, hat er bereits weit ausholend seine Anschauungen über die Kriegsschuldfrage niedergelegt, und man darf sagen, daß sein neues Buch im Grunde nur eine wesentlich erweiterte Wiederholung seiner damaligen Ausführungen ist. Zumal dieser grundlegende Aufsatz hat ihm den Vorwurf eingetragen, zu extrem zu sein. Die weitere Beschäftigung mit den Problemen und das Studium der seit 1924 neu erschlossenen Quellen hat ihn indessen nicht veranlassen können, seinen damaligen Standpunkt irgendwie einzuschränken, vielmehr betont er mit

---

<sup>1)</sup> The Genesis of the World War. An Introduction to the Problem of War Guilt. New York, Alfred A. Knopf, 1926. XXVII u. 750 S.

Nachdruck, daß er über die früher beobachtete Linie noch habe hinausgehen müssen, und so ist ein Werk entstanden, das mehr noch als jener grundlegende Aufsatz von 1924 mit allem bricht, was in Amerika und in den Ententeländern an Kriegsschuldlegenden geschaffen worden ist.

Das Buch erhält dadurch seinen Hauptstempel, daß es ohne jede Rücksicht auf Menschen und Dinge klar herausarbeitet und ausspricht, was wissenschaftliche Forschungsarbeit an Hand des vorliegenden dokumentarischen Materials ergründet hat. Barnes will mit vollem Bewußtsein völlig frei und offen sich äußern, und er sucht geradezu die polemischen Methoden: er ist der Meinung, daß nur auf diesem Wege die Probleme wirklich klargestellt werden können, um so mehr, als ein revisionistisches Verfahren mehr zu ängstlicher Zurückhaltung neige. Maßhalten im Abstrakten sei sicherlich ein richtiges Leitmotiv, aber auf die Auswertung von Tatsachen sei es nicht anwendbar. Barnes glaubt, in der Tatsachenfeststellung so genau wie möglich zu sein und nur Schlüsse zu ziehen, die sich logisch aus den dargestellten Tatsachen ergeben. Er rechnet nicht damit, in jeder Einzelheit das Richtige und Abschließende gesagt, wohl aber, die allgemeinen Linien des Bildes zutreffend gezeichnet zu haben. Unter diesem Gesichtspunkt erwartet er beurteilt zu werden.

Dieser Standpunkt ist berechtigt, und man wird ihm vollends unter dem Gesichtspunkte Rechnung tragen müssen, daß es für den Amerikaner mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, sich die ungeheure, namentlich in Europa entstandene Literatur zur Kriegsschuldfrage ganz zu eigen zu machen. Immerhin gibt das von Barnes eingeschlagene Verfahren zu einigen allgemeinen Bemerkungen Anlaß. Der behandelte Gegenstand ist geschichtlich, aber das Werk das ihm gewidmet ist, hat nicht den Charakter eines historisch-chronologisch erzählenden Geschichtswerkes, sondern ist eine zwar geschichtlich aufgebaute, aber nach der Fragestellung des Kriegsschuldproblems systematisch vorgehende Untersuchung. Liegt schon darin die Gefahr, daß die kausalen Zusammenhänge der Vorkriegsgeschehnisse vielfach zerrissen sind, so führt die absichtlich zur Anwendung gebrachte polemische Methode, zusammen mit dem auf die Offensive gestellten Ton, nicht selten dazu, daß die Dinge einfacher und geradliniger gemacht werden als sie in Wahrheit sind. In beinahe typischer Form äußert sich hier die Spannung, die bei der Behandlung der Vorkriegsgeschichte zwischen der rein historischen Problemstellung und der Fragestellung des Kriegsschuldproblems besteht, und es sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Ober- und

Untertitel des Barnesschen Buches demgemäß sozusagen auf einem verschiedenen Nenner stehen. Sein Werk dient lediglich der Klärung der Kriegsschuldfrage, und wir finden uns damit ab, daß es nur diese Aufgabe zu erfüllen sucht.

Welches ist nun sein Inhalt? Barnes behandelt das Problem in einzelnen Abschnitten, die dem Anteil der einzelnen Länder und Völker an der Kriegsschuld gewidmet sind und die jeder für sich etwas Abgeschlossenes, Ganzes bilden. Obschon bei diesem Verfahren nicht selten Wiederholungen unterlaufen, hat sich Barnes dazu entschlossen, weil er es als die beste Einführung in die verwickelte Frage ansieht. Im übrigen verfährt er so, daß er an Hand des ausgebreiteten Quellenmaterials die Vorgänge kritisch durchleuchtet und ein Neben- und Aufeinander unbestreitbar Tatsachen klarlegt. Quellenbelege und biographische Übersichten schließen die einzelnen Abschnitte ab, und ihre Ergebnisse werden zur weiteren Verdeutlichung des festgestellten Tatbestandes in knappen „Schlußfolgerungen (conclusions)“ zusammengefaßt. Diese Schlußfolgerungen sind für Barnes' Betrachtungs- und Arbeitsweise so charakteristisch, daß sie im Folgenden in wortmäßiger Übersetzung zum Abdruck gebracht und zum Ausgang der Bemerkungen genommen werden sollen, die der Besprecher selbst vorzubringen hat.

Es ist selbstverständlich, daß diese Bemerkungen sich vorwiegend kritisch geben. Damit kein Mißverständnis aufkomme, sei jedoch vorweg allgemein bemerkt, daß bezüglich des festgestellten Tatbestandes und der Gesamtauffassung eine weitgehende Übereinstimmung Barnes' mit der deutschen Forschung besteht, wie denn überhaupt gesagt werden darf, daß diese ihm die wesentlichsten Bausteine für sein wissenschaftliches Gebäude geliefert hat. Mit „deutscher Forschung“ bezeichne ich die Forschungsleistung und -anschauung, wie sie etwa in dieser Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage“ niedergelegt ist oder, natürlich mit manchen individuellen Abtönungen, in den neuen Zusammenfassungen des Grafen Max Montgelas, Georg Karos und Wilhelm Schaers (in der Fragestellung der Kriegsschuldfrage) wie Erich Brandenburgs und meiner Wenigkeit (im Sinne geschichtlicher Darstellungen) zum Ausdruck gelangt. Es ist hier nicht der Platz darauf einzugehen, inwieweit diese deutschen Äußerungen mit den „revisionistischen“ aus dem früheren feindlichen Lager, mit denen eines Beazley und Gooch in England, eines Demartial, Fabre-Luce, Margueritte, Morhardt und Pevet in Frankreich, eines Barbagallo und Lumbroso in Italien, eines Bausman, Fay und Owen in den Vereinigten Staaten sowie eines Ewart in Canada zusammenstimmen: zumal die Tatsache, daß



die Pariser „Evolution“, die für das französische Sprachgebiet das Sammelbecken der Kriegsschuldforschung bildet, sich in der Gesamteinstellung kaum von der Berliner „Kriegsschuldfrage“ unterscheidet, beweist schlagend, wie nahe sich die Diener der wissenschaftlichen Wahrheit über die nationalen Grenzen hinweg schon gekommen sind. Bis zu einem gewissen Grade bildet Barnes' Werk geradezu das zusammenfassende Substrat dieser Gemeinschaftsarbeit.

Treten wir nun die Wanderung durch seinen Inhalt an. Die Schlußfolgerungen halten alles Wesentliche fest. Die kritischen Bemerkungen mögen dazu beitragen, den Tatbestand und seine Beurteilung weiter zu klären.

## **I. Die Grundursachen der Kriege. (Seite 27—28.)**

### **1. Barnes' Schlußfolgerungen.**

Die kurze Besprechung einiger grundlegenderer Kriegsursachen mag, wenn aus keinem anderen Grunde, deswegen von Nutzen sein, weil sie den notwendigen Umfang eines geeigneten Programms für die Sicherung des Weltfriedens klarstellt. Der Pazifist ist normalerweise ein einseitiger Weltverbesserer gewesen, der sein Vertrauen in irgendein angebliches Allheilmittel setzt, wie Abrüstung, internationalen Schiedsspruch, internationale Konferenzen, internationale Debattierklubs, religiöse Einheit, Völkerbünde, Freihandel, Nichtwiderstand usw. Gewiß mag jedem, der an der Sache des Friedens interessiert ist, gestattet sein, sich mit dem Zweige der allgemeinen Friedensbewegung zu verbinden, der seine begeisterte Unterstützung in Anspruch zu nehmen vermag; aber er sollte doch begreifen, daß seine besondere Lieblingsidee nur nützlich sein wird als Teil eines größeren Ganzen, das folgerichtig den Angriff auf jeden der Faktoren in sich schließt, die in der gegenwärtigen Gesellschaft zum Kriege führen. Wenn wir die Ursachen internationaler Reibung ausgerottet haben, so werden die Symptome dieser Weltkrankheit nicht länger vorhanden sein, um uns zu beunruhigen.

### **2. Kritische Bemerkungen.**

Die einführenden Betrachtungen der ersten 27 Seiten stehen mit der eigentlichen Untersuchung in verhältnismäßig losem Zusammenhang. Die kurzen Ausführungen über die Notwendigkeit, die Grundursachen der Kriege zu prüfen, sich mit den biologischen Faktoren, die die Kriege hervorrufen, mit ihren psychologischen, soziologischen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen zu befassen,

gehen nicht allzusehr in die Tiefe und sind mehr für die allgemeine Ideenwelt von Bedeutung, mit der der Verfasser an das Problem herantritt. Es sind im weiteren Sinne demokratische und pazifistische Gedanken, wie sie im amerikanischen Volke lebendig sind, aber weniger auf praktische Zielsetzung als auf wissenschaftliche Erkenntnis eingestellt. Es ist ein Standpunkt auf hoher Warte, der schließlich den Krieg als solchen ablehnt, aber es unterläßt, die Möglichkeiten pazifistischer Zukunftslösungen zu erörtern. Nehmen wir zur Kenntnis, welchem Ideal der Verfasser huldigt und welche Wünsche für eine fernere Zukunft des Völkerlebens ihn erfüllen.

## **II. Der allgemeine geschichtliche Hintergrund von 1914.**

(Seite 87—90.)

### **1. Barnes' Schlußfolgerungen.**

1. Die ganze Frage der Verantwortung für den Weltkrieg und für die vorhergehende Diplomatie muß im Lichte der neuen dokumentarischen Beweisstücke nachgeprüft werden, die kürzlich durch die Veröffentlichung des Materials in den auswärtigen Ämtern Österreichs, Deutschlands und Rußlands zugänglich gemacht worden sind.

2. Es wird allgemein angenommen, daß Deutschland den Weltkrieg im Jahre 1914 nicht nur mit Überlegung herbeiführte, sondern auch verantwortlich war für das System des anmaßenden Nationalismus, des Imperialismus, der Rüstung und der Geheimdiplomatie, das Europa in der Generation vor 1914 für den Krieg in Stimmung brachte.

3. Die Hauptfaktoren, die Europa von 1870 bis 1914 zum Kriege geneigt machten, waren wirtschaftlicher Wettbewerb, Nationalismus und Patriotismus, ausgedehnte Rüstungen zu Lande und zu Wasser und Geheimbündnisse.

4. Deutschland war unlöslich in dieses System europäischer Beziehungen verstrickt, war jedoch sicherlich in keiner Hinsicht schlimmer als die anderen. Wirtschaftlicher Wettbewerb war hauptsächlich englisch-deutsch, war unvermeidlich und schloß in keiner Beziehung direkte Kriegsschuld in sich. Der deutsche Patriotismus war nicht stärker entwickelt oder aufdringlicher als der Frankreichs oder Italiens. Deutschland war Frankreich und Rußland in bezug auf Landrüstung ebenso unterlegen wie England in bezug auf Seerüstung. Die deutsche Flotte war niemals eine wirkliche Bedrohung der englischen Überlegenheit zur See, und mehr als ein Jahr, ehe der Krieg ausbrach, waren die beiden Länder zu einem befriedi-

genden Übereinkommen über zukünftige Baupläne gelangt. Deutschland begann nicht das System des allgemeinen Militärdienstzwanges, das vielmehr von Frankreich im Jahre 1872 eingeführt wurde. Eben-  
sowenig war es verantwortlich für das französische Heeresgesetz von 1913.

5. Die Hauptwurzeln des Krieges im Sinne diplomatischer Spannung waren Elsaß-Lothringen und das französische Revanche-  
streben, der Nahe Osten und Marokko.

6. Der französisch-preußische Krieg wurde von beiden, Frank-  
reich wie Preußen, gewünscht. Frankreich wünschte ihn, um die  
Zukunft der bonapartistischen Dynastie zu sichern, und Bismarck  
wünschte ihn, um die Sache der deutschen Einheit zu fördern. Die  
öffentliche Meinung der neutralen Welt war stark auf der Seite  
Preußens. Der Krieg hinterließ einen schicksalsschweren Wunsch  
nach Rache auf seiten Frankreichs, der bis 1914 das Haupthindernis  
für die europäische Einheit und die Hauptdrohung für den Fort-  
bestand des Friedens war.

7. Der deutsche Fortschritt im Nahen Osten beunruhigte Eng-  
land und Rußland und veranlaßte sie, ihre alte Nebenbuhlerschaft zu  
begraben und eine Gemeinschaft gegen Deutschland zu bilden.  
Deutschland und England kamen allerdings im Juni 1914 zu einem  
befriedigenden diplomatischen Übereinkommen über ihre Probleme  
im Nahen Osten, aber es war zu spät, um England noch von dem  
Zusammenschluß mit Frankreich und Rußland im Weltkriege ab-  
halten zu können. Rußland erkannte, daß es Deutschland nur durch  
einen allgemeinen europäischen Krieg, in dem Deutschland ge-  
schlagen wurde, aus seiner Herrschaft über die Türkei verdrängen  
konnte.

8. In den Marokko-Krisen war Deutschland juristisch und  
moralisch im Recht, verwickelte jedoch die Dinge mit seinem diplo-  
matischen Vorgehen in übler Weise. Das unheilvolle und ent-  
scheidende Ergebnis war, daß die deutsche Diplomatie die fran-  
zösischen Militaristen und Chauvinisten unterstützte, Caillaux und  
die pazifistische französische Gruppe aus dem Amte zu treiben, und  
daß sie dazu mithalf, daß diese durch die angriffslustige, deutsch-  
feindliche Revancheclique ersetzt wurde, die in Poincaré, Delcassé,  
Millerand, Jonnart, Paléologue und den Cambons ihre Spitze hatte.

9. Auf den Haager Konferenzen war Deutschland den wichtigen  
Vorschlägen für Abrüstung nicht mehr abgeneigt als Frankreich  
und England. Es hatte an der Erzielung der aufbauenden Erfolge  
der Konferenzen ebenso aktiven Anteil wie irgendein anderes Land,

gab jedoch seinen Feinden ein mächtiges Instrument zur Propaganda in die Hand, indem es törichterweise gegen die bedeutungslosen Schiedsgerichtsvorschläge anging.

10. Die Jahre 1908—1914 waren für den Frieden Europas bedrohlich. Iswolski war in seinem Plan, die Meerengen durch diplomatische Mittel zu sichern, gehindert worden und war überzeugt, daß ein europäischer Krieg provoziert werden müsse. Im Jahre 1912 schloß sich Raymond Poincaré als französischer Ministerpräsident diesem Programm an. Sasonow wurde Ende 1913 zu dem Plane bekehrt, und vor Juni 1914 war es auch so gut wie sicher, daß Großbritannien in jeden Krieg auf der Seite Frankreichs und Englands gegen Deutschland eintreten würde. Ein Zwischenfall auf dem Balkan wurde erwartet, der als ausreichende Rechtfertigung für einen Krieg dienen würde. Inzwischen schritten die französisch-russischen militärischen Vorbereitungen fort, und die französische Republik wurde für einen Krieg um den Balkan von einer mit russischem Gold bestochenen Presse vorbereitet.

## 2. Kritische Bemerkungen.

Zumal dieser Abschnitt ist charakteristisch für Barnes' Einstellung auf das Kriegsschuldproblem. Nicht die geschichtlichen Ursachen des Weltkrieges im weiteren Sinne stehen für ihn im Vordergrund der Betrachtung, sondern es interessiert ihn lediglich die Frage nach dem Anteil an der Kriegsschuld. Die deutsche Vorkriegsforschung kann den Schlußfolgerungen nur zustimmen, aber sie wird geneigt sein, geschichtlich weiter zurückzugreifen. Allzu sehr steht für uns fest, daß die Begründung des deutschen Reiches als des starken nationalen Einheitsstaates in der Mitte Europas für die geschichtliche Entwicklung, die zum Weltkrieg geführt hat, den Ausgang bildet. Für uns gehören die Reichskanzlerzeit Bismarcks und die Jahre des sogenannten „neuen Kurses“ durchaus mit in die Periode, auf die sich die Kriegsschuldfrage erstreckt, und wir werden deshalb auch geneigt sein, Barnes' Feststellungen unter 4 dahin zu erweitern, daß Deutschland nicht die Möglichkeit besaß, sich den Entwicklungstendenzen des europäischen Macht- und Wirtschaftsystems zu entziehen, daß es vielmehr innerhalb dieses Systems, das es nicht geschaffen hat, den vorangehenden älteren Mächten folgen mußte. Der Barnesschen Betrachtungsweise entsprechend fehlt auch das Eingehen auf die Doppelpoligkeit der deutschen Politik, die wir inzwischen als einen schweren politischen Fehler erkannt haben: das seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts bestehende Neben-



einander einer ausgreifenden Weltpolitik über die Ozeane, die Deutschland mit England in Konflikt brachte, und einer vorstoßenden Orientpolitik, die ihm die Gegnerschaft Rußlands verschaffte. Ebenso empfindet man es als Lücke, daß die geschichtliche Rolle Österreich-Ungarns unerörtert bleibt, deren Klarstellung doch erst die rechte Handhabe bietet für die Beurteilung der Wiener und Budapester Politik der Vorkriegszeit.

Auffällig ist auch, daß in diesem geschichtlichen Rückblick Italiens keine Erwähnung geschieht. Selbst innerhalb der vorangehenden Untersuchung ist (S. 68) von Italien nur in wenigen Sätzen die Rede: ein Umstand, der von der Kriegsschuldfrage her gesehen durchaus begründet ist, denn Italien hat für die Vorgeschichte des Weltkrieges nur eine sekundäre Bedeutung. Aber im Verlauf der Geschehnisse ist seine Rolle nicht unwesentlich gewesen und seine freiwillige Herauslockerung aus dem Dreibund-System hat auf den Kriegswillen im gegnerischen Lager einen erheblichen Einfluß geübt.

Unter 2 sind die Angaben über die Entstehung der Militärdienstpflicht unzutreffend. Es würde zu weit führen, sie hier im einzelnen richtigzustellen, da die Frage, die bis in die Zeit der französischen Revolution zurückreicht, für die Beurteilung der Kriegsschuld ohne Belang ist.

### **III. Das französisch-russische Komplott, das den Krieg hervorrief.** (Seite 146—150.)

#### **1. Barnes' Schlußfolgerungen.**

1. Der ursprüngliche oder grundlegende Faden in den unmittelbaren Ursachen des Weltkrieges ist in dem russischen Wunsch zu suchen, sich die Herrschaft über die Meerengen, die aus dem Schwarzen Meer herausführen, zu sichern. Der Mann, der die Ausführung dieses Programmes in die Hand nahm, war Alexander Iswolski, russischer Außenminister und später russischer Botschafter in Paris.

2. Im Jahre 1908 bemühte er sich, die Meerengen durch Diplomatie zu sichern. Er schlug vor, daß Österreich Bosnien und die Herzegowina annektiere, wofür Österreich Rußland in seinem Streben nach den Meerengen unterstützen solle. Österreich stimmte zu und annektierte Bosnien und die Herzegowina, aber England hinderte Rußland in seinem Versuch, sich die Meerengen zu sichern. Nach einigen weiteren vergeblichen diplomatischen Manövern überzeugte sich Iswolski, daß die Meerengen nur durch einen europäischen Krieg gesichert werden könnten — „der Weg nach Kon-

stantinopel führt über Berlin“ —, und er unternahm es, die europäische Lage so zu dirigieren, daß, wenn die Zeit käme, Rußland sich in einer Stellung befand, die den Sieg wahrscheinlich machte.

3. Deshalb ging er im Jahre 1910 nach Paris. Im Jahre 1912 wurden seine Pläne bedeutend gefördert durch die Übernahme des französischen Ministerpräsidiums und Außenministeriums seitens Raymond Poincarés; eines Führers der Revanche- und Militärgruppe in Frankreich. Poincarés beherrschender Ehrgeiz war die Wiederengewinnung Elsaß-Lothringens. Iswolski sah schnell, daß er Poincarés Wunsch, die verlorenen Provinzen wieder zu erlangen, zur Gewinnung der französischen Unterstützung für Rußlands Streben nach den Meerengen ausnutzen konnte. Er erhielt von Poincaré herzliche Unterstützung. Obwohl die beiden Männer sich persönlich nicht leiden konnten und sich bis zu einem gewissen Grade mißtrauten, arbeiteten sie mit unerschütterlicher Beharrlichkeit und Folgerichtigkeit zusammen; um ihr gemeinschaftliches Programm eines europäischen Friedens zu fördern, der das doppelte Resultat erzielen sollte, Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzubringen und die Meerengen für Rußland zu sichern.

4. Die französisch-russische militärische Zusammenarbeit war schon 1893 gesichert worden. Ein Flottenabkommen wurde im Juli 1912 getroffen. Im Jahre 1912 war Poincaré gegen einen Krieg auf dem Balkan, weil die Russen damals noch nicht für den Krieg fertig waren und die Stimmung des französischen Volkes noch nicht für die Aussicht auf einen Krieg um den Balkan vorbereitet war. Jedoch fürchtete er einen vorzeitigen Krieg weniger als die Aussicht, Rußland könnte die Meerengen ohne den europäischen Krieg gewinnen, der zur Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens erforderlich war. Daher versprach er Iswolski, daß, wenn Rußland um den Balkan in den Krieg ginge, Frankreich folgen und den Kampf zu einem allgemeinen europäischen Konflikt machen würde. Poincaré sicherte seinen Plan noch weiter dadurch, daß er darauf bestand, volle Kenntnis der russischen diplomatischen Tätigkeit auf dem Balkan zu haben, damit nicht die Ereignisse eine Wendung nähmen, die die russischen Wünsche sicherstellten, ohne daß die Bestrebungen Frankreichs sich verwirklichten.

5. Während man den ausreichenden Zwischenfall auf dem Balkan erwartete, durch den der Krieg zum Ausbruch gebracht werden konnte, sollten die französischen und russischen militärischen Vorbereitungen beschleunigt und das französische Volk zum Kriege entschlossen gemacht werden, und zwar durch einen Feldzug anti-

deutscher und antiösterreichischer Propaganda in den französischen Zeitungen, deren Herausgeber und Mitarbeiter durch russische Fonds bestochen wurden, die von Iswolski für diesen Zweck beschafft und unter der Leitung von Poincaré, Klotz, Berthelot und Tardieu verteilt wurden.

6. Um Beständigkeit in seiner auswärtigen Politik zu sichern, trat Poincaré als Premier- und Außenminister ab und wurde Präsident von Frankreich. Er behielt jedoch seine Kontrolle der Außenpolitik und gab Iswolski kund, daß alle wichtigen Angelegenheiten der Außenpolitik mit ihm direkt besprochen werden sollten.

7. Der friedfertige französische Botschafter in St. Petersburg Georges Louis wurde abberufen und durch den Führer der anti-deutschen Richtung in Frankreich Delcassé ersetzt, der die französischen Kriegsziele in St. Petersburg energisch betrieb und die Verwendung der französischen Anleihen an Rußland überwachte, die hauptsächlich zur Finanzierung der Heeresvermehrung und zum Bau strategischer Bahnen an die deutsche Grenze bestimmt waren.

8. England wurde durch die Grey-Cambon-Correspondenz vom November 1912 und die einleitenden Vorbereitungen für das englisch-russische Flottenabkommen im Frühling 1914 mit dem Programm Iswolskis und Sasanows in die gleiche Linie gebracht. Während die Franzosen und Russen sich der britischen Hilfe bis zum 2. August 1914 nicht ganz sicher waren, bewiesen die folgenden Ereignisse, daß Grey glaubte, durch die britischen Interessen verpflichtet zu sein, Frankreich in jedem Kriege mit Deutschland zu unterstützen.

9. Dezember 1913 war Sasonow, der russische Außenminister, zur Kriegspolitik hinsichtlich der Meerengen bekehrt.

10. Am 8. Februar 1914 hielten die Russen einen geheimen Kronrat, in dem sie den Plan in Erwägung zogen, über die Türkei plötzlich herzufallen und Konstantinopel und die Meerengen wegzunehmen. Sie verworfen diesen Plan zugunsten des Entschlusses, einen allgemeinen europäischen Krieg zu erwarten.

11. Der Zar empfing den serbischen Premierminister Anfang 1914, ermutigte nachdrücklich den serbischen nationalen Ehrgeiz und versprach den Serben Waffen und Munition für ihre Armee.

12. Der springende Punkt der ganzen Angelegenheit wurde von Oberst House in seinem Brief vom 29. Mai 1914 an Präsident Wilson bewundernswert klargestellt: „sowie England zustimmt, werden Frankreich und Rußland über Deutschland und Österreich herfallen.“

## 2. Kritische Bemerkungen.

Diese Schlußfolgerungen geben nur zu einzelnen Bemerkungen Anlaß. Die entscheidende Rolle Iswolskis in der Vorbereitung der russisch-französischen Kriegsgemeinschaft ist durchaus zutreffend herausgearbeitet, aber es geht zu weit, wenn Barnes unter 2 ihn vorschlagen läßt, daß Österreich, Bosnien und die Herzegowina annektieren solle. Die Initiative zu russisch-österreichischen Vereinbarungen hatte zwar Iswolski, doch bezogen sich diese nicht auf die okkupierten Gebiete. Erst Ährenthal spielte die Verhandlungen auf diese hinüber und Iswolski war im Sinne seines Meerengen-Programms dann bereit, darauf einzugehen.

Unter 5 hätte der Herbst 1912 noch nachdrücklicher als die Schicksalsepoche in der Vorkriegsentwicklung gekennzeichnet werden können. Dagegen geht Barnes wohl wieder zu weit, wenn er (unter 6) die Erhebung Poincarés zum Präsidenten der französischen Republik mit der bestimmten Absicht begründet, durch diese Maßnahme die Beständigkeit der auswärtigen Politik Frankreichs zu sichern; in so weitgehendem Maße konnte der verhängnisvolle Mann die Dinge doch nicht dirigieren.

Bei 7 fehlt, wie auch in allen sonstigen Darstellungen, der Hinweis auf die der Abberufung Louis' aus Petersburg parallel gehende Ablösung Croziers durch Dumaine in Wien. In meiner „Weltgeschichte der neuesten Zeit“ (S. 559) habe ich dargelegt, was dieser Personalwechsel für die französische Politik Österreich-Ungarn gegenüber bedeutet.

Zu 9 und 10 sei bemerkt, daß Barnes die beiden folgenreichen Ministerratssitzungen nach dem russischen Kalender datiert. Sie fanden am 13. Januar und 21. Februar 1914 statt.

Im übrigen ist auch in diesem Abschnitt bemerkenswert, daß Italiens in seiner Rolle als letzter Veranlasser der Erhebung des Balkans keine Erwähnung geschieht; in der Kette der ineinandergreifenden Ereignisse kommt dem vom Zaune gebrochenen Tripolis-Krieg vom Jahre 1911—1912 doch eine große Bedeutung zu.

## IV. Die Ermordung des Erzherzogs und die österreichisch-serbische Krise. (Seite 220—224.)

### 1. Barnes' Schlußfolgerungen.

1. Es bestand ein intensiver nationalistischer Geist unter den Serben, die die südslawischen Völker in einem großen serbischen Königreich vereinigen wollten. Dieses Streben wurde von Rußland ermutigt und von Österreich-Ungarn bekämpft. Die österreichische



Annexion Bosniens und der Herzegowina im Jahre 1908 war für diesen serbischen Ehrgeiz und serbischen Stolz ein schwerer Schlag gewesen. In diesem Zeitpunkt versprach Serbien, mit den Verschwörungen gegen Österreich ein Ende zu machen, indessen bezeichnet dieser Termin tatsächlich den Beginn noch lebhafterer und weitergreifender serbischer Intrigen gegen Österreich.

2. Die serbischen Pläne für ein größeres Serbien könnten mit den Interessen und der territorialen Unantastbarkeit Österreich-Ungarns nicht in Einklang gebracht werden. Sie wurden noch weiter bedroht durch die Absicht Franz Ferdinands, wenn er einmal Kaiser von Österreich würde, alle Slawen der Doppelmonarchie in einem slawischen Königreich zu vereinigen, das mit Österreich und Ungarn in einer Tripleunion verbunden sein sollte.

3. Die Serben entschieden, daß Franz Ferdinand ermordet werden müsse, um diesen Plan zu verhindern und gleichzeitig einen allgemeinen europäischen Krieg hervorzurufen, in dem sie durch die Hilfe Rußlands das Programm eines größeren Serbiens zu verwirklichen hofften.

4. Die Ermordung des Erzherzogs wurde durch einen in hohem Range stehenden Offizier der serbischen Armee geplant, der den Mördern Waffen und Munition lieferte, sie im Pistolenschießen ausbildete und sie nach Bosnien schmuggelte, damit sie dort die Ankunft des Erzherzogs erwarteten. Die serbische Regierung war von dem Komplott einen Monat vor seiner Ausführung voll unterrichtet, tat jedoch nichts, seine Ausführung zu verhindern, und unterließ es, die österreichische Regierung bezüglich der dem Erzherzog drohenden Gefahr zu warnen.

5. Serbien nahm keine unabhängige Untersuchung der Verantwortung an dem Mord vor, machte keinerlei Anstrengung, die Verschwörer zurückzuhalten, und die serbische Presse pries den Mord als eine patriotische Handlung und als eine ruhmvolle nationale Tat.

6. Der Mord war eine tatsächliche Herausforderung für den Fortbestand der Doppelmonarchie und forderte strenge Vergeltung. Selbst Sir Edward Grey gab die Tatsache zu, daß die Serben gedemütigt werden mußten.

7. Österreich-Ungarn entschied, daß ein einfacher Strafkrieg genügen würde, die serbische Lage unter sichere Kontrolle zu bringen, aber Graf Tisza nötigte die österreichischen Staatsmänner, vorher einen diplomatischen Druck auf Serbien auszuüben. Deshalb wurde das österreichische Ultimatum absichtlich in einer solchen Form entworfen, daß die Serben voraussichtlich gewisse Punkte ab-

lehnen würden. Die serbische Antwort, in den Umrissen, wenn nicht in den Einzelheiten, im französischen auswärtigen Amt entworfen, sollte einen günstigen Eindruck auf die europäische öffentliche Meinung machen durch die Verbindung eines versöhnlichen Tones und einer scheinbaren Kapitulation vor Österreich mit tatsächlicher Ablehnung gerade des Kerns der österreichischen Forderungen. Im Lichte der Kenntnis, die wir gegenwärtig von der serbischen Mitschuld an der Ermordung des Erzherzogs besitzen, möchte Österreich in seinem Entschluß zum Kriege gerechtfertigt erscheinen, jedoch stellt diese Tatsache nicht eine volle Rechtfertigung seines Vorgehens im einzelnen dar.

8. Deutschland gab Österreich einen Blankoscheck in bezug auf seine Regelung des serbischen Problems, aber es hatte keinerlei Anteil am Entwurf des Ultimatums, sah es als zu scharf an, hielt die serbische Antwort für ausreichend und widersprach der österreichischen Kriegserklärung an Serbien.

9. Als die Aussicht auf russische Einmischung einen allgemeinen europäischen Krieg herbeizuführen drohte, übte Deutschland einen starken Druck auf Österreich aus, mit St. Petersburg hinsichtlich des österreichisch-serbischen Streites Unterhandlungen zu beginnen, aber Österreich weigerte sich vier Tage lang, irgendwie nachzugeben, und als es am 31. Juli sich den Anschein gab einzuwilligen, war es zu spät, weil die verhängnisvolle russische Mobilmachung, die einen unvermeidlichen europäischen Krieg bedeutete, damals schon beschlossen und verkündet war.

10. Österreich war ebenso darauf bedacht, einen europäischen Krieg zu vermeiden, wie es wünschte, einen Strafkrieg gegen Serbien zu führen, und alle seine Pläne hinsichtlich der Art, den Krieg mit Serbien einzuleiten, waren von diesem grundlegenden Wunsch bestimmt, einen allgemeinen Konflikt zu vermeiden.

11. Rußland hatte kein moralisches Recht, sich einzumischen, um Serbien zu schützen, da es die Serben gerade in den Intrigen unterstützt hatte, die ihre Bestrafung nötig gemacht hatte. Es hatte sehr schwache diplomatische oder juristische Gründe für eine Einmischung, da Österreich von Anfang an immer wieder seinen Beschluß verkündet hatte, die Souveränität und das Gebiet Serbiens zu respektieren.

12. Der österreichische Krieg gegen Serbien schloß keinen europäischen Krieg in sich, noch machte er einen solchen notwendig. Die nicht zu rechtfertigende und nicht zu verteidigende Einmischung Rußlands, zu der Frankreich drängte, war es, die den weiteren Konflikt hervorrief.

## 2. Kritische Bemerkungen.

Die Feststellungen hinsichtlich der österreichisch-serbischen Krise vor Kriegsausbruch sind für die angelsächsische Welt von besonderer Bedeutung, denn gerade diese Vorgänge sind dort noch in weitgehendem Umfange unbekannt, wie — abgesehen von der durchaus parteiischen Stellungnahme Seton-Watsons — auch die neuesten Ausführungen Ewarts erkennen lassen. Auch sie stehen in vollem Einklang mit den Ergebnissen der deutschen Forschung, können jedoch im einzelnen noch ergänzt werden. So wären bei 2 noch die Wirkungen zu erwähnen, die der Sieg der Balkanstaaten in dem Kriege gegen die Türkei hinsichtlich der Steigerung des serbischen Nationalgefühls ausgeübt hat. Hinsichtlich der Pläne des Erzherzogs Franz Ferdinand handelte es sich übrigens nicht um ein slawisches, sondern nur um ein südslawisches Königreich, das die kroatisch-serbischen Gebiete im Südosten der Monarchie umfassen sollte.

Unter 3 wäre besser von den nationalistischen Kreisen Serbiens zu sprechen statt ganz allgemein von den Serben. Bei 4 wäre es angebracht, ausdrücklich der Tatsache Erwähnung zu tun, daß die jugendlichen Mörder des Erzherzogs österreichische Untertanen waren. Es ist neuerdings von Vertretern der Entente-Propaganda versucht worden, diesen Umstand als eine Entlastung der serbischen Regierung und sein Verschweigen als eine böswillige Verschleierung hinzustellen. So wenig ernst zu nehmen solche Versuche sind und so wenig die erwähnte Tatsache für die Beurteilung der serbischen Mitschuld an dem Sarajewoer Morde bedeutet, so muß doch alles vermieden werden, was auf der Gegenseite einen Verdacht aufkommen lassen kann.

Die Ausführungen unter 7 über den Charakter des österreichischen Ultimatums machen einige nähere Gegenäußerungen erforderlich. Barnes war berechtigt, die im österreichischen Rotbuch zusammengestellten Aktenstücke dahin auszulegen, daß das Ultimatum vom 23. Juli absichtlich so entworfen war, um von den Serben nicht in allen Punkten angenommen werden zu können. Goos hat in seinem darstellenden Werke von 1919 dieser Auffassung die Richtung gewiesen und sie ist auch in die neuen deutschen Darstellungen übergegangen. Indessen ist sie heute nicht mehr haltbar, nachdem beteiligte Staatsmänner wie Freiherr von Musulin (in seinem Buche „Das Haus am Ballplatz“ von 1924) und Friedrich von Wiesner (in seinem Aufsatz „Der Sarajewoer Mord und die Kriegsschuldfrage“ im Augustheft 1924 der Wiener Zeitschrift „Das neue Reich“) übereinstimmend bekundet haben, daß die öster-

reichische Regierung in dem Bestreben, nur von dem wirklich Beweisbaren auszugehen, den Wortlaut des Ultimatus in mehrmaliger Milderung so angelegt hat, daß es von Serbien noch angenommen werden konnte. Für die quellenkritische Beurteilung dieser Frage, die für die Würdigung der österreichischen Haltung in den Tagen vor dem Kriegausbruch von großer Bedeutung ist, spielt der Zustand der in Betracht kommenden Akten, insbesondere der Protokolle der Ministerratssitzungen, eine wesentliche Rolle.

Hinsichtlich des Anteils, den das französische Auswärtige Amt an der Abfassung der serbischen Antwortnote vom 25. Juli gehabt hat, dürfte angesichts der geringen Kenntnis, die wir von dem Zusammenspiel zwischen Paris und Belgrad in jenen Tagen besitzen, Barnes' Formulierungen etwas zu weit gehen. Renouvins Behauptung, daß Berthelot im ganzen oder in Einzelheiten das Schriftstück entworfen habe (die unter 6 der Schlußfolgerungen Barnes' Seite 438 wiederkehrt), steht bisher allein und es dürfte angebracht sein, von der Tatsache mehr im Sinne der Möglichkeit als der Gewißheit zu sprechen.

Auch die Feststellung, die Barnes unter 8 hinsichtlich der Haltung Deutschlands gegenüber der österreichischen Kriegserklärung an Serbien macht und die unter 4 der Schlußfolgerungen Seite 300 wiederholt wird, ist nicht völlig zutreffend. Es handelt sich um eine nachträgliche Mißbilligung, wie in der eigentlichen Untersuchung (S. 211) richtig ausgeführt wird, denn die Kriegserklärung war auch für Deutschland eine Überraschung.

## **V. Deutschlands Rolle in der Krise von 1914. (Seite 299—302.)**

### **1. Barnes' Schlußfolgerungen.**

1. Deutschland war in keinem Sinne allein verantwortlich für das System, das um 1912 Europa in „2 bewaffnete Lager teilte“. Im Jahre 1914 hatte es keinen Grund den Krieg zu wünschen, weil alle seine Ziele durch Frieden viel wirksamer erreicht werden konnten, als es durch Krieg der Fall gewesen wäre.

2. Es besteht keine tatsächliche Grundlage für die Legende von dem Potsdamer Kronrat vom 5. Juli 1914, bei dem der Kaiser angeblich sein schmutziges Komplott, Europa in ein allgemeines Blutbad zu stürzen, enthüllt haben soll.

3. Der Kaiser, durch die Ermordung des Erzherzogs schwer getroffen und beunruhigt, begünstigte eine schnelle und strenge Aktion Österreichs gegen Serbien, obwohl er ganz damit zufrieden war, daß die Demütigung Serbiens eher diplomatisch als militärisch sein sollte.



Er erklärte sich am 6. Juli bereit, hinter Österreich zu stehen in jeder Politik, die es im Hinblick auf Serbien ergreifen würde. Dies war ein gewagtes Versprechen, doch konnte der Kaiser in diesem Zeitpunkte nicht voraussehen, daß der in Aussicht genommene Strafkrieg Österreichs gegen Serbien zu einem allgemeinen europäischen Kriege führen würde. Sein Blankoscheck an Österreich kann nicht die Grundlage bilden, ihn in irgendeinem Sinne für den Krieg verantwortlich zu halten, weil die Politik und die Handlungen Österreichs gegen Serbien vor dem 25. Juli, die vom Kaiser schweigend ermutigt wurden, keine ausreichenden moralischen oder legalen Gründe für die russische Mobilmachung lieferten.

4. Die serbische Antwort fand in Anbetracht der Härte der österreichischen Forderungen in hohem Maße das Gefallen des Kaisers und er glaubte, daß sie jede Rechtfertigung selbst für eine österreichische Mobilmachung gegen Serbien ausschaltete. Er mißbilligte durchaus die österreichische Kriegserklärung an Serbien.

5. Österreich erklärte Serbien nicht den Krieg auf deutsche Aufhetzung hin, sondern um eine Lage zu schaffen, die ihm erlauben würde, sich dem Druck zu entziehen, den Deutschland auszuüben begann, um es zu zwingen, seinen Streit mit Serbien der Vermittlung und Besprechung mit Rußland zu unterbreiten.

6. Als der Kaiser sah, daß ein europäischer Krieg wegen der drohenden Haltung Rußlands gegen Österreich möglich war, drückte er auf Österreich, Vermittlung und Besprechung anzunehmen. Dieser Druck war „zu spät“, nur infolge der österreichischen Hartnäckigkeit und vor allem, weil seine Bemühungen durch die vorzeitige, nicht herausgeforderte und nicht zu verteidigende russische allgemeine Mobilmachung abgeschnitten wurde. Weder das Szögyény-Telegramm noch Bethmann Hollwegs Anfrage bei England am 29. liefert irgendeinen Grund, die Ausdehnung, Eindringlichkeit und Aufrichtigkeit des deutschen Druckes auf Österreich zugunsten des Friedens nach dem 27. Juli zu bezweifeln.

7. Deutschland entschloß sich nicht am Abend des 30. Juli zum Kriege, sondern arbeitete durch diplomatische Bemühungen andauernd weiter für den Frieden, bis es am 31. Juli von dem russischen Befehl zur allgemeinen Mobilmachung erfuhr. Es besteht durchaus keine Grundlage für die Behauptungen Poincarés und Sir Edward Greys, daß die Militaristen vor dem Spätnachmittag des 31. Juli die Lage in Deutschland in Händen hatten, als die russische Aktion es praktisch unmöglich gemacht hatte, die Feindseligkeiten abzuwenden.

8. Obwohl die russischen, französischen und britischen Staatsmänner jahrelang darin in Übereinstimmung gewesen waren, daß

die russische Mobilmachung gleichbedeutend mit einer russischen Kriegserklärung an Deutschland sei, und obwohl sie erwartet hatten, daß diese sofort mit einer deutschen Kriegserklärung beantwortet werden würde, erklärte der Kaiser, der durch einen Zwei-Fronten-Krieg gegen eine überwältigende Übermacht gewiß schwer bedroht war, den Krieg erst genau 48 Stunden nach der endgültigen Ausgabe des russischen Mobilmachungsbefehls und nachdem er mehr als 24 Stunden auf die russische Beantwortung eines 12stündigen Ultimatus gewartet hatte.

9. Er versuchte dann, den Krieg auf den Osten zu beschränken und sich die französische und britische Neutralität zu sichern, aber die Franzosen hatten 16 Stunden vorher ihren Entschluß zum Kriege gegen Deutschland nach Rußland telegraphiert. Am nächsten Tage (2. August) und 2 Tage, bevor Deutschland in Belgien einrückte, gab Sir Edward Grey dem französischen Botschafter sein Versprechen, daß England sich mit Frankreich zum Kriege gegen Deutschland vereinigen würde.

10. Die belgische Frage hat durchaus nichts mit der Frage der Verantwortung für die Herbeiführung des Weltkrieges zu tun. Die Engländer und Franzosen hatten ähnliche Pläne, in Belgien einzurücken, aber die besonderen Umstände, unter denen England 1914 in den Krieg hineingezogen wurde, zwangen sie damals, diese Pläne aufzugeben. Diese Tatsache entschuldigt Deutschland nicht und es hat niemals versucht, zu behaupten, daß der Einmarsch rechtmäßig war, aber sie zeigt, daß seine Handlungsweise nicht eine einzig dastehende Ruchlosigkeit war, die niemals von einem anderen Staat beabsichtigt worden ist.

11. Es gibt keinerlei Beweismaterial, daß Deutschland zu einem Krieg der „Schrecklichkeit“ seine Zuflucht nahm oder in einem höheren Grade als irgendeiner der anderen beteiligten Staaten, nicht einmal die Vereinigten Staaten ausgenommen, sich „Scheußlichkeiten“ zu Schulden kommen ließ. Die Unwahrheit der großen Anklagen gegen Deutschland in dieser Beziehung ist von Entente- und neutralen, wie auch von deutschen Forschern vollkommen klar-gestellt worden.

12. Es gibt kein Beweismaterial, daß irgendein verantwortliches Element in Deutschland im Jahre 1914 einen Weltkrieg wünschte, und der Kaiser bemühte sich stärker als irgendein anderer europäischer Staatsmann während der Krise, um einen allgemeinen europäischen Brand abzuwenden.

## 2. Kritische Bemerkungen.

Die deutsche Forschung kann dem Urteil, das Barnes hier über Deutschlands Rolle vorträgt, rückhaltlos zustimmen. Insbesondere ist es erfreulich, zu erkennen, mit welcher Selbstverständlichkeit heute die Legende vom Potsdamer Kronrat, die unter der Führung des verlogenen Morgenthau in Amerika eine verhängnisvolle Rolle gespielt und der erst die aufklärende Arbeit Fays endgültig das Genick gebrochen hat, beiseite geschoben wird. Die Ausführungen unter 7, die den Einfluß der deutschen Militaristen auf das richtige Maß zurückführen, können noch durch die Feststellung unterstrichen werden, daß sogar die Kriegserklärungen nicht von den militärischen Kreisen bzw. der deutschen Heeresleitung durchgesetzt worden sind, sondern von der Regierung, die sie aus formalen Gründen für notwendig erachtete. Im übrigen sei hinsichtlich der Auffassung Barnes' von der Haltung Deutschlands während der Vorkriegsjahre auf die kritischen Bemerkungen des Schlußabschnitts verwiesen.

In das Versprechen, das Grey am 2. August dem französischen Botschafter gab, legt Barnes unter 9 etwas zu viel hinein. Es sicherte nicht die Vereinigung Englands mit Frankreich zum Kriege mit Deutschland zu, sondern lediglich den Schutz der französischen Küste und der französischen Handelsflotte gegen einen deutschen Angriff, wenn Paul Cambon auch damit das Spiel als gewonnen ansah.

## VI. Die russische Mobilisation führt mit Beschleunigung den Weltkrieg herbei.

(Seite 371—375.)

### 1. Barnes' Schlußfolgerungen.

1. Mehrere Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges hatte sich Iswolski davon überzeugt, daß der wichtigste Punkt in der russischen Außenpolitik die Sicherung der Meerengen war und daß diese nur durch einen Weltkrieg erlangt werden konnte. Sasonow wurde im Dezember 1913 zu dieser Ansicht bekehrt und er drückte sich dahin aus, er glaube, daß Frankreich und Rußland mit britischer Hilfe Deutschland leicht erledigen und seiner Existenz als europäische Großmacht ein Ende machen könnten. Ein geheimer russischer Kronrat, der am 8. Februar 1914 abgehalten wurde, entschied, daß Rußland es nicht wagen könne, die Türkei ohne Unterstützung durch einen überraschenden Angriff zu treffen, sondern einen europäischen Krieg abwarten müsse. Englands Gefolgschaft

gegenüber den französisch-russischen Plänen wurde praktisch durch die Verhandlungen über einen englisch-russischen Flottenvertrag im Mai 1914 gesichert.

2. Poincaré hatte Iswolski im Jahre 1912 versichert, daß, sobald Rußland militärisch genügend vorbereitet sei und die bestochene französische Presse das französische Volk mit dem Gedanken eines Krieges um den Balkan vertraut gemacht habe, er sich mit Rußland in irgendeinem ausreichenden Zwischenfall auf dem Balkan vereinigen würde, der als die Grundlage für die Herbeiführung des Krieges benutzt werden könnte, durch den sowohl Elsaß-Lothringen zurückgewonnen, wie die Meerengen in Besitz genommen würden. Um einen solchen Zwischenfall vorzubereiten, hatten die Russen serbische Verschwörungen gegen Österreich ermutigt, die Serben mit Waffen versehen und ihnen russische Hilfe gegen Österreich versprochen.

3. Poincaré besuchte St. Petersburg Ende Juli 1914, feuerte die russischen Militaristen zu neuem Eifer und neuer Hoffnung an und hetzte sogar den Zaren auf. Er gab den russischen Extremisten die Zusicherung voller Unterstützung gegen Österreich, ehe er die Bedingungen des österreichischen Ultimatums kannte, und gab ihnen zu verstehen, daß die voraussichtliche österreichisch-serbische Krise für ihn als „der Zwischenfall auf dem Balkan“ ausreichend sein würde, wegen dessen die Russen einen europäischen Krieg entzünden und darauf rechnen könnten, Frankreich zu ihrer Verfügung zu finden. Daraus folgt, daß, wenn auch Rußland den Krieg herbeiführte, es dies nie ohne die vorherige Aufhetzung durch Poincaré getan haben würde.

4. Noch ehe Poincaré St. Petersburg verlassen hatte und zwei Tage bevor er den Inhalt des österreichischen Ultimatums erfuhr, benachrichtigte Sasonow den russischen Botschafter in Wien, daß Rußland beabsichtige, eine entschiedene Haltung gegenüber jedem österreichischen Vorgehen gegen Serbien einzunehmen. Zwei Tage später sandte Viviani ein Telegramm aus Reval an den stellvertretenden französischen Außenminister, in dem er ihm mitteilte, daß Frankreich gleichfalls vorbereitet sein müsse, gegen Österreich in dessen bevorstehendem Streit mit Serbien Stellung zu nehmen. Sasonows anfänglicher Rat an Serbien, eine versöhnliche Haltung gegen Österreich einzunehmen und vor allem nicht den Krieg zu erklären, kann in keiner Beziehung als Beweis für seinen Wunsch nach Frieden angesehen werden. Er wird von allem seinem weiteren Handeln Lügen gestraft und es ging ihm ein gleichzeitiger



Entschluß zu Maßnahmen parallel, die dazu bestimmt waren, zum Kriege zu führen. Dieser Rat ist auf der Grundlage von Sasonows Wunsch zu verstehen, so viel wie möglich Zeit für die französisch-russischen militärischen Vorbereitungen zu gewinnen und Serbien und seine Beschützer in ein möglichst günstiges Licht vor der Meinung der Welt zu setzen.

5. Vom 24. Juli an, dem Tage, da sie von dem österreichischen Ultimatum Kenntnis hatten, begannen die Russen in Voraussicht des Krieges stetige und unverminderte militärische Vorbereitungen und führten diese zu ihrem logischen und verhängnisvollen Gipfel in dem allgemeinen Mobilmachungsbefehl vom 30. Juli. Der 24. Juli bezeichnet also den Wendepunkt in der Geschichte des zeitgenössischen Europa, der das europäische System von einem, das zum Kriege herausforderte, in ein solches umwandelte, das sich auf einem Entschluß gründete, den Krieg herbeizuführen. Weder die Franzosen noch die Engländer machten irgendwelche Einwände gegen diese russischen militärischen Maßnahmen geltend, und die Franzosen rieten sogar zu größerer Eile verbunden mit noch vollkommenerer Geheimhaltung. Bewußt oder unbewußt gab Sir Edward Grey am 25. Juli Sasonow zu verstehen, daß Großbritannien die russische Mobilmachung begünstigen würde.

6. Die persönliche Verantwortung für die tödlichen russischen militärischen Rüstungen ruht hauptsächlich auf dem Großfürsten Nicolai, Sasonow und Iswolski, jedoch an erster Stelle auf Sasonow, der die Militaristen eher antrieb, als daß er von ihnen terrorisiert wurde. Der Zar war friedfertig, aber verwirrt und hilflos.

7. Im Jahre 1916 gab Sasonow in einem Augenblicke indiskreter Offenheit zu, daß der Krieg 1914 durch den Entschluß Frankreichs und Rußlands herbeigeführt worden sei, Deutschland zu demütigen. Sein neuerer Versuch, sich von den gegen ihn gerichteten Anklagen rein zu waschen, baut sich lediglich auf den deutlichsten und offenkundigsten Entstellungen leichterweislicher und unbestreitbarer Tatsachen auf. Er ist nicht imstande gewesen, nur eine bedeutsame Tatsache zur Rechtfertigung seines Verhaltens vorzubringen.

8. Sasonows Vorschläge in bezug auf eine diplomatische Erledigung waren nicht im guten Glauben gemacht, sondern hatten in Verfolg der Vorschläge des Protokolls von 1912<sup>2)</sup> lediglich den Zweck, mehr Zeit für die Ausführung der russischen militärischen Vorbereitungen zu gewinnen. Seine endgültigsten und umfassendsten Vorschläge zu einer diplomatischen Erledigung wurden gemacht,

---

<sup>2)</sup> Gemeint ist das Protokoll des Ministerrats vom 21. Februar 1914.

nachdem der allgemeine Mobilmachungsbefehl ausgegeben war, der, wie er wohl wußte, jeden möglichen Weg zum Frieden versperrte. Zur Zeit der Ausgabe des Mobilmachungsbefehls war die Aktion für eine diplomatische Erledigung der Krise, die von Deutschland eingeleitet und von Grey gebilligt worden war, auf ihrem Höhepunkt. Des weiteren hatte Österreich nachgegeben und eingewilligt, über seinen Streit mit Serbien vor dem Ablauf des deutschen Ultimatums an Rußland zu verhandeln.

9. Das deutsche und österreichische militärische Vorgehen gegen Rußland kam lange nach der russischen allgemeinen Mobilmachung und keines der beiden Länder hatte einen Schritt gegen Rußland getan, ehe nicht der russische allgemeine Mobilmachungsbefehl über ganz Rußland telegraphiert worden war. Deutschland ging sogar dann noch nicht eilig vor, sondern wartete vergeblich 24 Stunden auf eine Antwort auf ein 12 stündiges Ultimatum an Rußland, bevor es die Mobilisation anordnete.

## 2. Kritische Bemerkungen.

Barnes' Ausführungen über die russische Mobilmachung sind insofern besonders beachtenswert, als neben der Feststellung ihrer schlechthin entscheidenden Bedeutung für den Kriegsausbruch bisher an keiner Stelle Sasonows Schuldanteil in solcher Schärfe herausgearbeitet worden ist. Die deutsche Forschung hat nicht Anstand zu nehmen, sich dies Urteil zu eigen zu machen. Einzuschränken ist lediglich die Formulierung unter 1, die Sasonows Auffassung nach seiner „Bekehrung“ dahin kennzeichnet, daß Frankreich und Rußland mit britischer Hilfe Deutschland leicht erledigen und seiner Existenz als europäische Großmacht ein Ende machen könnten. In der Ministerratssitzung vom 13. Januar 1914 erklärte der russische Außenminister nur, daß — im Gegensatz zu Poincarés früheren Äußerungen — Frankreich und Rußland allein wohl kaum imstande seien, Deutschland einen tödlichen Schlag zu versetzen, auch nicht im Falle militärischer Erfolge, die sich nie voraussagen ließen. Ein Kampf unter Beteiligung von England dagegen könnte für Deutschland verhängnisvoll werden, das sich ganz klar über die Gefahr sei, bei einem englischen Angriffe binnen 6 Wochen einer völligen sozialen inneren Katastrophe entgegengeführt zu werden. Die russische Regierung müsse deshalb, bevor sie entscheidende Schritte unternahme, sich die Unterstützung des Londoner Kabinetts sichern, dessen aktive Teilnahme nicht gesichert erschien. Für die Beurteilung des Kriegswillens Sasonows ist diese Einschränkung nicht unwesentlich; Barnes macht die Linie allzu gerade. Im

übrigen sind auch hier die Datierungen der Ministerratssitzungen nach dem russischen Kalender stehen geblieben. (Siehe die Bemerkungen zu III 9—10.)

## VII. Poincaré und seine Clique hetzen die Russen in der Krise von 1914 auf. (Seite 436—441.)

### 1. Barnes' Schlußfolgerungen.

1. Soweit Frankreichs Politik in Betracht kam, bildete Elsaß-Lothringen die eine Hauptwurzel des Krieges. Bis zum Jahre 1912 waren Monarchisten und Konservative, Feinde der dritten Republik, die hauptsächlichsten Vertreter des Revanchegedankens gewesen. Poincarés Übernahme der Ministerpräsidentenschaft im Jahre 1912 legte zum ersten Male die Republik auf eine Revanchepolitik und das Programm der Rückeroberung der „verlorenen Provinzen“ fest. Poincaré gestand offen ein, die Hoffnung auf ihre Wiedergewinnung sei lange sein einziger wahrer Lebenszweck gewesen.

2. Um diese Begierde zu fördern, machte er aus der französisch-russischen Allianz ein Angriffsbündnis und 1914 war es ihm gelungen, England für ihr allgemeines Programm zu gewinnen, im geeigneten Augenblick über Deutschland herzufallen.

3. Anfang 1914<sup>3)</sup> hatte Poincaré sich einverstanden erklärt, Rußland in jedem Kriege, der um den Balkan ausbrechen würde, zu unterstützen, in der Voraussetzung, daß dies zu einem Weltkriege führen würde, der das Ergebnis hätte, daß Rußland die Meerengen erhielte und Frankreich Elsaß-Lothringen zurückgewänne. Frankreichs Kriegsziele, von denen viele bereits im Februar und Oktober 1914 von Rußland gutgeheißen waren, schlossen nicht nur die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, sondern auch die Annexion des Saarbeckens und die Errichtung eines unabhängigen Rheinstaats unter französischem Schutze ein. Die Franzosen rechneten mit Sicherheit auf einen für sie günstigen Ausgang eines europäischen Krieges, da sie der Überzeugung waren, daß entweder Frankreich und England oder Frankreich und Rußland im Stande sein würden, Deutschland und Österreich erfolgreich die Spitze zu bieten. Das gemeinsame Vorgehen Englands, Frankreichs und Rußlands gegen die Zentralmächte ließ einen leichten und raschen Sieg erwarten; kam auch Italien hinzu, so gab es für Deutschland und Österreich überhaupt keine Hoffnung mehr. Was einzig und allein den Plan umwarf, war die ungeheure Niederlage, die Hindenburg den Russen beibrachte.

---

<sup>3)</sup> Wohl ein Lapsus calami; schon im Laufe des Jahres 1912.

4. Im Jahre 1912 war das französische Volk auf Frieden eingestellt, aber während der Jahre 1912—1914 war es allmählich für den Gedanken an einen Krieg um den Balkan gewonnen worden, und zwar durch die Propaganda, die in den französischen Zeitungen betrieben und mit russischem Geld bezahlt wurde, das von Iswolski beschafft und mit Hilfe Poincarés und seiner Mitspieler verteilt wurde.

5. Selbst noch im Jahre 1914 war im französischen Volke die Stimmung gegen einen Krieg so stark, daß man zu jedem Täuschungsmittel, Zensur, Gewalt und diplomatischen Winkelzügen greifen mußte, um die französische Bevölkerung so weit zu düpiere, daß sie die Fiktion eines Verteidigungskrieges annahm. Selbst die Verpflichtungen, die das Bündnis mit Rußland Frankreich auferlegt hatte, durften in der Deputiertenkammer nicht besprochen werden. Demgemäß bedeutet die Verantwortung Frankreichs vielmehr die Verantwortung Poincarés und eines halben Dutzend ins Vertrauen gezogener Helfer. Die französische Außenpolitik wurde während der Krise von 1914 autokratischer geleitet als die gleichzeitige in Rußland, Deutschland oder Österreich. Dies widerlegt gründlichst Poincarés fortgesetzte Hinweise auf die französische Demokratie als einen Schutzwall gegen Krieg und als eine Bürgschaft der Schuldlosigkeit Frankreichs im Jahre 1914.

6. Poincaré gab zuerst durch seine Reise nach St. Petersburg der Krise vom Jahre 1914 eine kriegerische Wendung. Er ermutigte die militärische Clique am russischen Hofe und gab ihr zu verstehen, er betrachte die österreichisch-serbische Krise als ein ausreichendes Balkanereignis, um dessentwillen man den erwarteten europäischen Krieg herbeiführen könne. Viviani wies das Auswärtige Amt am 24. Juli an, sich bezüglich des österreichisch-serbischen Zwischenfalles auf eine entscheidende Aktion einzurichten. Philippe Berthelot, stellvertretender politischer Direktor am Quai d'Orsay, faßte Serbiens Antwort auf Österreichs Ultimatum so geschickt ab, daß sie ein glänzendes Propagandamittel für das französisch-russische Programm abgab. Während Poincarés Abwesenheit unternahm Paul Cambon eine geheimgehaltene Reise von London, um Bienvenu-Martins und Margeries Aktion im Auswärtigen Amte den Rücken zu stärken, bis Poincaré und Viviani zurückkehrten. Bereits am 27. hatte Sasonow den Franzosen mitgeteilt, daß er keine Hemmung seiner Politik seitens Frankreichs dulden würde, und der stellvertretende französische Minister des Auswärtigen versicherte ihm, daß in dieser Richtung nichts versucht würde. Als Poincaré wieder



in Paris anlangte, hatte Sasonow sich entschieden, mobil zu machen; eine Politik, die unvermeidlich einen europäischen Krieg bedeutete.

7. Am 29. Juli, nachdem der erste russische Befehl zur allgemeinen Mobilmachung ergangen war und bevor der Zar ihn aufhob, gab Sasonow den Franzosen seine militärischen Pläne bekannt und fragte an, ob er auf volle französische Unterstützung rechnen könne. Gleichzeitig bat er darum, daß Frankreich unverzüglich versuche, Grey zum Aufdecken seiner Absichten zu zwingen und England auf die Angriffspläne festzulegen.

8. Poincaré, Viviani und Messimy besprachen sich hierüber am Abend des 29. Juli und beschlossen, die russische Politik zu unterstützen, obgleich sie sich vollkommen darüber klar waren, daß dies einen allgemeinen europäischen Krieg bedeutete und das Ende aller diplomatischen Anstrengungen, die Krise beizulegen. Viviani übermittelte drahtlich die Zusage voller französischer Unterstützung und riet den Russen, ihre Vorbereitungen nach Kräften geheimzuhalten, um den größtmöglichen Vorsprung vor den Deutschen zu gewinnen. Iswolski drahtete, daß Messimy ihm mitgeteilt habe, die Franzosen würden es begrüßen, wenn die Russen ihre militärischen Vorbereitungen beschleunigten, sie sollten sie aber geheim halten und sogar öffentlich erklären, daß sie bereit wären, diese Vorbereitungen im Interesse des Friedens zu verlangsamen. Auch ließ er Sasonow wissen, daß Paul Cambon sich unverzüglich mit Sir Edward Grey in Verbindung setzen und dessen wiederholte Bekräftigung des Abkommens vom 22. November 1912 erlangen würde.

9. Trotz der vorerwähnten Tatsachen drahtete Poincaré am 31. Juli an Georg V., Frankreich habe Rußland von Anfang an zur Mäßigung geraten und Rußland habe diesen Rat durchweg befolgt. Unter dem Vorwande, Deutschland beschwichtigen zu wollen, versuchte Poincaré Georg V. zu bewegen, Frankreich Englands Unterstützung zuzusagen. Frankreich unterstützte auch Sasonows Scheinvorschlag vom 31. Juli, die Krise vor eine europäische Konferenz zu bringen. Am Abend des 31. jedoch entschloß sich Frankreich „mit herzlich hohem Sinn“ zum Kriege, und so berichtete Iswolski. Demgemäß war Frankreich das erste Land, das amtlich seinen Entschluß kundgab, die diplomatischen Anstrengungen aufzugeben und zum Kriege zu schreiten.

10. Nachdem die französische Regierung sich für den Krieg entschieden hatte, führte sie eine Anzahl von diplomatischen Manövern aus, um die Völker Frankreichs, Italiens und Englands glauben zu machen, daß sie zu einem reinen Abwehrkriege rüste. Hierunter gehören der Schwindel der 10 Kilometer-Zurücknahme

vom 30. Juli, die Hinausschiebung des Mobilmachungsbefehls und der Beschluß, die deutsche Kriegserklärung abzuwarten, um damit auf die Engländer Eindruck zu machen und eine Auseinandersetzung wegen der Bündnisverpflichtungen gegenüber Rußland zu vermeiden. Trotz der Verzögerung des Mobilmachungsbefehls gingen die französischen Rüstungen seit dem 24. ununterbrochen vor sich.

11. Wenn auch in Wirklichkeit die russische Mobilmachung den Weltkrieg herbeiführte, so trägt Frankreich doch die gleiche Verantwortung wie Rußland, weil Poincaré bei seinem Besuche in St. Petersburg die russischen Angriffsgelüste eigens ermutigte und diese Haltung durch seinen am Abend des 29. Juli gefaßten Beschluß bekräftigte, die russischen Mobilmachungspläne zu unterstützen. Keine Vertragsverpflichtungen zwangen Frankreich im Jahre 1914 dazu, Rußland beizustehen, denn Rußlands Vorangehen mit der Mobilisation entband Frankreich von den Verpflichtungen der Militärkonvention vom Jahre 1914<sup>4)</sup>. Poincaré verheimlichte diesen Umstand 1914 sorgfältig vor der französischen Deputiertenkammer und erlaubte nicht, daß diese Angelegenheit zur Besprechung gestellt wurde.

12. Das französische Gelbbuch wurde 1914 herausgegeben und gefälscht. Weder Poincaré noch Viviani haben sich verteidigen können, ohne zu den offensichtlichsten und handgreiflichsten Verdrehungen von Tatsachen ihre Zuflucht zu nehmen.

## 2. Kritische Bemerkungen.

Die Ausführungen Barnes' über den Schuldanteil Poincarés und seines Kreises sind von besonderem Interesse unter dem Gesichtspunkt der Wandlungen, die die Kriegsschuldforschung in der Beurteilung der Rolle Frankreichs bei Kriegsausbruch zumal auf amerikanischem Boden hervorgerufen hat. Vollends sie sind der unbedingten Zustimmung von deutscher Seite sicher. Unter 1 erkennt er freilich dem Eintritt Poincarés in die Regierung insofern eine allzu allgemeine Bedeutung zu, als dieser nicht zum ersten Male die französische Republik auf eine Revanchepolitik festlegte. Eine nähere Beschäftigung mit der französischen Geschichte zwischen 1871 und 1914 würde Barnes feststellen lassen, daß auch schon in früheren Jahren Republik und Revancheidee eng miteinander verbunden waren, und daß unabhängig von verfassungsmäßigen Bestrebungen Aktivität und Zurückhaltung hinsichtlich des Revanchestrebens mehrmals wechselten.

---

<sup>4)</sup> Druckfehler für 1893.

Unter 9 ist Barnes ein Einzelirrtum unterlaufen, der auch bezüglich der Wiedergabe seiner Schlußfolgerungen in deutscher Übersetzungen Schwierigkeiten bereitet hat. Was er mit den Worten: „with hearty high spirits“ kennzeichnet, bezieht sich nicht auf die Tatsache der Entscheidung Frankreichs zum Kriege, sondern auf die Mitteilung, die der Kriegsminister Messimy in der Nacht des 31. Juli Iswolski über Frankreichs Entschlossenheit zum Kriege machte. Nur diese war (nach dem französischen Wortlaut des Livre noir II. Band, S. 294) „sur un ton de sincérité enthousiaste“, wie wir Deutschen sagen „in gehobenem herzlichen Tone“, gehalten; auf den Entschluß zum Kriege als solchen, hat der Ausdruck keinen Bezug.

## VIII. Sir Edward Grey und die Verantwortlichkeit Englands.

(Seite 575—580.)

### 1. Barnes' Schlußfolgerungen.

1. Der Schlüssel für die britische Handlungsweise während der Krise von 1914 ist in dem Tatbestande der englisch-französischen Entente zu suchen, die zwischen den Jahren 1901—1914 zustande gebracht wurde. England war im Jahre 1914 entschlossen, in den Krieg einzutreten, wenn Frankreich es tat, und Frankreich beschloß bei solchen Maßnahmen, die geeignet waren, den Krieg hervorzurufen, fest an der Seite Rußlands zu stehen.

2. In der Zeit von 1906 bis 1912 arbeitete England sorgfältig Pläne für das militärische und maritime Zusammengehen mit Frankreich gegen Deutschland aus. Auch für eine mündliche Vereinbarung, Frankreich im Kriegsfall gegen Deutschland beizustehen, wurde gesorgt. Am 22. November 1912 verpflichtete sich Grey schriftlich, Frankreich zu unterstützen, falls es von Deutschland angegriffen würde, und diese seine Verpflichtung enthielt einen Hinweis auf die von den Armee- und Marinebehörden beider Länder formulierten gemeinsamen Pläne für ein bewaffnetes Vorgehen. Sowohl Asquith als auch Grey haben diese Tatsachen wiederholt abgeleugnet, als sie deswegen aus den Bänken des Unterhauses befragt wurden.

3. Die englisch-russischen Beziehungen waren in England niemals herzlich und populär. Sie waren im Zusammenhange der Krise von 1914 hauptsächlich wegen der Beziehungen Englands zu Frankreich und wegen der festen Unterstützung, die Rußland von Frankreich erhielt, von Wichtigkeit. England führte zur Unterstützung eines „russischen Streites“ Krieg, weil Frankreich

entschlossen war, Rußland zu unterstützen, und weil England entschieden zu Frankreich hinneigte.

4. Die englisch-deutschen Beziehungen zwischen 1898 und 1912 schwankten hin und her, und zwar infolge des Widerstandes Holsteins gegen eine englisch-deutsche Verständigung, infolge der von England Frankreich in Marokko gewährten Unterstützung, infolge der deutschen Flottenpläne und der Tatsache, daß Grey sich niemals dazu verstehen wollte, seine Beziehungen zu Frankreich und Rußland im Interesse einer herzlichen Verständigung mit Deutschland zu modifizieren. In der Zeit von 1912 bis 1914 wurden die englisch-deutschen Beziehungen nach und nach besser. Der Flottenwettstreit wurde in zufriedenstellender Weise beigelegt und der Konflikt wegen der Bagdad-Bahn wurde aus der Welt geschafft. Eine mächtige Gruppe innerhalb der liberalen Partei zeigte Zeichen der Unzufriedenheit mit der Entente und trat für engere Beziehungen mit Deutschland ein. Im Juni 1914 sahen die englisch-deutschen Angelegenheiten hoffnungsvoller aus, als sie während der vorhergehenden 15 Jahre gewesen waren.

5. Die Möglichkeit einer englisch-deutschen Annäherung beunruhigte die Franzosen und Russen, und sie beschlossen, einen europäischen Konflikt womöglich herbeizuführen, bevor England der Triple-Entente entschlüpfen konnte. Im Frühjahr 1914 fielen sie über Grey her und leiteten Verhandlungen zwecks einer englisch-russischen Marinekonvention ein.

6. In der Krisis von 1914 war Grey an und für sich für den Frieden, hatte aber von Anbeginn an keine bestimmte und scharf umgrenzte Politik, schwankte und zögerte und ermutigte mit Falsch beide Parteien. Den Franzosen und Russen brachte er das Gefühl bei, daß sie auf die englische Hilfe rechnen könnten, und die Österreicher und Deutschen machte er glauben, daß sie sich auf die britische Neutralität verlassen könnten.

7. Grey war durchaus entschlossen, England auf der Seite Frankreichs in den Krieg zu bringen, wenn Frankreich in den Kampf eintrat. Er täuschte sich hinsichtlich der aggressiven und umfassenden Natur der französisch-russischen militärischen Tätigkeit nach dem 24. Juli, bis es zu spät war, ihr mit Erfolg Einhalt zu tun. Er machte keinerlei Versuch, Frankreich oder Rußland zu zügeln, und als deren Tätigkeit zum Kriege führte, verschmähte er es, England abseits stehen zu lassen.

8. Der einzige Weg, wie England, wenn überhaupt, 1914 den Weltkrieg hätte verhindern können, wäre gewesen, von Anfang



an seine vollkommene Neutralität zu versprechen. Aber Grey wollte nicht versprechen, neutral zu bleiben, obwohl Deutschland sich sogar einverstanden erklären wollte, Belgien beiseite zu lassen, sich eines Angriffes auf die französischen Häfen zu enthalten und die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien zu garantieren. Grey weigerte sich ganz entschieden, die Bedingungen der englischen Neutralität zu formulieren, obwohl Deutschland ihn darum ersuchte und obwohl er dem Unterhause fälschlicherweise mitteilte, er habe es getan. Er rechtfertigte seine Weigerung mit der Begründung, England müsse seine Hände freihalten, obwohl er wußte, daß sie wegen der englisch-französischen Abmachungen damals nicht mehr frei waren.

9. Grey erlag dem Drucke Cambons zu einer Zeit, da sich England und Deutschland über die besten diplomatischen Methoden zur Beilegung der Krise vollkommen einig waren und Deutschland auf Englands Bitte kräftig daran arbeitete, diese Methoden zur Ausführung zu bringen.

10. Durch das Abkommen vom 22. November 1912 oder vom 2. August 1914 war England nicht technisch oder ausdrücklich verpflichtet, im Jahre 1914 an Frankreichs Seite in den Krieg einzutreten, da Deutschland am 3. August 1914 das Angebot machte, Frankreich nicht anzugreifen, wenn England neutral bliebe.

11. Greys Hauptgrund, England in den Krieg zu führen, war sein Glaube, daß es im Interesse Englands liege, an Frankreichs Seite zu stehen, aber spätere Ereignisse haben bewiesen, daß er in dieser Beziehung einen ungeheuren Mißgriff getan hat.

12. Er gesteht ein, daß er persönlich dafür verantwortlich war, England in den Krieg gebracht zu haben, und daß er zurückgetreten wäre, wenn er es nicht getan hätte, gleichviel, ob Belgien überfallen worden wäre oder nicht.

13. Die ganze belgische Streitfrage im Jahre 1914 ist, soweit Grey und England in Betracht kommen, reiner Betrug. Sie war ein günstiger Vorwand, den Grey als einen hochmoralischen Streitfall bis zum Äußersten ausbeutete, um die britische Öffentlichkeit gegen Deutschland aufzuhetzen. England hatte keine Vertragsverpflichtung, die Neutralität Belgiens zu schützen. Deutschland bot an, sich von Belgien fern zu halten, wenn England neutral bliebe. Nach dem 2. August wünschte Grey auf das Brenndendste, Deutschland möchte Belgien überfallen, und er erpreßte aus eigenstem Antriebe von der belgischen Regierung den belgischen Appell an die Großmächte.

14. Die Laufbahn Greys ist nicht die Geschichte eines großen Schurken, sondern sie ist mehr interessant als eine Illustration für das Unheil, das ein Land treffen kann, wenn es seine Geschicke einem wohlmeinenden, aber schwankenden und unentschlossenen Mann und einem unwissenden, beschränkten und naiven Diplomaten anvertraut.

15. Seine jüngst veröffentlichten Memoiren sind ungenau und ausweichend und bieten ein Bild der Krise von 1914, das fast genau das Gegenteil von den wirklichen Tatsachen ist. Sie diskreditieren den Mann weit mehr als seine Handlungen von 1914. Doch werden sie ungemein populär werden und den Grund zu einer dauernden Grey-Legende legen.

## 2. Kritische Bemerkungen.

In der Behandlung der Frage des Schuldanteils Greys und Englands macht sich neben einem Rest angelsächsischer Befangenheit, die einem jeden Nordamerikaner im Blut zu liegen scheint, vielleicht am stärksten der Nachteil geltend, daß Barnes die früheren Jahre der Vorkriegszeit allzuwenig berücksichtigt. König Eduard VII. wird nur einmal in dem Buche völlig nebenher erwähnt, von englischem Marinismus ist mit keinem Wort die Rede und man gewinnt den Eindruck, daß sich Barnes hinsichtlich der Beurteilung Englands ohne Grund hinter die Front des klarblickenden Ewart zurückgezogen und sich allzu einseitig an die Person Greys gehalten hat. Vor allem kommt auch in der eigentlichen Untersuchung nicht hinreichend zum Ausdruck, inwieweit vielleicht nicht Grey, sondern Persönlichkeiten und Kreise, die auf ihn einen beherrschenden Einfluß geübt haben, die wirkliche Verantwortung tragen. Wenn es im einzelnen auch heute noch nicht beweisbar ist, so läßt das uns zugänglich gemachte Quellenmaterial doch bereits deutlich erkennen, daß im Gegensatz zu Greys Schwanken Mitarbeiter wie Nicolson, Tyrrell und Hardinge verhältnismäßig folgerichtig die Richtung vertraten, die England an der Seite der Entente-Verbündeten in den Krieg führte, und noch mehr gilt das für die britischen Marinekreise, insbesondere für Churchill, die sowohl in den Vorkriegsjahren wie in den Tagen des Kriegsausbruches den englischen Kurs zugunsten des Eintritts in den Krieg stark bestimmt haben. Es scheint mir notwendig, diesen Zusammenhängen, die auch in der deutschen Forschung einigermaßen vernachlässigt sind, entschiedener Beachtung zu schenken.

Im Sinne des an sich klargestellten militärischen Zusammenspiels zwischen England und Frankreich wäre unter 2 noch der

Hinweis auf die Militärkonvention vom 20. Juli 1911 nachzutragen, die das französische Generalstabswerk enthüllt hat.

Unter 8 findet das deutsche Versprechen, sich von Belgien fernzuhalten sowie den Angriff auf die französischen Häfen zu unterlassen und die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien zu garantieren, eine zu weitgehende Formulierung. Es sind hier verbindliche Zusicherungen der deutschen Regierung und persönliche Fühler Lichnowskys zeitlich wie sachlich zu stark zusammengezogen.

Ebenso sind die Feststellungen unter 10 nicht in allen Einzelheiten haltbar. Das schon früher (unter V) erörterte Versprechen Greys vom 2. August 1914 ist dem Abkommen vom 22. zum 23. November 1912 gegenüber etwas selbständiges Neues und kann mit diesem nicht zu einem in sich zusammengehörigen Ganzen zusammengefaßt werden. Auch die Angabe über das deutsche Angebot vom 3. August, Frankreich nicht anzugreifen, wenn England neutral bliebe, ist nicht zutreffend; sie wird durch die Bemerkungen zu dem unter 8 Gesagten richtiggestellt.

## **IX. Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg.**

(Seite 642—646.)

### **1. Barnes' Schlußfolgerungen.**

1. Die Vereinigten Staaten waren 1870 Deutschland gegenüber freundlicher als irgendeiner anderen europäischen Großmacht gegenüber. 1914 waren wir Deutschland gegenüber feindlicher als irgendeiner anderen europäischen Großmacht gegenüber. Diese Wandlung der amerikanischen Stimmung wurde an erster Stelle durch Handelsrivalität, durch Gerassel in imperialistischen Abenteuern und durch die Tatsache verursacht, daß die meisten amerikanischen Nachrichten über Deutschland durch die notorisch antideutschen von Harmsworth (Northcliffe) beherrschten englischen Zeitungen kamen.

2. Es wird gewöhnlich geglaubt, daß die Aufnahme des unbeschränkten deutschen Unterseebootkrieges Anfang 1917 der wirkliche und einzige Grund für den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg war. Das ist nicht die Wahrheit. Wilson hatte sich mehr als ein Jahr vor dem Januar 1917 entschlossen zu intervenieren, sobald er das amerikanische Volk zu dieser Ansicht umstimmen konnte. Der deutsche Unterseebootkrieg war eine rechtmäßige Vergeltungsmaßnahme gegen die britischen Verletzungen des Völkerrechts im Hinblick auf Dinge wie Konterbande, ungehinderte Fahrt und Blockade, gegen die Wilson sich weigerte, mit gleicher Nachdrücklichkeit und Entschiedenheit zu protestieren. Die

pro-britischen Sympathien Wilsons wurden noch weit übertroffen von denen Walter Hines Pages, des Botschafters der Vereinigten Staaten in London, dessen Pflichtverletzungen ein Haupthindernis für die amerikanische Unparteilichkeit in der Behandlung der kriegführenden Nationen nach 1914 waren.

3. Die „Lusitania“ war ein eingeschriebener Hilfskreuzer der britischen Flotte und führte 5400 Kisten mit Munition, als sie New York zu ihrer letzten und verhängnisvollen Fahrt verließ. Die Passagiere waren 2 Wochen vor der Abfahrt des Schiffes von der deutschen Regierung vor der Gefahr gewarnt worden und ihre Reise auf dem Schiff war eine Verletzung der Gesetze der Vereinigten Staaten. Der Kommandant des deutschen Unterseebootes, das die „Lusitania“ versenkte, hatte von der Identität des Schiffes keine Kenntnis, als er das erste Torpedo abschoß, aber als er sie entdeckte, unterließ er jeden weiteren Angriff. Die „Lusitania“ wäre unter normalen Umständen hinreichend lange flott geblieben, um alle Passagiere sicher auszuschiffen.

4. Die amerikanische Finanz- und Geschäftswelt war sehr stark pro-ententistisch und übte einen kräftigen Druck zugunsten einer Intervention auf Seiten der Alliierten aus. Ihre Haltung beeinflusste die amerikanische Presse, die völlig unter der Herrschaft der Entente пропаган- da stand.

5. Obwohl Wilson theoretisch Freund des Friedens und Gegner des Krieges war, beschloß er, auf Seiten der Entente in den Krieg einzutreten, sobald er überzeugt war, daß England ohne amerikanische Hilfe den Krieg nicht entscheidend gewinnen konnte. Diese Entscheidung erfolgte auf seiner Seite noch vor Ende 1915. Im Januar 1916 entsandte er Oberst House, um Grey zu informieren, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eintreten würden, sobald er die öffentliche Meinung Amerikas zu jenem Punkte bringen könnte. Einen Monat nach der Abreise des Oberst House erklärte Wilson in einer Rede zu Milwaukee mit Nachdruck, daß die Vereinigten Staaten nicht im Weltkrieg intervenieren würden. Im April 1916 versuchte er die demokratischen Führer im Kongreß zu gewinnen, ihm behilflich zu sein, das Land in den Krieg zu stürzen, aber sie lehnten entschieden ab, ihn bei einer solchen Aktion zu unterstützen.

6. Wilson leitete die Kampagne von 1916 für seine Wiederwahl in doppelter Absicht auf der Grundlage eines Appells an die pazifistischen Gefühle des Landes ein. Er erkannte, daß die Nicht-Intervention in der zweifelhaften politischen Atmosphäre des Landes noch die populäre Ansicht des Landes war und daß, wenn er auf der



pazifistischen Plattform gewählt würde, an die schließliche Ankündigung unseres Interventionsbeschlusses sich weit weniger Argwohn knüpfte.

7. Die Aufnahme des deutschen U-Bootkrieges war ein schwerer politischer Fehler Deutschlands, der dem Einmarsch in Belgien vergleichbar ist, und spielte dem Präsidenten Wilson und den Wall-Street-Bankiers, die wünschten, daß die Vereinigten Staaten die verbündeten Mächte finanzierten, unmittelbar in die Hand, in derselben Weise, wie der deutsche Fehler des Einmarsches in Belgien Sir Edward Grey in die Hand spielte.

8. Die Intervention der Vereinigten Staaten war für Amerika wie für die Welt ein uneingeschränktes Unglück. Deutschland konnte ohne die amerikanische Intervention die Entente nicht entscheidend schlagen und war seit 1916 um einen gerechten Verhandlungsfrieden bemüht. Es war die immer glänzendere Aussicht auf die amerikanische Intervention, die die Entente ermutigte, die Friedensvorschläge Deutschlands, des Präsidenten Wilson und des Papstes zurückzuweisen. Die amerikanische Intervention verlängerte den Krieg unnötigerweise um 2 Jahre mit all der daraus erwachsenen Grausamkeit und Not und den gesteigerten wirtschaftlichen Lasten. Sie machte den Greuel von Versailles möglich, der den Beginn des europäischen Wiederaufbaues um ein Jahrzehnt verzögert und fast ebenso viel Verlust, Elend und Haß erzeugt hat, wie der Krieg selbst. Die Verwüstung und Verzweiflung, die durch die Verlängerung des Krieges in Europa hervorgerufen worden ist, hat Lenin in Rußland und Mussolini in Italien zur Herrschaft gebracht. Die amerikanische Intervention wirkte verhängnisvoll auf die Vereinigten Staaten zurück durch die Steigerung der öffentlichen Schuld und der Ausgaben der Regierung, durch die tatsächliche Zerstörung der Wirkungen des Wilsonschen Liberalismus und seiner Reformgesetzgebung, durch die Förderung des Niederganges der öffentlichen Moral und politischen Ehrenhaftigkeit wie Sachverständigkeit und durch die Beihilfe an der Schaffung einer beispiellosen Atmosphäre von Intoleranz, gedankenlosem Konservatismus und behaglichem Gehenlassen gegenüber einer unerhörten öffentlichen Korruption und Unfähigkeit.

9. Die großartige Nichtswürdigkeit<sup>5)</sup> der Intervention der Vereinigten Staaten wird gut durch den Ausspruch gekennzeichnet, den Wilson kurz vor seinem Tode tat, daß er es gern sehen würde, wenn Deutschland Krieg gegen Frankreich führte und dieses ent-

---

<sup>5)</sup> Pathetic futility.

scheidend schlug. Trotz unserer Intervention zugunsten der Entente werden wir heute in England, Frankreich, Italien und Rußland mehr gehaßt als in Deutschland.

10. Nachdem es zu spät ist, unsere Verluste an Menschen, Geld und Moral wiederherzustellen, sind gedankenvolle Amerikaner schließlich zu der Erkenntnis gelangt, daß nach den Worten Bruce Blivens<sup>6)</sup> „wir »für ein paar gewissenlose Menschen ausgespielt worden sind«<sup>7)</sup>, um die englischen und französischen Kastanien aus dem Feuer zu holen.“

## 2. Kritische Bemerkungen.

Barnes' Feststellungen bezüglich des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg sind für uns Deutsche am bedeutsamsten, denn sie betreffen eine Frage, in der wir selbst mit unserem Urteil bisher zurückgehalten haben, weil uns einwandfreies Quellenmaterial dafür nicht zur Verfügung stand. Die Kernpunkte bilden dabei die Rolle Wilsons und die der amerikanischen Ideologie sowie die Folgen der amerikanischen Intervention für das amerikanische Volk selbst. Es verdient Beachtung, mit welcher Schärfe hier ein Amerikaner mit wissenschaftlicher Argumentation über Wilsons Politik aburteilt und mit welcher Skepsis er über die moralischen Wirkungen spricht, die sich für die Vereinigten Staaten aus der Beteiligung am Kriege ergeben haben.

Gewiß ist das letzte Wort über diese Vorgänge und Zusammenhänge noch nicht gesprochen. Wilsons Bild ist schon in den eigentlichen textlichen Ausführungen Barnes' durchaus nicht so einheitlich, wie es in den Schlußfolgerungen gezeichnet wird. Erscheint der Präsident in diesen als eine geschlossene Persönlichkeit, in der ein macchiavellistischer Grundzug vorwaltet, so stellt er sich nach der voraufgehenden Untersuchung mehr als ein Mensch von schwankendem Charakter dar, dessen Ideologie mit praktischen Rücksichten und Interessen vielfach kollidierte und in dem schließlich probritische Neigungen die Oberhand behielten. Man hat Grund anzunehmen, daß dieses Bild geschichtlich zutreffender ist. Immerhin wird es vollends an Hand des von Barnes beigebrachten Materials deutlich, wie sehr Amerikas Intervention durch wirtschaftliche Gesichtspunkte bestimmt war und welche Bedeutung der Möglichkeit eines deutschen Sieges dabei zukam.

---

<sup>6)</sup> Herausgeber der „New Republic“.

<sup>7)</sup> We have been played for a bunch of suckers.

Trotzdem ist über den Entschluß der deutschen Regierung zum unbeschränkten Unterseebootkrieg noch kein abschließendes Urteil zu fällen. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß Barnes' Formulierungen unter 2 und 7 in einem gewissen Widerspruch stehen, und zwar im Zusammenhang damit, daß die eine von der moralischen Fragestellung der Kriegsschuld ausgeht, während die andere im Sinne der rein geschichtlichen Betrachtungsweise nach der politischen Zweckmäßigkeit der Entscheidung fragt. In der Tat ist dies der Angelpunkt des Problems; Barnes selbst hätte im Hinblick auf die von ihm festgestellte grundsätzliche Entschlossenheit Wilsons, zu intervenieren, dem verschärften U-Bootkrieg nur einen geringen Anteil an dem schließlichen Eintritt Amerikas in den Krieg zumessen dürfen.

Vielleicht am überraschendsten ist uns Deutschen Barnes' pessimistisches Urteil über die Folgen der Intervention für Amerika selbst. Die Welt hat sich gewöhnt, in den Vereinigten Staaten den eigentlichen Sieger des Weltkrieges zu sehen. Mit den Augen dieses unvoreingenommenen amerikanischen Forschers betrachtet, erscheint der Sieg Amerikas doch in einem anderen Lichte, und wer sich in dem von wirtschaftlicher Not verstrickten alten Europa den Blick für die Entwicklungstendenzen offen hält, die, aus der Tiefe der Völker emporwachsend, sich zunächst nur in Symptomen erkennen lassen, aber mit ihren sittlichen Grundkräften sich geradezu schicksalhaft für Leben und Zukunft der Völker auswirken, der wird dem skeptischen Urteil Barnes' über den Kriegsgewinn Amerikas einen hohen Grad von Berechtigung zuerkennen.

In seiner Untersuchung (S. 641) bezeichnet Barnes Wilsons viel belächeltes Lösungswort vom „Frieden ohne Sieg“ als die einzige glückliche Kundgebung des Präsidenten; es sprechen hier die demokratisch-pazifistischen Anschauungen, zu denen sich der Verfasser in den einleitenden Ausführungen bekennt. Im Sinne der zuletzt behandelten Feststellungen hat es auch für die Vereinigten Staaten Geltung.

## **X. Der Fortschritt des revisionistischen Standpunktes.**

(Seite 678—679.)

### **1. Barnes' Schlußfolgerungen.**

1. Unter den Forschern, die sich mit der Frage der Verantwortung für den Weltkrieg beschäftigen, herrscht so gut wie eine Stimme über die Tatsachen, wenn auch die Meinungen über die Bedeutung dieser Tatsachen in gewissem Umfange auseinandergehen.

2. Die Sache liegt nicht so, wie man in weiten Kreisen glaubt, daß nämlich einige Schriftsteller, die die neuen urkundlichen Beweisstücke eingehend geprüft haben, an den Ansichten über die Verantwortung für den Krieg festhalten, die allgemein zwischen 1914 und 1920 bestanden, während andere auf dem sogenannten „revisionistischen“ Standpunkt stehen. Es gibt keinen kompetenten und ehrlichen Sachverständigen für die Frage der Kriegsschuld, der nicht Revisionist ist.

3. Es gibt in keinem Lande einen kompetenten und unterrichteten Historiker, der nach gründlichem Studium der Entstehungsgeschichte des Weltkrieges den Begriff der Kriegsschuld, wie er in den Artikeln 227 und 231 des Versailler Vertrages aufgestellt ist, nicht für gänzlich falsch, irreführend und ungerecht erachtet.

## 2. Kritische Bemerkungen.

Auch diese Schlußfolgerungen, die das umstürzende Ergebnis der bisherigen Kriegsschuldforschung auf kurze Formeln bringen, sind unzweifelhaft richtig, und Barnes ist berechtigt, einen erheblichen Teil der geleisteten Aufklärungsarbeit als sein Verdienst in Anspruch zu nehmen. Seine tatkräftige und kampffreudige Art ist bei dem, was der „Revisionismus“ zumal im angelsächsischen Sprachgebiet erreicht hat, nicht wegzudenken, und die Welt, der es um die Wiederherstellung einer Atmosphäre der Anständigkeit und Rechtlichkeit zwischen den Völkern zu tun ist, hat, zumal angesichts des hier besprochenen freimütigen und tapferen Buches, die Pflicht, ihm für den Dienst, den er der Menschheit als Wahrheitssucher geleistet hat, aufrichtigen Dank zu zollen.

An erster Stelle muß ihm das deutsche Volk für seine mutige und erfolgreiche Arbeit Dank wissen. Wir sind uns wohl bewußt, daß sie nicht der Entlastung Deutschlands in der Kriegsschuldfrage als Selbstzweck gilt. Barnes hat es früher und in seinem Buche von neuem entschieden bestritten, bei seiner Beschäftigung mit dem Kriegsschuldproblem von besonderen Sympathien für Deutschland geleitet zu sein. In den Schlußbetrachtungen seiner Untersuchung (S. 701) erklärt er mit Nachdruck, daß er kein Lobredner der deutschen Politik sein wolle, aber gründliche Forschungen über die Politik, den Nationalismus und Militarismus Europas seit 1870 hätten es einfach als unmöglich erwiesen, die alte These der deutschen Alleinschuld am Kriege aufrechtzuerhalten oder auch nur in Deutschland die Hauptquelle der gesteigerten Rüstungen zu sehen, die zu der Katastrophe von 1914 geführt haben.



Eben um dieser vom Wahrheitstrieb geleiteten Objektivität willen ist uns Barnes' Aufklärungswerk besonders wertvoll, und wir nehmen es deshalb auch hin, wenn er hie und da zu Schlüssen gelangt, die der Haltung Deutschlands bei Kriegsausbruch nicht völlig gerecht werden. Im Anschluß an die eben angeführten Äußerungen bekennt sich Barnes zu der Auffassung, „daß einer der wenigen wahren und wesentlichen positiven Gewinne des Weltkrieges darin zu finden ist, daß die Macht der kleinen, aber mächtigen Clique extremer und anmaßender Militaristen in Deutschland gebrochen ist“. In dieser Isolierung geht das Urteil, auch unter Berücksichtigung der persönlichen Weltanschauung des Verfassers, zu weit und steht mit der sonst von ihm vertretenen Auffassung von der vergleichsweise eher größeren als geringeren Rolle des Militarismus in Frankreich, Rußland und Italien nicht in Einklang.

Dazu noch eine ergänzende Bemerkung. In dem Vortrag, den Barnes anläßlich seiner europäischen Reise am 26. Juli in Berlin hielt, hat er hinsichtlich des Schuldanteils, den die europäischen Großmächte am Ausbruch des Weltkrieges haben, eine Reihenfolge aufgestellt, die in drei Stadien abstuft. Die einzige direkte und unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg trügen Frankreich und Rußland, und zwar zu ungefähr gleichen Teilen. In weiterem Abstände folge Österreich, das aber keinen allgemeinen europäischen Krieg gewünscht habe. An letzter Stelle ständen Deutschland und England, die beide in der Krise von 1914 keinen Krieg gewollt hätten. Wahrscheinlich sei die öffentliche Meinung in Deutschland militärischer Aktivität geneigter gewesen als die englische, doch sei das durch des Kaisers energische Bemühungen um den Frieden mehr denn gut gemacht worden, wogegen sich Grey viel weniger für den allgemeinen Frieden eingesetzt habe. Zugegeben, daß es sich hinsichtlich der deutschen und englischen Volksstimmung vor und bei Ausbruch des Weltkrieges so verhalten hat wie Barnes sagt: befanden sich die beiden Völker bei alledem nicht in einer durchaus ungleichen Lage? Hat nicht gerade Barnes den vollendeten Beweis geliefert, daß Deutschland von kriegsentschlossenen Feinden umstellt 1914 in einen reinen Verteidigungskrieg eintrat, während England ohne Not sich den Gegnern Deutschlands zugesellte? Hier klafft doch ein Widerspruch, und irre ich mich nicht, so hat er nicht nur in dem schon beanstandeten Rest angelsächsischer Befangenheit und in der spezifisch amerikanischen Ideenwelt, der auch Barnes seinen Tribut zollt, seine Ursache, sondern vor allem wieder in der eingangs gekennzeichneten Betrachtungsweise, die mit dem

besonderen polemischen Verfahren der Kriegsschuldforschung die Dinge zu vereinfachen neigt und sie nicht wahrhaft geschichtlich faßt. Ich möchte bestimmt glauben, daß mit dem fortschreitenden Prozeß der Annäherung der Kriegsschuldforschung, die von Bestrebungen politischer Moral ihren Ausgang genommen hat, an die rein geschichtswissenschaftliche Forschung, die nur bemüht ist, die Frage zu beantworten, wie es zum Kriege gekommen ist, Deutschlands Schuldanteil auch hinter dem Englands immer weiter zurücktritt.

Wenn Barnes' „Revisionismus“ in Einzelheiten, die Frankreichs und Rußlands Verantwortung betreffen, heute weitergeht als die deutsche Forschung, so sollte er hinsichtlich Englands noch entschiedener sein. Vor allem aber könnte sein Gesamtplädoyer in bezug auf Deutschlands Schuldanteil noch etwas günstiger lauten. Denn die schweren Fehler, die die deutsche Politik der Vorkriegszeit begangen hat und die Deutschland in eine ungünstige Position hineinmanövriert haben, verdienen von der Kriegsschuldfrage her nur insofern eine tadelnde Note, als sie den Dolus der andern zur entscheidenden Tat aufgestachelt haben.

---

# König Alexander von Jugoslawien und die Attentäter von Sarajewo.

Eine Richtigstellung und Ergänzung an der Hand unveröffentlichter Urkunden.

Dr. Friedrich R. von Wiesner

a. o. Gesandter u. bevollm. Minister a. D.

Im Nachfolgenden bringen wir einen ausführlichen, auf eigenem, bisher unbekanntem Material beruhenden Aufsatz des 1914 mit der Untersuchung des Attentats beauftragt gewesenen jetzigen Gesandten a. D. Dr. Friedrich von Wiesner, der sich mit dem im Juliheft dieser Zeitschrift unter gleichem Titel gebrachten Aufsatz befaßt und die von uns für notwendig gehaltene Nachprüfung der uns zugegangenen Angaben enthält.

Herr von Wiesner hat unter seinen Papieren eine Kopie der fraglichen Depesche gefunden und legt dar, daß dem Verfasser des Briefes bei Wiedergabe seiner Erinnerungen an die Depesche eine Namens- und Ortsverwechslung unterlaufen ist. Die Depesche handelte nicht von der Vorstellung des Attentäters Princip vor dem jetzigen König, sondern von der Vorstellung des Attentäters Gabrinović, die in der Staatsdruckerei in Belgrad stattgefunden hat. — Der Verfasser des Briefes hatte nach Einsendung des Manuskriptes Gelegenheit, mit Herrn von Wiesner zu sprechen und erkannte die von Herrn von Wiesner gegebenen Erklärungen als richtig an.

Darüber hinaus bringt Herr von Wiesner sehr beachtenswerte neue Feststellungen über den Besuch des damaligen Regenten, jetzigen Königs, in der Belgrader Staatsdruckerei, die ihn, wenn auch auf anderer Basis, zu der von uns wiederholt geäußerten Schlußfolgerung veranlassen, daß eine Untersuchung über das Attentat von Sarajewo vor einer unparteiischen, unabhängigen, internationalen Stelle ernstlich not tut.

Sachlich behalten wir uns dem neuen Material gegenüber noch jede Stellungnahme vor, da wir das Ergebnis noch weiterer von uns eingeleiteter Nachforschungen abwarten wollen.\*)

Wir wären aber dankbar, wenn die Presse der in Frage kommenden Länder vermehrt zu der Frage Stellung nehmen würde, auf welche Weise unserer Forderung einer internationalen Untersuchung des Attentats von Sarajewo entsprochen werden kann.

Alfred von Wegerer.

---

\*) Auf einem im Monatsbericht unter Serbien (Seite 719 f.) wiedergegebenen Aufsatz aus der kroatischen Zeitung „Hrvatski List“ weisen wir besonders hin.

Der im heurigen Julihefte dieser Zeitschrift unter dem Titel „König Alexander von Jugoslawien und die Attentäter von Sarajewo“ erschienene Aufsatz hat in Jugoslawien vielfache Kritik und Zurückweisung erfahren. Insoweit diese politischer Natur waren, persönliche Angriffe enthielten und sogar von diplomatischen Auseinandersetzungen begleitet waren, fallen sie außerhalb des Rahmens der folgenden Darlegungen, die auf das rein Tatsächliche des angefochtenen Aufsatzes und der ihm entgegengestellten Berichtigungen beschränkt sein sollen. In diesem Sinne will ich — niemandem zur Freude, aber auch niemandem zum Leide — versuchen, das festzustellen, was zu dem aufgeworfenen Thema auf sicherer, urkundlicher Grundlage einwandfrei nachzuweisen ist. Wenn ich auch persönlich für die Erörterung dieses Fragenkomplexes einen späteren Zeitpunkt für geeigneter gehalten hätte, so finde ich anderseits doch, daß dessen tunlichste Klärung — da das Thema nun einmal angeschnitten ist — jetzt raschestens herbeigeführt werden muß, um die von jugoslawischer Seite ausgesprochene Beschuldigung zu entkräften, daß die hier betriebene Forschungstätigkeit der Objektivität und Sachlichkeit entbehre. Als Mitarbeiter dieser Zeitschrift, der selbst von dem Streben nach geschichtlicher Wahrheit durchdrungen, ebenso von der unanfechtbaren, gleichen Gesinnung ihres Leiters und ihrer anderen Mitarbeiter überzeugt ist, halte ich mich aber auch deshalb für verpflichtet, die oben umrissene Klarstellung herbeizuführen, weil ich außer der Kenntnis des Stoffes auch allein über das für die Lösung dieser Aufgabe ausreichende Material von Aufzeichnungen und Aktenabschriften zu verfügen in der Lage sein dürfte. Sind doch die österreichischen Archive, die den nötigen Aufschluß geben könnten, soweit die Akten nicht nach den Sukzessionsstaaten verbracht wurden, infolge eines Drucks der Nachfolgestaaten für die Forschung bis zurück zum Jahre 1894 gesperrt worden, so daß wir, um Fragen auf dem Gebiete der Kriegsursachen aufzuklären, die Österreich-Ungarn betreffen, im allgemeinen auf den Zufall angewiesen sind, daß sich in privaten Händen entsprechende Notizen und Aktenkopien befinden.

Die jugoslawischen Gegenäußerungen, von denen jene des Staatsanwaltes i. R. Leo Pfeffer, des seinerzeitigen Untersuchungsrichters im Sarajewoer Prozeß, die eingehendsten und die



allein mit Argumenten versehenen sind<sup>1)</sup>, lassen sich zusammenfassen wie folgt:

1. Gavriilo Princip habe im Zuge des gegen ihn und gegen die anderen Beschuldigten in Sarajewo geführten Strafprozesses wegen Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin niemals das Geständnis abgelegt, daß er mit dem damaligen serbischen Thronfolger, Prinzen Alexander, persönlich in Berührung gekommen sei. Die Strafakten enthielten auch kein Protokoll über ein solches Geständnis des Princip.
2. Die Tatsache, daß der Attentäter Nedeljko Cabrinović in der Staatsdruckerei in Belgrad dem Thronfolger Alexander einige Monate vor dem Attentate vorgestellt worden ist, könne mit der Mordtat in keinen Zusammenhang gebracht werden, da es ein reiner Zufall war, daß der Thronfolger die Staatsdruckerei gerade zu jener Zeit besuchte, zu der Cabrinović dort arbeitete, und daß der Kronprinz bei diesem Anlasse auch an diesen sowie an viele andere Angestellte einige belanglose Worte richtete.
3. Unrichtig sei, daß Major Tankosić den Princip im Park von Topsider im Schießen mit Browningpistolen unterrichtet habe. Hierzu fügte Staatsanwalt Pfeffer zur Illustrierung des in diesem Punkte begangenen Fehlers noch bei, Princip habe „im Gegenteil niemals persönlich mit Tankosić gesprochen“ und die Verschworenen hätten ihre Absicht, auf den Erzherzog Franz Ferdinand ein Attentat auszuüben, „vor dem offiziellen Serbien“ streng geheim gehalten.

Um die Bahn gleich von nebensächlichen Fragen freizumachen, sei festgestellt, daß es tatsächlich unrichtig ist, wenn in dem bekämpften Artikel gesagt wurde, Tankosić habe Princip im Schießen unterrichtet — ein Irrtum, der bei der Fülle des durcheinanderlaufenden Prozeßstoffes allerdings dann leicht eintreten kann, wenn man aus dem Gedächtnis zitiert und die Dokumente nicht immer wieder vorher nachliest. Das folgende Zitat wird zeigen, wie leicht sich der gerügte Fehler einschleichen konnte. In Beilage 8 zum Mémoire über die großserbische Propaganda und das Sarajewoer Attentat<sup>2)</sup> heißt es: „Grabez gesteht in Über-

---

<sup>1)</sup> Siehe die Nummer der Agramer Tageszeitung „Obzor“ vom 22. Juli 1926 und den fast gleichlautenden Artikel in dem Wiener Blatt „Der Montag mit dem Sportmontag“ vom 16. August 1926.

<sup>2)</sup> Österreich-ungarisches Rotbuch, Ausgabe 1915, unter Nr. 19 auf Seite 58; do. ergänzte Ausgabe 1919, unter Nr. 48 im II. Teil.

einstimmung mit den Angaben des Princip und Cabrinović zu, am 24. Mai in Begleitung des Ciganović den Major Tankosić über dessen Wunsch in seiner Wohnung besucht zu haben. Nach der Vorstellung habe Tankosić dem Grabez gesagt: „Bist du dieser? Bist du entschlossen?“, worauf Grabez erwiderte: „Ich bin es.“ Als Tankosić dann fragte: „Versteht Ihr aus dem Revolver zu schießen?“ und Grabez hierauf verneinend antwortete, sagte Tankosić zu Ciganović: „Ich werde Dir einen Revolver geben, gehe und unterrichte sie im Schießen.“ Hierauf führte Ciganović den Princip und den Grabez zur Militärschießstätte in Topsider und erteilte ihnen in einem bei der Schießstätte liegenden Walde Unterricht im Schießen mit Browningpistolen auf Ziele.“<sup>3)</sup>

Der Irrtum ist, wie man sieht, nicht erheblich,<sup>4)</sup> denn wenn Major Tankosić auch nicht selbst den Schießunterricht erteilt hat, so hat er ihn doch anbefohlen und dazu auch noch den Browning geliefert. Dem gegenüber scheint der Erinnerungsfehler, der dem Herrn Staatsanwalt Pfeffer in diesem Zusammenhange unterläuft, schon weniger entschuldbar. Wenn man die Untersuchung in diesem Prozeß geführt und sich monatelang ausschließlich mit diesem Stoff und seiner Entwicklung befaßt hat, dann sollte man doch nicht sagen, „es geht aus den Aussagen der Beschuldigten hervor, daß Princip mit Tankosić niemals persönlich gesprochen hat“, sondern sich erinnern, daß der Beschuldigte Illić beim

---

<sup>3)</sup> Die hier zitierten Auszüge aus dem Sarajewoer Prozeßakt wurden seinerzeit (ebenso wie das Mémoire selbst und alle seine anderen Beilagen) von mir auf Grund der Akten verfaßt. Ich hafte für deren Richtigkeit. Sollten dennoch Zweifel in irgendeinem Punkte erhoben werden, dann bin ich bereit, die bezüglichen Stellen aus den Akten im Originaltext und in Übersetzung vorzulegen. Die Richtigkeit meiner Zitate wird überprüft werden können, da der Originalstrafakt beim Gerichtshof in Sarajewo erliegen muß und da amtliche Abschriften dieses Aktes im Archiv der ehemaligen bosnisch-herzegowinischen Landesregierung (Justizabteilung) verwahrt sein müssen. Weiters verfügt die jugoslawische Regierung noch über jenes Exemplar der Abschriften des Prozeßaktes, die im k. u. k. gemeinsamen Finanzministerium erlagen und die sie bei Liquidierung dieses Amtes an sich genommen hat. Schließlich müssen sowohl im österreichischen Staatsarchiv, als auch im österreichischen Kriegsarchiv Übersetzungen des Prozeßaktes erliegen, die allerdings gesperrt sind, deren Freigabe aber im Falle einer internationalen Untersuchung wohl erreicht werden müßte. Die Mitteilung dieser archivalischen Details ist keine überflüssige Vorsicht und sei noch dahin ergänzt, daß die mir zur Verfügung stehenden, zu treuen Händen erliegenden Aktenabschriften amtliche Kopien sind, deren Authentizität urkundlich und technisch nachweisbar ist.

<sup>4)</sup> Siehe auch die Berichtigung Seite 700 dieser Zeitschrift. (Anmerkung der Schriftleitung.)

Verhör am 4. Juli 1914 genau das Gegenteil deponierte und sich weiters auch entsinnen, daß die Verschworenen Princip und Grabez durch den Mitverschworenen Ciganović mit dessen intimen Freund Major Tankosić in Verbindung traten, daß dieser mit dem Attentatsplan vollkommen vertraut war und zu dessen Ausführung auch die dann nach Bosnien geschmuggelten vier Brownings lieferte. Wenn Herr Pfeffer da behauptet, die Beschuldigten hätten ihre Attentatsabsicht vor dem „offiziellen Serbien“ — worunter Herr Pfeffer auch den Major Tankosić zu verstehen scheint — streng geheimgehalten, so ist das wohl auch nur damit zu erklären, daß er seine Akten gleichfalls schon lange nicht mehr nachgelesen hat.<sup>5)</sup> Daß die Verschwörer die von Herrn Pfeffer behauptete Geheimhaltung des Attentatsplanes „vor dem offiziellen Serbien“ auch sonst nicht beobachteten, geht daraus hervor, daß sie versuchten, noch mit anderen solchen „offiziellen“ Personen, dem Major Milan Pribićević und dem Direktor der Staatsdruckerei, Zivojin Dačić, wegen Beschaffung der Waffen in Verbindung zu treten,<sup>6)</sup> was nur deshalb mißlang, weil diese Herren zur fraglichen Zeit verreist waren. Damit möchte ich die Erörterung dieses Punktes abschließen, der nur mehr eine illustrierende Funktion zu erfüllen hat, da die Analogieschlüsse, die im angefochtenen Artikel aus dem vorgeblichen Schießunterricht des Majors Tankosić im Park von Topsisider gezogen wurden, heute schon aus anderen Gründen, die unten folgen, hinfällig geworden sind.

Die Hauptangriffe der jugoslawischen Kritik richten sich gegen jenen Teil des eingangs zitierten Artikels, der von persönlichen Zusammenkünften und Gesprächen zwischen dem serbischen Kronprinzen einerseits und den beiden Attentätern Gavrilo Princip und Nedeljko Cabrinović andererseits handelt.

---

<sup>5)</sup> Auch sonst sind Herrn Pfeffer in seinen oben zitierten Artikeln einige ganz gewichtige Irrtümer unterlaufen:

a) Er behauptet, die Beschuldigten „niemals konfrontiert“ und „ihnen auch die gegenseitigen Aussagen nie vorgehalten“ zu haben.

Vielleicht erinnert er sich der dramatischen Konfrontierung am 2. Juli 1914 nachm. zwischen Grabez und Princip, ich glaube auch Illić, die zur Ablegung der Geständnisse führte, ganz zu schweigen von den zahllosen Vorhalten, die ich bereit bin, Punkt für Punkt zu zitieren.

b) Die Beweisführung mit dem Rotbuch, die ganz unsachlich ist, da im Rotbuch — von dem Mémoire und dessen Annexen abgesehen — die Untersuchungsakten von Sarajewo gar nicht vorkommen, ja dort gar nichts zu tun hatten und überhaupt seit Abschluß des Mémoires — etwa 20. Juli 1914 — in der diplomatischen Korrespondenz die Untersuchung der Mordtat nicht mehr vorkommt, das Telegramm vom 26. Juli 1914 aus Sarajewo also gar nicht mehr vorkommen konnte!

<sup>6)</sup> Österreichisch-ungarisches Rotbuch, I. c.

Die in der Literatur bisher nicht vorkommende und auch sonst nicht bekannt gewordene Nachricht von einem Zusammenreffen des Thronfolgers Alexander mit Gavrilo Princip stützt sich im besagten Artikel auf die Mitteilung eines nicht genannten „ehemaligen k. u. k. Beamten“, der nach dem Morde von Sarajewo im Präsidialbüro der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung das Chiffrieren der nach Wien abgehenden Depeschen über den Fortgang der Morduntersuchung besorgte und der sich „deutlich erinnert“, in den letzten Julitagen 1914 ein Telegramm chiffriert zu haben, worin über ein zwischen dem 23. und 25. Juli 1914 abgelegtes Geständnis des Princip berichtet wurde; Princip habe damals vor dem Untersuchungsrichter zugegeben, durch Major Tankosić in Topsider dem Kronprinzen Alexander als ein Mann vorgestellt worden zu sein, der für eine wichtige Mission ausersehen sei.

Obwohl alle dem Ministerium des Äußern zugekommenen Depeschen und sonstigen Aktenstücke, welche den Sarajewoer Mord betrafen, bis zum 16. August 1914 (meinem Abgehen zum k. u. k. Armecoberkommando) in meine Hände gekommen waren, war mir nicht erinnerlich, je eine solche Depesche gelesen zu haben; auch ein Geständnis Princip's dieses Inhalts war mir nicht bekannt. Ich las daher meine Tagebuchaufzeichnungen und Aktenabschriften nach, wobei sich mit unanfechtbarer Sicherheit ergab, daß eine Depesche dieses Inhalts nie zur Kenntnis des Ministeriums des Äußern gelangt ist. Mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit aber läßt sich sagen, daß ein derartiges Telegramm auch nicht beim Gemeinsamen Finanzministerium eingetroffen war, da dieses alle ihm zugekommenen Meldungen über die Attentats-sache stets mit größter Gewissenhaftigkeit an das Auswärtige Amt weitergeleitet hatte. Eine genaue Durchsicht der mir zur Verfügung stehenden Abschriften und Übersetzungen der mit Gavrilo Princip vor dem Untersuchungsrichter aufgenommenen Protokolle führte schließlich zu dem Ergebnis, daß dieser Beschuldigte in der Voruntersuchung nie ein Geständnis des erwähnten Inhalts abgelegt hat. Die von jugoslawischer Seite, insbesondere von Herrn Staats-anwalt Pfeffer, erfolgte Bestreitung der in Rede stehenden tatsächlichen Ausführungen des angefochtenen Aufsatzes sind daher durchaus zutreffend.

Mit dieser negativen Feststellung konnte diese Untersuchung natürlich nicht abgeschlossen sein, da doch noch aufgeklärt werden mußte, wie der ungenannte Gewährsmann zu seinen so apodiktischen



Mitteilungen gekommen war, dies um so mehr, als Herr Pfeffer diese als „allerordinärste Verleumdungen“ bezeichnet hat. Dieser Vorwurf kann wohl nur den anonymen Gewährsmann treffen, nicht aber den Verfasser des Aufsatzes, da dieser die Mitteilungen des Gewährsmannes, obwohl ihm dieser als verläßlich erscheinen mußte, nur unter Vorbehalt der Nachprüfung ihrer Zuverlässigkeit veröffentlicht, deren Verwertung als Beweis abgelehnt und ausdrücklich erklärt hat, sie nur als „Verdachtsmomente einer Mitwisserschaft“ des damaligen serbischen Thronfolgers an dem Attentat von Sarajewo gelten lassen zu können.<sup>7)</sup>

Was nun diesen zweiten Teil meiner Untersuchung anbelangt, so führte auch dieser zu einer restlosen Lösung der gestellten Frage. Unter den Aktenabschriften, über die ich verfüge, befindet sich auch die Kopie eines *Chiffretelegramms* — des einzigen, das auf den Kronprinzen von Serbien Bezug hat — des Landeschefs FZM. Potiorek an den Gemeinsamen Finanzminister Ritter v. Bilinski, datiert aus Sarajewo, den 26. Juli 1914, versehen mit der Zahl 1071/Pr. BH. ex 1914. Diese Depesche lautete:

„Bei seiner weiteren Einvernahme gab der Attentäter Ca . . . . an, daß der serbische Kronprinz am 27. März alten Stils, d. h. um 9 Uhr abends, die Staatsdruckerei in Belgrad besucht habe. Hiebei habe der Direktor dieser Druckerei, Zivojin Dačić, Ausschußmitglied der Národna Odbrana, den Bri . . . dem Kronprinzen vorgestellt. Alexander habe den No . . . . gefragt, von wo und warum er gekommen sei. Vić . . . . antwortete: ‚Ich bin ein Sarajlija,<sup>8)</sup> ich wäre früher gekommen, um an dem Kriege teilzunehmen, aber ich habe keinen Reisepaß bekommen können.‘ Hierauf entspann sich zwischen No . . . . und dem Untersuchungsrichter folgendes Gespräch: ‚Was hat da der Kronprinz geantwortet?‘ Vić . . . .: ‚Ich will nichts sagen. Es gibt viele Sachen, die ich weiß, doch darf ich hierüber mit Rücksicht auf meine Ideen nicht sprechen.‘

Anfangs wollte Vić . . . ., als er sah, daß diese seine Worte protokolliert wurden, das Protokoll nicht unterfertigen, dann gab er noch an: ‚Wenn Sie beabsichtigen, den Kronprinzen zu kompromittieren, so werde ich nichts mehr reden und werde achtgeben, was ich reden darf.‘ Das Protokoll hat Bri . . . . vor Zeugen gezeichnet.

. . . . .

---

<sup>7)</sup> l. c. S. 488 u. 489.

<sup>8)</sup> d. h. aus Sarajewo stammend.

Diese Meldung erstatte ich nur an Eure Exzellenz und bitte, die in Betracht kommenden Stellen hievon zu verständigen.“<sup>9)</sup>

Schon das Datum vom 26. Juli 1914 und der allgemeine Inhalt dieser Meldung weisen darauf hin, daß dies die Depesche sei, welche der oft genannte Gewährsmann chiffriert hat und welche die Grundlage seiner unrichtigen Mitteilungen bildet. Wer diese Depesche liest, ohne in den Gegenstand eingeweiht zu sein und ohne das Geheimnis der Namenschiffrierung in den auf die Attentatssache bezüglichen geheimen Zifferntelegrammen der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung zu kennen, der gerät bei der Lektüre über die wechselnden und dann im Durcheinander wiederkehrenden Namensabkürzungen in Verwirrung und gewinnt den Eindruck, daß in dieser Depesche von mehreren Personen die Rede ist. So ist es in der Eile des Chiffrierens und Abfertigens der Depesche zweifellos auch dem chiffrierenden Beamten in Sarajewo ergangen, der von der Morduntersuchung nur ganz allgemeine Kenntnisse hatte (nur wenige leitende Beamte der Landesregierung waren mit deren Einzelheiten vertraut) und der auch das Geheimnis der Namensgebung in diesen Depeschen nicht kannte. Die zwei wichtigsten Stellen des Telegramms sind nun — wie es die Tücke des Zufalls wollte — an die Namenschiffre Bri.... geknüpft, die sich dem Chiffreur offenbar als die Chiffre für Princip darstellte. Es war dies zunächst die Stelle, daß Bri.... dem Kronprinzen vorgestellt wurde, und dann jene zweite, wonach Bri.... das Protokoll unterzeichnet hat. Zusammengefaßt, geben diese beiden Vorstellungen das Bild eines mit Princip aufgenommenen Protokolls über sein Geständnis, dem serbischen Thronfolger vorgestellt worden zu sein.

Diese Erklärung setzt allerdings eine gewisse Oberflächlichkeit in der Perzeption des Telegramminhaltes durch den Chiffrierenden voraus, die aber mit der Konzentrierung seiner Aufmerksamkeit auf das Chiffrieren und Abfertigen der Depesche genügend zu motivieren ist. Sie bedarf nur einer Ergänzung dahin, wieso in der Erinnerung des Chiffreurs alle im Telegramm enthaltenen Einzelheiten über den Inhalt des Verhörs verlorengegangen sind und an deren Stelle sich durchwegs unrichtige Tatsachen (Vorstellung durch Tankosić statt durch Đaćić und Vorstellung in Topsider statt in der Staatsdruckerei

---

<sup>9)</sup> Das Originalkonzept zu diesem Telegramm muß sich in den Akten der ehemaligen bosnisch-herzegowinischen Landesregierung in Sarajewo (Justiz-Abteilung) befinden, das Dechiffrement in dem nach Jugoslawien verbrachten Akt des Gemeinsamen Finanzministeriums sowie im Akt des Ministeriums des Äußeren im Staatsarchiv in Wien.

in Belgrad) eingeschlichen haben. Der erstere Umstand erklärt sich zwanglos daraus, daß eben diese anderen Einzelheiten in der Depesche an andere Namensschiffen geknüpft waren und daher in der Vorstellung der Chiffreurs von vorneherein gar nichts mit dem von ihm supponierten Geständnis Principis zu tun hatten. Der zweite Umstand erklärt sich mit nachträglich entstandenen Verwechslungen und Ideenassoziationen, die sich bei einem wiederholt besprochenen und mit vielen Details ausgestatteten Tatbestand im Laufe der Zeit regelmäßig dort einstellen, wo nicht ein treues Gedächtnis mit verantwortungsreicher Sorgfalt in der Wiedergabe des klar erfaßten Erinnerungsbildes gepaart ist. Jeder Kriminalist kennt diese Erscheinung, zieht sie in Rechnung und prüft daher nötigenfalls auch die Psychologie des Zeugen. Ich habe es deshalb auch nicht unterlassen, das Inkognito des anonymen Gewährsmannes zu lüften.<sup>10)</sup> Hierbei stellte sich heraus, daß ich diesen im Jahre 1918 kennengelernt hatte und mit in den folgenden zwei Jahren in nähere Berührung gekommen war: Ein hochintelligenter, strebsamer und fleißiger junger Beamter mit noch geringer amtlicher Erfahrung, war er von großer Raschheit in seinen Urteilen und von einem starken Drang nach aktiver Betätigung und Selbständigkeit erfüllt. Das Bild dieser Persönlichkeit zeigt gewiß psychologische Elemente, welche Voraussetzungen für meine oben gegebene Erklärung sind, wobei ich das „Verschulden“ des Gewährsmannes nicht in der immerhin entschuldigen irrigen Auffassung des Telegrammtextes anlässlich des Chiffrierens erblicke, sondern darin, daß er das damals gewonnene Erinnerungsbild nachträglich apodiktisch als eine unanfechtbare, den Tatsachen entsprechende Mitteilung hinstellte. Mit derselben Entschiedenheit aber, mit der ich seine Culpa bedauernd feststelle, muß ich auf der andern Seite jeden Dolus bei Abgabe seiner Mitteilungen ausschließen, da Charakter und Denkungsart des Mannes unanfechtbar sind und es verbieten, ein unfaires Motiv seines Handelns anzunehmen. Herr Staatsanwalt Pfeffer hat hier weit über das Ziel geschossen, wenn er im Ärger von „allerordinärsten Verleumdungen“ gesprochen hat, eine Beschuldigung, für deren subjektiven Tatbestand er keine Anhaltspunkte hatte. Über den objektiven Tat-

---

<sup>10)</sup> Wenn ich sein Inkognito hier nicht preisgebe, so geschieht dies deshalb, weil ich keine Möglichkeit hatte, ihm meine Erklärung seiner Irrtümer vor der Drucklegung zur Stellungnahme zu zeigen. Wenn auch keine Wahrscheinlichkeit besteht, diese zu entkräften, so gebot mir doch die Loyalität gegen einen Mann, den ich persönlich kenne und wegen seiner Charaktereigenschaften schätze, mit der Bekanntgabe seines Namens zurückzuhalten.

bestand dieser Beschuldigungen wird, trotz aller bisher festgestellten Unrichtigkeiten, im folgenden noch gesprochen werden.

Es erübrigt jetzt nur, das Geheimnis der Namensschiffrierung in der Depesche der Landesregierung Sarajewo vom 26. Juli 1914 aufzuklären. Es besteht darin, daß der Name der Person, von der zu berichten ist, in Silben zerlegt wird und daß diese Silben überall dort, wo von dieser Person die Rede ist, einzeln eingesetzt werden, und zwar das erstemal in der Reihenfolge, in der sie im Namen vorkommen, die folgenden Male dann nach freier Wahl und regellos. Die in der Depesche stehenden Namenssilben lauten in der dortigen Reihenfolge: Ca, Bri, No, Vić, No, Vić, Vić, Bri. Der ganze wiedergegebene Teil der Depesche handelt also nur von einer einzigen Person, nämlich von Cabrinović. Liest man nach dieser Aufklärung die Depesche nochmals durch, dann hat man natürlich sofort den Zusammenhang. Man wird aber auch zugeben, daß — trotz des primitiven Mittels dieser Namensschiffrierung — bei geschickter Anbringung, Verteilung und Wiederholung der Namenssilben, wie dies hier geschah, die gewünschte Täuschung erzielt werden kann.

\* \* \*

Der kritische Teil meiner Ausführungen ist hiermit im wesentlichen beendet. Was in dieser Richtung noch zu sagen ist, insbesondere zu Punkt 2 oben, gehört in die folgenden Zusammenhänge. Ich wende mich daher dem aufbauenden Teil meiner Aufgabe zu. Hier mußte vorerst der Text des Protokolls festgestellt werden, das mit Nedeljko Cabrinović über sein Zusammentreffen mit dem Kronprinzen Alexander aufgenommen worden ist, da die Depesche der Landesregierung in Sarajewo offensichtlich nur einen Auszug aus dem Verhör enthielt und sie auch nicht das maßgebende Dokument ist. Dieses Protokoll lautet in deutscher Übersetzung:

„Fortgesetzt 25. Juli 1914.

Anwesend: die Gefertigten.

.....

Ich bemerke, daß ich am 27. März d. J. (nach dem alten Kalender) den Thronfolger Alexander gesehen habe und daß mir die Ehre zuteil wurde, von ihm angesprochen zu werden, als er um neun Uhr abends die Staatsdruckerei besuchte. Đaćić sagte nämlich zu ihm: „Wir haben hier einen Bosniaken.“ Darauf fragte mich der Thronfolger, woher ich bin und warum ich nach Serbien gekommen bin. Ich antwortete darauf, daß



ich schon früher nach Serbien gekommen wäre, um zu kämpfen, aber ich hätte keinen Paß bekommen<sup>11)</sup>).

Was hat er Dir darauf gesagt?

Das will ich nicht sagen, denn es gibt viele Dinge, die ich weiß, die ich aber wegen meiner Überzeugungen nicht sagen darf.

Der Beschuldigte erklärt hierauf, daß er das nicht unterschreiben werde, wenn wir den Thronfolger damit zu kompromittieren glauben. Er wolle lieber angeben, was noch gesprochen wurde.

Also, was hat Dir der Thronfolger geantwortet?

Das will ich nicht sagen, und von nun an werde ich besser achten, was gesprochen wird.

Damit kompromittierst Du den Thronfolger erst recht, wenn Du nicht sagen willst, was er Dir antwortete.

Er hat mir nichts gesagt. Ich habe schon angegeben, daß er mir nichts mehr gesagt hat.

Auf ausdrückliches Verlangen des Beschuldigten wird festgestellt, daß der Beschuldigte nach der 14. Zeile auf der vorhergehenden Seite das Wort „Nichts“<sup>12)</sup> gesagt und dabei gelächelt hat. Darauf hat ihn der gefertigte Richter gefragt, warum er lächelt. Er antwortete, daß das seine Gewohnheit sei und sagte dann so aus, wie es im Protokoll weiterfolgend geschrieben steht.

Der Thronfolger hat mich gefragt, ob ich in Serbien bleiben wolle. Ich habe geantwortet: „Ich glaube.“

Nedeljko Cabrinović m. p.

---

<sup>11)</sup> Hier fehlt im Protokoll die im Telegramm angegebene Äußerung des Cabrinović: „Ich bin ein Sarajlija . . .“. Da ein Zeuge dieses Gespräches, wie sich unten zeigen wird, eine ähnliche Bemerkung des Cabrinović bestätigt, ist deren Protokollierung offenbar durch ein Versehen unterblieben.

<sup>12)</sup> Die zitierte Stelle des Originalprotokolls ist identisch mit der ersten Zeile des vorstehenden Absatzes.

Geschlossen und gefertigt mit dem Bemerken, daß das heutige Protokoll in seiner Gänze vor den Zeugen Gerichtsadjunkt Filipović und Gerichtsauskultant Dr. Mates vorgelesen wurde. Diese waren in das Zimmer gekommen, als der Beschuldigte auf die Frage: „Was hat er dir gesagt?“ die Antwort gab, welche mit den Worten beginnt: „Das will ich nicht sagen, denn . . . .“

J. Filipović m. p.

Dr. Mates m. p.

Pfeffer m. p.

Dr. F. Sutej m. p.“<sup>13)</sup>

Dieses Protokoll oder sein Inhalt ist nie veröffentlicht worden. Das Mémoire war am 25. Juli 1914 vom Ministerium des Äußern — leider sehr verspätet und nicht gleichzeitig mit dem Ultimatum — versendet worden, zu einer Zeit also, da man in Wien diese neuen Angaben des Cabrinović noch gar nicht kannte. Ergänzende Mitteilungen zu dem Mémoire hat das Auswärtige Amt nicht mehr hinausgegeben, da schon dieses Mémoire mit seinem erdrückenden Material im Ausland unbeachtet geblieben war und da die Dinge sich inzwischen bereits zu weit entwickelt hatten.

Aus dem nunmehr vorliegenden Text des Protokolls mit Cabrinović ist zunächst ersichtlich, daß die einzige, bisher vorhandene, von Hermann Wendel stammende Mitteilung über den Verlauf des Gespräches zwischen dem Kronprinzen Alexander und dem Nedeljko Cabrinović<sup>14)</sup> nicht zutreffend ist, weder hinsichtlich des Umfangs noch des Inhalts dieser Konversation. Daß aber weiter das, was Cabrinović darüber angegeben hat, nicht erschöpfend ist, wird nicht nur dem Kriminalisten klar sein. Ist doch aus dem nach Frage und Antwort gegliederten, klar protokollierten Verhör ersichtlich, daß Cabrinović von dem Augenblick an zurückhaltend wurde, in dem die Rede auf die Antwort kam, die ihm der serbische Thronfolger gegeben hatte. Die Begründung, mit der Cabrinović die hierauf bezügliche Frage des Untersuchungsrichters abwehrte — (sc. „Das

---

<sup>13)</sup> Eine Vergleichung des Textes des Chiffretelegramms mit dem Wortlaut dieser Übersetzung ergibt zwar keine Verschiedenheit dem Sinne nach, dagegen wohl eine solche im Wortlaute. Diese ist nicht auf eine ungenaue Übersetzung des Protokolls zurückzuführen, sondern erklärt sich zweifellos dadurch, daß die Depesche nicht unter Vorliegen des Protokolltextes verfaßt, sondern auf Grund eines besonderen — mündlichen oder schriftlichen — Referates des Untersuchungsrichters konzipiert wurde. Hierfür spricht in erster Linie, daß in der Depesche die Äußerung des Beschuldigten enthalten ist, er sei ein Sarajlija, während sie im Protokoll fehlt.

<sup>14)</sup> Hermann Wendel: Die Habsburger und die Südslawenfrage.

will ich nicht sagen, denn es gibt viele Dinge, die ich weiß, die ich aber wegen meiner Überzeugungen nicht sagen darf“) —, läßt erkennen, daß er sich erst im Augenblick der Fragestellung über die Tragweite weiterer Mitteilungen klar geworden war und, gewissermaßen in der Erregung hierüber, mit der offenerzigen Motivierung herausplatzte, daß er die ihm vom Prinzen Alexander gewordene Antwort „wegen seiner Überzeugungen nicht sagen darf“. Erst nach einem trotzigen Wortgefecht mit dem Untersuchungsrichter, in dem diese Erregung nachzitterte, rang sich die kühle Überlegung durch, daß er sich so immer tiefer verrenne, welche Überlegung zuerst in einem glatten Ableugnen zum Ausdruck kam, daß ihm der Kronprinz etwas geantwortet habe, und die sich im Fortschreiten, um zu einem Ende zu kommen, in eine sichtlich erfundene Mitteilung über den Inhalt des fortgesetzten Gesprächs verwandelte. Aus diesem Verlauf des Verhörs ist zunächst nur der Schluß zu ziehen, daß die von Cabrinović verschwiegene Antwort, welche ihm der serbische Thronfolger damals erteilt hatte, derart gewesen sein muß, daß sie dem Cabrinović verhänglich erschien und nach dessen Ansicht geeignet war, den Kronprinzen zu kompromittieren.

In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, wer Zivojin Dačić, der Direktor der Staatsdruckerei, war, der den Cabrinović dem Thronfolger vorgestellt hat. Sein Name kommt in der Untersuchung, wie bereits erwähnt, bei dieser Gelegenheit nicht zum ersten Male vor. Die schon früher zitierte Beilage 8 des „Mémoires“ sagt hierüber: „Die zur Ausführung der Tat nötigen Bomben und Waffen wollten sich Princip und Cabrinović, da sie selbst die Mittel zu deren Ankauf nicht besaßen, zuerst von dem serbischen Major Milan Pribićević oder von der Narodna odbrana beschaffen. Da aber Major Pribićević und das maßgebende Mitglied des genannten Vereins, Zivojin Dačić, zu jener Zeit verreist waren, beschlossen sie zu trachten, die Waffen . . .“ Dieser Zivojin Dačić war gleichzeitig ein politischer Gesinnungsgenosse des Cabrinović, mit dem er eng liiert war und dem er in der Staatsdruckerei einen Unterschlupf gegeben hatte, so daß er nur formell sein Vorgesetzter war. Darüber, daß dieser Zivojin Dačić in die Pläne des Cabrinović eingeweiht war, kann ein Zweifel nicht bestehen. Wie aber Zivojin Dačić, dieser wilde Patriot, der schon 1912 im Süden Ungarns den Zusammenschluß aller Serben „gegen den österreichisch-ungarischen Feind“ gepredigt hatte<sup>15)</sup>,

<sup>15)</sup> Akten des Ministeriums des Äußern, Nr. 1490 ex 1912, Bericht der k. u. k. Gesandtschaft in Belgrad über die häufigen Agitationsreisen des Dačić nach der Monarchie, und Nr. 2083 ex 1912, Bericht des Pol. Kommissariates Zemun. Siehe auch das Mémoire a. a. O.

zum serbischen Hofe stand, darüber wird weiter unten noch gesprochen werden. Erst dort wird es dann möglich sein, zu weiteren Schlußfolgerungen zu gelangen.

Wenn früher gesagt wurde, Princip habe nie gestanden, mit dem serbischen Kronprinzen zusammengetroffen zu sein, so war damit nicht gesagt, daß das mit ihm aufgenommene Protokoll nichts über diesen Gegenstand enthalte. Im Verhörprotokoll mit Gavrilo Princip findet sich vielmehr in der Protokollfortsetzung vom 1. August 1914 folgender Passus, der in deutscher Übersetzung wiedergegeben wird:

„Prinz Alexander war nicht an unserer Verschwörung beteiligt, und ist es lächerlich, daß ich mit dem Prinzen Alexander zusammengekommen wäre, denn ich habe ihn überhaupt nie gesprochen.“

Dieses Protokoll, das vor und nach der zitierten Stelle eine Reihe anderer Gegenstände behandelt, ist von Gavrilo Princip, dem Untersuchungsrichter Pfeffer und dem Schriftführer Dr. Sutej unterschrieben.

Wie der Untersuchungsrichter dazu kam, die Frage eines Zusammentreffens des serbischen Thronfolgers mit Princip überhaupt zu erörtern, ist dem Protokoll nicht zu entnehmen, da dieser Satz mit den vorhergehenden und den nachfolgenden Teilen des Protokolls in keinem sachlichen Zusammenhang steht und ihm auch keine protokollarisch festgehaltene Frage des Richters vorangeht. Aus der Fassung der Antwort: „... und ist es lächerlich, daß ich mit ihm zusammengekommen wäre...“ ist aber zu ersehen, daß der Untersuchungsrichter dem Beschuldigten einen Vorhalt gemacht haben muß, dahingehend, daß irgendeine Anzeige, Erhebung, Zeugen- oder Beschuldigtenangabe ein Zusammenkommen zwischen dem Thronfolger Alexander und Princip behauptet habe. Andernfalls wäre die protokollierte, entrüstet-abweisende Antwort des Beschuldigten einfach unverständlich. Wo die aktenmäßige Grundlage für diesen Vorhalt des Untersuchungsrichters zu finden ist, kann ich wegen des großen Umfangs des durchzusehenden Aktenmaterials in der Eile nicht feststellen, doch gehe ich der Sache nach und behalte mir vor, gegebenenfalls eine ergänzende Mitteilung zu veröffentlichen. Vielleicht ist übrigens Herr Staatsanwalt Pfeffer inzwischen in der Lage, die Frage zu beantworten, welches der Anlaß war, daß er den Gavrilo Princip am 1. August 1914 — scheinbar so unvermittelt — nach dessen Zusammenkünften mit dem Thronfolger Alexander fragte. Das Verhör mit Cabrinović vom 25. Juli 1914 kann dieser Anlaß



nicht gewesen sein, da es keinen Anhaltspunkt für diese Fragestellung bot. Jedenfalls hat ein so gewiegener, gründlicher und gewissenhafter Untersuchungsrichter, wie Pfeffer es war, diese Frage nicht ohne sachliche Unterlage gestellt, da sie sonst leicht als kaptatorische Frage hätte ausgelegt werden können. Es wird also — bevor man die Behauptung von einem Zusammentreffen zwischen Prinz Alexander und Princip als widerlegt betrachtet —, noch eine Feststellung darüber zu erfolgen haben, wie diese Behauptung im Laufe der Untersuchung auftauchte, welches ihre Unterlagen waren und was zu ihrer Aufhellung geschah.

Wie notwendig eine derartige Feststellung sein wird, geht daraus hervor, daß die Frage von persönlichen Beziehungen zwischen dem serbischen Thronfolger und Princip auf einmal wieder im Jahre 1916, und zwar in Belgrad, auftauchte. Da vorher weder von politischer noch militärischer Seite über diesen Gegenstand etwas verlautbart worden war, kann es sich hierbei wohl nur um ein spontanes Auftauchen dieser Frage handeln. Tatsächlich beziehen sich auch die nachstehend veröffentlichten Akten auf kein Präzedenz, sondern stellen sich als eine vollständig neue, selbständige Aufrollung dieses Gegenstandes dar. Der Sachverhalt ist folgender:

Ende September 1916 erhielt ich im Armeeoberkommando, wo ich damals tätig war, von der Nachrichtenabteilung den Akt des k. u. k. Militär-General-Gouvernements in Serbien, Nachrichtenabteilung, K Nr. 10 402<sup>16)</sup> zur Einsicht, von dem ich Abschriften anfertigen ließ, deren eines Exemplar ich meinem Dossier über den Mord von Sarajewo einverleibte.

Der Akt beginnt mit folgender, vom 15. August 1916 datierten handschriftlichen Eingabe in deutscher Sprache, deren stilistische und orthographische Fehler in der Kopie beibehalten wurden und daher auch im nachstehenden Abdruck enthalten sind. Diese Anzeige lautet:

„Gefertigter hat in der serb. Staatsdruckerei während der Regierung der Obrenoviće mehrere Bücher . . . . . Inhaltes drucken lassen.

Diese Editionen vermittelten mir die Bekanntschaft des Arbeiter-Personals der Staatsdruckerei. Bei einigen Typographen

---

<sup>16)</sup> Wo dieser Akt sich heute befindet, kann ich nicht sagen, da ich nicht weiß, ob er von der Nachrichtenabteilung nach Belgrad zurückging oder an das Evidenzbüro des Generalstabs in Wien abgegeben wurde. Es kann aber wohl nur entweder im Kriegsarchiv in Wien oder in einem serbischen Archiv (erbeutete Akten des General-Gouvernements) erliegen.

mußte ich sogar als Beistand oder Pate verwandtschaftliche Verhältnisse als „Kum“ auf sich nehmen.

Dieß als Beleg dafür daß nachstehende Mittheilungen des Personals der Staatsdruckerei wohl auf ehrliche Aufrichtigkeit Anspruch haben können.

Zur Zeit, als Princip und Cabrinović sich in Belgrad aufhielten, erhielten sie als quasi Typographen in der serb. Staatsdruckerei Beschäftigung.

Das Typographen-Personal erzählt einmütig, daß beide Bosnier wenig Arbeit leisteten, die Protektion des Directors der Staatsdruckerei genossen, oft Wochenlang nicht zur Arbeit kamen, und sehr oft in der Directionskanzlei verkehrten.

Director der Staatsdruckerei war Zivojin Zika Dačić unter den Obrenovićen gewöhnlicher Dorfschullehrer und extrem radikaler Agitator, ein Mann, der seine mangelhafte Bildung, mit einer gewaltigen Suada verdeckte, den Demokraten und Volksmann in Kleidung und legerer Vernachlässigung seines Äußern zur Schau trug, aller Welt sich durch geheuchelte Bescheidenheit und Unterwürfigkeit anbot, sich mit Ausnützung des Journalisten Sinčki als populärer Verfasser von Agitationsschriften und Büchern betätigte, und als Intimus der neuen Königsfamilie und treuer Diener der Verschwörer-Clique Carrière machte. In den Kreisen der „Národna Odbrana“ war Dačić einer der hervorragendsten Repräsentanten der Action, und — da er fast jeden Abend seinen Thee bei den Prinzen oder bei K. Peter nahm — galt sein Wort als Wille der höchsten Kreise. Dačić wurde auch im Süden der Monarchie als Wanderapostel der „Národna Odbrana“ gut bekannt, bis ihm nicht der Uebertritt nach Oesterr. Ungarn verboten wurde.

Soviel mußte zum vollen Verständnis des Nachfolgenden hier angeführt werden. Denn in Serbien ist die Version verbreitet, daß Princip und Cabrinović von Dačić entdeckt und von ihm auch preparirt wurden. Wie man versichert, soll Dačić sich damit sogar gebrüstet haben.

Gefertigten erzählen einige Typografen der serb. Staatsdruckerei folgendes: (Im Sommer 1914 in Nisch).

Um die Osterzeit 1914 herum, vielleicht auch etwas früher, beehrte Kronprinz Alexander die Staatsdruckerei mit seinem Besuch. Als er durch die Säle der Setzer vom Director Dačić geführt wurde, veranlaßte Dačić den Kronprinzen bei einigen Sätzern stehen zu bleiben, und sie mit einigen Fragen zu beehren. Es machte insonders bei den alten Setzern böses Blut — und deshalb blieb auch der Vorfall in Kenntnis bei den Typographen — daß Dačić alte Setzer

ignorirte und den Kronprinzen auf die erst seit kurzem in Arbeit eingestellten „Bosnjaken“ Cabrinović und Princip lenkte. Wie weiter die Setzer erzählen, wurde später, nach der Besichtigung der Säle, sowohl Cabrinović als auch Prinzip in die Kanzlei des Directors gerufen, allwo sie nochmals vom Kronprinzen Alexander mit einem längeren Gespräch beehrt wurden.

Dieser Vorfall erhält späther auch eine amtliche Erhärtung.

Sofort als nach dem Sarajewoer Mord die Blätter Nachricht brachten, daß die Atentäter Prinzip und Cabrinović aus Belgrad kamen, allwo sie in der Staatsdruckerei in Arbeit standen, exmittirte der Polizeiminister eine amtliche Comission mit der Aufgabe in der Staatsdruckerei über diesen Thatbestand ämtliche Daten einzuholen.

Es ist unklar, ob damit gezeigt werden sollte, daß die Regierung von diesen Leuten und ihren Aufenthalt in Belgrad keine Ahnung hatte, oder ob sie mit der eingeleiteten Untersuchung einer dießbezüglichen öst. ung. Aufforderung vorbeugen wollte.

Die Comission verhörte im Beisein des Directors in den Arbeitsälen der Setzer namentlich jene Typografen, mit welchen Prinzip und Cabrinović bei der Arbeit in Berührung kamen. Bei dieser Gelegenheit deponirten die Setzer auch eine Ansichtskarte, welche ihnen von ihren ehemaligen Collegen aus Sarajewo zukam, und in welcher eine Alusion auf kommende Dinge, die erst durch das Ereignis verständlich wurde, enthalten war. Einige alte Setzer, um sich an den Director wegen der erduldeten Zurücksetzung anläßlich des Staatsdruckereibesuches des Kronprinzen Alexander zu rächen, deponirten vor der Comission zu Protokoll, daß Kronprinz Alexander, anläßlich seines Besuches in der Druckerei, sich Prinzip und Cabrinović vorstellen ließ, und mit ihnen auch gesprochen hat. Der anwesende Director remonstrirte nicht nur sofort an Ort und Stelle, aufgebracht, gegen diese Aussagen, sondern ließ, nachdem sich die Comission entfernt hat, diese Setzer in die Directionskanzlei rufen, allwo er sie mit Vorwürfen und unpatriotischen Anklagen überhäufte, daß sie diese Thatsachen in ihre Aussage hineinbrachten. Die Setzer verteidigten sich damit, daß der Director es unterließ, sie zu verständigen, wie sie bei der Comission deponiren sollen.

Schon die Intimitet, welche zwischen Alexander und Dačić herrschte, schließt es aus, daß Alexander nicht genau davon informiert war, was Dačić mit Prinzip und Cabrinović vor hatte. Daß sich der Kronprinz herbeiliess, mit diesen Gesellen in directen Verkehr zu treten, um auch auf diese Weise auf sie einzuwirken, läßt seine Mitwissenschaft in der traurigen Mordaffaire von Sarajewo als erwiesen zu betrachten.

In Belgrad befindet sich eine Anzahl von Setzern der serb. Staatsdruckerei, die durchwegs vom k. u. k. Mil. Gen. Gouvernement, als pensionsberechtigte serb. Staatsangestellte, monatlich sustentiert werden. Ein ernstes und nachdrückliches Verhör dieser kurzzeitigen Kollegen des Prinzip und Cabrinović muß Wort für Wort obige Daten über den Verkehr der Mörder von Sarajewo mit Alexander und seinen Intimus Đaćić bestätigen.“

Dieses Dokument trug die volle Namensunterschrift mit Angabe des Berufes des Anzeigers. In meiner Kopie sind beide enthalten. Da ich nicht weiß, ob der Anzeiger noch lebt und wo er sich aufhält, bestünde die Möglichkeit, daß er sich im Machtbereiche der jugoslawischen Behörden befinde und wegen dieser seinerzeitigen Mitteilungen an die k. u. k. Militärbehörde zur Verantwortung gezogen werde. Ich halte mich daher nicht für berechtigt, seinen Namen und seine Personaldaten preiszugeben, und habe deshalb auch im ersten Absatz des vorabgedruckten Dokumentes den Hinweis auf den fachlichen Charakter seiner Werke weggelassen und durch Punkte ersetzt. Wird eine Untersuchung über die Sache eingeleitet und die Garantie geboten werden, daß dem Anzeiger aus seinen Mitteilungen keine Unannehmlichkeiten erwachsen, dann werde ich diese Daten selbstverständlich zur Verfügung stellen. Für den Fall meines früheren Todes habe ich hierfür entsprechende Vorsorge getroffen, ebenso wie über das an einem sicheren Orte zu treuen Händen erliegende Aktenmaterial.

Auf diese Anzeige hin hat das k. u. k. Militär-General-Gouvernement Erhebungen zur Eruiierung der Setzer eingeleitet, welche über den Inhalt der Anzeige Auskunft geben könnten. Von diesem Teil des Aktes habe ich keine Abschriften oder Notizen, doch kann ich mich dunkel erinnern, daß nur einige wenige Arbeiter eruiert wurden und daß es von anderen hieß, sie seien abwesend, eingerrückt oder kriegsgefangen.

Die ausgeforschten Arbeiter wurden dann am 25. und 26. August 1916 bei der „Z.-Stelle für den defensiven K.Dienst in Serbien“ protokollarisch einvernommen. Es waren durchwegs serbische Staatsangehörige serbischer Nationalität. Ihre Namen und Personaldaten muß ich vorerst aus den gleichen Gründen geheimhalten, die ich oben für den Anzeiger entwickelt habe, doch gilt das dort über eine eventuelle spätere Namhaftmachung Gesagte auch für sie. Ich bezeichne die vier Protokolle mit I—IV.



## Protokoll I.

„Was wissen Sie über den Besuch des Kronprinzen Alexander in der serb. Staatsdruckerei?

Eines Abends im Monate April kam der serb. Kronprinz Alexander in Begleitung des Druckereidirektors Dačić in die Setzerei, wo der Kronprinz fast mit jedem einige Worte gesprochen hatte. Als sie zu Cabrinović kamen, wurde dem Kronprinzen dieser als Bosnjak vorgestellt, worauf der Cabrinović antwortete, daß er kein Bosnjak, sondern ein „Bosanač“<sup>17)</sup> sei. Sie hatten dann noch zusammen gesprochen, doch kann ich hierüber keine Angaben machen.

Was wissen Sie Näheres über Cabrinović?

Ich verkehrte mit Cabrinović niemals und kann deshalb auch über ihn keine Angaben machen.

Hatte Princip in der Druckerei gearbeitet?

Soweit es mir bekannt ist, war Princip Student und kein Setzer und hatte auch niemals in der Druckerei gearbeitet.“

## Protokoll II.

„Was wissen Sie über den Besuch des Kronprinzen Alexander in der serb. Staatsdruckerei im Jahre 1914?

Wir hatten durch längere Zeit in der Druckerei mit Überstunden gearbeitet, als eines Tages, ungefähr im Monate März, der serb. Kronprinz Alexander in die Druckerei kam und von Direktor Dačić in den Arbeitssälen herumgeführt wurde. Der Kronprinz hatte mit dem einen oder dem andern der Arbeiter einige Worte gesprochen, und als sie zu der Arbeitsstelle des Cabrinović kamen, wurde dieser letztere dem Kronprinzen als bosnischer Überläufer vorgestellt. Ich hörte wohl, daß Alexander mit Cabrinović etwas über Bosnien gesprochen habe, doch Genaues konnte ich nicht hören, da ich sehr weit von dieser Stelle gestanden bin.

---

<sup>17)</sup> d. h. ein Bosnier ohne Unterschied der Nationalität und Religion, während man „Bosnjak“ mehr für altansässige, meist mohammedanische Bosnier gebraucht.

Was wissen Sie Näheres über  
Cabrinović?

Ich weiß, daß Cabrinović im ganzen nur ungefähr 14 Tage in der Druckerei arbeitete, denn wie er sagte, hatte er von einem Buchdrucker aus Triest ein Telegramm erhalten, wonach er dorthin kommen möge, um eine Druckerei zu übernehmen.

Er ist aus Belgrad ungefähr vier oder fünf Tage vor dem Attentate in Sarajewo abgereist.

.....“

### Protokoll III.

„Was wissen Sie über den Besuch des  
serb. Kronprinzen in der Staatsdruckerei  
im Jahre 1914?

Eines Abends am Anfang des Monats April kam der Kronprinz Alexander in Begleitung von Dačić in den Arbeitsraum, wo ihm der Cabrinović als Bosnjake vorgestellt wurde. Der Kronprinz fragte ihn, wann er nach Belgrad gekommen ist. Cabrinović antwortete: Nach dem Balkankrieg. Früher konnte er nicht kommen, weil man ihn aus Bosnien nicht weggelassen hat. Der Kronprinz meinte aber, daß wir jetzt nicht fragen werden, wer von Bosnien nach Serbien kommen darf, weil wir jetzt hinkommen werden. Cabrinović war über diese Worte sehr erfreut und konnte nicht mehr weiterarbeiten.

Was wissen Sie Näheres über  
Cabrinović und Princip?

Princip kenne ich überhaupt nicht. Den Cabrinović habe ich als Sozialdemokrat öfter von der Nationalpartei abreden wollen, aber er meinte, daß es schon zu spät wäre. Warum es zu spät ist, sagte er mir nicht, aber ich glaube, daß er jemandem das Wort gegeben hat.“

### Protokoll IV.

„Was wissen Sie über den Besuch des  
Kronprinzen in der serb. Staats-  
druckerei im Jahre 1914 anzugeben?

Eines Abends beiläufig im Monate April kam Dačić mit dem Kronprinzen in den Arbeitssaal, wo ihm der Arbeiter Cabrinović als bosnischer Überläufer vorgestellt wurde. Worüber sie sprachen, weiß ich nicht, weil ich sehr weit von diesen gearbeitet hatte.

.....“

Gegenüber der umfangreichen detaillierten Anzeige sind diese Erhebungen sehr mager. Der Vorwurf, keine erschöpfende Ergänzung dieser Nachforschungen verlangt zu haben, trifft das Gouvernement in Serbien ebenso wie mich und die Nachrichtenabteilung des A. O. K. Aber wer dachte damals, in der Fülle anderer drängenderer Arbeit daran, daß diese Sache einmal zu so großer Bedeutung emporwachsen werde.

Prüft man die Anzeige mit ihrem gewichtigen Inhalt, so erweist sich nichts von dem, was augenblicklich nachprüfbar ist, darin als unrichtig. Feststehend ist die Karriere des Zivojin Đačić unter der Dynastie Karageorgjević vom Volksschullehrer zum Direktor der Staatsdruckerei; nachgewiesen ist dessen führende Stellung in der „Narodna Odbrana“ und dessen panserbisch-irredentistische Propaganda in Südungarn schon vor dem Kriege; erwiesen ist dessen intimes Verhältnis zu Cabrinović; außer Zweifel steht der Besuch des serbischen Thronfolgers zu Ende März, Anfang April 1914 in der Belgrader Staatsdruckerei und dessen Gespräch mit Cabrinović. Was die vorliegend interessierende Frage anbelangt, ob Princip in der Staatsdruckerei tätig war und bei dem erwähnten Anlaß mit dem serbischen Thronfolger sprach, so ist diese durch die Erhebungen allerdings nicht bestätigt, aber auch nicht widerlegt, denn die Zahl der zu vernehmenden Zeugen wäre viel größer gewesen als die der tatsächlich vernommenen, von denen auch nur zwei hierüber gefragt worden sind. Wozu erst noch die Frage kommt, ob die Vernommenen, die gar nicht unter Zeugenpflicht verhört wurden, vor der österreichisch-ungarischen Behörde in einer für sie als Serben so heiklen Frage die Wahrheit sagten, ja überhaupt sagen durften. Von Interesse ist aber jedenfalls die aus den Protokollen I, II, III sich ergebende Feststellung, daß das Gespräch zwischen dem serbischen Kronprinzen und Cabrinović sich nicht bloß auf die Vorstellungsfloskeln erstreckte, sondern länger war, und daß auch die von Cabrinović geleugnete Antwort des Prinzen Alexander an ihn dem Sinne nach feststeht und lautete: „Wir werden jetzt nicht fragen, wer von Bosnien nach Serbien kommen darf, weil wir jetzt hinkommen werden.“ Cabrinović hatte ganz recht, diese Bemerkung als für den Kronprinzen kompromittierend anzusehen, da es doch nicht üblich ist, daß Kronprinzen derart hochpolitische Äußerungen zu wildfremden Leuten machen, es sei denn, daß ihnen Gesinnung und Verlässlichkeit dieser Leute genau bekannt ist.

Zu weiteren Schlußfolgerungen möchte ich mich in diesem Stadium der Untersuchung der Sache nicht entschließen und nur

resumieren, daß das hier veröffentlichte neue, urkundlich belegte Material, wenn auch auf einer anderen Basis, den Schlußabsatz vollkommen rechtfertigt, mit dem der Verfasser des eingangs zitierten Artikels seine Ausführungen beendet hat. Ja, eine Untersuchung über das Attentat von Sarajewo vor einer unparteiischen, unabhängigen, internationalen Stelle tut ernstlich not.

Bis es aber dazu kommt, wird noch viel Zeit vergehen. Diese Frist muß von der freien Forschung zu ergänzenden, nachprüfenden Untersuchungen verwendet werden, wobei die zu klärenden Hauptfragen die folgenden sind:

War Princip Ende März, Anfang April 1914 in der Staatsdruckerei in Belgrad beschäftigt oder auch nur anwesend, als Kronprinz Alexander dort seinen Besuch abstattete?

Waren die Beziehungen des Zivojin Dačić zum serbischen Königshofe tatsächlich so intim, wie sie in der Anzeige vom 15. August 1916 dargestellt werden?

Hat kurz nach dem Sarajewoer Attentat tatsächlich jene merkwürdige Kommission der Belgrader Polizeibehörde in der dortigen Staatsdruckerei stattgefunden, die in der Anzeige eingehend geschildert wird, und wie war deren Verlauf und das Verhalten des Direktors Dačić?

Waren auch Zivojin Dačić und Nedeljko Cabrinović — gleich Major Tankosić, Princip und Ciganović — Mitglieder der Geheimorganisation „Ujedinjenje ili Smrt“ (Einheit oder Tod), in der, nach den neuesten Feststellungen, der Mord von Sarajewo ausgebrütet worden ist und deren Bestrebungen der damalige serbische Thronfolger Alexander durch ansehnliche Geldzuwendungen für ihr Blatt „Piemont“ aktiv unterstützt hat<sup>18)</sup>?

Die Beantwortung dieser Fragen oder auch nur einzelner von ihnen kann den veröffentlichten Dokumenten, welche für den Eingeweihten deutliche Wegweiser sind, jenes Relief und jene Kraft geben, die notwendig sind, um eine Sache auf unerschütterliche Grundlagen zu stellen.

\* \* \*

Ich kann diese Ausführungen nicht schließen, ohne noch eine Bemerkung zu machen, die mit dem Gegenstand dieser Untersuchung allerdings in einem nur losen Zusammenhang steht, aber doch zum Wesen der Sache gehört.

---

<sup>18)</sup> Siehe den Aufsatz „La Société Serbe“ „Union ou Mort“ dite la „Main Noire“ von Boghitchevitch, in Heft 7 vom 15. Juli 1926 der französischen Zeitschrift „Evolution“, Paris, Verlag André Delpeuch.



Diese Bemerkung richtet sich an die Adresse des Herrn Staatsanwaltes Pfeffer, der in seinen früher zitierten Artikeln am Schlusse sagt: „Ich behaupte, daß gewisse österreichisch-ungarische Kreise das Sarajewoer Attentat begünstigt haben.“ Einen Beweis hierfür erbringt er nicht, sondern sagt nur, daß die Gefahr eines Attentates auf den Erzherzog Thronfolger den Behörden gegenwärtig war, daß aber die getroffenen „Polizeimaßnahmen so dürftig waren, daß dies jedem denkenden Menschen verdächtig sein mußte“.

In dieser Bemerkung erkenne ich den aufrechten, unabhängigen, korrekten Richter nicht wieder, den ich im Juli 1914 in Sarajewo kennen und schätzen gelernt hatte. Herr Pfeffer wird sich erinnern, daß der Chef der Justiz-Abteilung der bosnisch-herzegowinischen Landesregierung ihm, als er uns bekanntmachte, den Auftrag erteilte, mir rückhaltslos über alles Aufschluß zu geben, was mir zur Aufklärung notwendig sein könnte. Ich hatte dann mit Herrn Pfeffer, auch unter vier Augen, eine Reihe eingehender Besprechungen, bei deren Beginn ich ihn gebeten hatte, mir auch bloße Eindrücke und Mutmaßungen bekanntzugeben, deren Kenntnis mir zur Entwirrung und Klarstellung der nach der politischen Seite hin so verworrenen Sachlage wertvoll war. Er hat mir damals kein Sterbenswort davon gesagt, daß „gewisse österreichisch-ungarische Kreise“ das Attentat „begünstigt haben“. Der Schwere der darin enthaltenen Anschuldigung wird er sich wohl bewußt sein. Und deshalb frage ich ihn: Wer waren diese „gewissen Kreise“? Worin bestand ihre „Begünstigung des Attentates“? Warum hat er mir in Sarajewo hiervon keine Kenntnis gegeben, obwohl er den dienstlichen Auftrag hatte, mir nichts vorzuenthalten, und obwohl er wußte, welche schwerwiegenden Entschlüsse von dem Ergebnis meiner Feststellungen abhingen oder abhängen konnten? Ich möchte dabei Herrn Pfeffer aufmerksam machen, daß er durch eine präzise Beantwortung dieser Fragen dem Verdacht vorbeugen wird, jetzt nachträglich im Geiste jener unwürdigen Propaganda zu sprechen, die in jüngster Zeit wieder versucht, durch halbe Andeutungen den Mord von Sarajewo zu einem unentrinnbaren Elementarereignis umzudichten, in das der Erzherzog durch eine Hofintrige förmlich hineingelockt worden sei. In das *Débâcle*, welches dieser Kolportageroman erfahren wird, sobald er sich — wie angekündigt <sup>19)</sup> — in ein „Buch“ verdichtet haben wird, sollte sich

---

<sup>19)</sup> Siehe „Agramer Morgenblatt“ vom 15. August 1926.  
ein ernster Mann nicht verwickeln lassen.

## Die Kriegserklärung.

Wir veröffentlichen nachstehend eine Zuschrift des Staatsministers a. D. von Jagow, des deutschen Außenministers von 1914. Herr von Jagow nimmt in seinen Ausführungen Stellung zu dem Aufsatz des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Berlin, Gerard, im Märzheft der „Current History“. (Vergl. Juliheft „Die Kriegsschuldfrage“ S. 454 ff.)

Die Schriftleitung.

Die Ausführungen des früheren Botschafters James W. Gerard im „Current History“, die Herr von Wegerer schon im Juliheft der „Kriegsschuldfrage“ zum Gegenstand einer Besprechung gemacht hat, zeigen von Neuem, wie wenig dieser Diplomat in den Kern der Frage, die zur Katastrophe des Weltkrieges den letzten Anlaß gegeben hat, eingedrungen ist, und wie oberflächlich er sich leider mit den Verhältnissen des Landes, in dem er akkreditiert war, vertraut zu machen gewußt hat. Er glaubt nur an das Märchen von dem zum Kriege drängenden deutschen „Militarismus“ und sieht in dem Generalstab den Faktor, der den Krieg heraufbeschworen hat.

Ohne auf die oft abstrusen Einzelheiten der Gerardschen Schilderung einzugehen, die Herr von Wegerer bereits treffend widerlegt hat, möchte ich hier nur in Kürze die Lage darstellen, die unser Verhalten Ende Juli 1914 beherrschte und zum Ausbruch des furchtbaren Krieges geführt hat.

Nach der russischen Gesamtmobilmachung, die auch gegen Deutschland gerichtet war, erschien der Krieg so gut wie unvermeidlich. Die Hoffnung, durch unsere Vorstellungen in Petersburg den Mobilmachungsbefehl rückgängig zu machen, war nur gering. Andererseits war die Teilnahme Frankreichs am Kriege auf seiten Rußlands mit Bestimmtheit zu erwarten. Die ausweichende Antwort, die unsere Anfrage in Paris erfuhr, vermochte dann diese Erwartung nur zu bestätigen. Um unserer eigenen Sicherheit willen mußten wir zu Gegenmaßnahmen schreiten. Sie waren durch unsere strategisch-geographische Lage diktiert. Nur die schnellere Aktion konnte uns vor der Vernichtung retten, mit der die feindliche Übermacht uns von Ost und West bedrohte. Unser Operationsplan, der mit dem Zweifrontenkrieg rechnete, sah zunächst die Niederwerfung Frankreichs vor, um dann mit möglichst starken Kräften der russischen Heeresmacht entgegenzutreten. Da der Festungsgürtel an der französischen Westgrenze unsere Armee zu lange aufgehalten hätte, sollte der Krieg im Westen — um dem gefürchteten französischen Vormarsch zuvorzukommen — mittels Durchmarsches durch Belgien geführt werden. Ein Verteidigungs-

krieg im Wege der Offensive, bei dem der Einmarsch in das neutrale Belgien ein Gebot der Notwehr darstellte.

Angesichts dieser Lage verlangte der Generalstabschef — mit Recht — unsere sofortige Mobilmachung und schleunigsten Beginn unserer kriegerischen Operation.

Eine quasi automatische Entwicklung des Kriegszustandes, wie sie das Gegenüberstehen mobilisierter Armeen mit sich zu bringen pflegt, abzuwarten, war für uns nicht möglich, da alles, wie gesagt, auf den Zeitvorsprung ankam. Und zwar um so weniger, als das strategische Interesse Rußlands wie Frankreichs ein Hinausziehen der Eröffnung der Feindseligkeiten, bis der russische Aufmarsch vollendet war, wünschenswert machte<sup>1)</sup>.

Der Einmarsch in Belgien war durch den Krieg mit Frankreich, dieser wiederum durch den Krieg mit Rußland bedingt. Ließ letzterer sich vermeiden, so war kein Anlaß zum Kriege vorhanden. Wir stellten daher in Petersburg die Forderung der Zurücknahme der Mobilmachung. Da Rußland sich weigerte, mußten wir die Konsequenzen ziehen. Unsere Existenz stand auf dem Spiele, unsere Entschlüsse standen unter dem Zwang der militärischen Notwendigkeiten. Die Kriegserklärung erfolgte mit Zustimmung des Generalstabschefs.

Wenn unsere Gegner mit dem Argument, daß Deutschland die erste Kriegserklärung erlassen hat, zu beweisen suchen, wir seien die „Angreifer“ gewesen, und der Generalstab habe durch sein Drängen den Krieg heraufbeschworen, so wird damit die Beweisführung auf ein rein formales Gebiet verschoben, und die wirkliche Sachlage verschleiert. Die Dinge hatten sich so gestaltet, daß uns keine Wahl mehr blieb, unser Handeln war zwangsläufig geworden. Weder die politische Leitung noch der Generalstab konnten anders handeln, als sie gehandelt haben.

Die Frage der „ersten Kriegserklärung“ ist eine lediglich formale und deckt sich nicht mit der des „Angriffs“, sie wird durch das Wort des Generals de Boisdeffre entschieden: „La mobilisation c'est la déclaration de la guerre“.

Zingst, Juli 1926.

Jagow.

---

<sup>1)</sup> Die französischen Truppen haben bekanntlich — um England zu täuschen — den Befehl erhalten, nicht weiter als bis zehn Kilometer von der Grenze vorzugehen. Was Rußland betrifft, so hatten Zar und Regierung (ersterer wohl in naiver Unkenntnis, letztere in bewußter Unwahrhaftigkeit) uns erklärt, die Mobilmachung bedeute noch nicht den Krieg, und den Truppen werde befohlen, sich jeder feindseligen Handlung zu enthalten.

# Die serbische Gesellschaft „Vereinigung oder Tod“, genannt die „Schwarze Hand“.

Dr. M. Boghitschewitsch.

In Nachstehendem bringen wir einen Aufsatz des Gesandten a. D. Dr. Boghitschewitsch in deutscher Übersetzung, der bereits im Juliheft der französischen Zeitschrift „Evolution“ veröffentlicht ist. Der Artikel enthält u. a. den Wortlaut der Satzungen der „Schwarzen Hand“, die das Attentat gegen den Erzherzog Franz Ferdinand organisierte.

Die Schriftleitung.

Seit ihrer 1911 in Serbien erfolgten Gründung zählte die Organisation „Vereinigung oder Tod“ eine große Anzahl von Mitgliedern, die nicht nur in Serbien, sondern auch im Ausland wohnten: in der Türkei und in Österreich-Ungarn. Ihr Ziel war, wie das der andern Organisationen für nationale Propaganda in Serbien, die Narodna Odbrana (Nationale Verteidigung) und die Slovenski Jug (Südslavien), Vereinigung aller Serben unter der Oberherrschaft des Königreichs Serbien, das als das „Piemont“ eines „Groß-Serbiens“ betrachtet wurde.

Geschaffen wurde diese Organisation, weil die Narodna Odbrana nicht energisch genug auf die Verwirklichung dieses nationalen Zieles hinarbeitete. Schon von Anfang an war ihr Einfluß auf das Offizierkorps, auf die Schuljugend und besonders auf einen Teil der slavischen Bevölkerung in Österreich sehr groß, weil an ihrer Spitze die Elite des serbischen Offizierkorps stand, die in den beiden Balkankriegen von 1912—1913 dem Sieg die Wege ebnete.

Was vor allem diese Offiziere so populär machte, war der Umstand, daß sie, selbst von strengster Unbescholtenheit, jederzeit dem System der Korruption und Protektion, das sich in gewissen politischen Kreisen Serbiens<sup>1)</sup> breitmachte, Fehde ansagten und ganz besonders sich der Wahl von bestechlichen und in jeder Beziehung minderwertigen Beamten für die neuerworbenen Provinzen Mazedoniens und Alt-Serbiens widersetzen<sup>2)</sup>.

In erster Linie aber gewann durch seine beachtenswerten persönlichen Eigenschaften ein Mann einen überwiegenden Einfluß auf alle jugendlichen Elemente der militärischen und akademischen

---

<sup>1)</sup> Veranlaßt hauptsächlich durch die radikale Partei mit Herrn Paschitsch an der Spitze.

<sup>2)</sup> Diese Opposition rief einen Konflikt hervor zwischen dem Innenminister Protitsch und dem Offizierkorps.



Kreise in Serbien und, was nicht vergessen werden darf, auf die serbisch-nationalistischen Elemente in der Türkei und besonders in den slavischen Provinzen im Süden der österreichischen Monarchie. Das war der Oberst Dragutin Dimitriewitsch, Chef des Nachrichtensbüros im Generalstabe und hauptsächlichster Anstifter zur Ermordung des Erzherzogs Franz-Ferdinand. Er verstand es, alle nationalistischen Elemente in Serbien und Österreich zu vereinigen und ihnen klar zu machen, daß es notwendig sei, durch eine terroristische Wühlarbeit in allen serbischen Gebieten, die unter fremder Herrschaft standen, die nationale Bewegung zu stärken.

Ein Blick auf die Liste der Mitglieder dieser Organisation, deren Zahl weit größer war als die von der serbischen Regierung gelegentlich des Prozesses von Saloniki im Jahre 1917 veröffentlichte <sup>3)</sup>, zeigt den Einfluß und die Bedeutung, die diese Organisation für das soziale und politische Leben in Serbien haben mußte. Tatsächlich setzt die Liste sich zusammen aus zahlreichen höheren Offizieren in sehr wichtigen militärischen Dienststellen, aus höheren Beamten in den verschiedenen staatlichen Verwaltungszweigen, aus Beamten des Außenministeriums und des diplomatischen Korps <sup>4)</sup>. Dies beweist zur Genüge, besonders wenn man in Betracht zieht, daß es sich nur um einen verhältnismäßig kleinen Staat von 4 Millionen Einwohnern handelte, daß man mit einer nationalen Bewegung zu tun hatte, die sich auf die Mehrheit der Nation stützte und die deshalb auch von der Regierung selbst gestützt werden mußte.

Man weiß heutzutage, daß der Thronfolger, der jetzige König von Jugoslawien, die Gründung des Blattes dieser Organisation, des „P i e m o n t“, mit einer Spende von 20 000 Dinar unterstützt hat. Ebenso ist bekannt, daß die Mitglieder der Organisation mit diensttuenden Ministern verwandt oder nahe befreundet waren. Infolgedessen waren die Minister von dem Bestehen der Organisation seit ihrer Gründung durchaus unterrichtet, ja sie hatten sogar Agenten in die Organisation eingeschmuggelt, um im voraus über deren Vorbereitungen und Handlungen informiert zu sein <sup>5)</sup>.

Der verstorbene Außenminister Milowanowitsch unterhielt seit 1911 ununterbrochen Beziehungen zu dem Oberst Dimitriewitsch:

---

<sup>3)</sup> Die Akten des Saloniker Prozesses sind 1918 von der serbischen Regierung unter dem Titel: „Protokolle des Saloniker Prozesses“ veröffentlicht worden. Das Buch scheint vergriffen zu sein. Ein Exemplar befindet sich in der Bibliothek der Zentralstelle für Erforschung der Kriegswissenschaften. *Die Schriftleitung.*

<sup>4)</sup> Vergleiche den Auszug aus der Mitgliederliste.

<sup>5)</sup> Zum Beispiel Ciganowitsch.

„Stellen Sie mir, junger Freund, — sagte er eines Tages zu ihm — Ihre „Schwarze Hand“ zur Verfügung, und Sie werden sehen, was Milowanowitsch in kurzer Zeit für die serbische Nation tun wird.“

Und er hatte, nach Dimitriewitschs eignen Äußerungen<sup>6)</sup>, beträchtliche Summen ihm ausschließlich für die anti-österreichische Propaganda übergeben. Der Oberst war auch eng befreundet mit dem Generalstabschef, dem Woiwoden R. Putnik.

Die intimen Beziehungen zwischen Dimitriewitsch und dem Obersten Artamanow<sup>7)</sup>, dem russischen Militärattaché in Belgrad, die Äußerungen Hartwigs, des russischen Gesandten zu Belgrad, in Gegenwart russischer Journalisten im Jahre 1913, daß „die Organisation Vereinigung oder Tod die einzige in Serbien wäre, die das nationale serbische Ideal zu verwirklichen fähig sei“<sup>8)</sup>, und schließlich die am 28. Februar 1924 von den ebenfalls 1917 in Saloniki verurteilten Kameraden des toten Oberst Dimitriewitsch abgegebene Erklärung: „Die Organisation Vereinigung oder Tod war eine vaterländische, deren Tätigkeit den zuständigen Behörden sehr wohl bekannt war, eine Tätigkeit, die sich mit den Absichten dieser Behörden deckte“<sup>9)</sup> — alles dies zwingt uns, festzustellen, daß es sich sowohl für die serbische Regierung wie für Dimitriewitsch und seine Organisation nur um ein und dasselbe Ziel handelte: Schaffung Groß-Serbiens, ein Ziel, das nur durch einen Krieg mit Österreich-Ungarn erreicht werden konnte.

Bei einer solchen Geistesverfassung ist es klar, daß im Fall eines Krieges mit Österreich, ganz gleichgültig, unter welchem Vorwande er heraufbeschworen wird, Serbien unbedingt als der Angreifer betrachtet werden muß.

Daran können die kategorischen Dementis der serbischen Regierung nichts ändern. Es ist geradezu grotesk, wenn die serbische Regierung zu leugnen versucht, daß sie von dem Plan und den Vorbereitungen zur Ermordung des Erzherzogs Franz-Ferdinand Kenntnis gehabt habe, und lächerlich, wenn sie die ganze Verantwortung

---

<sup>6)</sup> Ich habe diese Mitteilung von Dimitriewitsch selbst erhalten.

<sup>7)</sup> Vergleiche die Aussagen des Oberst Bozin Simitsch in der „Clarté“, Nr. 74, Mai 1925.

<sup>8)</sup> Was den Gegensatz zwischen der Regierung Paschitsch und der „Schwarzen Hand“ anbelangt, so intervenierte Herr Hartwig selbst beim König Peter zugunsten von Paschitsch, der für die russische Regierung als Außenminister unentbehrlich war.

<sup>9)</sup> Siehe „Kriegsschuldfrage“, Band II, Seite 112. Wir wissen jetzt ganz genau, um welche Behörden es sich dabei handelte.

für das Verbrechen einzig und allein der Organisation *Vereinigung o d e r T o d* oder mehr noch zwei Mitgliedern derselben, dem Oberst Dimitriewitsch und dem Kommandanten Tankositsch<sup>10)</sup>, zuschieben will.

Die Statuten dieser Organisation, die wir nachstehend hier wiedergeben, sind aus Anlaß des Prozesses von Saloniki durch die serbische Regierung veröffentlicht worden, aber angesichts ihrer damals politisch wie militärisch sehr unsicheren Lage hat sie mit peinlicher Sorgfalt alle Stellen in den Organisationsstatuten ausgelassen, die sich auf die Propaganda und die Terrorakte im Ausland bezogen, um sich im Falle eines Separatfriedens mit Österreich eine günstigere Stellung zu sichern und auch, um ihren Alliierten die Wahrheit zu verheimlichen, die diesen sonst die Augen über die wahre Verantwortlichkeit für den Krieg geöffnet hätte. Und doch sind gerade diese unterdrückten Stellen von der größten Bedeutung, denn sie beweisen, im Zusammenhang mit anderen Textstellen, daß die ganze Tätigkeit der Organisation *Vereinigung o d e r T o d* gegen die Existenz und den status quo gewisser benachbarter Staaten sich richtete, deren Bevölkerung zum Teil serbischer Nationalität war, um eine Revolution hervorzurufen und schließlich die Gebiete zu annektieren.

Man muß die Mentalität der Balkanvölker kennen, um die Geschichte der Bewegungen in diesen Ländern zu verstehen. Denn wenn man diese Vorgänge ganz allein vom juristischen Standpunkt aus und mit abendländischer Denkweise betrachtet, so wird man niemals dahin kommen, die Ursachen und Folgen der in den Balkangebieten angezettelten Wühlereien und Intrigen zu entwirren. Man stößt da auf einen Mangel an Logik, an Aufrichtigkeit, auf Dinge, die sich moralisch und rechtlich nicht zusammenbringen lassen, auf Verbrechen aus edlen Motiven, auf Mystizismus und Rückfälle ins Mittelalter. In diesen Ländern sind die Menschen Helden, Kinder und Verbrecher aus gutem Glauben in einer Person; sie haben durch ihre Bemühungen die Verwirklichung des nationalen Ideals ermöglicht, aber gleichzeitig unsägliches Unrecht andern Ländern und der gesamten Menschheit angetan.

Es ist zu verstehen, daß diese Balkanvorgänge vom abendländischen Gesichtspunkt aus mißbilligt werden müssen, aber es ist unverständlich und widerlich, daß serbische Regierungskreise, die die gleiche Mentalität besitzen wie die Organisation *Vereinigung*

---

<sup>10)</sup> Wie Professor Stanojewitsch es tut in seiner Broschüre „Die Ermordung des Erzherzogs Franz-Ferdinand“.

gung oder Tod und, wie diese, zu handeln bereit waren, ihre Mitschuld leugnen und nicht einzugestehen wagen, was diese Menschen alles für die Realisierung des nationalen Ideals getan haben.

Erstaunlich ist es, daß die österreichische Regierung von 1914, die gerade wegen ihres Kundschafter- und Spionagesystems so verhaßt war, von dem Bestehen, von der Organisation des Bundes Vereinigung oder Tod, von seinem Einfluß und seiner Tätigkeit keine Kenntnis gehabt hat. Wenn das berühmte österreichische Ultimatum von 1914 mit den Worten begonnen hätte: „Es existiert in Serbien eine Gesellschaft, die sich Vereinigung oder Tod nennt, deren Ziel die Vernichtung der österreichisch-ungarischen Monarchie ist, deren Mitglieder hohe serbische Militär- und Zivilbeamte sind und der die Regierung, ja selbst die Krone moralische und materielle Unterstützung gewähren“ — ich zweifle sehr, ob die serbische Regierung die Hilfe gefunden hätte, die die Entente ihr 1914 zuteil werden ließ. Selbst die größten Freunde Serbiens — ich zitiere die Worte, die Herr Poincaré zu Petersburg an den österreichisch-ungarischen Botschafter richtete: „Serbien hat große Freunde“ — würden diese Vorgänge mißbilligt haben, vorausgesetzt, daß sie nicht, ins Vertrauen gezogen, Mitschuldige oder Urheber der Vorbereitung zum Kriege waren.

### **Statuten der Organisation „Ujedinjenje ili Smrt“ (Vereinigung oder Tod) genannt die „Schwarze Hand“.**

#### **I. Zweck und Name der Organisation.**

Art. 1. Diese Organisation wurde geschaffen mit dem Zweck, das nationale Ideal zu verwirklichen: die Vereinigung aller Serben. Jeder Serbe ohne Unterschied des Geschlechts, der Religion, des Geburtsortes und alle diejenigen, die dieser Sache treu ergeben sind, können Mitglieder werden.

Art. 2. Diese Organisation zieht der geistigen Propaganda eine terroristische Tätigkeit vor und aus diesem Grunde muß sie für Nichtangehörige vollkommen geheim bleiben.

Art. 3. Die Organisation trägt den Namen „Ujedinjenje ili Smrt“ (Vereinigung oder Tod).

Art. 4. Die Organisation, um ihre Aufgabe zu erfüllen,

- a) beeinflusst zur Erreichung ihres Zieles die Regierungskreise, die verschiedenen Bevölkerungsschichten und das ganze soziale Leben des Königreichs Serbien, das als „Piemont“ anzusehen ist;



- b) organisiert eine revolutionäre Tätigkeit in allen von Serben bewohnten Gebieten;
- c) bekämpft außerhalb der Grenzen des Königreichs Serbien mit allen Mitteln die Gegner dieser Idee;
- d) unterhält freundschaftliche Beziehungen mit allen Staaten, Völkern, Organisationen und Privatleuten, die Serbien und dem serbischen Element freundschaftliche Gesinnung entgegenbringen;
- e) unterstützt und hilft auf jede Weise allen Völkern und allen Organisationen, die für ihre nationale Befreiung und ihren Zusammenschluß kämpfen.

## II. Die Befugnisse der Organisation.

Art. 5. An der Spitze dieser Organisation steht ein Zentralkomitee, das seinen Sitz in Belgrad hat. Seine Sache ist die Exekutive.

Art. 6. Die Zahl der Mitglieder des Zentralkomitees ist unbeschränkt, doch soll sie im Prinzip so klein wie möglich bleiben.

Art. 7. Zum Zentralkomitee gehört, außer den Mitgliedern des Königreichs Serbien, ein Delegierter in allen serbischen Gebieten des Auslands (Pokrajine): a) in Bosnien und der Herzegowina; b) in Montenegro; c) in Alt-Serbien und Mazedonien; d) in Kroatien, Slavonien und Syrmien; in der Wojwodina; e) im Küstengebiet (Primorje).

Art. 8. Das Zentralkomitee in Belgrad hat allein das Recht, in Serbien die Vorschriften der Organisation durchzuführen.

Art. 9. In den serbischen Gebieten außerhalb des Königreichs Serbien führen die Territorialkomitees (Pokrajinske Uprave) die Vorschriften der Organisation in ihren Gebieten durch. Sie sind in diesem Gebiet die höchste Instanz.

Art. 10. Die Organisation verfügt über Bezirkskomitees (Okružne Uprave) und andere. Die Einteilung wird auf Grund eines besonderen Reglements erfolgen, das von dem Zentralkomitee in Belgrad abgefaßt und im Laufe der Zeit und den Umständen entsprechend abgeändert werden wird.

Art. 11. Jedes Komitee hat das Recht, seinen Präsidenten, seinen Sekretär und seinen Schatzmeister zu wählen.

Art. 12. Der Sekretär des Zentralkomitees in Belgrad hat je nach der Art der Arbeit das Recht, den Präsidenten zu vertreten. Sein Lebensunterhalt ist durch das Zentralkomitee sichergestellt, damit er sich ganz ausschließlich den Arbeiten der Organisation widmen kann.

Art. 13. Die Funktionen des Präsidenten und des Schatzmeisters sind ehrenamtliche.

Art. 14. Die Beschlüsse hinsichtlich aller Arbeiten der Organisation werden von dem Zentralkomitee mit Stimmenmehrheit gefaßt.

Art. 15. Der Präsident und der Sekretär des obersten Zentralkomitees haben allein die Macht, die Ausführung der von dem Zentralkomitee in Belgrad getroffenen Beschlüsse im Namen der Organisation zu befehlen.

Art. 16. In besonders dringlichen Fällen und solchen von geringer Bedeutung treffen der Präsident und der Sekretär eine Entscheidung, sorgen für deren Ausführung und erstatten dem Zentralkomitee in der nächsten Sitzung Bericht.

Art. 17. Um die laufenden Geschäfte besser abwickeln zu können, teilt sich das Zentralkomitee in Belgrad, entsprechend der Art der Arbeiten, in Sektionen.

Art. 18. Das Zentralkomitee in Belgrad steht in Verbindung mit den serbischen Territorialkomitees im Auslande durch bevollmächtigte Delegierte, die gewöhnlich zu gleicher Zeit Mitglieder des Zentralkomitees sind, oder ausnahmsweise durch Sonderdelegierte.

Art. 19. Die Komitees in den serbischen Gebieten des Auslandes haben Freiheit des Handelns. Nur die Durchführung ausgedehnterer revolutionärer Bewegungen wird von der Zustimmung des Zentralkomitees in Belgrad abhängig gemacht.

Art. 20. Das Zentralkomitee wird alles Erforderliche veranlassen, um den geheimen Charakter der Organisation zu wahren.

Art. 21. Das Zentralkomitee in Belgrad hat durch Unterkomitees alle Mitglieder der Organisation über alle wichtigeren Fragen, die die Organisation betreffen, sofort auf dem laufenden zu halten.

Art. 22. Das Zentralkomitee in Belgrad kontrolliert von Zeit zu Zeit die Arbeit der andern Komitees, und diese verfahren auch in ähnlicher Weise gegenüber den Unterkomitees.

### III. Die Mitglieder der Organisation.

Art. 23. Was die Ausführung der Organisationsstatuten anbetrifft, so sollen prinzipiell die Berichte und Mitteilungen durch besonders dazu bestimmte und bevollmächtigte Personen erstattet werden.

Art. 24. Es ist die Pflicht eines jeden Mitglieds, neue anzuwerben, und es muß für alle, die es der Organisation zuführt, mit seinem Leben bürgen.

Art. 25. Die Mitglieder der Organisation sind sich untereinander persönlich unbekannt. Nur die Mitglieder des Zentralkomitees kennen sich.

Art. 26. In der Organisation selbst sind die Mitglieder durch Nummern bezeichnet. Nur das Zentralkomitee in Belgrad soll ihre Namen kennen.

Art. 27. Die Mitglieder der Organisation sind ihrem Komitee gegenüber zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet, ebenso wie die Unterkomitees den ihnen übergeordneten Komitees (den Bezirkskomitees des Königreichs und den Territorialkomitees im Auslande).

Art. 28. Jedes Mitglied ist eidlich verpflichtet, dem Zentralkomitee in Belgrad alles, was es als Privatmann oder Staatsbeamter erfährt, sowie alles, was die Organisation interessiert, mitzuteilen.

Art. 29. Das Interesse für die Organisation ist allen andern Interessen voranzustellen.

Art. 30. Jedes Mitglied muß sich bei seinem Eintritt in die Organisation klar sein, daß es allein durch diesen Schritt seine Persönlichkeit aufgibt, daß es dort keinerlei Ruhm oder persönlichen Vorteil, sei es materieller oder moralischer Art, erwarten kann. Infolgedessen wird jedes Mitglied bestraft, das versuchen sollte, sich aus persönlich-sozialen oder parteipolitischen Motiven der Organisation zu bedienen. Wenn es durch seine Tätigkeit der Organisation selbst schadet, wird es mit dem Tode bestraft.

Art. 31. Wer in die Organisation eingetreten ist, darf nie wieder ausscheiden, und niemand kann sein Entlassungsgesuch annehmen.

Art. 32. Jedes Mitglied soll die Organisation durch wöchentliche Beiträge unterstützen. Die Organisation kann auch, je nach ihren Bedürfnissen, sich Geld durch Zwangsmaßnahmen verschaffen. Die Genehmigung zu einem derartigen Vorgehen muß von dem Zentralkomitee in Belgrad oder von den Territorialkomitees im Auslande gegeben werden.

Art. 33. Wenn das Zentralkomitee ein Todesurteil ausgesprochen hat, so ist es in diesem Fall allein von Bedeutung, daß es auch sicher vollstreckt wird. Die Art der Vollstreckung ist dabei gleichgültig.

#### IV. Das Siegel und der Eid.

Art. 34. Die Organisation führt nachstehendes Siegel: In der Mitte des Petschafts eine starke und geballte Faust, die eine entfaltete Fahne hält. Auf dieser als Wappen ein Totenkopf mit gekreuzten Knochen und neben der Fahne ein Messer, eine Bombe und Gift. Um das Siegel, von rechts nach links laufend, befindet

sich die Inschrift: Ujedinjenje ili Smrt (Vereinigung oder Tod) und darunter die Bezeichnung des Zentralkomitees in Belgrad: Vrhovna Centralna Uprava (Oberstes Zentralkomitee).

Art. 35. Wird man Mitglied, so hat man folgenden Eid zu leisten: „Ich, N. N., schwöre, indem ich Mitglied der Organisation Ujedinjenje ili Smrt werde, bei der Sonne, die mich erwärmt, bei der Erde, die mich ernährt, vor Gott, bei dem Blut meiner Ahnen, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich von diesem Augenblick an bis zu meinem Tode die Vorschriften dieser Organisation treu befolgen und jederzeit bereit sein werde, für sie alle Opfer zu bringen. Ich schwöre vor Gott, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich alle Geheimnisse der Organisation mit in mein Grab nehmen werde. Möge Gott mich verfluchen, mögen die Genossen dieser Organisation mich verdammen, wenn ich, wissentlich oder unwissentlich, meinen Eid breche oder nicht befolge.“

#### V. Zeitweilige Anordnungen.

Art. 36. Diese Statuten treten sofort in Kraft.

Art. 37. Diese Statuten können nicht abgeändert werden.

Belgrad, den 9. Mai 1911.

Die Mitglieder des obersten Zentralkomitees:  
Locus sigilli.

- |                              |                                |
|------------------------------|--------------------------------|
| 1. Ilija Radivojewitsch,     | 6. Dragutin T. Dimitriewitsch, |
| 2. Bogdan Radenkowitsch,     | 7. Woislaw P. Tankositsch,     |
| 3. Tschedomir A. Popowitsch, | 8. Ilija M. Jowanowitsch,      |
| 4. Velimir S. Vemitsch,      | 9. Milan Wasitsch,             |
| 5. Ljubomir S. Jowanowitsch, | 10. Milan Gr. Milowanowitsch.  |

Die Übersetzung einiger Artikel des Spezialreglements der Organisation „Vereinigung oder Tod“ wird uns gestatten, den Zweck und die Tätigkeit dieser Organisation besser zu verstehen. Führen wir zur Begründung unserer Behauptung die folgenden Artikel des Spezialreglements an:

Art. 3. Sowie ein Mitglied fünf oder wenigstens drei neue findet, nimmt es ihnen den Eid ab. Dies Mitglied gibt im Einvernehmen mit seinem Patron (Einführer Neuangeworbener), der als Delegierter des Zentralkomitees in Belgrad der Zeremonie beiwohnt, Zeit und Ort an, wo diese stattfinden wird. Das Zimmer, in dem man den Eid leistet, ist nur von einer kleinen Wachskerze erleuchtet. In der Mitte des Zimmers steht ein Tisch, der mit einem schwarzen



Stoff bekleidet ist. Auf dem Tisch sind ein Kreuz, ein Messer und ein Revolver niedergelegt. Das einführende Mitglied erklärt den neuen Mitgliedern die Statuten, die Reglements, die Aufgaben der Organisation und die Gefahren, die ihnen durch den Eintritt in die Organisation drohen. Dann fragt er sie, ob sie trotzdem bereit sind, Mitglieder zu werden. Sowie die Neuangeworbenen ihre Bereitwilligkeit zum Beitritt erklären, erscheint aus einem benachbarten Zimmer der vollkommen verummte Delegierte des Zentralkomitees, und dann sprechen das einführende Mitglied und die neuen Anhänger den Eid. Die letzteren geben sich darauf den Bruderkuß; dann reicht der Delegierte den neuen Jüngern nur die Hand als Zeichen des Glückwunsches, denn er spricht nicht ein einziges Wort, um nicht erkannt zu werden, und zieht sich sofort zurück. Erst dann wird das Zimmer erleuchtet und die neuen Mitglieder schreiben den Wortlaut ihres Eides auf, unterzeichnen ihn und überreichen ihn ihrem Patron, der ihnen ihre Nummer und die Losung angibt.

Art. 4. Jeder Begründer einer neuen Gruppe muß in einem versiegelten Briefumschlag heimlich dem Zentralkomitee die Eidschwüre und Nummern der neuen Anhänger übersenden. Jede Unordentlichkeit oder Nachlässigkeit von seiten eines Begründers oder eines Komitees wird streng bestraft. Die Statuten und die Reglements, ebenso wie alle zur Zeremonie der Eidesleistung notwendigen Gegenstände müssen dem Zentralkomitee zurückgegeben werden. Das Zentralkomitee bescheinigt den Empfang der Eidschwüre. Die Territorialkomitees im Auslande sind gleichfalls verpflichtet, sich nach diesen Regeln zu richten.

Art. 6. Jeder Gründer einer neuen Gruppe muß diese auf dem Laufenden über die Arbeiten der Organisation halten, ihre patriotischen Gefühle stärken und ihre Hingebung an das nationale Ideal steigern. Häufige Zusammenkünfte sind sehr bedeutungsvoll für den Erfolg der Organisation und der Idee. Deshalb müssen diese Versammlungen mit großer Sorgfalt vorbereitet werden.

Art. 8. Jede Gruppe ist verpflichtet, den Mitgliedern der Organisation, welche das Zentralkomitee zur Ausführung eines Befehls sendet, Hilfe und Unterstützung zu gewähren, und infolgedessen hat sie die Ausführung vorzubereiten und die Flucht des Vollstreckenden zu begünstigen.

Art. 14. Die Mitglieder der Organisation müssen über die Existenz ihres Komitees und über die Organisation selbst das größte Stillschweigen bewahren. Auf keinen Fall dürfen die Geheimnisse

der Organisation verraten werden. Die furchtbarsten Qualen entschuldigen nicht den Verrat, der mit dem Tode bestraft wird.

Art. 28. Die Gruppen sind mit römischen Buchstaben, die Mitglieder mit arabischen bezeichnet.

**Auszug aus der Liste der Mitglieder der Organisation  
„Vereinigung oder Tod“.**

Die Begründer des obersten Zentralkomitees:

1. I l y a R a d i w o y e w i t s c h , Infanterieoberst, Chef der Gendarmerie in Belgrad, gefallen vor dem Feinde an der Spitze seines Regiments gelegentlich eines Sturmangriffs zu Beginn des serbisch-bulgarischen Krieges von 1913.
2. B o g d a n R a d e n k o w i t s c h , Vizekonsul zu Saloniki, dann Gesandtschaftssekretär zu Athen. Vor dem Kriege Präsident der serbischen Partei in der Türkei und Vorsitzender des serbischen Klubs zu Ueskueb. Er war auch Kandidat der serbischen Regierung für die Würde eines Bischofs in einem serbischen Bistum in der Türkei (Alt-Serbien). Er war einer der hauptsächlichsten Redakteure der Organisationsstatuten und Verbindungsglied zwischen der Organisation und dem Außenministerium. In dem Prozeß in Saloniki wurde er verurteilt und ist im Gefängnis gestorben.
3. T s c h e d o m i r P o p o w i t s c h , Infanterieoberst, verwundet und dekoriert während des Krieges, verurteilt in dem Prozeß zu Saloniki.
4. V e l i m i r V e m i t s c h , Kavallerieoberst, verwundet und dekoriert während des Krieges, verurteilt im Prozeß zu Saloniki.
5. L j u b o m i r S. J o w a n o w i t s c h , Direktor der Organisationszeitung „Piemont“, Redakteur der Statuten, gefallen vor dem Feinde.
6. D r a g u t i n D i m i t r i e w i t s c h , Oberst im Generalstabe, Chef des Nachrichtenbüros im großen Generalstabe, hauptsächlichster Anstifter der Ermordung des Königs Alexander und der Königin Draga im Jahre 1903 und des österreichischen Thronfolgerpaares zu Serajewo, Chef der Organisation „Vereinigung oder Tod“, verurteilt und erschossen aus Anlaß des Prozesses von Saloniki wegen angeblicher Vorbereitungen eines Attentats gegen den Prinzregenten Alexander.
7. V o y a T a n k o s i t s c h , Infanteriekommandant, Instrukteur der bosnischen Komitatschis, gefallen vor dem Feinde gelegentlich der Besetzung von Kragujewatsch durch die Deutsch-Österreicher im Herbst 1915.

8. Ily a M. J o w a n o w i t s c h , Artillerieoberst, gestorben während des Krieges.
9. Milan Wasitsch, Infanteriemajor, Direktor einer Komitatschischule, gefallen vor dem Feinde.
10. Milan Gr. Milowanowitsch, Oberst, im Generalstabe, zweiter Generalstabsoffizier einer Armee, im Prozeß zu Saloniki zum Tode verurteilt und im vorigen Jahre begnadigt.

Unter den anderen Mitgliedern nennen wir folgende Personen:

1. Radoye Lazitsch (Nr. 11), Oberst im Generalstabe, verurteilt im Prozeß zu Saloniki.
2. Bozin Simitsch (Nr. 111), Infanterieoberst, Gründer einer Komitatschischule, verurteilt im Prozeß zu Saloniki.
3. Lubomir Wulowitsch (Nr. 167), Artilleriekommandant, einer der hauptsächlichsten Organisatoren des Komitatschunternehmens gegen die Türkei und gegen Österreich, erschossen anläßlich des Prozesses von Saloniki.
4. Voin Popowitsch (Nr. 105), Infanteriekommandant, Leiter der terroristischen Aktion, die sich besonders gegen die Bulgaren richtete, gefallen vor dem Feinde.
5. Radoye Jankowitsch (Nr. 418), Infanteriekommandant, Delegierter des Zentralkomitees und vor dem Kriege nach Wien (Österreich) gesandt, um unter den jugoslawischen Studenten dieser Stadt neue Rekruten anzuwerben und sie über eine terroristische Tätigkeit zu unterrichten.
6. Dusch an Obtrkitsch (Nr. 166), Artilleriemajor, ein intimer Freund von Ljuba Yowanowitsch, Unterrichtsminister im Kabinett Paschtsch im Jahre 1914. Yowanowitsch ist der Verfasser des Artikels in dem Buch „Krv Slowenstwa“ (Blut der Slaven), worin er bestätigt, daß Paschtsch Kenntnis von den Vorbereitungen zu dem Attentat in Serajewo gehabt hat.
7. Michel Giwkowitsch (Nr. 442), Sekretär am Kassationshofe.
8. Demetrius Nowakowitsch (Nr. 471), Sekretär der Universität.
9. Dr. Milan Gawrilowitsch (Nr. 406), Beamter im Außenministerium und später Redakteur der Zeitung „Politika“.
10. Yefrem Simitsch, Sekretär im Außenministerium, später serbischer Gesandter in Warschau und augenblicklich serbischer Gesandter beim Heiligen Stuhl.

11. Milutin Jowanowitsch, ein Neffe von Paschitsch, Sekretär im Außenministerium, Geschäftsträger Serbiens in Berlin im Juli 1914 und zurzeit serbischer Gesandter in Bern.
12. Die Attentäter von Serajewo Princip, Ilitsch, Mohamed Mechmedbaschitsch Gatschinowitsch (Nr. 217), Ciganowitsch (Nr. 412) und andere waren ebenfalls Mitglieder der Organisation.
13. Miloch Michailowitsch, Legationsrat in Paris, kürzlich ernannt zum serbischen Delegierten bei der internationalen Donaukommission.
14. Mil. A. Yowanowitsch, Sekretär bei der Eisenbahndirektion (Nr. 401).
15. Bogoljub Wutschitschewitsch, Polizeikommissar (Nr. 407).
16. Draguljub Ilitsch, Legationssekretär (Nr. 462).
17. Stanoye Simitsch, Angestellter im Außenministerium (Nr. 467), verwandt mit dem früheren Minister des öffentlichen Unterrichts Yascha Prodanowitsch.
18. Bora Prodanowitsch, Sohn des vorgenannten Ministers.
19. Demetrius Woinowitsch, Präsident eines Gerichts erster Instanz.
20. Yowan Michailowitsch, Schatzmeister im Außenministerium.

#### **Muster einer Legitimationskarte.**

Das hohe Zentralkomitee der Organisation Ujedinjenje ili Smrt entsendet sein Mitglied Nr. 1872, Michel Widakowitsch, um in Paris — Frankreich — ein Territorialkomitee zu gründen und die Arbeiten der Organisation im Geiste der Statuten und des Reglements ausführen zu lassen.

Das Zentralkomitee muß von dem Ergebnis auf dem bekannten Wege unterrichtet werden.

(Locus sigilli.)

---



(Englische Übersetzung des vorstehenden Aufsatzes.)

## The Serbian Society "Union or Death", alias "The Black Hand".

Dr. M. Boghitschewitsch.

We publish below an English translation of an article by Dr. Boghitchevitch, a former Minister of Legation, which has already appeared in the French monthly journal "Evolution". The article contains among other things the text of the Statutes of the "Black Hand", which organised the assassination of Archduke Franz Ferdinand.

The Editor.

The organisation "Union or Death" which was founded in Serbia in 1911, included in its ranks from the outset a large number of members residing in foreign countries such as Turkey and Austria-Hungary. Its object, like that of other Serbian organisations for national propaganda, such as the *Narodna Odbrana* (National Defence) and the *Slovenski Jug* (the South Slav), was to bring about the reunion of all the Serbs under the domination of the Kingdom of Serbia, the latter being regarded as the Piémont of a "Greater Serbia".

The organisation in question was called into existence because it was thought that the *Narodna Odbrana* was not working energetically enough for the realisation of this national ideal. From the very start the society exerted a powerful influence on the officers of the Serbian army, in the schools, and above all on a part of the Slav population in Austria. This was natural, as its leaders were the élite of the corps of Serbian officers, the same élite who had paved the way for victory in the two Balkan wars of 1912—1913.

What made these officers so popular was in the main the fact that they were known to be scrupulously honest and uncompromisingly opposed to the system of corruption and graft that had grown up in certain political circles in Serbia<sup>1)</sup> and specially averse to the choice of corrupt and mediocre officials for the newly acquired provinces of Macedonia and Old Serbia<sup>2)</sup>.

There was, however, one outstanding personality who by virtue of his remarkable qualities had more than anyone else gained a preponderating influence over the nationalist youth in the army

---

<sup>1)</sup> Fostered more especially by the Radical Party at the head of which was M. Pashitch.

<sup>2)</sup> This opposition provoked a dispute between the Minister of the Interior, M. Prositch, and the Officers' Corps.

and in the universities of Serbia and, a fact that should be carefully borne in mind, over the nationalist Serb elements in Turkey and in the Slav provinces in the south of the Austrian monarchy. Colonel Dragoutine Dimitrievitch was the head of the Intelligence Department of the General Staff and the chief instigator of the assassination of the Archduke Francis Ferdinand. He managed to bring about a reunion of the national Serbian elements in Serbia and Austria and succeeded in convincing them of the necessity of intensifying the national movement by terrorist action in all territories inhabited by Serbs living under a foreign administration.

A glance at the list of members of the organisation, whose number was much greater than that given in the statement published by the Serbian Government on the occasion of the Saloniki trial in 1917, shows how important was the organisation and what influence it must have had on social and political life in Serbia. The list, it will be observed, contains a large number of officers of high rank, holding important military positions, high officials in the various State Departments, officials in the Ministry of Foreign Affairs and in the Diplomatic Service<sup>3)</sup>. This adequately proves, especially when one remembers that Serbia was a comparatively small state with a population of only 4,000,000, that we are here dealing with a national movement supported by the majority of the nation and one which consequently must also have been supported by the Government itself.

We know today that the Crown Prince, the present King of Jugo-Slavia, helped to establish the journal published in connection with this organisation, the *Piémont*, towards the upkeep of which he contributed 20,000 dinars. We also know that some of the members of the association were related to or on terms of close intimacy with the then Ministers of State. These Ministers must consequently have been well aware of the existence of the organisation from its very beginnings. They had even smuggled their secret agents into the organisation, in order to be kept informed in advance of its preparations and activities<sup>4)</sup>.

The Minister of Foreign Affairs, the late M. Milovanovitch, from 1911 on remained in close touch with Colonel Dimitrievitch:

—“Place your Black Hand at my disposal, my young friend”, he one day said to him, “and you will see what Milovanovitch will accomplish in a short time for the Serbian nation.”

---

<sup>3)</sup> Cf. the extract from the list of members given on p. —.

<sup>4)</sup> For example, Ciganovitch.

And according to Dimitrievitch's own statement<sup>5)</sup> he had actually placed at his disposal important sums exclusively for propaganda against Austria-Hungary. The Colonel was also on a very friendly footing with the Chief of the General Staff, the Voivode R. Putnik.

Dimitrievitch's close friendship with Colonel Artamanoff, the Russian military attaché at Belgrade<sup>6)</sup>, the words pronounced by M. Hartwig, the Russian Minister at Belgrade, in the presence of the Russian journalists in 1913: "The organisation 'Union or Death' is the only organisation in Serbia capable of carrying into effect the Serbian national ideal"<sup>7)</sup>, and finally the declaration made on Feb. 28, 1924, by the comrades of the late Colonel Dimitrievitch who were also sentenced at Saloniki in 1917: "The organisation 'Union or Death' was a patriotic organisation whose activities were well-known to the competent authorities, activities which were in accord with the intentions of the said authorities<sup>8)</sup>," — all these things compel us to the conclusion that the Serbian Government and Dimitrievitch and his organisation had one and the same aim in view, viz., the creation of a Pan-Serbian state which could only be achieved by a war with Austria-Hungary.

Such being the prevalent state of mind it is clear that in the case of a war with Austria, no matter on what pretext it might be brought about, Serbia must in any case be regarded as the aggressor.

The most categorical *démentis* on the part of the Serbian government can make no difference. It is quite grotesque for the Serbian government to wish to deny having been aware of the plan and the preparations for the assassination of the Archduke Franz Ferdinand, and it is ridiculous for it to wish to throw the entire responsibility for this crime on the organisation 'Union or Death', or, what is even worse, on two of the members of the Central

---

<sup>5)</sup> I obtained this information from Dimitrievitch himself.

<sup>6)</sup> Cf. the evidence of Colonel Bozine Simitch in *Clarté*, No. 74, May 1925.

<sup>7)</sup> With reference to the antagonism between the Pachitch government and the Black Hand it may be recalled that in May 1914 M. Hartwig himself intervened with King Peter in favour of M. Pashitch who was in the eyes of the Russian Government indispensable as a Minister of Foreign Affairs.

<sup>8)</sup> Cf. *Kriegsschuldfrage*, Vol. 2, p. 112. We now know exactly what authorities are here referred to.

Committee of this organisation, Colonel Dimitrievitch and Commander Tankositch<sup>9)</sup>.

The statutes of this organisation which we reproduce below were published by the Serbian Government on the occasion of the Saloniki trial, but the Serbian Government in view of its precarious political and military situation at the time took care in order to secure itself a more favourable position in case of a separate peace with Austria and also in order to hide the truth from its allies, as the truth would have opened their eyes as to where lay the real responsibility for the war, to delete from the statutes with minute care all passages relating to propaganda and to terrorist action in foreign countries. The deleted passages are nevertheless of the utmost importance as they demonstrate in connection with the other paragraphs of the statutes that the whole action of the organisation 'Union or Death' was directed against the existence and the *status quo* of certain neighbouring states, whose population was partly of Serbian origin, in order to revolutionize and finally to acquire these territories.

To understand the history of these movements one must first be familiar with the Balkan mentality. For if one observes these actions only from the juridical standpoint and through western eyes, one will never succeed in unravelling the causes and consequences of the intrigues woven in this part of Europe. One finds there a lack of logic, a lack of good faith; one meets with moral and juridical obliquities, crimes committed for noble causes, mysticism and relapses into the Middle Ages. In these countries men are at one and the same time heroes, children and criminals who commit crimes in good faith and who have rendered possible by their efforts the realisation of a national ideal but who nevertheless have done so much evil to other countries and to humanity in general.

It is comprehensible enough that the Balkan mode of procedure must from the point of view of western mentality meet with disapproval, but it is incomprehensible and odious that Serbian government circles who possess the same mentality and who were ready to act in exactly the same fashion as the members of the organisation 'Union or Death' should deny their complicity and should not dare openly to avow all that these men have done towards the realisation of the national ideal.

---

<sup>9)</sup> As Professor Stanojevitch does in his pamphlet "L'Assassinat de l'Archiduc François-Ferdinand."



It is extraordinary that the Austrian Government of 1914 which has been so justly detested because of its system of political and police espionage should have had no knowledge of the existence of the organisation 'Union or Death' or of its influence and its activities. If the famous Austrian Ultimatum of 1914 had commenced with the words "There exists in Serbia a society called 'Union or Death' which has as its object the destruction of the Austro-Hungarian Monarchy and whose members are high-placed Serbian military and civil functionaries and to which the Government and even the Crown lend moral and material assistance", I doubt very much whether the Serbian Government would have met with the support which the Entente granted it in 1914. Even the "greatest friends" of Serbia — I am quoting the words M. Poincaré addressed to the Austro-Hungarian ambassador at St. Petersburg, "la Serbie a des grands amis", — would have disapproved of such methods of procedure, unless they had been taken into confidence or were accomplices or authors in the preparation of the war.

### **Statutes of the Organisation "Ujedinjenje ili Smrt" (Union or Death) Known as "The Black Hand".**

#### **I. Object and name of the organisation.**

**Article 1.** This organisation has been created with the object of realising the national ideal: The union of all the Serbs. All Serbs without distinction of sex, religion, place of birth and all who are sincerely devoted to this cause, may become members.

**Article 2.** This organisation prefers terrorist action to intellectual propaganda and for this reason must be kept absolutely secret from persons who do not belong to it.

**Article 3.** The organisation bears the name "Union or Death".

**Article 4.** To accomplish its task, the organisation:

1. Brings influence to bear on Government circles, on the various social classes and on the whole social life of the Kingdom of Serbia, regarded as Piémont.
2. Organises revolutionary action in all the territories inhabited by Serbs.
3. Outside the frontiers of Serbia uses every means available to fight the adversaries of this idea.
4. Maintains amicable relations with all states, peoples, organisations and individuals who entertain feelings of friendship towards Serbia and the Serbian element.

5. Lends help and support in every way possible to all peoples and all organisations struggling for their national liberation and for their union.

## II. The scope of the organisation.

Article 5. A Central Committee having its headquarters at Belgrade is at the head of this organisation and exercises executive authority.

Article 6. The number of members of the Central Committee is not limited, but ought on principle to remain as small as possible.

Article 7. The Central Committee of Belgrade includes besides the members representing the Kingdom of Serbia a delegate from each of the Serbian territories abroad (Pokrajine): 1. Bosnia and Herzegovina; 2. Montenegro; 3. Old Serbia and Macedonia; 4. Croatia, Slavonia and Syrmia; 5. Voivodina; 6. the coastal districts (Primorje).

Article 8. The Central Committee at Belgrade alone has the right to execute the instructions of the organisation in Serbia.

Article 9. In the Serbian territories outside the Kingdom of Serbia, the Committees of these territories (Pokrajinske Uprave) will carry out the instructions of the organisation in their territories. They are the supreme authorities for their territories.

Article 10. The organisation has Departmental Committees (Okružne Uprave) and others. The classification will be carried out according to a special set of rules which will be revised and modified from time to time by the Central Committee at Belgrade as becomes necessary.

Article 11. Each Committee has the right to elect its President, Secretary and Treasurer.

Article 12. The Secretary of the Central Committee at Belgrade has the right, according to the nature of the work, to replace the President. His livelihood is to be assured by the Central Committee, so that he may devote himself completely to the work of the organisation.

Article 13. The functions of President and Treasurer are honorary.

Article 14. Decisions concerning all work of the organisation are come to by the Central Committee on a majority vote.

Article 15. The President and Secretary of the Central Supreme Committee alone have authority to have the decisions

come to by the Central Committee at Belgrade carried out (in the name of the organisation) through hierarchic channels on behalf of the organisation.

Article 16. In exceptionally urgent cases as well as in cases of less importance the President and Secretary may come to a decision and undertake its execution, and report their action to the Central Committee at its next meeting.

Article 17. In order the better to regulate current business, the Central Committee at Belgrade is divided up into sections according to the nature of the work to be done.

Article 18. The Central Committee at Belgrade is in touch with the Committees of the foreign Serb territories through certain authorised delegates, who are usually at the same time members of the Central Committee, or in exceptional cases through special delegates.

Article 19. Liberty of action is left to the Committees in the Serbian territories abroad; the execution of more extensive revolutionary movements however must first have the approval of the Central Committee at Belgrade.

Article 20. The Central Committee will take all necessary steps to safeguard the secret character of the organisation.

Article 21. The Central Committee at Belgrade must through the sub-committees keep all members of the organisation informed without delay on all more important matters appertaining to the organisation.

Article 22. The Central Committee at Belgrade will from time to time scrutinise the work of the other Committees and these Committees will adopt an analogous procedure in the case of the sub-committees.

### III. Members of the Organisation.

Article 23. With regard to the execution of the Statutes of the organisation the principle ought to be applied that reports and communications are to be made by specially delegated and authorised persons.

Article 24. It is the duty of each member to enrol new members and to go surety with his life for those whom he introduces into the organisation.

Article 25. Members of the organisation are not known to each other personally. It is only the members of the Central Committee who are known to one another.

Article 26. In the organisation itself the members are known by numbers. Only the Central Committee at Belgrade is to know their names.

Article 27. The members of the organisation are bound to absolute obedience to their Committee, as are also the Sub-Committees to their Superior Committees (Departmental Committees of the Kingdom of Serbia and Territorial Committees abroad).

Article 28. Each member is bound to communicate to the Central Committee at Belgrade through hierarchic channels anything he may learn, either as a private individual or in his capacity as state official, concerning matters likely to be of interest to the organisation<sup>10)</sup>.

Article 29. The interests of the organisation are to be put above all others.

Article 30. Every member on entering the organisation must realize that by this act he forfeits his own personality, that he can expect within it neither glory nor personal profit, either moral or material. Consequently any member attempting to make use of the organisation for personal or party motives will be punished. If by his acts he injures the organisation he will be punished with death.

Article 31. Anyone who once enters the organisation may never withdraw from it. Nor can anybody accept his resignation.

Article 32. Every member must help the organisation by a weekly subscription. The organisation may also, if necessary, procure funds by compulsory means. The authorisation for this mode of procedure must be given by the Central Committee at Belgrade or by the Territorial Committees abroad.

Article 33. When the Central Committee at Belgrade has pronounced penalty of death, the only matter of importance is that the execution take place without fail. The method of execution employed is a matter of indifference.

#### IV. The Seal and the Oath.

Article 34. The organisation has the following seal: In the middle of the signet a muscular hand with fingers bent, grasping an unfurled flag. On the flag as escutcheon, a death's head with cross-bones and beside the flag a dagger, a bomb and poison. Around the outside of the seal runs the inscription, from right to left. "*Uje-*

---

<sup>10)</sup> As far as the organisation is concerned there is no such thing as a State secret.



*dinjenje ili Smrt'* (Union or Death), and beneath it the title of the Central Committee in Belgrade: *Vrhovna Centralna Uprava* (Supreme Central Committee).

Article 35. On becoming a member one takes the following oath: I, N. N., on becoming a member of the organisation Union or Death, swear by the Sun that warms me, by the Earth that nourishes me, before God, by the blood of my ancestors, on my honour and on my life, that I will from this moment till my death be faithful to the laws of this organisation, that I will always be ready to make any sacrifice for it. I swear before God on my honour and on my life that I will take all the secrets of the organisation with me into my grave. May God confound me and may my comrades in this organisation judge me if I trespass against or either consciously or unconsciously fail to keep my oath.

#### V. Transitory Regulations.

Article 36. These statutes come into force forthwith.

Article 37. These statutes cannot be changed.

Belgrade, 9th May, 1911.

The members of the Central Supreme Committee :

- |               |                                 |
|---------------|---------------------------------|
|               | 1. Ilija Radivoievitch;         |
| L o c u s     | 2. Bogdan Radenkovitch;         |
| s i g i l l i | 3. Tchédomire A. Popovitch;     |
|               | 4. Vélimire S. Vémitich;        |
|               | 5. Ljoubomire S. Yovanovitch;   |
|               | 6. Dragoutine T. Dimitrievitch; |
|               | 7. Voislave P. Tankositch;      |
|               | 8. Ilija M. Yovanovitch;        |
|               | 9. Milan Vasitch;               |
|               | 10. Milan Gr. Milovanovitch.    |

A translation of a few paragraphs from the Special Regulations of the organisation 'Union or Death' will enable us the better to understand the aim and activities of this organisation. Let us quote in support of our thesis the following paragraph from the Special Regulations:

Article 3. As soon as a member finds five new members, or at least three, he will make them take the oath. This member arranges in agreement with his patron <sup>11)</sup>, who will be present at

---

<sup>11)</sup> Patron is the name given to member who introduces new recruits.

the ceremony as the delegate of the Belgrade Central Committee, the time and locality at which it is to take place. The room in which the oath is taken will be lighted only by a small wax candle. In the middle of the room there will be a table covered with black material. On the table there will be laid a cross, a dagger and a revolver. The member who introduces the new recruits will explain to them the statutes, the regulations and the duties of the organisation, as well as the dangers which menace those who enter it. He will then ask them whether they are nevertheless ready to join it. As soon as the recruits declare their willingness, the delegate of the Central Committee, completely masked, comes from an adjoining room, and it is then that the member who introduces the recruits and the recruits themselves pronounce the words of the oath; the latter then embrace one another and the delegate shakes hands with them as a sign of congratulation, for he utters not a single word, in order that he may not be recognized the immediately afterwards withdraws. Only then is the room to be lit up whereupon the new members copy out and sign the text of their oath and hand it back to their patron, who tells them their number and password.

Article 4. Each founder of a new group is expected to send in to the Central Committee, in a sealed envelope and through hierarchic channels, the oaths and the numbers allotted to the new recruits. Any irregularity or negligence on the part of a founder or of a Committee will be severely punished. The Statutes and Regulations as well as all the objects necessary for the ceremony of oath-taking must be returned to the Central Committee. The Central Committee will acknowledge the receipt of the oaths. Territorial Committees abroad are also expected to comply with these rules.

Article 6. Each founder of a new group must keep his group well-informed as to what the organisation is doing. He must develop their patriotic sentiment and increase their devotion to the national ideal. Frequent reunions are of great importance for the success of the organisation and of the idea and for this reason these reunions should be prepared with great care.

Article 8. Each group must lend aid and succour to the members of the organisation sent by the Central Committee to execute an order, and consequently is bound to make arrangements for the execution of the order and also to facilitate the flight of the member who has executed it.

Article 14. The members of the organisation are expected to observe the greatest secrecy with regard to the existence of their

Committee and the organisation itself. The secrets of the organisation must on no account be betrayed; the most frightful torture will not excuse treason, which is punishable with death.

Article 28. The groups are designated by means of Roman numerals, the members by Arabic numerals.

**Extract from the List of Members of the Organisation  
"Union or Death".**

The founders of the Supreme Central Committee:

1. Ilya Radivoyevitch, Infantry Colonel. Head of the Belgrade Gendarmerie. Killed in the field at the head of his regiment during an assault at the beginning of the Serbo-Bulgarian War, 1913.
2. Bogdan Radenkovitch, Vice-Consul at Saloniki and afterwards Secretary of Legation at Athens. Before the war, President of the Serbian Party in Turkey and President of the Serbian Club at Uskub. He was also the candidate of the Serbian government for the dignity of bishop in a Serbian bishopric in Turkey (Old Serbia). He was one of the principal authors of the Statutes of the Organisation and was *liaison* agent between the organisation and the Minister of Foreign Affairs. He was condemned at the Saloniki trial and died in prison.
3. Tchedomir Popovitch, Infantry Colonel, wounded and awarded a military decoration during the war. Also sentenced at the Saloniki trial and pardoned last year.
4. Velimir Vemitch, Cavalry Colonel, wounded and awarded a military decoration during the war. Sentenced at the Saloniki trial.
5. Ljubomir S. Yovanovitch, Director of "Piémont" the newspaper of the organisation. One of the authors of the statutes. Killed at the front.
6. Dragutin Dimitrievitch, Colonel on the General Staff. Head of the Intelligence Bureau of the General Staff. Principal instigator of the assassination of King Alexander and Queen Draga in 1903 and of the Austrian Crown Prince and his Consort at Sarajevo. Chief of the organisation "Union or Death". Sentenced to death at the Saloniki trial and shot for alleged preparations for an attempt on the life of the Prince Regent Alexander.

7. V o y a T a n k o s i t c h , Infantry Commandant. Instructor to the Bosniak Comitatchis. Killed at the front during the occupation of Kragujevatch by the Austro-German troops in Autumn, 1915.
8. I l j a M. Y o v a n o v i t c h , Artillery Colonel. Died during the war.
9. M i l a n V a s i t c h , Infantry Commandant. Director of a Comitatchi School. Killed at the front.
10. M i l a n G r. M i l o v a n o v i t c h , Colonel on the General Staff. Second General-Staff officer of an Army. Sentenced at the Saloniki trial and pardoned last year.

Among the remaining members, the following may be mentioned:

1. R a d o y e L a z i t c h (No. 11), Colonel on the General Staff. Sentenced at the Saloniki trial.
2. B o z i n S i m i t c h (Nr. 111). Infantry Colonel. Founder of a school for Comatatchis. Sentenced at the Saloniki trial.
3. L u b o m i r V u l o v i t c h (No. 167), Artillery Commandant. One of the principal organisers of the action of the Comatatchis against Turkey and Austria. Shot after trial at Saloniki.
4. V o i n P o p o v i t c h (No. 105), Infantry Commandant. Leader of the terrorist action which was directed principally against Bulgaria. Killed at the front.
5. R a d o y e Y a n k o v i t c h (No. 418), Infantry Commandant. Delegate of the Central Committee. Sent before the war to Vienna to enrol new recruits among the Yugoslav students of that city and to instruct them for terrorist action.
6. D u s c h a n O b t r k i t c h (No. 166), Artillery Commandant. An intimate friend of Ljuba Yovanovitch, the Minister of Education in the Pashitch Cabinet in 1914. Yovanovitch is the author of the article in the book "Krv Slovenstva" (Blood of the Slavs) in which he affirms that M. Pashitch was aware of the preparations that were being made for the Sarajevo crime.
7. M i c h e l G i v k o v i t c h (No. 442), Secretary of the Court of Cassation.
8. D e m e t r i u s N o v a k o v i t c h (No. 471), Secretary of the University.
9. D r. M i l a n G a v r i l o v i t c h (No. 406), Secretary at the Ministry of Foreign Affairs. Afterwards editor of the journal "Politica".



10. Yefrem Simitch, Secretary to the Ministry of Foreign Affairs, afterwards Serbian Minister at Warsaw and at present Serbian Minister at the Vatican.
11. Milutin Yovanovitch, a nephew of M. Pashitch, Secretary to the Ministry of Foreign Affairs. Chargé d'affaires at Berlin in July 1914 and at present Serbian Minister at Berne.
12. The authors of the Sarajevo crime, Princip, Ilitch, Mohamed Mechmedbachitch Gatshinovitch (No. 217), Ciganovic (No. 412) and others, were also members of the organisation.
13. Miloch Michailovitch, Counsellor of Legation at Paris. Recently appointed Serbian delegate on the International Danubian Commission.
14. Mil. A. Yovanovitch, Secretary to the Railway Department (No. 401).
15. Bogoljub Vutchitchevitch, Commissioner of Police (No. 407).
16. Draguljub Ilitch, Secretary of Legation (No. 462).
17. Stanoye Simitch, An employee at the Ministry of Foreign Affairs (No. 467). Related to the former Minister of Education, Yacha Prodanovitch.
18. Bora Prodanovitch, a son of the above-mentioned Minister.
19. Demetrius Voinovitch, President of the Secondary Tribunal.
20. Yovan Michailovitch, Treasurer in the Ministry of Foreign Affairs.

#### Specimen of a Legitimation Card.

The Supreme Central Committee of the Organisation *Ujedinenje ili Smrt* delegates its member No. 1872, Michel Vidakovitch, to found a Territorial Committee in Paris, France, and to have the work of the Organisation carried out according to the spirit of the Statutes and of the Regulations.

The Central Committee is to be informed of the result through the known channels.

(Locus sigilli.)

---

## Walter Hines Page.

Von Georg Karo.

### II.

Diese Einstellung ist typisch. Page behält sie bei während der schicksalsschweren Juliwochen bis zum Kriegsausbruch. Außer einem kurzen Glückwunsch zu Wilsons Lösung der mexikanischen Wirren (19. 7. 1914, III 122), fehlen alle Briefe bis zum 29. Juli! Pages treuer Biograph hätte doch sicher keine Berichte ausgelassen, die den Scharfblick seines Helden ins rechte Licht setzen könnten? Aber auch ohne diese Frage beantworten zu können, lernen wir aus dem langen Schreiben vom 29. (III 125), wie unselbständig gerade in dieser kritischsten Zeit Pages Berichterstattung ist. Für ihn steht Greys Gestalt so ganz im Vordergrund, daß Europa hinter ihr verschwindet. „Da saß dieser stets einsame Mann — er und ich, natürlich allein im Zimmer, jeder, des bin ich gewiß, dem andern sein vollstes Vertrauen schenkend.“ Und so geht es fort. Aus dem langen Briefe konnte Wilson manches über Greys Seelenleben und seine Gewohnheiten entnehmen, aber nichts über das Schicksal Europas: Novellistik statt Politik! Nirgends tritt so klar die Schwäche dieses Botschafters hervor, der in entscheidender Stunde aus blinder Voreingenommenheit versagt. Denn wie sollte sich Wilson aus solchen Berichten ein unparteiisch klares Bild der Lage bilden, um danach seinen eigenen Kurs zu wählen? Es ist keine einseitig deutsche Auffassung, Page hier grober Pflichtvergessenheit und Unzulänglichkeit zu zeihen.

Ungemein lehrreich ist der Vergleich zweier Briefe an Wilson vom 2. August und 6. September 1914 (Page III 128 ff., 137 ff.). Aus dem ersten spricht noch nicht die offizielle englische These, wie denn der Botschafter von all den kriegesischen Maßnahmen nichts wußte, die England schon gebunden hatten: „Warnungstelegramm“ Asquiths vom 29. Juli an alle Stellen des Reiches <sup>1)</sup>, Churchills eigenmächtige Flottenmaßnahmen, Übernahme des Schutzes der französischen Küsten gegen Deutschland. Wenigstens steht in jenem Schreiben kein Wort von alledem, ebenso wenig von Belgien. Statt dessen wird der slavisch-teutonische Rassenhaß als Grundübel dargestellt und Rußland schwer belastet: „Die Zeit zum Auskämpfen dieses Streites (to have that fight out) scheint für Rußland günstig zu sein; der alte Kaiser von Österreich steht in seinen letzten Jahren, die slawischen Staaten seines Reiches sind ungebärdig, um nicht zu

---

<sup>1)</sup> Autobiography of Margot Asquith, II, S. 158 f.

sagen aufrührerisch, England könnte jetzt hereingezogen werden, um bei der Schwächung Deutschlands mitzuhelfen, Rußland fühlt das Bedürfnis nach einer patriotischen Rassenparole in diesem Stadium seines Wachstums und das Bedürfnis nach einem Kriege, um die russisch-japanische Katastrophe in Vergessenheit zu bringen.“ Der abergläubische Zar stehe unter dem Einfluß von Wunderpriestern; „und natürlich versteht sich die Militärpartei auf den Gebrauch solcher Mittel.“ Kein Wort gegen Deutschland in diesem Briefe, der schon die Kriegserklärung an Rußland und den Einmarsch in Luxemburg meldet, „was natürlich bedeutet, daß Frankreich und England darein verwickelt werden müssen; daraus sehe ich kein Entrinnen.“ Dafür gleich zu Anfang die bedeutsame Bemerkung: „Ich entdecke sogar in der englischen öffentlichen Meinung ein Hinnehmen, beinahe eine Befriedigung darüber, daß der Krieg zwischen England und Deutschland sicher ist. Sie fühlen, daß es einmal kommen muß — warum nicht jetzt und Schluß damit? Es ist besser zu kämpfen, während Deutschland andere Feinde als England gegen sich hat, als zu einer Zeit, wo England vielleicht allein gegen Deutschland stehen müßte — besser auch jetzt, wo die Verantwortung für das Losschlagen bei Deutschland liegt.“

Zu diesem etwas wirren Brief, der Pages eigene Eindrücke und das Unsichere seiner Meinungen spiegelt, steht der zweite in schroffem Gegensatz. Ein Monat hat reichlich genügt, um die amtliche These der Entente zu kristallisieren, und der Botschafter der größten neutralen Macht ist bloß das Sprachrohr der Engländer, vor allem seines Freundes Grey, dem er unbedingt vertraut und der ihm genau so viel oder wenig sagt, wie es ihm gerade paßt. Der Umschwung hatte sich übrigens schon viel früher vollzogen, nur zwei Tage nach jenem Briefe vom 2. August. Da hatte Grey den amerikanischen Botschafter berufen, um ihm die Absendung des Ultimatums an Deutschland mitzuteilen — und ihm die englische These beizubringen. Leider besitzen wir über diese entscheidende Aussprache nur eine Darstellung von Hendrick (I 311 ff.), die aber mit Zitaten aus Pages Notizen reich gespickt ist und ein sehr anschauliches Bild von Greys glänzender Regie gibt: Alles andere ist versunken, nur die Ehrenpflicht gegenüber Belgien steht leuchtend im Vordergrund. Und wir finden hier schon die von Grey in seinen Denkwürdigkeiten betonte Unterscheidung: „Dennoch müssen wir uns erinnern, daß es zwei Deutschland gibt. Es gibt das Deutschland von Männern wie wir — von Männern wie Lichnowsky und Jagow. Dann gibt es das Deutschland der Kriegsparteimänner. Die Kriegspartei hat die Oberhand gewonnen“ (Page I 315, vgl. Grey,

Fünfundzwanzig Jahre Politik 1892—1916, II 23 f.). Daß Page, tief ergriffen, vergißt, was er zwei Tage vorher gedacht und geschrieben hatte, daß er auch nie bedacht hat, ob denn Grey alles zur Vermeidung der Katastrophe getan habe, wird uns nicht mehr wundernehmen. In ihrer Unterredung vom 28. Juli (Page I 125 ff.) „hatte Grey noch Hoffnung, daß Rußland und Österreich sich direkt verständigen möchten. Wenn Deutschland das entscheidende Wort spräche, sagte er, würde der Krieg abgewendet.“ Von irgendeinem englischen Wort in Petersburg war nicht die Rede — und Page hat das nie bemerkt! Wie ein unbewußtes Medium gibt er die Auffassung Greys wieder und bringt sie seinem Präsidenten, seiner Regierung bei — ein sonderbarer Diplomat!

Schon in dem Briefe vom 6. September 1914 wird — immer nach englischen Gewährsmännern — der Vernichtungskrieg gegen Deutschland als unerläßliches Kriegsziel Englands dargestellt und gebilligt, noch mit einer leichten Einschränkung: „Viele unerfreulichen Dinge werden unter den gegenwärtigen Umständen seine (Deutschlands) Niederlage begleiten, so z. B. die hervorragende Stellung Rußlands (selbst einer Zukunftsgefahr) als eines der Sieger, und das Fortwirken des kriegerischen Geistes in Japan, und die Erwerbung noch weiterer Kolonien durch England. Aber dies alles bedeutet geringeres oder weniger unmittelbares Unheil“ (Page III 140). Zwei Wochen später waren auch diese Bedenken geschwunden: „Je vollständiger die jüngste diplomatische Geschichte des Krieges und der ihm vorangehenden Ereignisse bekannt wird, desto klarer wird es hier, daß die deutsche Militärpartei wohlüberlegt die tatsächliche Eroberung der Welt geplant hatte . . . Ich finde die Beweise für diese erstaunlichen Tatsachen unwiderleglich“ (Brief an Wilson, 22. 9. 1914, III 141 ff.). Aus diesen fürchterlichen „Tatsachen“ ergibt sich denn auch die finstere Entschlossenheit der Engländer, einen jahrelangen Krieg zu ertragen, bis sie Deutschland besiegt haben (quite as much by starving the Germans as by fighting them), und nach diesem „englischen (nicht russischen oder französischen) Siege“ Kitchener die Friedensbedingungen in Berlin diktiert. Page vergißt auch nicht vorauszusagen — darin ein wahrer Prophet —, daß nach dem Siege French und Jellicoe Titel und Dotationen erhalten werden. Und in einer Nachschrift zu dieser begeisterten Schilderung vom bevorstehenden Zusammenbruch des Militarismus wird Wilson auf die Notwendigkeit einer stärkeren Flotte für die Vereinigten Staaten hingewiesen, denn „England wird nicht nur mächtiger sein, sondern in sehr bestimmten Bindungen zu — Ruß-



land und Japan stehen. Rußland und Japan werden daher anders als heute sein“ (III 147). Schade, daß Wilson so wenig Humor besaß!

Indessen besaß er, wenigstens im Anfang, einiges Verständnis für die vielfältigen, verwickelten Ursachen des Krieges und forderte von seiner Regierung und seinem Volke strenge Neutralität: „Wir müssen unparteiisch sein, im Geiste wie in der Tat.“ Das war wohl etwas viel verlangt. Jedenfalls hat sich Page nicht die geringste Mühe gegeben, dem Erlaß seines Freundes und Chefs zu folgen. „Von Anbeginn erkannte er, daß es ein Recht und ein Unrecht in der Angelegenheit gebe. Er glaubte nicht, daß Großbritannien und Deutschland gleichermaßen zu tadeln seien. Er glaubte, daß Großbritannien recht und Deutschland unrecht habe“, so äußerte sich ein britischer Staatsmann zu Hendrick. Wenn er diese Haltung als „a fine qualification for his post“ bezeichnete, wird kaum ein Nicht-engländer seiner Ansicht sein. Gibt es doch kaum etwas Verhängnisvolleres, als wenn ein Diplomat aus dem Exponenten seiner Regierung zum Sprachrohr derer wird, bei denen er beglaubigt ist.

Diese Wandlung hat sich bei Page sehr rasch vollzogen. Englisches Propagandamaterial gibt er als unbestreitbare Tatsachen nach Washington weiter, alle abweichenden Anschauungen sind für ihn „mere German propaganda“. Er scheut sich keineswegs, Wilson scharf zu tadeln: „Der Präsident und die Regierung haben in ihrer Betonung des moralischen Charakters der Neutralität den tieferen Sinn des Krieges verkannt. Er ist im Grunde nichts als der Versuch des Berliner absoluten Monarchen und seiner Gruppe, ihren Willen einem so großen Teil der Welt, wie sie ihn überrennen können, aufzuzwingen. Der Präsident ging von dem Gedanken aus, daß dies ein Krieg sei, der durch viele dunkle Ursachen, wirtschaftliche und ähnliche, hervorgebracht sei, und hat so seinen ganzen Sinn mißverstanden.“ Unbeirrt und unentmutigt schreibt er Brief auf Brief, um seinen alten Freund an der Seite Englands in den Krieg herein-zuziehen. Immer schärfer wird die Tonart, immer schonungsloser zitiert er verächtliche englische Stimmen, immer unverhüllter läßt er durchblicken, daß er selbst des Präsidenten Haltung für schlapp und feige, fast für unehrenhaft hält. Wilson hatte früher die Briefe seines Londoner Botschafters sehr genossen: „I always found him compelling on paper“ bemerkte er einmal (Page II 22). Jetzt bekam er diesen unwiderstehlichen Briefschreiber gründlich satt und hüllte sich in Schweigen. Aber Page schrieb unermüdlich weiter, und wenn auch Wilson bis 1917 widerstanden hat, wird es sich doch nie erlauben lassen, in welchem Maße die steten Tropfen den Stein seines Neutralitätswillens ausgehöhlt haben.

Nun ist es gewiß Recht und Pflicht eines Botschafters, seine persönliche Überzeugung dringlich und unverblümt zur Kenntnis seines Chefs zu bringen; aber er darf natürlich nicht gegen die Befehle seiner Regierung handeln. Dennoch hat dies Page in ganz bewußter Weise fortgesetzt getan, indem er die Bemühungen Washingtons gegenüber Englands Knebelung der neutralen Schifffahrt planmäßig vereitelte. Für ihn waren das törichte Streiftfälle kleinlicher Juristen, völlig unwichtig gegenüber dem großen Ziel, daß England durch die Aushungerung Deutschlands siege. Und in diesem Sinne behandelte er denn auch die Noten seines Staatsdepartements in seinen Gesprächen mit Grey, sofern er sie nicht ganz unterdrückte. Er hat entscheidend dazu beigetragen, daß Washingtons gerechte Forderungen nicht erfüllt, die von Amerikanern erlittenen Schäden nicht ersetzt wurden. Aus der Fülle des Materials genügt es, den Fall der „Dacia“ hervorzuheben, eines rechtmäßig in amerikanischen Besitz übergegangenen deutschen Schiffes, das die Engländer im Januar 1915 beschlagnahmen wollten. Da ihr Konto schon schwer belastet war, hätte das zu schlimmen Folgen führen können. Der Fall wird Page anvertraut; man lese wie er ihn vertreten hat (Hendrick I 394 f., offenbar nach Pages Aufzeichnungen; III 222 ff.): „Als die Dinge so weit gekommen waren, erschien Page eines Tages im Auswärtigen Amt. ‚Haben Sie je von der britischen Flotte gehört, Sir Edward?‘ sagte er. Grey gab dies zu, obwohl ihn die Frage offenbar verblüffte. ‚Ja‘, fuhr Page sinnend fort, ‚wir haben alle von der britischen Flotte gehört. Vielleicht haben wir zu viel von ihr gehört. Glauben Sie nicht, daß zu viel Reklame für sie gemacht worden ist?‘ Der Sekretär des Auswärtigen sah Page mit einem Ausdruck an, der Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit andeutete. ‚Aber haben Sie je von der französischen Flotte gehört?‘ fuhr der Amerikaner fort, ‚Frankreich hat auch eine Flotte, glaube ich.‘ Sir Edward gestand dies zu. ‚Glauben Sie nicht, daß die französische Flotte auch etwas Reklame bekommen sollte?‘ ‚Von was in aller Welt sprechen Sie?‘ ‚Nun‘, sagte Page, ‚da ist die Dacia. Warum lassen Sie die französische Flotte sie nicht festnehmen und damit eine Reklame für sich machen?‘ Ein verständnisvolles Leuchten erhellte Greys Gesicht. Das altvertraute Lächeln glänzte aus seinen Augen. ‚Ja‘, sagte er, ‚warum soll man sie nicht durch die belgische Königsjacht festnehmen lassen?‘ Dieser Vorschlag von Page war eine der großen Eingebungen des Krieges. Er bedeutete fast einen Geniestreich.“ — Unfreundliche Beurteiler könnten ihn in sehr viel schärferer Weise kennzeichnen; denn es ist zum mindesten nicht üblich, daß ein

Diplomat den bestimmten Weisungen seiner Regierung zuwiderhandelt und dazu beiträgt, daß Schiffe seines Landes in fremde Gefangenschaft geraten. Aber das war eben Pages Vorstellung von Neutralität. Nicht umsonst nannte er die Methoden seiner Amtsführung „waging neutrality“!<sup>2)</sup>

Wieviel von Pages Haltung abhing, lernen wir am klarsten aus Lord Greys Denkwürdigkeiten. Er gibt offen zu, daß die Vereinigten Staaten die Entscheidung in der Hand hatten. Er wußte, daß es besser sei, die Blockade Deutschlands aufzugeben, als sich mit den Vereinigten Staaten zu überwerfen, und hielt schon seit August 1914 die englische Admiralität im Zaume, als diese gegen den amerikanischen Handel mit Deutschland energisch vorgehen wollte (Page an Wilson 28. 5. 1914, III 155 ff.). „Die Blockade Deutschlands war für den Sieg der Alliierten unentbehrlich, aber das Übelwollen der Vereinigten Staaten bedeutete ihre sichere Niederlage“ (Grey, Fünfundzwanzig Jahre 1892—1916, II 94). Also hat Page durch seine Sabotierung der Politik seiner eigenen Regierung in Wahrheit die Blockade für England gerettet. Das hängt zusammen mit seinem schon im Herbst 1914 auseinandergesetzten großen Plan einer neutralen Liga gegen den Militarismus, der die „Kriegführenden“ zum Frieden zwingen sollte bloß durch ausgedehnte Munitionslieferungen an die Alliierten und allseitige Unterstützung der Blockade gegen Deutschland (an Wilson 6. 10. 1914, III S. 172 ff.); mit anderen Worten, nicht die Kriegführenden sollten zum Frieden, sondern die Zentralmächte durch Hunger auf die Knie gezwungen werden — eine sonderbare Form der Neutralität.

Page ließ nicht leicht locker, wenn er einmal einen Entschluß gefaßt hatte. Er hat Wilson und House mit Briefen geradezu bombardiert, obwohl, wenigstens vom Präsidenten, fast nie eine Antwort kam und dieser seine Schreiben oft gar nicht las, sondern an House weitergab. Während des ganzen Krieges hat er an Page nur dreizehn Briefe gerichtet, und von diesen waren mehrere ganz kurz und behandelten Empfehlungen und belanglose laufende Geschäfte. Aber dies hat Page nur vorübergehend entmutigen können.

Es versteht sich von selbst, daß Page mit äußerster Schärfe schon seit der Versenkung der *Lusitania* dafür eintrat, daß Wilson den deutschen Ubootskrieg zum Anlaß einer Kriegserklärung nehmen möge, und daß er allen Friedensplänen des Präsidenten

---

<sup>2)</sup> Nach der Analogie von „waging war“ etwa „Neutralität führen“. House hat ihm schon im Dezember 1914 einen scharfen — übrigens ganz fruchtlosen — Verweis des Präsidenten über seine unneutrale Haltung erteilen müssen (Page I, S. 362).

ablehnend gegenüberstand. Im Frühjahr 1914 hatte er die erste Friedensreise des Obersten House nur mit skeptischen Kommentaren begleitet; als im Januar 1916 House von neuem in London erschien, dann Berlin und Paris besuchte und wieder nach London zurückkehrte, machte sich Pages Widerstand schon viel stärker geltend. Er tat alles, um den Freund davon zu überzeugen, daß man mit den Engländern überhaupt nicht von Frieden reden dürfe, daß schon eine Anspielung darauf sie beleidigen müsse. Er war viel britischer als die britische Regierung, die sich in jener schwierigen Zeit eine so ablehnende Haltung gar nicht erlauben konnte. Man lese nur eine Aufzeichnung des amerikanischen Botschafters vom Februar 1916 (III 282): „House sagte mir, wir würden am Montag eine Zusammenkunft haben — Asquith, Grey, Reading, Lloyd George, er und ich. Nein, die werden wir nicht haben. Kein Mitglied der Regierung kann sich gestatten, irgendein solches Thema (Friedensmöglichkeiten) zu erörtern; kein einziges hat irgendein Zutrauen zur Tatkraft des Präsidenten. Darum sagte ich House am Freitag, 11. Februar (1916), daß ich zu keiner solchen Konferenz mit ihm gehen könne oder wolle.“ Am 14. Februar fand die Konferenz doch statt, aber ohne Page, der dadurch Wilsons Stellung gegenüber den Engländern schwächte (House II 178). Diese benahmen sich also versöhnlicher als der amerikanische Botschafter!

Dabei war Wilsons Programm wahrlich nicht zu freundlich für die Mittelmächte. Die Friedensbedingungen sollten in London ausgearbeitet, dann den Gegnern in einer Form vorgelegt werden, die ihre Annahme ausgeschlossen erscheinen ließ. Zugleich sollten die Vereinigten Staaten erklären, daß der ablehnende Teil für die Verlängerung des Krieges verantwortlich sei und sie seinen Gegnern, d. h. der Entente, mit Waffengewalt helfen würden. Das sogenannte House-Memorandum über diese Dinge ist von Grey (englische Ausgabe II 127 f.) und jetzt bei Page (III 287 f.) abgedruckt, und wir lernen sogar noch, daß House in Paris dem damaligen Ministerpräsidenten Briand die Waffenhilfe der Vereinigten Staaten versprochen hat, wenn Frankreich rechtzeitig in äußerster Not diese anriefe.

Besonders Interessantes lernen wir auch über die glänzenden Erfolge des englischen und das — Mißgeschick des deutschen Nachrichtendienstes. Bernstorff hatte eine Abrechnung über Propagandagelder, die verschiedene Amerikaner schwer belastete, im amerikanischen Depeschensack nach Berlin gesandt (!), wo sie von Gerard „mit Recht“ geöffnet wurde (Page III 274 ff.). Anderseits hatten die Engländer schon seit Beginn des Krieges (early in



the war) sich den deutschen Chiffre zu beschaffen gewußt, und als Zimmermann im Januar 1917 den unseligen Plan eines Bündnisses mit Mexiko und Japan gegen die Vereinigten Staaten ausheckte, gelangten die mit dem deutschen Gesandten in Mexiko über New York gewechselten Telegramme sogar auf vier verschiedenen Wegen prompt mit allen Einzelheiten zur Kenntnis der Engländer und Amerikaner, die auf diese Weise schon rechtzeitig vorher wußten, daß am 1. Februar der unbeschränkte Ubootskrieg beginnen sollte (Page III 335 f.). Jeder Kommentar würde hier die Wirkung der Tatsachen abschwächen.

Als dann endlich Amerika die Beziehungen zu Deutschland abbrach, war Page wie von einer Last erlöst, unter der er fast zusammengebrochen war. Begeistert traf er nun alle Maßnahmen für die neue Lage, im Hochgefühl der dankbaren Anerkennung, die ihm alle Welt in London entgegenbrachte. Sie nahm bisweilen Formen an, die einen weniger fanatisierten Parteigänger stutzig gemacht hätten. So begrüßte ihn ein hochgestellter Engländer am Tage nach Amerikas Kriegserklärung: „Gott sei Dank, daß es heute in London einen Heuchler weniger gibt.“ „Was meinen Sie?“ fragte Page. „Ich meine Sie, der Sie die ganze Zeit vorgaben, neutral zu sein! Das ist nun nicht länger nötig.“ „Sie haben recht!“ antwortete der Botschafter lachend“ (Page II 230). Und der König sagt ihm um dieselbe Zeit: „Ah, ah, wir wußten, wo Sie die ganze Zeit standen“ (II 237). Im Grunde gibt es kaum einen schlimmeren Vorwurf für den Vertreter einer bis dahin neutralen Macht; aber Page war offenbar stolz darauf — zu lange hatte er unter Wilsons Neutralität gelitten. So schlug denn auch der scharfe Tadel gegen den Präsidenten, mit dem er so wenig gezeigt hatte<sup>3)</sup>, auch jetzt nicht in die alte freudige Begeisterung um. Das Band zwischen den beiden Freunden war endgültig gerissen, seit Page im August 1916 nach Amerika gefahren war, um Wilson zum Kriege zu überreden, und dieser zuerst wochenlang jeder Erörterung auswich und schließlich unzweideutig seiner entgegengesetzten Meinung und seinem Ärger über Englands Willkür gegen die Neutralen Ausdruck gab — jener

---

<sup>3)</sup> „Wilson unterdrückte das natürliche Gefühl der Amerikaner . . . und Bernstorff übernahm (in einem großen Maße) das Kommando über amerikanische Auffassung. . . . Diese klare Angst vor den Deutschen und dem Kriege verursachte jetzt des Präsidenten Friedensschritt . . . Ich sage voraus, daß man den Präsidenten nicht dazu bringen kann, einen Finger für den Krieg zu rühren — bis etwa die Deutschen wirklich einen unserer Häfen bombardieren. Es ist Feigheit oder Pazifismus, die ihn jedesmal zurückhalten“ (31. Dezember 1916, III, S. 315).

Willkür, die Pages Haltung ohne Zweifel bestärkt hatte (Page II 171 ff., besonders 185 ff.)<sup>4)</sup>. Zwar sind in Hendricks Biographie noch über ein Dutzend z. T. recht lange Briefe an Wilson abgedruckt, aber die alte Herzlichkeit ist geschwunden; Page war überzeugt, daß nur der Wille des amerikanischen Volkes, nicht eigener Entschluß den Präsidenten zur Kriegserklärung veranlaßt habe. Daran änderten auch Wilsons hysterische, ganz an Pages eigenen Stil erinnernde Tiraden gegen Deutschland — z. B. die Antwort auf den Friedensabschnitt des Papstes vom August 1917 (Page III 406) — kaum mehr etwas. Andererseits kann man sich nichts kälteres denken als das Telegramm, mit dem Wilson das Abschiedsgesuch seines alten, nun todkranken Freundes annahm (24. 8. 1918, II 396). Die beiden sollten sich nicht wiedersehen. Am 21. Dezember 1918 ist Page in seiner Heimat gestorben.

Der Krieg ist für die Vereinigten Staaten über alles Erwarten günstig ausgegangen. Es ist begreiflich, daß man in Amerika diejenigen besonders preist, die von Anfang an auf dieses Ziel hingearbeitet haben, und ihre Methoden nicht näher nachprüft. Wer aber kühl und unparteiisch Pages Laufbahn als Botschafter überschaut, der kommt zu folgendem unerwarteten Ergebnis: Ein Mann, der sich in erstaunlich kurzer Zeit überall in London Zuneigung und Vertrauen erobert hat, weiß aus diesem kostbaren Besitz in der Krisis von 1914 nicht den geringsten Vorteil, nicht die geringste tiefere Erkenntnis zu ziehen. Ein Mann, der vor dem Kriege nicht müde wurde, Amerikas Überlegenheit und nahe bevorstehende Welthegemonie, vor allem aber seine Führerschaft gegenüber England zu betonen, macht im Kriege nichts davon geltend, als hätte er nie daran gedacht. Der Botschafter der einzigen neutralen Macht, die der Entente verhängnisvoll werden konnte, von deren Wohlwollen ganz besonders England unbedingt abhing, tut auch

---

<sup>4)</sup> Daß Wilson nicht immer Unrecht und Page nicht immer Recht hatte, bezeugt eine Notiz in Houses Tagebuch über ein Gespräch vom 25. September 1916 (House II, S. 319): „Page ist so pro-britisch wie je und kann den amerikanischen Standpunkt nicht einsehen. Er sagte, daß die Engländer über unsere Friedensversuche erbittert sind . . . ich glaube nicht, daß diese eine so unedle Bemühung (ignoble effort) waren wie sie Page erscheinen. Er erklärt, daß niemand von uns die Lage oder die hohen Ziele der Briten in diesem Kriege verstehe. Ich erwiderte, daß wir manches von dem cant und der Heuchelei ärgerlich ablehnen, welche sich die Briten erlauben; z. B. über Belgien. Page gab zu, daß die Briten auf Seiten Frankreichs gekämpft hätten, auch wenn dieses Belgiens Neutralität verletzt hätte, um deutsches Gebiet wirkungsvoller zu erreichen.“

nicht das geringste, um diese einzigartige Machtstellung zum Vorteil oder zum Schutze seines Landes oder seiner Landsleute auszunutzen — im Gegenteil, nach seiner Haltung sollte man meinen, daß die Vereinigten Staaten auf das Wohlwollen Englands angewiesen seien und es ums Himmels Willen nicht mit ihm verderben dürften. So „half er mit, daß ein mächtiger neutraler Staat sich mit unerhörten Demütigungen abfand, und zerstörte die historische Stellung der Vereinigten Staaten als Vorkämpfer aller großen und kleinen Neutralen“ (Grattan, American Mercury Sept. 1925, S. 51). Der Menschenfreund setzt sich eifrig für die Aushungerung vieler Millionen ein, der Friedensfreund sucht jeden Frieden zu hintertreiben, der England nicht genehm ist. Der selbstbewußte, auf seinen Scharfblick so stolze Mann läßt sich mit verblüffender Leichtigkeit „einwickeln“, von Grey vor allem, aber keineswegs nur von Grey.

Faßt man dies alles zusammen, so bleibt von der „Walter Hines Page Legende“ wahrlich nicht viel übrig, mit dem sich Staat machen ließe.

Die führenden Staatsmänner Englands, Bonar Law, Balfour, Asquith, Lloyd George, Grey, hatten wohl recht, wenn sie in einem gemeinsamen Schreiben an die „Times“ Pages Wirken priesen und eine besondere Ehrung für den forderten, welcher „der glücklichste, befreiteste Mann in Europa war, als Amerika in den Krieg eintrat“ (Page III 427 f.). Und der von Grey am 3. Juli 1923 in der Westminster-Abtei enthüllte Gedenkstein trägt mit Recht die Aufschrift: „The Friend of Britain in Her Sorest Need.“ Aber wenn Wilson öfter von ihm sagte, er sei „more British than the British“ (II 23) und seinem Vorgänger Taft gegenüber sogar erklärte: „Page ist in Wahrheit ein Engländer, und ich muß von allem etwas abziehen, was er über die Lage in Großbritannien sagt“ (12. 12. 1917, II 348), so war er nicht minder im Recht; und damit hat er über seinen alten Freund als Botschafter der Vereinigten Staaten den Stab gebrochen.

### **Berichtigung.**

Im ersten Teile dieses Aufsatzes, Augustheft S. 555, muß Zeile 15 lauten: . . . „in die Augen. Alle drei sind fast zu gleicher Zeit (Page 1855, Wilson 1856 . . . usw.“

---

## Berichtigungen:

Im Juni-Heft auf Seite 409 Zeile 21 von oben muß es anstatt „was“ heißen „weshalb“, damit entfällt der in dem Aufsatz an die Worte dieses Satzes geknüpfte Kommentar.

Der Fehler, auf den uns die Engländerin Miß Edith Durham in dankenswerter Weise aufmerksam machte, ist von zwei verschiedenen, unabhängig voneinander arbeitenden Übersetzern gemacht worden. Ein genauer Kenner der serbischen Sprache erklärte uns die Entstehung des Übersetzungsfehlers folgendermaßen:

Die Stelle lautet nach dem Original in der „Politika“ vom 26. April 1926:

„Sto je to rekao G. Ljuba Jovanović, ja to ne znam, . . .“

Da „sto“ nichts anderes ist als das Fragewort „was“, so kann bei flüchtigem Lesen leicht übersehen werden, daß das Wörtchen „to“ nachfolgt, das den Sinn des „sto“ in „warum“ oder „weshalb“ verändert.

★

Im Juli-Heft Seite 488 vorletzte Zeile muß es anstatt „Von dem Bandenführer“ heißen: „Auf Verfügung des Bandenführers“ vergleiche „Österreichisches Rotbuch“ 1919 II Nr. 48 Seite 69.

★

In dem Aufsatz des August-Heftes: „Die Goldreserven der ‚Banque de France‘ und der ‚Reichsbank‘ für den Weltkrieg“ muß es auf Seite 572 Zeile 6 und 7 anstatt „indem wir die Goldreserve von fast einer Milliarde Franken in einigen Monaten noch vermehrten . . .“ heißen: . . . „Indem wir die Goldreserve in einigen Monaten noch um fast eine Milliarde Franken vermehrten.“

*Die Schriftleitung.*



# MONATSBERICHT.

## AMERIKA.

**Heroes and Villains of the World War.** By Charles A. Beard, former Professor of Politics, Columbia University.

„Current History“, August 1926.

Professor Beard bespricht das Kriegsschuldbuch von Harry Elmer Barnes. Es sei das Verdienst von Barnes, daß er die „Sonntagsschultheorie“ über die Ursachen des Krieges gründlich zerstört habe. Jeder vernünftig Denkende müsse Barnes bei dem Streit um die Schuld Klausel des Versailler Vertrages darin zustimmen, daß diese Klausel ein irrtümliches Urteil enthalte. Eine andere Auffassung als Barnes vertritt Professor Beard hinsichtlich der Verantwortlichkeit der deutschen leitenden Persönlichkeiten bei Kriegsausbruch. Deutschland habe Österreich freie Hand gelassen gegen Serbien in der vollen Überlegung, daß aus dieser österreichischen Aktion ein allgemeiner Krieg entstehen könne.

### Vor zwölf Jahren.

„Hamburger Stimmen“, 31. Juli 1926, Nr. 665.

Die Wiederkehr der Tage des Kriegsausbruchs nimmt die „New York World“ zum Anlaß, über den Stand der Kriegsschuldfrage und die verantwortlichen Führer bei dem Ausbruch des Weltkrieges in längeren Ausführungen Stellung zu nehmen. Sie sagt dabei u. a.: „Vor zwölf Jahren wußten wir, daß Potsdam zu bestimmter Stunde den Weltkrieg beschloß, heute glauben wir das nicht mehr so bestimmt, und nach weiteren zehn Jahren werden wir auch andere Dinge nicht mehr so ohne weiteres hinnehmen.“

**The Crown Prince as Archivist.** By Harry Elmer Barnes.

„The Nation“ (New York), 11. August 1926.

Harry Elmer Barnes sagt in seiner Besprechung des Kronprinzenbuches folgendes: „Das vorliegende Werk bemüht sich, Deutschland von der Anklage des § 231 des Versailler Vertrages freizusprechen, der behauptet, daß Deutschland allein für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich ist und auch für alle Schäden, die durch ihn hervorgerufen worden sind. Zufällig ist das Buch gegen die offizielle Apologie gerichtet, die in Bourgeois' und Pagès Werk über die Kriegsschuldfrage enthalten ist.

Noch einmal kann es ohne weiteres behauptet werden, daß der Kronprinz das beste Buch herausgebracht hat, das in dieser Art

von irgendeinem Glied der königlichen Familie oder einer führenden militärischen Persönlichkeit des Vorkriegs-Deutschlands geschrieben worden ist. Es ist ebenso objektiv und leidenschaftslos wie die Werke von Grey oder Poincaré gehalten und weit ruhiger als diejenigen von Asquith und Viviani.“

**Where Blame for the Great World War Rests. By Frank H. Simonds.**

„The Sunday Star“ (Washington), 18. Juli 1926.

Der amerikanische Journalist Frank H. Simonds vertritt heute ebenfalls einen revisionistischen Standpunkt in der Kriegsschuldfrage. In dem vorliegenden Aufsatz gibt er einen Rückblick auf die Entwicklung der Kriegsschuldforschung und skizziert ihren heutigen Stand. Nachdem zwölf Jahre seit dem Kriegausbruch vergangen seien, wäre es interessant und bedeutsam zugleich, den Wechsel der Meinungen über den Ursprung des Krieges zu verfolgen. Schlagwort und Idee einer Kriegsschuld befänden sich im Aussterben. Die Überzeugung, daß der Krieg nicht gewollt war, sondern daß seine Ursachen auf mannigfache Faktoren der geschichtlichen Entwicklung von 1870/1914 zurückzuführen seien, wachse immer mehr. Das verzerrte Bild, das sich die Welt in den Zeiten erster Kriegserregung über seinen Ursprung machte, sei geschwunden. Klar sehe man jetzt, daß auch der deutsche Kaiser und seine Berater den Krieg nicht gewollt hätten.

Es sei wohl wahr, daß Österreich Serbien energisch habe züchtigen wollen, daß Deutschland versprach, Österreich zu unterstützen, und daß wiederum Rußland sich das Recht eines Protektors Serbiens zugebilligt habe und Frankreich bereit gewesen sei und versprochen habe, den russischen Bundesgenossen zu unterstützen, wenn ein Krieg infolge der Balkanwirren ausbrechen sollte. Aber daß die österreichischen Staatsmänner — denen wohl sicherlich die größte Verantwortung für das, was sich ereignete, aufzubürden sei — jemals daran gedacht hätten, Europa in Flammen zu stürzen und daß die deutschen Herrscher in dem serbischen Konflikt einen Vorwand gesehen, um das plötzlich herbeizuführen, was sie — wie allgemein angenommen — über 40 Jahre hindurch geplant hätten, sei alles jetzt ebenso schwer zu glauben, wie die Alternative, daß russische und französische Staatsmänner mit bewußter Voraussicht der Folgen aggressive Politik betrieben hätten.

Für den Unparteiischen erscheine es jetzt klar, daß Europa in den Krieg gestolpert sei. Aus den Kriegsverbrechern würden

schwache und fehlbare Menschen, wenn man alle die vorliegenden Dokumente gelesen habe. Ohne Ausnahme fehle ihnen die Stärke zu der Rolle, die sie angeblich gespielt haben sollen. Die einfache und einst befriedigende Auffassung, daß am 5. Juli in Potsdam der Krieg beschlossen wurde, lasse sich nicht mehr aufrechterhalten. Selbst die Theorie, der Militarismus habe die Regierungen zur Seite gedrängt und die Welt in den von ihnen ersehnten Konflikt gestoßen, lasse sich nicht mehr mit den Tatsachen in Einklang bringen.

Vielleicht wäre es möglich gewesen, 1914 den Krieg zu vermeiden, doch wohl nur zeitweise, nicht aber endgültig. Die Faktoren, die ihn möglich machten, wären geblieben. Der Versuch, der einen oder anderen Seite überzeugend die eigentliche Schuld am Kriege aufzubürden, sei gescheitert. Nicht ein einzelnes Volk, nicht ein einzelner Herrscher oder Staatsmann habe den Kampf gewollt, sondern Europa, doch nicht bewußt, nicht direkt, sondern durch Annahme eines Systems, das früher oder später nur so habe enden können, wie es geendet habe.



## DEUTSCHLAND.

**Zur Psychologie der Behandlung der Kriegsschuldlüge. Von Dr. Rochlitz.**

„Deutsche Stimmen“ (Berlin), 1926, Nr. 14.

Dr. Rochlitz tritt den in letzter Zeit von extrem-rechtsgerichteten Kreisen erhobenen Vorwürfen entgegen, daß die Regierung die Kriegsschuldfrage versacken lasse. Rochlitz ist gegen eine neue amtliche Erklärung in der Kriegsschuldfrage. „Durch Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett wird diese Frage überhaupt nicht entschieden werden, sondern nur durch die Kraft und Macht der öffentlichen Meinung in allen Ländern der Welt. . . . Heute heißt es, zunächst den Boden für die internationale Untersuchung der Schuldfrage vorbereiten und Stein auf Stein zur Entlastung Deutschlands herbeischleppen. Dann, wenn das Terrain genügend geebnet ist, wird auch eines Tages das internationale neutrale Gremium sich finden und von der ganzen Welt gefordert werden, vor dem die Forscher der ganzen Erde sich aussprechen können. Das setzt aber voraus, daß genügend objektiv und gerechtdenkende Forscher und Persönlichkeiten in allen Ländern vorhanden sind, versehen mit dem Rüstzeug langjähriger wissenschaftlicher Arbeit. Eine zu früh eingeleitete Untersuchung müßte entweder zu falschen Schlüssen oder zu farblosen Urteilen führen.“

**Bernard Shaws Kampf gegen die Kriegsschuldlüge. Von Georg Leopold Koch.**

**„Mitteldeutsche Zeitung“ (Erfurt), 25. Juli 1926, Nr. 172.**

Shaw beging am 26. Juli seinen siebzigsten Geburtstag. Als Schriftsteller und Dramatiker ist er in Deutschland allgemein bekannt. Weniger bekannt ist, daß Shaw zu den ganz wenigen Persönlichkeiten gehört, die den Mut hatten, schon während des Krieges öffentlich gegen die Legende der deutschen Alleinschuld aufzutreten. Er hat seine Ansichten in zwei Büchern niedergelegt: „Der gesunde Menschenverstand im Kriege“ und „Winke zur Friedenskonferenz“.

**Für den Zusammenschluß in der Kriegsschuldfrage.**

**„Kölnische Zeitung“, 3. August 1926, Nr. 569.**

Zur Wiederkehr der Erinnerungstage an den Beginn des Weltkrieges fordert die Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Verbände zum Zusammenschluß aller Parteien in der Kriegsschuldfrage auf.

**Die Belgier und wir. Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.**

**„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 27. Juli 1926, Nr. 344.**

Am Schlusse seiner Besprechung des offiziösen belgischen Kriegswerkes schreibt Schwertfeger: „Angesichts der neuerlichen Vorgänge in Belgien und verschiedener anderer Anzeichen halte ich es für eine vaterländische Pflicht, auf die ungeheure Verhetzung hinzuweisen, die durch das große belgische Kriegswerk unter Beteiligung namhafter Persönlichkeiten des amtlichen Belgien betrieben wird. Wir mußten damit rechnen, daß in der Nachkriegszeit die häßlichsten Angriffe gegen Deutschland gerichtet werden würden. Das war bei der langen Dauer des Weltkrieges und bei den großen Opfern, die er gefordert hat, kaum anders zu erwarten. Wir glauben aber, daß es an der Zeit ist, dieses unwürdige Spiel zu beenden. Allzu lange schon hat die leidenschaftliche Verhetzung der Völker gedauert. Wenn wir auch im Weltkriege vor der Überzahl unserer Feinde und infolge der Hungerblockade Englands erlegen sind, so wollen wir es doch nicht fernerhin dulden, als die Parias der Welt betrachtet und in viel gelesenen, fast amtlich zu nennenden Werken als solche beschimpft zu werden. Für die deutsche Regierung wäre es an der Zeit, in Brüssel anzufragen, ob man dort derartige Publikationen mit dem Geiste von Locarno für vereinbar hält.“



## **Professor Mendelssohn über die Kriegsschuld Wilhelm II.**

**„Kölnische Zeitung“, 16. August 1926, Nr. 606.**

Im politischen Institut zu Williamstown (U. S. A.) sprach am 15. August Professor Dr. Mendelssohn-Bartholdy über die Schuld des ehemaligen deutschen Kaisers am Ausbruch des Krieges. Professor Mendelssohn-Bartholdy erklärte, daß der frühere Kaiser sich ernstlich um die Erhaltung des Friedens bemüht hätte, und zwar so sehr, daß seine eigenen Generäle ihn einen Feigling genannt hätten. Auch der Hinweis auf Agadir könne nicht das Gegenteil beweisen. Der frühere Kaiser hätte sich dem „Panthersprung“ und Deutschlands Eingreifen in Marokko nach Kräften widersetzt, habe aber auf das Auswärtige Amt nicht genügend Einfluß ausüben können. Man hätte ihm nur Papiere vorgelegt, die dem Auswärtigen Amt in den Kram paßten, während man ihm andere, wichtigere, vorenthalten hätte. Was den Weltkrieg angehe, so hätte Deutschland wissen müssen, daß England in einem deutsch-französischen Krieg auf Frankreichs Seite stehen würde. Die Berichte der deutschen Botschafter hätten keinen Zweifel daran gelassen, aber Bülow und seine Nachfolger hätten das nicht verstanden.

## **Die Außenpolitik der Deutschnationalen Volkspartei. Von Professor Dr. Hoetzsch, M. d. R.**

**Europäische Gespräche, Juli 1926.**

Bei der Entwicklung des deutschnationalen außenpolitischen Programms schreibt Professor Hoetzsch u. a.:

„Erst die Außenpolitik, dann die Innenpolitik — erst das Volk und sein Staat, dann die Klasse und das einzelwirtschaftliche Interesse.

Von diesen Grundsätzen aus hat die Deutschnationale Volkspartei gegen den Versailler Frieden sowohl wie gegen das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 gestimmt. Aus diesem Grunde tritt sie für die Revision des Versailler Friedens ein, unter dem auf die Dauer dem deutschen Volke zu leben nicht möglich ist. In dieser Grundauffassung ist ihr auch im besonderen der Kampf gegen die Lüge von der deutschen Kriegsschuld selbstverständlich. Dieser Kampf wird auch dann nicht überflüssig, wenn Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist. So wenig mit dem Locarnopakt und der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund vereinbar ist, daß fremde Truppen als Besatzung auf deutschem Boden noch weiter stehen, so wenig ist damit verträglich, so wenig ist mit einem ernsthaften Versuch, Europa in der Wiederherstellung gleich-

berechtigter Nationen und Staaten zu befrieden, vereinbar, daß der Makel am deutschen Namen klebe, Deutschland habe, wie der Artikel 231 des Versailler Vertrages besagt, den Krieg zielbewußt vorbereitet, sei am besten gerüstet in ihn eingetreten und habe zielbewußt alle Versuche, den drohenden Ausbruch friedlich beizulegen, verhindert. Alles was seit 1914 an Material über die Entstehung des Weltkrieges erschienen ist, beweist, daß dieser Satz Wort für Wort falsch ist. Es gilt, ihn in der Zusammenarbeit der Gelehrten, der freien Organisationen, des Staates und der Parteien schließlich vor der ganzen Welt als falsch zu erweisen, und die Anteilnahme des deutschen Volkes an dieser Frage, die eine Frage der Moral und Ehre ist, darf nicht erlöschen.“

### **Der Chauffeur von Sarajewo. Das rote Auto.**

**„Deutsche Zeitung“, 1. August 1926, Nr. 228a.**

Vor wenigen Tagen starb in Brünn der Gastwirt Lojka, und die Brüänner gedachten seines Todes, als sei Lojka einer der Ersten ihrer Stadt gewesen. Er war keiner der Hohen von Brünn, er war auch keine politische Größe, nur eben ein Gastwirt, den niemand als die Brüänner kannten. Aber vor Jahren wurde sein Name in der ganzen Welt genannt, um der wenigen kurzen Minuten willen, für die ihm das Schicksal einen Platz im Brennpunkt der Weltgeschichte zugewiesen hatte: denn dicht hinter seinem Rücken wurden die Flammen des Weltbrandes angefacht; er war der Chauffeur des Erzherzogs Franz Ferdinand, er führte sein Auto am Unglückstage von Sarajewo.

Später nahm ihn Kaiser Karl in seine Dienste, und als der Umsturz kam, wurde er mit 400 000 Kronen abgefunden, mit denen er sich eine Gastwirtschaft in Brünn kaufte. Seine Vergangenheit machte ihn zu einer stadtbekannten Persönlichkeit, und mancher kam, um ihn von der Schreckensfahrt erzählen zu hören und die Reliquien zu sehen — die blutigen Hosenträger des Erzherzogs und ein Stück einer goldenen Armbkette der Erzherzogin —, die man ihm zum Andenken überlassen hatte, als Anerkennung für sein tapferes Verhalten in jenen Minuten. Denn mit großem Geschick war er den ersten Bomben ausgewichen, die gegen das Auto geschleudert wurden, und jetzt war er noch immer überzeugt, daß er sein Auto auch dem Bereich der tödlichen Schüsse hätte entführen können, wäre nicht aus dem Innern des Wagens, von der Erzherzogin, der Befehl gekommen: „Fahren Sie weiter!“

## **Professor Harry Elmer Barnes in Berlin und München.**

Am 26. Juli hielt Prof. Harry Elmer Barnes einen Vortrag über die Kriegsschuldfrage in der Berliner Universität. Der Vortrag behandelte die diplomatische Lage von 1870—1912 und die entscheidenden Jahre von 1912—1914. Als den Wendepunkt betrachtet Barnes das Jahr 1912. Die Hauptverantwortung für den Kriegsausbruch sieht er bei Rußland und Frankreich. Barnes sprach dann sehr ausführlich über den deutschen Unterseebootskrieg und den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg.

Prof. Barnes wiederholte am 28. Juli seinen Vortrag in der Münchener Universität.

## **Jugoslawien und Deutsches Reich.**

**„Germania“, 4. August 1926, Nr. 156.**

In einer Belgrader Zuschrift wendet sich die „Germania“ gegen die von deutscher Seite erhobenen Beschuldigungen gegen die serbische Regierung wegen ihrer Mitwisserschaft an dem Attentat von Sarajewo. Die „Germania“ vertritt den Standpunkt, daß die Kriegsschuldfrage dazu aufgerollt werden solle, um die Politik zu unterstützen, nicht aber um die Politik zu schädigen. Der Verfasser der Belgrader Zuschrift führt aus: „Stellt man die Frage nach der Kriegsschuld Serbiens, so steht ganz zweifellos fest, Serbien wollte den Krieg!

Stellt man die Frage, ob das damalige Kabinett Pasitsch-Protitsch-Ljuba Jowanowitsch den Anlaß (Mord in Sarajewo) herbeiführte, so wird es vorerst schwieriger sein, einen absolut schlüssigen Beweis zu führen; der Mord wurde zweifellos von reichserbischer Halbintelligenz angestiftet, aber der sichere Beweis, daß Pasitsch eingeweiht war, läßt sich schwer erbringen.

Eine andere Frage ist, ob Pasitsch Mitwisser war, daß ähnliche Morde geplant seien. Nüchtern denkende Serben weisen auf die Möglichkeit hin, daß Pasitsch etwas von ähnlichen Plänen hörte, sie aber nicht allzu tragisch nahm, weil er sich dachte, daß, falls Mordgesellen ausgeschiedt würden, diese schon von den österreichischen Behörden aufgegriffen würden.

Würde man in reichsdeutschen Blättern den Anteil Serbiens an der Kriegsschuld sachlich unter dem Gesichtspunkt der Zwangsläufigkeit behandeln, so glaube ich kaum, daß sich die jugoslawische Öffentlichkeit darüber aufregen würde, denn diese Zwangsläufigkeit wird ja auch in Jugoslawien zugegeben.

Verknüpft man aber die Schuldfrage mit persönlichen Beschuldigungen der leitenden Männer Jugoslawiens, so braust begreiflicherweise die jugoslawische Öffentlichkeit auf, und diese Beschuldigungen arten in Schimpforgien aus, zumal man in Belgrad argwöhnt, daß im Deutschen Reich diese Frage im Schlepptau ungarischer Propaganda behandelt wird.“

### **Deutsches Reich und Jugoslawien. Von August Bach.**

**„Tägliche Rundschau“, 19. August 1926, Nr. 383.**

Der Verfasser wendet sich gegen den vorstehenden Artikel in der „Germania“. Er schreibt: „Die hier aufgestellten Forderungen können von der Kriegsschuldforschung nicht angenommen werden. Die Kriegsschuldforschung kennt nur ein Ziel: die restlose Aufdeckung der Ursachen des Weltkrieges ohne Rücksichten auf irgendwelche Persönlichkeiten, Klassen oder Parteien. In diesem Sinne hat auch Deutschland in den Jahren nach Abschluß des Versailler Vertrages gehandelt. Es hat bei Öffnung seiner Archive keine Rücksicht genommen auf den ehemaligen deutschen Kaiser noch auf die deutschen Reichskanzler und deutschen Minister, sogar die intimen Randbemerkungen des deutschen Kaisers wurden veröffentlicht und dadurch die Person des ehemaligen Monarchen in die Kriegsschulddiskussion einbezogen. Die Kriegsschuldforschung muß um ihrer selbst willen eigene Wege gehen. Rücksicht darauf zu nehmen, wie die Ereignisse der Kriegsschuldforschung einmal in der Politik ausgewertet werden, ist nicht Sache der Kriegsschuldforscher. In jedem Falle aber darf die Unabhängigkeit der Forschung nicht durch die Politik beeinträchtigt werden.“

### **Jugoslawien und Deutschland.**

**„Germania“, 19. August 1926, Nr. 383.**

Die „Germania“ ist mit den vorstehenden Ausführungen nicht einverstanden, sondern der Ansicht, „daß zwischen Wissenschaft und Politik ein Unterschied besteht. Und daß, während für die wissenschaftliche Forschung und für wissenschaftliche Publikationen irgendwelche aus politischen Erwägungen geborene Hemmungen schlechterdings unzulässig sind, die Sache sich für die amtliche Politik und die politische Presse nicht ganz so verhält. Aus diesem Grunde waren wir der Ansicht — und wir haben uns da, wie wir wissen, in sehr guter Gesellschaft befunden —, daß in Augenblicken, wo wir an



einer günstigen Atmosphäre beim Gegner interessiert sein mußten, und zu Zeiten, wo dieser Gegner psychologisch für die Wahrheit über die Kriegsschuld noch nicht reif war, amtliche Aktionen über die Schuldfrage uns mehr schaden als nutzen mußten. So halten wir auch die Erörterung der Kriegsschuld Serbiens in politischen Tagesblättern Deutschlands, wenn es sich dabei um Männer handelt, die heute noch führende Staatsmänner in Jugoslawien sind, für ein Unternehmen von fragwürdiger politischer Weisheit.“

Wir können der „Germania“ leider hier nicht beipflichten. Bei der Erörterung der Kriegsschuldfrage handelt es sich auch heutigen Tages noch sehr oft um Männer, die „führende Staatsmänner“ in ihrem Lande sind. Wollte die Kriegsschuldforschung sie von der kritischen Betrachtung ausnehmen, würde vielleicht einer „fragwürdigen politischen Weisheit“ entsprechen, wissenschaftlich aber ein Torso, wenn nichts Schlimmeres entstehen.

### **Die Weltkirchen zur Kriegsschuldfrage. Eine Kundgebung des Stockholmer Fortsetzungsausschusses.**

**„Evangelischer Pressedienst“, 1. September 1926, Nr. 36.**

Der vor kurzem in Bern tagende Fortsetzungsausschuß der Stockholmer Weltkirchenkonferenz hat in seiner Vollsitzung vom 28. August sich mit dem vor einem Jahre von Präsident Dr. Kapler im Namen der deutschen Stockholm-Delegation überreichten Briefe beschäftigt und zu ihm in einer Entschließung Stellung genommen.

In diesem Schreiben gedachte die deutsche Delegation der Frage nach der Schuld am Ausbruch des Weltkrieges und schrieb u. a.:

„Die Notwendigkeit einer rückhaltlosen allgemeinen Klärung dieser Frage empfinden auch wir in ihrem ganzen Gewissensernste. Sie ist uns wie unserem Kirchenvolke eine Frage vor allem der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Dennoch haben wir einmütig davon Abstand genommen, sie während der Tagung selbst aufzurollen. Eine eingehende Behandlung dieser Frage auf der mit so vielen anderen Aufgaben bereits überreichlich beschäftigten Konferenz war ja technisch völlig unmöglich. Ein großer formeller Prozeß gegen die Aufbürdung der Schuld am Kriege auf Deutschland war überflüssig, da alle Welt weiß, daß das deutsche Volk diese Aufbürdung mit Entschiedenheit ablehnt, und daß wir in zahlreichen christlichen Ländern durch namhafte Forscher Zustimmung zu dieser Ablehnung in wachsendem Maße gefunden haben. Ein bloßer Protest hätte zudem die von dem ernstesten Willen der Delegierten aller

Länder getragene Einmütigkeit der Konferenz und ihr hohes Werk stören können, ohne die Sache irgendwie zu fördern. Die deutsche Delegation bittet den Fortsetzungsausschuß diese ihre Stellungnahme und ihre Motive, gleichzeitig aber auch den Ausdruck ihrer ernstesten christlichen, von der Zustimmung des gesamten evangelischen Deutschlands getragenen Überzeugung zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß eine Klärung der Schuldfrage eine moralische Aufgabe ersten Ranges ist, die um ihrer selbst willen, aber auch im Hinblick ganz besonders auf die künftige ökumenische Zusammenarbeit der Kirchen als unabweislich und dringend erscheint.“

Auf diesen Brief gibt der Fortsetzungsausschuß nach sorgfältiger Erwägung die folgende Antwort:

„1. Der Fortsetzungsausschuß hat das brennende Verlangen, das Familienband, das die verschiedenen Gruppen der Christenheit untereinander vereinigt, zu verstärken. Er erklärt, daß Christen, die in der Gemeinschaft mit Jesus Christus unter sich eins sind, ihr gegenseitiges Verhalten zueinander niemals abhängig machen von irgendwelchen offiziellen in einem diplomatischen Dokument niedergelegten Erklärungen. In unseren religiösen Zusammenkünften genießen ja alle Christen, jeder Teilnehmer in gleichem Maße die gleiche Freiheit, die gleiche Achtung, das gleiche Vertrauen. Sind sie doch alle Teilhaber des gleichen Brotes am Abendmahlstisch des Herrn, um in ihm ein Leib zu werden (1. Kor. 10, 17). Der Fortsetzungsausschuß hat daher den Wunsch, ins vollste Licht zu stellen, daß auf unseren internationalen Versammlungen die göttliche Sache der einen unteilbaren Kirche zu unserer gemeinsamen Sache werde, die unmöglich mit der Sondersache irgendeines einzelnen Staates gleichgestellt werden kann. In Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen, die er im Geist des Vaterunser feierlich aufs neue zum Ausdruck bringt, schätzt sich der Fortsetzungsausschuß glücklich, ein brüderliches Wort des Friedens zu sagen, das geeignet ist, Mißverständnisse zu zerstreuen und seeliche Wunden zu heilen.

2. Obwohl der Fortsetzungsausschuß davon Abstand nimmt, sich mit irgendwelchen rein politischen Gegenständen zu befassen, bekennt er sich doch zu der Überzeugung, daß das Arbeitsziel der Stockholmer Weltkonferenz, deren Werk er fortzusetzen hat, unlöslich verbunden ist mit der entschiedenen Bejahung bestimmter moralischer Prinzipien, welche unumstößliche Grundwahrheiten des Reiches Gottes darstellen. In Übereinstimmung mit diesen Prinzipien gibt der Fortsetzungsausschuß bei diesem Anlaß rückhaltlos die Erklärung ab, daß es zu allererst auf die Wahrheit ankommt und

daß keinerlei Interessen, mögen sie eine Einzelperson oder eine Gemeinschaft betreffen, sich der Wahrheit widersetzen dürfen. Er erklärt weiter,

daß die Achtung vor dem gegebenen Manneswort die Regierungen wie die Einzelpersönlichkeiten zu beseelen hat;

daß unmöglich durch Krieg festgesetzt werden kann, was recht ist;

daß politische Urkunden durchaus nicht mit Notwendigkeit geeignet sind, ein endgültiges moralisches Urteil zu fällen;

daß ein jedes erzwungene Bekenntnis, wo immer es auch abgelegt sein mag, moralisch wertlos und religiös kraftlos ist.

Der Fortsetzungsausschuß erklärt es als geboten, daß durch jedes nur mögliche Mittel der Forschung ohne jede Zurückhaltung die gesamten Fragen der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch und für die Kriegsführung aufgeklärt werden, damit auf die Ereignisse selbst ein solches Licht falle, daß eine allgemeine Übereinstimmung erreicht werden kann.

3. Letztlich legt es der Fortsetzungsausschuß im Blick auf die tiefen Wunden, die der von christlichen Völkern gegeneinander geführte Weltkrieg dem Leibe Christi geschlagen hat, den christlichen Kirchen als eine überragende Pflicht ans Herz, daß sie in ihrer Predigt die in der Sündenvergebung sich offenbarende Langmut Gottes und sein in Christus und seinem Kreuze vollzogenes Werk der Versöhnung der Welt dergestalt verkündigen, daß dieser göttliche Geist die Beziehungen der christlichen Völker untereinander mit einer derartigen Kraft veredele, daß eine Frage, wie sie der Fortsetzungsausschuß hier zu behandeln genötigt war, nie wieder auftauchen kann.

Schließlich lehnt der Fortsetzungsausschuß im voraus die falschen Schlußfolgerungen ab, die in anderen Kreisen an diese seine Erklärung etwa angeknüpft werden könnten. Er betont, daß seine von jedem politischen Hintergedanken freie Erklärung einen rein moralischen und völlig religiösen Charakter hat. Er ist ernstlich bestrebt, in seinem Fühlen und Handeln sich einzig leiten zu lassen durch das Beispiel Christi, unseres Vorbildes und unseres Herrn. Durch diese Erklärung betrachtet der Fortsetzungsausschuß den durch die deutsche Delegation berührten Gegenstand als erledigt.“

## ENGLAND.

### **Grey über die Kriegsschuldfrage.**

„Berliner Tageblatt“, 29. Juli 1926, Nr. 353.

Lord Grey hielt am 27. Juli in Oxford eine Rede, in der er sich hauptsächlich mit Locarno, Genf und der Zukunft Europas beschäftigte. Er kam zuerst auf die Möglichkeit eines zukünftigen Krieges zu sprechen. Wenn ein solcher Krieg ausbrechen sollte, während die Locarno-Verträge noch Gültigkeit haben, so würde der Zweck dieses Krieges nicht die Verteidigung einer besonderen Grenze oder eines besonderen Landes, sondern die Verteidigung der Satzungen des Völkerbundes sein. Es würde sich also stets nur um einen Krieg handeln, der ein für allemal Kriege beenden soll. Lord Grey kam im Anschluß daran auf den Weltkrieg und seine Ursachen zu sprechen. Wenn man ihn nach den tatsächlichen Ursachen des Weltkrieges frage, so könne er nur antworten: „Der Krieg kam, weil Europa voll von Schießpulver war.“ Was den Krieg in Europa ferner unvermeidlich gemacht habe, sei die Gruppierung der verschiedenen Mächte in getrennte Lager und die vermehrten Ausgaben für Rüstungen gewesen.

### **Origins of the War, Haldane Mission to Berlin. Some New Evidence. (By our Berlin Correspondent.)**

„The Times“ (London), 16., 17. und 19. Juli 1926.

Der Berliner Korrespondent der „Times“ gibt eine Darstellung der Mission Haldanes, die sich auf die in Band 31 der Großen Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Dokumente stützt. Er arbeitet scharf die zwischen dem Kaiser und Tirpitz einerseits und dem Reichskanzler und dem Botschafter in London, Graf Metternich, andererseits bestehende Meinungsverschiedenheit über das Flottenbauprogramm heraus. Er betont dabei die persönliche Verantwortlichkeit Wilhelms II. für das Scheitern der Mission Lord Haldanes. Die Memoiren von Grey und Poincaré sowie die einschlägigen Berichte von Iswolski sind von dem Korrespondenten nicht herangezogen worden, und seine Ausführungen haben dadurch einen etwas einseitigen Charakter erhalten.

In einer Schlußbetrachtung der „Times“: „Double Diplomacy“ (19. Juli 1926) werden der Reichskanzler von Bethmann Hollweg und der Botschafter Graf Metternich von dem Vorwurf, den Krieg gewollt zu haben, freigesprochen, während das Verhalten Wilhelms II. und des Großadmirals von Tirpitz scharf verurteilt wird.



## FRANKREICH.

### Lettre ouverte de M. Clemenceau au Président Coolidge.

„Le Temps“, 9. August 1926.

In seinem offenen Brief an den Präsidenten Coolidge schreibt Clemenceau unter anderem: „Sollten wir etwa unsere Festungen an Deutschland abtreten, als es dieses bei Strafe einer Kriegserklärung verlangte?“ Diese Behauptung Clemenceaus ist unrichtig. Die an den deutschen Botschafter in Paris gerichtete Weisung vom 31. Juli, bei der französischen Regierung anzufragen, „ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben“ wolle, enthielt einen geheimen Zusatz für den unwahrscheinlichen Fall einer französischen Neutralitätserklärung. Sollte die französische Regierung erklären, neutral bleiben zu wollen, so sollte Freiherr von Schoen der französischen Regierung mitteilen, „daß wir als Pfand für Neutralität Überlassung der Festungen Toul und Verdun fordern müssen, die wir besetzen und nach Beendigung des Krieges mit Rußland zurückgeben würden“ (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 491). Da die französische Regierung keine Neutralitätserklärung abgab, wurde diese geheime Zusatzweisung hinfällig. Erst im letzten Kriegsjahre gelang es der französischen Regierung, einige deutsche Telegramme aus dem Juli 1914 zu entziffern, und am 1. März 1918 gab der französische Außenminister Pichon in einer Rede in der Sorbonne die nie zur Ausführung gelangte geheime deutsche Weisung vom 31. Juli 1914 bekannt.

In seiner Antwort an Clemenceau sagt der Senator Borah wörtlich nach dem „Temps“ vom 13. August 1926: „Il ne faut pas, en effet, que cette annulation serve les intérêts des impérialistes, qui écrasent actuellement des peuples, qui ne sont en aucune manière responsables de la guerre . . .“

### La Belgique à la veille de l'invasion 28 juillet — 4 août 1914). Von Léon Leclère.

„Revue d'Histoire de la Guerre mondiale“, Juli 1926.

Léon Leclère, Professor an der Universität Brüssel, ist einer der ersten belgischen Sachverständigen für die Vorgeschichte und den Ausbruch des Weltkrieges. Er gibt in einer instruktiven Abhandlung eine Darstellung des deutsch-belgischen diplomatischen Vorspiels vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien. Interessant und wertvoll ist seine Rekonstruktion des entscheidenden Brüsseler Kronrats vom 2. August 1914, die Leclère auf Grund der vorliegenden Aussagen der Teilnehmer an dem Kronrat vornimmt.

**Aus dem Juli- und Augustheft der „Evolution“.**

Dr. Boghitschewitsch veröffentlicht eine Abhandlung über die serbische „Schwarze Hand“; die Rede des amerikanischen sozialistischen Abgeordneten Victor Berger zur Revision der Friedensverträge wird in ihren wesentlichsten Stellen im Wortlaut mitgeteilt. Grillot de Givry bespricht „The Genesis of the World War“ von Harry Elmer Barnes.

**La chute de Delcassé, d'après les documents allemands. Von Emile Laloy.**

**„Mercure de France“, 15. Juli 1926.**

Eine Darstellung auf Grund der Großen Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes.

**Veillée d'armes a Londres (22 juin — 4 août 1914). Von François Charles Roux.**

**„Revue des deux mondes“, 15. August 1926.**

François Charles Roux war 1914 erster Sekretär der französischen Botschaft in London. Er hat als solcher die diplomatischen Verhandlungen der Juli-Krise 1914 sehr genau verfolgt und das Verhalten der leitenden englischen Persönlichkeiten während dieser entscheidenden Tage aus nächster Nähe beobachten und beurteilen können. Seine Aufzeichnungen enthalten für den Forscher keine neuen Tatsachen, aber sie rücken das schon Bekannte durch die Schilderung der maßgebenden englischen Persönlichkeiten in ein helleres Licht. Roux bestätigt die Vermutung, daß Paul Cambon, der französische Botschafter in London, auf Ersuchen des stellvertretenden Außenministers Bienvenu-Martin am 25. Juli nach Paris fuhr, um dort bis zum 28. Juli zu bleiben und dem Generalsekretär des Quai d'Orsay Philippe Berthelot zur Seite zu stehen.

Auch das, was Roux über Sir Arthur Nicolson, den ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office, sagt, bekräftigt die über die Bedeutung dieser Persönlichkeit in Deutschland herrschende Auffassung. Nicolson, der mit Paul Cambon sehr befreundet war, habe einen glücklichen Einfluß ausgeübt und während der entscheidenden Tage eine aktive Rolle gespielt. „In der Krise, die dem Kriege voranging, fand die französische Diplomatie Sir Arthur Nicolson klar, fest, entschlossen und handelnd.“ An einer anderen Stelle heißt es über ihn: „... Sir Arthur Nicolson, qui poussait fortement à la roue...“ Eine nicht unwichtige Episode, die Roux aus seiner

Erinnerung schildert, sei wörtlich wiedergegeben: „Am 2. August kam gegen 8 Uhr morgens ein Sekretär zur französischen Botschaft, den die Ungeduld über den Stand der Dinge schon so frühzeitig aus dem Bette getrieben hatte, oder vielmehr, was bei Diplomaten frühzeitig heißt. Er fand ein kurzes Telegramm vor, das er sogleich dechiffrierte: der Wortlaut meldete die Verletzung der französischen Grenze bei Cirey in der Nähe von Longwy, bei Delle und die Neutralitätsverletzung des Großherzogtums Luxemburg. Der Sekretär zeigte dieses Telegramm Paul Cambon, der bei seiner Toilette war. Der Botschafter bat ihn, telephonisch eine Verabredung mit Sir Edward Grey zu erbitten. Am Apparat war Herr William Tyrrell, der Privatsekretär des Ministers. In Kenntnis gesetzt, um was es sich handelte, antwortete Herr Tyrrell, nachdem er Sir Edward Grey benachrichtigt hatte, daß dieser Herrn Paul Cambon um 3 Uhr nachmittags empfangen werde. Den Empfang eines Botschafters, dessen Land ohne Kriegserklärung überfallen, während die Neutralität eines kleinen benachbarten Staates verletzt war, von 8 Uhr morgens auf 3 Uhr nachmittags zu vertagen, schien dem englischen Sprichwort „time is money“ wenig Rechnung zu tragen, dem Sprichwort, das man jetzt übersetzen konnte: „Zeit ist Blut“. Endlich wurde die Verabredung für sofort getroffen. Während Herr Paul Cambon sich fertig ankleidete, versuchte der Sekretär, der ihn benachrichtigt hatte, sich über den Luxemburger Neutralitätsvertrag von 1867 zu informieren, er fand ihn in einem Bündel internationaler Akten, stellte fest, daß er in London abgeschlossen und von einem englischen Bevollmächtigten unterschrieben war, und kopierte die wichtigsten Artikel, die der Botschafter mit zu Sir Edward Grey nahm.

Man durfte annehmen, daß die Neutralitätsverletzung Luxemburgs, wenn nicht schon der Einfall in französisches Gebiet ohne Kriegserklärung, einen tiefen Eindruck auf Sir Edward Grey und seine Kabinettskollegen ausüben würde. Nichts von dem geschah, obwohl das Großherzogtum Luxemburg ein souveräner Staat war, schwach, entwaffnet, neutral, in seiner gegenwärtigen Form geradezu dazu dienend, Belgien und Frankreich zu decken, berührte die Neutralitätsverletzung die britische Regierung sehr wenig. Sir Edward Grey, der seinerseits auch noch Zeit gehabt hatte, sich die Texte zu verschaffen, antwortete Herrn Paul Cambon, daß England sich verpflichtet habe, für die Neutralität Belgiens zu wachen auch ohne die Unterstützung der übrigen Garantmächte, daß es aber die Neutralität Luxemburgs nur zu respektieren brauche mit Unterstützung aller Garantmächte. Da es jedoch einer der Garantmächte sei,

nämlich Deutschland, der seine eigene Verpflichtung verletzt habe, so brauche England sich nicht mehr an seine eigenen zu halten. Von dieser Seite war die Enttäuschung für die Franzosen grausam.“

Über die englische Kriegserklärung an Deutschland schreibt der Verfasser: „Am 4. August benachrichtigte Sir Edward Grey Herrn Paul Cambon von dem durch England an Deutschland gestellten Ultimatum, vor Mitternacht desselben Tages sein Ultimatum an Belgien zurückzuziehen; wenn nicht, so war der Krieg da. An diesem Abend war Herr Paul Cambon nach einem arbeitsreichen Tage gegen 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr zurückgekehrt und war, bevor er sein Zimmer aufsuchte, einen Augenblick in die Kanzlei eingetreten und hatte mit den ihm verbliebenen Sekretären eine Unterhaltung begonnen. Um Mitternacht begann die Kaminuhr zu schlagen. Die zwölf Schläge wurden in einem feierlichen Schweigen angehört, und als der zwölfte Schlag verklungen war, erhob sich der alte Botschafter, um in sein Zimmer hinaufzugehen, und sagte inmitten einer allgemeinen Andacht in einem ein wenig feierlichen Ton: „Meine Herren, England hat den Krieg erklärt.“



## ITALIEN.

### Eine Veröffentlichung des „Secolo“ über den Mord von Sarajewo.

In seiner Nummer vom 28. Juli veröffentlicht der Mailänder „Secolo“ sensationelle Einzelheiten über die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajewo. Angeblich habe Kaiser Karl in einem Gespräch mit dem Prinzen Sixtus von Parma im Jahre 1917 seine Ansicht über den Mord in folgenden Worten geäußert: „Man hat Franz Ferdinand beiseite geschafft, ich will nicht dasselbe Schicksal erleiden.“ Der Kaiser habe damit sagen wollen, daß Franz Ferdinand von österreichisch-ungarischer Seite ums Leben gebracht worden sei. Der „Secolo“ tischt dann weiter eine längst bekannte Geschichte des Kroaten Klobutscharitch wieder auf, der angeblich dem Grafen Tisza zwei Warnungen über das bevorstehende Attentat habe zugehen lassen. Graf Tisza habe ihm aber den Auftrag erteilt, nichts zu unternehmen. Diese legendären Behauptungen, die der „Secolo“ heute in sensationeller Aufmachung wiedergibt, tauchen von Zeit zu Zeit wieder auf. Zum erstenmal veröffentlicht wurden sie in dem Buche: „Ungarns Rolle im Weltkrieg. Eine historisch-politische Studie über den österreichisch-ungarischen Geheimdienst und die Sarajewoer Verschwörung auf



Grund von Erlebnissen des Kroaten Rudolf Bartulitch.“ Bearbeitet und herausgegeben von Gottfried Beck, Verlag Payot & Co., Lausanne 1917.

Gegen die Veröffentlichung des „Secolo“ wendet sich der „Pester Lloyd“ in einem Aufsatz: „Eine Schändung des Andenkens des Grafen Stephan Tisza“ (6. August 1926). Der „Pester Lloyd“ schreibt: „Wir reproduzieren hier den ebenso böswilligen wie ungeheuerlichen Bericht des „Secolo“. Soll man diese Nichtswürdigkeit zurückweisen? Ist es denn nicht allgemein bekannt, welch' ritterlicher Mensch Tisza gewesen? Wer ihn kannte, und wär es auch sein ärgster Feind, weiß, daß Graf Tisza nicht zur kleinsten hinterlistigen Inkorrekttheit seine Hand reichte. Auge ins Auge, Brust an Brust war er wohl stets und auch im physischen Sinne zum Kampfe bereit; jede hinterhältige politische Aktion war ihm aber ein Ding der Unmöglichkeit. Diesen Mann einer solchen Tat zu verdächtigen, ist der Gipfel der gewissenlosen journalistischen Frivolität.“

Die Veröffentlichung im „Secolo“ wird übertrumpft durch folgende Mitteilung im „Zagreber Morgenblatt“ vom 15. August: „Die größte Sensation in der Sarajewoer Affäre aber wird voraussichtlich das in kurzem erscheinende Buch eines jungen Belgrader Journalisten namens Tvrdoreka hervorrufen, der durch Dokumente und beglaubigte Zeugenaussagen beweist, daß an dem ersten Attentat der Wiener Hof beteiligt war. Bekanntlich wurden gegen Franz Ferdinand zwei Attentate verübt — das erste, — mißlungene (Cabrinovič) war bestellt —, das zweite nicht bestellte (Princip) ist gelungen. „Secolo“ vermutete wohl etwas, das der Wahrheit nahe ist, aber die Wahrheit über das Attentat von Sarajewo wird erst Tvrdoreka in seinem Buche bringen und beweisen.“



## SERBIEN.

### Angelsächsische Forschungen über die Kriegsschuld, ein Sturzbach von Professorenarbeiten.

„Obzor“ (Agram), 21. Juli 1926.

In dem Aufsatz werden die Werke des Engländers Dickinson und des Amerikaners Barnes über die Kriegsschuldfrage besprochen. Der Verfasser hält zwar die Aufdeckung der Kriegsursachen für nützlich, aber für verfrüht. Das Buch von Dickinson lehnt er ab,

ebenso Barnes. Beide Autoren sympathisierten persönlich mit den Deutschen. Ihre Bücher bewiesen nur das, was überhaupt keines Beweises bedürfe, nämlich, daß am Vorabend des Krieges Europa einem großen Pulvermagazin glich, in dem jeder nach Belieben Zigarren rauchte.

### **Jugoslawien und die Ermordung Franz Ferdinands.**

**Wiener „Stunde“ vom 6. August 1926.**

„Das jugoslawische Außenministerium wird demnächst ein Buch herausgeben, in welchem sämtliche Dokumente über das Attentat gegen Franz Ferdinand in Sarajewo veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung verfolgt den Zweck, die neuerlich auftauchenden Beschuldigungen gegen die damalige serbische Regierung zu widerlegen und den Beweis zu erbringen, daß *P r i n c i p* und *G e n o s s e n* keine Beziehungen zu der Regierung gehabt und daß auch keine von den damals verantwortlichen Persönlichkeiten Serbiens von dem Attentat etwas gewußt haben. Das Buch wird in vielen Sprachen erscheinen.“

Die Mitteilung ist von der großen Presse bisher noch nicht bestätigt worden.

Ein bereits einmal in der gleichen Angelegenheit angekündigtes serbisches Blaubuch ist bisher noch nicht erschienen.

### **Zum Attentat von Sarajewo. Von Leo Pfeffer, pens. Staatsanwalt.**

**„Obzor“ (Agram), 22. Juli 1926, Nr. 193.**

Leo Pfeffer, der 1914 als Untersuchungsrichter die Verhandlung gegen die Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand mitgeleitet hat, wendet sich in seinem Aufsatz gegen den im Juliheft „Die Kriegsschuldfrage“ erschienenen Artikel „König Alexander von Jugoslawien und die Attentäter von Sarajewo“.

Pfeffer führt u. a. aus: „In der deutschen Revue „Die Kriegsschuldfrage“ wird angeführt, Princip habe dem Untersuchungsrichter gewisse Geständnisse gemacht. Da ich dieser Untersuchungsrichter gewesen bin, muß ich als objektiver Mensch der Wahrheit zuliebe folgendes erklären: Vor dem Sarajewoer Attentat war ich beim Sarajewoer Bezirksgericht Untersuchungsrichter in Presseuntersuchungen.

Ich denke, daß mir auch deswegen die Untersuchung im Attentat von Sarajewo anvertraut worden ist. Ein Jahr nach

diesem Attentat wurde ich zum Staatsanwalt in Sarajewo ernannt. Sodann wurde ich sofort nach der Umwälzung auf meine Bitte hin pensioniert. Heute in Pension bin ich gut situiert und unabhängig. Ich erwähne dies deshalb, damit man nicht denken soll, daß ich zur Abgabe dieser Erklärung überredet sei oder mich bei jemandem einschmeicheln wolle.

Vor allem muß ich hervorheben, daß ich mir als intelligenter Mensch der Wichtigkeit der Untersuchung im Attentat von Sarajewo vollkommen bewußt gewesen bin. Ich war überzeugt, daß man bald über diese Untersuchung reden würde, und deshalb habe ich die Untersuchung im Attentat von Sarajewo durchaus mit Überlegung und selbständig, mit der äußersten Objektivität geführt. Deswegen sind auch im Laufe der Untersuchung Tatsachen vorgekommen, die nicht nach Wunsch der damaligen maßgebenden Kreise waren. Das ist auch der Grund gewesen dafür, daß meine Gehilfen und die Richter, die das Urteil gefällt haben, hohe Auszeichnungen bekommen haben, während ich das gewöhnliche Kriegskreuz für Zivildienste erhielt, das auch der letzte Diätar bekommen hat.

Da ich im Laufe der Untersuchung für die Haupttatsachen keine Zeugen zur Verfügung hatte, war ich auf die Bekenntnisse der Beschuldigten selbst angewiesen. Daher habe ich die Beschuldigten niemals einander gegenübergestellt, noch habe ich ihnen ihre gegenseitigen Aussagen vorgehalten; denn nur infolge der Bekenntnisse eines jeden einzelnen, die von selbst kamen, konnte ich mich von der Wahrheit der einzelnen Tatsachen überzeugen.

Demgemäß erkläre ich, daß Gavriilo Princip mir niemals gestanden hat, dem damaligen Thronfolger Alexander von Serbien vorgestellt worden zu sein. Dies kann aus den Akten über das Attentat nicht festgestellt werden, denn es waren keine Angaben darüber da. Hätte Princip ein solches Geständnis gemacht, wäre das damals zum Ausdruck gebracht worden.“

### **Um die Kriegsschuld.**

„Hrvatski List“ (kroat. Ztg.), Osijek (Esseg), 4. Aug. 1926, Nr. 176.

„Dieser Tage war die Öffentlichkeit dieses Landes durch fürchterliche Artikel gewaltig in Unruhe versetzt worden, die in der Berliner „Kriegsschuldfrage“ und in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erschienen sind. Niemand wußte genau, was darinnen stand. Eine Zeitung, welche die Übersetzung dieses Artikels brachte,

wurde sogar beschlagnahmt <sup>1)</sup>. Es darf daher ganz Europa wissen, was gegen dieses Land Fürchterliches geschrieben wird, nur jenes Land, in dem sicherlich mehr eigene Freunde sind als im übrigen Europa zusammengekommen, nur das darf es nicht wissen. Das ist merkwürdig! Es haben die Berge erzittert! Es wurde von einem Konflikte mit Deutschland gesprochen, und als Deutschland jede Genugtuung verweigerte, von paar höflichen Worten abgesehen, die bereits am ersten Tage fielen, erklärte sich die Belgrader Regierung, welche die ganze Angelegenheit aufrollte, für sehr befriedigt.

Trotzdem meldete sich aber ein Verteidiger, der jedenfalls von dem Artikel nicht mehr wußte als die hiesige Öffentlichkeit, der aber trotzdem eine Antwort schrieb, welche die Mehrzahl der Blätter und auch die „Samouprava“ brachte <sup>2)</sup>. So kam die Öffentlichkeit dieses Landes in die freudige Gelegenheit, die Abwehr eines Verfassers zu lesen, der niemandem bekannt ist und es daher niemand beurteilen kann, ob diese Abwehr richtig und erfolgreich ist oder nicht. In diesem Schreiben negiert der ehemalige Untersuchungsrichter im Sarajewoer Attentatsprozesse, Herr Leon Pfeffer, daß ihm der Verbrecher Gavril Princip eingestand, er wäre „dem damaligen Thronfolger vorgestellt“ worden. Da der Inhalt der bezüglichen Artikel nicht bekannt ist, so kann nicht gesagt werden, ob diese Erklärung des Herrn Pfeffer etwas Wichtiges enthält oder nicht, denn schließlich, daß auch Princip vorgestellt wurde, ist an sich nichts Verwunderliches und würde daher noch immer nichts bedeuten. Hat denn der Thronfolger wenig Leute gesehen und gesprochen, von denen er nicht wußte, was sie im Schilde führen?

Ein ebenfalls deutscher Schriftsteller, Hermann Wendel, den man in Belgrad für einen Freund des Landes hält, hat in einer seiner Schriften erwähnt, daß der damalige Thronfolger mit einem der Attentäter von Sarajewo gesprochen hat, der ihm als „Bosnier“ vorgestellt wurde, und dagegen hat niemand, ja nicht einmal Herr Pfeffer, protestiert; denn niemand, auch nicht Herr Wendel, hat diesem Zufalle eine besondere Bedeutung beigemessen. Und des-

---

<sup>1)</sup> Nr. 188 des „Obzor“ vom 17. Juli 1926. (*Anmerkung der Schriftleitung.*)

<sup>2)</sup> Es ist hier der Aufsatz des Dr. Pfeffer im „Obzor“ Nr. 193 vom 22. Juli 1926, deutsch in „Der Montag“ (Wien) vom 16. August 1926 gemeint. Siehe auch den Aufsatz Herrn von Wiesners in diesem Heft, Seite 639. (*Anmerkung der Schriftleitung.*)



halb verdiente die jetzige Rettung dieses Staates durch Herrn Pfeffer auch nicht jene Reklame in diesem Lande, die ihr zuteil wurde.

Diesem Schreiben sollte man um so weniger Beachtung schenken, als es Stellen enthält, die in der Frage des Sarajewo-Attentats für dieses Land viel unerfreulicher sind als diese unschuldige Nachricht, mit welcher so viel Wirbel gemacht wurde. Er behauptet nämlich kategorisch, daß es pure Erfindung sei, daß Pasič von der Vorbereitung des Attentats wußte und man ihn dafür verantwortlich mache. Dies behauptet Pfeffer, wie er sagt, deshalb, weil er während der Unersuchung feststellte, daß die Vorbereitungen für das Attentat vor dem amtlichen Serbien verborgen wurden. Der Mangel an Ernsthaftigkeit dieses Juristen ist augenfällig, der mit voller Bestimmtheit eine Sache behauptet, von der er nichts wissen kann, und nur auf Aussagen von Leuten beruht, die Interesse hatten, derart Zeugenschaft abzulegen. Weiß denn Pfeffer vielleicht nicht, daß im Januarheft der „Kriegsschuldfrage“ ein Artikel des ehemaligen serbischen Geschäftsträgers in Berlin knapp vor dem Kriege, Herrn Milos Boghitschewitsch, enthalten ist, in dem durch die Zeugenschaft Mustafa Golubic' und Pavel Bastajič' bewiesen wird, daß dies die Ersten waren, welche die Idee des Attentats von Sarajewo aufgriffen und — wie sie sagen — im Auftrage Belgrads, und zwar seitens Apis, dessen Schuld und Initiative in dieser Mordtat auch der damalige Innenminister Serbiens, Stojan Protič in einem Artikel einbekannte, welcher im Jahre 1922 im „Radikal“ erschienen ist. In den Aussagen dieser Zeugen werden auch Briefe erwähnt, die sie als Förderer der Sache von Princip, Danilo Ilič und anderen in der Angelegenheit des Sarajewo-Attentats erhielten und aus denen hervorgeht, wie Princip und Ilič sozusagen nach Belgrad zur Besprechung und Ausbildung einberufen wurden. Herr Pfeffer muß deshalb, weil er einen Teil der in Betracht kommenden Leute verhört hat, nicht alles über das Attentat wissen, und er kann daher nicht verlangen, daß man ihn in diesem Lande oder gar im Auslande ernst nimmt, wenn er sich die Rolle eines Diktators anmaßt, der befiehlt, was man vom Attentate glauben darf und was nicht. Er kann dies um so weniger, weil er nicht berücksichtigen will, was später noch Ljuba Jovanović über Pasič in dieser Angelegenheit vorgebracht hat, der doch gewiß begabter ist als Herr Pfeffer. Weiß er denn nicht, daß er in der Debatte des Hauptausschusses der Radikalen Partei Dokumente vorlegen wollte, um die Lügenhaftigkeit der Ausreden Pasič' in dieser

Sache zu beweisen, und daß er von Uzunović<sup>3)</sup> und Nincič<sup>4)</sup> nicht als Kameraden, sondern als Vertreter der Regierung ersucht wurde, zu schweigen?

Um die moralische Qualifikation der Zeugenschaft Pfeffers zu beurteilen, genügt es, aus seinem Briefe die Beschuldigung (die er mit aller Bestimmtheit vertritt) zu erwähnen, daß „österreichisch-ungarische Kreise das Attentat begünstigt“ haben, ohne hierfür irgendeine Bestätigung vorzubringen. Außerdem, daß ein Detektiv dem Gabrinovic alle Vorbereitungen für die Ankunft Franz Ferdinands in Sarajewo verraten hat. Er behauptet ferner, daß er selbst das Attentat vorausgesehen hatte, er es aber nicht als seine Pflicht betrachtet habe, es zu verhindern. Weiß denn der Jurist Pfeffer nicht einmal so viel, daß es gesetzliche Pflicht jedes gewöhnlichen Menschen ist, der sich dem Verdachte der Teilnahme nicht aussetzen will, jeden Mord, soweit es in seiner Macht liegt, durch Meldung an die Behörden zu verhindern? Dies ist aber besonders Pflicht jedes Beamten und um so mehr die eines Gerichtsbeamten in einem Lande, dem er dient. Herr Pfeffer gibt damit seinen Kollegen ein schönes Beispiel!

„Wir können uns das Erschauern des kultivierten Europa vorstellen, wenn man dort das Schreiben Pfeffers lesen wird, und wir können uns ganz gut denken, wie man jetzt seine Tätigkeit als Untersuchungsrichter in Sarajewo verdächtigen und welchen Eindruck sein Protest in der Welt erwecken wird, eine neuerliche Untersuchung des Attentates durch einen internationalen Gerichtshof durchführen zu lassen, der sich ausschließlich nur nach seinen — Pfeffers — Ausführungen und Untersuchungen halten dürfe.

Schon anläßlich der Ausgabe des jüngsten Buches der bekannten und durch Stefan Radič so verherrlichten englischen Schriftstellerin Miß Durham schrieben die „Times“ vor einigen Monaten folgendes: „Vor allem wird es den verständigen Leser interessieren, was sie über die politischen Gebräuche und über jene bei den Offizieren des Vorkriegs-Serbien schreibt und man muß froh sein, daß Großbritannien weder als Freund Serbiens noch als Verbündeter Rußlands in den Weltkrieg eintrat, sondern in der edlen Rolle des Beschützers der verletzten Neutralität Belgiens“.

Wenn ich (der Verfasser) Behörde in diesem Lande wäre, so hätte ich ruhigen Gewissens den Abdruck dieser Artikel der deutschen Zeitungen oder wenigstens einen Auszug daraus gestattet, der

---

<sup>3)</sup> Jugoslawischer Ministerpräsident. (*Anmerkung der Schriftleitung.*)

<sup>4)</sup> Jugoslawischer Außenminister. (*Anmerkung der Schriftleitung.*)

beim Volke gewiß nicht jenen panischen Schrecken erzeugt hätte, wie im Gelben Hause<sup>5)</sup>; dagegen hätte ich das Schreiben Pfeffers erbarmungslos konfisziert, mit Ausnahme jenes Absatzes, worin er das angebliche Geständnis Gavrilo Principis dementiert.

So ist es aber in diesem Lande: alles wird verdreht angepackt und dann sollen sich die Belgrader Zeitungen nicht mit Recht beklagen, wie schlecht die Propaganda gemacht wird.“

---

## Bücherschau.

### Neuerscheinungen.

Caillaux, Joseph: „Ma doctrine“, Ernest Flammarion, Paris 1926. 282 Seiten.

Cosmin, S.: „L'Entente et la Grèce pendant la Grande Guerre“, 2 Bände, Société Mutuelle d'édition, Paris 1926. 324 und 530 Seiten.

Casement, Sir Roger: „Meine Mission nach Deutschland während des Krieges“, Stephan Geibel, Altenburg i. Thür. 1926. 255 Seiten.

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1926. Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918. Zweite Abteilung: Der innere Zusammenbruch. Achter Band: Gutachten des Sachverständigen Prof. D. Dr. Brecht, M. d. R.: „Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg.“ Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926, 421 Seiten.

E mes: „Schuldfrage und Verständigung“, J. P. Himmer, Augsburg 1926. 116 Seiten.

Fastrez, A.: „La Responsabilité de l'Allemagne“, Maurice Lamertin, Bruxelles 1926. 325 Seiten.

---

<sup>5)</sup> Bezeichnung für das Ministerium des Äußern in Belgrad. (*Anmerkung der Schriftleitung.*)

Frantz, Gunther: „Rußland auf dem Wege zur Katastrophe“. Tagebücher des Großfürsten Andrej und des Kriegsministers Poliwanow. Briefe der Großfürsten an den Zaren. Mit einer Karte und einer Stammtafel des Zarenhauses. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926, 343 Seiten.

Der Verfasser des vorliegenden neuen Werkes über Rußland, Archivrat im Reichsarchiv, ist dem deutschen Leserpublikum bereits durch seine frühere Arbeit „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg“ bekannt, die der amerikanische Professor H. E. Barnes „die fraglos beste Monographie über Rußlands Anteil an der Herbeiführung des Weltkrieges“ und eine „bewunderungswürdige Monographie über die Haltung Rußlands in der Julikrise von 1914“ nennt. Dem Kampf um die Kriegsschuldfrage liefert auch die neue Schrift wertvolle Waffen. Die Briefe der Großfürsten zeigen, wie die Kriegsziele Rußlands nicht nur auf dem Balkan und an den Meerengen lagen, sondern in der vollständigen Zerschlagung Deutschlands, besonders Preußens, bestanden und, daß neben der amtlichen Politik vom Hause Njegosch-Montenegro eine Nebenpolitik betrieben wurde, die die großserbischen Bestrebungen durchkreuzen sollte. Auf die Schlachtfelder, in die Arbeitszimmer der höheren Stäbe, in die Palais und Ministerien Petersburgs führt den Leser das Tagebuch des Großfürsten Andrej, und mit den schwierigen Problemen der russischen Rüstungspolitik zwischen den beiden Kriegen macht uns das Tagebuch des Generals Poliwanow bekannt. In der ausführlichen historischen Einführung zu der Übersetzung der russischen urkundlichen Veröffentlichungen hat der Verfasser eine Fülle Material zusammengefaßt und nachgewiesen, wie Rußlands Macht durch das ostasiatische Abenteuer auf Jahre hinaus gelähmt war und wie die Desorganisation der russischen Wehrmacht Rußland in den Balkankrisen 1908/09 und 1912/13 noch zur Zurückhaltung zwang. Der Verfasser zeigt ferner, wie das franko-russische Bündnis die Stoßkraft des Zarenreiches gegen Deutschland festlegte und die russische Heeresleitung zu einem Operationsplane zwang, der letzten Endes nicht den russischen, sondern französischen Interessen entsprach.

Kerney, James: „The Political Education of Woodrow Wilson“, The Century Co., New York and London 1926. 503 Seiten.

Poincaré, Raymond: „L'Europe sous les armes 1913“, Plon-Nourrit et Cie., Paris 1926. 367 Seiten.

Der III. Band der Erinnerungen Poincarés, auf den wir noch ausführlich zurückkommen werden, behandelt das Jahr 1913. Poincaré versucht den Nachweis zu führen, daß Frankreich militärisch durch Deutschland bedroht war, und sich infolge der vorhergehenden deutschen Militärvorlage gezwungen sah, das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit einzuführen.

Die Dokumente Iswolskis aus dem Jahre 1913 werden, wie schon in den beiden vorhergehenden Bänden erneut entweder als übertrieben oder der Wahrheit nicht entsprechend abgelehnt. Insbesondere



bei der Schilderung der durch die Iswolski-Dokumente enthüllten Bestechungs-Affäre der Pariser Presse. Poincaré leugnet auf das entschiedenste, sich jemals an der Verteilung der russischen Bestechungsgelder beteiligt zu haben.

In seiner Beweisführung, daß Deutschland im Jahre 1913 angeblich weit mehr für seine militärischen Rüstungen zu Lande ausgegeben habe als Frankreich, benutzt Poincaré erstaunlicherweise heute noch die im Französischen Gelbbuch von 1914 unter Nr. 2 veröffentlichte „Note über die Verstärkung des deutschen Heeres“, die der französischen Regierung am 2. April 1913 „von zuverlässiger Seite“ zugegangen war. Diese „Note“ soll angeblich amtlichen deutschen Ursprungs sein und eine Denkschrift des deutschen Großen Generalstabes darstellen. Schon für den Laien, dem die Vorgeschichte der deutschen Wehrevorlage und die Gedankengänge des deutschen Großen Generalstabes vor dem Kriege aus den zahlreichen Nachkriegsveröffentlichungen einigermaßen bekannt sind, ist es nicht schwer, die Unsinnigkeit dieser Behauptung nachzuweisen.

Als nun zu Anfang des Jahres 1919 der „Temps“ öffentlich Ludendorff als Verfasser der „Note“ bezeichnete, veröffentlichte Ludendorff als Antwort seine Schrift: „Französische Fälschungen meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg“, in der er die im Französischen Gelbbuch wiedergegebene „Note“ als „apokryph“ und als „freie Erfindung“ bezeichnete. Gleichzeitig gab Ludendorff seine, dem Großen Generalstab im Dezember 1912 eingereichte Denkschrift über „Die militärische Lage Deutschlands“ erstmalig bekannt. Seitdem war man in der französischen Literatur nicht mehr auf die propagandistische Auswertung dieser Nummer des Französischen Gelbbuches gestoßen. Die ernsthaften französischen Historiker hatten doch wohl Bedenken, sie in ihren Arbeiten zu verwerten.

Für Poincaré aber bestehen solche Bedenken nicht. Nachdem er im dritten Band seiner Memoiren (S. 155 ff.) zunächst den Bericht des französischen Botschafters in Berlin, Jules Cambon, vom 17. März 1913 (Gelbbuch Nr. 1) zitiert hat, schreibt er weiter: „Einige Tage später erhielt unser Kriegsminister Mitteilung über einen Bericht, den der Oberst Ludendorff, Abteilungschef im Großen Generalstab zu Berlin, am 19. März erstattet hatte. Dieses Schriftstück ist gleichfalls im Gelbbuch 1914 veröffentlicht worden. Eine handschriftliche Abschrift wurde mir im April 1913 durch Herrn Etienne übergeben. Nachdem ich sie sorgfältig gelesen hatte, habe ich sie dem General Beaudemoulin anvertraut und ihn gebeten, sie in den Schrank der Geheimdokumente einzureihen.“

Er gab sie mir am 2. August 1914 mit folgender charakteristischen Bemerkung zurück: „Bericht über den deutschen Angriffsplan, mitgeteilt im Jahre 1913. Die Deutschen scheinen ihn genau in die Praxis umzusetzen.“

Soll man annehmen, daß die Schrift Ludendorffs und sein energischer Protest gegen die ihm zugeschriebene apokryphe „Note“ Poincaré gänzlich unbekannt geblieben sind? Doch schwerlich, denn Poincaré verrät eine so umfassende Dokumentenkenntnis, daß man ein oberflächliches Arbeiten in diesem Punkte kaum annehmen kann. Und dies um so weniger, da dieser Fall nicht vereinzelt dasteht. In dem gleichen Bande zitiert er sehr ausführlich den Bericht, den Jules

Cambon am 22. November 1913 (Gelbbuch Nr. 6) über die Zusammenkunft zwischen dem deutschen Kaiser und dem König der Belgier in Potsdam nach Paris gesandt hatte. In diesem Bericht gab Cambon angebliche Äußerungen des Kaisers und insbesondere des Generalstabschefs von Moltke aus ihren Unterredungen mit dem König der Belgier wieder. Die Informationen des französischen Botschafters beruhten auf Mitteilungen des belgischen Gesandten Baron Beyens. Auch in diesem Falle war bereits im Dezember 1914, kurz nach Veröffentlichung des Französischen Gelbbuches, eine Erklärung des Generals von Moltke in der Presse erschienen, die dem tendenziösen Bericht des französischen Botschafters entgegentrat. Da von belgischer Seite damals keine Gegenerklärung erfolgte, durfte man annehmen, daß dieser französische Botschafterbericht nicht erneut in einer historischen Darstellung auftauchen werde, als eines der wichtigsten Dokumente.

Vergl. hierzu: „Das Französische Gelbbuch von 1914.“ Berichtiger und ergänzter Wortlaut der ersten amtlichen Veröffentlichung der französischen Regierung über den Kriegsausbruch. Herausgegeben von Alfred von Wegerer. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926, S. 10 ff. und S. 195 ff.

Reinhard, Ernst: „Die imperialistische Politik im Fernen Osten“, Ernst Bircher A. G., Berlin und Leipzig 1926. 236 Seiten.

Schwertfeger, Bernhard: „Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der Deutschen Regierung.“ Vierter Teil: Die Isolierung der Mittelmächte 1904—1908. Zweite Hälfte. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926, 370 S.

Seignobos, Ch.: „Histoire politique de l'Europe contemporaine“, Armand Colin, Paris 1926. 1231 Seiten.

Wallage, William Kay: „Thirty Years of Modern History“, Allen and Unwin, London 1926. 293 Seiten.

### Bei der Schriftleitung eingegangene Bücher.

Bolsinger, Willy: „Jambo watu! Das Kolonialbuch der Deutschen.“ Bildschmuck nach Originalradierungen der Herausgeber. Verlag Christoph Steffen, Stuttgart-Gablenberg, 1926, 292 Seiten.

Bucher, J.: „Volk ohne Politik.“ Von der europäischen Großmacht zum paneuropäischen Pufferstaat. Verlag „Nationale Revolution“, Rostock 1926, 384 Seiten.

Jagow, Dr. Kurt: „Die Friedensverträge als politisches Werkzeug. Verlag Englert und Schlosser, Frankfurt a. M. 1926, 16 S.

### **Voranzeige.**

Von dem auf Grund der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes verfassten Werk: „Deutsche Weltpolitik 1890—1912“ von Otto Hammann (Verlag Reimar Hobbing, 1925) wird im Herbst dieses Jahres eine englische Ausgabe bei Allen and Unwin in London und eine amerikanische Ausgabe bei A. Knopf in New York erscheinen.

---

## BEZUGSBEDINGUNGEN:

„Die Kriegsschuldfrage“ ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a (Postscheckkonto Berlin 25558) zu beziehen.

Vierteljahresabonnement: . . . . Inland Mk. 3,—  
Ausland Mk. 3,50  
(einschl. Porto und Verpackung).

## TERMS OF SUBSCRIPTION:

This monthly magazine is obtainable on application to the Central Office for the Investigation of the Causes of the War, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a.

Price 3.50 Gm. quarterly post free.

## CONDITIONS DE LIVRAISON:

La revue mensuelle „Die Kriegsschuldfrage“ est a recevoir chez la „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a.

Prix d'abonnement par trimestre: M. 3,50 (y compris port et emballage).



46. Jahrgang

# Tägliche Rundschau

Unabhängige Zeitung für nationale Politik  
mit Unterhaltungsblatt für die Gebildeten aller Stände.

Herausgeber:

**D. Bruno Doebling und Heinrich Rippler.**

---

**Bezugspreis monatlich:**

|                                                                |      |
|----------------------------------------------------------------|------|
| Ausgabe A (täglich 1X) durch die Post einschl. Bestellgeld RM. | 3.36 |
| " B ( " 2X) " " " " " "                                        | 3.72 |
| " B ( " 2X) durch Boten in Groß-Berlin . . . . .               | 3.—  |

---

Als maßgebende und einflußreiche  
politische Tageszeitung im ganzen  
Deutschen Reiche und im Auslande  
anerkannt und stark verbreitet

**Hervorragende politische Mitarbeiter!**

Unabhängig von allen Parteien  
und Interessengruppen

---

Ausführliche und wertvolle  
täglich zweimalige Handelsbeilage:  
„Wirtschaft und Börse“

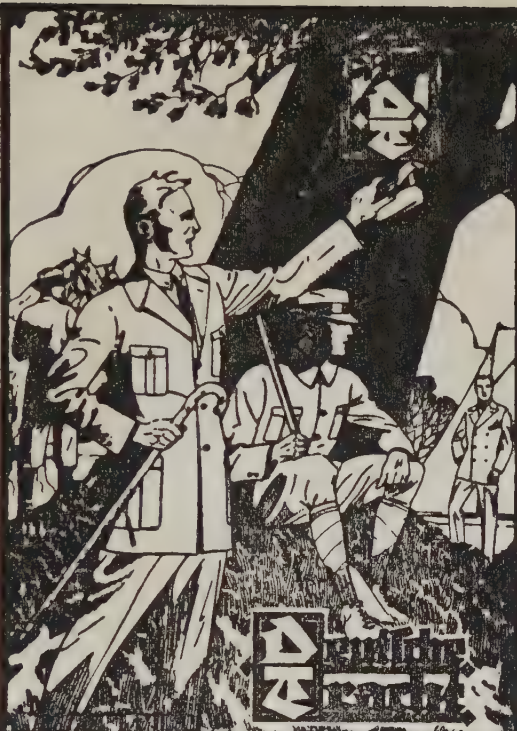
---

Probenummern durch die  
Geschäftsstelle der „Täglichen Rundschau“  
Berlin W 57, Bülowstraße 66  
Fernsprecher: Nollendorf 8120—8123  
Drahtanschrift: Rundschauendienst



**Deutsche  
lesen die  
Deutsche  
Zeitung**

•Berlin-S.W.-II•



## Was liefert die „Deutsche Tracht“?

|                               |                                                                                            |               |
|-------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| <b>Deutsche Tracht</b>        | (Rock, Weste, lange oder kurze Hose) siehe Abb.                                            | <b>Mk. 66</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (bisherige Qualität) siehe Abbildung . . . . .                                             | <b>Mk. 85</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (aus bestem Kammgarn, neue Qualität) siehe Abb.                                            | <b>Mk. 96</b> |
| <b>Deutsche Hansa</b>         | Dunkelblauer, zweireihiger Sacco-Anzug (nur mit langer Hose) aus Spezialkammgarn . . . . . | <b>Mk. 92</b> |
| <b>Deutscher Trachtmantel</b> | Gabardine, Rückenfalte mit Gurt, zweireihig . . . . .                                      | <b>Mk. 96</b> |

**Erleichterte Zahlungsbedingungen**

Versand in ganz Deutschland

Stoffproben, Maßenleitung und Druckschriften werden gern kostenlos übersandt.

**Deutsche Tracht gemeinnützige G. m. b. H.**  
**Berlin NW 6, Luisenstraße 38**

**Verkaufsstellen:**

**Berlin NW 6, Luisenstr. 38**  
 Eingang Marienstraße 1

**Essen, Bahnhofstraße 83**

**Flensburg, Holm 57**



**Kiel,**

Brunswicker Str. 13-15

**Lübeck, Handelshof**

**Magdeburg,**

Gr. Diesdorfer Str. 227

**München,**

Reichenbachstraße 18

# Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung

\* G e g r ü n d e t 1 8 4 8 \*

Die „Kreuzzeitung“, ein führendes politisches Organ, dessen Äußerungen von den Gegnern genau so beachtet werden wie von den Freunden, betrachtet es als Aufgabe, ihre ganze politische Bedeutung einzusehen für den Kampf um die Befreiung unseres Vaterlandes. Voran steht ihr hierbei die Bekämpfung der Kriegsschuldlüge, auf der der Vertrag von Versailles aufgebaut ist. Bei aller Pflege idealer Gesinnungen und Anschauungen hat die „Kreuzzeitung“ nicht unterlassen, sich auch als Zeitung den Forderungen der neuen Zeit anzupassen. Sie ist nicht nur auf dem Gebiete der Politik, sondern auch auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens und der Unterhaltung, sowie auch in volkswirtschaftlicher Beziehung so ausgestaltet, daß jeder Leser in ihr alles Wissenswerte und Notwendige findet. Insbesondere bietet sie regelmäßig Übersichten über die innere und äußere Politik, wie über die wirtschaftliche Lage. Vermöge ihrer Verbreitung in den Kreisen des Grundbesitzes, der Großindustrie, des Beamtentums, der Offiziere usw. ist die „Kreuzzeitung“ auch für Anzeigen vortrefflich geeignet. Sie erscheint täglich zweimal, abgesehen von den durch die Sonnen- und Feiertage gebotenen Ausnahmen. Alle Postanstalten, in Berlin auch die bekannten Zeitungsdepoteure, nehmen Bestellungen entgegen.

\*

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Dönhauer Str. 6



# H. J. Wilm

Kgl. Hofjuwelier

Berlin C, Jerusalemer Straße 25

Juwelen, Gold, Silberwaren  
Silberausstattungen

gegründet 1767

## Breußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich  
zur preiswerten Anfertigung  
sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen  
Zeitschriften / Zeitungen  
Werke

Setzmaschinen \* Stereotypie \* Rotationsdruck \* Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32

Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 5981 — 5998

### Wer sein Haar nicht färben,

das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

„Ich hab's gefunden“

à Flasche 3,75 Mark (blond, braun, schwarz). Nur zu haben bei

**Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38**

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Friseursalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute  
Eigene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.



PORZELLANFABRIK

PH.ROSENTHAL & CO. A.G.

BERLIN W.9.

BELLEVUESTR. 10.  
TAUENTZIENTSTR. 19.



# Grünfeld

Leinen-Wäsche-Ausstellungen.

Die

## Hauptpreisliste

Nr. 248 P über Wäsche jeder Art (mit 2000 Abbildungen) wird auf Wunsch zugesandt.

★

Das

## Brautausstattungs-

Verzeichnis Nr. 247 H, mit vielen Aufstellungen, wird auf Wunsch zugesandt.

★

Die

## Erstlingswäsche-

Preisliste Nr. 245 M, mit zahlreichen Abbildungen, wird auf Wunsch zugesandt.

★

Landeshuter Leinen-  
und Gebildweberei

**F. V. Grünfeld**

Größtes Sonderhaus  
für Leinen u. Wäsche

**Berlin W 8**

**Leipziger Str.**

**20-22**

Zweigniederlassung: Köln, Krebsgasse :: Fabrik: Landeshut (Schlesien)

DIE  
**DRUCKEREI**  
FÜR  
**QUALITÄTSARBEITEN**

EIN- UND MEHRFARBENDRUCKE FÜR  
HANDEL • INDUSTRIE • GEWERBE



GEGR 1889

**PAUL LEHSTEN**

BUCHDRUCKEREI GUTENBERG

HOFBUCHDRUCKER WEILAND IHRER MAJESTÄT DER KAISERIN

*Charlottenburg I Berliner Straße 119*

FERNRUF: WILHELM 180 u. 9852

ABENDRUF: WILH. 3206

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

## „Der Arbeitgeber“

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der  
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142 entgegengenommen.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW 6. Postscheck: Bln. NW 7 Nr. 25 558

Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.

Für den Anzeigenteil: Erich M. J. Beele, Charlottenburg 9.

Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.



## Das Wichtigste aus dem Inhalt.

Ein sehr wichtiges und ungemein aufschlußreiches Dokument des serbischen Ministerpräsidenten Pasić vom 31. Juli 1914 über die gesamte politische Lage wird erstmalig in deutscher Übersetzung veröffentlicht.



Der ungarische Historiker Eugen Horváth legt in interessanten Ausführungen dar, welch hohe Bedeutung die Kriegsschuldfrage für die ungarische Politik hat.



Alfred von Wegerer widmet dem Buche des englischen Publizisten Seton-Watson über „Sarajewo“ eine sehr eingehende Kritik, die in erster Linie der Beweisführung entgegentritt, die Seton-Watson unternimmt, um die bekannten, die serbische Regierung sehr belastenden Aussagen des Ministers Ljuba Jovanović als eine, aus rein persönlichen Gründen erfolgte falsche Darstellung hinzustellen.



Theodor von Sosnosky behandelt in einem historischen Rückblick die Kriegsschuld der italienischen Regierung.

## Pasić über die Lage am 31. Juli 1914.

In der bei der Beurteilung der Kriegsschuldfrage angewandten Rekonstruktion der geschichtlichen Ereignisse fehlt häufig das Lebendige und Impressionistische, das aber gerade für die Beurteilung der Frage nach der Schuld einzelner Staatsmänner für den Ausbruch der Katastrophe unentbehrlich ist. Aus diesem Grunde geben wir nachstehend ein Schriftstück wieder, das ganz unter dem frischen Eindruck der Ereignisse der Julikrise geschrieben worden ist. Ein weiterer Wert des Schriftstückes liegt darin, daß es, wohl mit Rücksicht auf den Empfänger, in offener, klarer, man möchte sagen militärischer Form abgefaßt ist.

Der Bericht selbst wurde von Pasić am 31. Juli 1914 an den Chef des Generalstabes des Armee-Oberkommandos in Kragujevac abgesandt. Er ist dem in serbischer Sprache erschienenen Werk „Der Krieg Serbiens mit Österreich-Ungarn 1914“. Erstes Buch: „Die Schlacht am Jadra, August 1914“, entnommen. Der Verfasser ist der serbische General a. D. Jiwko G. Pawlowić. Das Werk wurde von der Graphischen Anstalt Makavije in Belgrad herausgegeben. Obgleich das Erscheinungsjahr 1924 ist, haben wir das Dokument bisher nirgends in deutscher oder in einer der sonstigen Hauptsprachen veröffentlicht oder angeführt gefunden.

Der Inhalt des Schriftstückes, der keinen Kommentar beansprucht, läßt die Verantwortlichkeit Rußlands und Frankreichs für den Krieg, aber nicht minder die Englands, scharf hervortreten.

Die Schriftleitung.

**D**er serbische Ministerpräsident sandte am 18./31. Juli 1914 an den Chef des Generalstabes des Armee-Oberkommandos in Kragujevac folgendes politisches Bulletin:

„Ich beehre mich, Sie in kurzen Zügen über den gegenwärtigen Stand der politischen Situation zu informieren.

Die Entwicklung der Ereignisse im austro-serbischen Konflikt hängt hauptsächlich von der Haltung Rußlands ab.

Rußland erklärte, daß es sich vor allem bemühen werde, die Frage auf friedlichem Wege zu lösen. Sollten die österreichischen Truppen die Grenzen Serbiens überschreiten, so wäre es genötigt, zum Schutze Serbiens einzugreifen.

Die Berichte unseres Petersburger Gesandten besagen, daß Rußland jetzt zu dem Zwecke unterhandelt und die Verhandlungen in die Länge zieht, um für die Mobilmachung und Konzentrierung seines Heeres Zeit zu gewinnen. Wenn es damit fertig ist, wird es Österreich den Krieg erklären. — Der Mobilmachungsbefehl (nach der ersten Nachricht für 13 Korps und nach der zweiten für 23 Mi-

litärbezirke<sup>1)</sup> ist gegenüber der österreichischen Grenze bereits veröffentlicht. Die Armee, welche für den Kampf gegen Deutschland bestimmt ist, hat noch nicht mobilisiert, weil man Deutschland nicht herauszufordern wünscht. — Man glaubt noch, den allgemeinen Krieg vermeiden zu können, der ganz Europa hineinziehen würde, weshalb auch Rußland seine Haltung so einrichtet, um nur mit Österreich Krieg zu führen. Man rechnet aber auch mit der Möglichkeit, daß Deutschland gezwungen wird, in den Krieg zur Verteidigung Österreichs einzutreten, weshalb Rußland im geheimen auch Maßnahmen für die Mobilmachung gegen Deutschland trifft. Der russische Zar schrieb dem Thronfolger und sagte in dem Briefe u. a., daß Rußland unter gar keinen Umständen Serbien im Stiche lassen werde. Man wünscht den Streitfall oder Konflikt auf friedlichem Wege, ohne Blutvergießen, zu schlichten, jedoch unter Wahrung der Würde Serbiens. Sollten diese Versuche scheitern, so werde es um das Schicksal Serbiens Sorge tragen. Da wir jetzt ohne Geld dastehen, so haben wir um Unterstützung gebeten, und heute haben wir die Depesche erhalten, daß uns zwanzig Millionen zur Verfügung stehen.

Meines Erachtens und nach meiner Beurteilung der politischen Situation kann der europäische Krieg nur durch sehr große Opfer seitens Österreichs vermieden werden, aber es besteht keine Wahrscheinlichkeit, daß sich Österreich zurückziehen und auf einen Ausgleich eingehen wird.

Deutschland, das zu Anfang fest zu Österreich stand (solange es noch glaubte, daß sich Rußland nicht einmischen werde), ist wankend geworden und wandte sich mit der Vorstellung, daß ein friedlicher Ausweg gesucht werden solle, an Rußland, denn es wünsche keinen Krieg. Vielleicht versucht Deutschland diesen Schritt nur zu dem Zwecke, um seinem Volke den Beweis zu liefern, wie sehr es sich um die Erhaltung des Friedens bemüht habe, und ihm dies nicht gelungen sei. — Wie man diesen Schritt deuten mag, so hat man doch den Eindruck, daß es mit Österreich unzufrieden sei, dieses jedoch unterstützen muß, weil nach einer Niederlage Österreichs auch seine Position wesentlich geschwächt sein würde.

Italien erklärte sogleich, daß es mit dem Schritte Österreichs unzufrieden sei, weil ihm die österreichische Note unbekannt gewesen war, darum halte es sich der Pflicht enthoben, Österreich

---

<sup>1)</sup> Der Ausdruck „Militärbezirke“ ist hier wohl irrtümlich von Pasić angewandt worden. Es muß heißen: „Gouvernements“, denn Rußland hatte in Europa nur sieben Militärbezirke. (Die Schriftleitung.)

militärische Hilfe zu leisten; es erklärte, sich freie Hand vorbehalten und die Entwicklung der weiteren Ereignisse abwarten zu wollen.

Es rät uns, die österreichische Forderung, d. h. die österreichische Note, anzunehmen; in der Praxis werde sich ihre Bedeutung verringern; wir sollen jenen Zeitpunkt abwarten, wo wir unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn radikal regeln können. Die Haltung Italiens kann man dahin definieren, daß es mit dem Schritt Österreichs unzufrieden ist, sich aber dem Lager der Gegner Österreichs doch nicht anschließen kann und darum jede Aktion unterstützt, die eine friedliche Regelung anstrebt.

Frankreich steht fest zu Rußland und bereitet Maßnahmen zur Mobilmachung vor. Es wartet auf Deutschland. Sobald dieses die Mobilmachung ankündigt, wird auch Frankreich mobil machen.

England, das zu Anfang schwankend und mehr auf Seiten derer war, die den Frieden aufrecht zu erhalten wünschten, ließ uns spontan durch unseren Gesandten sagen, daß unsere Antwort befriedigend sei, und daß es sich wundere, daß sie von Österreich abgelehnt worden sei. Es erklärte weiter: Wenn sich irgendeine Großmacht einmischt, so werden sich alle Mächte einmengen. Es hat seine Flotte mobilisiert.

Rumänien und Griechenland haben in Sofia eine Demarche unternommen und erklärt, daß sie sich in den Krieg einmischen, sobald Bulgarien mit seiner Armee Serbien angreife. Sie sind übereingekommen, Bulgarien in Schach zu halten, damit es sich nicht einmische. Sonst wollen sie aber in unseren Konflikt mit Österreich nicht eingreifen. Erst dann, wenn der allgemeine Krieg zum Ausbruch kommt, werden sie sich entscheiden, d. h. erklären, ob sie gegen Österreich Stellung nehmen.

Von der Türkei haben wir keine offiziellen Mitteilungen. Privat hat mir der türkische Gesandte, der gestern vom Thronfolger empfangen wurde, als seine persönliche Überzeugung erklärt, daß die Türkei neutral bleiben werde.

Montenegro tritt mit uns in den Krieg ein. Hiervon haben Sie schon Mitteilung erhalten. Jetzt müssen Sie jene Offiziere bestimmen, welche die Operationen der montenegrinischen Armee im Einvernehmen mit unserem Generalstabe leiten. Notwendig sind möglichst direkte Verbindungen mit Montenegro, insbesondere eine neue Telephonverbindung.

Dies ist die politische Situation.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
N. P. Pasić m. p.“



# Die Kriegsschuldfrage in der ungarischen Politik.

Eugen Horváth.

## I.

**D**ie Argumentation der Pariser Friedensverträge, die besiegten Staaten seien wegen ihrer Verantwortlichkeit für die sündhafte Heraufbeschwörung des Krieges bestraft worden, verpflichtet jeden besiegten Staat, daß er sich einer strengen Prüfung unterwirft und sich in der Forschung der Ursachen und der Vorgeschichte des Krieges vertieft.

Würden die Pariser Friedensverträge die obige Beschuldigung nicht enthalten, so könnte es sich von jeder Seite nur um einen akademischen Disput handeln, und es bliebe der Geschichtswissenschaft übrig, die einzelnen Abschnitte der ungeheuren Fülle des Materials aufzuklären und mit ihrer ruhigen Methode zu verarbeiten.

Die statische Arbeit der Wissenschaft aber wurde in eine dynamische umgewandelt, weil:

- a) die Frage der Vorbereitung des Krieges von den Siegerstaaten zu einem Argumente der von ihnen diktierten Friedensverträge gemacht wurde, wodurch diese Frage aus einer wissenschaftlichen zu einer politischen Frage geworden ist;
- b) weil die siegenden Mächte, sich auf diese einseitige Beschuldigung stützend, das Urteil in den Friedensverträgen über ihre Feinde ausgesprochen haben;
- c) weil sie die den wissenschaftlichen Feststellungen voregreifende einseitig getroffene Entscheidung in der Kriegsschuldfrage zur Aufzwingung ihrer Ultimatus und zu einer Umgestaltung dieser Ultimatus in Friedensverträge benützt haben;
- d) weil sie dadurch, daß sie die Friedensverträge auf diese einseitige Basis bauten, es ihren Feinden zur moralischen Pflicht gemacht haben: 1. daß diese von der Schuld der sündigen Heraufbeschwörung des Krieges sich zu befreien suchen und 2. von dieser Befreiung die Umgestaltung der Friedensverträge erhoffen.

Wir folgen pflichtgemäß dem in den Friedensverträgen enthaltenen Aufrufe, und wir legen dem unparteiischen Weltgerichte unsere dynamischen Argumente vor, mit welchen wir auf die die

Grundlagen der Friedensverträge bildenden Beschuldigungen zu antworten haben, um einesteils die Behauptung entkräften zu können, daß das durch die Friedensverträge verstümmelte Ungarn für die sündhafte Heraufbeschwörung des Krieges verantwortlich ist, anderenteils um zu beweisen, daß die zur Grundlage der Friedensverträge gemachten Beschuldigungen unhaltbar und daher für die Aufrechterhaltung dieser Verträge ungenügend sind.

## II.

Wir sind in der Lage, konkrete Argumente den Angriffen entgegenzustellen, die seit 1911 immer konkretere Formen angenommen habe und die Vernichtung der aus dem Kampfe der Großmächte ausgeschalteten, nur um ihre Freiheit schwärmenden und nur die Garantien ihrer Selbsterhaltung suchenden ungarischen Nation bezweckten. Diese Argumente reden heute schon als konkrete Beschuldigungen gegen die, die am Vorabende des Weltkrieges im Dienste der antiungarischen Propaganda gestanden und die den Trianonvertrag im Dienste der den europäischen Frieden störenden kriegerischen Pläne geschaffen haben.

Daß das russische Kaisertum in der osteuropäischen Frage freie Hand bekommen hat, wurde vom russischen Diplomaten Nekludoff so erzählt, er habe in 1911 seinen Posten in Sofia mit der Instruktion angetreten, daß „er den Krieg möglicherweise bis 1915 aufschieben, aber vor dem Kriege nicht ausweichen soll, wenn die Ehre Rußlands auf dem Spiele steht“.

Man könnte hierauf erwidern, daß dieses Bekenntnis sich auch auf eine Verteidigung von seiten Rußlands beziehen kann, aber dann hätte der in Sofia ankommende Gesandte es nicht für nötig gehalten, eine „nützliche Rede“ mit der russenfreundlichen Opposition zu suchen; daß der erste Schritt der russenfreundlichen Opposition, als sie die Regierung übernahm, die Verschaffung der Vollmacht zum Schließen geheimer Verträge war <sup>1)</sup>, und daß die russenfreundliche Regierung das Los Bulgariens in Rußlands Hände gelegt hat. Zur selben Zeit, bei den serbischen Herbstwahlen (1911), hat der Ministerpräsident Nikola Pasitsch erklärt, daß auch das Los Serbiens in Rußlands Händen liege <sup>2)</sup>.

Die russische Diplomatie hat von dieser Zeit an die Abmachung einer bulgarisch-serbischen Allianz in ihre Pläne aufgenommen, die

---

<sup>1)</sup> A. Nekludoff: *Diplomatic Reminiscences before and during the World War, 1911—1917*. New York 1920. Seite 5, 17, 27—29.

<sup>2)</sup> M. Boghitschewitsch: *Kriegsursachen*. Zürich 1919. Seite 68.

unter völliger Ausschließung der Öffentlichkeit in Sofia gehalten wurden. Nekludoff hat im letzten Moment seine Regierung gewarnt und darauf hingewiesen, daß der Vertrag den Krieg zur Folge hätte, aber der Vertrag wurde vom Zaren am 13. Februar 1912 unterschrieben — „Roma locuta-causa finita“ —, und damit ist der bis zu 1915 aufzuschieben gehoffte Krieg am Anfang von 1912 eine Tatsache geworden. Als König Ferdinand seine Besorgnis ausdrückte, erklärte Nekludoff, daß Bulgarien an Rußland und Serbien gebunden sei <sup>3)</sup>).

Um Rußlands Pläne zu erkennen, müssen wir uns zu den Schriften des Pariser Botschafters Iswolski wenden, der ganz offen erklärte, daß die russische Diplomatie dem französischen Vormarsche von Marokko im Herbst 1911 die Eröffnung des Bosphorus und der Dardanellen entgegenstellt <sup>4)</sup>, und daß sie für die Sicherung dieses Planes den Balkanbund geschaffen hat, in welchem sie Serbien und Montenegro, Bulgarien und Griechenland unter russischem Protektorat in einer offensiven Allianz vereinigte.

Also der Balkanbund war für die Ziele Rußlands geschaffen worden <sup>5)</sup>, das mit dessen Hilfe zum Arbitr des Friedens und des Krieges ward. Selbst Iswolski hat das Recht der Initiative in Osteuropa für Rußland verlangt, als er in seinem Berichte vom 17. November 1912 erklärte, „die Initiative gehöre dem russischen Reiche in allen Fragen, in denen es das Hauptinteresse hat“ <sup>6)</sup>, und in dieser Beziehung war er von der französischen Regierung gesichert <sup>7)</sup>.

Aber der Bund richtete sich in der Hand Rußlands nicht nur gegen die Türkei, auf deren Gebiet die noch nicht befreiten Stammesgenossen der Völker des Balkanbundes wohnten, deren

---

<sup>3)</sup> Nekludoff op. cit. Seite 51, 56, 63—65.

<sup>4)</sup> Paris, den 23. November 1911. Der Botschafter Iswolski an den Außenminister Sasonow. R. Marchand: Un livre noir. Vol. 1. Paris 1922. Pag. 267.

<sup>5)</sup> Es war von den französischen Diplomaten einstimmig bestätigt, daß der Balkanbund „unter den Auspizien Rußlands“ und „unter den exklusiven Auspizien Rußlands“ geschaffen wurde. (Berichte des französischen Gesandten in Sofia Panafieu vom April 1912 und des französischen Geschäftsträgers in Wien Sainte Aulaire vom 6. Mai 1912 in „Documents diplomatiques“. „Les Affaires balkaniques, 1912—1914“, herausgegeben vom französischen Außenministerium. Band I, Paris 1922. Seite 16 und 27.

<sup>6)</sup> R. Marchand op. cit. Band 1. Seite 346.

<sup>7)</sup> Paris, den 30. Januar 1913. Iswolski an Sasonow. Ibid. Bd. II. Seite 20.

Befreiung ein Schlagwort geworden ist, gegen welches kein anderer geeigneter Wahlspruch sich erheben könnte, sondern auch gegen Österreich-Ungarn. Der Balkanbund war also gleichzeitig auch gegen Österreich-Ungarn entstanden, was auch vom französischen Präsidenten Poincaré festgestellt wurde, als er im Frühjahr 1912 erklärte, daß „der Vertrag den Kern eines Krieges nicht nur gegen die Türkei, sondern gegen Österreich-Ungarn enthalte und dieser die russische Hegemonie über die slawischen Königreiche begründen wird <sup>8)</sup>“.

Diese Erklärung des Präsidenten der französischen Republik ist darum von größter Tragweite, weil, wenn der Balkanbund im Frühling von 1912 von Rußland nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen Österreich-Ungarn begründet wurde, so mußte Rußland schon im Frühjahr 1912 die Ziele gewußt und eventuelle Resultate eines solchen Krieges vorausgesehen haben.

Denn im Falle eines russischen Sieges oder in der Hoffnung einer österreichisch-ungarischen Niederlage mußte die russische Diplomatie mit einer Veränderung des Status quo Österreich-Ungarns rechnen.

In diesem Punkte war Ungarn in erster Reihe berührt, denn das Kaisertum Österreich war vom Osten her durch Ungarn gedeckt.

Und wenn weder der königlich ungarischen Regierung, noch dem ungarischen Volke die geheimen Verträge bekannt waren, die nach der Erklärung des Präsidenten der französischen Republik die Aufteilung Österreich-Ungarns erzielten, so trägt weder die königlich ungarische Regierung noch das ungarische Volk die Verantwortlichkeit für einen Krieg, der ohne ihr Wissen und gegen sie vom zaristischen Rußland vorbereitet wurde.

Die Kriegsschuld wurde von der in russischem Dienste stehenden Propaganda zur Last Ungarns geschrieben, damit einerseits die Aufmerksamkeit von dem russischen Angriff abgelenkt, und zweitens, daß Ungarns trauriges Schicksal mit Ungarns Schuld in die Mentalität der Welt hineingeschmuggelt werden könne.

Die Explosion ist im Momente erfolgt, als Außenminister Graf Berchtold im November 1912 den von den Verbündeten verkündigten Gedanken einer Befreiung auch auf die Albanier anzuwenden verlangte, und dieses gegen die Monarchie eröffnete Trommelfeuer leitet uns zur Dezemberrnummer der englischen

---

<sup>8)</sup> Documents diplomatiques. Les Affaires balkaniques, 1912—1914. Vol. 1. Paris 1922. Pag. 38.



Zeitschrift „Review of Reviews“, in welcher Ungarn nach den Grenzlinien des Trianon-Vertrages, also siebeneinhalb Jahre vor dem Friedensvertrage, aufgeteilt wurde.

So können wir ruhig die Frage erheben: wenn der Plan einer Aufteilung von Ungarn schon im Herbst 1912 fertig war, wie könnte Ungarn für einen in dieser Absicht erklärten Krieg verantwortlich sein?

Die offene Opposition gegen die Unterwerfung der albanischen Nation rief eine Wendung herbei, die das Augenmerk der Serben von der adriatischen Küste nach Mazedonien gelenkt hat, wo die hereinflutenden Serben die den Bulgaren versprochenen Länder und die Revision des 1912er Vertrages verlangten.

Von den russischen Gesandten auf der Balkanhalbinsel hat der Belgrader Gesandte Hartwig für die Serben, der Sofioter Gesandte Nekludoff für die Bulgaren Stellung genommen, und der letztere seinem serbischen Kollegen Spalaikovitsch offen gesagt, daß man den alten Vertrag einseitig nicht abändern könne. Der Belgrader Gesandte Hartwig gewann die Oberhand und wir wissen aus Nekludoffs Memoiren, daß Hartwig nach der türkischen Niederlage einen gegen Bulgarien gerichteten zweiten Balkanbund gründete <sup>9)</sup>, zu dem Rußland durch seinen Bukarester Gesandten Schebeko auch Rumänien herangezogen hat. So ist also ein durch die Nachbarn der Türkei vormals gegen die Türkei entstandener Balkanbund in einen durch die Nachbarn Österreich-Ungarns gegen die österreichisch-ungarische Monarchie entstandener Balkanbund geworden, wie es der Petersburger serbische Gesandte Popowitsch am 29. April 1913 berichtete: „Sasonow hat mir wieder erklärt, daß wir von Österreich viel serbisches Land bekommen werden <sup>10)</sup>.“

Auf der Bukarester Friedenskonferenz hat Pasitsch offen erklärt, daß, er schon nach Beendigung des ersten Balkankrieges den Ausbruch eines europäischen Krieges anstrebte, um Bosnien und die Herzegowina zu erwerben, und davon nur abgestanden ist, um vorher Mazedoniens habhaft zu werden, und er sagte dem griechischen Delegierten Politis, daß dem ersten Schritte ein gegen Österreich gemachter zweiter Schritt folgen werde <sup>11)</sup>. Der französische Geschäftsträger von Bukarest hat beigefügt, daß der serbische Delegierte Spalaikovitsch Rumänien gegen Österreich-Ungarn

<sup>9)</sup> Nekludoff op. cit. Seite 133, 162—163.

<sup>10)</sup> Boghitschewitsch op. cit. Seite 129.

<sup>11)</sup> Boghitschewitsch op. cit. Seite 65.

aufgefordert hatte und daß ihre Länder ihre annexionistischen Ambitionen auf Kosten Österreich-Ungarns zu verwirklichen trachten <sup>12)</sup>).

Der Bukarester Friedensvertrag hat also nur die erste Aufgabe des Balkanbundes gelöst, und wie es die Erklärung von Spalaikovitsch zeige, wurden die nach Süden marschierenden Mächte des neuen Bundes jetzt nach Norden dirigiert, was von seiten des russischen Kaisertums und seiner Verbündeten die Vorbereitung einer Abrechnung mit Österreich-Ungarn bedeutet hat.

Rußland hat also seinen balkanischen Verbündeten die Befreiung ihrer in Österreich-Ungarn lebenden Stammesgenossen versprochen: ein Versprechen, das ohne eine Kriegserklärung und ohne einen Krieg überhaupt nicht zu lösen war.

Daß hinter den Erklärungen des Bukarester Delegierten Spalaikovitsch die russische Regierung stand, ist durch ein von Außenminister Sasonow am 23. November 1913 dem Zaren vorgelegtes Memorandum bestätigt, in dem er Rußlands Hilfe für die Einigung aller Serben anbot <sup>13)</sup>, und durch eine Erklärung, die der Zar Nikolaus II. am 2. Februar 1914 dem in Petersburg weilenden Pasitsch gegeben hat <sup>14)</sup>.

Von Rumänien hat der französische Botschafter in Petersburg Delcassé schon am 28. Juli 1913 berichtet, daß die Regierung mit ihren Augen an Siebenbürgen hänge, und der französische Gesandte in Bukarest, Descos, hat am 11. Februar 1914 beigelegt, daß die neue Bratianu-Regierung feindlich Österreich-Ungarn gegenüberstehen und mit Serbien zusammengehen werde <sup>15)</sup>. Der neue russische Gesandte Poklevski-Koziell sagte in seinen Berichten vom 24. Januar offen, daß Rumänien durch seine siebenbürgischen Aspirationen in die Arme Rußlands getrieben wird, mit dem Rumänien die Vereinigung aller Rumänen erreichen will <sup>16)</sup>.

---

<sup>12)</sup> Bericht des französischen Geschäftsträgers Dard. Bucarest, den 2. Dezember 1913: „La Bulgarie consisterait à s'associer étroitement à la Serbie et à la Roumanie pour aider ces deux Puissances à réaliser leurs aspirations nationales aux dépens de l'Autriche-Hongrie . . . M. Spalaikovitsch exposait tout haut cette politique à la Conférence de Bucarest.“ (Documents diplomatiques. Les Affaires balkaniques, 1912—1914. Vol. III. Paris 1923. Pag. 95.)

<sup>13)</sup> Marchand op. cit. Vol. II. Pag. 372.

<sup>14)</sup> Boghitschewitsch op. cit. Pag. 177—180.

<sup>15)</sup> Documents diplomatiques. Les Affaires balkaniques. Vol. I. Paris 1923. Pag 277. Vol. III. Pag. 113.

<sup>16)</sup> Siebert: Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente-politik der Vorkriegsjahre. Berlin 1921.

Als Sasonow am 14. Juni die russische Kaiserfamilie nach Konstanza begleitet hat, frug er beim Ministerpräsident Bratianu an, an wessen Seite er sich in einem eventuellen Konflikte zwischen Österreich und Rußland stellen würde<sup>17)</sup>.

Zwei Wochen später wurde der Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo von serbischen Waffen ermordet und die Exponenten der russischen Machtpolitik haben mit Spannung gewartet, ob der friedliebende alte Herrscher von Österreich-Ungarn auch jetzt noch den erniedrigenden Frieden einem unsicheren Kriege vorziehen werde, in dessen Ouvertüre Rußland seine Hände schon über den aus Rumänien und Serbien stehenden zweiten Balkanbund gegen die Adria gestreckt hat.

Wir sind geneigt anzuerkennen, daß in dem sich entfaltenden Kriege österreichische und russische Interessen aneinanderstießen, aber man muß beifügen, daß die österreichische Diplomatie seit der Liquidation von 1911 in der Defensive stand, und die ungarische Regierung aus einer Angriffspolitik völlig ausgeschaltet war, zumal der feindliche Angriff im Interesse der Aufteilung Ungarns eingeleitet wurde.

### III.

In dem um die Kriegsschuldfrage gefochtenen Kampfe erwartet man allgemein von seiten der Ungarn die Aufklärung des Sarajewoer Mordes. Aber obwohl die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand in Ungarn eine große Bestürzung hervorrief, und niemand bezweifelte, daß, wenn an dessen Vorbereitung die serbische Regierung teilgenommen hat — wie es später der französische Ministerpräsident Viviani erklärt hatte —, eine Strafexpedition nicht ausbleiben könne, ist dennoch zu berücksichtigen, daß die politische Mentalität der ungarischen Nation doch eine kühle und realpolitische ist, welche man durch schnell gewonnene Impressionen nicht vom Wege der historischen Entwicklung ablenken kann.

Ungarn hat in der Machtpolitik der letzteren Jahrzehnte keine Rolle gespielt. Es hat in der tobenden Brandung des weltpolitischen Ringens in erster Reihe den festen Grund der Selbstverteidigung zu finden erstrebt, welche seit zehn Jahrhunderten ein fester und starker Grundpfeiler der ungarischen Politik war, und so war der Sarajewoer Mord nie und wird auch nie in der ungarischen Mentalität der Punkt werden, in dem alle Fäden des Weltkrieges zusammenlaufen.

---

<sup>17)</sup> Documents diplomatiques. Les Affaires balkaniques. Vol. III. Paris 1923. Pag. 280.

Die ungarische Forschung erkennt gerne für ihre Pflicht die Aufklärung des Sarajewoer Attentats, aber nur als die letzte Phase des Angriffes, aus der die zaristisch-russische Diplomatie den Krieg gegen Österreich-Ungarn und die Aufteilung der Monarchie hervorgerufen hat.

Wir müssen die zaristisch-russischen Pläne beobachten, um zu zeigen, wie die russische Diplomatie Serbien und Rumänien zur Heraufbeschwörung des europäischen Krieges vorgeschoben und sie mit der Versprechung von ungarischen Gebieten von Konstantinopel und von den Meerengen abgelenkt hat, die Rußland von der stark geschwächten Türkei und Bulgarien mit Waffen wegzunehmen hoffte.

Wir werden nur die Momente herausgreifen, die zum logischen Zusammenhange unentbehrlich sind.

Es ist bereits von allen Seiten bestätigt worden, daß das Attentat von 1903 das Werk der russenfreundlichen Radikalen war, von denen Serbien dem russischen Gesandten angeboten wurde, der nach der heute schon wenig bekannten, aber jetzt wieder lehrreich gewordenen Erzählung eines englischen Politikers hinter dem Fensterladen die Tragödie von Anfang bis zum Hinauswerfen der königlichen Leichname durch die Fenster beobachtet hatte<sup>18)</sup>.

Es ist wahr, daß danach der russische Gesandte Tscharykow die Leichname in das Palais zurückführen ließ, aber damals hat der Österreich-Ungarn gegenüber freundlich gesinnte letzte Obrenowich nicht mehr gelebt. Wahr ist auch, daß Rußland Tscharykow zurückgerufen hat und den neuen Herrscher damit zwingen wollte, sich von den Königsmördern zu befreien, aber eine weitere Tatsache ist, daß der Einfluß der gegen die Dynastie Obrenowich kämpfenden russenfreundlichen Radikalen sich immer mehr gestärkt hatte, und daß Serbien eben durch diese russenfreundlichen Radikalen das folgsame Werkzeug der Machtpläne des russischen Zarismus geworden ist. Die Königsmörder sind nicht nur nicht zurückgetreten, sondern die mit der Vorbereitung des Krieges beschuldigten großserbischen Vereine Narodna Odbrana und die Schwarze Hand (Ujedinjenje ili Smrt, eigentlich Einigung oder Tod) wurden eben von ihnen 1909 bzw. 1911 gegründet.

Ihr Führer, der Oberst Dragutin Dimitriewitsch, der Chef der Intelligenzsektion des serbischen Generalstabes, und der Major Voja Tankositsch haben als junge Leutnants am Attentate von 1903 teilgenommen. Der erste hat jetzt die Vorbereitung, der zweite die

---

<sup>18)</sup> M. Vivian: The Servian Tragedy. London 1903.



Ausführung übernommen, im Anfang in Mazedonien und später gegen Oesterreich-Ungarn, und so wurde die Flamme des Krieges von der Balkanhalbinsel unter die friedliebenden Völker Mitteleuropas geworfen.

Diese von Serbien mitgeteilten Selbstbekenntnisse haben in der ganzen Welt eine allgemeine Beunruhigung hervorgerufen, denn wenn sie sich als Wahrheit bestätigen, dann ist die ganze Welt der kriegerischen Politik der serbischen Regierungskreise zum Opfer gefallen. So ist es klar geworden, daß diese Umstände darum verheimlicht wurden, damit statt einer von der Welt sanktionierten Strafexpedition ein Weltkrieg komme<sup>19)</sup>.

Einer der Begründer des heutigen jugoslawischen Staates, der Engländer Seton-Watson, übernahm die schwere Aufgabe, bis das von der serbischen Regierung versprochene amtliche Blaubuch erscheinen wird, die serbische Regierung zu verteidigen<sup>20)</sup>, obwohl die serbische Regierung bis jetzt an keine Verteidigung gedacht hat.

Nach seiner Argumentation ist der Mord nicht ein serbisches, sondern ein bosnisches Attentat gewesen, das von österreichisch-ungarischen Untertanen auf österreichisch-ungarischem Gebiete verübt wurde, und eben darum nicht die serbische, sondern die österreichisch-ungarische Regierung dafür die Verantwortung tragen muß. Dürfen wir nach diesem Endergebnis seiner Forschung die Frage aufwerfen, ob nicht die serbischen Staatsmänner in ihren Bekenntnissen die Frage aufgerollt und diese Bekenntnisse nicht das Gegenteil gesagt haben?

Und wenn dieser Mord entweder von den regierenden Kreisen von Serbien oder von den Serben von Bosnien vorbereitet und verübt und damit eine Lawine in Bewegung gesetzt wurde, die unaufhaltsam einen Krieg hervorgerufen hat, wie kann man dann die Beschuldigung aufstellen, daß der Krieg Ungarns Schuld ist?

Denn dies ist, was uns am meisten interessiert.

#### IV.

Die von dem Ministerpräsidenten Graf Stefan Tisza geleitete königlich ungarische Regierung hat sich dem Kriege mit aller Kraft entgegengesetzt.

Er war sich jetzt darüber völlig im klaren, was auch in den feindlichen Staaten nicht in Frage gestellt wurde, daß Serbien für

---

<sup>19)</sup> Über die Einzelheiten vgl. Miß Edith Durhams Buch: *The Sarajewo crime*. London 1925.

<sup>20)</sup> R. W. Seton-Watson: *Sarajewo*. London 1926.

die Vorbereitung und Verübung des Sarajewoer Attentats verantwortlich sei; er hat aber den Gedanken zurückgewiesen, daß Österreich-Ungarn sich zu einer isolierten Strafexpedition entschließe.

Es ist von feindlicher Seite hervorgehoben worden, daß Graf Tisza in den folgenden Tagen seinen prinzipiellen Standpunkt aufgeben und für den Krieg Stellung genommen hat.

Man vergißt, daß die russische Intervention Ungarn vor eine Lebensfrage gestellt hat. Wir können aus dem schon bis jetzt herausgegebenen schriftlichen Material feststellen, daß Rußland diese Intervention schon lange vorbereitet hatte, daß es sich einer friedlichen Lösung der schwebenden Fragen offen entgensetzte, daß es im Falle seines Sieges Österreich-Ungarn aufteilen wollte und im Interesse dieser Aufteilung mit mehreren Regierungen geheime Verträge schloß, und schließlich, daß Ungarn keine andere Wahl hatte, als sich zu verteidigen oder ohne eine Verteidigung zugrunde zu gehen.

Diese Umstände haben den ungarischen Ministerpräsidenten Graf Tisza bewogen, aber als er am 14. Juli 1914 seine Einwilligung gab, fügte er hinzu, daß Österreich-Ungarn kein Stück Land von dem Königreiche Serbien annektieren werde, was auch einstimmig angenommen wurde.

Der Entschluß vom 14. Juli 1914 wurde kurz darauf durch das Verhalten der russischen Regierung, die ihren kriegesischen Plänen treu jeden Versuch für eine friedliche Lösung ausschloß und verhinderte, völlig gerechtfertigt.

Aber obwohl die königlich ungarische Regierung an der Vorbereitung des Krieges nicht teilnahm und folglich auch die Beschuldigungen zusammenfallen mußten, die die Agenten der an der Aufteilung Ungarns interessierten Kreise ausgestreut hatten, indem sie Ungarn und den an der Spitze der ungarischen Regierung stehenden Grafen Tisza für die wahren Schuldigen erklärten, ist das Verhalten des ungarischen Ministerpräsidenten bis 1919 ein Geheimnis geblieben, er aber am 31. Oktober 1918 als der allein-stehende Schuldige den Waffen seiner Feinde erlegen.

Eben darum können wir kaum in unserer Forschung die a posteriori-Argumente weglassen, die manchmal eine größere Wichtigkeit haben, als die oben erwähnten, denn die Leiter und Agenten der neoslawischen Politik verlangten — den Weg eines offenen Angriffes betretend — nicht nur Ungarns Aufteilung, sondern ihre Pamphlete und Bücher haben lange vor dem Friedensschluß mit einer wunderbaren Voraussicht schon die Grenzen ausgesteckt,

die dem ungarischen Volke nur nach dem Friedensvertrage bekanntgeworden sind. Das konnte nur in dem einzigen Falle geschehen, wenn diese Grenzen von den an der Aufteilung interessierten Regierungen und ihren Agenten schon am Beginne des Angriffes festgesetzt wurden.

So finden wir, daß die Grenzen zwischen Ungarn und seinen nördlichen und südlichen (tschechischen und serbischen) Nachbarn von Ernest Denis, die östlichen (rumänischen) Grenzen aber von R. W. Seton-Watson festgestellt wurden<sup>21)</sup>. Die Delimitierung des letzteren zeigt kaum einige Kilometer Abweichung von der Trianoner Grenze auf einem Gebiete, wo seit tausend Jahren überhaupt keine Grenzen gezogen waren. Es ist also leicht festzustellen, daß die neuen Grenzen durch die feindliche Propaganda erfunden und durch die Pariser Friedenskonferenz blindlings angenommen wurden.

Daß diese Grenzen ohne die Mitwirkung der Nationalitäten erfunden wurden, das können wir mit deren Konferenz in Lausanne beweisen, wo sie am 27.—29. Juni 1916 beschlossen haben, daß kein Land gegen den ausdrücklichen Wunsch der Bevölkerung einem anderen Staate zugeteilt wird<sup>22)</sup>. Die Bevölkerung hat von diesen Grenzen und von dieser Aufteilung keine Ahnung gehabt.

Es kann also kaum bezweifelt werden, daß dieser Angriff und der als dessen Konsequenz entstandene Friedensvertrag von Trianon das Programm einer angreifenden Machtpolitik gebildet haben, und selbst die Realisierung des Planes erklärt die Frage der Verantwortlichkeit des ungarischen Staates für den Weltkrieg.

Die feindlichen Regierungen haben es bis zu der Aufteilung Ungarns vorausgesehen, daß die Grenzen, die das neue Ungarn bekommen wird, weder natürliche noch geschichtliche und vormals niemals existierte Grenzen sein werden, die in der Zukunft, wenn Ungarn in irgendeiner Form fortlebt und wenn die Wahrheit allgemein bekannt wird, für den Friedensvertrag gefährlich sein können.

Darum hat die feindliche Propaganda die folgenden Thesen aufgestellt:

In bezug auf den Umstand, daß die westlichen Staatsmänner die Verhältnisse der Donaugebiete überhaupt nicht gekannt haben,

---

<sup>21)</sup> E. Denis: *La grande Serbie*. Paris 1915. R. W. Seton-Watson: *Rumania and the Great War*. London 1915, besonders Seite 95 bis 97. — Vgl. das Pamphlet von Edward Benesch: *Détruisez l'Autriche-Hongrie!* Paris 1916.

<sup>22)</sup> „II. § 11 n'y aura annexion, ni transfert de territoire contraire aux intérêts et aux vœux de la population.“

haben die als einzige Sachverständige sich aufdrängenden Interessenten und ihre Agenten nie von einer Aufteilung Ungarns, sondern nur von der Österreichs und Österreich-Ungarns gesprochen. Die die wahren Verhältnisse nicht kennenden Staatsmänner hatten also keine Ahnung davon, daß sie außer Österreich oder Österreich-Ungarn auch einen anderen tausendjährigen Staat aufgeteilt haben. Mehrere von ihnen haben mit einer Verwunderung gehört, daß die Magyaren wegen ihrer „Befreiung“ verbittert sind.

Auf dieser absoluten Unwissenheit der westlichen Staatsmänner ruhte auch der Glauben, daß Ungarn nur eine seit 1867 existierende politische Formation sei, die ihre Existenz einer vom Kaisertum Österreich genehmigten politischen Konzession dankte, und die nach einer Aufteilung des Kaisertums Österreich nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Wenn Österreich-Ungarn sich auflöste, so muß sich auch der in Österreich-Ungarn inbegriffene ungarische Staat auflösen. Es war also sehr sorgfältig die Tatsache verschwiegen, daß der ungarische Staat eine tausendjährige politische Formation ist, in der die zu befreienden Nationalitäten nur später angesiedelte Fremde waren.

Endlich hat die feindliche Propaganda, eben auf die verblüffende Leichtsinnigkeit der verantwortlichen Staatsmänner sich stützend, die Ansicht verbreitet, daß Ungarns Aufteilung auch im Interesse der europäischen Zivilisation verlangt wird, denn die an den Ufern der Tisza lebenden Ungarn seien eine für Europa gefährliche asiatische Horde, die höchstens eine bei den amerikanischen Indianern übliche Reservation verdienen<sup>23)</sup>.

Die um die Wahrheit sich überhaupt nicht kümmernden westlichen Staatsmänner haben es nicht gewußt, daß Ungarn seit tausend Jahren immer eine geographische, ökonomische und politische Einheit, eine höhere politische Formation war und eine westliche Kultur besaß.

Wie konnte also das freiheitsliebende, und um seine Existenz bekümmerte Ungarn einen Krieg vorbereiten oder hervorrufen lassen, dessen Konsequenz eben das Ideal der ungarischen Politik zugrunde richten sollte.

Man könnte einwenden, daß diese Aufteilung von den nicht-magyarischen Nationalitäten des ungarischen Staates verlangt würde, aber es läßt sich leicht beweisen, 1. daß die erwähnten Nationalitäten die Aufteilung in der Tat nie verlangten und ihren Wunsch nie dafür erklärt haben, 2. daß keiner von den die Auf-

---

<sup>23)</sup> H. Kuffner: *Nas stat a svetovymir*. Unser Staat und der Weltfriede. Prag 1918. Seite 23.



teilung fordernden Agenten den erwähnten Nationalitäten angehörte, 3. daß die im Herbst 1918 schnell zusammengebrachten Volksversammlungen nicht den Willen der gesamten Bevölkerung repräsentierten, 4. daß folglich in den von Ungarn mit Waffen losgetrennten Gebieten auch rein ungarische Bevölkerung verlorengegangen ist <sup>24)</sup>).

|                                             | Gebiet  | Bevölkerung | Annek-<br>tierte<br>Rassen          | Ver-<br>einigte<br>Rassen                | Annek-<br>tierte<br>Magyaren |
|---------------------------------------------|---------|-------------|-------------------------------------|------------------------------------------|------------------------------|
| Ungarn . . . in 1910                        | 282 370 | 18 264 533  | —                                   | —                                        | 9 944 620                    |
| Durch die Tschechen<br>annektiert . . . . . | 69 937  | 3 575 685   | Tschech.<br>u. Slowak.<br>3 567 685 | 8 000                                    | 1 084 343                    |
| Durch die Rumänen<br>annektiert . . . . .   | 102 787 | 5 265 444   | Rumänen<br>2 699 631                | 2 835 916                                | 1 879 231                    |
| Durch die Serben<br>annektiert . . . . .    | 20 956  | 1 499 213   | Serben<br>1 476 293                 | 390 307                                  | 683 631                      |
| Durch Österreich an-<br>nektiert . . . . .  | 5 055   | 392 431     | Deutsche<br>142 431                 | 250 000                                  | 80 000                       |
| Zusammen                                    | 191 735 | 10 781 773  | 7 886 040                           | 4 384 223                                | 3 727 205                    |
| Das heutige Ungarn .                        | 91 114  | 7 481 954   | —                                   | —                                        | —                            |
| Durch fremde Regie-<br>rungen annektiert .  | —       | —           | —                                   | 7 886 040                                | —                            |
| Durch Stammver-<br>wandten vereinigt .      | —       | —           | —                                   | 3 484 223<br>Die Slowak.<br>inbegriffen! | —                            |
| Von Ungarn losge-<br>trennte Magyaren .     | —       | —           | —                                   | —                                        | 3 727 205                    |

Man könnte erwidern, daß die erwähnten Agenten vielleicht die Fürsprecher der unterdrückten Nationalitäten des ungarischen Staates waren, aber es war eine Leichtsinnigkeit, die große Verantwortlichkeit dafür anzunehmen, daß alles, was von der feindlichen Propaganda verlangt wurde, ohne die Befragung der Bevölkerung blindlings angenommen und auf diese unsichere Wahrheit ein gegen die Lebensinteressen von Millionen geschaffener Frieden aufgebaut wurde.

Wenn wir also jetzt pflichtgemäß der Aufforderung folgen, die durch die Beschuldigung des ungarischen Staates in dem Friedensvertrage eingeschaltet wurde, tun wir es eben darum, um unsere Gegenargumente vor der Welt auf den Tisch zu legen, damit jedermann, der das Monopol einer den Frieden störenden Propaganda nicht anerkennt und ihre Beschuldigungen nicht ohne Prüfung

<sup>24)</sup> Tabelle zu den durch den Trianoner Friedensvertrag verursachten Veränderungen.

annehmen will, sich von der Schuldlosigkeit des ungarischen Staates überzeugen kann.

Man muß zugeben, daß Ungarn nur dann beschuldigt werden mußte, um die losgetrennten Gebiete ihm entreißen zu können, und es immer beschuldigt bleiben muß, damit diese Gebiete von ihm für immer losgetrennt bleiben können. Also die einzige Garantie der vormals nie existierten neuen Grenzen ist die Beschuldigung, ferner der auf dieser Beschuldigung gegründete Friedensvertrag von Trianon, und schließlich sind es die bewaffneten Regierungen selbst, die ihre bewaffnete Macht längs der durch den Friedensvertrag von Trianon auf Grund der einseitigen Schuldigerklärung Ungarns geschaffenen neuen Grenzen aufgestellt haben.

Eben darum gewann die durch den Friedensvertrag von Trianon diktierte Schuldfrage eine große Wichtigkeit in der ungarischen Politik: denn wenn die Schuld überhaupt nicht existiert, so bleibt der Friedensvertrag von Trianon eine nur aus den machtpolitischen Bestrebungen verständliche Konsequenz, die, aus einer einseitigen Beschuldigung hervorgegangen, durch ein einseitiges Ultimatum gerechtfertigt und durch Waffen garantiert wurde.

---

# Die Kriegsschuld Italiens.

Ein historischer Rückblick  
von Theodor von Sosnosky.

Kein Schriftsteller der Welt hat jemals Satiren von so diabolischer Ironie, so vernichtender Wucht geschrieben wie Frau Klio. Der Weltkrieg hat dies wieder mit drastischer Deutlichkeit dargetan. Es sei nur an die Entente erinnert, die den Militarismus Deutschlands zu bekämpfen vorgab, dabei aber selber dem schärfsten Militarismus huldigte, ja ihn erst eigens zu diesem Zweck ins Leben rief, wie England und die Vereinigten Staaten; oder an das von der Entente mit so viel Emphase gepredigte Evangelium der nationalen Selbstbestimmung der Völker, das sie aber nicht im geringsten daran hinderte, Millionen von Deutschen gegen deren Willen an alle möglichen Staaten zu verteilen . . . Die vollendetste Satire aber schuf die Weltgeschichte wohl damit, daß Italien über die Mittelmächte zu Gerichte saß und sie der Schuld am Kriege zieh, dasselbe Italien, das seit mehr als einem halben Jahrhundert nur darauf gesonnen und darnach gestrebt hatte, das Habsburgerreich zu vernichten und sich aus dessen Trümmern die lang und gierig begehrte Beute zu holen. Denn weder Frankreich noch Rußland haben so lange und mit so bebender Spannung auf den Krieg gelauert wie Italien, dessen Politik gegenüber der Monarchie seit 1848/49 im Geiste Mazzinis und später Cavours geführt wurde, während Frankreich erst seit 1866, Rußland seit dem Berliner Kongreß mit Kriegsgedanken gegen Deutschland beziehungsweise Österreich-Ungarn umging.

In Italien hat man, um des bekannten Wortes Clemenceaus zu gedenken, an den Krieg gegen die Monarchie nicht nur immer gedacht, sondern auch immer davon gesprochen, lauter, ungemehmter und länger als irgendwo anders.

Wenn je ein Staat — wir sagen absichtlich nicht: ein Volk, denn das italienische Volk in seiner Mehrheit hat den Krieg nicht gewünscht — mit Recht der Kriegsschuld geziehen werden darf, d. h. der Schuld, einen Krieg ohne Bedrohung oder schwere Ehrenkränkung durch einen anderen Staat begonnen zu haben: dann ist es Italien.

## I.

### Nach 1866.

Die ausgiebigen politischen und territorialen Erfolge, die Italien 1859 und 1866 mit fremder Hilfe und trotz schwerer Niederlagen zu Land und zu Wasser davongetragen hatte, genügten ihm

keineswegs. Sein Appetit wuchs, wie immer, mit dem Essen, und es hätte sich 1866 nicht mit Venetien allein beschieden, wenn es über Nikolsburg hinaus noch auf Preußens Unterstützung hätte zählen dürfen. Ohne die aber wagte es den Zweikampf mit Österreich nicht, so schwer dieses auch verwundet war, und stieß grollend sein Schwert in die Scheide, die Stillung seines Länderhungerns auf eine günstigere Gelegenheit verschiebend. Das Programm Mazzinis, das die Vernichtung Österreichs forderte, galt für die italienische Politik als Dogma. Einstweilen freilich konnte sie nicht daran denken, es zu verwirklichen, denn Italien spielte im europäischen Mächtekoncert zunächst noch eine sehr bescheidene Rolle. Erst die beginnende Auflösung des Osmanischen Reichs gab ihm den Mut, aus seiner unfreiwilligen Reserve herauszutreten und seine territorialen Ansprüche geltend zu machen. Vorläufig allerdings bloß in vorsichtig tastender Weise. Francesco Crispi, damals Präsident der italienischen Kammer, stattete Bismarck im September 1877 in Gastein einen Besuch ab und sondierte ihn, ob er Italien nicht wieder zu einer Gebietsvermehrung verhelfen wolle, wie 1866. Zunächst suchte er — er selber erzählt es in seinen Memoiren — Bismarcks Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn zu wecken. Als er damit keinen Erfolg hatte, kam er auf die Balkanwirren zu sprechen und erklärte Bismarck, Italien könne es nicht gestatten, daß Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina besetze, wovon damals schon die Rede war: „Sie wissen,“ bemerkte er, „im Jahre 1866 blieb Italien ohne Grenzen nach den Ostalpen zu. Wenn Österreich neue Provinzen erhielte, die es im Adriatischen Meer verstärkten, bliebe unser Land wie in einer Zwangsjacke eingengt, und so oft es dem Nachbarreiche gefiele, einer Invasion ausgesetzt. . . . Sie müßten den Grafen Andrassy von jedem Verlangen nach einer Eroberung im Ottomanischen Reiche abbringen“. . . . Aber Bismarck entgegnete abweisend, Bosnien und die ganze Orientfrage berührten deutsche Interessen nicht. Übrigens könne sich Italien, wenn sich Österreich-Ungarn Bosnien nähme, ja Albanien oder sonst ein türkisches Gebiet nehmen. Daraufhin suchte Crispi Bismarck Appetit auf Österreich zu machen: „Von 1866 bis 1870 haben Sie Wunder verrichtet, aber Sie haben außerhalb Deutschlands viele deutsche Völkerschaften, die Sie früher oder später an sich ziehen werden. Österreichisches Land mißfällt Ihnen nicht. Sie kommen jedes Jahr hierher, und Gastein, das die wahre Grenze Deutschlands in den Alpen bezeichnet, hat für mich eine Bedeutung; es mag eine Verkündigung sein . . . .“



Auf dieses heiße Liebeswerben erwiderte Bismarck jedoch mit einem kalten Wasserstrahl: „Nein, Sie irren. . . . Böte man uns eine katholische Provinz Österreichs an, wir würden sie zurückweisen.“ . . . Dann wiederholte er seinen Rat, Italien solle sich gegebenenfalls an Albanien schadlos halten. Worauf Crispi aber erwiderte: „Eine Provinz an der Adria genügt uns nicht. Wir würden nicht wissen, was wir damit anfangen sollten. . . . Wir haben keine Grenzen nach Osten hin; Österreich liegt jenseits der Alpen und kann in das Reich einfallen, wann es ihm beliebt. Wir wollen nichts von den andern; wir werden treu an den Verträgen halten, aber wir wollen uns zu Hause sicher fühlen. Sprechen Sie darüber mit dem Grafen Andrassy.“ Da wurde Bismarck deutlich: „Nein, ich will weder die bosnische Frage und noch viel weniger die Ihrer Ostgrenzen berühren. . . . Lassen wir sie jetzt!“ . . .

Aus diesem Gespräche geht mit unanfechtbarer Sicherheit hervor, daß Crispi Bismarck dazu bewegen wollte, abermals für Italien die Kastanien aus dem Feuer zu holen und sich dafür ebenfalls an österreichischem Besitz schadlos zu halten. Da die Monarchie sich aber selbstverständlich nicht wehrlos hätte aufteilen lassen, so darf man getrost behaupten, Italien habe schon damals den Krieg gegen sie gewollt. . . .

Als Österreich-Ungarn dann auf dem Berliner Kongresse tatsächlich mit dem Mandate betraut wurde, Bosnien und die Herzegowina zu besetzen, erhob sich in Italien ein wilder Entrüstungssturm. Der bis dahin notdürftig zurückgehaltene Haß gegen Österreich-Ungarn sprengte seine Fesseln und tobte sich in wüsten Schimpf- und Drohorgien aus. Man insultierte die Konsularämter Österreich-Ungarns, riß das Wappen des k. k. Generalkonsulats in Venedig herab und warf es in den Kanal, man veranstaltete im ganzen Lande lärmende Kundgebungen gegen die Monarchie und stieß drohend in die Kriegstuba, kurz: man gebärdete sich, als hätte jene Italien tödlich beleidigt, während es sich ja doch nur um Bosnien und die Herzegowina handelte, die Italien im Grunde gar nichts angingen und an sich auch höchst gleichgültig waren. In Wahrheit gab die bosnische Frage nur den Vorwand ab, Südtirol, Triest und das Küstenland als „Kompensationen“ zu fordern. Menotti Garibaldi verlangte bei einer in Rom am 21. Juli 1878 abgehaltenen Volksversammlung sogar die ungesäumte Besetzung dieser Gebiete. Die italienische Regierung aber, die Kabinette Cairoli und Depretis, sahen diesen wilden Bedrohungen Österreichs ruhig zu, billigten sie demnach offenbar durch ihr Stillschweigen

und standen somit, wenn auch nur heimlich, Pathe bei der Geburt des Irredentismus.

## II.

### Der Irredentismus.

Der Zweck dieser Bewegung war die Erlösung der „Terra irredenta“, der „unerlösten“ Gebiete, d. h., der in fremden Staatsverbänden stehenden Landesteile mit vorwiegend italienischer Bevölkerung; wobei aber immer nur von den unter dem österreichischen „Joche schmach tenden“ Brüdern die Rede war, nicht von den unter französischer Herrschaft lebenden in Corsica und Nizza oder denen im Kanton Tessin oder auf Malta. Im Grunde war der Irredentismus also nichts anderes als das „Risorgimento“ in neuer, den politischen Verhältnissen angepaßter Form. Seine Anhänger betrachteten sich als die Vollstrecker des politischen Testaments Mazzinis. Ihr Programm stellte folgende, durchwegs gegen Österreich gerichteten Forderungen auf:

1. das nationale Prinzip,
2. das Kompensationsprinzip,
3. das Verlangen nach „natürlichen“ Grenzen,
4. den Anspruch auf Südtirol, weil dieses 1866 von Garibaldi erobert worden sei,
5. den Protest gegen die angeblichen Bedrückungen der österreichischen Staatsbürger italienischer Nationalität.<sup>1)</sup>

Mit diesen fünf Argumenten gewappnet, glaubte der Irredentismus seine Forderungen nach österreichischem Gebiete vor der Welt rechtfertigen zu können. Tatsächlich standen diese Gründe aber auf überaus schwachen Füßen und fielen kläglich um, sobald man daran rührte.

Was das nationale Prinzip betraf, so strafte der Irredentismus sich selber darin Lügen, denn er machte es bloß Österreich gegenüber geltend, nicht auch Frankreich (Corsica) und England (Malta) gegenüber. Ebenso windig stand es um das Kompensationsprinzip, denn wenn Italien eine Entschädigung dafür wollte, daß Österreich-Ungarn Bosnien erhielt, dann hätte z. B. Frankreich ein Stück von Italien verlangen können, als dieses Venetien bekam. Und Österreich-Ungarn hätte, und mit mehr Recht, weil es eine Provinz verloren hatte, 1859 für die Lombardei und 1866 für Venetien und die verlorene Vormachtstellung in Deutschland Kompensationen beanspruchen können. Was ferner das Argument der „natürlichen

---

<sup>1)</sup> Siehe „*Italicae res*“, von Alois R. v. Haymerle, k. k. Generalstabsobers, Wien 1879.

Grenzen“ betrifft, so war es geradezu grotesk zu nennen, denn auf diesen Grund gestützt, konnte jeder Staat alles mögliche Land von seinen Nachbarn beanspruchen. War die Nordgrenze Italiens aber wirklich für Österreich günstiger als für jenes, dann war es jedenfalls sehr naiv, von diesem zu verlangen, daß es um der schönen Augen Italiens willen auf diesen militär-geographischen Vorteil verzichten sollte. Ebenso haltlos war der Hinweis darauf, daß Garibaldi 1866 Südtirol erobert habe, denn das war einfach nicht wahr. Er war über 12 km im Judikarien und 17 km im Ledro-Tale nicht hinausgekommen. Und auch General Medici hatte das Herz Südtirols, Trient, nicht erreicht. So bleibt zum Schlusse bloß mehr das Argument von der Bedrückung der Italiener in Österreich übrig. Wie es damit in Wahrheit stand, wird sich im Laufe dieser Ausführungen zur Genüge zeigen. Hier sei nur kurz auf die bezeichnende Tatsache verwiesen, daß die Einwanderung von Reichsitalienern nach Triest in den letzten Jahren vor dem Kriege im Jahre durchschnittlich 4000 Köpfe betrug, und daß sich bei Ausbruch des Krieges etwa 50 000 Reichsitaliener in Triest befanden. Hätten sie unter dem österreichischen Regime nicht günstigere Lebensbedingungen als im eigenen Lande gefunden, wären sie selbstverständlich daheim geblieben.

Man sieht also: kein einziger der Gründe, die der Irredentismus für seine Ansprüche auf österreichische Gebiete geltend machte, erwies sich als stichhaltig; sie waren nur täuschende Masken, hinter denen sich schnöde Habgier zu verbergen suchte.

Wenn hier von Italien kurzweg gesprochen worden ist, so sollte damit aber keineswegs das italienische Volk in seiner Gesamtheit gemeint sein. Von Natur nicht eben waffenfroh geartet, war es wohl noch weniger von kriegerischen Gelüsten erfüllt als irgend ein anderes Volk, und daß Trient und Triest sich im österreichischen Besitze befanden, vermochte seine Lebensfreude keineswegs zu trüben. Allein in den sogenannten Intelligenzkreisen, also in derselben gesellschaftlichen Schichte, die fast überall den politischen Ton anzugeben pflegt und in der die Politik nur zu oft weniger Überzeugungssache als blinde Leidenschaft oder berechnendes Geschäft ist, herrschte gegen Österreich noch der Geist der Jahre 1848 und 1849 mit seinem wilden Haß und Neide. Die politischen Erfolge der Kriege von 1859 und 1866, die Italien die Lombardei und Venetien eingetragen, hatten ihren Länderhunger nur gereizt, und sie konnten es nicht verschmerzen, daß sie sich 1866 mit Venetien hatten bescheiden müssen und nicht auch Südtirol und das Küstenland dazugewonnen hatten. Der Gewinn dieser Gebiete

bildete den Sehnsuchtstraum ihrer Seelen und erfüllte sie mit untülbarem Hasse gegen deren glücklichen Besitzer Österreich. Sie ihm zu entreißen oder, wie sie sich mit elegischem Pathos euphemistisch ausdrückten: sie zu „erlösen“, war das Um und Auf ihres Strebens.

### III.

#### „Verso la Guerra“.

Der scharfe Interessengegensatz, in den Italien mit Frankreich wegen dessen Ausbreitung in Tunis geriet, hatte es in die Arme des Zweibundes getrieben. Die „Frankfurter Zeitung“ hat dieses Bündnis eine „Vernunft Ehe“ genannt. Treffender wäre es gewesen, es eine Ehe „par dépit“ zu nennen, denn wie manches Weib, wenn es sich vom Geliebten getäuscht oder verraten sieht, sich einem ungeliebten Mann an den Hals wirft, so hatte auch Italien sich den beiden Kaisermächten angeschlossen. Wäre dabei nur Deutschland in Frage gekommen, so würde ihm dieser Schritt keineswegs schwer gefallen sein, denn für Preußen — und das neue Deutschland stand ja unter preußischer Führung — hatte es noch von 1866 her Sympathien. Das Böse daran aber war, daß es bei diesem Bündnis auch Österreich mit in Kauf nehmen mußte, gegen das es nur Groll und Haß empfand. Doch Bismarck bestand darauf, und so blieb Italien nichts anderes übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Dem offiziellen Italien gelang dies ja zur Not; im übrigen Italien aber gab man sich gar keine Mühe, diese freundliche Miene aufzusetzen; im Gegenteil: man machte aus seinen wahren Gefühlen durchaus kein Hehl. Nichts vermag die Gesinnung und Stimmung, die damals in Italien dem neuen Bundesgenossen gegenüber herrschte, drastischer zu kennzeichnen, als der Attentatsplan, dessen Urheber der Triestiner Wilhelm Oberdank war.

Im Mai 1882 war Italien dem Zweibunde Deutschland-Österreich-Ungarn als Dritter beigetreten. Im September desselben Jahres aber sollte Kaiser Franz Joseph, wenn er zur Feier der 500 jährigen Zugehörigkeit Triests zum Habsburgerreiche kam, dort ermordet werden. Daß es sich dabei nicht etwa um den Plan eines einzelnen Fanatikers handelte, ging daraus hervor, daß in Triest kurz vorher ein Attentat begangen worden war, das dem Bruder des Kaisers, Erzherzog Karl Ludwig, gegolten hatte, und mehr noch daraus, daß der Komplize des Attentäters Oberdank, der Apotheker Ragosa, der nach Italien entkommen und dort festgenommen worden war, von den Geschworenen in Udine freigesprochen wurde; am meisten aber aus der Wirkung, die die Vollstreckung des Todesurteils über Oberdank bei den Italienern diesseits und jenseits der



Grenze hervorrief: sie machten ihn nämlich zu einem nationalen Märtyrer, zu dessen Verherrlichung man in Italien Denkschriften veröffentlichte, Straßen benannte, eine Hymne dichtete, ja schließlich sogar Denkmäler setzte.<sup>2)</sup>

Dieser Mordversuch lastete wie ein Fluch auf dem Bündnisse zwischen Italien und Österreich-Ungarn und drückte ihm einen Stempel auf, den alle Potemkin-Künste der Wiener Beschwichtigungshofräte und ihrer journalistischen Helfershelfer mit ihren Goldflitterphrasen nicht dauernd zu verdecken vermochten und der immer wieder zu ihrem Schrecken und zu ihrer Verlegenheit zum Vorscheine kam.

Der Mordplan Oberdanks war nichts anderes als der zum Verbrechen gesteigerte Ausdruck der in Italien gegen Österreich-Ungarn bestehenden Gesinnung und Stimmung.

Diese Stimmung wurde für das offizielle Italien zuweilen recht unbequem, und die verantwortlichen Staatsmänner fühlten sich manchmal bemüßigt, das irredentistische Feuer ihrer Landsleute durch einen kalten Wasserstrahl zu dämpfen. Sowohl Mancini als Crispi bemühten sich, das Verhältnis Italiens zu Österreich besser zu gestalten, und ließen es an Maßnahmen gegen die Irredenta nicht fehlen. Auch König Humbert war ein ehrlicher Freund des Bündnisses. Aber nichtsdestoweniger kam es auch unter seiner Regierung zu heftigen Kundgebungen gegen Österreich-Ungarn. So bei der Erneuerung des Dreibundvertrages im Jahre 1891. Wenige Jahre später war es die albanische Frage, die sich drohend zwischen die beiden Verbündeten an der Adria schob. Ein zwischen den Ministern Graf Goluchowski und Marchese Visconti-Venosta in Monza (6. November 1897) getroffenes Abkommen, Albanien betreffend, sollte diese Gefahr einstweilen beschwören, vermochte an der gehässigen Agitation gegen die Monarchie jedoch nichts zu ändern.

Eine bedeutsame Wendung in der italienischen Politik trat am Ende des 19. Jahrhunderts durch die Besserung der so lange gespannt gewesenen Beziehungen Italiens zu Frankreich ein. Sie wurde durch den Tod König Humberts noch wesentlich gefördert, denn sein Nachfolger, durch seine Gemahlin Rußland nähergerückt, ließ bald erkennen, daß er anders dachte und fühlte als sein Vater. Das machte sich sehr bald in einem Abrücken Italiens von seinen

---

<sup>2)</sup> Das Todesurteil über Oberdank erfolgte übrigens nicht wegen seines Mordplanes gegen Kaiser Franz Joseph, sondern nachträglich wegen Desertion vor dem Feinde im Okkupationsfeldzuge vier Jahre vorher.

beiden Bundesgenossen bemerkbar, einer Wendung, die Bülow zu dem bekannten Scherzwort von der „Extratour“ veranlaßte. Doch war die Sache für die Mittelmächte nichts weniger als scherzhaft; das zeigte die Haltung Italiens anläßlich der Algeciras-Konferenz, in der es sich gab, als wäre es mit Frankreich verbündet, nicht mit Deutschland.

Immer unerfreulicher gestaltete sich das Verhältnis Italiens zu Österreich-Ungarn. Da den Irredentisten der albanische Zankapfel noch nicht genügte, brachen sie einen zweiten vom Zaune: die italienische Universität, die Österreich in Triest errichten sollte, damit die Studenten italienischer Nationalität eine nationale Universität hätten. Da die österreichische Regierung aber sehr begreiflicherweise keine Lust hatte, diesen Wunsch zu erfüllen und selber eine Hochburg des Irredentismus zu errichten, so war dessen Anhängern damit ein neuer hochwillkommener Konfliktsstoff geboten. Als die österreichische Regierung sich erbötig machte, die gewünschte Universität in einer anderen Stadt Österreichs zu errichten, war die Antwort der österreichischen Italiener: „Trieste o nulla!“ In Triest oder nirgends. Wie gewöhnlich, griff man in Österreich daraufhin zu einer halben Maßnahme und errichtete allerdings keine italienische Universität, sondern bloß eine solche Fakultät, und zwar in Innsbruck. Man sollte es bitter bereuen, denn schon bei der Eröffnung (November 1904) kam es zwischen den deutsch-nationalen und italienischen Studenten zu argen Prügeleien, die bald zu einem wüsten Kesseltreiben gegen alle in Innsbruck lebenden Italiener ausarteten, wobei die eben eröffnete Fakultät und mancher von Italienern geführte Laden in Trümmer gingen. Wie nicht anders zu erwarten war, fanden diese bedauerlichen Ereignisse in Italien ein stürmisches Echo. Das ganze Land hallte wider von den lärmenden Entrüstungskundgebungen, die in allen größeren Städten veranstaltet wurden und die sich, höchst ungerechterweise, keineswegs bloß gegen die Alldeutschen richteten, die allein die Verantwortung traf, sondern gegen Österreich überhaupt. Die teutonischen Toren hätten den Irredentisten keinen größeren Gefallen erweisen können als durch diese brutalen Exzesse. Denn nun hatten sie — ausnahmsweise und zum ersten Male — tatsächlich einen Anlaß für ihre bombastischen Deklamationen, und, wenn es nach ihnen gegangen wäre, sogar einen *Casus belli*, denn sie gebärdeten sich, als könnte nur ein Krieg gegen Österreich diese Schuld tilgen. So war dafür gesorgt, daß die Universitätsfrage als offene Wunde am Bündnis der beiden Staaten weiterschwarte.

Auch die albanische Frage spitzte sich bedenklich zu. Das Buch Vico Mantegazzas „L'altera sponda“ (Das andere Ufer), in dem Albanien für Italien reklamiert wurde, gab der Stimmung Ausdruck, die jenseits der Adria herrschte und künstlich zum Siedegrade erhitzt wurde. Marchese Guicciardini machte sich in der Kammer zum Anwalt der gehässigen Beschuldigungen, die Österreich-Ungarn selbstsüchtiger Ränken in Albanien ziehen. In Wahrheit verhielt es sich aber gerade umgekehrt: Italien bot alles auf, den Einfluß der Monarchie in Albanien zu untergraben, und diese kam ihm dabei unbegreiflicher Weise noch entgegen, indem sie in den von ihr errichteten Schulen die italienische Sprache einführte und Priester italienischer Nationalität als Missionare hinsandte! In seinen „Briefen aus Albanien“ glossiert Marchese di San Giuliano diese Naivität mit den Worten: „Durch seine religiöse Propaganda sorgt Österreich also auf eigene Kosten für die Verbreitung der italienischen Sprache, und diese, als bestes Übertragungsmittel für Gedanken und Gefühle, wirkt selbsttätig im entgegengesetzten Sinne als dem von Österreich beabsichtigten.“ Man hatte in Italien demnach keine Ursache, sich gegen die Monarchie zu ereifern, sondern hätte im Gegenteil nur erfreut sein sollen, einen so arglosen Nebenbuhler zu haben. Da man aber durchaus einen Erisapfel zur Hand haben wollte, so drehte man den Spieß einfach um und stellte Österreich-Ungarn als den bösen Nachbarn hin. Zugleich aber strafte man sich selber Lügen, indem man die Adria als „mare nostro“ reklamierte und sich darüber entrüstete, als Österreich-Ungarn in diesem „italienischen“ Meer Flottenmanöver veranstaltete. D'Annunzio, der große Phrasenheld, schrieb ein Theaterstück „La Nave“, das nichts anderes war als eine dramatische Paraphrase des Marenostro-Gedankens und unter den Zuhörern wahre Explosionen des Hasses gegen Österreich auslöste.

Daß diese wachsende Spannung zwischen Italien und der Monarchie nicht geeignet war, den Dreibund zu festigen, das zeigte sich mit erschreckender Deutlichkeit bei der bosnischen Krise von 1908/09. Schon bei der ihr vorausgegangenen Frage der Sandshak-Bahn hatte Italien gegen die Monarchie Front gemacht. In der Annexionskrise trat dies aber, der Bedeutung dieses Ereignisses entsprechend, noch viel stärker zutage. Was sich Jahre früher anläßlich der Okkupation Bosniens und der Herzegowina in Italien zugetragen hatte, das wiederholte sich jetzt bei der Annexion dieser Gebiete; nur in weit bedrohlicherem Grade, denn damals stand Italien allein und war ohnmächtig; diesmal aber schloß es sich der feindlichen Phalanx an, die gegen die Monarchie Stellung nahm.

Die italienische Presse schäumte vor Wut und machte dieser in tobsüchtigen Artikeln gegen sie Luft. Der frühere Ministerpräsident Fortis hielt in der Kammer eine Rede, aus der wilder Haß gegen die Monarchie flammte und die stürmischen Beifall hatte. Der Marineminister Mirabello fühlte sich, unbekümmert um seine offizielle Stellung, sogar bemüßigt, den Redner deshalb zu umarmen. Man sah mit einer jeden Zweifel ausschließenden Deutlichkeit, daß Italien, trotz des Bündnisses, bereit war, über die Monarchie herzufallen, wenn es dafür nur Helfer fand. Die fand es damals aber nicht, denn Serbien und Montenegro genügten ihm offenbar nicht als solche. Rußland litt jedoch noch an den Nachwehen des Krieges mit Japan und denen der Revolution; und die Westmächte hatten, so scharf sie gegen die Monarchie auch Front gemacht hatten, doch noch keine Lust, Bosniens wegen und ohne Rußlands Hilfe einen Krieg zu riskieren. So sah sich Italien genötigt, seine Ungeduld noch zu zügeln. Giolitti, damals Ministerpräsident, warnte seine Landsleute bezeichnenderweise vor „frühzeitiger Ungeduld“, die alles verderben könne. . . . Wo die Sympathien Italiens fortan zu suchen waren und was es im Sinne hatte, das zeigte der demonstrative Empfang des Zaren, als er sich im Spätherbst 1909 nach Racconigi zu einer Zusammenkunft mit dem italienischen König begab. Was die offiziellen Leisetreter und Beschwichtigungshofräte in Wien freilich erstaunlicherweise nicht hinderte, diese Entrevue als ein für die Monarchie erfreuliches Ereignis hinzustellen! . . . .

Welche Gefühle man in Italien für die Monarchie hegte und wen man sich im nächsten Krieg als Gegner dachte und wünschte, das verrieten die Worte des Generals Asinari di Bernezzo, der anlässlich der Standartenweihe eines der neu aufgestellten fünf Kavallerieregimenter die Hoffnung aussprach, daß es ihm vergönnt sein werde, mit seinen Truppen die unerlösten Gebiete zu befreien, d. h. sie gegen Österreich zu führen.

Konnte man diese Äußerung zur Not noch als die rednerische Entgleisung eines kriegslustigen Soldaten ansehen, so war eine derart abschwächende Deutung nicht möglich hinsichtlich der Worte des Kammerpräsidenten Marcora, der in dieser Eigenschaft von „unserem“ Trient und „unserem“ Triest gesprochen hatte. . .

Wessen sich die Monarchie von seiten Italiens zu versehen hatte, das sollte sie drei Jahre nach der Annexion erkennen, als jenes kurzerhand und ohne vorausgegangenen größeren Konflikt über türkisches Gebiet herfiel und Tripolis besetzte. Es war ein politisches Korsarenstück, wie die gesamte neuere Geschichte kein



zweites aufweisen konnte, und man hätte nach dem Beispiel, das die Mächte anlässlich der Annexionskrise gegeben hatten, glauben sollen, sie hätten angesichts dieses Streiches sich jetzt noch entrüsteter gebärden, noch nachdrücklicher drohen müssen. Allein es geschah nichts dergleichen. Niemand rührte einen Finger für die Türkei. Man ließ Italien gewähren. In der Monarchie aber hatte man alle Ursache, sich zu sagen: Heute dir — morgen mir; hatte es um so mehr, als man um diese Zeit den untrüglichen Beweis dafür in die Hände bekam, daß Italien während der Annexionskrise tatsächlich schon auf dem Sprunge gestanden, sie zu überfallen. Es hatten anlässlich des Tripolis-Feldzuges nämlich Einberufungskarten nach Österreich ihren Weg gefunden, die nicht erst 1911 gedruckt worden waren, sondern schon 1909.<sup>3)</sup> Da sie damals aber nicht zur Verwendung gekommen waren, hatte sie das sparsame italienische Ärar für die „libysche“ Expedition verwendet. In Wien wußte man also jetzt genau, was man gegebenenfalls von Italien zu erwarten hatte. Was den Grafen Ährenthal und seine Pessettrabanten aber nicht hinderte, in ihrer Vogel-Strauß-Politik gegenüber Italien hartnäckig fortzufahren und der Öffentlichkeit weis zu machen, es herrsche zwischen den beiden Staaten das ungetrübteste Einvernehmen.

Wenn die italienische Regierung sich auch zuweilen ihres Bundesverhältnisses zu Österreich-Ungarn erinnerte und sich bemüßigt fühlte, der Hitze der Irredentisten einen Dämpfer aufzusetzen, so bewies sie andererseits doch in, wenngleich indirekter, aber doch jeden Zweifel ausschließender Weise, daß auch sie die Monarchie hinsichtlich eines kommenden Krieges nicht als Verbündeten, sondern als Gegner ansah.

Das bekundete in überzeugendster Weise die Anhäufung italienischer Truppen in den an Österreich grenzenden Korpsbezirken: III. (Mailand), V. (Verona), später auch VI. (Bologna). Rechnet man auf italienischer Seite Venetien und die Lombardei, auf österreichischer Tirol, das Küstenland, Kärnten und Krain als Grenzgebiete, so ergibt sich für die Dislozierung der Truppen beider Staaten folgendes ungemein bezeichnende Zahlenbild:

|                                           | Italien | Österreich-Ungarn | Unterschied |
|-------------------------------------------|---------|-------------------|-------------|
| Bataillone . . . . .                      | 71      | 36                | + 35        |
| Eskadronen . . . . .                      | 48      | 6                 | + 42        |
| Batterien (reitende u. Feld-) . . . . .   | 48      | 12                | + 36        |
| Gebirgsbatterien . . . . .                | 3       | 3                 | —           |
| Festungsartillerie (Kompagnien) . . . . . | 11      | 12                | — 1         |

<sup>3)</sup> Vergl. hierzu auch Conrad: „Aus meiner Dienstzeit“ Bd. II, S. 280. (Anmerkung der Schriftleitung.)

Hierbei sind die Landwehrformationen auf österreichischer Seite, die denen der italienischen Mobilmiliz entsprechen, nicht mit einbezogen. Italien war der Monarchie zu Beginn unseres Jahrhunderts sonach an Infanterie fast um das Doppelte, an Feldartillerie um das Vierfache, an Kavallerie sogar um das Achtfache überlegen. Welcher von beiden Staaten aggressiven Tendenzen huldigte, geht aus dieser beredten Truppendislokation mit unanfechtbarer Überzeugungskraft hervor, um so mehr, als gerade das so starke Überwiegen der Kavallerie und Feldartillerie den offensiven Charakter der italienischen Dislokation im Gegensatze zu dem defensiven der österreichischen betont. Hierbei ist noch zu beachten, daß diese Angaben aus dem Jahre 1900 herrühren, also aus einer Zeit, da das Verhältnis zwischen den Verbündeten noch bei weitem nicht so gespannt war, wie infolge der Innsbrucker Vorgänge und der Annexion.

Hand in Hand mit der Massierung von Truppen an der österreichischen Grenze ging der Ausbau des italienischen Festungssystems in Venetien sowie der Kriegsflotte, obwohl diese der österreichischen schon damals an Zahl weit überlegen war. Im Jahre 1899 zählte jene 326 Fahrzeuge mit 369 000 Tonnen Gehalt, die österreichisch-ungarische 132 Fahrzeuge mit 134 000 Tonnen Gehalt.

Beiläufig bemerkt, sah sich die Monarchie durch diese Anhäufung italienischer Truppen in Venetien und die Errichtung von schwer armierten Panzerforts an ihrer unmittelbaren Grenze und ebenso durch das Mißverhältnis der beiden Kriegsflotten bemüßigt, nun auch ihrerseits die Zahl ihrer Truppen im Grenzgebiete sowie ihrer Kriegsschiffe zu vermehren und für einen bessern Grenzschutz durch Anlegen von Befestigungen zu sorgen, doch blieben ihre Rüstungen hinter denen Italiens trotzdem noch weit zurück, weil die Parlamente in Wien und Budapest im schärfsten Gegensatze zu dem in Rom, das in dieser Hinsicht die größte Opferfreudigkeit bekundete, von einer Erhöhung der Militärkredite nichts wissen wollten; um so weniger, als die gesamte liberale Presse nicht müde wurde, zu versichern, daß Italien von den friedfertigsten Gefühlen für die Monarchie erfüllt sei und die von dort drohenden Gefahren lediglich ein Schreckpöpanz seien, von der „Kriegspartei“ des Thronfolgers und General Conrad dazu erfunden, Stimmung gegen Italien zu machen. Da man auch auf dem Ballplatz keine Gelegenheit vorübergehen ließ, zu versichern, daß die Beziehungen der Monarchie zu Italien die allerbesten und „herzlichsten“ seien,

war es kein Wunder, daß die öffentliche Meinung von der italienischen Gefahr keine Ahnung hatte und Rüstungen gegen diesen Nachbar für ganz überflüssig hielt.

Zieht man die Summe aus den politischen Ereignissen, die sich während der Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde zwischen ihm und Österreich-Ungarn abgespielt hatten, so sieht man, daß der leitende Gedanke der italienischen Politik immer das Verlangen nach den sogenannten „unerlösten“ Gebieten Österreichs war, daß Italien also immer Irredentapolitik trieb, ohne sich um das Bündnis zu scheren, dem diese ja Hohn sprach. Trugen doch selbst führende Staatsmänner Italiens, wie Zanardelli, Prinetti, Morin, keine Bedenken, sich öffentlich im Sinne dieser Politik zu äußern. Und die italienische Regierung mußte, wohl oder übel, diese Politik machen, denn eine andere hätte ihr die Feindschaft der Irredenta zugezogen, und die wollte kein italienisches Ministerium riskieren, denn die Irredenta war stärker als jede Regierung, und sie wollte den Krieg gegen Österreich. Zugeständnisse von dessen Seite, wie die Abtretung des sogenannten „Trento“ wären für ihre Ansprüche viel zu wenig gewesen. Battista Pellegrini hat diesen Standpunkt in seinem Buche „Verso la Guerra“ — *nomen est omen!* — sehr nachdrücklich ausgesprochen: „Wenn es einen Politiker, eine Regierung in Italien geben könnte, die darauf eingehen wollte, sie würde von der ausbrechenden Revolution hinweggefegt werden; denn wir wollen Trient, das ohnehin bei der nächsten politischen Konstellation an uns fallen wird und muß, nicht als Almosen, wir müssen aus geographischen, ethnographischen, historischen und militärischen Gründen unbedingt Trient, Triest und Istrien besitzen, überdies der Entsagung Österreichs auf dessen Balkanaspirationen sicher sein; dies und nur dies ist die unerlässliche Voraussetzung eines friedlichen Übereinkommens mit Österreich.“

Da dieses — und kein anderer Staat an seiner Stelle — auf solche Forderungen aber nicht eingehen konnte, ohne an sich ein politisches Harakiri zu vollziehen, besagten diese anmaßenden Worte nichts anderes als: Wir wollen den Krieg mit Österreich! Dieser Wunsch und Wille war das Leitmotiv der italienischen Politik, der der Irredenta und der des offiziellen Italien; nur daß es bei diesem durch die Sordine gedämpft und durch Paraphrasen verschleiert klang; für ein geübtes Ohr aber noch immer deutlich genug.

#### IV.

#### „Terra Irredenta“.

Die Irredenta, die über bedeutende Geldmittel verfügte, begnügte sich natürlich nicht damit, im eigenen Lande den Krieg gegen Österreich zu schüren, sondern trug ihre Propaganda auch in dieses Reich und etablierte in den „unerlösten Gebieten“, Südtirol, Triest Küstenland und in einigen Städten Dalmatiens und des kroatischen Litorales (Fiume, Zengg, Buccari) ihre Filialen. Trient und Triest entwickelten sich dank der ungemeinen Regsamkeit und Tatkraft dieser Propaganda bald zu wahren Hochburgen des Irredentismus auf österreichischem Gebiete.

Die Irredenta betrieb ihre anti-österreichische Propaganda mit ebensoviel Geschick als Unverfrorenheit und Zähigkeit. Sie bediente sich hierzu dreier sehr wirksamer Werkzeuge: des Vereinswesens, der Presse und der Schule. Ihr Hauptwerkzeug war die „Lega nazionale“, ein Verein, der unter dem ethisch unanfechtbaren Vorwande, die italienische Sprache und Kultur fördern zu wollen, eine überaus gefährliche Wühlarbeit betrieb. Sie zerfiel in zwei Sektionen, die Adriatische und die Trientiner. Erstere umfaßte allein 94 Ortsgruppen mit rund 30 000 Mitgliedern und verfügte über ein sehr ansehnliches Vereinsvermögen. Die Trientiner Sektion zählte nur 83 Ortsgruppen mit 13 200 Mitgliedern und besaß ein viel geringeres Vermögen. Die „Lega“ stand mit den irredentistischen Vereinen Italiens im engsten Zusammenhange, besonders mit den Vereinen „Dante Alighieri“ und „Trento e Trieste“. Die Stadtgemeinde von Triest gehörte der „Lega“ in corpore an, desgleichen die Mehrzahl ihrer Angestellten, manche Familien mit Kind und Kegel. Ja selbst k. k. Staatsbeamte befanden sich unter den Mitgliedern. Ihre Hauptstütze aber fand die „Lega“ in den nationalen Vereinen, deren Zahl Legion war — es gab in Triest allein 25 Sportvereine — und durch die sie Einfluß auf alle Gesellschaftsschichten und Berufsgemeinschaften gewann. Alle diese Vereine traten ihr nämlich in ihrer Gesamtheit bei, und alle huldigten leidenschaftlich dem Irredentismus. Manche so dreist, daß selbst die so langmütige k. k. Regierung, die sich gegen die irredentistische Bewegung meist taub und blind stellte, zuweilen nicht umhin konnte, gegen ihr Treiben einzuschreiten und sie aufzulösen. Doch pflegte das gar nichts zu helfen, denn kaum aufgelöst, erstand der gemäßregelte Verein unter anderem Namen. So wandelte sich die „Unione ginnastica“ nach ihrer Aufhebung zuerst in eine „Società ginnastica“ und als auch diese aufgelöst wurde, erschien sie als „Assoziiazione ginnastica“ auf dem Plane. Sie war es, in deren Vereinsräumen man 1904 Bomben



fand und deren Mitglieder 1906 gelegentlich der italienischen Manöver bei Udine vor dem italienischen König mit umflorter Fahne defilierten und von ihm empfangen wurden. Auch beim Vereine „Giovane Trieste“ fand man Bomben, und auch er wurde aufgelöst, um als „Associazione Giovanile Triestina“ seine Auferstehung zu feiern. Dieser Verein hatte eine militärische Organisation, und seine Mitglieder sollten, als „Squadri“ formiert, die Kaders einer irredentistischen Truppe bilden, sobald die Irredenta den Zeitpunkt für einen Putsch in Triest gekommen glaubte.

Nächst den Vereinen richtete die „Lega“ ihr Hauptaugenmerk auf die Schule. Gelang es ihr, die heranwachsende Jugend in ihrem Geiste zu erziehen, so schuf sie sich in ihr eine irredentistische Garde, auf die sie zu jeder Zeit zählen konnte. Zu diesem Zwecke unterstützte sie allein im Küstenlande nicht weniger als 23 Volksschulen, 17 Kindergärten, 19 Abendkurse, 4 Kurse für Analphabeten, 5 Musikschulen und außerdem noch 31 Bibliotheken. Die ihrem Verband angehörende Triester Kommune unterstützte diese Bestrebungen sehr wirksam dadurch, daß sie für die Schulen irredentistische Lehrer aus Italien kommen ließ oder einheimische Lehrer zur Ausbildung nach Italien sandte. Und man begnügte sich nicht damit, die Kinder innerlich zu Italienern zu machen, man steckte sie auch in Uniformen, die im Schnitte denen der italienischen Armee ganz ähnlich waren, ließ sie nach italienischem Exerzierreglement ausbilden und versah sie mit Fahnen, für die die Frauen und Mädchen von Triest Bänder mit eingestickten mehr oder weniger verhüllten irredentistischen Anspielungen spendeten. Welche Früchte diese Erziehungsmethode trug, sollte sich 1908 bei einem Schülerstreik zeigen, bei dem die Schüler des Triester Staatsgymnasiums die Oberdank-Hymne anstimmten und Schülerinnen des Mädchen-Lyzeums das Bild Kaiser Franz Josephs verumlimpften.

Eine überaus wirksame Unterstützung fand die „Lega“ in der Triestiner Presse, vor allem im „Piccolo“. Dieses Blatt, das an 70 000 Abnehmer gehabt haben soll, verstand es mit einem wahrhaft diabolischen Raffinement seinen Lesern, sobald sie es zur Hand nahmen, die Vorstellung zu suggerieren, sie befänden sich in Italien statt in Österreich und läsen eine dort redigierte Zeitung. Es schrieb nämlich, wenn es sich um den König von Italien, um Italien oder das italienische Heer handelte, stets kurzweg: „Il re“, „il regno“, „il esercito“, wie man eben vom *e i g e n e n* Herrscher, Staat und Heere zu sprechen pflegt; wenn aber vom Kaiser von Österreich die Rede war, so schrieb es nicht „Il imperatore“ oder „nostro imperatore“,

sondern „l'imperatore Francesco Giuseppe“, als handelte es sich um den Herrscher eines fremden Landes.

Da ferner die Namen der Straßen und Plätze in Triest durchaus national-italienischer Herkunft waren, darunter selbst Namen von Persönlichkeiten, die in Österreich ihren Todfeind gehaßt hatten, wie d'Azeglio, Leopardi, Carducci, und zum Überflusse die Angestellten der Kommune, städtische Polizei, Feuerwehr usw. ganz nach italienischer Art uniformiert gingen: so war es wahrlich kein Wunder, wenn Triest einen ganz italienischen Charakter annahm, und der Fremde, der dahin kam, sich in einer Stadt Italiens zu befinden glaubte.

Ähnlich wie in Triest lagen die Dinge in den anderen Städten des österreichischen Küstenlandes mit italienischer Bevölkerung. In den Städten Istriens und zum Teil auch in Dalmatien wurde die Arbeit der „Lega“ noch durch die Erinnerung an die große Vergangenheit gefördert, deren Reste sich als kunstvolle Denkmäler für die entschwundene Herrlichkeit der venetianischen Republik zeigten, die einst dort geherrscht hatte.

Die zweite Hochburg der Irredenta und der zweite Tummelplatz der „Lega“ war Trient. Hier war der Irredentismus sogar länger zuhause als in Triest, das noch 1848 gut kaiserlich gesinnt gewesen, und wohin er erst viel später importiert worden war. Trat er infolge der ungleich größeren Bedeutung Triests und dessen weit reichender Geldmittel dort auch offenkundiger zu Tage, so war er darum in Trient durchaus nicht weniger am Werke. Begünstigt wurde er hier im Vergleiche mit Triest dadurch, daß ganz Südtirol italienische Bevölkerung besitzt, während das Hinterland von Triest fast ausschließlich von Slawen (Slovenen) bewohnt ist. Allerdings hatte der Irredentismus in der italienischen Landbevölkerung Südtirols lange keinen Widerhall gefunden, da sie sich von einer Angliederung an Italien keinerlei ökonomische Vorteile versprechen konnte, ganz im Gegenteil. Im Jahre 1866, beim Einbruch der Italiener in Südtirol, war sie denn auch durchaus kaisertreu geblieben. Aber dieser Umstand wurde dadurch wieder wettgemacht, daß die Geistlichkeit dort zum großen Teil mit dem Irredentismus liebäugelte, wo nicht ganz in seinem Lager stand.

Wie rege die Wühlarbeit der „Lega“ auch auf diesem Boden war, wird durch die Zahl der von ihr subventionierten Bildungsanstalten illustriert. Es waren deren nicht weniger als 3 Schulen, 8 Kindergärten, 39 Handwerkerschulen, 9 gewerbliche Fortbildungsschulen und 76 Bibliotheken, wozu noch 32 kleine Schul- und

27 Arbeiter-Bibliotheken kamen. Auch in Südtirol verfolgten die zahlreichen Sport- und Touristenvereine irredentistische Tendenzen und ließen sich die Erkundung der Grenzberge sehr angelegen sein, um dem italienischen Generalstab für den Kriegsfall mit militärisch wichtigen Angaben dienen zu können. Die Seele der Irredenta in Südtirol war der Journalist Dr. Cesare Battisti.

Die k. k. Regierung bekundete diesem Treiben gegenüber unglaubliche Langmut und duldete es unter anderem sogar, daß die Stadtkapelle von Trient ganz à la Bersaglieri uniformiert wurde, so daß sie, wenn sie durch die Stadt zog, den Eindruck erweckte, es wäre italienisches Militär, das da einhermarschierte. Ja das leisetretende Bestreben der österreichischen Behörden, den Irredentisten ja nicht wehe zu tun, ging so weit, daß den k. u. k. Militärkapellen das Spielen des Radetzky-Marsches verboten wurde!! Eine Rücksicht, die von jenen damit erwidert wurde, daß sie gelegentlich die Österreich verhöhnende Mameli-Hymne anstimmten und „Abbasso l'Austria“ schrieen.

## V.

### „Abbasso l'Austria!“

Im Sommer 1914 spitzte sich das Verhältnis zwischen der Monarchie und Italien infolge der albanischen Wirren derart zu, daß man an die Möglichkeit eines Krieges zwischen beiden denken mußte. Da platzte mitten in diese Kontroversen hinein in Sarajevo die Bombe des Čabrinović und trafen die mörderischen Kugeln Prinzip den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin. Mussolini, damals noch ein sozialdemokratischer Journalist, jauchzte im „Popolo d'Italia“ vom 10. Juli 1915: „Heil dem Revolver Prinzip und der Bombe Čabrinović's!“ So hat man in einem Lande zu schreiben gewagt, daß sich immer mit seiner alten „lateinischen Kultur“ brüstete!!

Kaum war das Ultimatum der Monarchie an Serbien ergangen, als auch schon der italienische Botschafter, Herzog von Avarna, auf dem Ballplatz erschien — sehr gegen sein eigenes Empfinden, denn er war ein vornehm denkender Mann und aufrichtiger Freund der Monarchie — und die Kompensationsansprüche seiner Regierung für den Fall ankündete, daß Österreich-Ungarn infolge des Konflikts mit Serbien seine Machtsphäre auf dem Balkangebiete ausdehnen sollte. Das war der Beginn der langwierigen Erpressungscampagne, die Italien gegen die Monarchie ins Werk setzte und die in der Kriegserklärung vom 23. Mai 1915 gipfelte.

Während das offizielle Italien derart langsam und vorsichtig dem Krieg entgegensteuerte, besorgte die italienische Presse zu den diplomatischen Verhandlungen die Begleitmusik. Und welche Musik! Zunächst wagte sie allerdings noch nicht für den Krieg zu agitieren, sondern begnügte sich damit, Stimmung gegen Österreich zu machen, indem sie dieses auf jede erdenkliche Weise herabsetzte und als bündnisunfähig hinstellte, wobei sie es mit der Wahrheit nichts weniger als genau nahm. Schon Anfang August wußten die italienischen Blätter zu melden, daß es in Österreich-Ungarn drunter und drüber gehe. Schwere Niederlagen in Serbien (zu einer Zeit — 8. August —, wo noch gar nicht gekämpft worden war!), Aufstände, Geldnöte, Hungersnot, Henkerregiment, Martyrium der „unerlösten Brüder“ in Südtirol, Flucht der k. u. k. Flotte in der Adria: so konnte man es Tag für Tag lesen. Auch von Niederlagen und Grausamkeiten der Deutschen in Belgien wurde eifrig berichtet. Und schon präludierte man: die politischen Interessen Italiens seien mit denen der Mittelmächte unvereinbar . . . Ende August stießen einige Blätter, darunter das „Giornale d'Italia“, das Organ Salandras, und der „Corriere della Sera“ schon in die Kriegstuba. Dieses Motiv wurde nun von weitaus der Mehrzahl aller Blätter in allen Tonarten variiert, wobei man, um für die Hetze eine Handhabe zu besitzen, den Spieß umdrehte und der Monarchie böse Absichten gegen Italien zuschrieb. Daß solche ganz unvereinbar mit deren angeblich hoffnungsloser Lage waren, weil ein Staat, der am Ende seiner Kräfte sein sollte, selbstverständlich nicht daran denken konnte, die Zahl seiner Gegner selber zu vermehren: das störte weder die Blätter, die diesen Widersinn verbreiteten, noch ihr Publikum, das ihn offenbar glaubte. Unablässig wurden Schauermärchen über die Grausamkeit der Österreicher kolportiert. So sollte Trient, wenn es von Italien angegriffen würde, dem Erdboden gleichgemacht werden; die „Stampa“ wollte sogar wissen, ganz Südtirol werde durch künstliche Überschwemmung vernichtet werden. An den aus Österreich kommenden Lastenwaggons könne man, hieß es, noch das Blut der darin transportierten hingeschlachteten Trientiner sehen. Man sende die Italiener der k. u. k. Armee stets als Kanonenfutter zuerst gegen den Feind und behandle die in Österreich lebenden Italiener unmenschlich. In einem Atem mit der Behauptung, Österreichs Habgier bedrohe Italien, erklärten die italienischen Blätter, Italien könne sich nicht mit der Vorherrschaft über die Adria begnügen, es müsse die Alleinherrschaft über sie haben („Giornale d'Italia“ v. 6. Oktober 1914) und das ganze Albanien besitzen („Corriere della Sera“ v. 24. Oktober 1914).



Ebenso stimmten die verschiedenen Blätter („Giornale d'Italia“, „Arena“, „Stampa“) darin überein, daß Italien sich nicht mit der Abtretung des sogenannten „Trentino“ von Seiten Österreichs begnügen könne, sondern Tirol bis zum Brenner sein nennen müsse. Als in Italien die Nachricht von der Katastrophe bekannt wurde, von der das k. u. k. Heer Anfang Dezember 1914 in Serbien betroffen worden war, stimmten die dortigen Zeitungen Jubelhymnen an. Desgleichen entfesselten die sensationellen Worte Salandras vom „Sacro Egoismo“ Italiens hellen Jubel, und der Gedenktag der Hinrichtung Oberdanks veranlaßte nicht weniger als 500 Versammlungen zur Ehrung dieses Mordgesellen, der Kaiser Franz Joseph hatte umbringen wollen! Als es bekannt wurde, daß die italienische Regierung mit der österreichisch-ungarischen wegen der Abtretung des „Trentino“ unterhandle, wollten die Blätter nichts davon wissen, forderten den Krieg und drohten mit der „Revolution“. So „Giornale d'Italia“ (2. November 1914), „Tribuna“ (ebendann), „Corriere della Sera“ (28. Dezember 1914), „Idea Nazionale“ (10. März 1915), „Messaggero“ (11. März). Besonders rabiāt gebärdete sich der „Popolo d'Italia“, das Blatt Mussolinis (6. April 1915), der der Regierung drohte, wenn sie noch länger zögere, werde es notwendig sein, daß das Volk sie mit Browning und Dynamit zur Verantwortung ziehe (!). Da Regierung und Parlament noch immer zögerten, forderte er die sofortige Auflösung des letzteren, denn es sei eine Pestbeule, die die Regierung vergifte. Man solle einige Dutzend Abgeordneter hinrichten und einige Minister einsperren. Den König aber warnte Mussolini: „Jetzt droht nicht die Gefahr eines Krieges, sondern die Gefahr einer Revolution!“ (11. Mai 1915.) Diese Sprache Mussolinis erhält ein besonderes Relief, wenn man sie mit den Worten vergleicht, die er im August 1914 geschrieben hatte: „Um Völkern, mit denen man über 30 Jahre verbündet war, den Krieg zu erklären, muß man einen anständigen Grund haben. Mag heute alles, auch ein räuberischer Überfall erlaubt sein, so ist doch Italien das Land des Rechts, und dem italienischen Gewissen würde die Anwendung österreichischer Methoden, einen Dolchstoß in den Rücken, widerstreben.“<sup>1)</sup> (23. August 1914.) Nun, diese angeblich österreichische (!) Methode hat, wie man einige Monate später schon sehen sollte, Italien nicht im geringsten widerstrebt . . . .

Bis zu welcher Siedehitze der Haß gegen Österreich dank der unablässigen Schür- und Wühlarbeit der italienischen Presse schließlich anwuchs, zeigte die wütende Hetze, die im ganzen Lande gegen Giolitti betrieben wurde, weil er, so wenig er Österreich auch leiden

<sup>1)</sup> Dr. Mühling in „Westermanns Monatsheften“ Dezember 1925.

konnte, ein Gegner des Krieges war. Kam es doch, wie er selber in seinen Denkwürdigkeiten erzählt, so weit, daß die von d'Annunzio aufgepeitschte Menge ihn deshalb ermorden wollte!! . . . .

Der Sturmlauf der italienischen Presse gegen die Regierung war höchst überflüssig, denn im Grunde wollte diese dasselbe wie die öffentliche Meinung: den Krieg. Nur ging sie dabei vorsichtiger zu Werke. Von allem Anfang an hatte sie dafür gesorgt, daß sie für alle Fälle ein Pressionsmittel gegen Österreich-Ungarn hatte: die Kompensationstheorie, die im § VII des Bündnisvertrags eine elastische Handhabe fand. Im übrigen ließ sie es zunächst bei der Neutralität bewenden und hütete sich, vorschnell zum Schwerte zu greifen; erst wollte sie, wie später Rumänien, den Verlauf der Kriegssereignisse abwarten. Erst als diese sich für die Mittelmächte, zumal für Österreich-Ungarn, ungünstig gestalteten, schlug auch das offizielle Italien diesem gegenüber eine schärfere Tonart an, die bald in versteckte und schließlich in deutliche Drohungen überging. Als die italienische Regierung einmal entschlossen war, der Entente Gefolgschaft zu leiten, schraubte sie die „Kompensations-Forderungen“ an die Monarchie immer höher, um es ihr unmöglich zu machen, darauf einzugehen, und da diese, von Deutschland gedrängt, sogar in die Diskussion von Zugeständnissen willigte, die einem Harakiri verzweifelt ähnlich sahen, behauptete sie, die seit vier Wochen schon den Vertrag mit der Entente in der Tasche hatte, es sei zu Verhandlungen „zu spät“ (23. Mai 1915); worauf sie der Monarchie den Krieg erklärte, nach dem die italienische Presse seit Monaten zeterte und den sie selber schon längst geplant hatte. Das „Abbasso l'Austria!“, das die Presse und die Straße solange gebrüllt hatten: nun sollte es ins Werk gesetzt werden . . . .

Und dieselbe Entente, die sich darüber entrüstet hatte, daß die Monarchie Serbien zur Rechenschaft gezogen, weil es bei der Ermordung ihres Thronfolgers seine Hand im Spiel gehabt hatte — gewiß der denkbar triftigste Grund zu einem derartigen Schritte —, dieselbe Entente fand es jetzt ganz in der Ordnung, daß Italien der Monarchie ohne den leisesten greifbaren Grund den Dolch in den Rücken stieß, bloß weil es sein „sacro egoismo“ so wollte! Und ebensowenig dachte sie nach dem Kriege daran, über Italien deshalb zu Gerichte zu sitzen, weil es ohne zwingenden Grund einen Angriffskrieg unternommen hatte, sondern saß, ganz im Gegenteil, im trauten Vereine mit ihm über die Monarchie zu Gerichte, die das Opfer dieses Krieges geworden war. Ironie der Weltgeschichte!

---

## „Die Enthüllungen des Herrn Ljuba Jovanović.“

Eine Kritik zum Anhang des VI. Kapitels von Seton-Watsons  
„Sarajewo“.

Alfred von Wegerer.

„An honest investigation of the causes of the war, however severe the verdict to which it may lead, cannot properly be regarded as a vindictive act towards our former enemies; and I for one am perfectly prepared to cooperate with German no less than Allied students of the problem, with a view to the elucidation of the truth.“<sup>1)</sup>

R. W. Seton-Watson.

Jeder, der Seton-Watsons Aufsätze in der „Times“ zu den Enthüllungen Ljuba Jovanovićs in seiner Schrift „Krv Slovenstva“ (Blut des Slawentums) gelesen hatte und später davon hörte, daß Seton-Watson ein Buch über Sarajewo schreiben würde, hatte wohl mit Recht vermutet, daß Seton-Watson diese Enthüllungen Ljuba Jovanovićs, von denen der neue Streit über die Verantwortlichkeit der offiziellen serbischen Kreise ausging, in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellen würde. Statt dessen stellte sich nach Erscheinen des Werkes heraus, daß Seton-Watson diese Enthüllungen schon äußerlich nebensächlich behandelt, indem er ihre Besprechung in den Anhang eines Kapitels verlegt, der nur im Kleindruck wiedergegeben ist. Um dieses Verfahren Seton-Watsons wieder wettzumachen, wollen wir uns in diesem Aufsatz ausschließlich mit dem in Kleindruck gesetzten Anhang über „Die Enthüllungen des Herrn Ljuba Jovanović“ befassen.

In folgendem wird der Anhang in einzelne Teile zerlegt, vollständig im Wortlaut wiedergegeben und jedem Teil die entsprechenden kritischen Bemerkungen hinzugefügt.

Wir beginnen mit dem ersten Absatz des Anhangs:

„Herrn Jovanovićs Aufsatz in „Krv Slovenstva“ (Blut des Slawentums) wurde damals selbst in Jugoslawien kaum beachtet, denn er war eifertig redigiert und in dürftigem Druck herausgegeben (von Herrn Ksjunjin, einem russischen ausgewanderten Journalisten in Belgrad). In England lenkte er zuerst Anfang

---

<sup>1)</sup> In deutscher Übersetzung: „Eine ehrliche Untersuchung der Kriegsursachen, wie gestreng auch das aus ihr hervorgehende Urteil lauten mag, kann nicht mit Recht als ein Racheakt unseren früheren Feinden gegenüber betrachtet werden; und ich für meinen Teil bin vollständig bereit, mit deutschen nicht weniger als mit alliierten Forschern, die sich mit diesem Problem beschäftigen, zusammenzuarbeiten und die Wahrheit an das Licht zu bringen.“

Dezember 1924 die Aufmerksamkeit auf sich, als Miß Edith Durham in einer vor dem Britischen Institut für internationale Angelegenheiten gehaltenen Aussprache längere Stellen daraus anführte und dann im „Foreign Affairs“ (dem Organ des verstorbenen Herrn Morel) vom Dezember 1924, in der „Contemporary Review“ vom Januar 1925 und in „Die Kriegsschuldfrage“ den Zwischenfall mehr oder weniger heftig besprach. Das Britische Institut für internationale Angelegenheiten war von der Wichtigkeit der Sache genügend beeindruckt, um eine vollständige Übersetzung von Herrn Jovanovićs Artikel in der Märznummer seines Journals abzdrukken, und er wurde auch von Herrn Leo Maxse in der Aprilnummer des „National Review“ veröffentlicht. — Große Bedeutung wurde Herrn Jovanovićs Eingeständnissen auch von Professor Sidney B. Fay (einer anerkannten amerikanischen Autorität in der Kriegsschuldfrage) in einer Ansprache beigemessen, die er vor der jährlichen Konferenz der „Amerikanischen Historischen Gesellschaft“ in Richmond, Va. am 27. Dezember 1924 vor einer Zuhörerschaft von mehreren hundert Historikern aus allen Teilen Amerikas gehalten hat. Er hat seitdem zwei Artikel über den Gegenstand in „Current History“ für Oktober und November 1925 geschrieben.“

Hierzu bemerken wir:

Über die Abfassung seines Aufsatzes in der Denkschrift „Blut des Slawentums“ teilte Jovanović in der „Politika“ vom 25. März 1925 selbst folgendes mit:

„Im Frühjahr 1924 ersuchte mich Herr Al. Ksjunjin, russischer Journalist und Emigrant, ihm einen Aufsatz für die Gedenkschrift zu verfassen, die er zum 10 jährigen Jahrestag des Kriegausbruchs herauszugeben beabsichtigte. Ich gab Herrn Ks. das Versprechen, aber dringendere Geschäfte verhinderten mich, den Artikel zu schreiben; und als schließlich die Zeit zur Ablieferung des Artikels da war, kam ich, um einen Dolder wie Herrn Ks. nicht zu enttäuschen und zu schädigen, auf den Ausweg, aus einem meiner früheren Manuskripte ein paar Blätter herauszureißen und den versprochenen „Artikel“ zusammenzustellen. Ich sage „Artikel“, obwohl es gar kein Artikel war, sondern Bruchstücke aus einigen meiner Erinnerungen und Notizen.

Jenes Manuskript hatte ich — wie es bei dem größten Teil solcher Schriften zu sein pflegt — für mich selbst und für jene bestimmt, die es einmal interessieren könnte, etwas über mich und die von mir durchlebten Ereignisse zu erfahren. Ich dachte nicht viel an andere, selbst spätere Leser, am wenigsten aber an Leser von heute. Daher auch die einfache Schreibweise. Seton-Watson sagt sogar, ich sei bei der Abfassung nachlässig gewesen. Ich war bemüht — wie es unter solchen Umständen auch natürlich ist —, nur die Wahrheit zu sagen, versteht sich, soweit ich sie kenne oder erfahren kann.“



Damit wird der Einwand Seton-Watsons, daß dem Aufsatz von Ljuba Jovanović keine volle Bedeutung beigemessen werden kann, von Jovanović selbst widerlegt. Der Wert des Aufsatzes besteht gerade darin, daß es keine zurechtgemachte Memoirenliteratur ist, sondern daß der Aufsatz eine Wiedergabe unretuschierter Erinnerungen enthält. Der Wert als Geschichtsquelle wird dadurch erhöht, aber nicht abgeschwächt.

Seton-Watson fährt dann fort:

„Ich hatte selbst an der Diskussion, die Miß Durhams und Professor Fays Ansprachen folgte, teilgenommen und hatte von Anfang an das Gefühl, daß man die Sache nicht ohne eine eingehende Untersuchung lassen dürfte. Dies wurde noch klarer, als „Die Kriegsschuldfrage“ (die deutsche Monatsschrift, die zu dem Zwecke besteht, Deutschlands Verantwortung auf andere Schultern zu wälzen und so den Weg zu einer Revision des Vertrages zu ebnen) Herrn Jovanović in die vorderste Front ihrer Kampagne stellte und daran ging, die These aufzustellen — jeden Monat mit wachsender Energie —, daß seine Enthüllungen eine vollständige Revision des vorherrschenden Urteils über die Kriegsschuld nötig machen. Kein verständiger Mensch kann die Deutschen dafür tadeln, daß sie sich in vollem Maße einer solchen Waffe, wie sie Herrn Jovanovićs Torheit in ihre Hände geliefert hatte, bedienen. Denn die Tragweite des Zwischenfalls auf die berühmte Mantelnote zum Verträge von Versailles und sogar auf das Reparationsproblem ist vollkommen ersichtlich.“

Jovanović selbst stellt im Gegensatz zu Seton-Watson die Veröffentlichung seiner Erinnerungen nicht als „Torheit“ hin, sondern nimmt einen unseres Erachtens höheren Standpunkt ein. So gab Jovanović in der „Politika“ vom 17. April 1925 folgende Erklärung ab:

„Zu eben der Zeit aber finden sich in Belgrad armselige Politiker, die de facto die germanophile Kampagne unterstützen, wenn sie behaupten, ich hätte ein großes serbisches Staatsgeheimnis, das gleichzeitig auch eine große serbische Schuld sein würde, „enthüllt“ oder gar „verraten“. Diese Herren stellen einigermaßen ihre politische Moral bloß, wenn sie meinen, Politik, insbesondere internationale Politik, ließe sich einfach mit Lügen betreiben, und wenn sie gern haben möchten, daß ich und alle meinesgleichen in der Politik diesen Weg gehen. Ich hingegen habe immer dafür gehalten, daß im öffentlichen Leben, im innerpolitischen wie im internationalen, die Wahrheit der beste Freund ist, und der nicht fehlt, der sich auf sie stützt. Ganz besonders zeugt es von mangelndem Ernst, zu glauben, daß ein Verhüllen der Wahrheit bei Ereignissen, die heute die ganze Welt interessieren und mit deren Erforschung sich darum die ganze

Welt befaßt, von Erfolg sein könnte. Vernünftigerweise ist nicht anzunehmen, daß solchem Forschungsdrang gegenüber ein noch so geschicktes Verdecken unsererseits die Wahrheit zu verheimlichen vermöchte.“

Wir können Ljuba Jovanović hierin nur beipflichten, und die Zukunft wird ihm hoffentlich recht geben.

Seton-Watson:

„Angesichts einer solchen Kampagne war es für die Freunde Serbiens in diesem Lande unmöglich, Stillschweigen zu beobachten, und am 16. Februar veröffentlichte ich einen Brief in den „Times“, der die Hoffnung ausdrückte, daß Herr Jovanović selbst und sein Chef, Herr Pasić — jetzt wie damals serbischer Premierminister —, einen vollkommen klaren Bericht herausgeben würden, der sie und ihre Kollegen von der jetzt von ihren Feinden in England und Deutschland gegen sie gerichteten Anklage der vorherigen Kenntnis von dem geplanten Verbrechen von Sarajewo und ihres absichtlichen Augenzudrückens freispricht. Da ich während des ganzen Krieges besonders aktiv in der Vertretung der Ansicht von der vollkommenen Unschuld des offiziellen Serbiens gewesen bin, so fühle ich mich um so mehr verpflichtet, entgegengesetzten Berichten die gleiche öffentliche Behandlung angedeihen zu lassen, wenn sie von so ernster Seite kommen, und die Notwendigkeit einer Erklärung zu betonen.“ Ich schloß wie folgt: „Selbst wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, die Behauptungen Herrn Jovanovićs zu widerlegen, so würde dies in keiner Weise zwei grundlegende Tatsachen ändern: 1. daß die Isolierung und der Untergang Serbiens ein Hauptziel der österreichisch-ungarischen Politik in den Jahren vor dem Kriege war, und 2. daß politische Unzufriedenheit halbrevolutionärer Art als das Ergebnis magyarischer Rassenpolitik und ganz unabhängig von Serbiens Handlungsweise in den ganzen südlichen slawischen Provinzen Österreich-Ungarns verbreitet war. Es ist jedoch nötig, hinzuzufügen, daß die Unterlassung von seiten Belgrads, eine ausreichende Erklärung zu liefern, nicht nur unser Urteil über die Ereignisse kurz vor dem Kriege, sondern vor allem unsere Haltung dem offiziellen Jugoslawien von heute gegenüber beeinflussen würde, dessen Geschichte von denselben Parteiführern gelenkt wird, die im Juni 1914 am Ruder waren.“

Dieser ganze Absatz zeigt so recht deutlich, in welcher unglücklichen Lage sich Seton-Watson gegenüber der Frage nach der Verantwortlichkeit der serbischen Regierung am Attentat befindet. Seton-Watson hat, wie er hier selbst bekennt, während des ganzen

Krieges die Ansicht von der Unschuld des offiziellen Serbiens vertreten und sieht sich jetzt angesichts der „Enthüllungen“ von Jovanović einem Irrtum ausgeliefert, der für einen Historiker vom Range Seton-Watsons natürlich unangenehm empfunden werden muß. Anstatt sich aber mit einem *errare humanum est* zu trösten und sich den neuen Feststellungen anzupassen, klammert er sich eigensinnig an seine früheren Thesen. Anfänglich suchte er Hilfe bei den Serben selbst. Pasić oder Jovanović sollen, um sich und ihn zu rechtfertigen, einen „klaren“ Bericht herausgeben, der das serbische Kabinett von 1914 von den schweren Anklagen freispricht. Pasić hat ihm bis heutigen Tages diesen Gefallen nicht getan, und Jovanović hat genau in der entgegengesetzten Richtung reagiert. So sucht Seton-Watson Rettung in einer Methode, die ihn selbst vielleicht über seinen Irrtum hinwegzutäuschen vermag, mit der er aber nur wenige überzeugen wird. An dem Punkt angekommen, wo er sich festgerannt hat, legt er sich zwei Krücken zu, auf denen er weiterzuhumpeln versucht.

Die eine Krücke ist die Behauptung, daß die Isolierung und der Untergang Serbiens ein Hauptziel der österreichisch-ungarischen Politik in den Jahren vor dem Kriege gewesen sei. In dieser Formulierung ist dies nicht zutreffend. Das Ziel der österreichischen Regierung, die Isolierung Serbiens anzustreben, wird mit diesen Worten erst in dem Handschreiben Kaiser Franz Josefs an Kaiser Wilhelm, das am 5. Juli in Potsdam überreicht wurde<sup>2)</sup>, gebraucht. Der „Untergang“ Serbiens ist niemals ein Ziel noch ein Hauptziel der österreichisch-ungarischen Politik in den Jahren vor dem Kriege gewesen, im Gegenteil, aus dem Manifest des Thronfolgers Franz Ferdinand geht deutlich hervor, daß Österreich-Ungarn den nationalen Bedürfnissen Serbiens durchaus entsprechen wollte, wenn auch in der föderativen Form einer Angliederung an die Doppelmonarchie.

Die zweite Krücke Seton-Watsons, die politische Unzufriedenheit in den südslawischen Provinzen als die Folge magyarischer Rassenpolitik und unabhängig von Serbiens Handlungsweise hinstellen zu wollen, ist geschichtlich betrachtet nicht wertvoller als die erste. Die politische Unzufriedenheit in den südslawischen Provinzen war zunächst einmal keineswegs eine gleichwertige. Wenn auch in Bosnien eine politische Unzufriedenheit durchaus zugegeben werden muß, so trifft dies in bezug auf die Kroaten und Slowenen jedenfalls in diesem Maße nicht zu.

---

<sup>2)</sup> Österr. Rotbuch Nr. 1.

Zum Beweis hierfür führen wir eine Stelle aus dem gewiß nicht unter dem Verdacht der Südslawenfeindschaft stehenden serbischen Generalstabswerk<sup>3)</sup> an, wo es auf Seite 2 des ersten Bandes heißt:

„Es muß jedoch gesagt werden, daß die Kroaten und Slowenen die Österreicher und die Ungarn sowie deren Verwaltung geduldig ertragen haben, weil sie durch das jahrhundertlange Zusammenleben mit ihnen sich daran gewöhnten, und weil man sie auf Kosten des serbischen Volksstammes besonders bevorzugte; sie fühlten sich daher in dieser Gemeinsamkeit nicht so unwohl als die Serben. Außerdem haben sie auch viel weniger als die Serben Österreichs-Ungarns damit gerechnet, daß das freie Serbien auch ihnen die Freiheit werde bringen können.“

Hier wird also von offizieller serbischer Seite zugegeben, daß die beiden anderen südslawischen Völker, die Kroaten und Slowenen, eigentlich keine besonderen Gründe hatten, eine Änderung des politischen Systems auf revolutionärer Basis durchzuführen.

Ganz abgesehen von der Auffassung des serbischen Generalstabswerkes fühlt sich die Masse des kroatischen und slowenischen Volkes in den Jahren nach der „Befreiung und Vereinigung“ doch nur herzlich wenig zu dem serbischen Befreier hingezogen.

Die Unzufriedenheit der bosnischen Serben war weniger eine bodenständige als eine nach der Thronbesteigung der Karagjorgiewice und der Übernahme der Regierung durch die radikale Partei Pasićs im Jahre 1903 von außen, d. h. von Belgrad, hereingebrachte Bewegung. Nach der Annexionskrise, die für Belgrad etwas überraschend kam und auf die man nicht genügend politisch vorbereitet war, kam es zur Gründung des bekannten Vereins, der „Narodna Obrana“, und in der Folgezeit verschlechterten sich trotz der erpreßten Zusicherungen, Freundschaft zu zeigen, die Beziehungen zwischen Wien und Belgrad immer mehr, während man in Österreich zu der Erkenntnis kam, daß die innerpolitischen Schwierigkeiten im slawischen Süden Österreich-Ungarns letzten Endes meist auf Konspirationen zurückzuführen waren, die von Belgrad aus geleitet wurden.

Kehren wir von der Betrachtung der Krücken Seton-Watsons wieder zu ihm selbst zurück.

---

<sup>3)</sup> Titel: Ausgabe des Großen Generalstabes. „Der Große Krieg Serbiens zur Befreiung und Vereinigung der Serben, Kroaten und Slowenen“, erstes Buch: „Das Jahr 1914“, I. Operationsperiode: Schlacht am Cer. Buchdruckerei des Ministeriums für Krieg und Marine, Belgrad 1924, 340 Seiten.

Wir kommen auf dieses Werk in einer der nächsten Nummern noch eingehend zu sprechen.



Seton-Watsons Befürchtung, daß die Unterlassung von seiten Belgrads „eine ausreichende Erklärung zu liefern“, das Urteil über die Ereignisse kurz vor dem Kriege ändern würde, ist leider weder bei ihm selbst noch bei seinen Freunden zu verzeichnen. Immerhin aber trifft seine Prognose erfreulicherweise für die amerikanische <sup>4)</sup> und selbstverständlich auch für die deutsche Forschung zu.

Was die Beeinflussung der Haltung Englands dem offiziellen Jugoslawien gegenüber anbelangt, so ist hierüber nur wenig bekanntgeworden. Am 8. April 1925 lenkte der ehemalige englische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Arthur Ponsonby, die Aufmerksamkeit Chamberlains auf die „Enthüllungen“ Ljuba Jovanoviés. Chamberlain erklärte, daß die „Enthüllungen“ von zweifelhaftem historischen Wert seien, und daß er nicht die Absicht habe, sie dem offiziellen Blaubuch der diplomatischen Dokumente des Kriegausbruches einzuverleiben. Ein Beweis, daß die „Enthüllungen“ Jovanoviés von zweifelhaftem historischen Wert sind, ist bis heute nicht erbracht, und fällt damit das Argument Chamberlains in sich zusammen. Zu der zynischen Bemerkung Chamberlains, die „Enthüllungen“ Jovanoviés dem offiziellen Blaubuch der diplomatischen Dokumente nicht einzuverleiben, möchten wir bemerken, daß die „Enthüllungen“ Jovanoviés zweifellos weit eher einen Platz in den offiziellen Dokumenten-Sammlungen beanspruchen dürften als die gefälschte Denkschrift Ludendorffs im Französischen Gelbbuch von 1914, auf die sich sein Kollege Poincaré noch kürzlich in dem dritten Band seiner Memoiren stützt <sup>5)</sup>.

Wohl hatte die jugoslawische Regierung infolge der Veröffentlichungen von Jovanović sich veranlaßt gesehen, ein Blaubuch anzukündigen, in welchem „als Antwort auf die deutschen Verleumdungen“ die Nichtverantwortlichkeit Serbiens an dem Weltkrieg festgestellt werden sollte. Wenn auch Seton-Watson jetzt diese Ankündigung damit zu beschönigen sucht, daß sie nicht von dem offiziellen serbischen Pressebüro ausgegangen sei, hat doch die dem jugoslawischen Außenminister nahestehende „Wreme“ vom 18. März 1925 mitgeteilt, daß die Regierung ihren Geschäftsträger in London, Herrn Torodovič, Anweisungen über seine Haltung gegenüber der „Kampagne“ gegeben hat, die in der englischen Presse über Serbiens Mitschuld, insbesondere in der Schuldfrage, für den Anfang des Weltkrieges geführt wird.

---

<sup>4)</sup> Vergleiche hierzu die Aufsätze des amerikanischen Gelehrten Sidney B. Fay im Oktober- und Novemberheft 1925 der „Current History“.

<sup>5)</sup> Raymond Poincaré: „L'europe sous les armes.“ Paris 1926. Seite 153.

Man hat in der Frage der serbischen Mitwisserschaft am Attentat von Sarajewo in England größtenteils konsequent an der bequemen Formel Lloyd Georges festgehalten, daß die Verantwortlichkeit am Weltkriege eine „chose jugée“ ist. Die moralische Einbuße, die die offiziellen englischen Kreise erleiden, daß sie einer Frage von so hoher ethischer Bedeutung wie die Kriegsschuldfrage trotz des neuen Dokumentenmaterials geflissentlich ausweichen, wird sich erst in Zukunft voll erkennen lassen.

Wir fahren mit der Wiedergabe des Anhangs von Seton-Watson fort:

„Bald nachher wurde in der Belgrader Presse, aber nicht vom offiziellen Pressebüro, angekündigt, daß die jugoslawische Regierung sich entschlossen habe, ein neues Blaubuch über den Ursprung des Krieges zu veröffentlichen. Angesichts dessen schrieb ich etwa fünf Wochen später einen zweiten Brief an die „Times“ und bat ihre Leser, mit ihrem Urteil zurückzuhalten, bis diese Dokumente erscheinen könnten. Aber acht Monate sind vergangen, und von dem Blaubuch hat man nichts mehr gehört; und es erscheint wahrscheinlich, daß die Ankündigung lediglich taktisch war und beabsichtigte, die Kritiker zu beruhigen, bis die ganze Aufregung sich gelegt hätte. Unglücklicherweise hüllte sich die jugoslawische Regierung in ein geheimnisvolles Dunkel, anstatt ihre Unschuld durch einen genauen Bericht der Tatsachen klarzustellen. Noch schlimmer, die offiziellen Organe der radikalen Partei begannen, den Fall für Parteizwecke auszunützen. Im Jahre 1924 hatte Herr Ljuba Jovanović den gemäßigten und versöhnlicheren Flügel der Radikalen geführt, war zeitweilig vom Könige aufgefordert worden, ein Kabinett zu bilden, und schien auf dem besten Wege zu sein, den intransigenteren Herrn Pasić als Führer der Partei zu verdrängen. Die seinem Artikel im Auslande gegebene Verbreitung lieferte eine Entschuldigung für die heftigsten Angriffe gegen ihn in der Belgrader Presse, und im April fand er sich in seiner Partei völlig isoliert und in Gefahr politischer Ächtung. Er zog gegen seine Kritiker in einer langen Reihe von Artikeln im „Novi Zivot“ zu Felde, aber während er über 30 Jahre serbischer Geschichte durchstreifte, ging er dem Hauptpunkt ganz aus dem Wege — nämlich, ob die serbische Regierung vorherige Kenntnis von der Verschwörung hatte und es unterließ, Wien zu warnen.“

Seton-Watson wirft hier Ljuba Jovanović dasselbe vor, was wir ihm selbst zur Last legen, daß er dem Hauptpunkt, ob die serbische Regierung vorherige Kenntnis von der Verschwörung

hatte, wenn auch nicht ganz aus dem Wege geht, so doch die Frage nicht genügend klar beantwortet.

Der folgende Absatz bringt uns auf den Kern der Ausführungen Seton-Watsons:

„Die einfache Tatsache ist, daß seine Angaben in dem Originalartikel so außerordentlich klar sind, daß sie uns nur zwei Möglichkeiten lassen. *Entweder* hatte die serbische Regierung von damals Wind von der Verschwörung erhalten und hatte, nachdem sie ernstlich versucht hatte, die Verbrecher festzunehmen und ihr dies nicht gelungen war, mit Vorbedacht davon Abstand genommen, die österreichisch-ungarischen Behörden zu warnen, und wurde so schuldig, bei einem Verbrechen die Augen zugedrückt zu haben, das sie sicher nicht veranlaßt hatte. *Oder* Herr Jovanović hat aus rein persönlichen Gründen die Tatsachen falsch dargestellt, und seine früheren Kollegen haben aus gleichen persönlichen Gründen davon Abstand genommen, ihn öffentlich Lügen zu strafen.“

Die erste Seite der Alternative, die Seton-Watson hier stellt, ist willkürlich entstellt. Die Angaben von Jovanović in seinem Originalartikel sind, wie Seton-Watson selbst sagt, außerordentlich klar. Jovanović sagt aber nicht, wie Seton-Watson interpretiert, „die serbische Regierung von damals habe Wind bekommen“, sondern Jovanović sagt, daß Pasić ihm wie anderen mitgeteilt hatte, „daß einige Vorbereitungen trafen, um nach Sarajewo zu gehen und Franz Ferdinand, der dort eintreffen und am Vormittag feierlich empfangen werden sollte, umzubringen“, und führt weiter aus, daß Pasić und die übrigen meinten, „man solle, und Stojan (der Innenminister) übernahm es auch, eine Verfügung an die Grenzbehörden an der Drina erlassen, daß man den Übergang der jungen Leute verhindere, die zu dem Zweck Belgrad verließen“. Derartige recht positive Mitteilungen mit „Wind bekommen“ zu bezeichnen, ist demnach eine tendenziöse Abschwächung der gewichtigen Angaben von Jovanović.

Wenn Seton-Watson weiter interpretiert, daß die serbische Regierung „ernstlich versucht hatte, die Verbrecher festzunehmen“, so kann dieser Darstellung auch nicht beigestimmt werden. Der Befehl, die Mörder an der Grenze festzunehmen, schlug, wie Jovanović in seinem „Blut des Slawentums“ selbst mitteilt, fehl, weil die Grenzbehörden die Verfügung des Innenministers nicht ausführten, sondern ihm nur meldeten, „seine Weisung habe sie zu spät erreicht, denn diese jungen Leute wären bereits über den Fluß gesetzt“. Wäre der Versuch der serbischen Regierung, die

Mörder festzunehmen, wirklich ernstlich gewesen, so hätte sie sofort oder doch wenigstens gleich nach dem Attentat eine Untersuchung der Grenzbehörden über ihre dienstlichen Versäumnisse stattfinden lassen. Daß dies nicht der Fall gewesen ist, geht aus der serbischen Antwortnote hervor, wo es heißt, daß die königliche Regierung es selbstverständlich für ihre Pflicht hält, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplott vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen, und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Die serbische Regierung hatte also noch nichts veranlaßt, während sie längst mit der Einleitung einer Untersuchung gegen die Grenzbehörden hätte beginnen können. Schon allein dadurch, daß die serbische Regierung sich nicht zu einer Untersuchung oder Bestrafung der Grenzbehörden bereitgefunden hat, geht hervor, daß sie, wie Seton-Watson milde sagt, die Augen zugedrückt hat.

Wenn Seton-Watson weiter einflieht, daß die serbische Regierung das Attentat sicher nicht veranlaßt habe, so mag das in dieser Formulierung wohl zutreffen. Es ist natürlich selbstverständlich, daß keine Regierung so töricht sein wird, Verfügungen zu erlassen, aus denen später nachgewiesen werden kann, daß sie den Thronfolger eines fremden Landes umbringen wollte. Diese Behauptung ist unseres Wissens auch noch niemals aufgestellt worden. Die Frage dreht sich nicht um die direkte Veranlassung zum Morde, sondern um die wissenschaftliche Duldung des Mordes und der ihm vorausgehenden Propaganda.

Die zweite Alternative, daß Jovanović die Unwahrheit gesagt hat, zu der sich Seton-Watson bekennt, ist durch die Vorgänge im radikalen Klub in Belgrad im Frühjahr dieses Jahres insofern überholt, als Pasić Jovanović öffentlich der Lüge beschuldigt hat, dieser aber seine Äußerungen erneut bekräftigte und mit der Veröffentlichung von beweiskräftigen Dokumenten drohte.

Bevor wir auf diese Dinge näher eingehen und zu den beiden Möglichkeiten Stellung nehmen, wollen wir zunächst die Auffassung Seton-Watsons zu der von ihm aufgeworfenen Alternative im Wortlaut wiedergeben:

„Der Leser wird in den Kapiteln III und IV des vorliegenden Buches eine beträchtliche Menge Beweismaterial finden, das mit der ersten Möglichkeit zu vereinbaren kaum angänglich ist, und nachdem es mir nach verschiedenen Versuchen nicht gelungen ist, das offizielle Belgrad zu einem Bericht zu veranlassen, so fühle ich mich im Interesse der Wahrheit verpflichtet, ganz offen meine Gründe für die Annahme der zweiten Alternative anzugeben.



Herr Ljuba Jovanović ist wie sein Chef Herr Pasić ein Politiker der alten Balkanschule und hat selbst eine revolutionäre Vergangenheit. Er ist geborener Süddalmatier und floh ursprünglich nach dem fehlgeschlagenen Aufstande von 1881 nach Serbien. Er hat seitdem immer ein ganz natürliches und erlaubtes Interesse an dem Schicksal junger Serben und Kroaten gezeigt, die nach Serbien zum Zweck ihrer Studien kamen, und dank seiner Abstammung hat er oft ein vollkommneres Verstehen des jugoslawischen Problems gezeigt als viele seiner Kollegen in der radikalen Partei, deren Ausblick nicht weit über die ersten engen Grenzen des modernen Serbien hinausging. Er ist jedoch einer von jenen Politikern, die gern ihre eigene Bedeutung überschätzen, und in der Nachkriegsperiode, als es für jeden Mode war, auf den Hausdächern mit Ideen zu bramarbasieren, die er vor dem Kriege sorgfältig im Keller verbarg, erscheint auch Herr Jovanović besorgt, sich nicht ausstechen zu lassen.

Ich habe einen der hervorragendsten serbischen Schriftsteller und Historiker als Gewährsmann, daß er selbst am Tage nach der Ermordung des Königs Alexander und der Königin Draga im Jahre 1903 Herrn Jovanović in den Straßen von Belgrad traf und ihm als Antwort auf seine eifrige Frage nach Neuigkeiten von Herrn Jovanović zu verstehen gegeben wurde, daß er schon seit einiger Zeit gewußt habe, was sich zusammenbraue. Nun werden leichtgläubige Schriftsteller wie Miß Durham, für welche Feindseligkeit gegen alles Serbische geradezu zur fixen Idee geworden ist, diese kleine Anekdote zweifellos als einen positiven Beweis ansehen, daß Herr Ljuba Jovanović auch an der früheren Verschwörung beteiligt war. Aber für jeden, der etwas von dieser dunkeln Angelegenheit weiß, ist es offenkundig, daß Herr Jovanović nicht das geringste damit zu tun hatte; und ich vertraue darauf, daß der Leser diese Versicherung von mir annehmen wird (es ist eine der sehr wenigen Angaben in diesem Buche, für die ich keine dokumentarischen Beweise gebe), ohne mich zu zwingen, mich auf eine lange Abschweifung einzulassen.

Ich glaube, daß Herr Jovanović so wenig von der Verschwörung von 1914 wie von der von 1903 gewußt hat, und daß er an einem Leiden krankt, das die Deutschen trefflich als „Wichtigtuerei“ bezeichnen. Es gibt jedoch andere Motive, die seinen berühmten Artikel erklären helfen. Wer mit der augenblicklichen jugoslawischen Lage bekannt ist, weiß wohl, daß die radikale Partei seit 1918 einen verzweifelten Kampf um die politische Macht in Bosnien und der Herzegowina führt und daß

diese Macht aus einer Anzahl von Gründen langsam ihren Händen entglitten ist. Er weiß auch, daß die jüngere Generation in Bosnien (dies trifft in viel geringerem Grade auf die anderen jugoslawischen Provinzen zu) die revolutionäre Bewegung von 1913 bis 1914 mit Gefühlen der Bewunderung und Princip und seine Mitmörder als nationale Märtyrer ansieht. Wenn wir diese beiden Tatsachen zusammennehmen, finden wir die zweite Erklärung der Behauptungen Herrn Jovanovićs. Er buhlte um die Unterstützung der bosnischen Jugend, indem er zeigte, daß die Belgrader Regierung mit der revolutionären Bewegung sympathisiert hatte, obwohl es ganz offenkundig ist, daß sie dies nicht getan hat (siehe z. B. S. 151). Beiläufig hoffte er wahrscheinlich, seine eigene Stellung in der radikalen Partei gegen diejenigen zu stärken, deren Ansichten enger mit dem alten serbischen Königreich verbunden sind.“

Der vorstehende Passus stellt den Versuch Seton-Watsons dar, den Beweis zu führen für die Annahme der zweiten Alternative, daß Jovanović die Tatsachen falsch dargestellt hat. Wenn wir auch getrost annehmen dürfen, daß es Seton-Watson sicherlich nicht gelungen sein dürfte, durch diese Gründe die klaren Angaben Jovanovićs zu widerlegen, so wollen wir uns doch der Mühe unterziehen, die einzelnen Beweisgründe auf ihre Stichhaltigkeit hin zu untersuchen.

Was Seton-Watson über die Persönlichkeit Ljuba Jovanovićs mitteilt, können wir nicht nachprüfen, da Jovanović uns persönlich nicht bekannt ist und eine Biographie von ihm noch nicht erschienen ist. Wir glauben aber, daß es zumindest eine starke Übertreibung ist, wenn Seton-Watson aus den wenigen Angaben, die er über das Leben von Jovanović hier wiedergibt, glaubt den Schluß ziehen zu können, daß Jovanović sich auf Grund einer bestimmten Charakteranlage so weit zum Übertreiben veranlaßt sehen konnte, in einer so wichtigen Angelegenheit die Unwahrheit zu sagen und über zwei Jahre auf diesen Angaben zu bestehen. Wenn Seton-Watson anführt, daß Jovanović im Jahre 1903 einem Historiker zu verstehen gegeben habe, daß er schon seit einiger Zeit gewußt habe, was sich zusammenbraue, und glaubt den Schluß ziehen zu können, daß diese Äußerung ebenfalls nicht zutreffend sei, weil Jovanović mit dem Attentat von 1903 nicht das geringste zu tun hatte, so ist das selbstverständlich eine rein willkürliche Annahme. Es ist gar nicht notwendig, daß Jovanović mit dem Attentat von 1903 etwas zu „tun“ hatte, um berechtigt zu sein, die Äußerung zu tun, daß er gewußt habe, was sich zusammenbraue. Wenn

Seton-Watson dann fortfährt, daß er glaubt, daß Herr Jovanović so wenig von der Verschwörung von 1914 wie der von 1903 gewußt habe, und daraus folgert, daß er an einem Leiden krankt, welches die Deutschen trefflich als „Wichtigtuerei“ bezeichnen, so weiß man wirklich nicht, ob die angenommene „Wichtigtuerei“ von Jovanović oder die Art Seton-Watsons, einen Mangel an wissenschaftlichen Argumenten durch persönliches Glauben oder ein Nichtglauben ersetzen zu wollen, als das gefährlichere Leiden angesehen werden muß.

Im weiteren sucht Seton-Watson nachzuweisen, daß Jovanović nicht nur aus „Wichtigtuerei“, sondern aus politischen Gründen, einem Buhlen um die Unterstützung der bosnischen Jugend, falsche Angaben in seiner Schrift gemacht hätte. Abgesehen davon, daß die vielleicht zutreffenden politischen Motive wohl nicht so stark gewesen sind, Jovanović zu einer so schwerwiegenden Lüge zu veranlassen, spricht auch die bereits eingangs erwähnte Art und Weise, wie die Schrift entstanden ist, dagegen. Jovanović hatte in der Eile einige Blätter aus seinen Erinnerungen herausgerissen und sie, ohne sie noch einmal zu überarbeiten, dem Emigranten Ksjunjin für seine Denkschrift zur Verfügung gestellt. Dies schließt vollkommen aus, daß Jovanović mit Vorbedacht eine falsche Darstellung seiner Erinnerungen gegeben hat. Bei der Methode, wie Herr Seton-Watson die Wahrhaftigkeit des Herrn Jovanović zu diskreditieren versucht, wird er vielleicht auch gegen dieses Argument einen Einwurf finden.

Nun greift Seton-Watson noch zu einem dritten Mittel, um die klaren Behauptungen Jovanovićs durch weitere „Anspielungen“ zu entkräften.

„Es ist notwendig, noch auf ein drittes Motiv anzuspielen. Das Sarajewoer Verbrechen und die Rolle des Obersten Dimitrijević sind unlöslich verwickelt mit dem Saloniki-Prozeß von 1917, der mit der Hinrichtung Dimitrijevićs und zweier anderer Offiziere wegen einer angeblichen Verschwörung, den Prinzregenten an der serbischen Front zu ermorden, der Hinrichtung Malobabićs (früher ein Opfer des Agramer Hochverratsprozesses von 1909) als ihres Mitschuldigen, und Mehmedbasićs Verurteilung zu zwanzig Jahren als weiteren Mitschuldigen (der einzige der Mörder von Sarajewo, dem es gelang, über die Grenze zu fliehen), endete. Eine etwas rätselhafte Rolle wurde bei der Verhandlung auch von Milan Ciganović gespielt, dem Eisenbahnbeamten, der Princip und seine Freunde mit den Revolvern versorgte, und der jetzt von einigen der angeklagten Offiziere als Angeber bezeichnet

wurde. Dies ist nicht der Ort, sich mit den Einzelheiten der Saloniki-Affäre zu befassen; es wird ihr in dem größeren Buch, welches ich über den Ursprung des jugoslawischen Staates in Vorbereitung habe, ein besonderes Kapitel gewidmet werden. Für den Leser ist jedoch das Verständnis notwendig, daß Herr Ljuba Jovanović einer der beiden Staatsmänner war, die darauf bestanden, daß der Saloniki-Prozeß bis zum äußersten Ende durchgeführt wurde, die sich ernstlich der Begnadigung der Gefangenen widersetzen und den Zwischenfall ausnützten, um die Armee von zahlreichen Offizieren zu reinigen, die der radikalen Partei unangenehm waren. Seitdem ist der Saloniki-Prozeß stets ein ungelöstes Problem in der serbischen inneren Politik geblieben. Viele Oppositionskreise behaupten, daß ein schwerer Justizmord stattgefunden hat, und die Nachprüfung der Tatsachen wird immer wieder gefordert. In dieser Frage nun bleibt Herr Jovanović in der Defensive, und dies mag zu seiner Haltung beigetragen haben, obwohl es die Absicht vermuten läßt, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen.“

Es trifft durchaus zu, daß das Verbrechen von Sarajewo und die Rolle des Obersten Dimitrijević mit dem Saloniki-Prozeß verquickt ist. Wir wollen ebenfalls darauf hinweisen, daß der Saloniki-Prozeß, der nur in serbischer Sprache erschienen und vollständig vergriffen ist, nicht nur von Seton-Watson, sondern auch von anderer Seite demnächst bearbeitet wird. Wir möchten deshalb davon absehen, auf den Saloniki-Prozeß jetzt hier näher einzugehen.

Mit diesen „Anspielungen“ schließt der dürftige Beweis, den Seton-Watson anzutreten versucht hat, um den „klaren Bericht“ Ljuba Jovanovićs als eine absichtliche, aus rein persönlichen Gründen erfolgte falsche Darstellung von Tatsachen hinzustellen. Seiner Beweisführung können wir uns keineswegs anschließen.

Wir wollen bei diesen negativen Feststellungen aber nicht stehen bleiben, sondern noch mitteilen, was wir selbst als Beweis dafür anzuführen haben, daß die Darstellung von Ljuba Jovanović den Tatsachen entspricht.

Ljuba Jovanović hat, wie wir dies im Juniheft unserer Monatschrift näher ausgeführt haben, erneut seine klaren Aussagen vom Jahre 1924 in der Schrift „Blut des Slawentums“ bekräftigt. Wir geben diese beiden Stellen hier noch einmal im Auszug wieder. Nach dem „Obzor“ vom 27. April 1926 Nr. 112 hat Ljuba Jovanović Pasić folgendes erwidert:

„Man macht mir Vorwürfe wegen meines Artikels in dem bekannten Buche „Krv Slovenstva“ (Das Blut des Slawentums). Ich behaupte,



daß ich mich deswegen in keiner Weise versündigt habe und daß ich nichts vermerkt habe, was nicht richtig gewesen wäre. Ich muß aber bemerken, daß all dies bereits im Jahre 1924 gewesen ist und daß dies öffentlich publiziert worden ist, und ihr habt mich trotzdem damals zum Vorsitzenden der Skupschtina, zum Vorsitzenden des Gesetzgebungsausschusses und zum Vizepräsidenten des Hauptausschusses der radikalen Partei gewählt, und ihr habt dies damit gutgeheißen. Ihr könnt daher diese Sache jetzt nicht mehr aufrollen, nachdem ihr bereits damals darüber hinweggegangen seid. Was aber diese Frage betrifft, d. h. des Artikels im Buche „Krv Slovenstva“, so kann ich diesbezüglich noch Dokumente und Beweise vorlegen, aber ich verlange, daß dafür der jetzige Ministerpräsident und der Minister des Äußern die volle Verantwortung übernehmen<sup>6)</sup>.“

Ferner hat Jovanović nach der „Politika“ vom 17. April 1925 einem Mitarbeiter des Blattes folgendes versichert:

„Das, was ich im Almanach des Herrn Ksjunjin „enthüllt“ habe, nämlich, daß man im Schoße der serbischen Regierung 1914 von Vorbereitungen für das Sarajewoer Attentat wußte, ist gar keine Enthüllung, das ist eine bekannte Sache, von der schon längst und gerade von serbischer Seite gesprochen worden ist. Herr Pasitsch selbst gab am 7. Juli (n. St.) 1914, also neun Tage nach dem Sarajewoer Attentat, ein Interview, worin er sagte, daß die serbische Regierung die Wiener Regierung rechtzeitig von den Gefahren benachrichtigt habe, denen sich der österreichische Thronfolger auf der geplanten Reise nach Sarajewo aussetze. Der „Temps“ vom 10. Juli veröffentlichte aus diesem Anlaß einen ausführlichen Artikel. Hätte denn Pasitsch von Mitteilungen der serbischen Regierung an die Wiener Regierung sprechen können, wenn uns hier nicht Anzeigen über irgendwelche Vorbereitungen vorgelegen hätten? Wäre ein Dementi am Platz gewesen, so konnte man schon damals den „Temps“ und unsere anderen Freunde dementieren, die uns damals in Schutz nahmen . . .“

Der Vollständigkeit halber wollen wir auch noch das mitteilen, was einer der Freunde von Jovanović, der Professor an der Kriegsakademie in Belgrad Milan Zecević in der „Politika“ vom 29. März 1926 bestätigt:

„Was Ljuba Jovanović erzählt hat, sind Tatsachen, die bereits während des Krieges bekannt waren. Dies wurde festgestellt durch die Untersuchung in Sarajewo und bestätigt durch die Notizen eines unserer Grenzoffiziere, die 1916 den Österreichern in die Hände fielen. Die österreichische und die deutsche Regierung hatten alle diese Daten in Händen, als über den Frieden und über die Verantwortung für den Krieg verhandelt wurde . . .“

Diesen wiederholten Äußerungen von Jovanović und den Angaben Zecevićs steht nur die Äußerung von Pasić entgegen, die nach der „Politika“ vom 26. April 1926 folgendermaßen lautet:

„Herr Pasitsch erklärt weiter, daß ihn ausländische Korrespondenten gefragt hätten, ob er gewußt habe, daß der österreichische Thronfolger

---

<sup>6)</sup> Die Verantwortung wurde von den beiden Ministern abgelehnt.

ermordet werden würde. Er habe das zurückgewiesen. Er habe Herrn Jovanović gebeten, das zu widerrufen, denn es sei nicht wahr, daß er, Herr Pasitsch, dies in der Ministerratssitzung (! Der Verfasser) gesagt habe. Herr Pasitsch behauptet, daß er, sobald er aus Bukarest zurückgekehrt sei, der Narodna Odbrana empfohlen habe, nichts gegen Österreich zu unternehmen, da es gefährlich sei. Herr Pasitsch habe auf den Widerruf des Herrn Jovanović gewartet. Herr Jovanović habe gezögert, das zu tun, und habe es nicht getan.

Herr Pasitsch wiederholt und behauptet, daß er nicht gesagt habe, was ihm Herr Jovanović zuschreibe. Er habe auch seine Ministerkollegen gefragt: Leute, habe ich vielleicht nicht vergessen, daß ich das gesagt habe. Und alle haben bestätigt, daß Herr Pasitsch dies wirklich nicht gesagt habe.

Es ist nicht widerrufen worden, und jetzt ist diese Frage in Fluß gebracht. Ich muß das widerrufen. Weshalb Herr Ljuba Jovanović das gesagt hat, weiß ich nicht, aber er hat eine Unwahrheit gesagt . . .“

Wenn man den Wortlaut der Äußerungen Pasićs kritisch durchliest, so wird man feststellen müssen, daß das Dementi sehr unbestimmt und unvollständig ist. Wir wissen, daß Ljuba Jovanović selbst niemals behauptet hat, daß Pasić in einer Ministerratssitzung von dem Attentat von Sarajewo gesprochen hat, sondern ihm dies nur in einem Privatgespräch mitgeteilt worden sei.

Die Glaubwürdigkeit von Pasić, der als Kronzeuge gegen Jovanović auftritt, charakterisiert sich aus folgendem:

Am 7. Juli hat Pasić ein Interview gegeben, in dem er mitteilt, daß Serbien Österreich vor dem Attentat gewarnt hätte, und am 21. Juli findet sich im „Standard“ ein Interview, das Pasić dem Belgrader Korrespondenten des „New York Herald“ gewährt hat, in dem es heißt, daß, wenn die Tatsache einer Verschwörung gegen den Erzherzog Franz Ferdinand und die Herzogin von Hohenberg bekannt gewesen sei, sicherlich die österreichisch-ungarische Regierung davon unterrichtet worden wäre. Welchem der beiden Interviews soll man nun Glauben schenken?

Ein Beweis dafür, daß Pasić von dem geplanten Attentat Kenntnis erhalten hatte, geht aber aus der Erklärung Ljuba Jovanovićs hervor, die er am 17. April 1925 in der „Politika“ veröffentlichte und worin er folgendes mitteilte:

„Nicht minder bekannt war bei uns wie bei den Österreichern und ihren deutschen Bundesgenossen und Protektoren, welche Maßregeln die Regierung Pasić getroffen hatte, um die Grenzüberschreitung jener Teilnehmer an den Attentatsvorbereitungen zu verhindern, von denen man gehört hatte, daß sie in Belgrad Waffen angeschafft hätten, um damit über die Drina nach Bosnien zu gehen. Eine positive Spur dieser Anordnungen fanden die österreichischen

Behörden, als sie zum ersten Male 1914 die Drina überschritten und Losnitza einnahmen. Sie fanden dort das Tagebuch des verstorbenen Kosta Todorović, unseres Grenzzoffiziers, der darin Tag für Tag den Inhalt der empfangenen Akten eintrug und unter anderem auch die strenge Anordnung des Kriegsministers, Obersten Dusan Stefanović, die genannten jungen Leute aus Bosnien am Grenzübergang zu verhindern.“

Über Pasić sagt Seton-Watson in seinem Anhang folgendes:

„Die Haltung des Herrn Pasić ist etwas verschieden. Wie schon im Text erwähnt, hat er stets eine erstaunliche Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung, besonders der ausländischen öffentlichen Meinung, gegenüber zur Schau getragen. Doch reicht dies nicht aus, um sein Stillschweigen bei dieser Gelegenheit zu erklären; denn, wie einer von Jugoslawiens begeistertsten Freunden mir kürzlich schrieb, „es dürfte kein anderes Beispiel in der Geschichte geben, daß eine Regierung, die eines schweren Vergehens angeklagt wird, elf Jahre lang hartnäckig schweigt trotz aller Bitten von Freund und Feind und einfach auf die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt mit den Fingern schnippt“.

Aber heute wie immer ist die Parteipolitik der entscheidende Faktor für Herrn Pasić. Er mißbilligt Herrn Ljuba Jovanović' Angaben und bestreitet ihre Richtigkeit aufs äußerste — wie ich von mehr als einem seiner Kollegen im Amte erfahren habe. Aber er scheint mehr darum besorgt zu sein, den Zwischenfall auszunutzen, um einen gefährlichen Nebenbuhler um die Parteiführerschaft kaltzustellen, als die Ehre seines Landes reinzuwaschen; und es widerstrebt ihm offenbar, vor seine Landsleute hinzutreten und die Beweise vorzulegen (die er meiner begründeten Ansicht nach besitzt), daß er als Führer des Volkes im Jahre 1914 von einer unterirdischen Bewegung, die manche als direkten Weg zur nationalen Einheit bewundern, nichts wußte und die er sogar mißbilligte.“

Die Auffassung Seton-Watsons, daß Pasić Beweise habe, daß er als Führer des Volkes im Jahre 1914 von der unterirdischen Bewegung nichts gewußt und sie sogar mißbilligt habe, ist nicht zu verstehen. Wie kann Pasić von der unterirdischen Bewegung nichts gewußt haben, wenn er sie mißbilligt? Wenn Seton-Watson seine Ansicht, daß Pasić in der Lage ist, Beweise vorzulegen, begründen kann, dann ist es ebenso unverständlich von ihm, daß er diese Gründe nicht angibt, wie es von Pasić nicht verständlich ist, daß er seine Beweise nicht vorbringt.

Das Ergebnis der von uns angeführten Beweise für die Glaubwürdigkeit der Erklärungen Ljuba Jovanovićs fassen wir im nachstehenden noch einmal zusammen:

Die Erklärungen von Ljuba Jovanović sind als wahrheitsgemäß und zutreffend anzusehen. Seine Äußerungen wurden 1924 unretuschiert veröffentlicht, von ihm später anerkannt und 1926 erneut gegen das Zeugnis von Pasić in öffentlicher Rede bekräftigt. Die von Jovanović angebotene Vorbringung von beweiskräftigen Dokumenten wurde vom Ministerpräsidenten und Außenminister abgelehnt.

Neben dem Zeugnis von Jovanović über die Mitwisserschaft der Kabinettsmitglieder vor dem Attentat liegt noch als Beweis eine Eintragung in dem Tagebuch des Grenzhauptmanns Todorović vor, wonach der Kriegsminister einen strengen Befehl gegeben hatte, die Mörder an der Grenze festzuhalten. Es ist selbstverständlich, daß ohne vorheriges Wissen dieser Befehl von seiten des Kriegsministers nicht hätte gegeben werden können.

Die Glaubwürdigkeit des Dementis von Pasić wird dadurch in Zweifel gezogen, daß Pasić in zwei verschiedenen Interviews etwas vollkommen Entgegengesetztes über seine vorherige Kenntnis des geplanten Attentats ausgesagt hat. Auch der Umstand, daß Pasić fast zwei Jahre lang zu den Serbien schwer belastenden Äußerungen Jovanovićs geschwiegen hat und bis heutigen Tages keinen offiziellen Schritt zur Entlastung der serbischen Regierung von 1914 gewagt hat, läßt sein Dementi zweifelhaft erscheinen.

Die entgegengesetzte Auffassung Seton-Watson betrachten wir demnach als genügend widerlegt.

Im Schluß seines Anhangs führt Seton-Watson dann noch aus:

„Die anständigeren und nachdenklichen Teile des Volkes beklagen die vom Mord in der großen Bewegung für Freiheit und Einigkeit gespielte Rolle, obwohl sie erkennen, daß die Zustände vor dem Kriege eine richtige Brutstätte für revolutionäre Handlungen waren. Aber es gibt andere, die darauf bestehen, die Mörder zu verherrlichen, und es ist dieser Teil der öffentlichen Meinung — der natürlich in Bosnien selbst am meisten zu Worte kommt —, der für die Entfernung des an dem Schauplatz des Verbrechens errichteten Gedächtnisaltars und für die Beisetzung der Mörder selbst in einem besonderen Ehrengrabe in Sarajewo verantwortlich ist. Letzterer Vorfall ist zweifellos Geschmacksache (die Feiern des Waffenstillstandtages in westlichen Ländern



könnten wohl darauf hinweisen, daß ein Tag nationaler Buße passender wäre als eine jährliche Feier des Verbrechens), aber der erstere kann nur als ein Akt zügelloser Unanständigkeit bezeichnet werden, den die Behörden des neuen Staates nicht hätten dulden sollen. Es ist angebracht und notwendig, daß dies offen von den Freunden sowohl wie den Feinden Serbiens gesagt wird. Man muß es auch höchlichst bedauern, daß die „Orjuna“ — eine patriotische Vereinigung semi-faschistischer Tendenz — sich mit dieser Politik der Verherrlichung identisch erklärt hat und jetzt für ein Denkmal zu Ehren der Verbrecher von Sarajewo agiert. Es ist zu hoffen, daß verantwortliche Staatsmänner in Jugoslawien den Mut haben werden, gegen diese unsittlichen Tendenzen Stellung zu nehmen. Es ist eine Sache, die Lehre zu predigen, daß eine Mißregierung (besonders, wenn es eine fremde ist) unvermeidlich Verachtung für das Gesetz und eine Tendenz zu Gegenmaßnahmen und Gewalttaten erzeugt (dies ist eine der Hauptlehren, die man aus dem vorliegenden Buche ziehen soll); es ist eine ganz andere Sache, diese Gewalttaten, wenn sie vorkommen, zu entschuldigen oder sogar zu verherrlichen.“

Wir können den letzten Ausführungen Seton-Watsons nur recht geben, möchten aber doch nicht unterlassen, an Seton-Watson die Frage zu richten, was er sich dabei gedacht hat, als er dem Vorwort zur serbischen Ausgabe seines Buches das Datum vom 28. Juni, dem Tage, an dem das Verbrechen von Sarajewo begangen wurde, beigesetzt hat. Nach unserem Dafürhalten liegt, wenn es nicht aus Versehen geschehen ist, was man bei dem für Daten besonders geschärften Sinn eines Historikers nicht ohne weiteres annehmen kann, eine Taktlosigkeit vor, die ihm von seinen serbischen Freunden als eine Verherrlichung des Attentats ausgelegt werden dürfte.

---

## MONATSBERICHT.

### Die Kriegsschuldfrage von Genf bis Bar-le-Duc.

Die verantwortlichen Staatsmänner Europas waren wohl vor ihrer Fahrt zur diesjährigen Herbsttagung des Völkerbundes im Stillen übereingekommen, in ihren Reden die Kriegsschuldfrage nicht zu berühren. Diese Vereinbarung ist von allen eingehalten worden. Auch der Führer der deutschen Delegation, der deutsche Reichsaußenminister, hat es sorgfältig vermieden, in seiner Rede anlässlich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund die Kriegsschuldfrage zu erwähnen. Dieses Opfer, das die deutschen Staatsmänner durch ihre Zurückhaltung in der für Deutschland grundlegenden Frage der Idee des Völkerbundes gebracht haben, ist nicht überall richtig gewertet worden.

Die ersten Mißklänge kamen aus Jugoslawien, das wohl Veranlassung hätte, in der Kriegsschuldfrage besondere Zurückhaltung zu üben.

Bereits am 8. September schrieb die Belgrader „Wreme“:

... „Es liegt eine besondere, eine symbolische Bedeutung darin, daß gerade unter dem Vorsitz Ninčićs über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und den Völkerbundsrat entschieden werden soll. Bekanntlich hat als Einleitung zu dem furchtbaren Weltbrand der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien gedient, in dem es um Sein oder Nichtsein Serbiens ging. In diesem Konflikt, aus dem der Weltkrieg entstand, hat Deutschland keine bloße Statistenrolle gespielt. Durch die veröffentlichten amtlichen diplomatischen Aktenstücke ist nicht nur auf eine ausreichende, sondern sogar auf unwiderlegliche Weise festgestellt, daß Deutschland es war, das als Regisseur hinter der ganzen Aktion gegen Serbien gestanden hat, nicht weil es direkt etwas gegen Serbien gehabt hätte, sondern weil ihm der Sarajewoer Vorfall als passender Vorwand und das Jahr 1914 als günstiger Zeitpunkt für eine systematisch vorbereitete Abrechnung erschien, die ihm bei erfolgreichem Ausgang die Weltherrschaft bringen sollte. Wenn nun heute, nach allem, was geschehen ist, Deutschland sich in Genf zur Mitarbeit am Werk der internationalen Stabilisierung und des Friedens zwischen den Völkern meldet, ist es sinnvoll, daß an die Spitze der Versammlung, die hierüber zu beschließen hat, der Vertreter jenes Landes berufen wird, das nach den früheren deutschen Plänen von der politischen Karte Europas hätte gestrichen werden sollen. Ein sinnbildlicher Beweis nicht nur für die ungeheure Wandlung, die sich seit 1914 in Europa und in Deutschland selbst vollzogen hat, sondern auch für die Großmut und den Edelsinn unserer Nation, die bereit ist, auch mit denen aufrichtig zusammenzuarbeiten, die sie früher zu vernichten strebten!“

Die „Wreme“ hütet sich sehr wohl, den Versuch zu machen, für ihre mehr als kühnen Behauptungen einen Beweis zu erbringen. Deutschland hat sehr zum Unwillen seines Bundesgenossen Öster-

reich-Ungarn vor dem Kriege aus seiner Sympathie für Serbien kein Hehl gemacht, und wenn die Redaktion der „Wreme“ einmal einen Blick in die letzten Bände der großen deutschen Aktenveröffentlichung werfen wollte, so würde sie auf manche für Serbien sehr schmeichelhafte Randbemerkungen Kaiser Wilhelms stoßen.

Diese Ausfälle der „Wreme“ bildeten den Auftakt zu einem weiteren Angriff von offizieller jugoslawischer Seite. Am 10. September, an dem Tage, da Deutschland in den Völkerbund eintrat, erschien auf der ersten Seite der „Tribune de Genève“ in großer Aufmachung ein Artikel: „Zur Aufklärung des Weltgewissens. Die Ursachen und Verantwortlichkeiten für den großen Krieg festgestellt durch offizielle Dokumente.“ Unterzeichnet war der Aufsatz von Dr. Lazare Marković, dem ehemaligen jugoslawischen Justizminister und Mitglied der jugoslawischen Völkerbundsdelegation.

Marković legt seinen Ausführungen die Denkschrift der österreichisch-ungarischen Regierung zugrunde, die am 5. Juli 1914 mit einem Handschreiben des Kaisers Franz Joseph Kaiser Wilhelm in Potsdam durch den k. u. k. Botschafter in Berlin überreicht wurde.

„In dieser Denkschrift — führt Marković aus — erklärte die Wiener Regierung eingehend die neue Lage auf dem Balkan und in Mitteleuropa und gab Deutschland, insbesondere dem Kaiser, zu verstehen, daß ein Präventivkrieg gegen Serbien sich als notwendig erweise. Nach Aufstellung einer Art von Bilanz aus den beiden Balkankriegen von 1912 und 1913, einer für Österreich-Ungarn sehr ungünstigen Bilanz, kamen die Verfasser der Denkschrift zu der Schlußfolgerung, die Doppelmonarchie müsse um jeden Preis das kleine Serbien zerschmettern.“ . . . „In Wien wollte man also den Krieg, und man wünschte ihn um so mehr, als man befürchtete, das Attentat von Sarajewo könne die geheimen Pläne der österreichisch-ungarischen Diplomatie stören. Deshalb hat man sogar den Kaiser Franz Joseph veranlaßt, dem Kaiser zu schreiben und ihm auseinanderzusetzen, daß das Attentat von Sarajewo nur eine Episode sei, daß der Entschluß zum Kriege vor diesem Ereignis gefaßt und nur von rein politischen Erwägungen diktiert worden sei.“

Die Denkschrift der k. u. k. Regierung führte bekanntlich in eingehender Darlegung aus, daß es für Österreich-Ungarns Lebensinteresse notwendig sei, einem drohenden Balkanbund unter Rußlands und Frankreichs Führung zuvorzukommen und mit Bulgarien in ein vertragsmäßiges Verhältnis einzutreten. Zugleich müßte versucht werden, ein Bündnis zwischen Bulgarien und der Türkei herzustellen, „wofür in beiden Staaten bis vor kurzem noch so günstige Dispositionen herrschten, daß ein Vertragsinstrument, wenn es auch später nicht unterzeichnet wurde, bereits ausgearbeitet war“. Auf Rumänien könne man sich nicht mehr unbedingt ver-

lassen, dennoch aber solle ein eventueller Vertrag mit Bulgarien nicht gegen Rumänien gerichtet sein, sondern in Bukarest nur als eine ernste Warnung aufgefaßt werden.

Daß diese Gedankengänge, die in der Denkschrift der deutschen Regierung zur Beurteilung unterbreitet wurden, noch keinen festen Charakter angenommen hatten, geht schon allein daraus hervor, daß wenige Tage später die k. u. k. Regierung ihre Vorschläge wieder zurückzog, da Graf Berchtold eine unfreundliche Haltung Rumäniens während der Aktion gegen Serbien befürchtete.

Die Ausführungen von Marković wurden in einem Aufsatz in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ 1926, Nr. 434: „Dilettantismus in der Kriegsschuldfrage“ erwidert. Von seiten der deutschen Delegation erfolgte eine Entgegnung in der „Tribune de Genève“ vom 12. September in folgender Weise:

„A peine débarqué à Genève, M. le Dr. Gustave Stresemann y a eu pour première surprise l'article — que d'autres qualifieront de son vrai nom — que M. Lazare Markovitch, membre de la délégation yougoslave à la S. D. N., a jugé bon de publier en tête même de votre numéro du 9 courant. Tel est, en guise de prélude à l'arrivée de la délégation allemande, le salut de bienvenue du diplomate de Belgrade.

Affaire de tact et de goût. Ce n'est pas cela que M. le Dr. Stresemann vous demande courtoisement de relever en deux mots dans l'article en question. Ce qu'il voudrait faire ressortir, c'est l'inanité absolue, désormais acquise par d'innombrables publications françaises, anglaises et surtout américaines, de la thèse de la culpabilité de l'Allemagne, que M. le Dr. Markovitch accouple à celle de l'innocence absolue du gouvernement serbe dans l'attentat de Serajevo.

On comprendra qu'ayant à se plaindre du procédé de M. Lazare Markovitch, M. le Dr. Stresemann n'ait garde de l'imiter en rouvrant la discussion sur ce brûlant sujet. Qu'il lui suffise, sur la question du mémoire de l'empereur François-Joseph, d'être du même avis que l'honorable colonel Feyler, qu'on n'accusera certes pas de tendresse exagérée pour les puissances centrales; et sur la non-culpabilité du gouvernement Pachitch dans le drame de Serajevo, de renvoyer aux études d'une documentation irréfutable parus dans la revue „Die Kriegsschuldfrage“ (plus particulièrement au cahier de juin 1926), et dans la revue parisienne Evolution.“

Eine scharfe Zurückweisung hat Marković auch im eigenen Lande erfahren. In einem Aufsatz des Agramer „Obzor“ vom 18. September 1926 heißt es:

„Wie bereits gemeldet, fand es unser Delegierter Dr. Lazare Marković für gut, an dem Tage, wo alle Mitglieder des Völkerbundes für die Aufnahme Deutschlands gestimmt haben, und an dem unser Außenminister als Präsident des Völkerbundes in warmen Worten die historische Bedeutung dieses Ereignisses würdigte, neuerlich Öl ins



Feuer der Polemik über die Kriegsschuld zu gießen. Dieses unselige Beginnen führte er in einem Aufsatz durch, den die „Tribune de Genève“ an leitender Stelle gebracht hat. Indem er schon bekannte, zweifellos richtige und glaubwürdige Tatsachen vorbrachte, erklärte Dr. Marković nachträglich zu Journalisten, daß er gerade diesen Augenblick für angezeigt erachtet habe, um einer gewissen Presse, insbesondere aber der bekannten deutschen Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage“ (Juni-Nummer), zu antworten. Diese edle Absicht ändert freilich nichts an der Bärenungeschicklichkeit des Dr. Marković, die ihn diese Replik gerade am Tage der feierlichen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund veröffentlichen ließ.“

Bei diesem Geplänkel in der Kriegsschuldfrage blieb es aber nicht.

Am 21. September hielt der deutsche Reichsaußenminister in der deutschen Kolonie in Genf eine Ansprache, in der er nach der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 22. September 1926 Nr. 1518 ausführte: „In der am 10. September vollzogenen feierlichen Aufnahme in den Völkerbund erblicke er einen Beweis dafür, daß die Kriegsschuldfrage eine indirekte Erledigung gefunden habe<sup>1)</sup>.“

Der deutsche Außenminister hat mit seinen Worten eine Formulierung übernommen, die zum Teil in einer Eingabe einiger Sachverständiger in der Kriegsschuldfrage an den Völkerbund enthalten ist und die wir nachstehend in deutscher Übersetzung wiedergeben:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrte Mitglieder des Völkerbundes!

Die Hohe Versammlung, die in diesem Augenblick in Genf zusammentritt, annulliert, indem sie Deutschland in den Völkerbund aufnimmt und ihm einen ständigen Sitz in ihrem Rat gewährt, tatsächlich den fundamentalen Artikel des Versailler Vertrages, der Deutschland die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges zuschreibt. Wir stellen das fest.

Indessen das öffentliche Gewissen, das durch jene Parodie eines Rechtsspruchs tief verletzt ist, wird in dieser Maßregel der Wiedergutmachung nur eine verspätete und ungenügende Genugtuung erblicken. Die Umstände, unter denen eine Verurteilung ausgesprochen worden ist, unter Mißachtung der Grundsätze, die in zivilisierten Ländern dem Ankläger das Recht absprechen, sich selbst zum Richter über den Angeklagten zu machen, bleiben ein zu empörendes Beispiel von Heuchelei und Gewalttat, um jemals diesen Rechtsbruch denen zu verzeihen, die dafür im Angesicht der Welt die Verantwortung übernommen haben.

---

<sup>1)</sup> Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlichte am 28. September (Nr. 722) den stenographischen Wortlaut der Rede Stresemanns. Danach hat der Reichsaussenminister gesagt: „Als zum ersten Male eine deutsche Stimme in diesem Saale erklang, da hat doch mancher von ihnen die Empfindung gehabt, daß darin eine Genugtuung lag gegenüber den moralischen Anklagen, die man uns gegenüber erhoben hat.“

Erlauben Sie daher, sehr geehrter Herr Präsident und sehr geehrte Mitglieder des Völkerbundes, denjenigen, die nicht aufgehört haben, für die Aufdeckung der Wahrheit zu kämpfen, Ihnen mit aller Bestimmtheit zu versichern, daß Ihr Werk nichtig sein wird, solange Sie nicht vollständig und öffentlich die Ungerechtigkeit von 1919 ausgetilgt haben.

Eine unparteiische, gründliche und strenge Untersuchung über die Ursache des Weltkrieges wird der öffentlichen Meinung die notwendige Beruhigung geben. Ihre Sache ist es, sie vornehmen zu lassen. Ihre Sache ist es, Fälschungen aufzudecken, die auch heute noch die Geister vergiften und den unversöhnlichen Haß weiter gären lassen. Diese Untersuchung ist nicht allein unentbehrlich für die völlige Wiederherstellung des Friedens, sie wird gefordert durch die Würde und das Ansehen des Völkerbundes, der geschaffen ist durch eben jenen Vertrag, dessen verdiente Mißachtung er teilen muß, wenn er nicht die Satzung, auf die er gegründet ist, reformiert.

Durch die Lüge hat man die Geister aufgeregt und die Nationen veranlaßt, sich aufeinanderzustürzen. Nur aus der Wahrheit wird der Friede geboren werden. Außerhalb der Wahrheit ist ein politischer Aufbau moralisch unmöglich. Entweder der Völkerbund wird das Licht bringen oder er wird ein Nichts sein.

September 1926.

Für Deutschland:

Hans Delbrück, Professor der Geschichte an der Universität Berlin.

Für Frankreich:

Georges Demartial, Gustave Dupin, Mathias Morhardt, Alfred Pevet.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:

Harry Elmer Barnes, Professor am Smith College,  
Northampton (U. S. A.).

Dieser etwas willkürliche und den deutschen Wünschen nicht voll genügende Versuch, die Kriegsschuldlüge durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als politisch aus der Welt geschafft zu betrachten, hat in den offiziellen Kreisen in Paris und London verstimmt und scharfe Entgegnungen hervorgerufen. Die Kluft zwischen Politik und Wissenschaft in der Kriegsschuldfrage, die der Reichsaußenminister überbrückt zu haben glaubte, tat sich wieder von neuem auf, und wir müssen feststellen, daß die Politik sich der wissenschaftlichen Erkenntnis noch nicht gebeugt hat. Politisch gesehen stehen wir in der Kriegsschuldfrage fast noch auf dem gleichen Platz, von dem die wissenschaftliche Forschung am 28. Juni 1919 ausgegangen ist.

Den ersten Kommentar zu der Rede des Reichsaußenministers brachte das „Journal des Débats“ (23. September, Nr. 264), das in der Kriegsschuldfrage immer empfindlich ist, obwohl sein Chef der

Außenpolitik, Auguste Gauvain, ein ausgezeichnete Kenner der Vorkriegsgeschichte und insbesondere des Kriegsausbruchs 1914 ist:

„Herr Stresemann ist auf den sonderbaren Gedanken gefallen, die unten in einem Havasbericht wiedergegebene Rede in Genf zu halten, und zwar gerade zu dem Zeitpunkt, wo er die heikelsten Verhandlungen mit Briand eingeleitet hat. Wenn der deutsche Minister des Äußern die Absicht hätte, diese Besprechungen scheitern zu lassen, so hätte er es wahrhaftig nicht besser anstellen können. Ganz besonders fällt die einleitende Stelle auf, die sich auf die Verantwortung für den Kriegsausbruch 1914 bezieht. Herr Stresemann betrachtet und verkündet es als anerkannte Tatsache, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund genüge für den Beweis, daß es offiziell als unschuldig hinsichtlich der Kriegsursachen anerkannt sei. Diese Anspielung zeugt von äußerster Kühnheit, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen. Die Verantwortlichkeit der kaiserlich deutschen Regierung ist durch die sichersten Tatsachen hinreichend erwiesen und bleibt auch in Zukunft ebenso wie für die Vergangenheit als anerkannt bestehen. Es gibt nun einmal keinerlei Zusammenhang zwischen der Zulassung Deutschlands in den Völkerbund und der Frage seiner Schuld am Kriege. Der Beweis dafür ist, daß der Vertrag von Versailles, der feierlich diese Schuld bestätigt, doch auch den späteren Beitritt Deutschlands zum Völkerbund vorgesehen hat.“

Der Pariser Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ (1926 Nr. 709) bemerkt dazu: „Die Hauptlehre für uns besteht darin, daß man in Frankreich auch in gemäßigten Kreisen (das jetzige Ministerium des Äußern unter Briands und Berthelots Leitung ist für französische Begriffe sehr gemäßigt) nur ein schuldbewußtes Deutschland neben sich dulden will. Die „Schuld“ soll natürlich das Mittel bleiben, um auch die materielle Unterlegenheit Deutschlands zu sichern. Wie wollte man sonst die einseitige Militärkontrolle durch die Verbündeten oder auch durch den Völkerbund moralisch weiterhin rechtfertigen, wenn nicht die Schuld Deutschlands am Kriege den Vorwand dafür aufrechterhielte?“

Diese Worte werden bestätigt durch nachstehende Ausführungen des „Temps“ in seinem Leitartikel vom 23. September:

„Die Frage der Verantwortlichkeiten Deutschlands und seiner Verbündeten ist ein für allemal durch den Versailler Vertrag geregelt, der in seinem Artikel 231 wörtlich besagt: (folgt Wortlaut Artikel 231). Es ist wahr, daß die Berliner Regierung, als sie die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ins Auge faßte, sich bemüht hat, diese Verantwortlichkeit zurückzuweisen, aber in keinem Augenblick haben sich die verbündeten Mächte zu diesem Manöver hergegeben. Um der Zulassung Deutschlands in Genf kein Hindernis in den Weg zu stellen, war man bereit, kein neues Eingeständnis seiner Verantwortlichkeit von ihm zu fordern, da diese ja in dem Artikel 231 des Versailler Vertrages verzeichnet ist, der die Unterschrift Deutschlands trägt und wie alle anderen Vertragsbestimmungen fortbesteht. Wenn der Völkerbund dem Deutschen Reich einen guten Empfang bereitet hat, so nicht deshalb, weil die dort vertretenen Mächte zeigen wollten; daß sie damit die gegen Deutschland erhobenen moralischen Beschuldigungen zurücknehmen, sondern weil man trotz der auch heute noch auf Deutschland

ruhenden Verantwortlichkeiten einen Beweis des größten Edelmuten gegenüber den Kriegsschuldigen geben wollte, um die zur Konsolidierung des Friedens und zur politischen und wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas notwendige Versöhnung zu erleichtern. Es hieße das Gesamtbild verfälschen, wollte man diesen Edelmut als eine Art moralischer Wiedergutmachung gegenüber Deutschland ansehen, eine Wiedergutmachung, die man ihm nicht schuldig ist und die eine Ungerechtigkeit gegenüber den Nationen bedeuten würde, die die leidtragenden Opfer des Angriffes vom August 1914 gewesen sind.“

Sehr versöhnlich schreibt die „Germania“ (Nr. 244, 24. September 1926):

„Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob vom außenpolitischen Standpunkte aus betrachtet die Ausführungen Stresemanns zu begrüßen gewesen sind. Die Kriegsschuldfrage ist keine Frage juristischer Paragraphen, und die mit den Methoden der Inquisition aufgestellte Formel des Versailler Vertrags braucht unser nationales Gewissen nicht zu belasten. Es handelt sich hier lediglich um ein Problem der Weltmeinung, und die Weltmeinung wird sich um so rascher zu einem objektiven Urteil durchringen, je weniger häufig wir den Widerspruch unserer Gegner, der nicht auf Überzeugung, sondern auf dem Eigensinn der Verbitterung beruht, herausfordern. Frankreich, das verwöhnte Kind Europas, hat am längsten gebraucht, um sich zur Objektivität eines ritterlichen Mannesurteils durchzuringen, und das darf uns nicht weiter wundernehmen.“

Anderer Ansicht ist Alfred Mallet im „Figaro“ (23. September 1926), der die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg als den „Eckstein des Versailler Vertrages“ bezeichnet. — Selbst in der „Ere nouvelle“ schreibt Gabriel Cudenet am 24. September:

„Es liegt kein Grund vor, uns deshalb, weil Briand den Frieden will, wieder von der Rolle Poincarés im Kriege zu sprechen. Wenn die von den Leitern des Reiches seit Locarno geführte Politik versuchen sollte, die auf dem deutschen Imperialismus lastenden Verantwortlichkeiten auf die französische Republik abzuwälzen, dann werden wir ein entschiedenes „Halt!“ rufen. Es dient der Sache der Beruhigung nicht, wenn man die Urheber der Schlächtereie zu rehabilitieren versucht.“

Eine Ausnahme macht Jean Luchaire in der „Volonté“ vom 24. September. Er sieht in der Rede Stresemanns keinen Grund zur Erregung. Man könne in Frankreich nicht hoffen, daß sich Deutschland aus freien Stücken für den Konflikt von 1914 verantwortlich bekenne. Der deutsche Außenminister habe sich außerordentlich klug aus der Affäre gezogen, denn er habe eine Formel geprägt, nach der jede deutsche Propaganda für die Revision des Artikels 231 des Versailler Vertrages unmöglich gemacht werde. Von dem Augenblick an, wo Deutschland durch seine Aufnahme in den Völkerbund sich als unschuldig gesprochen fühle, sei die Frage der Kriegsschuld erledigt. Man habe fürchten müssen, daß sie



eines Tages in offizieller Form gestellt würde. Jetzt sei diese außerordentliche Schwierigkeit umgangen. Das Wichtigste sei, daß Poincaré in seinen kommenden Reden den deutschen Außenminister nicht widerlegen werde.

Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Poincaré hat am 27. September zwei Reden gehalten, deren wichtigste Stellen wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben, in denen er wohl in etwas gemilderter Form, aber dennoch durchaus eindeutig die Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges betont.

In seiner ersten Rede in St. Germain am 26. beim Schlußbankett des Kongresses der Kriegsbeschädigten sagte er u. a.:

„Sie, die Arbeiter des Krieges und die Wächter der Erinnerung, sind wertvolle Ratgeber für das Volk, das Sie gerettet haben. Die Pflicht jeder Regierung ist es, Sie so häufig wie möglich zur Mitarbeit aufzurufen. Natürlich denken Sie nicht mehr an Angriff und Krieg. Sie kennen zu gut die Schrecken des Krieges, um nicht treue Diener des Friedens zu sein! Der Friede wird aber niemals für Sie ein Grund zum Verzicht auf Ihren Ruhm und zu der Verleugnung der Rechte sein, die Sie erworben haben. Als die Mittelmächte die ganze Welt in einen Krieg ohnegleichen hineingerissen haben, ist es Ihnen nicht eingefallen, alle Deutschen ohne Unterschied für diesen Angriff verantwortlich zu machen. Sie haben niemals behauptet, daß alle Offiziere und alle Soldaten der feindlichen Armee an den Grausamkeiten schuld sind, die in unseren Dörfern begangen wurden. Sie können aber nicht vergessen, daß uns der Krieg erklärt worden ist, daß er nach der Verletzung der Neutralität Belgiens in unser Land hineingetragen wurde und daß er auf den Befehl des kaiserlichen Generalstabs mit einer unbarmherzigen Grausamkeit geführt worden ist. Ja, meine Freunde, wenn das Deutschland von heute gewisse Handlungen des Deutschland von gestern ehrlich desavouieren wollte, dann wäre es Ihnen leichter, Ihre Narben zu vergessen und den Urhebern dieser Wunden die Hand zu reichen. In Ihnen haben sich die schönsten Eigenschaften unserer Rasse verkörpert, durch Sie hat sich Frankreich die Bewunderung der Welt verdient. Mehr als Gold und Silber zählen diese Elemente zu dem Erbgut eines großen Volkes. Sie streben nur nach der Ruhe Europas. Sie werden nicht die Flammen erlöschen lassen, die Sie zu unterhalten geschworen haben.“

Dazu schreibt Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ (27. September, Nr. 456):

„Was wir bekämpfen, mit aller Entschiedenheit und Konsequenz, ist die Versailler Schuldthese, die Deutschland für den einzigen Schuldigen, den Krieg für das beabsichtigte Ergebnis einer langen, zum Zwecke der Eroberung planvoll gesponnenen Intrigue erklärt. Und wir sind der Ansicht, daß, im zwanzigsten Jahrhundert, kein rechtliebender, redlicher Mensch bei gewissenhafter Überlegung imstande sein könnte, einen Schuldspruch, der ohne juristische Garantien, ohne Befragung des Angeklagten, ohne Konfrontation und Verteidigung in einer Dunkelkammer gefällt wurde, als gültig und unantastbar anzuerkennen. Herr Poincaré fordert das Deutschland von heute auf, „gewisse Handlungen

des Deutschland von gestern offen zu desavouieren“, und er und viele andere haben noch nicht begriffen, wo das Hindernis liegt. Manches braucht gar nicht mehr feierlich „desavouiert“ zu werden, da die meisten Deutschen es längst desavouiert haben, aber wenn man eine noch deutlichere Bestätigung und eine offene, allgemeine Aussprache wünscht, muß man mit der Desavouierung der offiziellen Unwahrheit, der Versailler Schuldformel, beginnen.“

Die „Tägliche Rundschau“ (27. September, Nr. 450) schreibt:

„Lohnt es noch, mit Herrn Poincaré über die Kriegsschuldfrage zu streiten? Lohnt es, ihm vorzuhalten, daß kein Richter jemanden als den Angreifer verurteilen wird, wenn er den ersten Schlag gegen einen Menschen führt, der ihm mit gezücktem Dolch entgegentritt? Lohnt es, Herrn Poincaré auf alle die Fakten hinzuweisen, die in der Frage der Kriegsschuld durch die inzwischen erfolgten Aktenveröffentlichungen und durch die wissenschaftlichen Forschungen festgestellt sind? Nein, das lohnt nicht! Denn die Wahrheit, die aus den Archiven und aus der wissenschaftlichen Forschung hervorgegangen ist, will Herr Poincaré nicht sehen, und er darf sie nicht sehen; denn sie spricht gegen ihn, gegen ihn und seine Freunde Iswolski und Sasonow. Er hat kein Interesse, diese Wahrheit zur Geltung kommen zu lassen, wohl aber hat er alles Interesse daran, sie zu unterdrücken.“

In seiner zweiten Rede vor dem Generalrat des Maasdepartement in Bar-le-Duc am 27. September erklärte Poincaré:

„Die Ausgaben für den Krieg, der uns von den ehemaligen Mittelmächten aufgezwungen worden ist, die mehrere Jahre hindurch währende Verzögerung bei der Zahlung der deutschen Reparationen haben unser Schatzamt zerschmettert... Wir sind die Opfer eines Verhängnisses, dem allein ein kräftiger Aufschwung des Patriotismus und der nationalen Eintracht entgegenwirken kann. Frankreich ist angegriffen worden, es hat sich bewunderungswürdig verteidigt, es hat sich durch seinen Heldenmut die Achtung der Welt erworben... Keine Nation ist dem Frieden mehr zugetan als Frankreich; keine einzige Nation hat den Krieg weniger gewünscht oder gesucht. Die Regierung der Republik hat zu seiner Verhinderung alles getan, was menschenmöglich war... Heute wie gestern ist Frankreich zu Annäherungsversuchen bereit unter der Voraussetzung, daß sie sich mit unseren Verträgen und Bündnissen in Einklang bringen lassen, daß sie die Verantwortlichkeit der kaiserlichen Regierung am Kriegausbruch nicht in Zweifel ziehen und durch den vorhergehenden, unantastbaren Beweis der materiellen und moralischen Abrüstung unseres Nachbarn gerechtfertigt sind.“

★

## AMERIKA.

### Veröffentlichung der amerikanischen Kriegsdokumente.

„Tägliche Rundschau“, 7. September 1926, Nr. 415.

Wie die „New Yorker Staatszeitung“ berichtet, hat das Staatsdepartement in Washington die ersten drei Bände der amerikanischen diplomatischen Dokumente aus den Jahren 1914—1915 zur

Veröffentlichung freigegeben. Die Auswahl der Dokumente hat Professor J. B. Fuller getroffen, nachdem sein Vorgänger sein Amt 1924 niedergelegt hatte. Das gesamte Dokumentenwerk soll acht bis zehn Bände im Umfang von je 1000 bis 1400 Seiten umfassen. Jährlich sollen etwa drei Bände publiziert werden. Die Auswahl der Dokumente erfolgt nach denselben Regeln wie für die Publikation der Diplomatischen Korrespondenz des Staatsdepartements, das heißt, der Text muß so naturgetreu wie möglich gegeben werden und etwaige Auslassungen müssen gekennzeichnet sein. Auslassungen sind nur nach bestimmten Regeln gestattet. Professor Fuller hat zu den Dokumenten einen Kommentar verfaßt. Die Veröffentlichungen sind ein Teil der unter dem Titel „Foreign Relations of the United States“ erscheinenden Publikation.

### **Kriegsschuldfrage und Schuldenproblem.**

**„Berliner Lokalanzeiger“, 10. September 1926, Nr. 427.**

Das bedeutende amerikanische Finanzblatt, das New Yorker „Wallstreet-Journal“, veröffentlicht eine längere Erklärung des Senators Robert L. Owen, der, wie die Zeitung in einer Vorbemerkung sagt, viele Schritte des Präsidenten Wilson beeinflußt habe. Owen wendet sich in seinem Artikel gegen den Vorschlag Bakers nach Streichung der alliierten Kriegsschulden und erklärt dann wörtlich:

„Ich betone hiermit, daß es irreführend wäre, Deutschland die ganze Verantwortung für den Weltkrieg zuzuschieben und zu behaupten, der deutsche Kaiser habe nach der Weltherrschaft getrachtet. Diese Behauptungen waren eine gute Propaganda während des Krieges, von der die Alliierten den weitestgehenden Gebrauch machten. Auch wir taten das, was als Kriegsmaßnahme durchaus in Ordnung war. Wir gaben nämlich drei Millionen Dollar für diese Art von Propaganda aus, und ich zweifle nicht daran, daß England und Frankreich allein ungefähr 50 Millionen Dollar dafür hergegeben haben.“



### **DEUTSCHLAND.**

**Stockholm-Bern. Von Generalsuperintendent Zöllner.**

**„Deutsche Tageszeitung“, 15. September 1926, Nr. 430.**

Zöllner gibt einen Überblick über das, was auf dem Berner Fortsetzungsausschuß der Stockholmer Weltkirchen-Konferenz insbesondere in der Kriegsschuldfrage, erreicht worden ist. Er gibt zu,

daß die Erklärung, die von den in Bern versammelten Delegierten, über die Kriegsschuldfrage veröffentlicht wurde, in einigen Stücken Kompromißcharakter trägt, aber das Resultat dürfe doch für die Deutschen befriedigend genannt werden.

**Von Stockholm nach Bern. Von Oberkonsistorialrat Schreiber.**

**„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 11. September 1926, Nr. 424.**

Schreiber, der das gleiche Thema behandelt, sagt, daß in der Kriegsschuldfrage „in ehrlicher Aussprache über die vorhandenen Schwierigkeiten und unter dem Gefühl der Verantwortung vor Gott und Menschen eine Brücke zwischen den verschiedenen Gruppen der Christenheit geschlagen worden sei, die den Zugang zur gemeinsamen Arbeit ermöglicht“.

**Zur Kriegsschuldfrage. Eine neue Rückzugsposition der Ankläger Deutschlands. Von Graf Max Montgelas.**

**„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 1. September 1926, Nr. 407.**

Graf Montgelas wendet sich gegen eine, in letzter Zeit von ausländischen Sachverständigen in der Kriegsschuldfrage erhobene Anklage, die dahin geht, „die deutsche Regierung sei schon vor Kenntnis der allgemeinen russischen Mobilmachung entschlossen gewesen, am 31. Juli eine Aufforderung an Rußland zur Einstellung seiner Rüstungen zu richten und den Zustand drohender Kriegsgefahr zu erklären. Die kurz vor Mittag in der Wilhelmstraße eintreffende amtliche Nachricht über die Mobilmachung der gesamten russischen Armee und Flotte sei nur als „willkommene Begründung“ eines ohnehin schon gefaßten Beschlusses ausgenützt worden“. Dazu bemerkt Graf Montgelas, daß nicht weniger als acht Dokumente beweisen, „daß ausschließlich die russische Maßnahme die am 31. Juli in Berlin getroffenen Gegenmaßnahmen veranlaßt hat“. Die von Eduard Bernstein auf Grund der neuen Anklage gezogenen irrigen Schlußfolgerungen werden von Graf Montgelas eingehend widerlegt.

**Die Verfassung der Vereinigten Staaten. Von Philipp Zorn.**

**„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 19. September 1926, Nr. 438.**

Zorn bespricht das unter dem obigen Titel erschienene Werk des früheren Obersten Richters der Vereinigten Staaten, James M. Beck. In diesem Werk schreibt Beck über Deutschland: „Die



in der Tragödie Deutschlands liegende moralische Lektion läßt sich tatsächlich aus dem demoralisierenden Einfluß einer Organisation herleiten, welche bis zur xten Potenz getrieben war. Keine Nation war jemals höher organisiert als dieser moderne Staat. Physisch, intellektuell und geistig war er eine hoch entwickelte Maschine geworden. Sein herrschender, mechanischer Sinn nahm von dem einzelnen dermaßen Besitz, daß man im Jahre 1914 die paradoxe Erscheinung einer aufgeklärten Nation ohne Gewissen beobachten konnte.“

Dazu bemerkt Zorn: „Dieser ungeheuerliche Satz beweist, daß Beck kein Freund Deutschlands ist, ja, daß er — ich muß mit starker Betonung hinzufügen — Deutschland und vor allem das deutsche Gewissen absolut nicht kennt. Nur aus dieser Unkenntnis läßt sich der angeführte Satz des geistig so hochstehenden Amerikaners erklären. . . . Kein ernster, gewissenhafter Forscher kann heute mehr die ungeheuerliche Lüge von der Schuld Deutschlands am Weltkriege aussprechen. Das deutsche „Gewissen“ fühlt sich unbedingt rein an der furchtbaren Weltkatastrophe von 1914: die deutsche Politik trieb seit 1890 ohne Steuermann auf den unruhigen Wogen des politischen Weltmeeres, aber nichts lag ihr, insbesondere dem Kaiser selbst, ferner als die Entfachung eines Weltkrieges. Ich begnüge mich an dieser Stelle mit dieser tatsächlichen Feststellung und feierlichen Verwahrung.“

**Rußlands Absicht auf die Dardanellen. Ein Beitrag zur geschichtlichen Wahrheit. Von Major G. Frantz.**

**„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 24. September 1926, Nr. 446.**

In dem Hochverratsprozeß von Angora hat der Generalstaatsanwalt den ehemaligen jungtürkischen Ministern zum Vorwurf gemacht, daß sie die Türkei an der Seite der Mittelmächte in den Krieg hineingezogen hätten, anstatt sie in den Kreis der Mächte zu führen, mit denen die Türkei gemeinsame Interessen verband. Da damit die Entente gemeint ist, und zu der Entente auch Rußland gehörte, untersucht Frantz auf Grund des bis heute vorliegenden Dokumentenmaterials das Verhältnis Rußlands zur Türkei vor Kriegausbruch. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Rußland der natürliche Gegner der Türkei war, da die Dokumente keinen Zweifel darüber lassen, „daß der Besitz der Meerengen das ‚erhabene Kriegsziel‘ Rußlands war“.

•

**Die belgischen Dokumente und die Schuldfrage. Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.**

**„Tägliche Rundschau“, 10. September 1926, Nr. 421.**

Oberst Schwertfeger weist in seinem Aufsatz auf die belgischen Dokumente zur Vorgeschichte und zum Ausbruch des Krieges hin, die in diesen Tagen in einer von ihm besorgten bedeutend erweiterten Neuauflage bei der „Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte“ in Berlin erschienen sind.

★

**TÜRKEI.**

**Der Hochverratsprozeß von Angora.**

In dem Hochverratsprozeß von Angora, der am 26. August 1926 mit der Verurteilung der vier ehemaligen Minister Dschavid Bey, Dr. Nasim, Kütschük Talaat und Nesimi zum Tode endete, ist durch den Generalstaatsanwalt Nedschib Ali Bey der Eintritt der Türkei in den Weltkrieg an seiten der Mittelmächte scharf kritisiert worden. Der Generalstaatsanwalt behauptete, der deutsch-türkische Bündnisvertrag sei ein einseitiger Vertrag zugunsten Deutschlands gewesen und ohne genügende Sicherungen für die Türkei von Enver und Talaat ganz geheim abgeschlossen worden. Das türkische Kabinett hätte mehr den Befehlen des deutschen Kaisers gehorcht, als dem türkischen Volke gedient. Dazu schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrem Leitartikel „Geschichtliche Wahrheit!“ vom 8. September 1926, Nr. 419:

„Den heutigen türkischen Machthabern kann nicht unbekannt geblieben sein, was die damaligen — und auch sie selber damals! — genau wußten: daß ein in Geheimverträgen niedergelegtes Kriegsziel der Entente war: Besitznahme Konstantinopels durch Rußland und Aufteilung des wesentlichen Territorialbesitzes der Türkei unter die Entente. Wäre die russische Kriegsmacht nicht unter den deutschen Schlägen zerbrochen, dann wäre dieses nie bestrittene Kriegsziel genau so vollständig zur Wirklichkeit geworden wie die von Rußland als Gegengabe versprochene Besitzergreifung Elsaß-Lothringens an Frankreich.“

---

## Bücherschau.

### Neuerscheinungen.

**Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Europäischen Politik 1885—1914.** (Die Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges.) Vollständige Ausgabe der vom Deutschen Auswärtigen Amt herausgegebenen Diplomatischen Urkunden aus den Belgischen Staatsarchiven. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes unter Mitwirkung von Alfred Doren und Wilhelm Köhler im französischen Originaltext und in deutscher Übersetzung in fünf Bänden herausgegeben von Bernhard Schwertfeger. Mit zwei Ergänzungsbänden und zwei Kommentarbänden des Herausgebers. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926.

**Buchanan, George:** „Meine Mission in Rußland.“ Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1926.

Die Memoiren des englischen Botschafters in St. Petersburg, Sir George Buchanan, sind nunmehr auch in deutscher Sprache beim Verlag für Kulturpolitik in Berlin erschienen. Zwar bringt dieses Werk nicht viel Neues über die Erforschung der Kriegsschuldfrage, ist aber für das Studium der Außenpolitik Großbritanniens unmittelbar vor dem Kriege und im Weltkriege selbst von ganz besonderer Bedeutung. Es ist deshalb bedauerlich, daß die Memoiren Sir George Buchanans so lange Zeit dem deutschen Publikum verschlossen blieben. Buchanan war langjähriger britischer Botschafter (von 1910—1918) in St. Petersburg, und zwar in einer Zeit, wo Rußlands Außenpolitik infolge des Einflusses Sasonows und Iswolskis eine Neuorientierung zugunsten Englands erfahren hatte. Es war Sir George Buchanan, welcher vom Foreign Office beauftragt wurde, Rußland in das Fahrwasser der englischen Politik hineinzusteuern und einer deutsch-russischen Verständigung entgegenzuwirken. Buchanans deutschefeindliche Einstellung war noch vor dem Kriege allenthalben zur Genüge bekannt. Er arbeitete langsam, aber konsequent gegen Deutschland und versuchte einerseits durch persönliche Beeinflussung des Zaren, andererseits aber durch seine freundschaftlichen Beziehungen zu der liberalen Opposition in Rußland auf die russische Außenpolitik im entsprechenden Sinne einzuwirken. Zur Zeit des Kriegsausbruchs war seine Haltung wie die Sir Edward Greys äußerst zurückhaltend und in mancher Beziehung zweideutig. Es ist interessant, in seinen Memoiren zu verfolgen, wie sich Buchanan während des Krieges bemühte, die „Kriegsmüdigkeit“ Rußlands zu bekämpfen: Der britische Botschafter leistete sich ganz unzweideutige Eingriffe in die russische Innenpolitik, um den angeblichen deutschen Einfluß auszuschalten: Das Auftreten Buchanans gegen einzelne russische Minister, die ihm mißfielen, ist geradezu beispiellos in der Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Großmächten. Die „moralische“ Unterstützung der russischen Februarrevolution 1917

durch Buchanan steht ganz außer Zweifel. Er glaubte damals, daß die neue liberale Regierung England eine bessere Gewähr für das weitere Verbleiben Rußlands im Kriege bieten würde. Jener Teil der Aufzeichnungen, welcher sich auf die Kerenski-Periode bezieht, beweist zur Genüge, wie zäh Buchanan auf der Erhaltung der Kampffähigkeit Rußlands beharrte. Er verließ Petersburg erst im Januar 1918 nach vollständiger Auflösung der russischen Front, in den trübsten Tagen der bolschewistischen Revolution.

Nikolaus von Lwoff.

Churchill, Winston S.: „Weltkrisis.“ Zweiter Band. 1915. Berechtigte deutsche Ausgabe, übersetzt von Hellmut von Schulz, Fregattenkapitän a. D. Verlag von K. F. Koehler, Berlin und Leipzig 1926, 540 S.

Farrer, I. A.: „Europäische Politik unter Eduard VII.“ Verlag F. Bruckmann, München 1926.

Daß König Eduard nie ein Deutschenfreund war, wußten wir, daß er aber sozusagen als eine Art von nur zeitweise liebenswürdig gedämpfter Deutschenhasser im Alter von 59 Jahren den englischen Thron bestieg, macht uns erst die im Auftrage des jetzigen englischen Herrschers von Sir Sidney Lee geschriebene, sehr gründliche Biographie Eduards als Prinzen von Wales recht klar. Der fast ganz deutschblütige Prinz hatte für alles Deutsche von vornherein nichts als Abneigung, die zeitweise so tief ging, daß er oft selbst darunter die englischen eigentlichen Interessen leiden ließ, was auch wohl ein Hauptgrund war, weshalb die kluge, realpolitisch denkende Königin Victoria den Thronfolger zu seinem Leidwesen von der Mitarbeit an der Politik so gut wie gänzlich ausschloß. Des Prinzen Sympathien galten von jeher hauptsächlich den Franzosen, und wie er 1864 mit dem Herzen auf seiten der Dänen, 1866 auf seiten Österreichs stand, so entbehrte er, wie Lee schreibt, „nie der Sympathie für die französische Nationalhoffnung“, d. h. auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, und hegte „ständigen Abscheu vor Bismarck“. In der Politik Preußen-Deutschlands gegen Dänemark, Hannover, Frankreich sah er nichts als ein „Unrecht“ und ließ sich aus dieser Gesinnung im Jahre 88 zu der, wie Georg Karo in seiner ausgezeichneten Einleitung sagt, „geradezu monumentalen Taktlosigkeit“ hinreißen, den Grafen Herbert Bismarck dahin persönlich zu interpellieren, ob die Deutschen nicht bereit seien, dieses ihr „Unrecht“ freiwillig wieder gutzumachen. Des englischen Thronfolgers Idee war und blieb es, „Preußens kaum verschleiertes Ziel“ bestehe darin, „ganz Europa unter seine Herrschaft zu bringen“.

Die Engländer haben bisher vielfach bestritten, daß Eduard bewußt der Einkreiser Deutschlands gewesen sei, I. A. Farrer aber gibt in seinem Buche, in dem er die europäische Politik unter Eduard VII. behandelt, diese Tatsache unumwunden zu, und da er das als gerechter und objektiver englischer Historiker tut, ist sein Zeugnis wertvoll. Farrer tritt an die Frage, wer letzten Endes als Kriegsschuldiger im indirekten und direkten Sinne zu betrachten sei, von einer anderen



Seite heran, als es die meisten tun. Seine Erweise, denn von strikten Beweisen zu sprechen ist gerade in dieser Frage nicht immer ganz leicht, sind weniger den offiziellen Akten entnommen als dem Leben, wie es sich in der öffentlichen Meinung, in der Presse rückwärts-schauend dokumentiert. Farrer benutzt nicht nur den rein aktenmäßigen Niederschlag, den der Druck der Ereignisse und der Massen auf die Führenden ausübt, sondern läßt die öffentliche Meinung selber zu Worte kommen und erzielt damit neuartige Resultate. Er zieht den Kampf der Führenden mit und gegen die öffentliche Meinung schärfer als andere in den Kreis seiner kritischen Betrachtung und wird dadurch manchem Staatsmann gerechter, als es der tut, der ihn, losgelöst von diesem äußeren Druck, sozusagen rein aktenmäßig betrachtet. Farrer zeigt die Abhängigkeit der Führer, und da er das beiderseitig tut, bei den Engländern und bei den Deutschen, wird er beiden gerechter, als es in vielen Schriften über diese Zeiten der Fall ist — enthüllt aber vor allem die Tatsache aufs neue, daß es seit Bismarck einen eigentlichen Führer in der Welt überhaupt nicht mehr gab. Die große Politik war nie, und zwar überall, so abhängig von der Stimmung der Straße, von den Impulsen der Presse als in den Zeiten von 1890—1914. Das einmal recht klar festgestellt zu haben, ist ein Verdienst Farrers und sollte manchem zu denken geben, der eine Schuld allzu leicht auf einzelne Schultern lädt, statt mehr die Allgemeinheit damit zu belasten. Daß die „Achiver“ im Weltkriege geschlagen wurden, Furchtbares zu leiden hatten, ist nicht allein die Schuld der Könige und der führenden Staatsmänner — die „Achiver“ haben ihr vollgerütteltes Maß an Schuld mitzutragen. Gerade Farrer zeigt an vielen Stellen, wie die Führenden sich friedlich-schiedlich nahe zu kommen versuchten, aber immer wieder getrennt wurden durch den reißenden Strom der öffentlichen Meinung, durch den Sturm aus der Presse. Diesem Sturm standzuhalten, den Strom einzudämmen, dazu waren die Führenden jener Zeiten allerdings nicht stark genug, und das ist ihre eigentliche tragische Schuld vor der Geschichte.

Farrer schreibt sein Buch als guter patriotischer Engländer, und das macht alles, was er zur Entlastung der so viel geschmähten deutschen Vorkriegspolitik sagt, besonders wertvoll. Zeichnet Farrer seinen König mit liebender Gerechtigkeit, so tritt er an Wilhelm II. mit historischer Gerechtigkeit heran, und die Parallelen, die sich aus dieser Betrachtungsweise ergeben, stellen den deutschen Kaiser als Friedensfürsten weit über den englischen Herrscher und lassen anderseits erkennen, daß sich die beiden Monarchen in gewissen „Impulsivitäten“ recht ähnlich waren. Bestimmt hat die zielbewußte Einkreisungsarbeit des Engländers weltverwirrender gewirkt als die wohl wortkriegerisch verbrämte, aber lediglich auf Ausbreitung deutschen Handels und Wandels gerichtete Hohenzollernpolitik. Vor allem aber vertritt Farrer die Ansicht, daß Bülow als Reichskanzler alles, aber auch alles getan habe, der Welt den Frieden zu erhalten; ja, daß es recht eigentlich Bülow gewesen sei, der die Welt in jenen ewig kriegsschwangeren Jahrzehnten vor dem Kriegausbruch bewahrt habe. Bei der Lektüre des Farrerschen Buches hat man sogar öfter das Gefühl, als meine Farrer, der damalige Reichskanzler habe vom deutschen Standpunkt aus fast zu große Opfer an Prestige für die Erhaltung des Friedens gebracht und habe Gelegenheiten ungenutzt

gelassen aus allzu großer Friedfertigkeit, durch deren rechte Ausnutzung Deutschland vielleicht manchem Unheil hätte vorbeugen können, das es später betraf. Chamberlains Wahlspruch habe gelautet: „Lerne imperialistisch zu denken!“ — Bülow und mit ihm Wilhelm II. hätten anders gedacht und gehandelt. Farrer erinnert daran, Graf Witte habe z. B. gesagt, daß „der Kaiser seinen Einfluß für die Beilegung der Marokkokrise im Jahre 1905 stark eingesetzt hatte“, und auch Lord Haldane habe zugeben müssen, daß der Kaiser immer aufrichtig bemüht war, den Frieden zu erhalten. Worauf Farrer hinzufügt: „Es ist aber die Frage berechtigt, ob auch die anderen den Frieden ebenso heiß begehrten.“

Das Resumé aus Farrers Buch geht dahin, daß König Eduard bewußt antideutsche Einkreisungs- und Isolierungspolitik getrieben hat, aber mit ihr wohl nicht genau das beabsichtigte, wozu diese seine Politik nach seinem Tode von den Delcassé, Poincaré und Iswolski mißbraucht wurde. Der Deutsche aber wird sich auf das gerechte Buch des Engländers Farrer mit berufen dürfen, wenn er erweisen will, daß Deutschlands Politik in dem entscheidenden ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts sicher nicht frei von Fehlern, aber ganz bestimmt frei war von irgendwelchen imperialistisch-friedensstörenden Absichten.

Dr. Ritter-Waldeck.

L'Angleterre a voulu la guerre. Librairie de Travail, Paris 1926, 82 S.

Die „Société d'études documentaires et critiques sur la guerre“ veröffentlicht in der vorstehenden Broschüre in französischer Übersetzung die Entgegnung des Staatsministers a. D. von Jagow auf die Memoiren Lord Greys und den Aufsatz des Reichskanzlers Marx über die Kriegsschuldfrage aus dem Januarheft 1926 der amerikanischen „Foreign Affairs“. Eingeleitet werden diese beiden Arbeiten durch Mathias Morhardt.

Rodzjanko, M. W., Präsident der russischen Duma: „Erinnerungen.“ Autorisierte deutsche Ausgabe. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1926. 214 S.

Rodzjanko, Präsident der letzten russischen Volksvertretung, die, vor dem Kriege gewählt, bis zum Zusammenbruch im März 1917 tagte, bekennt sich in seinen nachgelassenen Aufzeichnungen, die sein Sohn der Öffentlichkeit übergeben hat, ausdrücklich als Monarchist. Als Zögling der vornehmsten Militärerziehungsanstalt Rußlands, des Pagenkorps in Petersburg, Gardekavallerieoffizier, Adelsmarschall und Kammerherr des Zaren war er eine berufene Stütze des Thrones. Er gehörte zu den gottbegnadeten, im Grunde aber unglücklichen Naturen, die alles Unheil vorher kommen sehen, ohne es aufhalten zu können, die alle Fehler und Schäden erkannten und nur Gutes schufen! Soll man seinen Aufzeichnungen glauben, war er der einzige aufrechte Mann in Rußland, der dem Zaren die Wahrheit zu sagen wagte. Er durchschaute die Unfähigkeit der verantwortlichen

Persönlichkeiten, erkannte die Morschheit des alten zaristischen Systems, warnte rechtzeitig und sah sich befugt, überall einzugreifen. Ohne die von den deutschen 42-cm-Geschützen zertrümmerten Forts von Kowno gesehen zu haben, weiß er, daß die Festungen Kowno, Ossowjez, Brest durch Verrat, verbrecherische Nachlässigkeit oder Dummheit der Kommandanten verloren gingen!

Er weiß, daß die deutschen Leiter der russischen industriellen Werke, ohne die Rußland überhaupt keine Industrie hochgebracht hätte, sämtlich Verräter und Saboteure waren. Verrottet, unfähig, volksfeindlich war, wenn man seinen Erzählungen glauben soll, alles in der Regierung bis zur Kaiserin hinauf. Rasputin, seine Freunde, Gönner und Anhänger waren natürlich Kreaturen der Deutschen, und Finnland hatte den Handelshafen Hangö ausschließlich für die erwartete deutsche Landung ausgebaut! Wenn wir annehmen, daß er als Parlamentarier die Volkspsyche richtig einschätzte, so wissen wir jetzt, daß das russische Volk mit Begeisterung den Krieg gegen Deutschland begrüßte. Als echter Russe war er Gönner und Beschützer der mißhandelten Serben, feierte den Bulgaren Radko Dmitrijew, der Anfang 1913 nach Petersburg kam, um sich als Sieger feiern zu lassen und dem Zaren „Konstantinopel zu Füßen zu legen“ — sicherlich nicht als Vertreter des bulgarischen Volkes, das gar nicht daran dachte, dem selbstsüchtigen großen Bruder einen Siegespreis zu opfern, den es selbst erst noch mit seinem Blute erkaufen mußte! Damals schon war der Panslawist Rodzjanko für den Krieg mit der Türkei. Über einen Vortrag beim Zaren um Ostern 1913 schreibt er: „Ich riet, entschlossen vorzugehen und unsere Truppen gleichzeitig gegen Erzerum und gegen Konstantinopel marschieren zu lassen. Ich wiederholte mehrmals: „Noch ist es nicht zu spät, Majestät, die Begeisterung muß ausgenutzt werden, dann sind die Meerengen unser. Eine Kriegserklärung würde im Lande mit Begeisterung aufgenommen werden.“

Ungewollt entlastet Rodzjanko in übertriebener Selbsteinschätzung seinen Feind Suchomlinow und belastet sich selbst schwer mit Schuld am Kriege. Wir erfahren aus seinen Erinnerungen eine neue, bisher unbekannte Version über die Entstehung der russischen Mobilmachung. Nicht — wie es bisher so gerne behauptet wurde — Ungehorsam und Verlogenheit des Kriegsministers Suchomlinow waren es, die gegen den Wunsch des Zaren die Durchführung der Mobilmachung ermöglichten, sondern der Präsident der russischen Volksvertretung im Verein mit dem Kriegsminister und dem Außenminister Sasonow. Rodzjanko erzählt, wie ihn der Kriegsminister in seiner Verzweiflung über den Wunsch des Zaren, die Mobilmachung einzustellen, um Rat gefragt hätte, wie er, Rodzjanko, mit dem Kriegsminister sofort zu Sasonow gefahren sei und ihm versichert habe, er „als Haupt der russischen Volksvertretung erkläre auf das entschiedenste, daß das russische Volk eine solche Zeitverschwendung, die für das Reich verhängnisvoll werden müsse, der Regierung nie verzeihen würde“. Mit Genugtuung berichtet Rodzjanko weiter, der „auf die gewichtigen Beweggründe des Kriegsministers und des Dumapräsidenten gestützte Bericht des Außenministers“ habe „wohl den nötigen Eindruck gemacht“ und den Zaren zur Aufgabe seiner Absicht bewogen. Zur Rechtfertigung seiner Stellungnahme in dieser

kritischen Angelegenheit erwähnt Rodzjanko, daß das Gerücht von dem Aufschub der Mobilmachung auf die Truppen in Petersburg „den allerungünstigsten Eindruck gemacht“ habe. „Das Urteil über die oberste Regierungsgewalt“, schreibt er, „war dabei keineswegs freundlich zu nennen.“ Bei der Dumaeröffnung nach Kriegsausbruch wurde Sasonow „eine Ovation bereitet, die ihn so erregte, daß er anfangs gar nicht sprechen konnte. Seine Rede, die ihm Fürst Trubezkoi aufgesetzt haben soll, war trefflich. Er endigte mit von Tränen erstickter Stimme. Die Dumamitglieder erhoben sich von ihren Plätzen und ließen ihn nochmals hochleben.“ Kein Zweifel nach Rodzjankos Aufzeichnungen: in Rußland hatte ungeheuerer Kriegsbegeisterung geherrscht. Rodzjanko selbst war ein Befürworter des Krieges, dann des Durchhaltens bis zum endgültigen Siege, und er war ein Gegner jeder Verständigung mit Deutschland. Einen Sonderfrieden hielt er für Rußlands Verderb.

Nach dem Sturz des Zaren und seiner Regierung war es mit Rodzjankos Energie und Tatkraft aber vorbei. Als Vorsitzender des „Vorläufigen Komitees der Reichsduma“ neben der Regierung des Fürsten Lwow mit Gutschkow, Miljukow und Kerenski als Ministern überließ er die tatsächliche Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten. Leider reichen seine Erinnerungen nur bis zum Sturz der Zarenregierung.

Gunther Frantz.

Stieve, Friedrich: „Im Dunkel der Europäischen Geheimdiplomatie. Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911—1917.“ Volksausgabe der im Auftrage des Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926. Zwei Bände, 275 und 263 Seiten.

Friedrich Stieve legt in den vorstehenden Bänden eine Volksausgabe der von ihm herausgegebenen Iswolski-Dokumente vor. Er hat alle nebensächlichen Schriftstücke ausgeschieden und die wesentlichen Dokumente nach ihrem Inhalt in besonderen Abschnitten zusammengefaßt. So ist für die Iswolski-Dokumente ein Nachschlagewerk entstanden, das mühelos einen erschöpfenden Einblick in die Zeitereignisse gestattet.

---



## BEZUGSBEDINGUNGEN:

„Die Kriegsschuldfrage“ ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a (Postscheckkonto Berlin 25558) zu beziehen.

Vierteljahresabonnement: . . . . . Inland Mk. 3,—  
Ausland Mk. 3,50  
(einschl. Porto und Verpackung).

## TERMS OF SUBSCRIPTION:

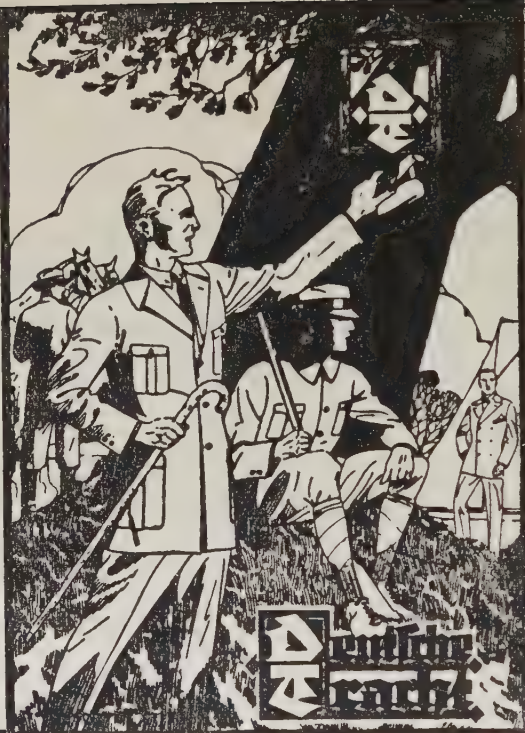
This monthly magazine is obtainable on application to the Central Office for the Investigation of the Causes of the War, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a.

Price 3.50 Gm. quarterly post free.

## CONDITIONS DE LIVRAISON:

La revue mensuelle „Die Kriegsschuldfrage“ est a recevoir chez la „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a.

Prix d'abonnement par trimestre: M. 3,50 (y compris port et emballage).



## Was liefert die „Deutsche Tracht“?

|                               |                                                                                            |               |
|-------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| <b>Deutsche Tracht</b>        | (Rock, Weste, lange oder kurze Hose) siehe Abb. .                                          | <b>Mk. 66</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (bisherige Qualität) siehe Abbildung . . . . .                                             | <b>Mk. 85</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (aus bestem Kammgarn, neue Qualität) siehe Abb.                                            | <b>Mk. 96</b> |
| <b>Deutsche Hansa</b>         | Dunkelblauer, zweireihiger Sacco-Anzug (nur mit langer Hose) aus Spezialkammgarn . . . . . | <b>Mk. 92</b> |
| <b>Deutscher Trachtmantel</b> | Gabardine, Rückenfalte mit Gurt, zweireihig . . . . .                                      | <b>Mk. 96</b> |

### Erleichterte Zahlungsbedingungen

Versand in ganz Deutschland

Stoffproben, Maßanleitung und Druckschriften werden gern kostenlos übersandt.

## Deutsche Tracht gemeinnützige G. m. b. H. Berlin NW 6, Luisenstraße 38

### Verkaufsstellen:

**Berlin NW 6, Luisenstr. 38**

Eingang Marienstraße 1

**Essen, Bahnhofstraße 83**

**Flensburg, Holm 57**



### Kiel,

Brunswicker Str. 13-15

**Lübeck, Handelshof**

**Magdeburg,**

Gr. Diesdorfer Str. 227

**München,**

Reichenbachstraße 18

DIE  
**DRUCKEREI**  
FÜR  
**QUALITÄTSARBEITEN**

EIN- UND MEHRFARBENDRUCKE FÜR  
HANDEL • INDUSTRIE • GEWERBE



GEGR. 1889

**PAUL LEHSTEN**

BUCHDRUCKEREI GUTENBERG

HOFBUCHDRUCKER WEILAND IHRER MAJESTÄT DER KAISERIN

*Charlottenburg I Berliner Straße 119*

FERNRUF: WILHELM 180 u. 9852

ABENDRUF: WILH. 3206

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

## „Der Arbeitgeber“

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der  
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswertes in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142 entgegengenommen.

**H. J. Wilm**  
 Kgl. Hofjuweller  
**Berlin C, Jerusalemer Straße 25**  
**Juwelen, Gold, Silberwaren**  
**Silberausstattungen**  
 gegründet 1767

**Preußische Druckerei-  
 und Verlags-Aktiengesellschaft**

empfiehlt sich  
 zur preiswerten Anfertigung  
 sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen  
 Zeitschriften / Zeitungen  
 Werke

Sehmaschinen \* Stereotypie \* Rotationsdruck \* Flachdruck

**Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32**

Fernsprecher: Amt Hasenheide Nr. 3123 — 3125

**Wer sein Haar nicht färben,**  
 das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine  
**„Ich hab's gefunden“**

à Flasche 3,75 Mark (blond, braun, schwarz). Nur zu haben bei  
**Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38**

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Frisiersalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute  
 Eigene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.



## Das Wichtigste aus dem Inhalt.

Eine Kriegsschulddiskussion zwischen den beiden amerikanischen Professoren Harry Elmer Barnes und Bernadotte E. Schmitt wird in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Die Schriftleitung fordert zur Stellungnahme auf.



Georges Demartial weist in einem Aufsatz „Petersburg—Potsdam“ darauf hin, daß das französische Gelbbuch von 1914 keine Aufzeichnungen über die Unterredungen, die Poincaré und Viviani in Petersburg hatten, enthält. Im zweiten Teil seiner Arbeit gibt Demartial einige interessante Angaben über die Entstehungsgeschichte der „Legende vom Potsdamer Kronrat am 5. Juli 1914“.



Rudolf Kiszling schreibt über die militärischen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vor dem Kriege und kommt zu der Schlußfolgerung, daß die zwischen Conrad und Moltke getroffenen Vereinbarungen nicht über das politische Defensivbündnis der beiden Staaten hinausgegangen sind.



In einem Artikel: „Der Telegrammwechsel Rom—Paris bei Kriegsausbruch 1914“ zeigt August Bach auf Grund einer in der „Revue des deux Mondes“ erschienenen Arbeit, daß die zwischen Rom und Paris bei Kriegsausbruch gewechselten Telegramme sehr unvollständig und zum Teil sogar in abgeänderter Form im französischen Gelbbuch veröffentlicht worden sind.

## Pétersbourg—Potsdam.

Von Georges Demartial.

Pour montrer que le gouvernement français devrait, à l'exemple des autres belligérants de 1914, ouvrir ses archives, die Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen a publié un Livre jaune où elle a inséré dix-neuf pièces nouvelles et rectifié cinq pièces falsifiées. Ce sont en effet les seules ommissions ou altérations dont on ait jusqu'ici la preuve matérielle. Mais il y en a beaucoup d'autres dont on a la preuve morale.

C'est ainsi que le Livre jaune offre dès le début une lacune qui crève les yeux, et qui est des plus graves. Je veux parler du voyage de Poincaré et Viviani en Russie du 20 au 24 juillet 1914. Le Livre jaune ne dit mot des entretiens qu'ils eurent avec les représentants de la Russie. Il aurait cependant dû commencer par là. Reportons-nous aux faits.

\* \* \*

Au printemps de 1914 Poincaré, qui était allé chez les Russes en 1912 comme chef du gouvernement, annonça son intention d'y retourner en juillet comme chef de l'état, après la session des Chambres. Cette intention ne fut pas appréciée par tout le monde.

Dans son livre »Mes prisons«, M. Caillaux raconte une entrevue qu'il eut au mois de mai avec Georges Louis, ancien ambassadeur en Russie: »Tout de suite il me parle des dangers de guerre qui menaçaient l'Europe, me dit tous les périls de la politique que M. Poincaré poursuit en Russie, avec le concours de M. Paléologue et de M. Iswolsky, m'affirme que le voyage projeté sera gros de conséquences, et me demande de m'y opposer« (p. 91).

Le 7 juillet Jaurès fit refuser les crédits du voyage par le parti socialiste: »Il semble, dit-il, qu'on soit tenté d'user ou d'abuser de ces voyages pour contracter, au nom de la France, des engagements qu'elle ne connaît pas, plus ou moins officiels, plus ou moins ambigus . . . . Cette pratique nous paraît plus dangereuse que jamais à l'heure actuelle. Il est indamissible que la France puisse être jetée dans des aventures naissant de l'obscurité des problèmes orientaux par des traités dont elle ne connaît ni le texte, ni le sens, ni les limites, ni la portée.«

Cependant Poincaré et Viviani partirent et séjournèrent en Russie du 20 au 23 juillet. Ils se réembarquèrent dans la nuit du 23. Le matin du 24 à 10 h. l'ambassadeur d'Autriche remit à Sazonof le texte de la note à la Serbie. A 3 h. de l'après-midi, un conseil

des ministres décidait de prendre les mesures préparatoires de la mobilisation. On sait que les gouvernements français et russe s'attendaient à la remise imminente de la note autrichienne<sup>1)</sup>, et en connaissaient les principales exigences<sup>2)</sup>. Nul doute que, dans leurs entretiens, ils n'eussent envisagé l'éventualité de la guerre, et que les mesures russes ne fussent les conséquences de leurs décisions. Pourquoi n'en trouve-t-on aucune trace au Livre jaune?

Objectera-t-on qu'un entretien n'est pas un document diplomatique? Ouvrez le tome I du Livre jaune sur les affaires balkaniques de 1912 à 1914. Au numéro 57 se trouve une pièce intitulée »Voyage en Russie de M. Poincaré, ministre des affaires étrangères, août 1912. Compte rendu d'un entretien avec M. Sazonof, écrit le jour même et laissé aux archives du ministère«. Il s'y agit de la guerre qui devait éclater deux mois après entre les états balkaniques et la Turquie.

Pourquoi ce précédent n'a-t-il pas été suivi en 1914? Pourquoi Viviani n'a-t-il pas dressé, lui aussi, procès-verbal des entretiens qu'il eut avec Sazonof huit jours avant l'explosion de la guerre européenne? Si ces procès-verbaux existent, pourquoi ne les publie-t-on pas? Comment se concilie ce silence avec l'affirmation incessante que Poincaré et Viviani ont tout fait pour éviter la guerre? Pourquoi les innombrables politiques, journalistes, professeurs qui ressassent cette affirmation, n'ont-ils jamais eu l'air de s'apercevoir de la lacune accusatrice, qui s'étale depuis douze ans?

Ecoutez cette conversation du 27 février 1915 entre Deschanel, président de la Chambre, et Georges Louis, ancien ambassadeur en Russie. »Je ne sais ce qui s'est passé à Pétersbourg à la fin de juillet, dit Deschanel, puisque toutes les voies d'information ont été immédiatement fermées par la guerre. Et vous? — Moi, répond Louis, je ne sais que ce que laisse percer certain passage d'une pièce du Livre anglais, d'ailleurs supprimé dans sa reproduction au Livre

---

<sup>1)</sup> On se demandera peut-être pourquoi Poincaré et Viviani ont quitté la Russie sans attendre cette remise. C'est qu'ils étaient attendus à jour fixe à Stockholm. Un voyage de ce genre a son horaire déterminé et connu à l'avance. C'est même ce qui avait permis au gouvernement autrichien de s'arranger pour que sa note ne fût remise à Pétersbourg qu'après le départ des Français. Le 23 juillet Berchtold écrivait à l'ambassadeur à Paris: »Nous n'avons pas voulu que notre note fut remise à l'empereur et aux hommes d'état russes au moment où ils étaient livrés aux influences des deux agitateurs Poincaré et Iswolsky« (Aut. I, 57).

<sup>2)</sup> Documents belges publiés par le gouvernement allemand, n° 119 — Livre jaune, 10 et 14 — The outbreak of the War, du professeur Oman p. 14 — Documents autrichiens, I, 24.

jaune». Louis cite aussi ce propos de Millerand: »J'ai demandé à Poincaré: Mais qu'est-ce que tu a dit aux Russes? Je n'ai jamais pu le lui faire dire<sup>3)</sup>).

Le secret du Roi, alors, comme sous Louis XV. La drôle de république!

\*

■

\*

O miracle, ce qu'il n'avait pas voulu dire à un de ses plus intimes amis de jeunesse, Poincaré l'a dit dans ses conférences sur les origines de la guerre. Mais il se moqua de l'auditoire. »On parla d'abord, dit-il de ses conversations avec le Tsar, du spectacle de la mer et des rivages, de la santé de la famille impériale, de la prochaine visite du Tsar à Paris, de l'Albanie, de Chio et de Mitylène, des grèves sur les chemins de fer en Italie<sup>4)</sup>, du roi de Bulgarie, de la Turquie, de la Suède. Est-ce qu'on se doutait de la catastrophe qui allait s'abattre sur le monde? Le Tsar me parla aussi de l'Autriche et de la Serbie. Mais il n'était pas à cet égard, mieux renseigné que moi. Il se demandait ce que méditait l'Autriche<sup>5)</sup>». Ainsi les augustes personnages auraient bien parlé de l'Autriche et de la Serbie, mais comme ils parlèrent de la pluie et du beau temps, de leur santé et de Chio.

Ce n'est pas seulement la raison, mais des documents qui font justice de cette idylle. Dans son Commentaire de la Correspondance d'Isvolsky, Stieve dit être en mesure de donner le texte du télégramme, supprimé du Livre anglais, par lequel l'ambassadeur d'Angleterre informa son gouvernement des résultats de la visite de Poincaré, et qui étaient définis ainsi: »Accord complet sur la politique générale, résolution de s'opposer à toute action de l'Autriche qui pourrait être considérée comme une immixtion dans les affaires intérieures de la Serbie et une atteinte à sa souveraineté et à son indépendance, confirmation solennelle de l'alliance«<sup>6)</sup>. En attendant la publication imminente du nouveau Livre diplomatique anglais, on ne peut que constater que les télégrammes, envoyés à Vienne par Sazonof le 22 juillet (L. noir, II, p. 275), et par Viviani dans la nuit du 23 au 24 (L. j. 22), donnèrent effectivement pour

---

<sup>3)</sup> Les Carnets de Georges Louis, Revue Europe, 15 janvier 1925.

<sup>4)</sup> A ce moment il y avait à Pétersbourg des grèves formidables et sanglantes. Il paraît que la troupe tirait sur les ouvriers qui chantaient la Marseillaise pendant qu'on la jouait devant Poincaré. On comprend qu'il ait préféré entretenir le Tsar des grèves d'Italie.

<sup>5)</sup> La Revue de la Semaine — 11 mars 1926, p. 137. Ces conférences ont été publiées dans cette revue, puis en volume.

<sup>6)</sup> Isvolsky und der Weltkrieg, vol. 5, p. 213.



instruction aux ambassadeurs des deux puissances de prévenir le gouvernement austro-hongrois qu'elles ne pourraient »laisser imposer à la Serbie ni humiliation, ni intervention dans ses affaires intérieures«. Toute exigence contenant une humiliation, et les meurtriers de l'archiduc étant venus de Serbie, c'était mettre l'Autriche dans l'impossibilité de rien faire. Aussi, à peine la note de l'Autriche lui eut-elle été remise, le matin du 24 juillet, que Sazonof s'écria: »C'est la guerre européenne«<sup>7)</sup>. Il savait donc pouvoir compter sur la France.

Le livre anglais de 1914 le confirme. Dans le compte-rendu de l'entretien qu'il eut aussitôt avec Sazonof et l'ambassadeur de France, l'ambassadeur d'Angleterre mande à son gouvernement: »L'ambassadeur de France me donna à entendre que la France remplirait, le cas échéant, toutes les obligations que lui imposent son alliance avec la Russie.« Et son récit se termine par cette phrase: »Il me semble, d'après le langage de l'ambassadeur de France, que même si nous refusons de nous joindre à la France et à la Russie, celles-ci sont résolues à adopter une attitude ferme«<sup>8)</sup> (Ang. 6).

Le lendemain 25, dans l'après-midi, Sir G. Buchanan retourne voir M. Sazonof. Il l'exhorte à la prudence, lui dit que »si la Russie mobilise ce sera probablement la guerre immédiate«. Sazonof réplique que »si la Russie se sent assurée de l'appui de la France, elle ne reculera pas devant les risques de la guerre, et qu'on peut considérer la situation comme désespérée«. (Ang. 17.) Comme à l'heure où il parle il va précisément au devant des risques de guerre, c'est qu'il se sent déjà assuré de l'appui de la France.

C'est le contraire qui eut été étonnant. Le 18 décembre 1912 Isvolsky écrivait à son gouvernement: »Poincaré s'est montré fort déçu d'apprendre que la Russie ne marcherait pas, même si l'Autriche attaquait la Serbie«<sup>9)</sup>. Est-il téméraire de penser qu'en juillet 1914, Poincaré manœuvra de manière à s'éviter le renouvellement de cette déception. Il y a là-dessus un mot de Deschanel. On sait que Poincaré partit pour la Russie le 15. La veille, à la revue annuelle des troupes, il dit à Deschanel: »J'aurai bien de la peine à convaincre les Russes«. Il voulait dire, observe Deschanel: »Les

---

<sup>7)</sup> Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums.

<sup>8)</sup> Le Livre jaune a reproduit certaines pièces du Livre anglais, dont celle-ci. Mais cette dernière phrase a été supprimée. On y falsifie donc non seulement les documents français, mais les autres.

<sup>9)</sup> L. noir, I, p. 369.

convaincre qu'il faut marcher<sup>10)</sup>. Poincaré lui-même dit à notre ambassadeur: »Il faut que Sazonof soit ferme et que nous le soutenions<sup>11)</sup>. L'année suivante le Tsar dit à l'ancien ministre des affaires étrangères Cruppi »qu'il n'oublierait jamais le langage si ferme que lui tint alors Poincaré<sup>12)</sup>.

Donc nul doute. Avoir supprimé du Livre jaune toute indication sur ce qui fut décidé dans les entrevues de Pétersbourg, c'est avoir soustrait du dossier remis au parlement une partie capitale. C'est aussi autoriser tout être raisonnable à penser que ce qui fut décidé, c'est la guerre. Et à l'instigation de Poincaré. Max Beer n'avait pas tort quand, sur la couverture de sa brochure »Tsar Poincarew«, il mit un dessin où un solide Poincaré aide le vacillant Nicolas à enfourcher son destrier de guerre.

## II.

Le 27 juillet 1917, le Times, qui ne n'était jamais étonné du silence gardé sur l'entrevue de Pétersbourg, annonçait avoir appris, d'une source et dans des circonstances qu'il ne pouvait divulguer, que le 5 juillet 1914 avait eu lieu à Potsdam, entre les chefs civils et militaires de l'Autriche et de l'Allemagne qu'il énumérait, une conférence secrète sous la présidence de l'empereur d'Allemagne. »On y fixa, disait-il, les principaux points de l'ultimatum qui devait être adressé dix-huit jours plus tard par l'Autriche à la Serbie. Il fut reconnu que la Russie refuserait probablement de se soumettre à pareille humiliation et que la guerre en résulterait. Cette conséquence, la conférence décida délibérément de l'accepter. Il est probable, mais non certain, que les dates de mobilisation furent fixées le même jour.« Le »Times« insistait sur l'importance capitale de cette découverte; »le 5, disait-il, va devenir la date la plus fameuse du fatal mois de juillet 1914«.

L'Article du Times eut un retentissement extraordinaire. »Il n'y a pas eu de révélation plus importante depuis le début de la guerre, s'écriait dans l'Humanité du 30 juillet le chef du parti socialiste français Renaudel . . . . Devant cette accusation, les gouvernements des empires centraux vont-ils continuer à se taire? Leurs peuples ne vont-ils pas les interroger? Les socialistes, tous les socialistes ne vont-ils pas les sommer de s'expliquer? La vérité est plus forte que tout. Si le peuple allemand s'aveugle jusqu'à ne

---

<sup>10)</sup> Carnet de Georges Louis, revue Europe, 15 janvier 1925.

<sup>11)</sup> Mémoires de Paléologue, Revue des Deux-Mondes, 15 janvier 1921.

<sup>12)</sup> Le Matin du 26 août 1915.

pas vouloir la regarder ni l'entendre, elle crierait vers lui. Que fera-t-il alors des criminels? S'entêtera-t-il dans sa complicité?»

Huit jours après, comme on célébrait au Queen's Hall le troisième anniversaire de la guerre, M. Lloyd George commentait l'article du Times en ces termes: »Pourquoi nous battons-nous? Nous nous battons pour triompher du plus dangereux complot qui ait été formé contre la liberté des nations, complot minutieusement, adroitement, insidieusement, clandestinement préparé dans chaque détail avec une impitoyable et cynique détermination«.

L'histoire fit le tour de la terre, et devint une des preuves que l'Allemagne avait prémédité la guerre européenne. Malgré un démenti immédiat des gouvernements allemand et autrichien, l'ambassadeur allemand Lichnowsky dans son fameux *Mémoire*, l'ambassadeur américain Morgenthau dans un écrit spécial publié à New York, s'en firent successivement l'écho. Celui-ci ajouta même aux membres de la conférence les grands banquiers, les directeurs de chemins de fer et les grands industriels <sup>13)</sup>. L'historien officiel français Bourgeois consacra le fait dans son *Rapport au Sénat* sur les origines de la guerre. Etc. etc.

Ce n'est pas aux lecteurs de cette revue qu'il faut apprendre que cette histoire des Conseil de Potsdam, à l'origine de laquelle se trouvait, d'après l'enquête du gouvernement allemand, un potin de garçon d'hôtel <sup>14)</sup>, était fautive de fond en comble. La prétendue révélation du Times n'en était même pas une, puisqu'elle n'était que la réédition, aggravée des détails qui lui donnaient son caractère calomnieux, d'une information anodine parue dans le journal hollandais *Nieuwe Rotterdamsche Courant* du 7 septembre 1914 <sup>15)</sup>.

L'intérêt de la question n'est d'ailleurs pas là. Personne n'a jamais pu douter que les Allemands et les Autrichiens s'étaient concertés sur l'attitude à prendre devant la situation que créait l'attentat de Serajevo. Ils l'ont fait par correspondance. Ils ne se sont pas dérangés parce qu'ils ne croyaient pas à une guerre générale. Mais ils s'étaient de toute évidence mis d'accord. Donc le Times fut excusable d'avoir cru à l'entrevue.

Sa scélératesse, comme celle de Lloyd George, fut de présenter le gouvernement allemand comme ayant caché son jeu, et de dire

---

<sup>13)</sup> Sidney B. Fay, *Morgenthau's Legend of the Potsdam Council*, „Die Kriegsschuldfrage“, Mai 1925.

<sup>14)</sup> Montgelas, *Leitfaden zur Kriegsschuldfrage*, IV<sup>e</sup> partie, II.

<sup>15)</sup> Il y était seulement parlé d'une conférence entre Allemands, »où l'empereur et ses conseillers civils s'étaient comme toujours montrés très hostiles à tout ce qui pouvait entraîner une guerre«.

qu'il avait tenu ce conseil dans le secret afin qu'on ne sût pas qu'il avait promis son appui à l'Autriche. Car, dans l'exposé des événements qu'il remit au Reichstag le 3 août, le chancelier déclara au contraire *urbi et orbi* »lui avoir promis de tout coeur son appui dans l'action qu'elle jugerait nécessaire pour mettre fin aux menées serbes, dût cet appui entraîner l'Allemagne dans une guerre contre la Russie«. Et il dit pourquoi l'intérêt et le devoir de l'Allemagne exigeaient cette politique.

C'était plus que de la franchise, c'était presque de la vantardise. En fait le gouvernement allemand, les documents de 1914 le prouvaient déjà et ceux de 1919 le prouvent encore davantage, n'avait pas cru à la guerre européenne, recula quand il vit s'en dresser le spectre, et l'aurait certainement évitée si la Russie et la France n'avaient pas mis l'Allemagne, en mobilisant contre elle, dans l'obligation de l'accepter.

Ce n'est donc pas le gouvernement allemand qu'il fallait accuser d'avoir caché son jeu, mais le nôtre, dont les chefs avaient été passer trois jours en Russie, et qui, le 4 août, n'ont pas plus parlé de ce voyage que s'il avait eu lieu dans la lune. Aujourd'hui encore, après douze ans, on ne sait rien de ce qui s'est passé. Et la thèse officielle continue à être que si la France est entrée en guerre aux côtés de la Russie, ce n'est pas comme alliée de la Russie, mais pour repousser l'agression de l'Allemagne. C'est nous, Français, qui avons été le plus trompés, et c'est à nous, Français, qu'il appartient de le dire, dans l'intérêt de tous les peuples, dont le mensonge est l'ennemi commun.

---

## Petersburg—Potsdam.

Von Georges Demartial.

U<sup>m</sup> zu zeigen, daß die französische Regierung, dem Beispiel der anderen Kriegführenden von 1914 folgend, ihre Archive öffnen sollte, hat die „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ ein Gelbbuch herausgegeben, in dem sie neunzehn neue Dokumente aufgenommen und fünf gefälschte berichtigt hat. Das sind tatsächlich die einzigen Lücken oder Fälschungen, von denen man bis jetzt den handgreiflichen Beweis hat. Aber es gibt noch viele andere, von deren Existenz man den moralischen Beweis hat.



So zeigt denn das Gelbbuch von Anfang an eine Lücke, die in die Augen sticht, und zwar eine der schlimmsten. Ich meine die Reise Poincarés und Vivianis nach Rußland in den Tagen vom 20. bis 24. Juli 1914. Das Gelbbuch spricht kein Wort von den Unterredungen, die sie mit den Vertretern Rußlands hatten. Es hätte aber damit anfangen sollen. Vergegenwärtigen wir uns die Vorgänge!

\* \* \*

Poincaré, der die Russen im Jahre 1912 als Ministerpräsident besucht hatte, kündigte im Frühjahr 1914 seine Absicht an, im Juli, nach Schluß der Kammersitzungen, als Staatsoberhaupt nochmals dorthin zu reisen. Diese Absicht wurde nicht von jedermann gebilligt.

In seinem Buch „Mes prisons“ erzählt Herr Caillaux von einer Begegnung, die er im Monat Mai mit Georges Louis, dem einstigen Botschafter in Rußland, hatte. „Sofort spricht er zu mir von den Kriegsgefahren, die Europa bedrohten, von der sehr gefährlichen Politik, die Herr Poincaré in Rußland mit Unterstützung der Herren Paléologue und Iswolski betreibe, versichert mich, daß die geplante Reise schwere Folgen nach sich ziehen werde, und bittet mich, dagegen Einspruch zu erheben.“ (S. 91.)

Am 7. Juli veranlaßte Jaurès die Ablehnung der Reisekredite durch die sozialistische Partei. „Es scheint — sagt er —, daß man diese Reise dazu gebrauchen oder mißbrauchen möchte, im Namen Frankreichs mehr oder weniger offizielle, mehr oder weniger zweideutige Verpflichtungen einzugehen, die es nicht kennt . . . Dies Verfahren scheint uns im gegenwärtigen Augenblick weit gefährlicher zu sein wie je. Es ist unzulässig, Frankreich durch Abmachungen, von denen es weder den Wortlaut noch den Sinn, weder die Grenzen noch die Tragweite kennt, in Abenteuer zu stürzen, die in dem Dunkel orientalischer Probleme ihren Ursprung haben.“

Trotzdem reisten Poincaré und Viviani ab und hielten sich in Rußland vom 20. bis zum 23. Juli auf. In der Nacht des 23. schifften sie sich wieder ein. Am Morgen des 24. um 10 Uhr übergab der österreichische Botschafter an Sasonow den Text der Note an Serbien. Um 3 Uhr nachmittags beschloß der Ministerrat, Vorbereitungen für die Mobilmachung zu treffen. Bekanntlich rechneten die französische und die russische Regierung mit der dicht bevor-

stehenden Übergabe der österreichischen Note <sup>1)</sup> und kannten deren hauptsächlichsten Forderungen <sup>2)</sup>. Kein Zweifel, daß sie in ihren Unterredungen die Möglichkeit eines Krieges in Betracht gezogen haben und daß die russischen Maßnahmen die Folgen ihrer Entscheidungen waren. Warum findet man keine Spur davon in dem Gelbbuch?

Wird man dagegen einwenden, eine Unterredung sei kein diplomatisches Dokument? Man nehme den Band I des Gelbbuchs über die Balkan-Vorgänge von 1911 bis 1914 in die Hand! Unter Nr. 57 findet sich da ein Aktenstück, betitelt „Reise des Außenministers Poincaré nach Rußland, August 1912. Bericht über eine Unterredung mit Herrn Sasonow, am gleichen Tage niedergeschrieben und in den Archiven des Ministeriums niedergelegt.“ Es handelt sich darin um den Krieg, der zwei Monate später zwischen den Balkanstaaten und der Türkei ausbrechen sollte.

Warum hat man 1914 sich nicht nach diesem Vorgang gerichtet? Warum hat Viviani nicht auch ein Protokoll der Unterredungen mit Sasonow aufgenommen, acht Tage vor Ausbruch des europäischen Krieges? Wenn solche Protokolle aber vorhanden sind, warum veröffentlicht man sie nicht? Wie verträgt sich dieses Stillschweigen mit der ewig wiederholten Behauptung, daß Poincaré und Viviani alles getan haben, um den Krieg zu verhüten? Warum gaben sich die zahllosen Politiker, Journalisten, Professoren, die diese Behauptung wiederkäuen, niemals den Anschein, als bemerkten sie diese anklagende Lücke, die seit zwölf Jahren klafft?

Man höre die nachfolgende Besprechung zwischen Deschanel, dem Kammerpräsidenten, und Georges Louis, dem ehemaligen Botschafter in Rußland, vom 27. Februar 1915. „Ich weiß nicht, was sich in Petersburg Ende Juli zugetragen hat — sagt Deschanel —, weil alle Nachrichtenwege durch den Krieg sofort verschlossen gewesen sind. Und Sie?“ — „Ich — antwortet Louis — weiß nur, was eine

<sup>1)</sup> Man wird sich vielleicht fragen, warum Poincaré und Viviani Rußland verlassen haben, ohne die Übergabe abzuwarten. Das liegt daran, daß sie in Stockholm an einem festgesetzten Tage erwartet wurden. Eine derartige Reise hat ihren bestimmten und vorher bekannten Plan. So war es auch der österreichischen Regierung möglich gewesen, sich so einzurichten, daß ihre Note erst nach der Abreise der Franzosen in Petersburg überreicht wurde. Am 23. Juli schrieb Berchtold an seinen Botschafter in Paris: „Wir wollten nicht, daß unsere Note dem Kaiser und den russischen Staatsmännern in einem Augenblick ausgehändigt werde, wo sie unter dem Einfluß der beiden Agitatoren Poincaré und Viviani standen.“ (Österr. I. 57.)

<sup>2)</sup> Belgische Dokumente, veröffentlicht von der deutschen Regierung, Nr. 119. — Gelbbuch, 10 und 14. — The outbreak of the War, von Professor Oman, Seite 14. — Österreichische Dokumente, I. 24.

gewisse Stelle in einem Dokument des englischen Buchs durchschimmern läßt, die übrigens beim Nachdruck desselben im Gelbbuch unterdrückt worden ist.“ Louis zitiert auch die Äußerung Millerands: „Ich habe Poincaré gefragt: Aber was hast Du den Russen gesagt? Nie habe ich eine Antwort von ihm erhalten können“<sup>3)</sup>).

Das Geheimnis des Königs, damals, wie unter Ludwig XV. Eine drollige Republik!

\*

■

\*

O Wunder! Was Poincaré einem seiner intimsten Jugendfreunde nicht sagen wollte, hat er in seinen Vorträgen über den Ursprung des Krieges gesagt. Aber er machte sich über die Zuhörer lustig. „Man sprach zunächst — sagt er über seine Unterredung mit dem Zaren — von dem herrlichen Anblick des Meeres und der Gestade, von dem Befinden der kaiserlichen Familie, von dem nahe bevorstehenden Besuch des Zaren in Paris, von Albanien, von Chios und Mitylene, von dem Streik auf den italienischen Eisenbahnen<sup>4)</sup>, vom König von Bulgarien, von der Türkei, von Schweden. Ahnte man denn die Katastrophe, die über die Welt hereinbrechen sollte? Der Zar sprach zu mir auch von Österreich und Serbien. Aber er war in dieser Hinsicht nicht besser unterrichtet als ich. Er fragte sich, was Österreich wohl im Sinne habe“<sup>5)</sup>. Also hätten die erhabenen Persönlichkeiten gern von Österreich und Serbien gesprochen, aber so wie sie vom Regen oder vom schönen Wetter, von ihrer Gesundheit oder von Chios sprachen.

Nicht nur der gesunde Menschenverstand, sondern auch Dokumente sprechen ihr Urteil über diese Idylle. In seinem Kommentar zu dem Schriftwechsel Iswolskis sagt Stieve, daß er in der Lage sei, den Wortlaut des aus dem englischen Buch unterdrückten Telegramms wiederzugeben, durch welches der englische Botschafter seine Regierung über die Resultate des Besuchs Poincarés informiert, und die folgendermaßen definiert werden: „Vollkommene Übereinstimmung hinsichtlich der allgemeinen Politik; Beschluß, sich jeder Aktion Österreichs zu widersetzen, die als eine Ein-

<sup>3)</sup> Les Carnets de Georges Louis. Revue Europe. 15. Januar 1925.

<sup>4)</sup> Zu dieser Zeit gab es in Petersburg furchtbare und blutige Streiks. Es scheint, daß das Militär auf die Arbeiter geschossen hat, die die Marseillaise sangen, während sie vor Poincaré gespielt wurde. Man begreift, daß er es vorgezogen hat, den Zaren über die Streiks in Italien zu unterhalten.

<sup>5)</sup> La Revue de la Semaine. 11. März 1926, Seite 137. Diese Vorträge sind in der Revue und später in Buchform erschienen.

mischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens sowie als eine Verletzung seiner Souveränität und seiner Unabhängigkeit angesehen werden könnte, feierliche Bestätigung des Bündnisses“<sup>6)</sup>). Vor der demnächstigen Veröffentlichung des neuen englischen Diplomatenbuchs kann man nicht feststellen, ob die Telegramme, die von Sasonow am 22. Juli (Livre noir II, Seite 275) und von Viviani in der Nacht vom 23. zum 24. (Halbbuch 22) nach Wien gesandt worden sind, tatsächlich den Botschaftern beider Mächte die Instruktion gaben, die österreichisch-ungarische Regierung zu benachrichtigen, daß die Mächte „weder eine Demütigung Serbiens noch eine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten dulden würden“. Da nun jede Forderung eine Demütigung in sich schließt, die Mörder des Erzherzogs aber aus Serbien gekommen waren, konnte Österreich unmöglich untätig bleiben. Kaum war am Morgen des 24. Juli Sasonow die Note Österreichs übergeben worden, als er ausrief: „Das ist der europäische Krieg!“<sup>7)</sup>). Er wußte also, daß er auf Frankreich zählen konnte.

Das englische Buch von 1914 bestätigt es. In dem Bericht über die Unterredung, die der Botschafter Englands sofort mit Sasonow und dem französischen Botschafter hatte, meldet er seiner Regierung: „Der Botschafter Frankreichs gab mir zu verstehen, daß Frankreich eintretenden Falles alle Pflichten erfüllen würde, die ihm sein Bündnis mit Rußland auferlegt.“ Und sein Bericht endete mit dem Satze: „Es scheint mir, nach der Ausdrucksweise des französischen Botschafters, daß, selbst wenn wir uns weigern, Frankreich und Rußland uns anzuschließen, diese beiden entschlossen sind, eine feste Haltung anzunehmen“<sup>8)</sup>). (Engl. 6.)

Tags darauf, am 25. nachmittags, sucht Sir G. Buchanan nochmals Sasonow auf. Er mahnt ihn zur Vorsicht; sagt ihm, daß, wenn Rußland sich der Unterstützung Frankreichs sicher glaube, es vor den Gefahren des Krieges nicht zurückschrecken werde und daß man die Lage als verzweifelt ansehen kann. (Engl. 17.) In der Stunde, wo er spricht, geht er bestimmt der Gefahr des Krieges entgegen, weil er sich schon der Hilfe Frankreichs gewiß fühlt.

Das Gegenteil wäre erstaunlich gewesen. Am 18. Dezember 1912 schrieb Iswolski seiner Regierung: „Poincaré zeigte sich sehr ent-

---

<sup>6)</sup> „Iswolski und der Weltkrieg.“ Band 5, Seite 213.

<sup>7)</sup> Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums.

<sup>8)</sup> Das Gelbbuch hat mehrere Dokumente des englischen Buchs wiedergegeben, unter anderen auch dieses. Aber der letzte Satz wurde weggelassen. Man verfälscht da also nicht nur die französischen Dokumente, sondern auch die anderen.



täuscht, als er erfuhr, daß Rußland nicht marschieren würde, selbst wenn Österreich Serbien angriffe“<sup>9)</sup>). Ist es töricht, zu denken, Poincaré würde im Juli 1914 so handeln, daß er sich die Wiederholung einer solchen Enttäuschung erspart? Es gibt darüber eine Äußerung Deschanel. Bekanntlich reiste Poincaré am 15. nach Rußland ab. Tags zuvor, bei der alljährlichen Truppenparade, sagt er zu Deschanel: „Es wird mir viel Mühe machen, die Russen zu überzeugen. „Er wollte sagen“, bemerkt Deschanel: „Sie zu überzeugen, daß marschiert werden muß“<sup>10)</sup>). Zu unserem Botschafter sagt er selbst: „Es ist nötig, daß Sasonow fest bleibt und daß wir ihn unterstützen“<sup>11)</sup>). Im folgenden Jahre sagt der Zar zu Cruppi, dem ehemaligen Außenminister, „er würde niemals die sichere Art vergessen, mit der Poincaré damals zu ihm sprach“<sup>12)</sup>).

Mithin gibt es keinen Zweifel. In dem Gelbbuch jede Andeutung über das zu unterdrücken, was bei den Begegnungen in Petersburg beschlossen worden ist, heißt, aus den dem Parlament übergebenen Akten einen wesentlichen Teil unterschlagen zu haben. Das heißt aber auch, es jedem vernünftigen Wesen überlassen, sich Gedanken zu machen, was beschlossen wurde, nämlich der Krieg. Und zwar auf Veranlassung von Poincaré. Max Beer hatte nicht unrecht, daß er auf dem Umschlag zu seiner Broschüre „Zar Poincarow“ eine Zeichnung setzte, in der ein kräftiger Poincaré dem schwankenden Nikolaus auf ein Schlachtroß klettern hilft.

## II.

Am 27. Juli 1917 kündigte die über das Stillschweigen hinsichtlich der Begegnung in Petersburg niemals erstaunt gewesene „Times“ an, sie hätte aus einer Quelle und unter Umständen, die sie nicht verraten könne, erfahren, daß am 5. Juli 1914 zu Potsdam unter dem Vorsitz des Deutschen Kaisers eine geheime Konferenz zwischen den Leitern der Zivil- und Militärbehörden Österreichs und Deutschlands, die sie aufzählt, stattgefunden habe. „Man setzte dort — sagt sie — die hauptsächlichsten Punkte des Ultimatums fest, das achtzehn Tage später von Österreich an Serbien adressiert werden sollte. Es wurde erkannt, daß Rußland es wahrscheinlich ablehnen werde, sich einer solchen Demütigung zu unterziehen, und daß dies zum Kriege führen müßte. Die Konferenz beschloß, diese Folge beherzt auf sich zu nehmen. Es ist wahrscheinlich, aber

---

<sup>9)</sup> Livre noir I, Seite 369.

<sup>10)</sup> Carnets de Georges Louis. Revue Europe, 15. Januar 1925.

<sup>11)</sup> Paléologues Memoiren, Revue des Deux-Mondes, 15. Januar 1921.

<sup>12)</sup> „Le Matin“ vom 26. August 1915.

nicht sicher, daß an demselben Tage die Mobilisationstermine festgesetzt worden sind.“ Die „Times“ betonte nachdrücklichst die hervorragende Bedeutung dieser Entdeckung. „Der 5. — sagte sie — wird das berühmteste Datum des verhängnisvollen Monats Juli 1914 werden.“

Der Artikel der „Times“ erregte ungeheures Aufsehen. „Seit Beginn des Krieges hat es keine wichtigere Enthüllung gegeben“, rief in der „Humanité“ vom 30. Juli Renaudel aus, der Führer der französischen Sozialistenpartei. „Werden die Regierungen der zentralen Kaiserreiche gegenüber dieser Anschuldigung fortfahren, zu schweigen? Werden ihre Völker sie nicht zur Rede stellen? Werden die Sozialisten, alle Sozialisten sie nicht auffordern, sich zu erklären? Die Wahrheit ist stärker wie alles. Wenn das deutsche Volk so verblendet ist, daß es nicht sehen und hören will, so wird sie es ihm entgegenschreien! Was wird es dann mit den Verbrüchern machen? Wird es sich seiner Mitschuld bewußt werden?“

Acht Tage später, als man in Queens Hall das dritte Jahresfest des Krieges feierte, erläuterte Herr Lloyd George den Artikel der „Times“ mit folgenden Worten: „Warum schlagen wir uns? Wir schlagen uns, um über das gefährlichste Komplott zu triumphieren, das gegen die Freiheit der Nationen gebildet worden ist, ein bis ins kleinste, geschickt, hinterlistig, heimlich in allen seinen Einzelheiten mit einer unbarmherzigen und zynischen Entschlossenheit vorbereitetes Komplott.“

Die Geschichte machte die Reise um die Welt und wurde zu einem der Beweise, daß Deutschland den europäischen Krieg mit Vorbedacht geplant habe. Trotz eines sofortigen Dementis der deutschen und der österreichischen Regierung machten sich nach und nach der deutsche Botschafter Lichnowsky in seiner berüchtigten Denkschrift und der amerikanische Botschafter Morgenthau in einer zu New York veröffentlichten Sonderschrift zum Echo derselben. Der letztere setzte zu den Konferenzmitgliedern noch die großen Bankiers, die Eisenbahndirektoren und die Großindustriellen hinzu<sup>13)</sup>. Der offizielle französische Historiker Bourgeois bestätigte feierlich diese Tatsache in seinem „Bericht an den Senat über den Ursprung des Krieges“ usw. usw.

Den Lesern dieser Zeitschrift braucht man nicht erst begreiflich zu machen, daß die Geschichte von dem Kronrat in Potsdam, deren

---

<sup>13)</sup> Sidney B. Fay, Morgenthau's Legend of the Potsdam Council. „Die Kriegsschuldfrage“, Mai 1925.

Ursprung nach Feststellung der deutschen Regierung auf ein Kellnergeschwätz zurückzuführen ist<sup>14)</sup>, von Grund aus erlogen war. Die angebliche Enthüllung der „Times“ war nicht einmal eine solche, weil sie nur die Neuauflage einer harmlosen Information war, die in der holländischen Zeitung „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ vom 7. September 1913 erschienen war, jetzt verschärft durch Einzelheiten, wodurch sie den Charakter der Verleumdung bekam<sup>15)</sup>.

Das Interesse an der Frage liegt übrigens nicht darin. Niemand konnte je bezweifeln, daß die Deutschen und die Österreicher sich über die Haltung verständigt hätten, die sie gegenüber der durch das Attentat von Sarajewo geschaffenen Lage einnehmen sollten. Das haben sie auf dem Korrespondenzwege getan. Sie hätten es ebenso gut bei einer Zusammenkunft tun können. Sie machten sich keine Unbequemlichkeiten, weil sie nicht an einen allgemeinen Krieg glaubten. Aber in aller Offenheit haben sie sich miteinander ins Einvernehmen gesetzt. Mithin war die „Times“ zu entschuldigen, daß sie an eine Zusammenkunft geglaubt hat.

Ihre Gemeinheit sowie die des Lloyd George lag darin, die deutsche Regierung so hinstellen, als habe sie ein heimliches Spiel getrieben, und zu behaupten, sie habe die Beratung geheimgehalten, damit man nicht erführe, daß sie Österreich ihre Unterstützung versprochen hatte. Denn in der Darstellung der Ereignisse, die sie am 3. August vor dem Reichstag gab, erklärte sie im Gegenteil urbi et orbi, „sie hätte Österreich von ganzem Herzen ihre Unterstützung bei der Aktion zugesagt, die dieses für nötig halten würde, um den serbischen Anschlägen ein Ende zu machen, sollte auch diese Hilfe Deutschland in einen Krieg gegen Rußland hineinziehen, und sie erklärte, warum das Interesse und die Pflicht Deutschlands diese Politik erfordere“.

Das war mehr wie Offenherzigkeit, das war beinahe Prahlerie. Tatsächlich hatte die deutsche Regierung — die Dokumente von 1914 bewiesen es bereits und die von 1919 beweisen es noch weit mehr — nicht an einen europäischen Krieg geglaubt; sie zog sich zurück, als sie das Schreckgespenst sich erheben sah, und sie wäre ihm sicher ausgewichen, wenn nicht Rußland und Frankreich durch ihre Mobilisierungen gegen Deutschland dieses in die Zwangslage versetzt hätten, es mit ihm aufzunehmen.

---

<sup>14)</sup> Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, IV. Teil, II.

<sup>15)</sup> Es war da nur die Rede von einer Konferenz zwischen Deutschen, „in der sich der Kaiser und seine zivilen Ratgeber wie immer allem feindlich gezeigt haben, was einen Krieg heraufbeschwören könnte“.

Mithin mußte man nicht die deutsche Regierung des heimlichen Spiels anklagen, sondern die unsrige, deren Leiter drei Tage in Rußland verbracht hatten und die am 4. August von dieser Reise nicht mehr sprachen, als wenn sie nach dem Mond gegangen wäre. Heute noch, nach zwölf Jahren, weiß man nichts von dem, was sich ereignet hat. Die offizielle These besteht weiter, daß, wenn Frankreich an der Seite Rußlands in den Krieg gezogen ist, dies nicht geschah, weil es Rußlands Bundesgenosse ist, sondern um den Angriff Deutschlands zurückzuschlagen. Wir, die Franzosen, sind die am meisten Betrogenen gewesen, und uns Franzosen kommt es zu, dies zu gestehen im Interesse aller Völker, deren gemeinsamer Feind die Lüge ist.

---

## **Die militärischen Beziehungen und Bindungen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche vor dem Weltkriege.**

Rudolf Kiszling.

**I**n der Kriegsschuldfrage taucht hin und wieder die Behauptung auf, daß durch die militärischen Vereinbarungen der beiden Generalstabschefs Moltke und Conrad das Bündnis zwischen Deutschland und der Donaumonarchie aus einem rein defensiven in ein offensives umgewandelt worden sei. Des weiteren wird behauptet, daß diese Verschiebung der Grundlagen des politischen Bündnisses durch die beiden Generale sehr wesentlich zum Ausbruch des Weltkrieges beigetragen habe und daß daher ihnen ein Großteil des über die Mittelmächte hereingebrochenen Unheils zur Last gelegt werden müsse. — In den nachfolgenden Ausführungen soll zunächst dargelegt werden, welche Bindungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bestanden hatten und welcher Art die militärischen Vereinbarungen der beiden Generalstäbe waren, die auf Grund dieser Staatsverträge getroffen wurden.

Die Grundlage für die Beziehungen der zwei Kaiserreiche bildete der Bündnisvertrag vom Oktober 1879, der bis zum Ausbruch des Weltkrieges Geltung hatte und für die Haltung der beiden Mittelmächte in allen Fragen der auswärtigen Politik, ganz besonders aber für ihr Verhalten gegenüber Rußland, richtung-



gebend war <sup>1)</sup>). Dieser Vertrag bestimmte im Artikel I, daß, wenn eines der beiden Reiche von Rußland angegriffen werde, beide Kontrahenten verpflichtet seien, einander mit der gesamten Kriegsmacht beizustehen und den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen. Der Artikel II verpflichtete beide Vertragsparteien zur wohlwollenden Neutralität, wenn einer von einer dritten Macht angegriffen werden sollte. Würde diesem Angreifer aber von Rußland militärische Unterstützung zuteil, so hatten zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland die Bestimmungen des Artikels I sofort in Kraft zu treten, d. h. gegenseitiger Beistand mit voller Heeresmacht bis zum gemeinsamen Friedensschluß.

Unabhängig von diesem Bündnisse bestand auch noch der Dreibundvertrag zu Recht, der im Mai 1882 unterzeichnet worden war. Er machte es Österreich-Ungarn und Deutschland zur Pflicht, Italien mit Heer und Flotte zu Hilfe zu eilen, wenn es ohne Provokation von seiner Seite von Frankreich angegriffen worden wäre. Eine gleiche Verpflichtung Deutschland gegenüber nahm nur Italien auf sich. Die Donaumonarchie hatte dem deutschen Kaiserstaate bloß dann Hilfe zu leisten, wenn eine andere Großmacht sich an die Seite der Franzosen gestellt hätte. Ebensowenig war Italien zur bewaffneten Unterstützung Österreich-Ungarns verpflichtet, wenn dieses einem unprovokierten Angriffe Rußlands ausgesetzt gewesen wäre, wohl hatte aber Italien in diesem Falle der Doppelmonarchie gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu beobachten. Aber auch für Deutschland enthielt der Dreibundvertrag keine Bestimmung, die es zur Teilnahme an einem durch Rußlands Angriff hervorgerufenen österreichisch-ungarisch-russischen Krieg genötigt hätte. Zu einer solchen war Deutschland nur durch das Zweikaiserbündnis von 1879 verpflichtet, von dem man in Rom im Jahre 1882 jedoch noch keine Kenntnis hatte <sup>2)</sup>). Ein im Oktober 1883 abgeschlossener Defensivvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien, dem Deutschland zur selben Zeit beitrug, erweiterte das Bündnissystem der Mittelmächte. Sowohl der österreichisch-ungarisch-rumänische wie der Dreibundvertrag enthielten die Bestimmung, daß die Verbündeten sich erst im Augenblicke eines drohenden Krieges über die militärischen Maßnahmen für eine gemeinsame Operation einigen sollten.

---

<sup>1)</sup> Dr. A. Fr. Pribram: Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. Wien und Leipzig. 1920. Band I Seite 118 f.

<sup>2)</sup> Luigi Cadorna: Altre pagine sulla grande guerra. Milano 1925. S. 13 ff.

Da solche Verhandlungen erfahrungsgemäß stets erhebliche Zeit in Anspruch nahmen und es dann noch Wochen und Monate erforderte, um das Wirksamwerden solcher militärischer Vereinbarungen entsprechend vorzubereiten<sup>3)</sup>, mußte besorgt werden, daß die erst bei drohendem Kriege eingeleiteten Verhandlungen nur zu leicht von den politischen Ereignissen überholt und von den feindseligen Maßnahmen anderer, militärisch besser vorbereiteter Mächtegruppen illusorisch gemacht werden konnten. Nichts war daher natürlicher, als daß die Generalstäbe der verbündeten Mittelmächte auf den Abschluß von Militärkonventionen drängten. Speziell die österreichisch-ungarische und die deutsche Heeresleitung wünschten bald nach Abschluß des Vertrages vom Jahre 1879 zu festen militärischen Bindungen zu kommen, doch Bismarck stellte sich diesem Streben entgegen. Seinem Geheiß entsprechend durfte es im Jahre 1882 nur zu mündlichen Aussprachen zwischen dem österreichisch-ungarischen Generalstabschef Feldmarschallleutnant von Beck und dem Generalfeldmarschall Graf Moltke sowie dessen Generalquartiermeister Graf Waldersee kommen. Auch später wünschte der Reichskanzler, daß der Verkehr zwischen den beiden Generalstäben den Weg durch das Auswärtige Amt zu nehmen habe, damit deren Vereinbarungen sich nicht seinem Einfluß und seiner Kontrolle entzögen. Bismarck wollte dadurch einer Beeinflussung der äußeren Politik durch die Militärs, die damals ihr Hauptaugenmerk mehr dem Osten zuwandten, einen Riegel vorschieben<sup>4)</sup>, denn er erblickte in Frankreich den gefährlicheren Feind, während er Rußland, mit dem er dann auch den Rückversicherungsvertrag abgeschlossen hatte, weniger fürchten zu müssen glaubte. Zu Moltkes Rechtfertigung muß allerdings erwähnt werden, daß ihm dieser Vertrag lange unbekannt geblieben ist.

Wie schon erwähnt, vertrat Moltke im Jahre 1882 den Standpunkt, daß der russische Kriegsschauplatz der wichtigere sei und daß die Deutschen daher dort mit der größeren Kraft gegen Narew und Bug offensiv auftreten mußten, während sie sich gegen Frank-

---

<sup>3)</sup> Feldmarschall Conrad bezeichnete im Jahre 1908 mindestens vier Monate für notwendig, um in Österreich-Ungarn die Vorbereitungen für einen Bündniskrieg an der Seite Deutschlands durchzuführen, weil der vereinbarten Kooperation entsprechend geänderte Aufmarsch nunmehr eisenbahntechnisch durchgearbeitet, d. h. die Marschpläne für jeden einzelnen Truppentransport angefertigt werden mußten. (F.-M. Conrad: Aus meiner Dienstzeit 1906—1918. Wien 1921. Band I. a. a. O. S. 85.)

<sup>4)</sup> Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Band VI. a. a. O. Nr. 1163.

reich defensiv verhalten konnten. Beck sagte den Aufmarsch des Habsburgerheeres mit der Hauptkraft am San zu zwecks Offensive auf Lublin oder Rowno; eine Abwehrtruppe sollte in Ostgalizien versammelt werden, eine schwache Kraft bei Krakau<sup>5)</sup>. Man einigte sich demnach auf eine doppelte strategische Umgehung des Feindes im Raume rechts der Weichsel. Die Frage eines gemeinsamen Oberbefehls hielten beide Teile für undiskutabel; man hoffte mit fallweiser gegenseitiger Verständigung auszukommen<sup>6)</sup>. Bei diesen Vereinbarungen, die noch durch verschiedentliche Briefe der beiderseitigen Generalstabschefs ergänzt wurden, blieb es während der ganzen Amtstätigkeit des Grafen Moltke (bis 1888) und seines Nachfolgers, des Grafen Waldersee (bis 1891)<sup>7)</sup>. Erst Graf Schlieffens Amtsübernahme brachte eine grundstürzende Änderung: den Westaufmarsch der deutschen Hauptkräfte. Daraus erklärt sich auch, daß der in Wien immer gehegte Wunsch nach bindenden militärischen Vereinbarungen jetzt in Berlin günstige Aufnahme fand, denn im Osten sollten bloß fünf deutsche Korps und einige Reserverdivisionen verbleiben, die in einem Zweifrontenkriege im Vereine mit dem österreichisch-ungarischen Heere den Russenansturm aufzuhalten hatten. Doch der neue Reichskanzler Caprivi scheint — gleich seinem großen Vorgänger — gewünscht zu haben, daß es auch weiterhin nur bei nicht kodifizierten militärischen Abmachungen zwischen Wien und Berlin zu verbleiben habe. Diesen zufolge sollte das deutsche Ostheer zuerst überraschend über den Njemen auf Suwalki und Mariampol vorstoßen und dann die vereinbarte Richtung gegen den Narew einschlagen, während Beck von den drei galizischen Armeen zwei auf Lublin und eine auf Rowno vorrücken lassen wollte.

Im Gegensatz zu den keine Vertragskraft besitzenden Vereinbarungen des deutschen und österreichisch-ungarischen Generalstabes wurde von Deutschland und Italien im Jahre 1888 eine Militärkonvention abgeschlossen, welche die Verwendung einer italienischen Armee im Elsaß zum Gegenstande hatte. Dieser Vertrag stand, mit einer kurzen Unterbrechung nach dem lybischen

---

<sup>5)</sup> Dieser Aufmarsch zeigt eine auffallende Übereinstimmung mit dem, der 1914 tatsächlich durchgeführt wurde.

<sup>6)</sup> Nach einer noch unveröffentlichten Biographie des Generalmajors Steinitz (Wien) über den Lebenslauf des Generalobersten Graf Beck-Rzikowsky.

<sup>7)</sup> Nur 1886/87 wurde vorübergehend die Verwendung der deutschen Hauptkraft im Westen geplant, als es den Anschein hatte, daß Boulangers Quertreibereien den Anlaß zu einem deutsch-französischen Kriege geben könnten.

Feldzuge, bis zum Ausbruche des Weltkrieges in Geltung<sup>8)</sup>, wobei man in Wien die Verpflichtung übernahm, für den Transport und die Verpflegung der nach Deutschland bestimmten italienischen Soldaten vorzusorgen. Eine vom k. u. k. Generalstab gewünschte vertragliche Zusicherung Italiens über die Verwendung entbehrlicher italienischer Divisionen im Osten gegen Rußland kam nicht zustande. Dafür hatten die Donaumonarchie und Rumänien eine Militärkonvention abgeschlossen und 1912 zum letztenmal erneuert, in der die Kooperation beider Heere im Falle eines unprovzierten russischen Angriffskrieges festgelegt war. Schließlich bestand noch zwischen den Dreibundmächten eine im Jahre 1900 abgeschlossene und 1913 erneuerte Marinekonvention, in der eine gemeinsame Aktion der gesamten österreichisch-ungarischen und italienischen Flotte sowie der im Mittelmeer befindlichen deutschen Kriegsschiffe vorgesehen war zwecks Erringung der Seeherrschaft im Mitteländischen Meere und Verhinderung der Überfahrt französischer Kolonialtruppen aus Nordafrika nach dem westeuropäischen Kriegsschauplatz.

So sahen die politischen Vertragsinstrumente und die militärischen Bindungen aus, als im Jahre 1906 General der Infanterie von Moltke<sup>9)</sup> und Feldmarschalleutnant Conrad von Hötzendorf in Deutschland bezw. in Österreich-Ungarn an die Spitze des Generalstabes gestellt wurden.

Zu Beginn ihres Wirkens ergab sich zunächst keine Notwendigkeit zu militärischen Verhandlungen. Rußland, der gemeinsame Hauptfeind, schien durch die Folgen der im ostasiatischen Kriege erlittenen Niederlagen auf eine Reihe von Jahren lahmgelegt zu sein. In Serbien regten sich zwar schon aggressive Tendenzen gegen die Donaumonarchie, und gegen Italien hegte Conrad von vornherein das größte Mißtrauen, doch diese Momente allein waren noch kein Anlaß zur Wiederaufnahme der seit Jahren ruhenden Generalstabsbesprechungen zwischen Wien und Berlin. Als jedoch nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina infolge der serbischen Hetzereien mit der Möglichkeit eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Serbien samt Montenegro gerechnet werden mußte, in den Rußland einzugreifen gewillt schien, tauchte drohend

---

<sup>8)</sup> Bald nach dem Regierungsantritte des Königs Viktor Emanuel III. (1901) ließ Italien Deutschland wissen, daß ihm gegebenen Falles die tatsächliche Verwendung der italienischen 3. Armee am Oberrhein sehr unerwünscht käme; der deutsche Generalstab hat auch mit dieser fragwürdigen Waffenhilfe niemals sehr ernsthaft gerechnet.

<sup>9)</sup> Der Neffe des Generalfeldmarschalls Graf Moltke.



das Gespenst eines europäischen Zusammenstoßes auf. In pflichtgemäßer Wahrnehmung der auf ihm lastenden Verantwortung forderte nun Conrad im Herbst 1908 wiederholt und nachdrücklichst die Wiederaufnahme der Generalstabsverhandlungen mit Deutschland zwecks Sicherstellung der militärischen Operationen in einem Doppelkrieg<sup>10)</sup>. Angesichts der sich immer mehr und mehr zuspitzenden politischen Lage konnte sich der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Ährenthal den Argumentationen des Chefs des Generalstabes nun nicht mehr verschließen und ebnete in diplomatischer Beziehung den Weg zur Einleitung der militärischen Verhandlungen mit Berlin. Am 1. Januar 1909 richtete Conrad nachstehendes Schreiben an den Chef des deutschen Generalstabes, General von Moltke<sup>10a)</sup>:

„Wien, am 1. Jänner 1909.

Euer Exzellenz!

Die dermalige politische Lage legt eine Rücksprache meinerseits mit Ew. Exzellenz nahe, und zwar in Hinsicht des immerhin denkbaren Falles, daß die Monarchie mit einer kriegerischen Verwicklung am Balkan, dann gegen Rußland und Italien zu rechnen und dabei Deutschland, dem casus foederis entsprechend, zur Seite haben würde. Der Minister des Äußern hat nach gepflogenen Einvernehmen mit Durchlaucht Fürst Bülow bei Seiner Majestät diesen Schritt beantragt.

Seine Majestät geruhen zuzustimmen und anzuordnen, daß ich dieses Einvernehmen zu eröffnen habe und daß dasselbe in Form von Briefen, die ich an Ew. Exzellenz zu richten hätte und die sonst nur noch zur Kenntnis des Ministers des Äußern kommen würden, zu erfolgen hätte.

Ich hebe dabei hervor, daß es für die Klärung gewisser Fragen vorteilhaft wäre, persönlich und mündlich zu verkehren, und ich hierzu am liebsten selbst in unauffälliger Weise nach Berlin reisen würde, um im direkten Verkehr mit Ew. Exzellenz alles Erforderliche festzustellen.

Der Minister des Äußern Baron Ährenthal zeigte sich diesem Modus nicht abgeneigt, erachtete aber dafür, den Verkehr zunächst schriftlich einzuleiten.

Indem ich mir die Ehre nehme, dieses hiemit zu tun, bitte ich Ew. Exzellenz um geneigte Bekanntgabe des dortseitigen Standpunktes.

Das Meritorische der Sache im großen hervorhebend, möchte ich jetzt schon anführen:

Durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina sind jene Fragen in Fluß gekommen, welche sich schon seit langem vorbereitet hatten und welche von den Gegnern der Monarchie in dem ihnen gelegenen späteren Moment zweifellos aufgeworfen worden wären, wenn nicht die Monarchie in dieser Hinsicht zuvorgekommen wäre.

Als nächste Konsequenz dieses Schrittes trat das auf großserbische Aspirationen zurückzuführende feindselige Auftreten Serbiens und Montenegros in die Erscheinung, und zwar teils materiell, teils moralisch unterstützt von anderen europäischen Staaten, so speziell auch

---

<sup>10)</sup> Conrad. Band I Seite 79, 85, 96, 98, 126. <sup>10a)</sup> Conrad I Seite 631.

von der Türkei, in welcher unter dem Einfluß des Jungtürkentums die Feindseligkeiten vornehmlich in dem herrschenden Handelsboykott ihren Ausdruck fanden.

Eine entschieden unfreundliche Aufnahme fand, abgesehen von England, dieser Schritt der Monarchie ganz besonders in Italien und Rußland, bei letzterem vor allem als panslawistische Vormacht.

In Italien wurden seitens der Regierung beruhigende Versicherungen abgegeben, so daß bei der Leitung unseres Auswärtigen Amtes die Überzeugung herrscht, dieser Staat werde gegen die Monarchie auch im Falle von Verwicklungen der letzteren am Balkan nicht feindselig oder mindestens nicht offensiv auftreten; weniger vertrauens-erweckend zeigt sich die Haltung Rußlands, so daß mit der Möglichkeit gerechnet wird, Rußland werde im Falle eines ö.-u. Balkankrieges zugunsten der Gegner der Monarchie in kriegerische Aktionen treten, das ist gegen die Monarchie mobilisieren.

Tritt nun in diesem Falle Deutschland im Sinne des Vertrages von 1879 an die Seite der Monarchie, so wirft sich zunächst die Frage auf, ob diesfalls auch Frankreich gegen Deutschland losschlagen würde, beziehungsweise umgekehrt, wenn Deutschland sich veranlaßt sähe, gegenüber Frankreich das Präveniere zu spielen. Käme es also, die Neutralität Italiens vorausgesetzt, zu einem Kriege mit Frankreich, Rußland, Serbien und Montenegro auf der einen, Deutschland und die Monarchie auf der anderen Seite, so wäre es für das hierseitige Verhalten vor allem entscheidend, ob Deutschland mit entsprechend starken Kräften auf beiden Seiten gleichzeitig wirksam werden könnte oder ob es den Hauptschlag mit überlegenen Kräften zuerst gegen einen, dann gegen den anderen Gegner führen würde, sowie gegen welchen der beiden zuerst, weil dies auch für die Monarchie mitbestimmend würde, ob diese zuerst am Balkan rasch, energisch, daher mit hiefür ausreichenden, sonach starken Kräften abrechnen und dann erst sich im Vereine mit deutschen Hauptkräften gegen Rußland wenden wolle, oder aber, mit Reduzierung der gegen Serbien bestimmten Kräfte auf ein Minimum, von Haus aus den entscheidenden Schlag gegen Rußland zu führen habe.

Bei dieser Frage ist, abgesehen von der immer vorausgesetzten Neutralität Italiens, auch noch mit dem Verhalten Rumäniens, Bulgariens und der Türkei sowie Griechenlands zu rechnen, und ich muß dies so weit berühren, als es militärische Vorbereitungen erfordern.

Rumänien dürfte nicht nur nicht feindselig gegen den Zweibund (Deutschland und Österreich-Ungarn) auftreten, sondern auf Grund des Allianzvertrages aktiv an dessen Seite stehen. Diese aktive Mitwirkung stellt jedenfalls einen sehr willkommenen Kraftzuschuß dar, und zwar mit Rücksicht auf die Bindung der russischen Kräfte des Odessaer Militärbezirks.

Bulgarien hätte wohl allen Grund, diese Gelegenheit zu benützen, um mit der Türkei abzurechnen und seine mazedonischen Aspirationen zu realisieren, es besteht aber durchaus keine Gewähr dafür, daß nicht etwa ein Versuch bulgarischer Politik einen friedlichen Ausgleich mit der Türkei vorzieht. Ob dann diese ihre freigewordenen Kräfte gegen die Monarchie wenden würde, ist fraglich, da nicht recht abzusehen ist, zu welchem politischen Zweck dies geschehen sollte. Es besteht daher hierorts die Anschauung, daß, wenn Bulgarien nicht in die Aktion tritt, die Türkei sich ebenfalls ruhig verhalten wird.

Griechenland, so gering vielleicht auch seine militärische Mitwirkung zu veranschlagen kommt, wäre immerhin als Verbündeter willkommen, da es doch einen Teil der türkischen Kräfte bindet und die Türkei von anderen Aktionen abhalten würde.

Der Zweibund Deutschland-Österreich-Ungarn hätte also mit den Kräften Frankreichs, Rußlands, Serbiens und Montenegros zu rechnen und wäre vor allem die Frage zu entscheiden, gegen welchen Teil in erster Linie der Hauptschlag zu führen wäre, mit welchen Kräften dies geschehen könnte, welche Kräfte daher gegen den zunächst sekundären Gegner gewendet werden könnten.

Bei dieser Frage kommt aber auch ganz besonders in Betracht, daß aller Voraussicht nach Rußland (und Frankreich) erst dann in feindselige Aktionen treten werden, wenn die Monarchie bereits zu einem kriegerischen Einschreiten gegen Serbien und Montenegro gezwungen war und mit starken Kräften dort engagiert ist.

Es rückt dies die Eventualität in den Vordergrund, zuerst einen raschen und entscheidenden Schlag gegen Serbien zu führen, um dann die freigewordenen Kräfte gegen Rußland heranzuziehen.

Auf einen solchen Schlag ist, wenn ein Zurückweichen der serbischen Kräfte bis in die Gegend von Nis vorausgesetzt wird, kaum vor zwei Monaten, vom ersten Mobilisierungstage an gezählt, zu rechnen, worauf noch etwa 8 bis 10 Tage Aufmarsch zu den ö.-u. Bahnendpunkten, endlich die Dauer des Bahntransportes ins Kalkül zu stellen wären, was ergibt, daß auf diese doppelt zu verwertenden Kräfte kaum früher als nach drei Monaten gegen Rußland gerechnet werden könnte. Im Falle des sofortigen Hauptschlages gegen Rußland, bei ganz sekundärer Behandlung der Balkengegner, könnten diesseits etwa 40 Infanteriedivisionen zirka am 22. Mobilmachungstage in Ostgalizien versammelt sein.

Im Falle einer vorherigen entscheidenden Operation gegen Serbien würden jedoch etwa zu gleichem Termin (22. Mobilisierungstag) in Ostgalizien zirka 30 Infanteriedivisionen bereit sein, während auf weitere (anfänglich gegen Serbien engagierte) acht bis neun Infanteriedivisionen erst nach ungefähr drei Monaten vom ersten Mobilisierungstage zu rechnen wäre.

Während ersteren Falls die Versammlung der 40 Divisionen im Sinne einer Herbstoffensive gedacht ist, wäre es letzteren Falls außer von dem Kalkül über die russischen Maßnahmen ganz besonders auch von dem deutscherseits geplanten Verhalten abhängig, wo die Versammlung der 30 Divisionen zu erfolgen und wann die Offensive zu beginnen hätte.

Ein detailliertes Eingehen auf diese Verhältnisse erscheint mir nun erst möglich, sobald ich Ew. Exzellenz Willensmeinung hinsichtlich der großen Züge der angeregten Fragen zu kennen die Ehre haben werde.

Am Schlusse dieses meines einleitenden Briefes kann ich jedoch nicht umhin, ein gewisses Mißtrauen in die Haltung Italiens sowie auch einzugestehen, daß ich es für nicht unmöglich halte, daß gerade Rußland aus triftigen sonstigen Gründen einen Krieg vermeidet, Italien aber den Moment benutzt, gegen die Monarchie loszuschlagen, sobald diese am Balkan verwickelt ist, und es ist für die diesseitigen operativen Vorbereitungen von höchster Wichtigkeit, zu wissen, welches militärische Verhalten Deutschland dabei einhält sowie ob und wie es die Rückenbedeckung der Monarchie gegen Rußland militärisch durchführen würde.

Ich wäre Ew. Exzellenz sehr verbunden, wenn ich auch in dieser Hinsicht Ew. Exzellenz Anschauungen kennen lernen könnte, und bitte die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung entgegenzunehmen.  
Conrad.“

Auf dieses Schreiben, das die damalige politische Lage in Europa sehr zutreffend kennzeichnete und in dem der wahrscheinlichste Kriegsfall: Deutschland und die Donaumonarchie gegen Rußland, Frankreich, Serbien und Montenegro, besonders hervorgehoben wurde, antwortete Moltke am 21. Jänner nach einigen einleitenden Sätzen folgend <sup>11)</sup>:

„Vorweg bitte ich die Versicherung geben zu dürfen — wie es der Willensmeinung Seiner Majestät meines allergnädigsten Herrn entspricht —, daß Deutschland, wenn durch einen russischen Angriff auf die Monarchie der casus foederis eintritt, mit ganzer Kraft im Sinne des Vertrages von 1879 an der Seite Österreichs stehen wird. Über diesen Punkt herrscht auch bei den beiderseitigen Leitern der Politik volles Einvernehmen. Von der weiteren Entwicklung der politischen Lage werden die zu ergreifenden militärischen Maßnahmen bedingt werden.“

Nach kurzer Erörterung, welcher Art die Lösung der zwischen der Donaumonarchie und Serbien-Montenegro bestandenen Spannung sein konnte, kam Moltke zu dem Schluß, daß im Falle eines bewaffneten Konfliktes zwischen den erstgenannten Staaten auch mit der Möglichkeit eines Eingreifens des Zarenreiches gerechnet werden mußte, und gab der Erwägung über die weitere Entwicklung der Dinge folgende Grundlage:

„Serbien, durch das Abkommen Österreichs mit der Türkei um eine weitere Hoffnung auf aktive Hilfe gebracht, durch die selbst heraufbeschworene wirtschaftliche Krisis in immer größere Schwierigkeiten gestürzt, treibt es zum Verzweigungskriege mit Österreich. Daß der Augenblick kommen kann, wo die Langmut des Kaiserstaates den serbischen Provokationen gegenüber ein Ende haben wird, ist vorauszu-  
sehen. Dann wird der Monarchie kaum etwas anderes übrig bleiben, als in Serbien einzumarschieren.

Ich glaube, daß erst der Einmarsch Österreichs in Serbien ein eventuelles aktives Einschreiten Rußlands auslösen könnte. Mit diesem würde der casus foederis für Deutschland gegeben sein.“

„Zu demselben Zeitpunkt, wo Rußland mobil macht, wird auch Deutschland mobil machen, und zwar seine gesamte Armee . . . .“

Die weiteren Betrachtungen waren dem möglichen Verhalten der übrigen Nachbarstaaten gewidmet. Hinsichtlich Italiens war Moltke wohl nicht so mißtrauisch wie Conrad. Am Schlusse seiner Reflexionen heißt es aber doch:

„Sollte indessen Österreich von Italien angegriffen werden, so kann ich versichern, daß Deutschland die Rückendeckung seines Bundesgenossen als selbstverständliche Pflicht ansehen wird.“

---

<sup>11)</sup> Conrad. Band I Seite 379 ff.



Schwieriger lagen nach Moltkes Meinung die Dinge zwischen Deutschland und Frankreich, von dem er damals noch annahm, daß es einen Krieg nicht wünschte; er schrieb hierüber:

„Ob aber dieses Land, über ein der deutschen Streitmacht fast gleichzähliges Heer verfügend, ein mobiles Deutschland neben sich wird ertragen können, ohne auch seinerseits mobil zu machen, ist mir sehr fraglich. Zwei mobile Heere, wie das deutsche und das französische, werden aber nicht ohne Waffengang nebeneinander stehen können.

Inwieweit geschlossene Abmachungen Frankreich verpflichten, bei einem kriegerischen Zusammenstoß zwischen Deutschland und Rußland letzterem aktive Hilfe zu leisten, entzieht sich meiner Kenntnis. Daß solche Abmachungen existieren, halte ich für sicher, wie überhaupt das heutige Europa von gegenseitigen Verträgen, Ententen und Bündnissen so durchsetzt und durchfilzt zu sein scheint, daß wohl kaum einer der europäischen großen Staaten das Schwert ziehen kann, ohne daß damit dem gesamten Kontinent die Verpflichtung entsteht, einer über den anderen herzufallen.

Ich glaube also, daß Deutschland, wenn es gegen Rußland mobil macht, auch mit einem Kriege gegen Frankreich rechnen muß.“

Nach eingehender Darlegung wie die Verhältnisse für Deutschland in einem Doppelkriege nach Ost und West lagen, resümierte der deutsche Generalstabschef folgend:

„Nach pflichtmäßigem Ermessen werde ich demnach bei einem Kriege nach zwei Fronten Seiner Majestät, meinem Allerhöchsten Herrn, nur vorschlagen können, unter Belassung der nötigsten zur Deckung unserer östlichen Provinzen erforderlichen Kräfte, die Hauptmasse der deutschen Streitmacht zunächst gegen Frankreich einzusetzen. Ich glaube, daß damit auch unseren Verbündeten die wirksamste Hilfe geleistet wird.“

Diese beiden Briefe bildeten die Grundlagen für die weiteren, auf die Kräftebemessung und Operationsführung in den verschiedenen Kriegsfällen bezughabenden Verhandlungen. Eine besondere Bedeutung gewinnen diese zwei Dokumente für das Thema dieses Aufsatzes aber dadurch, daß in ihnen endlich klipp und klar festgelegt wurde, wann für Deutschland der casus foederis gegeben war, weiters daß für diese Feststellung, ganz im Sinne des Defensivvertrages von 1879, ein von Österreich-Ungarn nicht provozierter Angriff Rußlands angenommen wurde. Von Serbien ausgehende, den Besitzstand der Donaumonarchie gefährdende Aggressionen, die Österreich-Ungarn zwingen konnten, zur Erhaltung seiner Machtstellung gegen ersteres zu Felde zu ziehen, wurden aber schon damals und auch von den verantwortlichen Leitern der beiden Zentralmächte nicht als eine gegen Rußland gerichtete Provokation angesehen. Man wird sie auch heute, in nachträglicher Kenntnis der mittlerweile eingetretenen grundstürzenden Ereignisse nicht als solche ansehen können.

Der weitere Briefwechsel zwischen Conrad und Moltke im Frühjahr 1909<sup>12)</sup> war der Klarstellung gewidmet, wie die Verwendung der österreichisch-ungarischen und deutschen Streitkräfte erfolgen sollte, wenn nach einem, durch aggressives Verhalten der beiden südslawischen Nachbarstaaten unvermeidlich gewordenen Einmarsch der k. u. k. Truppen in Serbien die Ententemächte in den Konflikt aktiv eingriffen. Den verschiedenen Möglichkeiten entsprechend, einigten sich die beiden Generalstabschefs in nachstehenden Punkten, wobei Voraussetzung war, daß Italien wenigstens neutral blieb, Rumänien sich im Sinne der Militärkonvention aktiv an die Seite der Donaumonarchie stellte und die übrigen Balkanstaaten abseits blieben oder sich gegenseitig die Wage hielten:

1. Wenn Frankreich zunächst neutral blieb, Rußland jedoch sofort als Gegner auftrat, wollte Deutschland den größeren Teil seiner Heeresmacht (zuerst 37, nach Neubearbeitung des Aufmarsches im Jahre 1909 45 Divisionen) gegen Rußland aufbieten und zu einer Offensive aus Ostpreußen gegen und über den Narew ansetzen. Bei andauernd neutralem Verhalten Frankreichs, was aber als wenig wahrscheinlich angenommen wurde, sollten weitere Kräfte nachgezogen werden. Von den österreichisch-ungarischen Streitkräften wollte Conrad, wenn Rußland sofort als Gegner auftrat, die Masse des Heeres (40 Divisionen) in Galizien am und östlich des San derart aufmarschieren lassen, daß die Hauptaktion im Raume zwischen Weichsel und Bug beginnen konnte. Die nur zur Festhaltung des eigenen Landes im Süden notwendig erachtete Heeresmacht von etwa acht Divisionen sollte gegen Serbien und Montenegro operieren. Griff Rußland aber erst ein, nachdem sich Österreich-Ungarn schon mit Serbien und Montenegro im Kriegszustand befand, wobei Conrad 18 bis 20 Divisionen im Süden verwendet gehabt hätte, so blieben für den russischen Kriegsschauplatz nur 28 bis 30 Divisionen übrig. Doch auch in diesem Falle hielt Conrad an der Idee des offensiven Verfahrens fest. Ein Nachziehen von Kräften aus Serbien erachtete er nur nach Niederwerfen dieses Feindes, also etwa nach drei Monaten, für möglich.

2. Traten sowohl Frankreich als auch Rußland sofort als Feinde auf, so war von Deutschland die Verwendung der Masse seines Heeres im Westen vorgesehen, während im Osten bloß 13 Divisionen verbleiben sollten. Diesen war zunächst nur der Schutz des eigenen Landes zugedacht. Conrad glaubte aber die Initiative den Russen

---

<sup>12)</sup> Briefe Conrads vom 26. Jänner, 4. Feber, 8. März und 10. April, Moltkes vom 24. Feber, 3. und 19. März 1909. (Conrad. Band I, Seite 384 ff.)

nicht überlassen zu sollen; selbst in dem Falle nicht, als stärkere österreichisch-ungarische Kräfte (laut Punkt 1 18 bis 20 Divisionen) bereits am Balkan im Kampfe stünden. Moltke vermochte sich diesem kühnen Gedankengange seines Wiener Kollegen wohl nicht leicht anzuschließen; denn dem von Conrad gewünschten Angriffe des schwachen deutschen Ostheeres gegen die russische Narew-Armee standen, wie Moltke ausführte<sup>13)</sup>, große Schwierigkeiten entgegen. Er erschien in der rechten Flanke durch Warschau, in der linken durch Gegenangriffe vom Lomza her bedroht. Aber trotz aller Bedenken mußte Moltke Conrad darin beipflichten, daß eine schnelle, erfolgreiche Offensive die Unsicherheit der Anfangstage am schnellsten beseitigen könne, und — vielleicht auch unter dem Eindrucke der damals hochgespannten Annexionskrise stehend, deren Schwere aber noch keineswegs an die kritischen Julitage von 1914 heranreichte — schrieb er am 19. März 1909 nach Wien:

„Dennoch werde ich nicht zögern, den Angriff zu machen, um die gleichzeitige österreichische Offensive zu unterstützen. Ew. Exzellenz können sich auf diese Zusage, die reiflich überlegt ist, wohl verlassen. Bedingung dabei ist, daß die Bewegungen der Verbündeten gleichzeitig angesetzt und unbedingt durchgeführt werden.“

Sollte die Ausführung der Absichten einem der Verbündeten durch den Feind unmöglich gemacht werden, so ist schnellste gegenseitige Benachrichtigung unbedingt geboten, da die Sicherheit des einzelnen ganz vom Zusammenwirken beider abhängt.“

3. Wenn Frankreich und Rußland in einem Kriege Österreich-Ungarns mit Serbien und Montenegro zunächst zurückhielten und erst später in Aktion traten, blieb die Lage für Deutschland, je nachdem, ob die beiden erstgenannten Staaten sich zugleich auf die Mittelmächte stürzten oder Frankreich nach Rußland zu den Waffen griff, die gleiche, wie sie in den Punkten 1 und 2 erörtert wurde.

Sehr wesentlich war für den österreichisch-ungarischen Generalstabschef zu wissen, wann er bei gleichzeitigem Kriegseintritt Frankreichs und Rußlands mit der Verschiebung starker deutscher Kräfte nach dem Osten rechnen durfte. Moltke äußerte sich hierüber sehr vorsichtig; seine diesbezüglichen Ausführungen vom 24. Feber 1909 lauten:

„Wird Frankreich offensiv, so kann meines Erachtens nach die Entscheidung innerhalb drei Wochen nach Beginn der Mobilisierung gefallen sein. Erwartet die französische Armee unsern Angriff in der voraussichtlichen Stellung hinter den Grenzbefestigungen, so rechne ich mit einer Entscheidung innerhalb vier Wochen. Doch können dies naturgemäß nur sehr allgemeine Daten sein.“

---

<sup>13)</sup> Conrad. Band I, Seite 404.

Im ersteren Falle würde der Abtransport nach Osten wegen der Nähe der Einladestationen sehr schnell erfolgen. Die Armeekorps würden an der Ostgrenze einschließlich Ein- und Ausladung in 9 bis 10 Tagen eingetroffen sein.“

Auch im März 1914 schrieb Moltke noch, er hoffe, daß bis zum 22. Mobilmachungstage die wichtigsten Entscheidungen schon gefallen sein werden<sup>14)</sup>. Zwei Monate später, bei der letzten Zusammenkunft Conrads mit Moltke in Karlsbad, rechnete letzterer aber schon mit einer längeren Kampfdauer an der Westfront und eröffnete seinem Wiener Amtskollegen:

„Wir hoffen in sechs Wochen nach Beginn der Operationen mit Frankreich fertig zu sein, oder wenigstens so weit, daß wir unsere Hauptkräfte gegen Osten verschieben können.“<sup>15)</sup>

Die Briefe, die in den Jahren 1910—1914 zwischen Moltke und Conrad gewechselt wurden, enthielten im allgemeinen die Versicherung des Fortbestandes der bisher eingegangenen Verpflichtungen. Wichtig war noch die Eröffnung Moltkes vom 30. Januar 1910, daß Deutschland, falls es durch Rußland zum Kriege gezwungen worden wäre, das Verhalten Frankreichs durch eine kurzfristige Sommation zu klären beabsichtigte, um sofort entscheiden zu können, ob die Verwendung der deutschen Hauptkräfte im Osten oder Westen zu erfolgen habe. Einen ähnlichen Vorgang nahm Conrad in diesem Falle Italien gegenüber in Aussicht<sup>16)</sup>. Schließlich wurde im Januar 1910 noch erörtert, daß, wenn gleichzeitig mit Rußland auch Frankreich und Italien sich in die Reihe der Feinde der Mittelmächte stellen sollten, Deutschlands Hauptkräfte zuerst gegen Frankreich, die österreichisch-ungarischen gegen Italien die Entscheidung suchen sollten, während beide Staaten gegen Rußland vorerst nur untergeordnete Kräfte auftreten lassen wollten<sup>17)</sup>.

Bei diesen Abmachungen zwischen Moltke und Conrad blieb es bis zum Ausbruche des Weltkrieges. Eine Verschlechterung der militärischen Lage der Mittelmächte trat durch die Abkehr Rumäniens vom Dreibunde ein und, obwohl die Militärkonvention noch zu Recht bestand, glaubte Conrad auf die Mithilfe der rumänischen Armee in einem Kriege gegen Rußland nicht mehr rechnen zu können; eher besorgte er, sie auf Feindesseite anzutreffen.

---

<sup>14)</sup> Conrad. Band III, Seite 610.

<sup>15)</sup> Conrad. Band III, Seite 673. (Sperrdruck vom Verfasser.)

<sup>16)</sup> Conrad. Band II, Seite 10, 59, 61.

<sup>17)</sup> Conrad. Band II, Seite 56 ff.



Schließlich traten noch einige Änderungen in den Kriegsvorbereitungen ein. In Deutschland war vom 1. April 1914 an der Aufmarsch nur mehr für einen gleichzeitigen Krieg gegen Rußland und Frankreich vorbereitet. Die Hauptkräfte konnten demnach zunächst nur im Westen versammelt werden. In Österreich-Ungarn wurde für das Mobilisierungsjahr 1913/14 der gleichzeitige Aufmarsch nach drei Fronten (gegen Rußland, Italien und Balkan) nicht mehr bearbeitet, sondern nur gegen einen der beiden Hauptgegner, doch jeder in Verbindung mit Serbien und Montenegro<sup>18)</sup>.

\* \* \*

Aus den vorstehenden Ausführungen kann entnommen werden, daß alle militärischen Maßnahmen der beiden Mittelmächte nur der Abwehr eines von ihnen nicht provozierten Angriffs Rußlands und seiner Verbündeten galten. Auf einen Angriffskrieg der Mittelmächte waren die Vereinbarungen Conrads und Moltkes keineswegs abgestimmt. Hierzu hätten in erster Linie schon die politischen Voraussetzungen gefehlt; denn weder Deutschland, noch die Donaumonarchie hatten ein positives Kriegsziel. Ersteres war in Europa saturiert und nur bemüht, seine Weltmachtstellung zu erhalten. Österreich-Ungarn wieder, innerhalb dessen Grenzen die verschiedenen Nationalitäten einander mehr oder weniger feindselig gegenüberstanden, hatte bloß das Bestreben, seinen Besitzstand, ja sogar seine Existenz zu behaupten; deshalb war Ruhe im Innern und nach außen das Leitmotiv seiner Politik.

Es ist nun, ganz im allgemeinen gesprochen, sehr gut denkbar, daß ein Staat oder eine Staatengruppe, die kein positives Kriegsziel hat, politisch daher auch keinen Angriffskrieg führen will, durch verschiedene Umstände genötigt werden kann, einen aufgezwungenen Abwehrkrieg angriffsweise auszutragen. Solche Nötigungen können zum Beispiel der Umstand sein, daß mehrere Feinde den politisch und militärisch angegriffenen Staat gleichzeitig umstellen und er seine Hauptkraft der Reihe nach gegen die verschiedenen Feinde verwenden will; weiters der für eine Verteidigung ungünstige Grenzverlauf oder die numerische Unterlegenheit des eigenen Heeres, das — namentlich, wenn es rascher operationsbereit ist — zum Ausgleich der Zahl offensiv verwendet wird, und dergleichen mehr. Allerdings muß zugegeben werden, daß namentlich bei Kriegsausbruch, in der Absicht sein Verhältnis zu den Nachbarn zu klären, der angegriffene Staat gezwungen sein

---

<sup>18)</sup> Über die konkreten Kriegsvorbereitungen Österreich-Ungarns im Jahre 1914 siehe Heft 6 der „Kriegsschuldfrage“ von 1926.

kann, das Präveniere zu spielen und daß seiner bisher friedlich geführten Politik dadurch Schwierigkeiten erwachsen können. Durch eine solche militärische Offensive des angegriffenen Staates verschiebt sich aber keineswegs die politische Grundlage des Kriegesalles.

Ähnliche Erwägungen stellten auch die beiden Generalstabschefs Conrad und Moltke an, als sie sich einigten, den ihren Staaten drohenden Abwehrkrieg an der für beide gemeinsamen russischen Front angriffsweise zu führen. Denn es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die langen, natürlicher Hindernisse entbehrenden Ostgrenzen, deren Verlauf die Umfassung der beiden Grenzländer Ostpreußen und Galizien durch den Feind von Haus aus ermöglichte, nicht durch Stehenbleiben im Grenzraume und Abwarten des russischen Angriffs geschützt werden konnten. In der nach vorwärts gerichteten, zunächst auf Frontverkürzung abzielenden Offensive beider verbündeten Heere, deren strategische Zusammenwirkung hierzu unerläßlich schien, erblickte man die einzige Möglichkeit, die Heimat vor dem Einfall der russischen Massen zu schützen. Auch die Operationen an den andern Fronten, so der deutsche Angriff nach Frankreich, hatten nur den Zweck, diese Feinde rasch zu erledigen, um sich dann der angriffsweisen Abwehr des übermächtigen Moskowiterheeres zuwenden zu können. Hiermit ist aber auch erwiesen, daß eines der hervorstechendsten Merkmale eines planmäßig vorbereiteten Angriffskrieges, der den Mittelmächten zur Last gelegt wird, fehlt, nämlich die damit beabsichtigte dauernde Erwerbung feindlichen Gebietes. Selbst Serbien gegenüber war dies nicht geplant, gegen eine solche hatte schon Ungarn entschieden Stellung genommen, weil ihm jede Vermehrung des nichtmagyarischen Elementes unerwünscht war. — Schließlich kann nicht unerwähnt bleiben, daß die Vereinbarungen zwischen Conrad und Moltke eigentlich gar nicht im Sinne einer Militärkonvention gewertet werden können, denn ihnen fehlte, um als internationale Verabredung zu gelten, das aktenmäßige Einverständnis beider Regierungen. Die getroffenen Vereinbarungen kamen im Jahre 1914 von deutscher Seite auch nicht im vollen Umfange zur Ausführung<sup>18a)</sup>.

Ungleich bindender als die Abmachungen Conrads und Moltkes war die französisch-russische Militärkonvention, die ihrem Wort-

---

<sup>18a)</sup> Nach deutscher Auffassung war als Aufgabe der deutschen Oststreitkräfte nur die Bindung der russischen Narew-Armee vereinbart worden. Diese Aufgabe ist auch erfüllt worden. Die Schriftleitung.

laute nach allerdings auch nur das für einen Defensivkrieg Nötige vorzusorgen hatte. In den alljährlichen Verhandlungen zwischen dem französischen und russischen Generalstabe wurden jedoch Angriffsrichtungen und Kräfteaufgebot der beiden verbündeten Heere in einer Weise vereinbart, die ganz den positiven Kriegszielen der beiden Staaten entsprachen<sup>19)</sup>. Rußland erstrebte den ungeteilten und endgültigen Besitz der Meerengen sowie die Hegemonie auf dem Balkan, was nur durch Zertrümmerung Österreich-Ungarns und Niederwerfung seines deutschen Bundesgenossen erreichbar war; Frankreich ersahnte die Rückeroberung von Elsaß-Lothringen und einigte sich daher unschwer mit seinem Verbündeten in der Losung: „nach Berlin“. Höchst beachtenswert ist hierbei, daß, als bei den letzten Besprechungen zwischen dem russischen und französischen Generalstabe in den Jahren 1912 und 1913 die gemeinsamen Tätigkeiten ihrer Streitkräfte vereinbart wurden, man diesen Punktationen die These voranstellte, daß der Ausdruck „Verteidigungskrieg“ nicht wörtlich genommen werden brauche, sondern es im Gegenteil notwendig sei, Offensivaktionen des russischen und französischen Heeres energisch und womöglich gleichzeitig durchzuführen<sup>20)</sup>. Da diesen Angriffshandlungen Rußlands und Frankreichs aber positive Kriegsziele zugrunde lagen, den militärischen Abmachungen der Mittelmächte aber nicht, mag der Leser selber urteilen, ob die in pflichtgemäßer Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten von Conrad und Moltke getroffenen Vereinbarungen über das politische Defensivbündnis, das die beiden Kaiserstaaten verband, hinausgegangen sind.

---

<sup>19)</sup> Gunther Frantz. Rußland auf dem Wege zur Katastrophe. Berlin. 1926. Seite 80.

<sup>20)</sup> J. K. Zichowitsch. Strategische Skizzen des Weltkrieges 1914 bis 1918. I. Teil. Moskau. 1922. Seite 3 ff.

---

## Pashitch on the Situation on July 31, 1914.

In that reconstruction of the historical events which is necessary if we are to arrive at a correct conclusion in the war-guilt question, vivid and impressionist details are often lacking, although such details are really indispensable in determining the degree of responsibility of individual statesmen for the outbreak of the catastrophe. For this reason we print below a document that was written entirely under the fresh impression of the events of the July crisis. This document, probably because addressed to a soldier, is drawn up in a form almost military in its directness and clearness and is therefore the more valuable as a piece of evidence.

The report in question was despatched by Pashitch on July 31, 1914, to the Chief of the General Staff of the Serbian Army Supreme Command in Kragujevac. It is taken from a work published in the Serbian language entitled "The War between Serbia and Austro-Hungary, 1914" written by the retired Serbian general Jivko G. Pavlovic and published by the Graphic Institute X Makavije at Belgrade. The extract here given will be found in the first volume of this work, "The Battle on the Jadra, August 1914". Although this book appeared as far back as 1914 it has never been translated into German or any other of the principal European languages nor have we seen the document we here give quoted elsewhere.

The contents of the document need no commentary. They throw into sharp relief the responsibility not only of Russia and France but also of England for the War.

(The Editor.)

**T**he Serbian Prime Minister on July 31, 1914 (or July 18 according to the Serbian calendar) despatched to the chief of the General Staff of the Army Supreme Command in Kragujevac the following political bulletin:

„I have the honour to give you for your information a brief outline of the political situation as it stands at present.

The development of events in the Austro-Serbian dispute depends mainly on Russia's attitude.

Russia has declared that she will make every effort first and foremost to arrive at a peaceful solution of the question at issue. Should the Austrian troops cross the Serbian frontier she would, she asserts, be compelled to intervene for the protection of Serbia.

The reports received from our Minister at Petersburg state that Russia is now negotiating and is prolonging the negotiations in order to gain time for the mobilisation and concentration of her army. When her mobilisation is finished she will declare war on Austria.

— The mobilisation order (according to the first news received, for



13 corps; according to the second, for 23 military districts) has been already published with regard to the Austrian frontier. The army which is destined to fight against Germany has not yet been mobilised, Russia not wishing to challenge Germany.

There is still a belief that it will be possible to avoid a general war which would involve all Europe; it is for this reason that Russia is regulating her demeanour in a manner calculated not to lead to war with any country besides Austria. The possibility that Germany will be forced to come into the war in defence of Austria is also reckoned with; it is for this reason that Russia is secretly taking measures for mobilisation against Germany. The Czar of Russia has written to the Crown Prince of Serbia a letter in which among other things he says that Russia will under no circumstances leave Serbia in the lurch. Her wish is to settle the dispute or conflict in a peaceful way and without bloodshed, while, however, safeguarding Serbia's dignity. Should these efforts come to naught, Russia will, she says, have a care for Serbia's destiny. As we are left without funds, we have asked for assistance and have today received a despatch to the effect that twenty millions have been placed at our disposal.

In my opinion, and as far as I can judge the political situation, the European war can only be averted by very big sacrifices on the part of Austria; but there is no probability that Austria will withdraw and agree to a compromise.

Germany who at first stood by Austria (as long as she still believed that Russia would not intervene) has begun to show hesitancy and has turned to Russia with the statement that a peaceful way out should be sought, as she does not wish for war. Perhaps Germany is trying this measure only for the purpose of proving to her people how anxious she was to keep the peace and that she did not succeed in doing so. — However one may interpret Germany's action in this matter, one gets the impression that she is dissatisfied with Austria but that she finds herself compelled to support the latter out of consideration for the fact that after a defeat of Austria her own position would be very considerably weakened.

Italy immediately declared that she was dissatisfied with the step Austria had taken as the Austrian Note had not been communicated to her; she therefore considers herself released from the duty of lending military assistance to Austria; she has declared that she wishes to have a free hand for herself and that she intends to await further developments.

Italy advises us to accept the Austrian demands, that is to say the Austrian Note; in practice, she says, the importance of this Note will diminish; we ought she thinks to await the moment when we can regulate our relations with Austro-Hungary in a radical manner. One may define Italy's attitude by saying that she is dissatisfied with Austria's step, but being unable to join the camp of Austria's opponents she supports any action that makes for a peaceful settlement.

France stands firmly by Russia and is preparing measures for mobilisation. She is waiting for Germany. As soon as the latter country announces mobilisation, France too will mobilise.

England which at the beginning was hesitant and more on the side of those who wished to maintain peace, has of her own free will informed our Minister that our answer was satisfactory and that she is astonished that it was declined by Austria. She has further declared that if any one Great Power should intervene, then all the Powers will interfere. She has mobilised her fleet.

Rumania and Greece have undertaken a *démarche* in Sofia and declared that they would interfere in the war as soon as Bulgaria attacked Serbia with her army. They have agreed to hold Bulgaria in check to prevent her intervening. Otherwise they will not intervene in our dispute with Austria. Not until a general war breaks out will they decide, that is, declare whether they will take up a position against Austria.

From Turkey we have no official intimations. The Turkish Minister, who was yesterday received by the Crown Prince, has told me privately that it was his personal conviction that Turkey would remain neutral.

Montenegro will go into the war together with us. With regard to this you have already been informed. Now you must choose the officers who are to conduct the operations of the Montenegrin army in agreement with our General Staff. The most direct connections possible with Montenegro are necessary, especially a new telephone line.

This is the political situation.

Yours very faithfully,

N. P. Pashitch, Prime Minister.<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Übersetzung aus dem Deutschen. Vergl. Oktoberheft dieser Zeitschrift.

## Eine Kriegsschulddiskussion zwischen Harry Elmer Barnes und Bernadotte E. Schmitt.

Deutsche Übersetzung des stenographischen Berichts über das Luncheon Meeting des Chicagoer „Council on Foreign Relations“ am 3. April 1926. (Pamphlet Nr. 8.)

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind die Professoren Bernadotte E. Schmitt von der Universität Chicago und Harry Elmer Barnes von Smith College in letzter Zeit am meisten in der Kriegsschuldfrage hervorgetreten. Beide Professoren sind Anhänger des Revisionismus in der Kriegsschuldfrage, gehen aber in der Auffassung und Auslegung der geschichtlichen Tatsachen in mancher Hinsicht auseinander.

Wir geben in folgendem die Übersetzung einer Diskussion wieder, die zwischen den beiden Professoren am 3. April 1926 in dem Chicagoer „Council on Foreign Relations“ stattgefunden hat, und aus der die verschiedenen Standpunkte der beiden Professoren ersichtlich werden.

Wir sind der Ansicht, daß diese Diskussionen eine gute Grundlage für weitere sachliche Auseinandersetzungen in der Kriegsschuldfrage bilden können. Da, wo es notwendig oder wünschenswert erschien, unsere eigene abweichende Auffassung darzulegen, Ergänzungen oder Hinweise zu bringen, haben wir dies in Fußnoten vermerkt.

Es wäre zu wünschen, daß auch bei uns die Diskussion über die Kriegsschuldfrage frei von parteipolitischen Standpunkten in ähnlicher Weise geführt würde, wie dies hier bei den beiden amerikanischen Professoren der Fall ist.

Die Schriftleitung.

**H**err William P. Sidney, Vorsitzender: Die Chicagoer Vereinigung für Auswärtige Angelegenheiten hat gewartet, bis die Zeit gekommen sein würde, wo die Frage des Ursprungs des großen Krieges in ihrer Gegenwart im Geiste der Unvoreingenommenheit und zu einem bestimmten aufbauenden Zwecke würde erörtert werden können.

Während des Krieges hätte eine solche Erörterung wegen der vom Kriege erzeugten Gehässigkeit und Erbitterung nicht stattfinden können. Auch in der auf den Waffenstillstand folgenden Zeit, als die Vertreter der verschiedenen Nationen sich mit der Schuld-, Entschädigungs- und Reparationsfrage herumschlügen, hätte die Erörterung keinen besseren Erfolg gehabt.

Jetzt sind wir aber zu einem dritten Zeitabschnitte gelangt, wo der Gelehrte und der Geschichtschreiber das früher von den Soldaten und den Diplomaten beherrschte Feld in Besitz genommen

haben, und es sollte uns möglich sein, den unbefangenen Forschungen solcher Männer, die ein klares und sicheres Licht auf diese umstrittene Frage werfen wollen, Vertrauen entgegenzubringen.

Zum Glück haben wir heute zwei solche Männer als Redner hier, Herrn Harry E. Barnes, Professor der historischen Sociologie am Smith College, und Herrn Bernadotte E. Schmitt, Professor der neuen Geschichte an der Universität Chicago.

Sie werden wichtiges, in den letzten Jahren zum Vorschein gekommenes, auf den Kriegsursprung bezüglichen Dokumentenmaterial besprechen. Es ist nicht zu erwarten, daß sie bei der Auslegung dieses Materials in allen Punkten übereinstimmen werden. Das wäre merkwürdig. Es sind Männer mit selbständigen Gedanken und mit eigener Überzeugung, und gerade aus diesem Grunde haben wir sie eingeladen, heute zu uns zu sprechen.

Wenn sie aber auch möglicherweise in ihren Schlußfolgerungen voneinander abweichen, können wir doch die Überzeugung haben, daß sie sich in dem Endzwecke begegnen, der sie bei der Behandlung dieses Gegenstandes leitet und der darin besteht, ihn im Interesse der historischen Genauigkeit zu erörtern. Und es ist zu hoffen, daß, wenn nachher aus dem Saale irgendwelche Fragen an die Redner gestellt werden, dies in einer Weise geschieht, daß dieser höhere Gesichtspunkt bei der Erörterung gewahrt bleibt. Es wird nachher Gelegenheit geboten werden, Fragen bezüglich der Tatsachen an die Redner zu richten.

Das Programm sieht zunächst eine Eröffnungsansprache von Professor Barnes vor. Auf sie wird Professor Schmitt erwidern. Beide Herren werden Gelegenheit haben, einander kurz zu antworten, und dann wird Gelegenheit geboten, vom Saale aus Fragen zu stellen.

Es ist mir ein großes Vergnügen, Professor Barnes als unseren ersten Redner vorzustellen. (Beifall.)

Professor Harry E. Barnes: Ich freue mich sehr über die Gelegenheit, dieses Thema der Kriegsschuld vor einer so gebildeten und fortschrittlichen Zuhörerschaft behandeln zu können. Ich bin überzeugt, daß die Gelegenheit nicht zu der üblichen Form einer Debatte führen wird, deren Zweck gewöhnlich der ist, daß eine Gruppe den Sieg über die andere davonträgt. Ich denke nicht, daß Professor Schmitt und ich ein Interesse daran haben, einander zu besiegen, sondern vielmehr von dem Wunsche geleitet werden, dasjenige vorzubringen, was wir für die Tatsachen halten, die die eigentliche Verantwortung für den Weltkrieg begründen.



Ich bin überzeugt, daß wir die Erörterung in vollkommen freundlicher Form führen werden, und hoffe, das Auditorium wird sich derselben Grundstimmung befleißigen.

Ich habe dieses Thema zu verschiedenen Malen kurz zu behandeln versucht und habe das Gefühl, daß ich, wenn ich meine Notizen nicht bei mir habe, zu weit aushole, oder daß ich, wenn ich mich auf einen bestimmten Zeitabschnitt beschränken muß, nicht dazu komme, die wichtigeren Dinge zu berühren; deshalb will ich heute meine erste Ansprache vorlesen und dann später, wenn Zeit genug übrig bleibt, eine Besprechung aus dem Stegreif anschließen.

Es ist das erstemal in der Geschichte der Menschheit, daß die Generation, die einen großen Krieg erlebt hat, in den Stand gesetzt worden ist, Aufschlüsse zu erhalten, die die Basis für eine genaue Kenntnis der Ursachen und der Verantwortung für den Krieg bilden können. Bisher haben die Staaten die Dokumente in den auswärtigen Ämtern, die über die Tatsachen betreffs der Kriegsschuld hätten Aufschluß geben können, geheim gehalten. Es ist selten vorgekommen, daß solche Dokumente eher als vierzig bis hundert Jahre nach dem Ereignisse veröffentlicht worden sind. So besaßen wir z. B. im Jahre 1914 keine vollständige dokumentarisch belegte Kenntnis von den Ursachen und von der Verantwortung für den französisch-preußischen Krieg vom Jahre 1870. Die Gründe, warum wir gegenwärtig so besonders günstig gestellt sind, liegen klar zutage. In Deutschland, Österreich und Rußland sind die Regierungen, die während des Weltkrieges am Ruder waren, gestürzt und durch neue verdrängt worden. Die letzteren hatten den Wunsch, ihrem Bestande und ihrer Macht auf jede mögliche Weise mehr Dauerhaftigkeit zu sichern, und meinten, diese könnte zum Teil durch die Diskreditierung der früheren Regierungssysteme geschehen.

Ein Mittel, sie zu diskreditieren, sollte sein, womöglich zu zeigen, daß die älteren Regierungen für den Jammer und das Elend, die der Weltkrieg mit sich gebracht hat, verantwortlich gewesen sind. Dies führte zur Öffnung der Geheimnisse der auswärtigen Ämter in Deutschland, Österreich und Rußland und zur späteren Veröffentlichung der wichtigen Dokumente unter sachverständiger Redaktion. Die deutschen und die österreichischen Dokumente geben uns vollkommenen Aufschluß über die Beziehung, in der die Mittelmächte zum Kriegausbruche gestanden haben, und die Tatsache, daß Rußland mit Frankreich und England eng alliiert war, macht die russischen Dokumente nicht nur bedeutungsvoll mit Beziehung auf Rußland selbst, sondern liefert uns auch

den größten Teil der schlüssigen Information mit Bezug auf die Politik und die Tätigkeit der französischen und der englischen Regierung während der Krisis im Juli und August 1914. Die britische Regierung selbst hat sich neuerdings mit der Veröffentlichung der Geheimdokumente in ihren eigenen Archiven einverstanden erklärt, und binnen kurzem werden wir diese Information, sorgfältig redigiert im Drucke, besitzen.

So ist also die vollständige Umwälzung in der Stellungnahme der Gelehrten zu der Frage der Verantwortung für den Weltkrieg keineswegs etwa einer bloßen Schwingung des psychologischen Pendels in der Richtung der Entfernung vom glühenden Hasse gegen Deutschland während des Weltkrieges oder der seit 1918 einsetzenden deutschen Propaganda zu danken, sondern ist eine unvermeidliche Folge der Tatsache, daß wir heute die Verhältnisse wirklich genau kennen, während wir uns 1914 bis 1918 lediglich von der Propaganda der Regierungen leiten ließen, die die Geheimnisse bezüglich der wirklichen Verantwortung für den großen Jammer ängstlich hüteten. Um diese neue Information oder ihre Quellen ist nichts Geheimnisvolles oder Esoterisches. Gegenwärtig ist so gut wie das ganze Quellenmaterial auf englisch oder in vorzüglichen englischen Übersetzungen veröffentlicht, und jeder Strebsame könnte es in drei Wochen mühelos durchlesen und verdauen, sofern er in der diplomatischen Geschichte der Neuzeit hinreichend orientiert ist. Es wäre gewiß eine Unterlassungssünde ersten Ranges, wenn Gelehrte diese einzig dastehende Gelegenheit nicht ausnützten, um die gefährliche und bedrohliche Kriegspsychose des Hasses und der Mythe zu zerstören und das uns jetzt zur Verfügung stehende solide und substantielle Tatsachen- und Erkenntnismaterial an ihre Stelle zu setzen.

Das allgemeine europäische System nach 1870 machte, da es auf Nationalismus, Militarismus, Geheimbündnisse und imperialistische Ziele basiert war, Europa natürlich zum Kriege hin geneigt. Doch erklärt das System nicht, warum es im Jahre 1914 zum Kriege kam, da sich doch Europa viele Jahre vor diesem Zeitpunkte in derselben Gesamtlage befunden hatte, wenn auch gewisse Fragen in den dem Weltkriege unmittelbar vorhergehenden Jahren, besonders im nahen Orient und in Marokko, sich mehr zugespitzt hatten.

Das im Jahre 1894 abgeschlossene französisch-russische Bündnis wurde im Jahre 1912 durch die gemeinsame Tätigkeit von Iswolski und Poincaré in eine Offensivorganisation umgewandelt. Beide erkannten, daß der Hauptzweck der russischen und französ-

sischen auswärtigen Politik, die Besitznahme der Meerengen und die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, nur durch einen allgemeinen europäischen Krieg verwirklicht werden könnte. Von 1912 bis 1914 war der Inhalt ihrer gemeinsamen Pläne: 1. die Lage auf dem Balkan so zu drehen, daß sie die Möglichkeit bekämen, jede beliebige Krisis, die möglicherweise einen europäischen Krieg entfachen könnte, zu ihrem Vorteile auszunutzen, 2. ein Arrangement zu treffen, daß England derartig mit hinein verwickelt würde, daß ihm nichts übrig bliebe, als an der Seite Frankreichs und Rußlands aktiv teilzunehmen, 3. eine große Verstärkung der militärischen Vorbereitungen in Frankreich und Rußland.

Man entschied sich dafür, daß Serbien der günstigste Boden sein würde, wo sich der erwünschte Balkanzwischenfall schaffen liesse. Daher wurde der serbische Nationalismus kräftig gefördert und besonders gegen die Balkanstellung Österreichs gelenkt. Im Februar 1914 empfing der Zar den serbischen Ministerpräsidenten, erbot sich, die serbischen Pläne zu fördern und versprach Serbien Waffen und Munition für den bevorstehenden europäischen Krieg<sup>1)</sup>. Im Februar 1914 faßten die Russen in einem geheimen Kronrat Beschluß über die zu ergreifenden Schritte, sobald der europäische Krieg ausbräche. Zeitig im Frühjahr 1914 zettelte ein hoher Offizier im serbischen Generalstabe ein Komplott zur Ermordung des österreichischen Erzherzogs Franz Ferdinand an und brachte es zur Reife. Die serbische Zivilregierung hatte annähernd einen Monat vor der Ausführung des Anschlages davon Kenntnis, machte aber keine ernstlichen Anstrengungen, den Anschlag zu verhindern oder Österreich zu warnen. Hochstehende Russen wußten gleichfalls um den Anschlag, doch steht noch nicht fest, bis zu welchem Grade Rußland mitschuldig gewesen ist.

Als der Mord geschehen war, erkannten die Franzosen und Russen, daß der bevorstehende Zusammenstoß zwischen Österreich und Serbien eine vorzüglich geeignete Gelegenheit bilden würde, mit deren Hilfe man den ersehnten europäischen Konflikt herbeiführen könnte. Das Jahr 1914 kam der Entente ganz besonders gelegen, denn es lag ernste Gefahr vor, daß sich in England freundlichere Beziehungen zu Deutschland entwickeln könnten und daß es den französischen Radikalen gelingen könnte, die Aufhebung des französischen Heeresgesetzes vom Jahre 1913 zu erreichen. In Rußland drohte eine wirtschaftliche Revolution, die durch einen Krieg sicher abgewendet werden würde. Ferner hatte Frankreich 1914

---

<sup>1)</sup> Siehe deutsches Weißbuch, Juni 1919, S. 130 ff. Die Schriftleitung.

vier Klassen unter den Fahnen<sup>2)</sup>. Spät im Juli 1914 fuhr Poincaré nach St. Petersburg, erneuerte, ehe er die Bedingungen des österreichischen Ultimatums kannte, sein Versprechen vom 17. November 1912, Rußland in einem Kriege, der wegen des Balkans ausbrechen würde, zu unterstützen, und deutete an, daß der wahrscheinliche österreichisch-serbische Konflikt unter die Bedingungen fallen würde, die Voraussetzung für die Unterstützung Rußlands durch Frankreich in einer Balkanintervention waren.

Das französisch-russische Programm im Jahre 1914 bestand darin, Serbien zu anscheinender Versöhnlichkeit und zu Scheinkonzessionen zu veranlassen und eine scheinbare französisch-russische Bereitwilligkeit zur Beilegung des Streitfalles auf diplomatischem Wege an den Tag zu legen, während geheime französisch-russische militärische Vorbereitungen betrieben werden sollten, die letzten Endes eine diplomatische Schlichtung unmöglich machen würden. Deshalb riet Rußland Serbien dringend, Österreich nicht den Krieg zu erklären, und damit man sicher wäre, daß die serbische Antwort an Österreich versöhnlich genug ausfiele, wurde die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum im französischen Auswärtigen Amte von Philippe Berthelot in großen Zügen entworfen<sup>3)</sup>. Rußland lag nichts daran, daß Serbien durch eine vorzeitige Kriegserklärung an Österreich die Dinge überstürzte, denn das würde die europäische, insbesondere die englische öffentliche Meinung ungünstig beeinflußt und auch für Rußland, dessen Mobilmachung in seinem ausgedehnten Gebiet im Vergleich zu Deutschland und Österreich notgedrungen langsamer vor sich ging, viel zu rasch militärische Handlungen herbeigeführt haben. Die serbische Antwort an Österreich war so geschickt abgefaßt, daß sie den Anschein erweckte, als ob sie viele Zugeständnisse mache, während sie in Wirklichkeit nichts von bedeutender Wichtigkeit zugestand. Sie war schlau daraufhin berechnet, Österreich zu weiterer Angriffstätigkeit gegen Serbien zu reizen, aber diese Angriffstätigkeit in der öffentlichen Meinung Europas zu diskreditieren. Tatsächlich wurde das so geschickt durchgeführt, daß sogar der Kaiser getäuscht wurde, der es für eine den österreichischen Forderungen genügende Antwort hielt.

---

<sup>2)</sup> Es waren nur drei Klassen unter den Fahnen. Die Schriftleitung.

<sup>3)</sup> Als Quelle für diese Behauptung Barnes' ist uns nur bekannt: „*Les origines immédiates de la guerre*“, S. 60, dort heißt es: „On a prétendu que M. Berthelot avait inspiré les termes même de la note serbe“. Die Schriftleitung.



In dem Augenblicke, wo Rußland und Frankreich am 24. Juli die Bedingungen des österreichischen Ultimatums an Serbien erfüllen, begannen sie das zwiefache Programm diplomatischer Ab-sperrung in Verbindung mit geheimen militärischen Vorbereitungen, das am Nachmittage des 30. Juli einen europäischen Krieg unvermeidlich machte. Baron Schilling erzählt uns in seinem Autorität verdienenden Tagebuche, daß Sasonow in dem Augenblicke, wo er am 24. Juli das österreichische Ultimatum an Serbien gelesen habe, ausgerufen habe: „Das bedeutet den europäischen Krieg!“ Dobro-rolski gibt gleichfalls offen zu, daß die russischen militärischen Kreise vom 24. an den europäischen Krieg für unvermeidlich angesehen und unausgesetzt mit der größtmöglichen Beschleunigung an den Vorbereitungen dazu gearbeitet haben. Am 24. schickte Rußland Serbien eine diplomatische Botschaft, worin es zur Mäßigung riet, beschloß aber gleichzeitig die Mobilmachung der vier großen Militärbezirke in Mittel- und Südrußland sowie der beiden russischen Flotten. Auch wurde russisches Geld in Deutschland und Österreich gekündigt. An demselben Tage telegraphierte Viviani an das französische Außenministerium, die österreichisch-serbische Lage werde wahrscheinlich ernsthafte europäische Verwicklungen herbeiführen, und die französischen Truppen in Marokko wurden heimbeordert. Am 26. Juli begannen beide Länder ihre systematischen militärischen Kriegsvorbereitungen.

Am 28. Juli war der Zeitpunkt gekommen, wo die russischen militärischen Vorbereitungen soweit gediehen waren, daß man zu einer allgemeinen Mobilmachung schreiten konnte, und am nächsten Tage wurde der Zar dazu überredet, den Befehl hierzu zu genehmigen. Ein Telegramm vom Kaiser veranlaßte ihn jedoch, den Befehl zu widerrufen, aber am 30. erpreßten Sasonow und die Armeeoffiziere dem Zaren wieder die widerwillig gegebene Einwilligung in den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung. Sobald Sasonow den Widerstand des Zaren überwunden hatte, lief er die Treppen hinunter, telephonierte an den Generalstabschef Januschkewitsch, sagte ihm, er solle den Mobilmachungsbefehl Dobrorolski aushändigen, und befahl ihm, sein Telephon zu zerschlagen und sich für den Rest des Tages außer Sichtweite zu halten, so daß er nicht aufzufinden sei, falls irgend etwas den Zaren veranlassen sollte, mit Bezug auf die Mobilmachungspolitik wieder anderen Sinnes zu werden.

Die Franzosen und Russen hatten schon seit einer Generation begriffen, daß keine Möglichkeit mehr bestünde, einen allgemeinen europäischen Krieg zu verhindern, sobald die russische allgemeine Mobilmachung befohlen sei. General Dobrorolski hat mit großer

Offenheit ausgesprochen, daß sich 1914 sowohl die russischen Militär- als auch die Zivilbehörden vollkommen klar darüber waren, daß der europäische Krieg da war, sobald am Spätnachmittag des 30. Juli der Mobilmachungsbefehl aus dem Haupttelegraphenamt in St. Petersburg hinausgesandt worden war. Um mit Dobrorolskis eignen Worten zu reden: „Nachdem dies (der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung) einmal beschlossen ist, gibt es keinen Weg zurück. Dieser Schritt bestimmte automatisch den Anfang des Krieges. Der Befehl war in allen größeren Städten unseres ungeheuren Landes bekannt geworden. Keine Änderung war möglich. Das Vorspiel zum großen historischen Drama hatte begonnen“<sup>4)</sup>.

Die französischen amtlichen Stellen waren über die Natur und den Fortgang der russischen militärischen Vorbereitungen vollkommen unterrichtet worden, machten aber keine Anstrengung, ihnen Einhalt zu tun, obwohl die Franzosen ganz gut wußten, daß diese militärische Tätigkeit einen europäischen Krieg unvermeidlich machen mußte. Nach einer Geheimsitzung am 29. forderten sie in der Tat die Russen dringend auf, ihre militärische Tätigkeit zu beschleunigen, aber dabei größere Vorsicht walten zu lassen, damit nicht England stutzig gemacht oder Deutschland zu einer Gegenmobilmachung veranlaßt würde. In der Nacht vom 31. Juli ging die französische Regierung noch weiter, entschied sich offen für den Krieg und händigte am 31. um Mitternacht Iswolski die Mitteilung hierüber ein. Frankreich war also das erste Land, das sich in der europäischen Krisis des Jahres 1914 für den Krieg erklärte.

Die österreichischen Staatsmänner entschieden sich 1914 dafür, daß die Zeit gekommen sei, wo der serbischen Bedrohung notwendigerweise Einhalt getan werden mußte, und sie planten bewußt ein Ultimatum an Serbien von solcher Härte, daß es Serbien schlechterdings so gut wie unmöglich wäre, alle österreichischen Forderungen zu bewilligen. Der Plan war also, scheinbar diplomatisch vorzugehen, aber auf eine Art Strafkrieg hinzusteuern. Dieses Programm war demjenigen von Frankreich und Rußland sehr ähnlich, nur mit dem sehr wesentlichen Unterschiede, daß Österreich weiter nichts als eine Strafexpedition herbeiführen wollte, während die Pläne Frankreichs und Rußlands einen allgemeinen europäischen Konflikt ins Auge faßten. Dies ist der wichtigste Punkt, den man beachten muß, wenn man die relative Kriegsschuld Österreichs gegen diejenige Frankreichs und Rußlands abwägt. Rußland hatte keine moralische Grundlage für die von ihm im Jahre

---

<sup>4)</sup> Vgl. General Sergej Dobrorolski „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914“, S. 29. Die Schriftleitung.

1914 übernommene Rolle eines Beschützers der Serben. Rußland war es gewesen, das im Jahre 1908 die Annexion von Bosnien und der Hercegovina angeregt hatte<sup>5)</sup>. Noch bezeichnender ist, daß Rußland im Herbst 1911 der Türkei das Angebot machte, die Türkei gegen die slavischen Balkanvölker in Schutz zu nehmen, wenn die Türkei Rußland die Meerengen öffnete<sup>6)</sup>.

Deutschland, das früher Serbien freundlich gesinnt gewesen war, geriet durch die Ermordung des Erzherzogs und die daraus sich ergebende Bedrohung seines Hauptverbündeten in Bestürzung. Deshalb ging Deutschland zunächst darauf ein, Österreich in seinem Plane, sein Strafprogramm gegen Serbien durchzuführen, den Rücken zu decken, und drang in Österreich, die Sache zu beschleunigen. Die Antwort der Serben auf das österreichische Ultimatum machte jedoch auf den Kaiser den Eindruck, daß sie zufriedenstellend sei, und von der Zeit an war er stark gegen ein österreichisches militärisches Vorgehen gegen Serbien eingenommen<sup>7)</sup>. Lange vor der russischen Mobilmachung nahm er seinen Blankoscheck an Österreich zurück. Im Verein mit Sir Edward Grey begann Deutschland am 27. Juli Österreich die Eröffnung direkter Verhandlungen mit Rußland und den Vermittelungsweg in seinem Streite mit Serbien dringend anzuraten. Zuerst lehnte es Österreich ab, auf diesen Rat zu hören, und erklärte am 28. Serbien den Krieg. Deutschland geriet in noch größere Bestürzung, als verlautete, daß Rußland militärische Vorbereitungen treffe, und übte auf Österreich einen energischen Druck im Sinne einer diplo-

---

<sup>5)</sup> Siehe Schriftwechsel zwischen dem Kaiser Franz Joseph und dem Zaren Nikolaus II. über die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, „Die Kriegsschuldfrage“, Aprilheft 1926, S. 248, wo es heißt: „Vor allem war ich überrascht, von Dir zu erfahren, Baron Ährenthal habe im vergangenen Herbst Deinem Außenminister gegenüber neue Pläne, die den normalen Gang der Ereignisse nur stören konnten, präsentiert . . .“ Diese neuen Pläne (es handelt sich zweifellos um die Annexion von Bosnien und der Herzegowina) waren in den allgemeinen Vorschlägen enthalten, mit denen Dein Minister zwei Monate vor der Zusammenkunft in Buchlau Baron Ährenthal überrascht hat. Mein Minister, der sich nicht gestattet hätte, die Projekte Iswolskis ohne meine Einwilligung zu kritisieren, war fest überzeugt, daß dieser von Dir bevollmächtigt war, sie mitzuteilen.“ Die Schriftleitung.

<sup>6)</sup> Es kommen wohl hier in erster Linie die Verhandlungen des russischen Botschafters in Konstantinopel, Tscharykow, mit der Hohen Pforte im Sommer 1912 in Frage. Die Schriftleitung.

<sup>7)</sup> Der Kaiser war nicht gegen jedes militärische Vorgehen, sondern verlangte, wie auch Sir Edward Grey, daß das militärische Vorgehen mit einem beschränkten Ziel (Halt in Belgrad) erfolgen sollte. Die Schriftleitung.

matischen Beilegung des Streites aus. Deutschland verwarf nur eine der für die Beilegung der Krisis von 1914 vorgeschlagenen Methoden und legte als Ersatz dafür einen Plan vor, von dem Grey selbst zugegeben hat, daß er besser war als der verworfene.

Österreich gab nicht nach und willigte erst am 31. Juli in Verhandlungen mit Rußland, das war aber zu spät, um einen allgemeinen europäischen Krieg abzuwenden, weil damals die russische Mobilmachung im vollen Gange war. Deutschland bemühte sich ohne Erfolg, die Einstellung der militärischen Tätigkeit in Rußland zu erreichen, und erklärte dann nach unerwartetem Zaudern und Überlegen Rußland den Krieg.

Die mit vollem Einverständnis der Franzosen unternommene russische allgemeine Mobilmachung wurde zu einer Zeit angeordnet, wo diplomatische Verhandlungen einer befriedigenden Lösung der wichtigeren Probleme in der Krisis rasch zustrebten und wo England und Deutschland sich in voller Übereinstimmung über die Richtung befanden, die die Verhandlungen zu nehmen hatten. Daher leitete die russische allgemeine Mobilmachung nicht nur die militärischen Feindseligkeiten ein, sondern war auch der Hauptgrund für das Scheitern der diplomatischen Bemühungen. Ehe die russische Mobilmachung angeordnet wurde, versicherte der österreichische Botschafter in St. Petersburg Sasonow wiederholt, daß Österreich die territoriale Integrität Serbiens achten würde, und Sasonow gab zu, daß er bezüglich dieses Punktes überzeugt sei. Irgendwelcher diplomatische Vorteil, den Rußland etwa aus der Mobilmachung gewinnen wollte, hätte sich durch eine Teilmobilmachung gewinnen lassen, die eine deutsche militärische Intervention nicht notwendig gemacht haben würde. Sasonow hatte es jedoch mit aller Schärfe abgelehnt, diesen Plan gutzuheißen.

England war für den Frieden, vorausgesetzt, daß Frankreich nicht in den Konflikt hineingezogen würde, aber Grey war entschlossen, in den Krieg einzutreten, falls Frankreich darin verwickelt würde<sup>8)</sup>. Da Frankreich von Anfang an entschlossen war, zusammen mit Rußland auf den Krieg zuzusteuern, und da Grey es ablehnte, Frankreich oder Rußland zu zügeln zu versuchen, war die unmittelbare Folge, daß England davon abgelenkt wurde, die deutschen Bemühungen um eine diplomatische Beilegung der Krisis

---

<sup>8)</sup> Vgl. auch Pasčić über die Lage am 31. Juli 1914, „Die Kriegsschuldfrage“, Oktoberheft 1926, S. 372, wonach England dem serbischen Gesandten erklärte: „Wenn sich irgendeine Großmacht einmischte, so werden sich alle Mächte einmengen.“ Die Schriftleitung.



zu fördern, und daß es dazu gebracht wurde, den militärischen Angriff Frankreichs und Rußlands zu dulden. Grey hatte sich für den Eintritt in den Krieg entschieden, ehe Belgien überfallen worden war und nachdem Deutschland sich erboten hatte, sich von Belgien fernzuhalten und sich des Angriffs auf Frankreich zu enthalten, wenn England neutral bliebe. Tatsächlich hatte Lichnowsky sogar angeregt, Deutschland könnte die Integrität Frankreichs und der französischen Kolonien im Kriegsfall garantieren, wenn England Neutralität verspreche. Die belgische Frage war also in England ein bloßer Vorwand, den Grey ausbeutete, um die britische öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzubringen und sich der britischen Unterstützung der Kriegspolitik Sir Edward Greys zu versichern.

Die Vereinigten Staaten traten in den Krieg ein, teils weil es die britische Blockade der Häfen der Mittelmächte mit sich brachte, daß wir unsere hauptsächlichsten finanziellen und kommerziellen Interessen bei der Entente hatten, und teils wegen der britisch-freundlichen Sympathien des Botschafters Page und des Präsidenten Wilson, die es ihnen unmöglich machten, England zur strengen Beachtung des Völkerrechts auf dem Meere anzuhalten zu versuchen. Die englischen Verletzungen des Völkerrechts hinsichtlich der Rechte der Neutralen forderten den deutschen Unterseebootkrieg als Vergeltungsmaßnahme heraus. Dieser Unterseebootkrieg lieferte den offensichtlichen Vorwand für den Eintritt Amerikas in den Konflikt, obwohl Herr Wilson fast ein Jahr vor der Wiederaufnahme des deutschen Unterseebootkrieges England im geheimen seine Absicht mitgeteilt hatte, auf der Seite der Entente in den Krieg einzutreten, falls Deutschland nicht auf Friedensbedingungen einginge, deren Annahme nur von einem besiegten Volke zu erwarten war. Fraglos war Oberst House ein mächtiger Faktor dabei, Wilson für den Krieg zu gewinnen.

Wenn wir die Gradfolge der Schuld der verschiedenen Länder abschätzen, können wir getrost sagen, daß die einzige direkte und unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg auf Frankreich und Rußland fällt, unter die sich die Schuld ungefähr gleich verteilt. Der nächste in der Reihe — weit hinter Frankreich und Rußland — würde Österreich sein, denn es hat niemals im Jahre 1914 einen allgemeinen europäischen Krieg gewollt. An die allerletzte Stelle würden wir endlich Deutschland und England stellen, denn beide waren in der Krisis von 1914 gegen den Krieg. Wahrscheinlich war das deutsche Volk einem militärischen Eingreifen geneigter als das englische Volk; aber, wie wir gezeigt haben, hat der Kaiser 1914

viel energischere Anstrengungen als Sir Edward Grey zur Erhaltung des europäischen Friedens gemacht.

Die eigentlich wichtige Bedeutung des obigen Materials liegt natürlich nicht lediglich darin, daß unsere Neugier mit Bezug auf die historischen Tatsachen befriedigt wird, die mit den Kriegsursachen zusammenhängen, sondern in der wichtigen Tragweite, die diese Tatsachen für die öffentliche Meinung und die internationale Politik der Jetztzeit haben. Da die europäische internationale Politik immer noch in ihrer überwiegenden Richtung auf der Annahme beruht, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich sei, liegt es auf der Hand, daß die angeführten Tatsachen die Aufgabe dieses Programms und die Annahme einer gerechten und aufbauenden Politik fordern. Der Dawes-Bericht und die Erörterungen, zu denen er in Verbindung mit den meisten Darlegungen des Reparationsproblems Anlaß gegeben hat, beruhen durchaus auf falschen Voraussetzungen, die den Inhalt des Vorschlages ebenso entwerten wie die Maschinerie der Durchführung. Die ganze logische und juristische Grundlage des Gedankens deutscher Reparationen ist, soweit er sich von der veralteten Politik unterscheidet, von besiegten Völkern Strafkontributionen einzutreiben, die Annahme, daß Deutschland die alleinige und vollständige Verantwortung für den Ursprung des Weltkrieges und für das Elend, die Leiden und die wirtschaftlichen Verluste trage, die er im Gefolge gehabt hat. Diese Annahme hat ihren vollkommenen Ausdruck gefunden im Bericht Lansings und in den auf die Reparation bezüglichen Bestimmungen des Vertrages von Versailles, und sogar Poincaré ist einmal unvorsichtig genug gewesen, zuzugeben, daß der Nachweis einer geteilten Verantwortlichkeit für den Ausbruch des großen Konfliktes den deutschen Reparationen den Boden entziehen würde. Der Dawes-Plan und alle zurzeit existierenden amerikanischen und europäischen Abmachungen über seine Durchführung sind, wenn sie auch unendlich besser sind als die Politik Poincarés, Bemühungen zu vergleichen, die Strafe jemandes zu mildern, von dem alle wissen, daß er unschuldig ist.

Was wir tun müssen, ist eine breite, aufbauende und weit-schauende Politik aufzunehmen. Sobald die Schuld am Weltkriege sich verteilt, sollten die Kosten für die Entschädigung der Leidtragenden nicht gänzlich einer der zwei am wenigsten schuldigen Nationen aufgebürdet werden. Die Vereinigten Staaten könnten ganz gut ihre unzweifelhafte finanzielle Macht dazu benutzen, Frankreich und England (letzteres würde wahrscheinlich den Vorschlag mit Freuden willkommen heißen) zu veranlassen, jeden Gedanken irgend-

welcher Reparationen von Deutschland aufzugeben und das Programm aufzustellen, daß die Lasten für den Wiederaufbau und die Wiedergutmachung mit Deutschland gemeinsam getragen werden. Die Vereinigten Staaten könnten mit gutem Anstande ihren guten Willen und ihre guten Absichten erkennen geben, indem sie unter der obigen Bedingung die Schulden der europäischen Mächte streichen. Hätten erst einmal England und Frankreich einen solchen Beweis internationaler Ehrlichkeit und Anständigkeit geliefert, dann wäre das Haupthindernis und der Haupteinwand gegen unseren Beitritt zum Völkerbunde beseitigt. Wir dürfen Fabre-Luce beipflichten, daß, wenn auch die Losung während des Krieges, Amerika und England seien lediglich zu dem Zwecke in den Krieg eingetreten, um jedem Kriege überhaupt ein Ende zu machen, seinerzeit reine Heuchelei gewesen ist, wir doch sowohl den Krieg als auch den Frieden verloren haben werden, wenn wir nicht Schritte tun, dieses Streben nach Wiederaufbau zur vollendeten Wirklichkeit werden zu lassen. Der Anfang einer jeden Tätigkeit nach dieser Richtung muß in der Würdigung der mit dem Ursprunge des Weltkrieges zusammenhängenden Tatsachen bestehen.

Wenn die obige erneute Darlegung und Erklärung der Kriegsschuldzusammenhänge und -probleme richtig ist, dann werden wir unsere ganze Stellungnahme zu den Ursachen des Weltkrieges und zu den gegenwärtigen internationalen Fragen, die in inniger Beziehung dazu stehen, einer Revision unterziehen müssen. Personen, die in der Geschichte der modernen Diplomatie nicht sehr bewandert und mit den Quellen für unsere Kenntnis von den Umständen nicht bekannt sind, könnten mit Fug und Recht fragen, in welcher Weise sie sich überzeugen könnten, daß die Erklärungen der Revisionisten die richtigen sind, und wie sie sich vergewissern könnten, daß sie nicht von einer Propaganda irregeführt werden, ähnlich der, die sie in den Jahren 1914—1918 als Wahrheit hingenommen haben.

Die direkteste und klarste Antwort ist, daß vollkommene Gewißheit über die Lage nur durch die persönliche Durchsicht des neuen dokumentarischen Beweismaterials gewonnen werden kann, für einen gebildeten und energischen Menschen eine nicht unmögliche Aufgabe.

Ich meine, der Kern der ganzen Sache — und ich nehme an, Professor Schmitt wird ausführlicher darüber handeln —, die unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg, liegt in der russischen Mobilmachung und in dem, was sie in sich faßte und mit sich brachte.

Wenn sich beweisen läßt, daß Rußland mit seiner Mobilmachung im Rechte war, daß sie keinen Krieg bedeutete und daß Deutschland nicht zu seinem Vorgehen berechtigt war, nachdem es Kenntnis von der russischen Mobilmachung erhalten hatte, dann können wir nach meiner Meinung voll und ganz zugeben, daß die Anklage gegen Frankreich und Rußland hinfällig wird. Die russische Mobilmachungsentscheidung muß im Lichte der Tatsache gedeutet werden, daß Rußland damals hinlängliche Beweise dafür hatte, daß Österreich keinen Versuch machen würde, serbisches Gebiet sich anzueignen, daß Österreich Serbien bloß bestrafen und die Serben im Zaume halten wollte, und daß die diplomatische Lage, wie sie am 29. und 30. Juli war, alles war, was Rußland in der Tat fordern konnte.

Die Franzosen und Russen selbst hatten offen zugegeben — sie hatten es ausdrücklich ausgesprochen —, daß die russische Mobilmachung eine Kriegserklärung sei. Dies sind die genauen Worte des französisch-russischen Militärbündnisses: „Allgemeine Mobilmachung ist Krieg.“

General Dobrorolski sagt in seinen Memoiren, den Russen sei dies vollkommen klar gewesen, etwa von sechs Uhr am 30. Juli ab, nachdem der Mobilmachungsbefehl Sasonows auf den Telegraphen gegeben worden sei, hätten sie gewußt, daß das Vorspiel zu dem großen Drama begonnen habe.

Ich habe alles gesagt, was ich diesmal sagen will. Ich weiß nicht, wie weit Sie haben folgen können, hoffe aber doch ein bißchen. Ich denke, ich werde mich in der späteren Diskussion deutlicher und klarer ausdrücken. (Beifall.)

Der Vorsitzende: Professor Schmitt wird Professor Barnes erwidern. (Beifall.)

Professor Bernadotte E. Schmitt: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich hoffe, der Herr Vorsitzende wird es mir verzeihen, wenn ich seiner Erklärung, daß ich Professor Barnes zu erwidern beabsichtige, einigermaßen widerspreche; denn ich pflichte ihm darin bei, daß wir keine Debatte führen. Mit sehr vielen der von Herrn Barnes ausgesprochenen Ansichten bin ich vollkommen einverstanden. Ich weiche in gewissen Punkten von ihm ab, und ich werde jetzt angeben, welches meine Abweichungen sind. Meine Bemerkungen werden weniger eine Erwiderung als vielmehr ein Kommentar zu seinen Angaben in dem gemeinsamen Bemühen sein, der Wahrheit auf den Grund zu kommen.



Ich habe keine formelle Rede vorbereitet, weil es meine Absicht war, seine Rede zu kommentieren. Am Schlusse werde ich jedoch meinen eigenen Standpunkt darlegen. Infolgedessen dürfte das, was ich zu sagen habe, ziemlich unzusammenhängend aussehen; denn ich habe mir lediglich einige Notizen von den Angaben des Herrn Barnes gemacht und werde sie Punkt für Punkt vornehmen so wie ich sie niedergeschrieben habe.

Er fing damit an, daß im Jahre 1912 das französisch-russische Bündnis durch die Bemühungen der Herren Poincaré und Izwolwski in ein Angriffsinstrument zu dem Zwecke der Verwirklichung der Ziele Rußlands und Frankreichs umgewandelt worden sei; das Ziel Rußlands sei gewesen, den Nahen Osten zu beherrschen und die Meerengen bei Konstantinopel in seine Gewalt zu bekommen, das Ziel Frankreichs, Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen.

Daß die russische Politik im Nahen Osten von 1908 an weit davon entfernt gewesen ist, friedlich und uneigennützig zu sein, gebe ich ohne Zögern zu, da die Beweise hierfür überwältigend sind. Es ist ganz klar, daß die Russen die Meerengen in ihre Gewalt bekommen wollten. Ob sie hierin recht handelten, ist Ansichtssache, und es würde uns vielleicht zu weit abführen, wollten wir hierauf eingehen. Aber das war das Ziel des russischen Ehrgeizes. Um den Russen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sollte aber hervorgehoben werden, daß Deutschland sich bemühte, die Türkei unter seine Kontrolle zu bekommen, und persönlich kann ich keinen großen Unterschied finden zwischen den Bemühungen Deutschlands, die Türkei zu einer Art wirtschaftlichen und politischen Vasallen zu machen, und den Anstrengungen Rußlands, die Schranke bei den Meerengen zu durchbrechen. Ich möchte die Politik beider Imperialismus vom reinsten Wasser nennen. Ist es nicht ein Fall von „Jacke wie Hose“?

Was Frankreich betrifft, so findet sich, soweit ich sehe, in der berühmten Sammlung russischer Dokumente (dem „Livre Noir“), aus der sowohl Herr Barnes als auch ich selbst viel von unserer Information schöpfen müssen, kein Hinweis auf Elsaß-Lothringen, keine Angabe, die dahin ausgelegt werden könnte, daß die französische Regierung einen Krieg zwecks Wiedererlangung von Elsaß-Lothringen geplant hätte<sup>9)</sup>. Auf der anderen Seite besteht für mich

---

<sup>9)</sup> Wenn auch dokumentarische Beweise dafür fehlen, daß Frankreich einen Krieg zur Wiedererlangung von Elsaß-Lothringen geplant hatte, so geht aus verschiedenen Dokumenten doch hervor, daß bei einem deutsch-französischen Krieg die Wiedererlangung von Elsaß-Lothringen zu den nationalen französischen Forderungen gehörte. Vgl. „Das russische Orangebuch von 1914“, herausgegeben von der „Zentralstelle für Er-

nicht der geringste Zweifel, daß die französische Regierung seit 1912 fest entschlossen gewesen ist, jede Herausforderung anzunehmen, die Deutschland oder Österreich etwa sich leisten würde; deshalb gestaltete sie ihr Verhältnis zu Rußland in jeder denkbaren Weise im einzelnen vollkommen aus und versicherte Rußland, daß Frankreich bereit sei, seine Bundespflichten zu erfüllen.

Herr Barnes wies insbesondere auf daß Versprechen Poincarés vom 17. November 1912 hin <sup>10)</sup>. Das ist vielleicht ein so klares Versprechen wie kein anderes, von dem wir Kenntnis haben. Der russische Botschafter Iswolski in Paris berichtete seiner Regierung über ein Gespräch mit Poincaré, in dem letzterer nach Angabe des Botschafters gesagt hatte, daß Frankreich nicht geneigt sei, wegen der Balkanfrage Krieg zu führen, daß aber, wenn ein Balkankrieg sich zu einem allgemeinen Kriege entwickelte und Deutschland darin verwickelt würde, Frankreich gleichfalls hineingezogen werden würde. Kurz, hat Poincaré dem russischen Botschafter zufolge gesagt, wenn Deutschland Krieg führe, werde auch Frankreich das gleiche tun. Iswolski zeigte dieses Telegramm Poincaré, ehe er es nach St. Petersburg absandte. Poincaré erhob Einwendungen gegen seinen Wortlaut und sagte, die Sprache sei viel zu unbestimmt.

Darauf schickte Iswolski ein zweites Telegramm, das etwas bestimmter und genauer war. Poincaré selbst sandte seinem Botschafter in St. Petersburg ein Telegramm, worin er klipp und klar zum Ausdruck brachte, daß die Verpflichtungen Frankreichs durch den Wortlaut des Bündnisvertrages bestimmt und begrenzt seien, und in seinen neuerdings veröffentlichten Memoiren druckt Poincaré den Text einer Mitteilung ab, die die französische Regierung eben deswegen, weil sich Iswolski in seinem Berichte über die Bemerkungen Poincarés so unbestimmt ausgedrückt hatte, im Kabinett formuliert und dann an Iswolski gesandt hatte. Poincaré gibt an, der Text dieses Schriftstücks sei der Abschrift in den Archiven der russischen Botschaft in Paris entnommen (zu denen er vermutlich Zutritt hatte, ehe Herr Herriot die Räteregierung anerkannte) und stimme mit dem Texte im französischen Auswärtigen Amte überein, mit anderen Worten, es sei kein nachträglich zwecks Widerlegung der Sprache Iswolskis zurechtgemachtes Schriftstück <sup>11)</sup>.

---

forschung der Kriegsursachen“, Dok. Nr. 201; Stieve, „Iswolski im Weltkriege“, Dok. Nr. 224/25. Die Schriftleitung.

<sup>10)</sup> Vgl. Stieve „Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis“, Dok. Nr. 567. Die Schriftleitung.

<sup>11)</sup> Siehe die entgegengesetzte Auffassung von August Bach „Poincaré und die erste Balkankrise“, Juliheft „Die Kriegsschuldfrage“, 1926, S. 482. Die Schriftleitung.

In dieser Mitteilung erinnert die französische Regierung ihren Verbündeten in aller Form daran, daß die Verpflichtung, Rußland mit bewaffneter Hand beizustehen, durch die Vertragsbedingungen bestimmt und begrenzt sei, und sie sagt ferner, daß, wenn Rußland französische diplomatische Unterstützung erwarte, es Frankreich zuvor die Richtschnur seiner eigenen Tätigkeit mitteilen und sich der Zustimmung Frankreichs versichern müsse. Dies steht im klaren Widerspruch zu der Sprache Iswolskis, der gesagt hatte, Poincaré habe ihm versichert, es sei Rußlands Sache, Vorschläge zu machen, und Frankreichs, sich danach zu richten. Poincaré hat anscheinend beweisen wollen, daß Iswolski seine Äußerungen falsch dargestellt habe. Schließlich ist, wenn es sich um eine heikle Frage historischer Bekundung handelt, das Zeugnis Poincarés gewiß ebensoviel wert wie das Iswolskis.

Poincaré gibt auch ein Gespräch ausführlich wieder, das er im August 1912 mit Sasonow gehabt hat. Sasonow warf die Frage auf, ob Frankreich Rußland unterstützen würde, wenn dieses in einen Krieg mit Österreich wegen der Balkanfrage verwickelt würde. Poincaré erwiderte: Wir werden die Bündnispflichten erfüllen. Sasonow drang weiter in ihn, und Poincaré antwortete, Frankreich würde nur dann mit Rußland marschieren, wenn dieses von Österreich oder von Österreich mit Unterstützung Deutschlands angegriffen würde, das heißt, ein russischer Angriff gegen Österreich oder ein russischer Angriff gegen Deutschland würde von Frankreich nicht als Fall angesehen werden, der es verpflichte, Rußland beizustehen.

Ich kann daher nicht einsehen, daß, soweit Frankreich in Frage kam, das Bündnis in einen Angriffsbund umgewandelt worden sei. Frankreich war bereit, Rußland diplomatisch zu unterstützen<sup>12)</sup>.

Genau dasselbe läßt sich von Deutschland in der Beziehung zu Österreich sagen. In der Sammlung von fünfzig Bänden Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes befindet sich in einem Bande für das Jahr 1908 eine sehr bedeutsame Depesche der deutschen Regierung an ihre Vertreter an den deutschen Höfen, die auch an den Botschafter in Wien ging. Sie ist vom 26. Juni 1908, etwa vier Monate vor dem Ausbruch der Balkankrise, datiert. Darin sagt die deutsche Regierung, daß im Orient und auf dem Balkan, wo Deutschland nur wirtschaftliche Interessen habe, „die Wünsche,

---

<sup>12)</sup> Durch die an sich richtige Entgegnung von Professor Schmitt wird die Auffassung von Professor Barnes nicht widerlegt, da der Umschwung in der Haltung Poincarés erst im Herbst 1912 eingetreten ist. Die Schriftleitung.

Bedürfnisse und Interessen des uns verbündeten Österreich-Ungarn in erster Linie entscheidend sind und bleiben“. Mit anderen Worten, Deutschland war bereit, Österreich in Balkanfragen und im Nahen Osten bis zum äußersten zu unterstützen. Ich kann kaum einen Unterschied zwischen der Unterstützung Rußlands durch Frankreich und der Unterstützung Österreichs durch Deutschland sehen. Es ist wieder ein Fall von „Jacke wie Hose“.

Was sodann den Punkt betrifft, daß das Jahr 1914 für einen französisch-russischen Angriff gegen die Mittelmächte aussichtsreich gewesen sein soll, so pflichte ich Herrn Barnes darin bei, daß die Möglichkeit, vielleicht die Wahrscheinlichkeit bestand, daß das französische Gesetz, betreffend die dreijährige Dienstzeit, aufgehoben wurde; aber selbst wenn es aufgehoben worden wäre, so würde die Truppenzahl, die Frankreich am Ende mobil machen konnte, genau dieselbe bleiben, denn diese Zahl war durch die Bevölkerungsziffer Frankreichs begrenzt.

Nun zu der Frage der Gefahr, England zu verlieren, die Herr Barnes für einen wichtigen Punkt zu halten schien. Im Juni 1914 ging Sir Edward Grey in seiner Offenheit so weit, daß er zu dem deutschen Botschafter in London sagte, die Beziehungen Englands zu Frankreich und Rußland seien niemals intimer gewesen, und — ich entnehme dies seinen eigenen Memoiren — wenn sie auch nicht Verbündete seien, „unterhielten sie sich doch so intim wie Verbündete“. Das läßt nicht auf die Wahrscheinlichkeit schließen, daß sich England von Frankreich und Rußland lossagen würde.

Vom streng militärischen Standpunkte aus, von dem ich annehmen möchte, daß er entscheidend ist, wenn es sich darum handelt, einen Krieg zu beginnen, scheint mir, daß sowohl Rußland als auch Frankreich alles zu gewinnen hatten, wenn sie einige Jahre warteten. Die Reorganisierung des russischen Heeres hatte im Jahre 1913 begonnen. Die Russen selbst rechneten damit, daß wenigstens vier Jahre erforderlich sein würden, um dieses Programm zu vollenden, sie erwarteten nicht, daß ihr Heer vor 1916 den wünschenswerten Punkt der Leistungsfähigkeit erreichen würde. Die Franzosen ihrerseits waren noch dabei, das Gesetz, betreffend die dreijährige Dienstzeit, auszuarbeiten, und im Juli 1914 stellte sich heraus, daß es dem französischen Heere an schweren Geschützen, Stiefeln und verschiedenen anderen Vorräten mangelte. Es möchte daher scheinen, daß, wenn die Franzosen und Russen einen Angriff gegen die Mittelmächte planten, sie allen Grund gehabt hätten, wenigstens bis zum Jahre 1916 zu warten.



Der nächste zu erörternde Punkt ist vielleicht die Frage der serbischen Antwort. Ich pflichte Herrn Barnes bei, daß die Antwort der Serben auf das österreichische Ultimatum ein äußerst geschicktes Schriftstück ist, und es hat möglicherweise den Kaiser getäuscht, obwohl ich das bezweifle. Aber mag es nun den Kaiser getäuscht haben oder nicht, sein eigener Außenminister, der ein Berufsdiplomat von vieljähriger Erfahrung war, hat zugegeben, daß die serbische Antwort eine Verhandlungsbasis bot. Es ist den Mittelmächten stets vorgeworfen worden, daß sie sich geweigert haben, die serbische Antwort als Basis für Verhandlungen zu nehmen.

War das österreichische Ultimatum gerechtfertigt? Sasonow, der meines Erachtens als der serbenfreundlichste Mann angesehen werden kann, hat immer gesagt, daß Österreich Anspruch auf weitgehende Genugtuung hätte. Tatsächlich finde ich nicht, daß irgend jemand das Recht Österreichs, von Serbien eine gewisse Genugtuung zu verlangen, ernsthaft in Abrede gestellt hätte. Damals wußte niemand genau, bis zu welchem Grade die serbische Regierung in die Sache verwickelt wäre. Die Österreicher selbst wußten es nicht und haben tatsächlich damals nicht die Anklage erhoben, daß die serbische Regierung in die Verschwörung, die ihren Abschluß mit der Ermordung von Franz Ferdinand fand, eingeweiht gewesen sei. Aber man hatte im allgemeinen das Gefühl, daß Serbien irgendwie darein verwickelt sei und bestraft werden müßte. Sasonow und Grey jedoch behaupteten, daß, da Serbien eine Antwort gegeben habe, die einiges annehme und wenigstens versöhnlich gehalten sei, diese als Verhandlungsbasis genommen werden müsse. Nach meinem Urteil war ihr Standpunkt, der derjenige des Kaisers war, tadellos.

Wie Herr Barnes sagt, habe Österreich weiter nichts gewollt, als einen lokalen Strafkrieg durchzuführen. Einverstanden. Dies war auch der Standpunkt Deutschlands. Deutschland und Österreich waren einig in dem Wunsche, daß der Krieg lokalisiert bliebe, aber es ist ein sehr großer Unterschied zwischen dem Wunsche, daß etwas geschehen möge, und dem Wege, den man einschlägt, um es zu erreichen.

Beim Lesen der Dokumente vom Juli 1914 bis zum 28. oder 29. Juli bekomme ich den ganz bestimmten Eindruck, daß weder Deutschland noch Österreich bei aller Hoffnung, den Streit zu lokalisieren, vor einem europäischen Kriege Furcht hatte oder ihm abgeneigt war, vorausgesetzt, daß er unter gewissen Bedingungen geführt würde. Welches waren diese Bedingungen? Daß Italien

mit seinen Verbündeten marschieren würde und daß Großbritannien neutral bliebe; und als die deutsche Regierung am 5. Juli Österreich ihren berühmten Blankoscheck gab, glaubte sie, der Warnungen des Botschafters Lichnowski in London ungeachtet, Großbritannien würde neutral bleiben und Italien würde mit ihnen gehen.

Ich pflichte Herrn Barnes darin bei, daß die Geschichte von der Potsdamer Konferenz eine Fabel ist. Es fand keine Konferenz statt, aber es gab Konferenzen. Der deutsche Kaiser sah Vertreter der Militär- und Marineressorts und erhielt anscheinend von ihnen Versicherungen, daß die deutschen Streitkräfte für jeden Notfall gerüstet seien, so daß, selbst wenn keine Konferenz im formellen Sinne des Wortes stattgefunden hat, Beratungen zwischen den politischen und militärischen Behörden stattfanden, und die Militärbehörden scheinen ganz zuversichtlich gewesen zu sein, gleichviel, was auch geschehen möge.

Wie aus den Dokumenten hervorgeht, waren sich die Österreicher in gleicher Weise klar darüber, daß ein Krieg mit Rußland ganz gut die Folge sein könnte. Und soweit ich feststellen kann, machte sich keine der beiden Mächte besondere Sorgen darüber, vorausgesetzt, daß England sich abseits hielt und Italien sich anschloß.

Nun hat Herr Barnes angedeutet, der Dreibund sei zum leeren Schall geworden, auf Italien habe man nicht zählen können. Als Antwort hierauf kann ich nur anführen, was der Chef des deutschen Generalstabes General von Moltke in seinen Memoiren sagt, nämlich, daß im März 1914, gerade einige Monate vor Kriegsausbruch, Italien mit Deutschland eine Militärkonvention abgeschlossen habe, in der Italien versprach, dem deutschen Heere drei Armeekorps und zwei Kavalleriedivisionen zur Hilfe nach Frankreich zu schicken, und Moltke fügt hinzu: „Die Bündnistreue Italiens ist über jeden Zweifel erhaben.“

Und nichts beweist, daß zwischen März und Juli 1914 irgend etwas geschehen sei, was das Vertrauen der deutschen Regierung und des deutschen Generalstabes in die Bündnistreue Italiens verringert hätte. Ferner steht in einem neuerlichen Artikel in *Foreign Affairs* von Professor Gaetano Salvemini die Angabe, im Juli 1914 hätten der italienische Außenminister und die italienischen Nationalisten sehnlichst gewünscht, Italien möchte mit Deutschland und Österreich marschieren, und wenn es am Ende nicht dazu gekommen sei, habe das lediglich daran gelegen, daß Österreich sich geweigert habe, im voraus die Kompensationen zu bezeichnen, die es zu geben bereit wäre.

Daher ist meine Ansicht über die Situation die, daß Deutschland, als es am 5. Juli 1914 Österreich seinen „Blankoscheck“ gab, auf die italienische Unterstützung und auf die britische Neutralität baute. Unter diesen Umständen war es, ohne einen europäischen Krieg, der Frankreich und Rußland mit hineinziehen würde, zu wollen oder zu planen, ganz bereit, einen solchen Krieg auf sich zu nehmen, wenn er zur Durchführung der österreichischen Politik notwendig sein sollte.

Nun wurde der „Blankoscheck“ in einem Augenblicke hin-gegeben, wo keine genauen Berichte oder Informationen über die Tragödie von Sarajevo vorlagen, wo eine Anklage gegen die serbische Regierung oder die Forderung der Bestrafung einzelner Personen nicht in Frage kommen konnte, da erst eine Woche vergangen war und die Österreicher mit ihrer Untersuchung kaum begonnen hatten<sup>13)</sup>. Das Versprechen unbedingter Unterstützung war aus politischen Gründen gegeben worden; denn es war der Wunsch Deutschlands, Österreich-Ungarn am Leben zu erhalten und nach meiner Überzeugung sich die Kontrolle über die Balkanhalbinsel und den Nahen Osten zu sichern. Alles, was darauf folgte, ist die Wirkung dieses deutschen „Blankoschecks“. Die Österreicher entwarfen ihr Ultimatum im Vertrauen auf die deutsche Unterstützung. In derselben Überzeugung lehnten sie die serbische Antwort ab, brachen die diplomatischen Beziehungen ab und erklärten schließlich Serbien den Krieg.

Das bringt uns sofort zu der Frage der russischen Mobil-machung. Ich bin vollkommen mit Herrn Barnes einverstanden, daß dies die entscheidende Frage in der Krisis des Jahres 1914 ist. War Rußland mit der Mobilmachung im Recht?

Um das Problem vollständig zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die Lage auf der Balkanhalbinsel im Jahre 1914 werfen. Damals war ein scharfes diplomatisches Ringen um die Freundschaft der kleinen Balkanstaaten zwischen den beiden rivalisierenden Mächtegruppen, Deutschland und Österreich auf der einen und Frankreich und Rußland auf der anderen Seite, im Gange. Wir wissen nicht viel von diesem Wettstreit, aber aus dem Gewirr von Intrigen und Gegenintrigen entwickelte sich die Lage folgendermaßen: die Türkei geriet immer mehr unter deutschen Einfluß und

---

<sup>13)</sup> Bereits am 29. Juni 1914 telegraphierte der Landeschef von Bosnien, Potiorek, an das k. u. k. Kriegsministerium, daß die Attentäter bereits gestanden hätten, „zu ihrer Tat in Belgrad mit Waffen und Bomben ausgerüstet worden zu sein . . .“ Siehe auch „Der Anlaß zum Weltkriege“, „Die Kriegsschuldfrage“, Juniheft 1925, Die ersten Eindrücke und Feststellungen, S. 365 ff. Die Schriftleitung.

war für ein Bündnis mit Deutschland so prädisponiert, daß sie am 1. August, dem Tage des Kriegeausbruchs, ein solches Bündnis unterzeichnete. Und der eine türkische Politiker, der seine Memoiren geschrieben hat, Djemal Pascha, gibt an, daß die Verhandlungen wegen des Bündnisses schon lange im Gange gewesen seien<sup>14)</sup>. Vermutlich hatten die Türken und die Deutschen mit der Idee eines Bündnisses gespielt, und diese Ansicht wird durch anderweitige Zeugnisse unterstützt.

Bulgarien hatte die herzlichen Beziehungen zu seinem ehemaligen Beschützer Rußland so ziemlich abgebrochen und verhandelte selbst mit der Türkei über ein Bündnis, das grundsätzlich angenommen worden war, obwohl man sich über die Einzelheiten noch nicht geeinigt hatte. Auch war Bulgarien geneigt, dem Dreibunde beizutreten.

Es ist klar, daß bei der immer mehr hervortretenden Hineigung der Türkei und Bulgariens zu den Mittelmächten Serbien der Angelpunkt geworden war; konnte Österreich dominierenden Einfluß in Serbien erlangen, dann würden Österreich und Deutschland zusammen die Hegemonie über die Balkanhalbinsel und den Nahen Osten ausgeübt haben.

Was, mögen Sie fragen, wollte Österreich mit Serbien machen? Fraglos der panserbischen Agitation in Bosnien ein Ende machen: ich denke aber, noch mehr als das. Die österreichischen Geheimdokumente für die Jahre vor dem Kriege sind nicht veröffentlicht worden; aber wir haben ein Memorandum aus dem Jahre 1908, wonach der österreichische Plan gewesen zu sein scheint, Serbien durch feindliche Staaten, Bulgarien und Albanien, einzuschließen. Im Jahre 1914 beabsichtigten die Österreicher, wenn ihnen ihre Strafexpedition durchzuführen erlaubt worden wäre, Teile von Serbien loszulösen und Bulgarien und Albanien zu geben, und es wurde sogar angeregt, daß die regierende Dynastie abgesetzt werden sollte. Kurz, das Endziel war, Serbien in die politische und wirtschaftliche Einflußsphäre Österreichs zu bringen.

Nun spielte Rußland ungefähr dasselbe Spiel. Rußland suchte Rumänien dazu zu bewegen, seinen Treuverpflichtungen dem Dreibunde gegenüber abtrünnig zu werden. Der König von Montenegro stand gewöhnlich im Solde Rußlands und Serbien war für Rußland das Bindeglied zwischen Rumänien und Montenegro, genau so, wie es das Bindeglied zwischen Österreich und Bulgarien für die Mittelmächte war.

---

<sup>14)</sup> Die Türkei stand auch in Verhandlungen mit Frankreich. Siehe Kemal Pascha, „Erinnerungen“, S. 110 ff. Die Schriftleitung.



Dies war der politische Grund, weshalb Rußland die Zukunft Serbiens als eine Sache von vitalem Interesse für sich selbst ansehen mußte. Ließ man Serbien unter österreichischen Einfluß geraten, dann war der russische Einfluß auf der Balkanhalbinsel zum allermindesten ernstlich gefährdet. Daher kam Rußland aus Gründen der hohen Politik, die eine ausgesprochen imperialistische Politik war, zu der Empfindung, daß es zugunsten Serbiens intervenieren müsse. Ich möchte aber anheimstellen, daß die russischen Pläne mit Bezug auf Rumänien, Serbien und Montenegro nicht imperialistischer waren als die österreichisch-deutschen Pläne eines serbisch-bulgarisch-türkischen Blocks.

Vielleicht werden Sie sagen, daß selbst solche Erwägungen die russische Mobilmachung nicht rechtfertigen, da Österreich fühlte, daß seine eigene Existenz auf dem Spiele stand. Jedoch ist in der Frage des Nahen Ostens seit hundert Jahren das vornehmste Prinzip gewesen, daß Balkanprobleme durch einmütiges Handeln von ganz Europa und nicht durch das isolierte Vorgehen eines einzelnen Staates geregelt werden müssen. Und es ist bedeutsam, daß die russische Regierung die Mobilmachung erst anordnete, als Österreich es abgelehnt hatte, seinen Streit mit Serbien mit Rußland zu besprechen, und tatsächlich Serbien den Krieg erklärt hatte.

Allerdings hatte sie fünf Tage vorher den Entschluß gefaßt, daß man eventuell werde zur Mobilmachung schreiten müssen, aber der eigentliche Mobilmachungsbefehl wurde erst am 29. Juli, dem Tage nach der Kriegserklärung Österreichs an Serbien, ausgegeben. Der Befehl ging zunächst für eine Teilmobilmachung, und Herr Barnes deutet an, das hätte genügen müssen, um Österreich zum Nachgeben zu bringen. Angesichts dessen, was wir jetzt wissen, glaube ich, daß das wahrscheinlich richtig sein kann, daß Rußland, wenn es, anstatt sogleich von der teilweisen zur allgemeinen Mobilmachung zu schreiten, weitere vierundzwanzig Stunden gewartet hätte, das diplomatische Spiel mit Österreich vielleicht gewonnen haben würde. Um aber Rußland Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sollte man bedenken, daß die russische Regierung schon am 24. Juli mit der Forderung hervorgetreten war, Österreich sollte die Angelegenheit besprechen, und daß Österreich bis zum 30. Juli die Besprechung beharrlich ablehnte und nur sagte, es werde die territoriale Integrität Serbiens nicht antasten.

Wie wir aus den österreichischen Geheimdokumenten wissen, war dieses Versprechen nicht sehr ernsthaft oder aufrichtig gemeint. Österreich behielt sich das Recht vor, territoriale Grenzberichtigungen vorzunehmen, und dachte daran, Teile von Serbien Albanien

und Bulgarien zu überlassen. Sasonow war tatsächlich im Rechte, wenn er dem österreichischen Versprechen gegenüber ziemlich mißtrauisch war, aber es war alles, was er aus Österreich herausholen konnte. Die Deutschen sagten immerfort ganz wahrheitsgemäß, sie setzen sich in Wien für den Frieden ein und drängen in Wien, Zugeständnisse zu machen. Sie sagten das drei Tage lang, aber kein Zugeständnis zeigte sich. Kein Wunder, daß die russische Regierung sagte: Die Teilmobilmachung hat nichts genützt, wir müssen zur allgemeinen Mobilmachung übergehen<sup>15)</sup>. Es ist jedoch richtig, daß die Entscheidung Sasonows stark durch den Druck von seiten des russischen Generalstabes beeinflußt wurde, der ihn von der militärischen Notwendigkeit überzeugte, die teilweise Mobilmachung in eine allgemeine zu verwandeln. Ich pflichte Herrn Barnes bei, daß die russische Mobilmachung übereilt war.

Jetzt muß auf einen besonderen Briefwechsel zwischen General von Moltke und dem österreichischen Generalstabschef Conrad von Hoetzendorf hingewiesen werden, der im Januar und Februar 1909 stattfand. Er wurde mit der Kenntnis und Billigung der Kaiser der beiden Länder und ihrer Regierungen geführt, und der Zweck dieses Briefwechsels war, einen höheren Grad von Geheimhaltung zu sichern, als es dann möglich gewesen wäre, wenn eine formelle Militärkonvention unterzeichnet worden wäre<sup>16)</sup>.

Der erste Brief ist eine Anfrage vom österreichischen Generalstabe, unter welchen Umständen Österreich auf bewaffnete deutsche Unterstützung rechnen könne. Moltke antwortet am 21. Januar 1909, daß, wenn Österreich gegen Serbien losziehe, eine militärische Aktion gegen Serbien unternehme und selbst Rußland gegen Österreich mobil mache, man dann nicht nur erwarte, daß Österreich mobil mache, sondern auch Deutschland selbst mobil machen und anerkennen werde, was die Diplomaten den *casus foederis* nennen, d. h. die Anwendung des Bündnisfalles. Dies, scheint mir, war eine viel größere Umwandlung eines ursprünglichen Defensivbündnisses, was das österreichisch - deutsche Bündnis vom Jahre 1879 zweifellos war, in ein Offensivinstrument als irgendetwas, was Poincaré und Sasonow zwischen den Jahren 1912 und 1914 bewerkstelligt haben.

<sup>15)</sup> Die allgemeine Mobilmachung ist nicht angeordnet worden, weil die Teilmobilmachung nichts genützt hatte, sondern weil Sasonow und der Generalstab mit dem Krieg gegen Deutschland rechneten und die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung bei laufender Teilmobilmachung technische Schwierigkeiten verursacht hätte. Die Schriftleitung.

<sup>16)</sup> Siehe in diesem Heft den Aufsatz von Rudolf Kiszling „Die militärischen Beziehungen und Bindungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich vor dem Weltkrieg“. Die Schriftleitung.

Im Jahre 1914 war dieser Fall, den Moltke vorgesehen hatte, bis auf das Tüpfelchen eingetreten. Die russische Teilmobilmachung wurde sehr spät am Abend des 29. Juli angeordnet. Am nächsten Tage wurde sie in eine allgemeine Mobilmachung umgewandelt, die Nachricht hiervon erreichte Berlin Freitag, den 31. Juli, 11,40 Uhr vormittags und Wien etwas später, die genaue Stunde ist unbekannt. Trotzdem schickte der deutsche Generalstabschef Moltke am Abend des 30. Juli, zwölf Stunden, ehe er von der russischen allgemeinen Mobilmachung Kenntnis erhalten hatte, ein Telegramm an Conrad des Inhalts, Österreich müsse mobilmachen, da Rußland zum Teil mobilgemacht habe, Deutschland werde mobilmachen, und der casus foederis werde Anwendung finden; und später ließ er dem ein anderes Telegramm folgen, in dem es hieß, die einzige Bedingung, unter der Österreich-Ungarn hoffen könnte, am Leben zu bleiben, sei, daß Österreich einen europäischen Krieg auf sich nehme.

Die Österreicher beschlossen gleichfalls die eigene Mobilmachung, ehe sie von der russischen allgemeinen Mobilmachung Kenntnis hatten. Deshalb scheint es mir vom Gesichtspunkte der Reihenfolge der Ereignisse aus, daß Deutschland zur Mobilmachung bereit war, ehe es von der russischen Mobilmachung Kenntnis hatte. Es kam nicht dazu, weil Moltke Bethmann Hollweg und den Kaiser nicht von ihrer Notwendigkeit zu überzeugen vermochte. Der deutsche Generalstab nahm der Lage gegenüber genau dieselbe Haltung ein wie der russische, und zwischen der Tätigkeit der russischen und der deutschen Militärs finde ich nur sehr wenig Unterschied. In beiden Ländern war es das Vorgehen des Militärs, das die Lage beherrschte.

War die russische Mobilmachung notwendigerweise eine Kriegsursache, wie die Deutschen stets behauptet haben? Zwar ist es richtig, daß in der Korrespondenz, die zum französisch-russischen Bündnisse vom Jahre 1894 führte, der Satz aufgestellt wurde, daß Mobilmachung gleichbedeutend mit Krieg sei; aber der Bündnisvertrag sieht vor, daß Rußland und Frankreich mobilzumachen haben, nachdem die Dreibundmächte mobilgemacht haben. Ferner wurde im November 1912 von der russischen Regierung ein Tagesbefehl an die Truppen erlassen, worin es heißt, daß Mobilmachung nicht gleichbedeutend mit einem Angriff gegen Deutschland zu erachten sei.

Während der Verhandlungen hat die russische Regierung immer erklärt, sie sei bereit, zu verhandeln, selbst nach dem Abschluß der Mobilmachung, und die österreichische Regierung hat gegen die russische Mobilmachung nicht protestiert. Sie war augenscheinlich

zufrieden, wenn ihr Heer und das deutsche mobilgemacht hatte. Als am 1. August die verhängnisvolle Entscheidung getroffen werden sollte, war, wie ziemlich sicher festzustehen scheint, der Kaiser, der Kanzler Bethmann Hollweg und der Kriegsminister General von Falkenhayn dagegen, die russische Mobilmachung zum *casus belli* zu machen. Sie waren dafür, das deutsche Heer zu mobilisieren und den russischen Angriff abzuwarten, damit die Verantwortung für den Krieg ohne weiteres Rußland aufgebürdet werden könnte.

Aber Moltke, der von den ersten Tagen der Krisis an offensichtlich die Mobilmachung herbeigesehnt hatte, überredete den Kaiser und den Kanzler gegen ihre bessere Überzeugung, die russische Mobilmachung zum *casus belli* zu machen. Und für mich ist das Bedeutsamste an Moltkes Haltung während der ganzen Krisis, daß er am 26. Juli, ehe auch nur eine einzige Kriegserklärung abgegeben war, das Ultimatum entwarf, das Deutschland später an Belgien schickte. So frühzeitig schon dachte er an den endgültigen Bruch<sup>17)</sup>.

Erlauben Sie mir, meinen allgemeinen Standpunkt anzugeben. Er ist folgender: Im Jahre 1914 war Europa in zwei Gruppen von je drei Mächten, jede bis zu den Zähnen bewaffnet, gespalten. Zu beurteilen, wo die wirkliche Überlegenheit an Heeren und Flotten lag, ist eine Frage für militärische Sachverständige. Ich maße mir nicht an, das zu wissen. Nach meiner Meinung bauten die Generalstäbe in Rußland, Deutschland und Frankreich auf den Sieg, wenn es zum Kriege käme, und der österreichische Generalstab war bereit, es darauf ankommen zu lassen. Die Politiker in jedem Lande waren vollkommen willens, den europäischen Krieg auf sich zu nehmen, wenn das notwendig erschien, um die rivalisierende diplomatische Gruppe an der Gewinnung eines überwiegenden Vorteils zu verhindern.

Hätte Österreich seine Strafexpedition durchzuführen vermocht, wäre der russische Einfluß auf dem Balkan geschwunden. Deshalb beschlossen Frankreich und Rußland, sie zu verhindern, und waren bereit, eher zu kämpfen als zuzugeben, daß Österreich überragenden Einfluß auf dem Balkan erringe. Auf der anderen Seite fühlten die Deutschen und Österreicher, daß, wenn sie sich nicht einen weit-hallenden Erfolg auf dem Balkan sicherten, Österreichs Ansehen

---

<sup>17)</sup> Die Auffassung Professor Bernadotte Schmitts läßt sich mit den neuesten Aufschlüssen über das Zustandekommen der Kriegserklärungen nicht in Einklang bringen. Vgl. Zwehl „Erich von Falkenhayn“ S. 58 f. und Tirpitz „Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege“ S. 11 ff. Die Schriftleitung.



als Großmacht dahin sein würde und Frankreich und Rußland den Balkan beherrschen würden. Daher waren sie durchaus willens, zu kämpfen, vorausgesetzt wenigstens, daß sich Italien ihnen anschloß und England neutral blieb.

Nun ist es ganz klar, daß, als die deutsche Regierung im Unterschied zum deutschen Generalstabe sah, daß Italien nicht marschieren und daß England sich wahrscheinlich beteiligen würde, sie alles tat, um zu versuchen, ihren Verbündeten zu zügeln. Bethmann schickte eine große Anzahl Telegramme und versuchte die Österreicher zur Vernunft zu bringen. Es gelang ihm nicht, denn die Österreicher waren überzeugt, daß, gleichviel was die deutsche Regierung auch sagen möge, Deutschland doch, wenn es zum Bruche käme, ihnen beistehen würde. Sie hatten die Brücken hinter sich verbrannt. Sie wollten keinen Rat in diesem Punkte annehmen, und wenn sie auch am 31. Juli Rußland wissen ließen, sie seien bereit zur Besprechung des Inhalts des Ultimatus an Serbien, umgaben sie doch dieses Anerbieten mit einer Hecke von so viel Bedingungen, daß es zweifelhaft ist, ob sie meinten, was sie sagten.

Auf der anderen Seite scheinen Frankreich und Rußland ohne Rücksicht darauf vorgegangen zu sein, ob England sich anschließen werde oder nicht. Ich glaube nicht, daß sie der englischen Unterstützung sicher waren bis zum letzten Stadium der Krisis, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Engländer selbst nicht wußten, was sie tun würden<sup>18)</sup>. Zwar war Grey von dem Gedanken eingenommen, auf seiten Frankreichs zu stehen, aber er hatte sein Kabinett nicht auf seiner Seite, und erst, als Deutschland Rußland den Krieg erklärt und Frankreich ein Ultimatum zugesandt hatte, und als es ganz klar wurde, daß es durch Belgien marschieren würde, konnte Grey das Kabinett für sich gewinnen.

Die englische Haltung hat meines Erachtens nicht wenig zu dem verhängnisvollen Ausgange der Krisis beigetragen. Hätte Grey rechtzeitig gesagt: „Ich werde nicht auf der Seite Frankreichs und Rußlands stehen“, so hätten diese Länder möglicherweise klein beigetragen. Wenn er andererseits hätte sagen können: „Ich stehe auf der Seite Frankreichs und Rußlands“, hätten, glaube ich, Deutschland und Österreich den Rückzug angetreten. Aber er sagte es nicht, weil er es nicht sagen konnte, und so konnte der Mann, der aufrichtiger als irgend sonst jemand den Frieden Europas zu erhalten wünschte, dies nicht wegen der Schwierigkeiten seiner eigenen Stellung. (Beifall.)

---

<sup>18)</sup> Siehe Anm. 8. Die Schriftleitung.

**Der Vorsitzende:** Ihr Vorsitzender kündet jetzt mit einigem Unbehagen an, daß Professor Barnes sich zu den Bemerkungen des Professors Schmitt, die dieser zu seiner eigenen Rede gemacht hat, äußern wird.

**Professor Barnes:** Im allgemeinen befinde ich mich, wie ich glaube, in noch entschiedenerem Einklange mit den Bemerkungen von Professor Schmitt, als er mit den meinigen war. Ich gebe zu, daß sie im großen und ganzen das, was ich gesagt habe, ergänzen. Ich glaube, das sind Dinge, die Sie zur Abrundung des allgemeinen Bildes hören mußten. Mit seinen Schlußworten bin ich im allgemeinen einverstanden, insbesondere mit seiner Auslegung der britischen Politik.

Ich habe bloß die Empfindung, daß sich in das allgemeine Bild, das er in den letzten fünf Minuten so vortrefflich entworfen hat, meine These, betreffend die Kriegsursachen im Juli und August 1914, immerhin passend einfügen läßt, die darauf hinausläuft, daß die hauptsächliche Verantwortung im wesentlichen bei Frankreich und Rußland liegt.

Was den allgemeinen Hintergrund betrifft, so stimme ich ihm vollkommen bei. Ich glaube mit Fug und Recht sagen zu können, daß kein anderer Gelehrter, weder hier zu Lande noch im Auslande, die grundlegenden Tatsachen, die den allgemeinen Hintergrund der Krisis des Jahres 1914 bilden, so klar dargelegt hat, wie Professor Schmitt in seinem Artikel in der „American Historical Review“ vom April 1924 über den Gegenstand. Ich glaube, keiner der jetzt Lebenden ist besser imstande, dieses besondere Thema zu erörtern, das Professor Schmitt in dieser Darstellung der allgemeinen Lage in Europa bis zum Juni 1914 bespricht.

Nun zu einigen Punkten, wo ich seine Darlegungen modifizieren möchte oder etwas abweiche. Ich gebe vollkommen zu, daß kein großer Unterschied ist zwischen den imperialistischen Motiven Rußlands und Deutschlands im nahen Orient. Der einzige Unterschied ist der: Deutschland bekam, was es wollte, ohne zu kämpfen, während Rußland das, was es wollte, sich erkämpfen mußte. Das ist der einzige, aber sehr wesentliche Unterschied. Wenn Rußland die Meerengen auf diplomatischem Wege bekommen hätte, wenn z. B. im Jahre 1911 die Türkei es gewagt hätte, sich gegen den wachsenden deutschen Einfluß in Konstantinopel aufzulehnen und auf den russischen Vorschlag, Rußland die Meerengen zu öffnen, eingegangen wäre, so liegt es durchaus im Bereiche der Möglichkeit, daß dann im Jahre 1914 anstatt Rußland Deutschland um die Meerengen gekämpft haben würde.

Was sodann die Angelegenheit mit Elsaß-Lothringen und ihren Zusammenhang mit der Meerengenfrage betrifft, so ist es zwar ganz richtig, daß sich im „Livre Noir“ und in der ersten Stieverschen Sammlung russischer Dokumente keine ausdrückliche Angabe findet, daß Frankreich Elsaß-Lothringen zurückhaben wollte. Doch trifft es zu, wir können diese These aus allgemeinen Wahrscheinlichkeitsgründen herleiten. Es gibt keinen anderen Grund, warum Frankreich einen Krieg hätte führen sollen, wenn es nicht diesen Handel abgeschlossen hätte, keinen Grund, warum Frankreich hätte mit Rußland zusammengehen und das Risiko laufen sollen, wenn es sich nicht darum handelte, Elsaß-Lothringen zurückzubekommen. Wir wissen, daß dies der Frankreich beherrschende Beweggrund gewesen ist. Poincaré hat z. B. in einer öffentlichen Ansprache in der Straßburger Universität nach dem Kriege erklärt, er habe vor dem Jahre 1914 keinen Grund eingesehen, warum er und seine Generation weiter leben solle, es sei denn um Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen.

Aber wir sind nicht ohne tatsächliche dokumentarische Beweise für den französischen Plan, Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen. In der „Deutschen Rundschau“ hat Hartmann im Jahre 1924 ein sehr wichtiges Dokument veröffentlicht, von dem dort angegeben ist, es sei eine Mitteilung von Iswolski an Sasonow vom 21. Juli 1913, worin um drei Millionen Francs zur Bestechung der französischen Zeitungen gebeten wird. Der Schreiber sagt darin, Poincaré habe ihm soeben gesagt, er sei zu der Überzeugung gekommen, daß der Zeitpunkt eingetroffen sei, wo Frankreich und Rußland die Meerengen für Rußland und Elsaß-Lothringen für Frankreich bekommen müßten. Es scheint, daß Rußland das Ersuchen um drei Millionen Francs genehmigte und das Geld zusammen mit einem Spezialemissär absandte. Ob dies völlig authentisch ist oder nicht, steht nicht fest. Mir ist jedoch versichert worden, daß eben dieses Telegramm neuerdings vom ehemaligen russischen Finanzminister in einem Pariser Verleumdungsprozeß identifiziert worden ist<sup>10)</sup>. Wenn es sich als authentisch herausstellt, dann beweist es, daß die Elsaß-Lothringer Frage vor Ausbruch des Krieges ausdrücklich erwähnt worden ist. Noch überzeugender ist jedoch das durchaus authentische Dokument, das die Mitteilung Iswolskis vom 13. Oktober 1914 enthält, worin er auf die Verhandlungen Delcassés über die Wiedererlangung Elsaß-

<sup>10)</sup> Die Echtheit dieses Dokuments ist bis jetzt noch nicht erwiesen, vgl. die Dokumente des Konsuls Hartmann, „Die Kriegsschuldfrage“, Augustheft 1924, S. 317 f. Die Schriftleitung.

Lothringens, als Delcassé im Jahre 1913 Botschafter in St. Petersburg, Bezug nimmt. Es ist im Anhang IV zu F. Stievers „Iswolski und der Weltkrieg“ abgedruckt.

Was die Angaben Poincarés in seinen Memoiren betrifft, so können wir nicht viel Vertrauen zu ihnen haben, noch können sie gänzlich außer acht gelassen werden. Bekanntlich haben er und seine Genossen das französische Gelbbuch in schändlicher Weise gefälscht <sup>20)</sup>).

Ich halte es für zweifellos, daß Deutschland Österreich das bestimmte Versprechen gegeben hat, in der Unterstützung Österreichs gegenüber der allgemeinen Balkanlage bis zum äußersten zu gehen. Aber als die Probe wirklich bestanden werden sollte, klappte Deutschland zusammen, während Poincaré und die Russen entschlossen weitergingen. Über das tatsächliche deutsche Versprechen besteht kaum Zweifel, als es aber zur Entscheidung kam, gab Deutschland klein bei und versuchte den Frieden zu erhalten.

Was die Angelegenheit Grey und den Rückzug Englands von der Entente betrifft, so halte ich es für durchaus unwahrscheinlich, daß Grey je die Absicht gehabt habe, wegen der sich als Ergebnis der Verhandlungen im Juni 1914 anbahnenden besseren Beziehungen zu Deutschland seine engen Beziehungen zu Frankreich und Rußland aufzugeben.

Ich glaube jedoch, daß in dem Maße, wie sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England besserten, die wachsende Überzeugung der Kollegen Greys im Kabinett, daß dieser in der Verkettung Englands mit Frankreich und Rußland zu weit gegangen sei, in England den Widerstand gegen diese engen Beziehungen vermehrt und es Grey immer schwerer gemacht haben würde, England in der aktiven Entente mit Frankreich und Rußland zu halten. Mit anderen Worten, ich glaube, daß die Opposition gegen Grey ihn wahrscheinlich bezwungen haben würde.

Ich möchte darauf hinweisen, daß meine allgemeine These mehr oder weniger die Meinung des Obersten House gewesen zu sein scheint; denn im Mai 1914 schrieb er an Woodrow Wilson, er sei überzeugt, daß jederzeit, wenn England seine Einwilligung geben würde, Frankreich und Rußland über Deutschland und Österreich herfallen würden.

Was die französisch - russischen militärischen Vorbereitungen betrifft, so hat Professor Schmitt vollkommen Recht mit der An-

---

<sup>20)</sup> Siehe auch den Aufsatz von August Bach in diesem Heft „Der Telegrammwechsel Rom—Paris bei Kriegausbruch 1914“. Die Schriftleitung.



nahme, daß sie vor 1916 nicht beendet gewesen wären. Nur glaube ich, man hatte dort mehr Angst vor dem eventuellen Abfalle Englands, vor der eventuellen Aufhebung des französischen Gesetzes betreffend die dreijährige Dienstzeit und vor der eventuellen russischen sozialen und wirtschaftlichen Revolution, die Rußland geschwächt haben würde. Dies waren größere Gefahren als das unfertige militärische Programm. Außerdem bot die einzig dastehende Situation, daß Frankreich im Juli 1914 vier Klassen<sup>21)</sup> unter den Fahnen hatte, für Frankreich eine große Überlegenheit.

Was das Begründetsein und die Rechtfertigung des österreichischen Ultimatus betrifft, so kommt es hier sehr auf den Gesichtspunkt an. Ich selbst bin der Meinung, daß Österreich-Ungarn ein veraltetes politisches Gebilde war, das längst die Zeit seiner größten Nützlichkeit hinter sich hatte. Man kann aber nicht erwarten, daß ein Österreich-Ungar dies zugeben solle. In derselben Weise mögen viele Europäer die Vereinigten Staaten für eine politische Ungeheuerlichkeit ansehen, aber man kann nicht erwarten, daß wir dem zustimmen. Viele Europäer hielten es für äußerst töricht, daß die Nordstaaten im Jahre 1861 die Südstaaten in der Bundesunion zu behalten versuchten, aber man konnte nicht erwarten, daß die Nordstaaten denselben Gesichtspunkt vertraten. Für mich ist es durchaus zweifellos, daß die serbische Herausforderung an Österreich-Ungarn derart war, daß man ihr so begegnen mußte, wie Österreich es getan hat. Ich glaube, daß wir unter ähnlichen Umständen in überstürzterer Weise gehandelt haben würden, als Österreich es getan hat.

Nun zur Lokalisierung des Krieges. Warum kamen Deutschland und Österreich auf den Gedanken, sie könnten den Krieg 1914 lokalisieren? Warum begriffen sie nicht von Anbeginn an, daß ein solcher Plan vollkommen aussichtslos war, und warum sahen sie nicht ein, daß, wenn sie es zu einem Kriege zwischen Österreich und Serbien brächten, dies dasselbe bedeutete wie auf einen europäischen Krieg loszusteuern? Erstens hatte Österreich 1912—13 zweimal gegen Serbien mobilgemacht, ohne daß Rußland irgendwelche große Erregung an den Tag gelegt oder die Absicht zu erkennen gegeben hätte, mit Waffengewalt aktiv einzugreifen. Bei einer dieser Gelegenheiten war jedoch Frankreich durch die russische Gleichgültigkeit sehr beunruhigt worden. Ferner versicherte der deutsche Militärattaché in St. Petersburg dem Kaiser, daß sich Rußland über die früheren österreichischen Mobil-

---

<sup>21)</sup> Siehe Anm. 2. Die Schriftleitung.

machungen nicht sehr aufgeregt habe. Aber von noch größerer Bedeutung war das Gefühl beim Kaiser, daß der Zar über den Mord ebenso empört sein würde wie er selbst. Für ihn war es undenkbar, daß der Zar mit Königsmördern gemeinsame Sache machen würde.

Ich habe die Empfindung, daß Professor Schmitt recht hat, wenn er sagt, Deutschland sei mit einem europäischen Kriege einverstanden gewesen, wenn er unter Deutschland sehr günstigen Bedingungen zu führen gewesen wäre. Ich halte es für zweifellos, daß, wenn Italien zu erkennen gegeben hätte, daß es sich beteiligen würde, und wenn Deutschland vollkommen überzeugt gewesen wäre, daß England fernbleiben würde, Deutschland einen Krieg nicht nur geduldet, sondern begünstigt haben würde, in dem es Rußland eine entschiedene Lektion erteilen und auch den französischen Revanchegelüsten ein Ende machen konnte. Die Deutschen waren nicht vom Altruismus beeinflußt, entschieden sich aber für den Frieden, weil die Karten verkehrt gemischt waren, als es sich darum handelte, das Spiel anzusetzen. Das ist alles.

Ich möchte der letzte sein, der für einen Verteidiger der deutschen Politik gehalten werden möchte. Wenige der in die Krisis des Jahres 1914 verwickelten Diplomaten waren ehrlich. Bethmann Hollweg scheint das einzige streng ehrliche Mitglied der ganzen Gesellschaft gewesen zu sein, obwohl Grey sicherlich bessere Absichten hatte als die meisten. In der Mehrzahl waren es Schwindler. Als sich die beiden zankenden Gruppen von Schwindlern im Juli 1914 zum diplomatischen Kartenspiele hinsetzten, waren der Joker (England) und das Daus (Italien) beides „Wilde“. Im Verlaufe des Spieles zogen Frankreich und Rußland den Joker, und das Daus fiel auf den Boden und glitt unter den Tisch. Dann stellte Deutschland fest, daß es keinen Stich machen würde, und versuchte Österreich ebenfalls vom Spieltische wegzuziehen. Wäre der Joker im Kartenpäckchen geblieben und hätte Deutschland das Daus gezogen, würde es zweifellos Frankreich und Rußland „gefordert“ haben. Die verhältnismäßige Schuldlosigkeit Deutschlands im Juli 1914 wäscht die deutsche Diplomatie und den deutschen Militarismus der Zeit von 1870 bis 1914 nicht rein.

Ich pflichte Professor Schmitt darin bei, daß Österreich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht die Absicht hatte, in gutem Glauben mit Rußland in Verhandlungen über das österreichische Ultimatum an Serbien einzutreten; denn wir besitzen tatsächlich ein Telegramm von Franz Joseph an den Kaiser, worin er sagt, er wolle sich nicht durch die russische Mobilmachung einschüchtern lassen, und er rechne auf deutsche militärische Hilfe. Ich glaube, das war, nach-

dem das erste österreichische Telegramm am 31. Juli nach St. Petersburg abgegangen war, worin es hieß, die Österreicher seien bereit, die Bedingungen des österreichischen Ultimatums an Serbien zu besprechen.

Mir scheint es, daß der entscheidende Augenblick gekommen sein würde, wenn Deutschland eine Gelegenheit gegeben worden wäre, Österreich im Stiche zu lassen. Diese Chance bekam es niemals, denn die russische Mobilmachung richtete sich direkt gegen Deutschland. Ich neige zu dem Glauben, daß hier die Hauptverantwortung auf die Franzosen fällt. Die Franzosen baten trotz ihrer angeblichen Furcht vor der österreichischen Tätigkeit die Russen sehr entschieden, Österreich gänzlich außer acht zu lassen. In Beantwortung der französischen Bitte ignorierten die Russen einfach Österreich tagelang nach Ausbruch des Krieges und warfen alle ihre Streitkräfte gegen die Deutschen. Die französische Bitte ging dahin, Rußland solle Österreich als *quantité négligeable* behandeln und seine Streitkräfte gegen Deutschland werfen. Auf diese Weise bekam Deutschland niemals eine Gelegenheit, Österreich im Stiche zu lassen. Ob es das eventuell getan haben würde oder nicht, kann ich nicht sagen.

Ich stimme mit Professor Schmitt bezüglich der Natur der Tätigkeit Moltkes überein. Der springende Punkt ist, ob er seine Pläne gegen Bethmann Hollweg und den Kaiser hätte durchführen können, und davon können wir nichts wissen.

Was den Punkt betrifft, daß der Dreibund nach 1902 und ganz besonders nach 1908 eine leere Schale ohne Kern geworden ist, so hat Professor Schmitt recht mit Bezug auf die Haltung Deutschlands, und wenn er meint, daß die Deutschen glaubten, der Dreibund hätte noch viel Kraft in sich. Aber wir wissen jetzt, daß das nicht der Fall war, denn wir wissen um das Abkommen, das Italien im Jahre 1902 geschlossen hatte, daß es an einem Kriege gegen Frankreich nicht teilnehmen würde. Doch war dies kein formelles Vertragsabkommen, und unter geeigneten Umständen war es wohl denkbar, daß Italien 1914 mit Deutschland gemeinsame Sache machte. Ich glaube, der Umstand, der vielleicht mehr als sonst etwas die Entscheidung Italiens beeinflußt hat, ist die Tatsache gewesen, daß Italien zu jener Zeit, wo es seine Entscheidung treffen mußte, ziemlich sicher war, daß England sich beteiligen würde. In dem Falle waren die Aussichten nicht so günstig für Italien. Ich glaube, dies war die allgemeine Lage.

Anstatt den Dreibund als eine hohle Schale hinzustellen, wäre es vielleicht besser, zu sagen — ich glaube, Professor Schmitt könnte

mir beipflichten —, daß er allmählich nach 1902 und ganz besonders nach 1908 immer mehr zu einem Verbindlichkeitsverhältnis gegenüber Deutschland wurde.

Was die Angelegenheit des „Blankoschecks“ betrifft, so ist es ganz richtig, daß Deutschland diesen „Blankoscheck“ Österreich am 5. Juli gab, ehe es um den grundlegenden österreichischen Plan wußte, der mit dem vorauszusehenden Konflikte zwischen Österreich und Serbien zusammenhing; ebenso richtig ist aber, daß Poincaré nach seiner eigenen Angabe in „Foreign Affairs“ Rußland einen Blankoscheck gab, ehe er die Bedingungen des österreichischen Ultimatums an Serbien kannte. Als die Krisis kam, machte der Kaiser seinen Blankoscheck ungültig, Poincaré aber tat das nicht. Im Grunde war eigentlich kein Unterschied in der ursprünglichen Handlungsweise, als aber zum Spiele aufgefordert wurde, gab Deutschland klein bei, Poincaré aber ging aufs Ganze.

Was die tatsächliche russische Mobilmachung betrifft, so glaube ich, daß sowohl Rußland als auch Österreich entschlossen waren, daß niemand sich in ihr Tun einmischen dürfe. Österreich erklärte, es lehne es ab, den Handel mit Serbien als etwas anzusehen, das mit anderen Nationen besprochen werden könnte. Das war nach seiner Ansicht eine Angelegenheit, die unter Nachbarn behandelt werden mußte. Ebenso erklärte Sasonow am 27. Juli: „Was irgendwelche Ratschläge zur Mäßigung anlangt, so lehnt sie Rußland von vornherein ab.“

Was die Wahrscheinlichkeit betrifft, daß Österreich das Gebiet Serbiens verkleinert haben würde, wenn es eine Strafexpedition ohne einen europäischen Krieg hätte durchführen können, so habe ich nicht das Gefühl, daß wir in diesem Punkte sicher sein können. Da jedoch die Österreicher die Integrität Serbiens öffentlich proklamiert hatten, würden sie in ziemliche Verlegenheit gekommen sein, wenn sie nach dem Kriege diese Absprache verletzt hätten. Wir wissen ganz gut, daß Anfang Juli 1914 in einem der Telegramme des österreichischen Kaisers es an den Tag gekommen ist, daß auf seiten Österreichs der Plan bestanden hatte, Serbien ernstlich zu zerstückeln, daß aber der ungarische Ministerpräsident, als der Plan vor den Ministerrat kam, erklärte, das würde nicht angehen, da der Plan Rußland hineinziehen und einen europäischen Krieg herbeiführen würde. Tisza zwang die Kriegspartei im österreichischen Ministerium, mehr oder weniger sich seiner Ansicht anzuschließen. Er veranlaßte Österreich, Rußland das bestimmte Versprechen bezüglich der Integrität Serbiens zu machen, um eine russische Einmischung für den Fall einer Strafexpedition zu ver-



hindern. Ob Österreich dieses Versprechen respektiert haben würde, würde zum Teil vom Ausgange des Krieges abgehängen haben. Nachdem die lokale Strafexpedition vorüber gewesen wäre, hätte es sich wohl entschieden, ob es zu seinem Vorteile sein würde, das Versprechen zu halten oder ein wenig zu verletzen. Die Haltung der anderen europäischen Mächte würde einen bedeutenden Einfluß auf seine endgültige Entscheidung gehabt haben.

Wie es scheint, gibt es nur einen entscheidenden Punkt, in dem Professor Schmitt und ich gründlich in der Beurteilung dieser beiden Mobilmachungen auseinandergehen, nämlich, daß in Deutschland die Zivilregierung tagelang friedlich gesinnt und gegen die Mobilmachung, der Generalstab dagegen für die Mobilmachung gewesen ist. Andererseits stand in Rußland die Zivilregierung von Anfang an Schulter an Schulter mit der Militärpartei. Tatsächlich führte Sasonow die Militaristen. Sasonow wurde nicht von den Militaristen überredet, die allgemeine Mobilmachung anzuordnen, sondern war in Wirklichkeit vollkommen ebenso darauf versessen wie sie. In der Tat verlautet aus guter Quelle, daß er seiner Überraschung Ausdruck gegeben habe, daß die allgemeine Mobilmachung nicht eher angeordnet worden sei. Sasonow lehnte den Antrag des Generalstabes, gegen Österreich allein Krieg zu führen, ab.

Nach dem Tagebuche von Baron Schilling kam am 28. Juli der russische Generalstabschef zu Sasonow und bat ihn, sich mit dem Kriege nur gegen Österreich einverstanden zu erklären und zu versprechen, daß nicht gegen Deutschland Krieg geführt werden würde. Sasonow lehnte ein solches Versprechen ab, und darauf sagte der Generalstabschef, dann müßten sie eine allgemeine Mobilmachung anordnen. Hierauf handelte Sasonow rasch weiter, setzte sich für die allgemeine Mobilmachung ein und war durchaus an der Spitze der militärischen Tätigkeit.

Daher meine ich, daß in Rußland Einmütigkeit zwischen den Zivil- und Militärbehörden, wenigstens größere Einmütigkeit als in Deutschland in bezug auf die allgemeine Mobilmachung, herrschte.

Mein Gefühl mit Bezug auf das Grundgemälde des Hintergrundes am 28. Juni 1914, dem Tage, an dem der Erzherzog ermordet wurde, ist, daß Professor Schmitt höchst genau ist und uns eine vortreffliche und durchaus klare Darstellung der Lage gegeben hat; aber neben diesem Zugeständnis geht meine Behauptung nebenher, daß sich im Juli 1914 die Ereignisse so gestaltet hatten, daß, als es schließlich drauf und dran kam, Deutschland klein beigab und Frankreich und Rußland durchhielten.

Andererseits glaube ich aber, daß, wenn die Lage umgekehrt gewesen wäre, wenn die Interessen Deutschlands die Interessen Frankreichs und Rußlands gewesen wären, Deutschland entschieden auf den Krieg losgesteuert wäre und wahrscheinlich Frankreich und Rußland klein beigegeben haben würden, wie Deutschland es getan hat. (Beifall.)

Professor Schmitt: Ich habe nur einige Bemerkungen zu machen, da, wie Professor Barnes gesagt hat, unsere beiden Darlegungen sich ergänzen, und das Reinergebnis ist, daß wir bezüglich der Tatsachen mehr oder weniger miteinander übereinzustimmen scheinen, aber in ihrer Deutung nicht einig sind.

So hat Herr Barnes gesagt, Frankreich habe keinen Anlaß gehabt, zu kämpfen, außer um Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen. Als bloße Behauptung mag das richtig sein; nur wollen wir nicht vergessen, daß Frankreich 1905 und dann wieder 1911 von Deutschland ziemlich rücksichtslos behandelt worden war. Diplomatische Verhandlungen werden gewöhnlich geführt, indem man Machtmittel im Hintergrunde hat. Aber 1905 und 1911 betrat Deutschland das Beratungszimmer nicht nur mit einer Pistole in der Tasche, sondern legte sie auf den Tisch, indem es 1905 Frankreich ziemlich offen bedrohte, 1911 zwar mit mehr Zurückhaltung, aber nichtsdestoweniger drohend<sup>22)</sup>. Das jagte den Franzosen einen Schrecken ein. Sie wußten nicht, wann sie zum dritten Male gestellt werden würden, und der Durchschnittsfranzose trat meines Erachtens für das Bündnis mit Rußland deshalb ein, weil er darin den einzigen Rettungsanker sah.

Poincaré soll, als er am 29. Juli aus Petersburg zurückkam, vor dem versammelten Kabinett die Bemerkung gemacht haben: Wir können Rußland im Stiche lassen, wir brauchen es in dieser Balkanangelegenheit nicht zu unterstützen, und dem Kabinett steht es frei, zu entscheiden, ob es mit Rußland gehen will. Aber wenn wir Rußland im Stiche lassen, so ist das das Ende des Bündnisses, und Frankreich wird dann isoliert bleiben. Ob dies eine hinreichende Rechtfertigung für die Unterstützung Rußlands durch Frankreich ist, ist Sache der persönlichen Ansicht; aber so wie das europäische politische Spiel in dem Jahrzehnte vor dem großen Kriege gespielt wurde, hatte jedes Land eine verzweifelte Angst davor, isoliert zu sein, und klammerte sich an sein Bündnis, koste es, was es wolle; Deutschland genau ebenso wie Frankreich.

---

<sup>22)</sup> Die Haltung der englischen Flotte vom Juli bis September 1911 darf in diesem Zusammenhang wohl nicht übersehen werden. Die Schriftleitung.

Professor Barnes meint, daß Deutschland „abgefallen“ sei, mit seiner Unterstützung Österreichs nicht habe „durchkommen“ können, während Frankreich während der ganzen Krisis Rußland bis zum äußersten den Rücken gedeckt habe. Wir wissen nicht genau, welches Versprechen Poincaré den Russen während seines Besuches in Petersburg unmittelbar vor dem Ausbruche der Krisis gemacht hat. In den Dokumenten finden sich einige verschleierte Andeutungen, aber nichts sehr Bestimmtes. Herr Barnes hat hervorgehoben, daß Poincaré Rußland französische Hilfe versprochen habe, ehe er die Bedingungen des Ultimatus an Serbien kannte. Technisch ist das richtig, denn der Text des Ultimatus lag in Petersburg erst vor, nachdem Poincaré nach Frankreich abgefahren war; aber der italienische Botschafter in Petersburg hatte erfahren, was im Anzuge war, und Sasonow gewarnt. Wenn also Poincaré und Sasonow über die Einzelheiten nicht unterrichtet waren, hatten sie doch Grund zu der Annahme, daß Österreich einen sehr ernsten Schritt im Auge habe, der eine allgemeine Krisis herbeizuführen geeignet sei. Anscheinend war Poincaré damit einverstanden, daß Frankreich und Rußland eine einheitliche Front bilden müßten, um die Demütigung Serbiens zu verhindern, und hieran hat die französische Regierung bis zum bitteren Ende festgehalten.

Hat nun Deutschland wirklich klein beigegeben? Deutschland hat zweifellos zwischen dem 27. und 30. Juli eine Menge Telegramme — ich glaube, die genaue Zahl war neun — abgesandt, in denen es Österreich dringend aufforderte, Zugeständnisse zu machen und mit Rußland zu reden. Aber Bethmanns Sprache war nicht unzweideutig, denn im wesentlichen sagte er immer wieder: Wir wollen euch beistehen, nur müßt ihr Zugeständnisse machen, damit wir nicht die Verantwortung für einen Bruch haben, die Rußland aufgebürdet werden muß. Deutschland riet Österreich, Zugeständnisse zu machen, während Frankreich Rußland einen solchen Rat nicht gab. Ich sehe aber nicht, daß Deutschland tatsächlich seinen „Blankoscheck“ zurückgezogen habe.

Professor Barnes deutet an, der Grund für die Haltung Deutschlands im Jahre 1914 sei der Glaube gewesen, daß Rußland, weil es in der bosnischen Angelegenheit 1909 und in der albanischen Frage 1912—13 nachgegeben hatte, im Juli 1914 klein beigegeben würde. Ich sollte meinen, daß das gerade der Grund war, warum nicht hätte erwartet werden sollen, daß es klein beigegeben werde. Es hatte schon zweimal vor dem deutschen und österreichischen Drucke den Rückzug angetreten. In beiden Fällen hatte es den

Rückzug angetreten, weil seine Heere nicht für den Kampf gerüstet waren. Vorsicht war also der bessere Teil der Tapferkeit. Aber im Jahre 1914 hatten die Russen, obwohl das Militärprogramm noch nicht fertig durchgeführt war, genügendes Selbstvertrauen, um nötigenfalls einen Krieg zu riskieren, und die Deutschen scheinen zwei oder drei bedeutungsvolle Zwischenfälle im Frühjahr 1914, die sie hätten warnen sollen, was sie zu erwarten hatten, durchaus nicht ernst genommen zu haben.

Da war zuerst der Fall des deutschen Generals, der abgesandt wurde, um die türkischen Streitkräfte in Konstantinopel zu befehligen. Die Russen protestierten etwas heftig dagegen, und die Deutschen erklärten sich damit einverstanden, daß er mehr Generalinspekteur als Oberbefehlshaber sein sollte; aber das Zugeständnis gab ihm in Wirklichkeit mehr Autorität als je <sup>23)</sup>.

Sodann leitete im März eine deutsche Zeitung einen Pressefeldzug gegen Rußland ein, indem sie Rußland Angriffsabsichten zuschrieb und ganz offen sagte, Rußland bereite einen Angriff gegen Deutschland für das Jahr 1917 vor. Der russische Kriegsminister ließ in einer Zeitung eine scharfe Erwiderung hierauf veröffentlichen, stellte in Abrede, daß Rußland eine solche Absicht habe, fügte aber hinzu, Rußland sei bereit, und die Deutschen sollten sich das merken. Im Juni 1914 wiederholte er diese Erklärung in einem anderen Artikel.

Endlich sprach im Mai 1914 Sasonow in einer Rede in der Duma mit großem Nachdruck den Grundsatz aus, daß der Balkan für die Balkanvölker sei. Dieser diplomatische Euphemismus wird eine Menge Sünden decken, aber er brachte die russische Entschlossenheit, daß Österreich keine Balkannation rücksichtslos behandeln dürfe, ziemlich klar zum Ausdruck.

Ich will hiermit einfach sagen, daß die russische Regierung im Laufe der ersten sechs Monate des Jahres 1914 drei- oder viermal nicht mißzuverstehende Andeutungen gemacht hatte, daß sie bei Balkanangelegenheiten nicht gleichgültig zusehen würde, und wenn die Deutschen die internationale Lage besser zu beurteilen ver-

---

<sup>23)</sup> Es handelt sich um den Fall Liman von Sanders. Der General war im Dezember 1913 mit dem Kommando des I. Armeekorps in Konstantinopel beauftragt worden. Auf Einspruch des russischen Botschafters, Herrn von Giers, dem sich die Botschafter Englands und Frankreichs anschlossen, wurde Liman von Sanders am 14. Januar 1914 zum General der Kavallerie befördert und zugleich zum General-Inspekteur der türkischen Armee ernannt. Das Kommando des I. Korps ging damit wieder in türkische Hände über. Die Schriftleitung.



standen hätten, hätten sie, scheint mir, sehen müssen, daß Rußland handeln würde, und deshalb erließ die russische Regierung in dem Augenblicke, wo die Krisis ausbrach, eine öffentliche Erklärung in dem Sinne, daß sie den Gang der Ereignisse mit großem Interesse verfolge und nicht gleichgültig bleiben könne.

Wenn eine Regierung öffentlich zu erkennen gibt, daß sie demgegenüber, was ein anderes Land tut, nicht gleichgültig bleiben könne, ist die Lage ernst. Die Deutschen waren gewarnt. Sie zogen es vor, die Warnungen unbeachtet zu lassen. Das Ergebnis war, daß sie sich bald in einer Lage befanden, in der sie sich mit der russischen Mobilmachung auseinandersetzen mußten, entweder, indem sie den Krieg erklärten oder eine demütigende diplomatische Niederlage hinnahmen. Nach meinem Dafürhalten hatten sie es reichlich sich selbst zuzuschreiben, daß sie in diese Verlegenheit gekommen waren.

Endlich kommen wir zu dem Verhältnis zwischen Österreich und Serbien. Die Tatsache, daß der Erzherzog Franz Ferdinand von einem Menschen serbischer Abstammung, wenn auch österreichischer Untertan, ermordet wurde, war ein harter Schlag für den österreichischen Stolz. Ich pflichte Professor Barnes bei, daß zu erwarten war, daß die Leiter der österreichisch-ungarischen Regierung den serbischen Plan, Bosnien loszutrennen, übel empfinden mußten und daß es für sie ein vollkommen normaler und logischer Standpunkt war, die territoriale Unversehrtheit der habsburgischen Monarchie zu verteidigen zu suchen. In meinen ersten Bemerkungen habe ich gesagt, daß Serbien, wenn auch nicht direkt für die Tragödie verantwortlich, Strafe verdiente. Das alles sollte uns aber nicht der Tatsache gegenüber blind machen, daß der Streit zwischen Österreich und Serbien genau derselbe war wie der zwischen Österreich und Sardinien sechzig Jahre früher. Das Urteil der Geschichte lautet dahin, daß das geeinte Italien, das dadurch entstanden ist, daß Cavour das Österreich seinerzeit herausforderte, den Rechtfertigungsbeweis erbracht hat, und dasselbe gilt meines Erachtens für Südslavien<sup>24)</sup>.

Wir müssen bedenken, daß das fragliche Gebiet, Bosnien und die Herzegovina, kein historischer Teil der habsburgischen Monarchie war. Die Österreicher haben es erst 1878 gegen den

---

<sup>24)</sup> Der Vergleich trifft nur sehr unvollkommen zu, auch übersieht Professor Schmitt die Mitverantwortlichkeit der serbischen Regierung für das Attentat. Die Schriftleitung.

Wunsch und den bewaffneten Widerstand der Bewohner erworben. Die Bevölkerung dieser Provinzen war serbischer Rasse und zum Teil muhammedanischen Glaubens; das letzte, was sie wünschte, war, der habsburgischen Monarchie einverleibt zu werden. Sie protestierte gegen die Bestimmungen des Berliner Vertrages, der sie Österreich auslieferte, und leistete später den österreichischen Truppen, die kamen, um von den Provinzen Besitz zu nehmen, bewaffneten Widerstand. Das österreichische Interesse an diesen Provinzen war also nicht nur jüngeren Datums, sondern es wurde im direkten Gegensatze zu den Wünschen der Bewohner in Anspruch genommen. Es ist ganz und gar nicht unnatürlich, wenn die Serben Bosnien und die Hercegovina als von Rechts wegen ihnen gehörig ansahen.

Ich will nicht die Methoden verteidigen, mit denen die serbische Propaganda in Bosnien betrieben wurde, aber ebensowenig kann ich die Methoden verteidigen, mit denen Österreich eine Generation lang Serbien geplagt hat. In diesem Falle von „wie du mir, so ich dir“ fing, wie mir scheint, die Provokation stets mit einer Handlung Österreichs an. Die Österreicher waren es, die sich vornahmen, eine Eisenbahn zu bauen, die Serbien umschließen würde. Die Österreicher waren es, die Bosnien im Widerspruch mit dem Berliner Vertrage annektierten. Die Österreicher waren es, die sich bemühten, die Serben von einem Hafen am adriatischen Meere fernzuhalten. Das einzige, womit die Serben dies alles beantworteten, war Propaganda, bis schließlich eine Gruppe etwas unzurechnungsfähiger Serben den Erzherzog umbrachte<sup>25)</sup>.

Es war ein klarer Gegensatz zwischen dem Gedanken des südslavischen Nationalismus auf der einen und einer höchst konservativen Regierung auf der anderen Seite. Der Konflikt zwischen ihnen war wahrscheinlich unvermeidlich, und die Umstände brachten es mit sich, daß dieser Konflikt nicht allein ausgefochten werden konnte. Er war eine Angelegenheit der europäischen Politik geworden, an der jeder Staat in Europa mehr oder weniger interessiert war.

Zum Schlusse gebe ich der Hoffnung Ausdruck, hier klagemacht zu haben, daß ich alle Mächte in größerem oder geringerem Grade als für den Krieg verantwortlich ansehe. Herr Barnes und

---

<sup>25)</sup> Man wird den Chef der Nachrichtenabteilung im serbischen Generalstab Oberstleutnant Dimitrievitsch-Apis, den Organisator des Attentats, kaum als „unzurechnungsfähig“ bezeichnen dürfen. Die Schriftleitung.

ich mögen verschiedener Meinung sein, wenn wir versuchen, sie in eine gewisse zahlenmäßige Reihenfolge zu bringen, ich bin aber überzeugt, daß wir darin ganz einig sind, daß keiner mit reiner Weste davonkommt und daß jeder gewissermaßen mit einem Makel behaftet ist. Der Krieg ist eine Folge gewesen des Konfliktes der Idee des Nationalismus mit seit alters feststehenden Grenzen, von rivalisierenden Bündnissen und von übertriebenen Rüstungen. Nur ein Mann von übermenschlicher Energie hätte ihn verhindern können, und vielleicht ist es das tragische Schicksal Europas gewesen, daß es nach dem Sturze Bismarcks im Jahre 1890 keinen Diplomaten oder Staatsmann gegeben hat, der mit einer europäischen Krisis ersten Ranges fertig werden konnte. (Beifall.)

Der Vorsitzende: Ich wünsche in Ihrem und in meinem Namen den Rednern unseren großen Dank für die interessanten Erörterungen auszusprechen, mit denen sie uns unterhalten und belehrt haben.

---

## Der Telegrammwechsel Rom—Paris bei Kriegsausbruch 1914.

Ein weiterer Beitrag über die Irreführung der öffentlichen Meinung durch das französische Gelbbuch.

Von August Bach.

In der „Revue des deux Mondes“ vom 1. Oktober 1926 wird ein Aufsatz veröffentlicht: „L'Italie et l'agonie de la paix en 1914“, der für die Beurteilung der Haltung Italiens bei Ausbruch des Krieges und der französischen Einwirkungen auf die italienische Regierung während der Julikrisis 1914 sehr aufschlußreich ist.

Der Artikel, der nur mit drei Sternen gezeichnet ist, scheint im Auftrage oder mit Wissen des früheren französischen Botschafters in Rom, Camille Barrère, geschrieben zu sein, da er Auszüge aus amtlichen Dokumenten enthält, deren Abschriften wohl nur im Besitz von Barrère sein können. Da die französische Regierung sich ängstlich hütet, die französischen Dokumente über den Kriegsausbruch zu veröffentlichen, so ist es um so erfreulicher, wenn von Seiten eines ehemaligen Botschafters wichtiges dokumentarisches Material mitgeteilt wird.

Camille Barrère gehört zusammen mit Jules Cambon und Paul Cambon zu den großen Botschaftern der dritten französischen Republik. Als Barrère im September 1924 Rom verließ, durfte er auf eine 27jährige Botschafterzeit in Italien zurückblicken, die für sein Vaterland und für ihn persönlich reich an Erfolgen war. Der Abschluß des französisch-italienischen Neutralitätsvertrages durch den Briefwechsel Barrère—Prinetti vom 1. und 2. November 1902 war in der Hauptsache Barrères Verdienst, der sein Ziel in der inneren Loslösung Italiens vom Dreibunde sah. Die prophetischen Worte, die Maximilian Harden 1908 in der „Zukunft“ schrieb, sind leider im August 1914 bittere Wahrheit geworden: „Wird der Botschafter nicht in seinem Treiben gestört, dann wird eines Tages vom Dreibund gelten, was von dem Soldaten galt, der in die Schlacht zog, als er schon tot war.“

Über die Tätigkeit Barrères bei Ausbruch des Krieges 1914 waren wir bisher nur sehr unvollkommen orientiert, da der diplomatische Schriftwechsel Rom—Paris im französischen Gelbbuch fast ganz unterdrückt ist. Von den Telegrammen, die Barrère vom 28. Juni bis 4. August an seine Regierung gesandt hat, sind im Gelbbuch nur sieben veröffentlicht. Daß diese nur einen Bruchteil der von Barrère abgesandten Depeschen bilden, kann man wohl mit Sicherheit behaupten, wenn man zum Vergleich den telegraphischen Verkehr zwischen Rom und Berlin heranzieht. Herr v. Flotow hat vom 28. Juni bis zum 4. August 41 Telegramme und Berichte an das Auswärtige Amt gesandt. Nun waren die Bemühungen der französischen Regierung um die Haltung Italiens mindestens so stark wie die der deutschen Regierung. Man erkennt daraus erneut, wie unvollständig das französische Gelbbuch ist.

Der vorliegende Aufsatz in der „Revue des deux Mondes“ gestattet zum ersten Male einen tieferen Einblick in den Telegrammwechsel Rom—Paris und gewährt gleichzeitig ein sehr anschauliches Bild der politischen Situation in Rom bei Ausbruch des Krieges.

Am 26. Juli hatte Barrère eine Unterredung mit Salandra, dem italienischen Ministerpräsidenten. Barrère gewann aus seiner Unterredung den Eindruck, daß Italien im Falle eines Konflikts sich abseits halten und eine beobachtende Haltung einnehmen wolle. Barrère hat über sein Gespräch nach Paris berichtet, und sein Telegramm ist im französischen Gelbbuch unter Nr. 51 veröffentlicht.

Der letzte Absatz des Telegramms enthält im Wortlaut einige Bemerkungen Salandras. Es ist recht interessant, wenn man den Text des Gelbbuches mit dem Text der Worte in der „Revue des deux Mondes“ vergleicht:



### Zu Gelbbuch 51<sup>1)</sup>.

Wortlaut des Gelbbuches:

„Wir werden die größten Anstrengungen machen, um zu verhindern, daß der Friede gestört wird. Unsere Lage ist der Englands etwas ähnlich. Vielleicht könnten wir mit den Engländern zusammen etwas für den Frieden tun“.

Wortlaut der „Revue des deux Mondes“:

„Man müßte verrückt sein, um als Italiener den Krieg zu wollen. — Und das ist auch die in der öffentlichen Meinung herrschende Empfindung. Sie würde sich angesichts einer Bedrohung oder Gefahr ändern. Auch werden wir die größten Anstrengungen machen, um zu verhindern, daß der Friede gestört wird. Unsere Lage ist der Englands etwas ähnlich, das sich anscheinend nicht in Abenteuer einlassen will.“

In Gelbbuch 51 fehlen die beiden ersten Sätze vollständig, während der letzte Satz abgeändert worden ist. Aus dem weiteren Inhalt der Depesche, der in der „Revue des deux Mondes“ leider nicht mehr im Wortlaut angeführt wird, ergibt sich, daß Gelbbuch 51 auch gekürzt veröffentlicht ist. Salandra sagte dem Botschafter weiter, daß Österreich nach seiner persönlichen Ansicht seinem italienischen Verbündeten von seinen Absichten hätte Mitteilung machen müssen, und da es dies unterlassen, habe es Italien seiner Bündnisverpflichtungen enthoben.

Am 27. Juli traf Barrère mit dem sehr einflußreichen Kolonialminister Ferdinando Martini zusammen und hatte mit ihm eine Unterredung über die Haltung Italiens angesichts des österreichisch-serbischen Konflikts. In der „Revue des deux Mondes“ werden folgende Ausführungen Martinis im Wortlaut mitgeteilt, die ohne Zweifel dem telegraphischen Bericht Barrères, der im Gelbbuch fehlt, entnommen sind:

„Wir müssen und werden alles, was wir können, tun, um den Bruch des Friedens zu vermeiden. Wir haben bereits in dieser Hinsicht mit unseren Bemühungen begonnen. „Se sono rose, fioriranno“ . . . In jedem Falle sehe ich keine Möglichkeit, daß Italien an Seiten Österreichs marschiert. Dem widersetzt sich alles: vor allem die öffentliche Meinung. Manche Überlegung hält uns

---

<sup>1)</sup> Vgl.: „Das Französische Gelbbuch von 1914.“ Berichtigter und ergänzter Wortlaut der ersten amtlichen Veröffentlichung der französischen Regierung über den Kriegsausbruch, herausgegeben von Alfred von Wegerer. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926.

davon ab, in das Abenteuer, in das die Kaisermächte sich stürzen zu wollen scheinen, hineinzulaufen, und sicherlich werde ich nicht derjenige sein, der dort hineintreiben wird.“

Am gleichen Tage, am 27. Juli, kehrte der Außenminister San Giuliano nach Rom zurück, und Barrère hatte kurz nach seinem Eintreffen mit ihm eine Unterredung. Das entsprechende Telegramm von Barrère ist im französischen Gelbbuch unter Nr. 72 veröffentlicht, und sein Inhalt stimmt mit dem in der „Revue des deux Mondes“ leider nur in indirekter Rede wiedergegebenen Wortlaut bis auf einige Nuancen überein, die aber für das Gelbbuch charakteristisch sind: So lautet z. B. ein Satz des Telegrammes nach Gelbbuch 72 wie folgt:

„Nach der Ansicht des Marquis di San Giuliano hätte Serbien klüger getan, die Note in ihrer Gesamtheit anzunehmen; auch heute noch hält er dafür, daß dies das einzig Mögliche sei, da er überzeugt sei, daß Österreich keine seiner Forderungen zurückziehen und alle aufrechterhalten werde, selbst auf die Gefahr hin, einen allgemeinen Brand herbeizuführen.“

Diese Worte stimmen mit der Wiedergabe in der „Revue des deux Mondes“ überein bis auf die letzte Wendung: „... selbst auf die Gefahr hin, einen allgemeinen Brand herbeizuführen ...“ Diese Worte fehlen in der „Revue des deux Mondes“, und sie fehlen sicherlich auch in dem Originaltext des Telegrammes. Es ist ja auch nahezu undenkbar, daß gerade der dreibundfreundliche Außenminister San Giuliano sich gegenüber dem französischen Botschafter so geäußert haben soll.

Barrère, der recht besorgt war, daß sich Italien in der Hauptsache von Englands Haltung leiten lassen werde, wies in seinen Telegrammen nach Paris auf die dringende Notwendigkeit hin, daß England bei der italienischen Regierung nicht den Eindruck erwecke, als ob es nicht auf Frankreichs Seiten stehe. Auch diese Depeschen des Botschafters sind im Gelbbuch unterdrückt.

Da die italienische Regierung bis zum 30. Juli sorgfältig vermied, eine eindeutige und klare Stellungnahme einzunehmen, unternahm Barrère, der endlich Klarheit haben wollte, am 31. Juli einen diplomatischen Schritt bei der italienischen Regierung, ohne dazu beauftragt worden zu sein. Das Telegramm des Botschafters über seine Unterredung mit dem Außenminister Marquis di San Giuliano wird in der „Revue des deux Mondes“ veröffentlicht. Die Depesche, die im Gelbbuch fehlt, hat folgenden Wortlaut:

„Ich komme soeben vom Marquis di San Giuliano. Ich habe ihm gesagt, daß, obwohl ich keine diesbezüglichen Instruktionen von Ihnen erhalten hätte, es mich doch beim gegenwärtigen Stand der Lage sehr interessieren würde, welche Haltung Italien im Falle eines Konfliktes einnehmen würde. In der anschließenden Unterredung habe ich ihn zunächst an die Abmachungen erinnert, in denen unsere allgemeinen Beziehungen im Falle eines Krieges festgelegt sind. Er entgegnete mir, daß er bereit sei, sich mit mir darüber auszusprechen, aber daß er die unbedingte Gewißheit haben müsse, daß von der französischen Regierung über das, was er mir zu sagen hätte, das vollständigste Stillschweigen bewahrt werde, da jede Indiskretion ihn in schwerstem Maße hemmen und es Italien vielleicht unmöglich machen würde, seine Absichten zu verwirklichen. Ich habe ihm mein Ehrenwort gegeben und die Versicherung, daß dieses Stillschweigen gewahrt werde.

Der Marquis di San Giuliano sagte mir alsdann, daß die italienische Regierung beschlossen habe, das österreichische Vorgehen gegen Serbien als einen Angriffsakt anzusehen, der sie von einer Aktion zugunsten Österreichs entbinde. Im übrigen glaubte er, daß die Klauseln des Dreibundvertrages, die durchaus mit unseren Abmachungen von 1902 in Einklang ständen, Italien gestatten würden, ohne die den Verbündeten schuldende Loyalität zu verletzen, sich jeder Teilnahme an dem Konflikt zu enthalten.

Er fügte hinzu, daß dieses Vorgehen Italiens abhängig sei von der Klugheit der französischen und russischen Seite. Er bestand in dieser Hinsicht mit Nachdruck auf der Notwendigkeit, von französischer Seite in der Presse nichts zu sagen, was das italienische Empfinden verletzen oder den Eindruck erwecken könnte, daß man militärische Vorbereitungen gegen Italien treffe.“

Diese Mitteilung des italienischen Außenministers war für die französische Regierung von der größten Bedeutung, und Joffre konnte bereits am 31. Juli dementsprechend seine Dispositionen für den Aufmarsch der französischen Armee treffen.

Am 1. August frühmorgens hatte Barrère erneut eine Zusammenkunft mit dem italienischen Außenminister, der ihm über seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter vom 31. Juli abends berichtete. Das Telegramm Barrères über diese Unterredung ist im französischen Gelbbuch unter Nr. 124 veröffentlicht, doch auch bei der Wiedergabe dieses Dokumentes muß man wieder feststellen, wie unkorrekt das Gelbbuch ist.

Der letzte Absatz dieses Telegrammes lautet:

Nach Gelbbuch 124.

„Der Marquis di San Giuliano hat geantwortet, daß sich Italien am Kriege nicht beteiligen könne, da der von Oesterreich unternommene Krieg, namentlich im Hinblick auf die nach den Worten des deutschen Botschafters möglicherweise daraus entstehenden Folgen, den Charakter eines Angriffskrieges habe und deshalb dem rein defensiven Charakter des Dreibundes nicht entspreche.“

Nach der „Revue des deux Mondes.“

„Herr von San Giuliano hatte dem deutschen Botschafter geantwortet, daß sich Italien am Kriege nicht beteiligen könne, da der von Oesterreich unternommene Krieg und die daraus möglicherweise entstehenden Folgen einen Angriffscharakter hätten und dem rein defensiven Charakter des Dreibundes nicht entsprechen würden.“

Der Originalwortlaut des Telegrammes wird also abgeändert, um den deutschen Botschafter und damit auch die deutsche Regierung zu verdächtigen.

In der Nacht vom 1. zum 2. August trat der italienische Ministerrat zusammen. Marquis di San Giuliano gab einen Bericht über die politische Lage und trat am Schlusse seiner Ausführungen für die Neutralität Italiens ein. Als er geendet hatte, sagte der Kolonialminister Martini: „Der Dreibund ist aufgelöst.“ Da San Giuliano widersprach, meinte Martini: „Wenn er nicht aufgelöst ist, so ist er doch losgelöst.“ Ein Lächeln trat auf die Gesichter der Minister, aber niemand widersprach. Und als Martini den Ministerrat verließ, sagte er im Hinausgehen: „Der Dreibund ist das erste Opfer und der erste Tote dieses Krieges.“

Barrère erfuhr von diesen Vorgängen im Ministerrat bereits am frühen Morgen des 2. August und telegraphierte sofort darüber nach Paris. Auch dieses Telegramm sowie eine zweite Depesche vom gleichen Tage über eine Unterredung mit Salandra fehlen im französischen Gelbbuch.

Die Ausführungen in der „Revue des deux Mondes“ und die dort wiedergegebenen Dokumentenauszüge zeigen erneut, welche Sinnfälschungen und textlichen Änderungen das französische Gelbbuch enthält und mit welcher Vorsicht die dort veröffentlichten diplomatischen Schriftstücke zur Beurteilung der französischen Politik bei Kriegsausbruch verwertet werden müssen.

---



## MONATSBERICHT.

### AMERIKA.

**Ein amerikanisches Urteil über die deutsche Kriegsschuldforschung.**  
„Berliner Tageblatt“, 5. Oktober 1926, Nr. 470.

In seinem Kommentar zur Rede des Reichsaußenministers in Köln am 3. Oktober hat der Baltimore „Sun“ vom 5. Oktober sich über die deutsche Kriegsschuldforschung geäußert und dabei gesagt:

„Der deutsche Außenminister dürfe mit berechtigtem Stolz sagen, daß in keinem anderen Land die Erforschung der Kriegsursachen und der Verantwortlichkeit so eindringlich betrieben werde wie in Deutschland. Das Studium der Archive erfolge unter der Leitung und mit Hilfe von Geschichtsforschern, deren Fähigkeiten nicht bestritten werden könne und deren Charakter unantastbar sei. Es wäre gut, wenn auch in allen übrigen Ländern die Untersuchung der Kriegsschuldfrage nach ähnlicher Methode durchgeführt würde.“

**July 1914. by Bernadotte E. Schmitt.**

**Foreign Affairs, Oktober 1926.**

Professor Schmitt faßt unter dem Titel „Juli 1914“ eine Reihe interessanter Besprechungen zusammen, die den letzten Werken von Stieve, Poincaré, Grey, Dickinson, Durham, Seton-Watson und Barnes gewidmet sind. Wir werden auf die Ausführungen von Professor Schmitt noch zurückkommen.



### BELGIEN.

**Eine außenpolitische Rede Vanderveldes.**

„Kölnische Zeitung“, 15. Oktober 1926, Nr. 769.

Der belgische Außenminister Vandervelde hat am 14. Oktober bei einem Frühstück der Vereinigung der Auswärtigen Presse über die Erörterung der Kriegsschuldfrage gesagt:

„Wir Belgier haben die feste Überzeugung, daß für Belgien eine Kriegsschuldfrage nicht besteht. Sie ist für uns am 4. August 1914 durch das förmliche Bekenntnis des deutschen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg erledigt worden. Aber wie steht es mit den andern? Es ist ein Jammer, daß heute, acht Jahre nach dem Kriege, aus Mangel an Kenntnis über den tatsächlichen

Verlauf der Dinge, trotz Kautsky und Fabre-Luce, trotz der gelben, roten, weißen, blauen und schwarzen Bücher, Millionen von Deutschen die tiefgehende Verantwortung des kaiserlichen Deutschlands nicht anerkennen, auf der andern Seite Millionen Franzosen und Belgier an der Alleinschuld Deutschlands — ich unterstreiche das Wort allein — wie an einem Dogma festhalten, dessen Erörterung nicht zugelassen werden darf.“

### **Vandervelde und die belgische Politik.**

„Kölnische Zeitung“, 20. Oktober, Nr. 781.

Der Brüsseler Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ schildert den tiefen Eindruck, den die Rede Vanderveldes auf die belgische öffentliche Meinung gemacht hat, und sagt:

„Vandervelde hat das Verdienst, der unbeirrte Wortführer der Verständigung und der damit in Verbindung stehenden Rückkehr zu einer selbständigen belgischen Außenpolitik zu sein, einer Außenpolitik, die sich aus dem Fahrwasser des französischen Nationalismus befreit, die Kriegspsychose überwindet und sich nach den rein belgischen Interessen richtet. Von diesem Standpunkt aus kann Vandervelde und überhaupt jeder Vertreter Belgiens auch in der Kriegsschuldfrage leichter als jeder einem andern uns ehemals feindlichen Staat angehörige Staatsmann kommen. Niemand wird ernstlich behaupten können, daß Belgien dazu beigetragen habe, den Weltkriegsbrand zu entfachen. Belgien steht gewissermaßen außerhalb der um die Schuldfrage streitenden Parteien, und es ist geradezu dazu berufen, für eine ausgleichende Lösung zu arbeiten.“



### **DEUTSCHLAND.**

#### **Neue Geister — Alte Gespenster.**

„Kölnische Zeitung“, 3. Oktober 1926, Nr. 736.

In einer rückschauenden Betrachtung über die an den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sich anschließende Kriegsschulddebatte schreibt die „Kölnische Zeitung“:

„Diplomatische Erwägungen und die Auffassung der Politik, als einer Kunst des Möglichen, lassen es zuweilen richtig erscheinen, an sich notwendige Klärungen zu vertagen und dem Urteil der Geschichte anheimzustellen. Dafür schien nach der Meinung vieler, in Deutschland sowohl wie bei den andern Völkern, insbesondere die Kriegsschuldfrage bestimmt zu sein.

Wenn man nicht mehr daran rühre, würde ihr Stachel sich alsbald von selber abstumpfen, und man könne sich inzwischen besser über die sonstigen Gegensätze zwischen Siegern und Besiegten verständigen. Diese Auffassung wurde bestärkt durch den anscheinend immer mehr sich ausbreitenden Geist der Versöhnung, dem auch der Franzose Briand rednerische Huldigungen zu bereiten verstand. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und der durch Locarno-Thoiry bezeichnete neue Abschnitt in den deutsch-französischen Beziehungen ließen glauben, daß der Schuldspruch von Versailles als unwahr anerkannt worden sei und wenn auch nicht ausdrücklich verleugnet werden, so doch in wesenlosem Schein verblassen sollte. Dieser Glaube fand in der deutschen Presse einen — durchaus zurückhaltenden — Ausdruck, und er klang auch aus einer Rede Dr. Stresemanns in gedämpftem Ton an die Öffentlichkeit. Aber kaum war das geschehen, so wurden wir eines andern und Schlechtern belehrt: was wir für eine Selbstverständlichkeit gehalten, ohne die all die vielbeschworenen neuen Geister des Friedens unfäßbare Schatten bleiben müßten, wurde uns als ein Irrtum erklärt. Zuerst aus Paris, dann aber auch aus London kamen die alten Gespenster von Versailles wieder zum Vorschein, und der französische Ministerpräsident ließ es sich nicht nehmen, die schönen Reden seines Ministers des Auswärtigen öffentlich zu entwerten. Dieser Ministerpräsident ist freilich Poincaré, von dessen Gesinnung gegen Deutschland die französische Nachkriegspolitik laut genug und auch für sein eigenes Land unheilvoll zeugt, und der einst verkündet hat: als Strafrichter und nur auf Grund seiner Schuldhaftigkeit seien die Sieger berechtigt, Deutschland so zu behandeln, wie es in Versailles beschlossen wurde. Als Richter in eigener Sache! Es half nichts, daß diesem rechtswidrigen Anspruch von deutscher Seite entgegnet wurde: das Maß der Schuld aller Beteiligten könne nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, ein neutraler Ausschuß, vor dem alle Hauptpersonen der Tragödie zu Wort kämen und dem alle Archive geöffnet würden. Es half auch nichts, daß seitdem die deutschen Archive bis in die letzten Winkel der Öffentlichkeit preisgegeben, daß vom neutralen und selbst vom feindlichen Ausland her Zeugnisse für die Wahrheit gehäuft worden sind. Damit in der neuen Friedensrechnung, die unter dem Druck der allgemeinen Notstände begonnen wurde, nicht ein unerwünschtes Plus zugunsten Deutschlands entstehe, hat man, kaum daß Locarno unterzeichnet und unser Eintritt in den Völkerbund vollzogen war, wieder das gefälschte Schuldbuch

aufgeschlagen. Wenn nun aus diesem Verhalten neue Beunruhigung entsteht, so ist es nicht unsere Schuld — es sei denn in dem Sinne, daß wir uns fragen müssen, ob es nicht doch ein Fehler war, daß wir den schwächlichen Erwägungen nachgaben, die mit Stillschweigen über das erpreßte Schuldbekenntnis hinwegzukommen glaubten, ein Fehler insbesondere, daß nicht vor zwei Jahren bei den Londoner Verhandlungen über den Dawesschen Plan am gemeinsamen Beratungstisch eine amtliche Erklärung zur Kriegsschuldfrage abgegeben und daß auch vor unserem Eintritt in den Völkerbund keine Klarheit darüber herbeigeführt wurde.“

---

„Die internationale wissenschaftliche Forschung ist auf der Gegenseite von keiner autoritativen Stelle gefördert, und was sie in privater Arbeit geleistet hat, ist amtlich nicht zur Kenntnis genommen worden. Kaum aber war unser Eintritt in den Völkerbund vollzogen, so versuchte man, die Weltmeinung wieder zurückzuwerfen, und der französische Ministerpräsident stellte in aller Öffentlichkeit die Forderung auf, das Deutschland von heute solle das Deutschland von gestern verleugnen und moralisch abrüsten, also die ihm angeheftete Schmach freiwillig anerkennen. So schwärt die Wunde der Schuldflüge am Körper Europas weiter und läßt ihn nicht zu einem wahren und vertrauensvollen Friedenswillen gesunden.“

„Nichtswürdig wäre die Nation und reif für die Pariastellung, die man ihr zgedacht, wenn sie nicht alles daransetzte, um ihre maßlos verleumdete Ehre zu verteidigen. Der Krieg schafft kein Recht; wir wissen es, nicht nur darum, weil wir keinen Krieg führen können. Aber Unrecht, in dem niederträchtigen Ausmaß, wie es uns angetan worden, schafft auch keinen Frieden. Das mögen die wissen, die uns jetzt wieder, da wir es zu vergessen im Begriff waren, dieses Unrecht ins Gedächtnis zurückgerufen haben. Gleichviel, ob das Frankreich Poincarés in seinen finanziellen Nöten unseren guten Willen nötig zu haben glaubt oder nicht, wir werden nicht ruhen, bis die falschen Anschuldigungen verstummen — um unserer nationalen Ehre willen, ohne die es keinen europäischen Frieden geben kann. Das schulden wir unserer großen, im menschheitlichen Sinne ruhmvollen Vergangenheit, wir schulden es vor allem dem Andenken unserer Toten, und wir schulden es unserer Zukunft, die nicht groß und der Vergangenheit würdig sein kann, wenn wir der Ehre vergessen.“



## **Der Deutsche Reichstag zu Genf.**

**„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 3. Oktober, Nr. 461.**

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat verschiedene Führer der Reichstagsparteien um ihre Stellungnahme zur internationalen Lage gebeten. Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Westarp, schreibt u. a.:

„Als Dr. Stresemann vor der deutschen Kolonie in Genf — wie sich jetzt herausstellt, in noch vorsichtigeren Worten, als man zuerst annahm — die Tatsache und die Art der deutschen Aufnahme in den Völkerbund als eine moralische Rechtfertigung Deutschlands bezeichnete und dadurch auf die unbestreitbare Tatsache hinwies, daß gleichberechtigte Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund und seine moralische Infamierung durch den Artikel 231 oder durch die Koloniallüge miteinander unvereinbar sind, hat Frankreichs Ministerpräsident, unterstützt durch die „Times“, hiergegen entschiedenen Einspruch erhoben. Er ist noch weitergegangen, hat noch die Kriegergreuellüge in scharfem Angriff auf den deutschen Generalstab aufrechterhalten. Darin lag eine schwere Kränkung des Herrn Reichspräsidenten. Im Gegensatz zur „Germania“ bin ich aber der Meinung, daß Deutschland gerade als Mitglied des Völkerbundes der Aufgabe gar nicht ausweichen kann, den deutschen Standpunkt gegen die Schuldlügen amtlich zu wahren und seine Anerkennung durchzusetzen.“

## **Weshalb abrüsten und wie? Politisch, moralisch, militärisch.**

**„Kölnische Zeitung“, 10. Oktober 1926, Nr. 755.**

Immer wieder fordert die französische Presse, vor allem der „Temps“, die moralische Abrüstung Deutschlands. „Was ist das nun eigentlich, diese moralische Abrüstung?“ fragt die „Kölnische Zeitung“ und fährt dann fort:

„Der „Temps“ versteht sie offenbar so, daß wir noch einmal, und jetzt freiwillig, den Versailler Vertrag und den Artikel 231 unterschreiben und uns als schuldig am Kriege bekennen sollen. Auch Herr Poincaré hat von moralischer Abrüstung gesprochen. Was er darunter versteht und von uns verlangt, ist noch viel schlimmer. Er will, daß wir, das deutsche Volk, uns dadurch von der Sühne lösen, daß wir die Schuld auf die kaiserliche Regierung und die Oberste Heeresleitung abwälzen, an deren Spitze der Reichspräsident v. Hindenburg stand. Das hieße, sich durch eine Lüge Absolution erkaufen und mit Ehre und Gewissen Kuhhandel treiben. Ein Geschlecht, das sich dazu

erniedrigte, würde sich geächtet und verachtet durch die Erinnerung aller Zeiten schleppen.“

**Frankreich und die Schuldfrage. Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.**

„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 26. Oktober 1926, Nr. 500.

Oberst Schwertfeger kündigt die deutsche Übersetzung des Gutachtens an, das die französischen Professoren E. Bourgeois und G. Pagès 1919 dem französischen Senat über die Kriegsursachen vorgelegt haben.

**Der Wert der Tirpitz-Dokumente. Protest Artur von Gwinners.**

„Vossische Zeitung“, 20. Oktober, Nr. 497.

Großadmiral von Tirpitz veröffentlicht im zweiten Bande seiner „Politischen Dokumente“ eine Aufzeichnung über eine Unterredung zwischen dem Unterstaatssekretär des Reichsmarineamts Admiral von Capelle und dem Direktor der Deutschen Bank Herrn von Gwinner. In dieser Unterredung, die am 22. August 1914 stattfand, gab Gwinner der Vermutung Ausdruck, daß eine ganze Gruppe des Auswärtigen Amtes den Konflikt gewollt habe. Anläßlich der Bekanntgabe seiner Unterredung mit Admiral von Capelle veröffentlicht Herr von Gwinner in der „Vossischen Zeitung“ folgende Erklärung:

„In Ihrer Morgenausgabe vom 5. d. M. nahmen Sie Notiz von der Erwähnung meines Namens in dem neuen Dokumentenband Tirpitz'. Es ist richtig, daß ich am 22. August 1914 mit dem damaligen Unterstaatssekretär Admiral von Capelle eine vertrauliche Unterredung über die politische Lage und die Entstehung des Krieges geführt habe. Der Inhalt der Unterhaltung ist nur teilweise, soweit es nämlich dem Herausgeber paßt, wiedergegeben und weder wörtlich noch ganz genau.

Ich war damals allerdings der Ansicht, daß gewisse Personen des Auswärtigen Amtes den Kriegsausbruch gewollt hätten. Inzwischen habe ich mich überzeugt, daß die Betreffenden nur ein gefährliches Spiel getrieben haben in der Absicht, das durch die Ermordung des Thronfolgers schwer erschütterte Prestige Österreichs wiederherzustellen; so ähnlich wie bei der bosnischen Krise von 1908/09, als Deutschland sich „in schimmernder Wehr“ hinter Österreich stellte und eine drohende Kriegsgefahr abwandte. Die ganze Art, wie der hochernste Zwischenfall von Serajewo in Deutschland behandelt worden ist, war eine Dumm-

heit, was im Staatshandwerk ein Verbrechen ist, ja, wie ein bekanntes Wort sagt: „Schlimmer als ein Verbrechen — ein Fehler.“

Berlin, 18. Oktober 1926.

Artur von Gwinner.

Der letzte Satz in der Erklärung des Herrn von Gwinner über die Behandlung des Attentats von Serajewo von Seiten der deutschen Regierung durch Herrn von Gwinner ist zumindest eine übertrieben scharfe, nachträgliche Kritik. Herr von Gwinner vertritt hier die gleiche, heute wohl nicht mehr haltbare Auffassung, wie er sie in einer in dem Buch von Tirpitz wiedergegebenen Unterredung mit Herrn von Capelle in folgenden Worten geäußert hat: „Man hat planmäßig darauf hingearbeitet, Österreich fest zu engagieren, um seiner sicher zu sein. Die ganze Aktion in Serbien ist doch von vornherein in solcher Form eingeleitet worden, daß der Konflikt unvermeidlich war.“

Es war wohl eher umgekehrt. Deutschland hat nicht darauf hingearbeitet, Österreich zu engagieren, sondern Österreich versicherte sich vor Beginn seiner Aktion des Einverständnisses und der Bundeshilfe Deutschlands.

★

## ENGLAND.

### M. Poincarés Speeches.

„The Times“, 28. September 1926.

Zur Rede Poincarés in Bar-le-Duc schreiben die „Times“:

„Am Sonntag sprach Poincaré in fester sowie gerechter, dabei aber gemäßigter Art über Stresemanns unkluge Ablehnung der Kriegsschuld Deutschlands. Gestern wiederholte er die Zurückweisung dieser kühnen Behauptung von Deutschlands Unschuld oder mindestens der Behauptung, daß es keine größeren Verantwortlichkeiten für den Krieg trage als die Alliierten. Aber während er Frankreichs Standpunkt zu dieser Frage klarlegte — ein Standpunkt, den die öffentliche Meinung in England und in allen anderen alliierten und assoziierten Ländern teilt — legte er doch Gewicht darauf, nur die früheren Reiche Mitteleuropas zu beschuldigen und zu erklären, daß Frankreich zwar die Ungerechtigkeiten nicht vergessen könne, unter denen es noch leidet, daß es aber niemals eine Politik der Rache und des Hasses gegen seine früheren Feinde verfolgen wollte. Es ist bereit, jeden Versuch einer Annäherung unter gewissen vernünftigen Bedingungen entgegenzunehmen. Diese Bedingungen müssen im Einklang

stehen mit den Verträgen und Bündnissen. Sie dürfen keinerlei Fragen der Kriegsschuld der Mittelmächte aufrollen. Die Bedingungen müssen gerechtfertigt sein durch den „vorherigen und entschiedenen Beweis der materiellen und moralischen Entwaffnung Deutschlands . . .“ Nachdem der deutsche Außenminister die Ablehnung der deutschen Kriegsschuld durch die deutsche Presse und durch viele prominente deutsche Politiker gutgeheißen hatte, war Poincaré gezwungen, Behauptungen zurückzuweisen, die unter Umständen benutzt werden könnten, um wichtige Bedingungen des Versailler Vertrages zu unterminieren. Die Schuld Deutschlands bildet die moralische Basis vieler Bedingungen, die der Vertrag ihm auferlegt hat. (The guilt of Germany is the moral basis of many among the conditions which the Treaty has imposed upon her.)“

### **Disservice to the Truth. by J. W. Headlam-Morley.**

**„The Observer“, 3. Oktober 1926.**

Der vorstehende Aufsatz ist dem Kriegsschuldwerk von Harry Elmer Barnes gewidmet. Headlam-Morley kritisiert das Werk sehr scharf. Er greift als typisches Beispiel für die Darstellung von Barnes die belgische Frage heraus und sagt, daß Barnes den belgischen Neutralitätsvertrag nicht eingehend genug studiert habe. Headlam-Morley macht Barnes weiterhin den Vorwurf, daß er wichtige Vorgänge aus den letzten Tagen vor Kriegsausbruch entweder nicht kenne oder sie in seinen Ausführungen unterdrücke.

### **The Genesis of the War.**

**„The Times“, Literary Supplement, 30. September 1926.**

Auch die „Times“ kritisieren das Werk von Harry Elmer Barnes scharf. Barnes vertrete seit Jahren die Auffassung, daß die Verantwortung für den Kriegsausbruch ausschließlich der Entente zufalle. Er habe seine Ansichten in einer Reihe von Aufsätzen niedergelegt, die aber wegen ihrer Oberflächlichkeit keine Beachtung verdienten. In seinem Buche behaupte er, daß Poincaré und Iswolski bereits zwei Jahre vor Kriegsausbruch einen europäischen Krieg geplant hätten, und der Mord von Sarajewo habe ihnen dann die günstige Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer Pläne geboten. Die Darstellung, die Barnes den Ereignissen des Jahres 1912 widmet, nennen die „Times“ „phantastisch“. Sie lehnen das Werk zum Schluß vollständig ab.



**Serajevo. War Responsibilities. A Reminiscence. By Count Sforza.**  
**„Manchester Guardian“, 7. Oktober 1926.**

Graf Sforza weilte von 1916 bis 1918 in besonderer Mission bei der serbischen Regierung in Korfu. Er hat während dieser Zeit häufig Gelegenheit gehabt, mit dem serbischen Ministerpräsidenten Paschič über die Vorgeschichte und den Ausbruch des Krieges zu sprechen. Paschič habe ihm gesagt, daß die Organisation „Die Schwarze Hand“ den Mord von Sarajewo vorbereitet habe, die serbische Regierung jedoch sei ohne Kenntnis der Vorbereitungen gewesen. Graf Sforza, der in seinen Ausführungen keine neuen Tatsachen vorbringt, versucht, das Geständnis des ehemaligen Kultusministers Ljuba Jovanović zu entkräften.

**Count Sforza and Serajevo. By Miß Edith Durham.**

**„Manchester Guardian“, 12. Oktober 1926.**

Miß Durham wendet sich gegen den Aufsatz von Graf Sforza und betont ihrerseits die durch das Geständnis Ljuba Jovanović erwiesene Mitschuld der serbischen Regierung am Mord von Sarajewo.

★

**FRANKREICH.**

**Eine offiziöse französische Erklärung zur Kriegsschuldfrage.**

Am 4. Oktober veröffentlichte die „Agentur Havas“ folgende offiziöse Note:

»Dans le discours qu'il a prononcé à Cologne, M. Stresemann a cru pouvoir revenir, une fois de plus, sur la question de la responsabilité de la guerre. Bien que M. Poincaré eût pris soin, dans ses récentes déclarations de Saint-Germain-en-Laye et de Bar-le-Duc, de distinguer entre le gouvernement impérial et le peuple allemand, le ministre des affaires étrangères d'Allemagne a jugé à propos de relever et de contredire le langage du président du conseil français.«

»On nous fait remarquer à ce sujet, dans l'entourage du gouvernement, que les déclarations faites au conseil général de la Meuse par M. Poincaré avaient été, tant pour la forme que pour le fond, délibérées en conseil et qu'elles exprimaient la pensée constante du gouvernement de la République.«

(Deutsche Übersetzung:)

„In der Rede, die er in Köln hielt, hat Herr Stresemann noch einmal auf die Frage der Verantwortung am Kriege zurückkommen zu müssen geglaubt. Obgleich Herr Poincaré in seinen letzten Erklärungen von St. Germain-en-Laye und Bar-le-Duc dafür Sorge trug, zwischen der kaiserlichen Regierung und dem deutschen Volk zu unterscheiden, hat der deutsche Reichsaußenminister es für angebracht gehalten, die Rede des französischen Ministerpräsidenten wieder aufzunehmen und ihr zu widersprechen. In den Kreisen der Regierung bemerkt man hierzu, daß die Erklärungen des Herrn Poincaré vor dem Generalrat des Meuse-Departements sowohl in ihrer Form als auch in ihrem Inhalt im Kabinettsrat beraten wurden und die unveränderte Meinung der Regierung der Republik zum Ausdruck brachten.“

★

### ITALIEN.

**La neutralità italiana. Uomini politici e diplomatici (Agosto 1914).**  
Von Antonio Salandra.

„Corriere della Sera“, 29. August 1926.

Wir sind leider infolge Platzmangels nicht in der Lage, den vorstehenden Aufsatz des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten über die Neutralitätserklärung Italiens in vollem Wortlaut zu bringen. Wir sind aber gerne bereit, auf Anforderung den Artikel in deutscher Übersetzung zur Verfügung zu stellen.

★

### SERBIEN.

**Eine Aufsatzserie von Jovan M. Jovanović über den Kriegsausbruch.**

In der Belgrader Halbmonatsschrift „Serbischer Literarischer Bote“ veröffentlichte der ehemalige serbische Gesandte in Wien, Jovan M. Jovanović, eine Reihe von Aufsätzen über die Ereignisse während der Julikrise 1914. Im Vordergrund seiner Darlegungen steht das österreichisch-serbische Verhältnis. Jovanović stützt seine Ausführungen auf die bereits bekannten Dokumente und Memoiren.

**Das Vorkriegswien in Berlin.**

„Samouprava“, 1. Oktober 1926.

Zu dem offenen Brief, den Professor Dr. Delbrück zusammen mit einigen Franzosen an den Völkerbund gerichtet hat (vgl. „Die Kriegsschuldfrage“, Oktoberheft S. 789 f.) schreibt die „Samou-

prava“ u. a.: „In dem angeführten Briefe sind in durchsichtiger Tendenz lächerlich zwei Linien miteinander verknüpft . . . Die Wahrheit liegt gerade auf der anderen Seite: durch die Tatsache, daß Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist, hat es die Institution und eo ipso von neuem den Versailler Friedensvertrag anerkannt mit allen seinen Artikeln und auch zweifellos den fundamentalen Artikel 231, welcher die Schuld Deutschlands von 1914 festsetzt und den Deutschland 1919 durch die Unterschrift dieses Vertrages auch selbst anerkannt hat . . . Professor Delbrück und alle seine Gesinnungsgenossen aus anderen Ländern, die die Kriegsschuldfrage im Geiste der Revanchethese forcieren, sind beunruhigt, denn sie haben von neuem eine wenig beneidenswerte Niederlage erlitten. Der Völkerbund ist schweigend über die historische Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg hinweggegangen und hat all die Waggonen voller Papier unberücksichtigt gelassen, die die Revancheprotagonisten dieser Frage in die Welt geworfen haben zum Zwecke ihrer Propaganda . . . Der Völkerbund sollte den offenen Brief des Delbrück und Genossen in den Papierkorb werfen. Am gescheitesten wäre es, wenn die deutsche Delegation im Völkerbund selbst diese Angelegenheit vollziehen würde. Je schneller dies aufrichtig getan wird, um so schneller wird die Welt sich davon überzeugen, daß Deutschland nicht in die hohe internationale Institution in Genf mit verborgenen Absichten eingetreten ist, mit der Absicht, zu intrigieren und zu zerstören, sondern aufrichtig und ehrlich mit der Absicht, mitzuwirken und mitzuhelfen an seiner eigenen Wiederaufrichtung und dem Fortschritt und dem Frieden ganz Europas.“

#### **Paschič über das Attentat von Sarajewo.**

**„Vreme“ (Belgrad), 4. Oktober 1926.**

Nach Abschluß des südslawischen Journalistenkongresses in Cetinje machte eine Gruppe von vier Journalisten einen Abstecher nach Cavtat (Ragusavecchia), um dort dem früheren Ministerpräsidenten ihre Aufwartung zu machen. Einer von den vier war Dusan Tvrdoreka, der mit der Abfassung eines Buches über das Sarajewoer Attentat beschäftigt ist. Den Besuch bei Paschič schildert M. Svetovski, Redakteur des „Vreme“. Unter anderem kam das Gespräch auch auf die Memoiren, an denen Paschič, einem Gerücht zufolge, arbeitet.

„Paschič behauptete abermals, er schreibe nichts, habe noch nicht einmal angefangen. Herr Tvrdoreka, der mehrere Jahre einem Buch über das Sarajewoer Attentat gewidmet und

in allen Archiven gearbeitet hat, der in Bosnien und Österreich Lebende und sogar auch Sterbende ausgeforscht hat, versicherte, die Auffassung Paschičs über das Sarajewoer Attentat werde entscheidend sein. Es gebe Versionen, wonach Nikola Paschič um das Attentat gewußt hätte.

„Das stimmt nicht; das kann man nicht sagen“, warf Paschič ein.

„Dann müssen wir uns dagegen wehren, Herr Präsident. Die Deutschen behaupten, dieser Mord sei die Ursache des Weltkrieges gewesen.“

„Nein“, sagte Paschič, „das darf man nicht so auffassen, und mögen die Deutschen sagen, was sie wollen. Das Sarajewoer Attentat darf man nicht als ein Ding für sich betrachten; man muß die ganze Geschichte des Verhältnisses zwischen Österreich und seinen Nationen während der letzten 50 Jahre vor dem Krieg ins Auge fassen. Da würde man vieles lernen. Das muß man alles in Betracht ziehen. Erst wenn das alles erforscht ist, erst dann wird sich das Sarajewoer Attentat erklären lassen. Da Sie ein Buch darüber schreiben, müssen Sie das aussprechen. Wäre Franz Ferdinand nicht in Sarajewo ermordet worden, so hätte man ihn in Böhmen oder in Ungarn ermordet, ja . . . oder in Ungarn.“

---

## Bücherschau.

Delbrück, Hans: „Vor und nach dem Weltkrieg.“ Politische und historische Aufsätze 1902—1925. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1926, 676 S.

Ebray, Alcide: „Chiffons de Papier.“ Pour la réconciliation par la vérité. Endré Delpeuch, Paris, 1926, 283 S.

Alcide Ebray läßt vor den Augen des Lesers eine ununterbrochene, aber ergreifende Reihe von Vertragsverletzungen vorüberziehen, seit dem Jahre 1830, in dem der Vertrag von Wien seine erste, aber nicht seine letzte Verletzung erfuhr, bis zu derjenigen des Vertrags von Versailles durch Frankreich mit der rechtlich unbegründeten Besetzung des Ruhrgebiets.

Diese sozusagen hundertjährige Periode ist wahrlich voll von Beispielen, und alle Großmächte scheinen in eifersüchtigem Ungestüm zu rivalisieren, ihren Tribut auf diesem Altar der Treulosigkeit, des Meineids und der Willkür zu opfern.



Sechs Verletzungen des Wiener Vertrags (1815), eine des Pariser Vertrags (1856), vier des Berliner Vertrags (1878), um nur die hauptsächlichsten bis zum Jahre 1914 zu erwähnen, sind schon eine nette Menge für einen Zeitraum von 99 Jahren und für nur drei Verträge. Aber der Weltkrieg hat uns noch mehr gezeigt und stellt einen herrlichen Rekord auf in der Kunst, um die Wette Verträge aus der Vergangenheit, aus der Gegenwart und ohne Zweifel auch — in Zukunft zu brechen. Wir erleben eine wahre Schwelgerei in dem Beisewerfen der „Papierfetzen“, je nach Bedarf, von allen Kriegführenden, aber ganz besonders von den „Verteidigern des Rechts, der Gerechtigkeit und der Zivilisation“.

Der Neutralitätsverletzung Belgiens und Luxemburgs durch Deutschland stellt Herr Alcide Ebray diejenige Griechenlands durch die Alliierten gegenüber, ferner die der ständigen Neutralität Korfus, die Verletzung der Seekriegsrechte, die Ungesetzlichkeit der Hungerblockade, das englische Protektorat über Ägypten, die Verletzung der Neutralität Persiens durch Rußland, die Türkei und England, die Verletzung der Neutralität der Aalandsinseln durch Rußland, kurz, eine lange und verbrecherische Reihe, aus der man aber nur die Tatsache der deutschen Verletzung und die Antwort auf die ungesetzliche Blockade durch den Unterseebootkrieg gelten lassen will. Aber das Ende krönt würdig den Anfang, und der „größte Fetzen Papier“ blieb noch übrig, um die Reihenfolge der während der vier Kriegsjahre immer sich wiederholenden Verstöße gegen die vier Hauptpunkte Europas zu beschließen.

Der Vertrag vom 5. November 1918 stellte als Friedenspräliminarien die Bedingungen auf, die in Herrn Wilsons Programm enthalten waren, namentlich in den 14 Punkten. Gegen diesen Vertrag hat die siegreiche Entente nicht nur in der Frage der Reparationen, sondern auch hinsichtlich der allgemeinen Regulierung des Friedens durch einen willkürlichen Bruch des gegebenen Wortes sich versündigt. Aber der auf einem Treubruch aufgebaute Friede von Versailles konnte nicht lange eine von Anfang an zweifelhafte Reinheit sich erhalten. Die Artikel 428 bis 432 des Vertrags regeln die „Garantien der Durchführung“ für das westliche Europa. Nun dachte die französische Regierung sehr bald daran, sich von diesen Klauseln freizumachen, und war deshalb bemüht, einen Vorwand zu finden. Man behauptete, ihn in dem Vortrag selbst, und zwar in den Klauseln zu finden, welche die verbündeten Regierungen ermächtigen, „irgendwelche anderen Maßnahmen zu ergreifen, die die betreffenden Regierungen den Umständen nach für erforderlich halten würden“, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte. Und das war die gesetzwidrige Besetzung des Ruhrgebiets im tiefen Frieden, eine militärische Besetzung, die vollkommen im Widerspruch mit dem Geist der fraglichen Klauseln stand.

Das Werk schließt mit einer Erörterung über die freien Zonen und die französisch-schweizerische Differenz, die sich in dieser Hinsicht durch die Verletzungen der Verpflichtungen ergab, welche die französische Regierung betreffs der Schweiz und auch Savoyens eingegangen war.

B. B.

Stählin, Karl: „Elsaß und Lothringen im Ablauf der europäischen Geschichte.“ Verlag R. Oldenbourg, München und Berlin 1926, 67 S.

Sternberg, Fritz: „Der Imperialismus.“ Malik-Verlag, Berlin 1926, 614 S.

Stieve, Friedrich: „Im Dunkel der Geheimdiplomatie.“ Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926, 2 Bände, 275 und 263 S.

Die vorliegende neue Veröffentlichung ist eine Zusammenfassung der früher schon erschienenen zwei Werke über die verderbliche Tätigkeit Iswolskis, wobei die einschlägigen Akten sorgfältig gesichtet und unter Ausscheidung des minderwichtigen Materials nach bestimmten Gesichtspunkten geordnet wurden. Die unterirdische Wühlarbeit Iswolskis wird uns sozusagen ab ovo demonstriert. Zugleich damit fällt auch ein Lichtschein in die diplomatische Werkstätte Poincarés, und manches interessante Streiflicht trifft auch die Politik Italiens, die immer „auch anders“ konnte, wenn es ihr Vorteil so heischte. Charakteristisch für die Machenschaften der Entente-diplomaten war die von ihnen dabei zur Schau getragene „Friedensliebe“. Immer taten sie so, als wäre ihnen um nichts so sehr zu tun, wie um die Vermeidung eines europäischen Krieges, während sie in Wahrheit einem europäischen Kriege förmlich entgegensahen.

Die neue Veröffentlichung von Stieve enthält weiterhin sehr wichtiges Dokumentenmaterial, so u. a. den italienisch-russischen Vertrag von Racconigi und die zahlreichen Schriftstücke über die militärischen Abmachungen zwischen Frankreich und Rußland.

Th. v. S.

Stubmann, Peter Franz: „Ballin, Leben und Wirken eines deutschen Reeders“. Verlagsanstalt Hermann Klemm, Berlin-Grünwald 1926, 297 S.

Tirpitz, A. von: „Deutsche Ohnmachtpolitik im Weltkriege“. Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg und Berlin 1926, 676 S.

Die ersten Kapitel enthalten wertvolle Angaben über den Ausbruch des Weltkrieges.

---

## BEZUGSBEDINGUNGEN:

„Die Kriegsschuldfrage“ ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a (Postscheckkonto Berlin 25558) zu beziehen.

Vierteljahresabonnement: . . . . . Inland Mk. 3,—  
Ausland Mk. 3,50  
(einschl. Porto und Verpackung).

## TERMS OF SUBSCRIPTION:

This monthly magazine is obtainable on application to the Central Office for the Investigation of the Causes of the War, Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a.

Price 3.50 Gm. quarterly post free.

## CONDITIONS DE LIVRAISON:

La revue mensuelle „Die Kriegsschuldfrage“ est a recevoir chez la „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ Berlin NW 6, Luisenstraße 31 a.

Prix d'abonnement par trimestre: M. 3,50 (y compris port et emballage).

# VOLK UND REICH

Politische Monatshefte  
für das junge Deutschland

Herausgegeben von

**Friedrich HeiB**

**Europas Schwäche ist das zerrissene  
Mitteleuropa! / Europas Stärke und  
Europas Aufstieg beruhen auf einem  
geeinten u. geschlossenen Mitteleuropa!**

**Unser ganzes Streben gilt diesem Ziel:  
Großdeutschland — Mitteleuropa!**

Mitarbeiter:

Dr. Max Hildebert Boehm-Spandau, Frhr. v. Branca-München,  
Dr. Viktor Geramb-Graz, Prof. Dr. Karl Haushofer-München,  
Prof. Dr. Karl Gottfried Hugelmann -Wien, Prof. Dr. Friedrich  
König-Gießen, Dr. Karl C. v. Loesch-Berlin, Reg.-Rat Karl  
Massmann-Berlin, Dr. Rudolf Pechel-Berlin, Dr. Erich Rosikat-  
Breslau, Prof. Dr. Max Sering-Berlin, Prof. Dr. Martin Spahn-  
Köln, Prof. Dr. Heinrich v. Srbik-Wien, Ministerialrat Joh.  
Tiedje-Berlin, Admiral v. Trotha-Berlin, Axel de Vries-  
Reval, Prof. Dr. v. Zwiedineck-Südenhorst-München usw.

**Grenzdeutsch / Großdeutsch / Mitteleuropäisch**

Jedes Heft mit reichem Kartenmaterial!

---

„Volk und Reich“ kostet im Vierteljahr Mk. 2.70

---

## VOLK UND REICH

Schriftleitung und Verwaltung:

**Berlin W 30 / Motzstraße 22**



46. Jahrgang

# Tägliche Rundschau

Unabhängige Zeitung für nationale Politik  
mit Unterhaltungsblatt für die Gebildeten aller Stände.

Herausgeber.

D. Bruno Doebling und Heinrich Kippler.

---

## Bezugspreis monatlich:

|                                                                |      |
|----------------------------------------------------------------|------|
| Ausgabe A (täglich 1X) durch die Post einschl. Bestellgeld RM. | 3.36 |
| " B ( " 2X) " " " " " "                                        | 3.72 |
| " B ( " 2X) durch Boten in Groß-Berlin . . . . . "             | 3.—  |

---

Als maßgebende und einflußreiche  
politische Tageszeitung im ganzen  
Deutschen Reiche und im Auslande  
anerkant und stark verbreitet

Hervorragende politische Mitarbeiter!

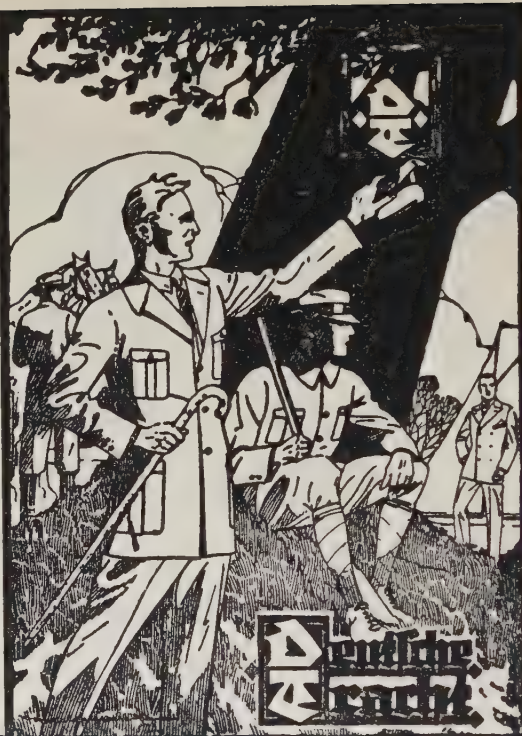
Unabhängig von allen Parteien  
und Interessengruppen

---

Ausführliche und wertvolle  
täglich zweimalige Handelsbeilage:  
„Wirtschaft und Börse“

---

Probenummern durch die  
Geschäftsstelle der „Täglichen Rundschau“  
Berlin W 57, Bülowstraße 66  
Fernsprecher: Nollendorf 8120—8123  
Drahtanschrift: Rundschaudienst



## Was liefert die „Deutsche Tracht“?

|                               |                                                                                            |               |
|-------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| <b>Deutsche Tracht</b>        | (Rock, Weste, lange oder kurze Hose) siehe Abb. . . . .                                    | <b>Mk. 66</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (bisherige Qualität) siehe Abbildung . . . . .                                             | <b>Mk. 85</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (aus bestem Kammgarn, neue Qualität) siehe Abb. . . . .                                    | <b>Mk. 96</b> |
| <b>Deutsche Hansa</b>         | Dunkelblauer, zweireihiger Sacco-Anzug (nur mit langer Hose) aus Spezialkammgarn . . . . . | <b>Mk. 92</b> |
| <b>Deutscher Trachtmantel</b> | Gabardine, Rückenfalte mit Gurt, zweireihig . . . . .                                      | <b>Mk. 96</b> |

**Erleichterte Zahlungsbedingungen**

Versand in ganz Deutschland

Stoffproben, Maßanleitung und Druckschriften werden gern kostenlos übersandt.

**Deutsche Tracht gemeinnützige G. m. b. H.**  
**Berlin NW 6, Luisenstraße 38**

**Verkaufsstellen:**

**Berlin NW 6, Luisenstr. 38**  
 Eingang Marienstraße 1  
**Essen, Bahnhofstraße 83**  
**Flensburg, Holm 57**



**Kiel,**  
 Brunswicker Str. 13-15  
**Lübeck, Handelshof**  
**Magdeburg,**  
 Gr. Diesdorfer Str. 227  
**München,**  
 Reichenbachstraße 18

DIE  
**DRUCKEREI**  
FÜR  
**QUALITÄTSARBEITEN**

EIN- UND MEHRFARBENDRUCKE FÜR  
HANDEL • INDUSTRIE • GEWERBE



GEGR. 1889

**PAUL LEHSTEN**

BUCHDRUCKEREI GUTENBERG

HOFBUCHDRUCKER WEILAND IHRER MAJESTÄT DER KAISERIN

*Charlottenburg I Berliner Straße 119*

FERNRUF: WILHELM 180 u. 9852

ABENDRUF: WILH. 3206

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

## „Der Arbeitgeber“

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der  
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungen führender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142 entgegengenommen.

**H. J. Wilm**  
Kgl. Hofjuwelier  
**Berlin C, Jerusalemer Straße 25**  
**Juwelen, Gold, Silberwaren**  
**Silberausstattungen**  
gegründet 1767

**Breußische Druckerei-  
und Verlags-Aktiengesellschaft**

empfiehlt sich  
zur preiswerten Anfertigung  
sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen  
Zeitschriften / Zeitungen  
Werke

Sehmaschinen \* Stereotypie \* Rotationsdruck \* Flachdruck

**Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32**  
Fernsprecher: Amt Hafenheide Nr. 3123—3125

**Wer sein Haar nicht färben,  
das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine**  
**„Ich hab's gefunden“**

à Flasche 3,75 Mark (blond, braun, schwarz). Nur zu haben bei  
**Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38**

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Frisiersalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute  
Eigene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW6. Postscheck: Bln. NW7 Nr. 25 558.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.  
Für den Anzeigenteil: Erich M. J. Beele, Charlottenburg 9.  
Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.



## „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914.“

Die Veröffentlichung der Dokumente, die den Schriftwechsel der deutschen Diplomatie seit der Gründung des Reichs bis zum Ausbruch des Weltkrieges enthalten, ist jetzt abgeschlossen. Das Werk, das heute fertig vor uns liegt, besteht aus fünfzig Bänden, die auf zweiundzwanzigtausend Seiten fast sechzehntausend Dokumente enthalten.

Durch diese Dokumente zeigt das deutsche Volk, daß das Versailler Urteil der alliierten und assoziierten Regierungen, der Krieg sei das logische Ergebnis der seit Jahrzehnten von Deutschland verfolgten Politik gewesen, eine Verleumdung bedeutet, die angesichts der Gräber von Millionen Menschen und der Milliarden von Verlusten eine Ungeheuerlichkeit ist, die wir zur Ehre des deutschen Namens keinesfalls unwiderlegt der Geschichte überliefern dürfen. Die Dokumente erbringen den unumstößlichen Beweis, daß Deutschland nicht der „Verbrecherstaat“ gewesen ist, gegen den man die Völker der Welt zum Kampf aufgerufen hat, sondern daß die Politik des Deutschen Reichs in den letzten vierzig Jahren mindestens ebenso friedlich und moralisch berechtigt war wie die der Serben, Russen, Franzosen oder Engländer, daß wir Deutsche nicht schlechter waren als Italiener und Rumänen, die im Verlauf des Ringens aus Freunden unsere Feinde wurden. Deutschland hat seine Archive geöffnet, damit die geschichtliche Wahrheit, die man in Versailles nicht hat zu Worte kommen lassen, hervortreten und selbst Zeugnis ablegen kann.

Das ist für uns der Sinn der geöffneten deutschen Archive.

Die Freunde der Wahrheit und des Rechts, die es in allen Ländern gibt, mögen jetzt sehen, was in den deutschen Archiven verborgen lag — und urteilen. Und wenn sie die Wahrheit gefunden haben, so hoffen wir, daß sie auch dafür eintreten, daß dem deutschen Volk in der Kriegsschuldfrage die in Versailles einst verheißene Gerechtigkeit zuteil wird.

In folgendem bringen wir eine Anzahl von Zuschriften, die uns auf unsere Bitte hin von hervorragenden Persönlichkeiten des Auslandes anläßlich des Abschlusses der deutschen Dokumenten-Veröffentlichung zugegangen sind.

Alfred von Wegerer.

## Ausländische Gelehrte über die geöffneten deutschen Archive.

### VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

**I**n the United States there is slowly growing a more sound knowledge of, and interest in, the question of responsibility for the World War. Even a jurist like Professor J. B. Scott, who was so blinded by prejudice and ignorance in 1919 as to help formulate Art. 231, has recognized his error and made partial amends for it by having the Carnegie Endowment for International Peace issue excellent English translations of "Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" and the "Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges". The masses of the people still adhere for the most part to the mistaken prejudices engendered by Entente propaganda during the war. But a few scholars and revisionists are exercising an increasing influence on the youth of the country who will form the public opinion of the coming generation, and who will know that the dictum of Versailles is historically indefensible and morally unjust.

What American scholars most want is the documentary material on which to base a sound and scientific study of the underlying causes of the war. At a distance from Europe, and at a disadvantage in using manuscript material in foreign archives (even so far as they are opened at all), they welcome most enthusiastically the monumental publication of "Die Große Politik der Europäischen Kabinette". This admirable collection of documents, of such extraordinary and unexampled completeness, selected with so much diligence, honesty, and common sense, from the German Foreign Office Archives for the period 1871 to 1914, is an invaluable aid to American scholars who are trying on this side of the Atlantic to form honest and accurate judgments as to the responsibility for the war, looking at the question in its larger aspects. They await impatiently the time when other Governments shall follow the laudable example of Germany. It is only after this wider amount of material shall have been made accessible that a thoroughly satisfactory account can be written of the causes of the war. But, meanwhile, this rich mass of German material is beginning to be studied and interpreted. As one of these American students, the present writer wishes to express his whole-hearted gratitude and appreciation of the way the German Government

has allowed the able editors of "Die Große Politik" to place its most secret papers at the disposal of historical investigators.

The present writer has read the larger part of the thirty-three volumes which are accessible to him at the present moment. What are his conclusions? To state them adequately would require a large volume. To state them in a few sentences is to run the risk of being misunderstood and of attempting that kind of oversimplification which is the enemy of scientific precision. Nevertheless, to show his appreciation of the great service performed for historical truth by the publication of these German documents, he is glad to run this risk.

In the years 1871—1890 Bismarck's great aim was to preserve the peace of Europe. He did this successfully by a skilful system of alliances, in the interests of monarchical solidarity of the three Eastern Empires and the preservation of the *status quo* as fixed by the Peace of Frankfurt. These alliances were all essentially defensive in form and character, except that in 1887 Italy extracted from Germany promises in regard to North Africa which were hardly defensive in purpose. Bismarck was able to achieve his aim of preserving peace, because he was always wise enough to have regard for the self-interests of his neighbors as well as of Germany.

After 1890 the formation of the Franco-Russian Alliance made a counter-weight to the Triple Alliance. This new coalition of Powers, which had been Bismarck's nightmare, also tended at first toward the preservation of peace, because it was originally defensive in character and because it was no stronger than the Triple Alliance. It sufficiently balanced the Triple Alliance so that neither group of Powers was markedly superior in strength to the other; therefore neither was a serious menace to the other, and neither cared or dared attack the other. This situation changed with England's decision to abandon splendid isolation. Mr. Joseph Chamberlain's "alliance feelers" to Germany at the turn of the century were coldly received by Count Bülow and the Kaiser, who were irritated at what seemed England's unwillingness to afford Germany colonial advantages in connection with Samoa, the Portuguese colonies, and China, and who judged that the international situation did not yet make it desirable for Germany to enter into an alliance with England. As it turned out, this was a fatal mistake on their part. Yet it is by no means certain that any real alliance with England could have been secured, even had they received the Chamberlain offers more cordially; because

Chamberlain did not have the full support of Lord Salisbury and the rest of the Cabinet; moreover, such alliance would only have been possible if Germany had been willing to abandon the Tirpitz program for a large German navy; this was a concession which the Kaiser was unwilling to make.

After the rejection of the Chamberlain offers England turned to Japan and France, and made the Alliance of 1902 and the Entente of 1904. The latter, giving England a free hand in Egypt and France a free hand in Morocco, threatened the commercial interests and political rights of Germany in a matter in which she had not been consulted. As Holstein summed the matter up: "If we let our toes be trodden upon in Morocco without saying a word, we encourage others to do the same thing elsewhere" (*Große Politik*, XX, 209). Count Bülow's Morocco policy aimed to prevent this. Legally he had a good case, but politically he managed it badly, causing undying resentment in France, and leading the English to think he was trying to weaken or break up the newly-made Anglo-French Entente. This turned the first Morocco crisis into almost more of an Anglo-German than a Franco-German diplomatic conflict. It led directly to the military and naval "conversations" between England and France (and Belgium) which gradually ripened into bonds which had the practical effect (in spite of Sir Edward Grey's repeated reservations of a 'free hand') of assuring the French of British armed support in case of a German aggression. Germany had no intention of making an aggression, but her growing navy and Agadir policy made England and France fear the contrary.

From 1907 to 1914 Europe tended to become more and more sharply divided into two opposing groups — Triple Alliance and Triple Entente. But there was no longer an equal balance between them. The Triple Alliance became relatively weaker, owing to Italy's dubious loyalty to her nominal allies, and owing to the dangers threatening to Austria from her internal difficulties and the nationalistic ambitions of her Balkan neighbors. But the Triple Entente tended to become relatively stronger and more closely united. Owing to English fear of the German navy, to Russian ambitions in the Balkans, and to French bitterness over Alsace-Lorraine and the Morocco crises, it was possible to tighten the bonds between England, Russia, and France by a series of military and naval arrangements and by closer diplomatic cooperation. In population, natural resources, naval forces, and perhaps even in military strength, the Triple Entente outmatched the Triple Alliance. Under these circum-



stances it was obviously to Germany's interest to preserve the peace, and she accordingly used her influence for this purpose in the region from which danger was most likely to come, namely, from a conflict between Austria and Russia over Balkan matters. In the Annexation Crisis of 1908—09 Germany helped find the solution which extricated Izvolski from the embarrassment into which he had brought himself by the Buchlau bargain and by Sir Edward Grey's refusal to assent to opening the Straits to the warships of Russia but not of the other Great Powers. In the Balkan Wars Germany's cooperation with England was decisive in preventing a general conflagration. While M. Poincaré had been inclined to push Russia forward in the rash policy of supporting Serbian ambitions, Germany had been inclined to restrain and moderate the claims of her Austrian ally. In the Liman von Sanders affair Germany, for the sake of peace, readily conceded a solution to satisfy Russia. While it is true that Germany, no less than all the other Great Powers, did some things which contributed to produce a situation which ultimately resulted in the World War, it is altogether false to say that she deliberately plotted to bring it about or was solely responsible for it. On the contrary, she worked more effectively than any other Great Power, except England, to avert it, not only in the last days of July, 1914, but also in the years immediately preceding.

Sidney B. Fay.

(Deutsche Übersetzung.)

**L**angsam entwickelt sich in den Vereinigten Staaten wahres Verständnis und Interesse für die Frage der Verantwortlichkeit am Weltkriege. Selbst ein Jurist wie Professor J. B. Scott, den im Jahre 1919 Voreingenommenheit und Unkenntnis dermaßen blendeten, daß er bei der Abfassung von Artikel 231 behilflich war, hat seinen Irrtum eingesehen und zum Teil dadurch wiedergutmacht, daß er die Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden (Carnegie Endowment for International Peace) veranlaßte, hervorragende englische Übersetzungen der Veröffentlichungen „Deutsche Dokumente zum Kriegausbruch“ und „Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges“ herauszugeben. Die große Masse des Volkes hält zum großen Teile noch an den falschen Vorurteilen fest, die während des Krieges durch Entente-Propaganda geschaffen wurden. Eine kleine Anzahl von Wissenschaftlern und Revisionisten üben jedoch einen zunehmenden Einfluß auf die Jugend

des Landes aus, die die öffentliche Meinung des kommenden Geschlechts gestalten und dann wissen wird, daß das Diktat von Versailles historisch betrachtet nicht zu verteidigen und moralisch gesehen ungerecht ist.

Wessen amerikanische Wissenschaftler am meisten bedürfen, das sind die dokumentarischen Unterlagen, auf denen ein gründliches und wissenschaftliches Studium der dem Kriege zugrunde liegenden Ursachen fußen kann. Europa entrückt, und derart nicht in der Lage, urschriftliche Unterlagen in den Archiven fremder Staaten (soweit solche überhaupt geöffnet worden sind) zu benutzen, begrüßen sie voller Begeisterung das gewaltige Werk „Die Große Politik der Europäischen Kabinette“. Diese bewundernswerte Sammlung von Urkunden, die so außergewöhnlich und beispiellos vollständig und mit so vielem Fleiße, Ehrlichkeit und gesundem Menschenverstande für den Zeitraum von 1871 bis 1914 aus den Archiven des deutschen Auswärtigen Amtes ausgewählt ist, bildet ein unschätzbares Hilfsmittel für amerikanische Wissenschaftler, die auf dieser Seite des Atlantischen Ozeans bemüht sind, von höheren Gesichtspunkten aus zu ehrlichen und richtigen Urteilen hinsichtlich der Verantwortlichkeit am Kriege zu gelangen. Mit Ungeduld erwarten sie den Augenblick, wo andere Regierungen Deutschlands lobenswertem Beispiel folgen werden. Erst nachdem dieser erweiterte Kreis von Unterlagen zugänglich gemacht ist, wird man eine durchaus zuverlässige Geschichte der Kriegsursachen schreiben können. Aber inzwischen geht man daran, diese reiche Fülle deutscher Unterlagen zu studieren und zu beurteilen. Als einer dieser amerikanischen Studierenden hegt der Verfasser dieses Aufsatzes den Wunsch, seine aufrichtige Dankbarkeit und seine Würdigung der Art und Weise auszusprechen, in der die deutsche Regierung den befähigten Herausgebern des Werkes „Die Große Politik“ gestattet hat, ihre geheimsten Urkunden dem Geschichtsforscher zur Verfügung zu stellen.

Der Verfasser dieses Aufsatzes hat den größeren Teil der dreiunddreißig Bände gelesen, die ihm zurzeit zugänglich sind. Zu welchen Schlußfolgerungen gelangt er? Sie in angemessener Weise darzulegen, würde einen stattlichen Band erfordern. Sie in einigen kurzen Sätzen darzulegen, heißt Gefahr laufen, mißverstanden zu werden und jene allzu starke Zusammendrängung zu versuchen, die der Feind wissenschaftlicher Genauigkeit ist. Um aber seine dankbare Würdigung des großen Dienstes, den die Veröffentlichung dieser deutschen Urkunden der geschichtlichen Wahrheit geleistet hat, zu beweisen, will er dennoch gerne diese Gefahr laufen.

In den Jahren 1871—1890 war Bismarcks großes Ziel, den Frieden Europas zu erhalten. Dies führte er mit Hilfe eines geschickt gewobenen Netzes von Bündnissen erfolgreich durch, im Interesse der monarchischen Solidarität der drei östlichen Kaiserreiche und der Bewahrung des *status quo*, wie er durch den Frankfurter Frieden geregelt war. Diese Bündnisse waren sämtlich nach Form und Wesen in der Hauptsache Abwehrbündnisse mit der Ausnahme, daß Italien im Jahre 1887 Deutschland Zusicherungen bezüglich Nordafrikas abgewann, deren Zweck sich kaum als Abwehr bezeichnen läßt. Sein Ziel, den Frieden zu wahren, konnte Bismarck erreichen, weil er stets so klug war, die eigenen Interessen sowohl seiner Nachbarn wie auch Deutschlands zu berücksichtigen.

Nach dem Jahre 1890 bildete das französisch-russische Bündnis ein Gegengewicht gegen den Dreibund. Auch dieser neue Mächtezusammenschluß, der Bismarcks größte Sorge gewesen war, richtet anfangs sein Ziel auf die Erhaltung des Friedens, weil er dem Wesen nach ursprünglich eine Abwehrmaßnahme und nicht stärker als der Dreibund war. Er hielt dem Dreibunde gerade das Gleichgewicht, keine der Mächtegruppen war ausgesprochen stärker als die andere. So bildete keine eine Drohung für die andere und keine wünschte oder wagte es, die andere anzugreifen. Dies Verhältnis änderte sich, als England sich entschloß, seine „splendid isolation“ aufzugeben. Herrn Joseph Chamberlains Fühlungnahme mit Deutschland wegen eines Bündnisses zur Zeit der Jahrhundertwende ließ den Grafen Bülow und den Kaiser kalt, die über Englands scheinbaren Mangel an Bereitwilligkeit aufgebracht waren, Deutschland auf kolonialem Gebiete hinsichtlich Samoas, der portugiesischen Kolonien und Chinas Vorteile einzuräumen, und die vermeinten, daß die internationale Lage es noch für Deutschland nicht wünschenswert mache, mit England ein Bündnis einzugehen. Wie es sich später erwies, war dies ein schwerer Irrtum auf ihrer Seite. Und doch steht es durchaus nicht fest, daß tatsächlich ein wirkliches Bündnis mit England für sie zu haben gewesen wäre, selbst wenn sie Chamberlains Anbietungen gegenüber größeres Entgegenkommen gezeigt hätten; denn Chamberlain konnte nicht voll auf Unterstützung weder durch Lord Salisbury noch durch den Rest des Kabinetts rechnen; ferner wäre ein solches Bündnis nur in dem Falle möglich gewesen, daß Deutschland das Tirpitzsche Programm für eine Großflotte aufgegeben hätte. Und dieses Zugeständnis wollte der Kaiser nicht machen.

Nach Ablehnung der Anträge Chamberlains wandte sich England an Japan und Frankreich und schloß das Bündnis vom Jahre

1902 und die Entente des Jahres 1904 ab. Diese letzte gab England freie Hand in Ägypten und Frankreich freie Hand in Marokko und bedrohte die Handelsinteressen und politischen Rechte Deutschlands in einer Angelegenheit, wegen der es nicht befragt worden war. Holstein kennzeichnete die Lage damals wie folgt: „Lassen wir uns aber jetzt in Marokko stillschweigend auf die Füße treten, so ermutigen wir zur Wiederholung anderswo“ (Große Politik, Band XX, Seite 209). Graf Bülow's Marokkopolitik ging darauf aus, dies zu verhüten. Vom Rechtsstandpunkt aus betrachtet, besaß er ein gutes Recht, aber dies vertrat er politisch in unglücklicher Weise, weckte unvergänglichen Groll auf seiten Frankreichs und in den Engländern den Glauben, er versuche die soeben begründete englisch-französische Entente zu schwächen oder zu zerstören. Darüber wurde aus der ersten Marokkokrise fast mehr ein englisch-deutscher als ein französisch-deutscher diplomatischer Konflikt. Dies führte unmittelbar zu den Militär- und Marine-„Konversationen“ zwischen England und Frankreich (und Belgien), die sich allmählich mit dem praktischen Ergebnis zu Bindungen auswuchsen, daß Frankreich für den Fall eines deutschen Angriffes von britischer Seite Waffenhilfe zugesagt wurde (trotzdem Sir Edward Grey sich wiederholt „freie Hand“ vorbehalten hatte). Deutschland beabsichtigte nicht, einen Angriff zu unternehmen, aber seine immer stärker werdende Flotte und seine Agadir-Politik ließen England und Frankreich das Gegenteil befürchten.

Während der Jahre 1904 bis 1914 neigte Europa immer mehr einer scharfen Spaltung in zwei gegnerische Gruppen zu — Dreibund und Triple-Entente. Aber diese hielten sich das Gleichgewicht nun nicht länger. Der Dreibund wurde der verhältnismäßig schwächere, und zwar infolge Italiens zweifelhafter Bundestreue seinen angeblichen Verbündeten gegenüber und infolge der Gefahren, die innere Schwierigkeiten und das Erwachen nationalistischer Bewegungen bei seinen Balkannachbarn für Österreich im Gefolge hatten. Die Triple-Entente jedoch neigte dazu, verhältnismäßig stärker zu werden und sich stärker zusammenzuschließen. Englische Befürchtungen im Hinblick auf die deutsche Flotte, russische Balkanpläne und französische Schmerzen wegen Elsaß-Lothringens und die Marokkokrise führten dazu, daß die zwischen England, Rußland und Frankreich geknüpften Bande durch eine Reihe von Militär- und Marineabmachungen und durch engeres diplomatisches Zusammenwirken weiter verstärkt wurden. An Bevölkerungszahl, natürlichen Hilfsquellen, Flotten- und vielleicht auch Heeresstärke überragte die Triple-Entente den Dreibund. Unter



diesen Verhältnissen lag es unzweifelhaft in Deutschlands Interesse, Frieden zu halten, und zu diesem Zwecke setzte es seinen Einfluß dementsprechend dort ein, woher Gefahr am ehesten zu erwarten war, und das war aus einem Zusammenstoße zwischen Österreich und Rußland über Balkanfragen. In der Annexionskrise während der Jahre 1908—1909 trug Deutschland dazu bei, die Lösung zu finden, die es Iswolski ermöglichte, sich aus der Verlegenheit zu ziehen, in die er durch die Buchlau-Affäre und die Weigerung Sir Edward Greys geraten war, der Öffnung der Meerengen für die Kriegsschiffe Rußlands, aber nicht für die der anderen Großmächte zuzustimmen. In dem Balkankriege war Deutschlands Zusammengehen mit England ausschlaggebend und verhinderte den Ausbruch eines Weltbrandes. Während Herr Poincaré dazu neigte, Rußland bei seiner gewagten Politik der Unterstützung Serbiens zum Vorgehen zu drängen, war Deutschland bereit gewesen, die Forderungen seines österreichischen Bundesgenossen auf ein bescheideneres Maß zurückzuführen. In der Angelegenheit Liman von Sanders machte Deutschland des lieben Friedens willen bereitwillig Zugeständnisse, um zu einer Rußland befriedigenden Lösung zu kommen. Wenn es auch der Wahrheit entspricht, daß Deutschland — nicht weniger als alle anderen Großmächte — in gewissen Dingen dazu beitrug, eine Lage zu schaffen, die schließlich zum Weltkriege führte, so ist es doch gänzlich falsch, zu behaupten, daß Deutschland es absichtlich darauf angelegt habe, Krieg herbeizuführen, oder daß es ihn allein verschulde. Im Gegenteil, Deutschland bemühte sich in wirk-samerer Weise als irgendeine andere Großmacht, außer England, darum, Krieg zu verhüten, und zwar nicht nur in den letzten Julitagen des Jahres 1914, sondern auch in den unmittelbar voraus-gehenden Jahren.

Sidney B. Fay.

★

**T**he publication of the archives of the German Foreign Office for the years 1871—1914 is an event of no small consequence. From the political point of view it is doubly important. In the first place, no foreign Government — so far as is known — has protested against the publication of these documents, although they are often severely critical of the diplomatists and policies of other countries; it would not have been surprising if both France and Great Britain had objected to this procedure, and before 1914 they would certainly have done so. Secondly, the action of the German Government has forced Great Britain to begin the publication of its diplomatic

correspondence, lest the history of pre-war diplomacy should be written largely from German sources. Perhaps no single incident illustrates so vividly the change that has come about in international affairs; certainly it provides an eloquent tribute to the power of publicity.

To the historian *Die Große Politik* offers a unique opportunity. Never before has it been possible, so soon after a great upheaval like the late war, to study the causes of the event with much satisfaction, for the essential documents have usually been kept secret for years or even decades. Today, not only are we in a fair way to knowing the fundamental facts, but because of the enormous quantity of documents made available, there is ample work for many historians; and the more scholars that interest themselves in the German documents, the more likely is the truth to be found. Historians are supposed to be, and most of them try to be, impartial, but not all of them succeed. The fact, however, that the German publication is admittedly an *ex parte* statement will more than ever impose upon historians the necessity of rigorous objectivity and complete detachment. It may well be that persons who lived through the Great War will be unable to discuss its causes dispassionately and impartially; I myself doubt if any one can entirely lay aside prejudices and prepossessions. But *Die Große Politik*, and similar publications, will put the historians, especially those of the belligerent countries, on their mettle, and we may confidently expect that honest men will seek for the truth *sine ira et studio* and tell it fearlessly. For this work, the great essential is time. These thousands of documents cannot be read rapidly or casually, and even when they have been studied and pondered, more than one interpretation may be vouchsafed. Only when many monographs have been written and many points of view expressed will it be possible to form a considered judgment. Meanwhile all who are interested in the question of responsibility for the war will be grateful to the German Government for taking the initiative in publishing the sources upon which alone an authoritative opinion can be based.

The German publication has sometimes been criticised because the documents are arranged, not in chronological order, but by topics. This point does not seem to be well taken, for it is easy for the student, by collecting the documents for a particular year or period, to arrange them chronologically and see for himself how events in one quarter affected policies in another. For most purposes it is far more convenient to have the documents grouped by topics.

By and large the editing is admirable. There is, however, a tendency in some of the later volumes to introduce controversy into the footnotes. The references to the extensive memoir-literature and to foreign documents are very useful to the student, but sometimes one cannot avoid the feeling that the editors are over-zealous to establish the point of view of the documents, that it would have been better to print the documents without comments and to leave it to the searcher to discover contradictions and nuances. But this may be said: the editors have not, so far as one can discover, suppressed essential documents, and it is precisely because one can find documents damaging to Germany that confidence is inspired in the work as a whole. One may indeed congratulate the editors on the skill and courage with which they have performed their difficult task. And it is a hopeful sign of the return of good will among nations that their work is appreciated in other lands where the contents of their volumes will be studied with as much eagerness as in Germany itself.

Bernadotte E. Schmitt,  
Professor of Modern History in the University of Chicago.

(Deutsche Übersetzung.)

Die Veröffentlichung der Archive des Deutschen Auswärtigen Amtes für die Jahre 1871—1914 ist ein Ereignis von nicht geringer Bedeutung. Vom politischen Standpunkt ist sie doppelt wichtig. Zunächst hat, soweit bekannt, keine fremde Regierung gegen die Veröffentlichung dieser Urkunden protestiert, obgleich letztere oft sehr kritisch über die Diplomaten und die Politik anderer Länder lauten. Man würde nicht gestaunt haben, wenn sowohl Frankreich als auch Großbritannien sich diesem Verfahren widersetzt hätten, was sie vor dem Jahre 1914 sicherlich getan haben würden. Sodann hat die Handlung der deutschen Regierung Großbritannien gezwungen, mit der Veröffentlichung seiner diplomatischen Korrespondenz zu beginnen, damit nicht die Geschichte der Vorkriegsdiplomatie ausführlich aus deutschen Quellen niedergeschrieben wird. Vielleicht kein einziger Vorfall veranschaulicht in so lebhafter Weise den Wechsel, der sich in internationalen Angelegenheiten vollzogen hat. Auf jeden Fall liefert er einen beredten Beitrag zur Macht der Veröffentlichung.

Dem Geschichtsschreiber bietet Die Große Politik eine Gelegenheit ohnegleichen. Nie ist es früher möglich gewesen, nach

einer großen Umwälzung, wie der letzte Krieg es war, so schnell die Ursachen des Ereignisses mit großer Befriedigung zu studieren, weil die wesentlichen Urkunden gewöhnlich jahrelang oder sogar Jahrzehnte geheimgehalten worden sind. Heute befinden wir uns nicht nur auf dem besten Wege, die wesentlichen Tatsachen kennenzulernen, sondern es ist infolge der ungeheuren Menge der zur Verfügung gestellten Urkunden für viele Geschichtsschreiber ein großes Arbeitsfeld vorhanden, und je mehr Gelehrte sich für die deutschen Urkunden interessieren, desto mehr wird wahrscheinlich die Wahrheit ans Tageslicht kommen. Geschichtsschreiber gelten als unparteiisch, und die meisten von ihnen versuchen auch, dies zu sein, aber nicht allen gelingt es. Die Tatsache, daß die deutsche Veröffentlichung anerkanntermaßen einen ex parte-Bericht darstellt, wird indessen Geschichtsschreibern mehr denn je die Notwendigkeit strenger Objektivität und absoluter Isolierung auferlegen. Es mag sein, daß Menschen, die den großen Krieg durchlebt haben, nicht imstande sind, seine Ursachen leidenschaftslos und unparteiisch zu erörtern. Was mich betrifft, so bezweifle ich, ob jemand Vorurteile und Voreingenommenheiten gänzlich außer acht lassen kann. Aber Die Große Politik und ähnliche Veröffentlichungen wird die Geschichtsschreiber, und zwar besonders diejenigen der kriegführenden Länder, zur Anspannung aller ihrer Kräfte veranlassen, und wir dürfen zuversichtlich hoffen, daß der ehrliche Mensch *sine ira et studio* die Wahrheit erforschen und furchtlos bekennen wird. Für die Arbeit spielt die Zeit das wesentlichste Moment. Diese Tausende von Urkunden können nicht schnell oder gelegentlich durchgelesen werden. Selbst wenn sie studiert und erwogen worden sind, dürfte mehr als eine Auslegung gewährleistet werden können. Nur wenn viele Monographien geschrieben und viele Gesichtspunkte ausgedrückt worden sind, wird es möglich sein, sich ein wohl erwogenes Urteil zu bilden. Inzwischen werden alle, die sich für die Frage der Verantwortung für den Krieg interessieren, der deutschen Regierung dankbar sein, daß sie die Initiative zur Veröffentlichung der Quellen ergriffen hat, auf denen allein ein maßgebendes Urteil begründet werden kann.

Die deutsche Veröffentlichung ist bisweilen kritisiert worden, weil die Urkunden nicht chronologisch, sondern nach Gegenständen geordnet sind. Dieser Punkt scheint nicht gut getroffen zu sein, weil es für den Studierenden leicht ist, durch Sammlung der Urkunden für ein besonderes Jahr bzw. einen besonderen Zeitraum eine chronologische Ordnung derselben vorzunehmen und selbst darauf zu achten, in welcher Weise die Ereignisse in dem einen



Lager die Politik in dem anderen beeinflußt haben. Für die meisten Zwecke ist es viel zweckdienlicher, die Urkunden nach Gegenständen gruppieren zu lassen.

Alles in allem erscheint die Herausgabe bewunderungswert. In einigen der neueren Bände besteht indessen die Neigung, auf Grund der Fußnoten in eine Diskussion einzutreten. Die Hinweise auf die umfangreiche Memoiren-Literatur und ausländische Urkunden sind für den Studierenden sehr nützlich, aber bisweilen kann man sich nicht des Gefühls erwehren, daß die Herausgeber einen zu großen Eifer an den Tag legen, um den Standpunkt der Urkunden festzustellen, daß es besser gewesen wäre, dieselben ohne Anmerkungen zu drucken und es dem Forscher zu überlassen, Widersprüche und Nuancen aufzudecken. Aber das eine mag gesagt werden: Die Herausgeber haben, soweit man entdecken kann, wesentliche Urkunden nicht unterdrückt, und gerade die Tatsache, daß Urkunden vorhanden sind, die Deutschland zum Schaden gereichen, flößt für die Arbeit als Ganzes Vertrauen ein. In Wirklichkeit kann man die Herausgeber zu der Kenntnis und zu dem Mut, mit welchem sie ihre schwierige Aufgabe erfüllt haben, beglückwünschen. Auch ist es ein hoffnungsvolles Zeichen der Rückkehr des guten Willens unter Völkern, daß ihre Arbeit in anderen Ländern, in denen der Inhalt ihrer Bände mit dem gleichen Eifer, wie in Deutschland selbst, studiert werden wird, Anerkennung findet.

Bernadotte E. Schmitt,

Professor der neueren Geschichte an der Universität zu Chicago.

|   |                |   |
|---|----------------|---|
| * | <b>ENGLAND</b> | * |
|---|----------------|---|

I send my cordial congratulations to the Editors and their staff on the completion of their heavy task. Their reward is the gratitude of students all over the world. No revelation of the secrets of recent European diplomacy compares in importance with this gigantic enterprise, which has already given birth to flourishing progeny of monographs, and has inspired historians in every land to pursue with fresh zeal the critical study of the world war. Moreover their faith that the example of Germany in opening her archives would be followed by other countries has been justified. A selection from the archives of the British Foreign Office from 1898 to 1914 is in preparation, and I have little doubt that France will before long

follow suit. Complete agreement as to the manifold causes and divided responsibilities of the great catastrophe will never be reached; but deeper knowledge has already brought a more sympathetic understanding of the motives and mentality both of individual statesmen and of the nations in whose name they spoke. Thus the publication of "Die Große Politik" has rendered a valuable service not only to the cause of historic truth but to the reconciliation of ancient animosities.

G. P. Gooch.

(Deutsche Übersetzung.)

Ich sende den Herausgebern und ihrem Stabe meine herzlichen Glückwünsche zur Vollendung ihrer schweren Aufgabe. Ihre Belohnung liegt in der Dankbarkeit der Gelehrten in der ganzen Welt. Keine Aufdeckung der Geheimnisse der neueren europäischen Diplomatie läßt sich an Wichtigkeit mit diesem riesenhaften Unternehmen vergleichen, das bereits ein blühendes Geschlecht von Einzelschriften hervorgebracht und in jedem Lande Geschichtsschreiber dazu angeregt hat, das kritische Studium des Weltkrieges mit frischem Eifer weiter zu betreiben. Außerdem ist ihr Vertrauen, daß andere Länder dem Beispiele Deutschlands, seine Archive zu öffnen, folgen würden, gerechtfertigt worden. Eine Auswahl aus den Archiven des britischen Auswärtigen Amtes aus der Zeit von 1898 bis 1914 ist in Vorbereitung, und ich zweifle kaum, daß Frankreich binnen kurzem dasselbe tun wird. Eine vollkommene Übereinstimmung hinsichtlich der mannigfaltigen Ursachen des großen Dramas und der geteilten Verantwortlichkeit dafür wird niemals erzielt werden; aber eine vertiefte Kenntnis hat bereits ein sympathischeres Verständnis für die Motive und die Geistesverfassung sowohl der einzelnen Staatsmänner als auch der Völker, in deren Namen sie gesprochen haben, herbeigeführt. Daher hat die Veröffentlichung von „Die Große Politik“ nicht nur der Sache der historischen Wahrheit, sondern auch der Aussöhnung ehemaliger Feindseligkeiten einen wertvollen Dienst geleistet.

G. P. Gooch.

|   |                   |   |
|---|-------------------|---|
| * | <b>FRANKREICH</b> | * |
|---|-------------------|---|

Pendant longtemps, l'histoire n'a été qu'un recueil d'anecdotes et de légendes généralement ridicules. Elle inspirait donc un légitime pyrrhonisme. Avec les temps modernes, elle s'est rapprochée de la certitude. Elle a pu de plus en plus s'écrire sur pièces et, notamment en ce qui concerne la politique extérieure, sur les documents dits diplomatiques, c'est-à-dire sur la correspondance entre les gouvernements et leurs agents à l'extérieur.

Mais d'ordinaire, les documents diplomatiques ne sont livrés au public dans leur intégralité que longtemps, très longtemps après les événements auxquels ils se rapportent. C'est ainsi qu'en France, tous les documents relatifs à la guerre de 1870 ne sont pas encore publiés. Tant que des documents diplomatiques ne sont pas publiés, ils forment une sorte de musée secret. On ne les communique qu'à des privilégiés, qui sont par là même tenus à la discrétion. De sorte que le fameux »jugement de l'histoire« n'est rendu que lorsque les hommes, les générations qui en sont l'objet sont depuis longtemps sous terre, et que l'affaire n'intéresse plus que quelques rats de bibliothèques.

Déjà extraordinaires à tant de points de vue, la guerre ou, pour parler comme John Ewart, les guerres de 1914 offrent cette étrangeté de plus que, moins de dix ans après leur fin, leurs causes lointaines, les circonstances de leur explosion peuvent être étudiées sur pièces par toute personne qui le désire, et que de toutes les guerres, elles sont dès maintenant celles dont les responsabilités peuvent être déterminées avec le plus de certitude.

D'une part, en effet, les révolutionnaires russes ont jeté au vent ces archives de la diplomatie tsariste qui, suivant l'heureuse expression de M. Judet, semblaient aussi inviolables que la sépulture d'un Pharaon. De l'autre, les républiques allemande et autrichienne ont ouvert les archives, qui n'ont guère dû être moins étonnées de voir le jour, des gouvernements impériaux dont elles ont pris la place.

Si puissant que soit leur intérêt, les publications soviétiques ont l'inconvénient d'être faites par fragments, sans plan arrêté. La république autrichienne s'est interdit de publier les documents d'avant-guerre sans accord préalable avec les autres Etats successeurs de l'ex-empire austro-hongrois, dont certains ont des raisons majeures de préférer le silence, et a dû se borner jusqu'ici

à la publication des documents relatifs à l'explosion même de la guerre. Seul, le gouvernement allemand a publié d'un seul tenant, avec l'esprit de suite et d'organisation reconnu à ce peuple, les pièces diplomatiques de l'empire depuis sa fondation en 1871 jusqu'à la guerre de 1914. Et comme il avait publié dès la fin des hostilités les pièces, bien plus importantes encore, relatives à l'explosion de la guerre, il se trouve avoir, en ce qui le concerne, livré à l'examen tout ce qui pourrait permettre à une Haute-Cour internationale de se prononcer sur les responsabilités de la guerre: quarante volumes contenant près de treize mille pièces, classées et présentées de manière à en rendre l'étude aussi aisée que possible.

D'autres diront les résultats historiques de cette publication. Ce que je voudrais modestement faire ressortir ici, c'est sa portée morale. Cette Allemagne qui produit ainsi devant le monde le dossier de sa politique extérieure pendant quarante ans, c'est la même qu'on a presque universellement accusée d'avoir, pendant ces quarante ans, préparé sataniquement la guerre pour établir son hégémonie sur le globe. On pouvait croire que les adversaires de l'Allemagne qui ont porté, propagé cette accusation, allaient aussi publier leurs archives. Le gouvernement anglais s'y est tardivement décidé. Il va commencer la publication de son dossier au moment où l'Allemagne termine la sienne. Quant au gouvernement français, qui est le principal auteur de l'accusation, qui prétend encore que c'est avant tout contre la France qu'était dirigé le complot allemand, il n'en fait rien.

Imaginez deux individus s'accusant réciproquement de vol. L'un vide ses poches, l'autre tient les siennes obstinément fermées, mais continue à hurler au voleur. C'est le rôle de celui-ci que joue le gouvernement français. Bien que les archives allemandes soient sur la table, il se refuse à sortir les siennes, mais continue à accuser l'Allemagne d'être seule responsable de la guerre. Il lui interdit même de se défendre. »Une des conditions, vient de dire Poincaré au lendemain des entretiens de Thoiry, d'un changement d'attitude de la France envers l'Allemagne, c'est que celle-ci n'aille pas chercher à disculper le gouvernement impérial de la responsabilité de la guerre.« Qu'est-ce qui peut davantage détruire toute croyance à une morale, à une justice internationales? »Aucun écrivain n'a jamais atteint la diabolique ironie de Clio«, dit M. de Sosnosky au début de son étude: *La participation de l'Italie à la guerre*<sup>1)</sup>. En effet, la réalité a toujours dépassé la fiction.

---

<sup>1)</sup> »Kriegsschuldfrage« d'octobre 1926.



Cependant, personne ici ne s'indigne ni même ne s'étonne. Qui d'ailleurs, en France, sait que l'Allemagne a ouvert ses archives? Pendant les cinq années que s'est poursuivie cette monumentale publication, qui en a entretenu le grand public? Elle est propre notre civilisation! Plus les moyens d'information se font nombreux et rapides, plus le public est ignorant de ce qu'il devrait savoir. Il est tenu minute par minute au courant d'un match de boxe qui se déroule à des milliers de lieues. Mais sur les vraies causes de la guerre dont le monde chancelle encore, et dont il ne méritait pas de se relever, on nous tient les yeux bandés comme aux chevaux dans les courses de taureaux. Avec cette différence que le cheval, lui, ne prétend pas voir clair, et qu'il tombe pour le droit et la liberté des chevaux.

C'est donc bien volontiers que je salue l'achèvement du grand travail des historiens allemands. Je le fais avec un plaisir particulier dans cette Revue d'une tenue si impartiale, où se rencontrent les hommes qui, dans les différents pays, ont fait de la recherche de la vérité sur les responsabilités de la guerre »leur unique raison de vivre«, comme disait M. Poincaré de la revanche.

Mais j'exprime un regret. N'eût-il pas mieux valu que toute cette correspondance fût connue du peuple allemand et de tous les peuples au moment même de son envoi? Un homme averti en vaut deux, dit le proverbe. Le peuple allemand aurait-il accepté d'être enchaîné au sort de l'Autriche, le peuple français à celui de la Russie, le peuple anglais à celui de la France s'ils avaient vu, noir sur blanc, que cette guerre européenne, dont l'idée seule donnait le cauchemar, pouvait ainsi sortir brusquement de la »ménagerie balkanique«? Dès le début de la guerre, nous fûmes quelques uns, en France et en Angleterre, à en rendre responsable le secret dans lequel les gouvernants traitaient les affaires internationales, à montrer le ridicule de ces démocraties où un ministre ne peut pas engager la moindre dépense ou révoquer le plus humble fonctionnaire sans formalités, mais peut, derrière la porte close de son bureau, provoquer une guerre qui coûtera, les hommes, par millions, et l'argent, par centaines de milliards. N'est-ce pas par la suppression radicale du secret de la diplomatie qu'il aurait fallu commencer la lutte contre la guerre? Si tous les Etats acceptaient d'inscrire en tête de leur Constitution que la correspondance politique du ministère des affaires étrangères sera publiée au jour le jour, que sera nulle de plein droit toute pièce non publiée, et attachaient à la violation de cette règle les sanctions les plus sévères, ne serait-ce pas une garantie de paix plus efficace et surtout plus digne que la

dictature armée de la Société des Nations? Dans son *Projet de paix perpétuelle*, Kant dit qu'il n'y aurait plus de guerres si les gouvernants s'obligeaient à ne former aucun projet qu'ils ne pussent à tout moment avouer tout haut. Obligeons-les à penser tout haut.

Georges Demartial.

(Deutsche Übersetzung.)

**L**ange Zeit ist die Geschichte nur eine Sammlung von durchweg lächerlichen Anekdoten und Legenden gewesen. Sie gab daher Veranlassung zu einem berechtigten Zweifel. Im Laufe der Neuzeit ist sie zuverlässiger geworden. Immer mehr konnte sie auf Urkunden fußen und namentlich in der auswärtigen Politik sich auf sogenannte diplomatische Dokumente, d. h. auf den Schriftwechsel zwischen den Regierungen und ihren Vertretern im Auslande, stützen.

Im allgemeinen aber sind die diplomatischen Dokumente erst lange, sehr lange nach den Ereignissen, auf die sie Bezug haben, vollständig der Öffentlichkeit übergeben worden. In Frankreich sind die den Krieg von 1870 betreffenden beispielsweise noch nicht publiziert. Solange diplomatische Dokumente nicht veröffentlicht sind, bilden sie eine Art von geheimem Museum. Man teilt sie nur besonders Bevorzugten mit, die dadurch zur Verschwiegenheit verpflichtet werden, so daß das berühmte „Urteil der Geschichte“ erst abgegeben werden kann, wenn die Menschen, die Generationen, um die es sich dabei handelt, längst unter der Erde liegen und die ganze Angelegenheit nur noch für einige Bibliothekratten Interesse hat.

Der Krieg oder, mit John Ewart zu sprechen, die Kriege von 1914, die schon an sich in vieler Hinsicht ganz außergewöhnlich waren, weisen die seltsame Tatsache auf, daß weniger als zehn Jahre nach ihrer Beendigung ihre weit zurückliegenden Ursachen, die Umstände, die zu ihrem Ausbruch führten, von jedem, der es wünscht, urkundlich studiert werden können; aus der Zahl aller Kriege kann schon jetzt gerade bei ihnen mit der größten Sicherheit festgestellt werden, wen die Verantwortung dafür trifft.

Einerseits haben tatsächlich die russischen Revolutionäre die Archive der zaristischen Diplomatie, die nach einem trefflichen Ausspruch von Herrn Judet so unverletzlich zu sein schienen wie die Grabstätte eines Pharaonen, den Winden preisgegeben; andererseits haben die deutsche und die österreichische Republik als Nachfolgerinnen der kaiserlichen Regierungen die Archive geöffnet, die

nicht weniger erstaunt gewesen sein mögen, als sie das Tageslicht sahen.

Die Sowjetveröffentlichungen haben, so groß auch das Interesse ist, das sie hervorrufen, den Nachteil, bruchstückweise, ohne genau festgesetzten Plan, erfolgt zu sein. Die österreichische Republik hat es sich versagt, die Dokumente aus der Vorkriegszeit ohne vorher eingeholte Zustimmung der anderen, aus dem österreichisch-ungarischen Exkaiserreich hervorgegangenen Staaten zu publizieren, von denen mehrere aus wichtigen Gründen es vorziehen, zu schweigen; sie mußte sich bisher darauf beschränken, nur diejenigen Dokumente bekannt zu geben, die auf den Kriegsausbruch selbst Bezug haben. Nur die deutsche Regierung hat mit der streng sachlichen Denkungsweise und der Organisationsgabe, die diesem Volke eigen ist, die diplomatischen Aktenstücke des Kaiserreichs seit seiner Gründung im Jahre 1871 bis zum Krieg von 1914 im Zusammenhang veröffentlicht. Und da sie seit der Einstellung der Feindseligkeiten die noch weit wichtigeren Dokumente über den Ausbruch des Krieges bekanntgegeben hat, so hat sie offenbar ihrerseits alles der Prüfung unterbreitet, was einem Hohen Internationalen Gerichtshof es ermöglichen könnte, ein Urteil über die Verantwortlichkeit für den Krieg zu fällen: vierzig Bände mit fast dreizehntausend Aktenstücken, die in einer Weise geordnet und dargeboten sind, daß ihr Studium so bequem als möglich ist.

Andere werden von den geschichtlichen Resultaten dieser Veröffentlichung sprechen. Was ich hier in aller Bescheidenheit hervorheben möchte, ist ihre moralische Tragweite. Dies Deutschland, das so vor der Welt die Akten über seine auswärtige Politik in einem Zeitraum von vierzig Jahren ausbreitet, ist dasselbe, das man allgemein beschuldigt hat, während dieser vierzig Jahre in teuflischer Weise den Krieg vorbereitet zu haben, um die Weltherrschaft an sich zu reißen. Man sollte glauben, daß die Feinde Deutschlands, die diese Anschuldigung ausgesprochen und verbreitet haben, nun auch ihre Archive öffnen würden. Die englische Regierung hat sich spät dazu entschlossen. Sie wird mit der Herausgabe ihres Aktenmaterials zu dem Zeitpunkt beginnen, in dem Deutschland die seinige beendet. Die französische Regierung aber, die in erster Linie diese Anklage erhebt und behauptet, daß gegen Frankreich hauptsächlich der deutsche Anschlag geplant war, tut nichts dergleichen.

Man stelle sich zwei Menschen vor, die sich gegenseitig des Diebstahls bezichtigen. Der eine leert seine Taschen, der andere hält die seinigen eigensinnig verschlossen, aber er schimpft fort-

während über den Dieb. Das ist dasselbe Schauspiel, wie die französische Regierung es sich leistet. Obwohl die deutschen Archive offen daliegen, weigert sie sich, die ihrigen freizugeben, klagt aber weiter Deutschland der alleinigen Verantwortlichkeit für den Krieg an. Sie verbietet ihm sogar, sich zu verteidigen. „Eine der Bedingungen — sagte Poincaré am Tage nach den Unterredungen in Thoiry über eine Änderung der Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland — ist, daß dieses nicht versuchen darf, die kaiserliche Regierung von der Verantwortlichkeit für den Krieg freizusprechen.“ Kein Schriftsteller hat jemals der Clio teuflische Ironie erreicht, sagt Herr von Sosnosky zu Anfang seiner Studie über „Die Teilnahme Italiens am Kriege“ \*). Tatsächlich ist die Wirklichkeit immer von der Phantasie übertroffen worden. Wer hätte solchen Zynismus für glaubhaft gehalten, und was kann mehr jeden Glauben an die Moral, an eine internationale Gerechtigkeit zerstören?

Trotzdem empört sich niemand darüber, man wundert sich nicht einmal. Wer weiß übrigens in Frankreich, daß Deutschland seine Archive geöffnet hat? Wer hat während der fünf Jahre, in denen diese großartige Publikation erfolgte, das Publikum darüber unterrichtet? Unsere Zivilisation ist schon sauber! Je zahlreicher und schneller die Mittel zur Information geboten werden, um so weniger wird das Volk über das unterrichtet, was es wissen mußte. Es wird von Minute zu Minute über einen Boxkampf auf dem laufenden gehalten, der sich in einer Entfernung von Tausenden von Meilen abspielt. Jedoch über die wahren Ursachen des Krieges, von dem die Welt noch erzittert und der sich nicht wiederholen darf, hält man uns die Augen verbunden wie den Pferden in den Stierkämpfen — mit dem Unterschiede, daß das Pferd gar nicht klar zu sehen verlangt und daß es fällt für Recht und Freiheit der Pferde.

Sehr gern begrüße ich also die Vollendung der großen Arbeit der deutschen Historiker. Ich tue es mit besonderer Freude in dieser Zeitschrift von ganz unparteiischer Haltung, in der sich die Männer begegnen, die in verschiedenen Ländern die Erforschung der Wahrheit über die Verantwortlichkeit für den Krieg zu „ihrem einzigen Lebenszweck“ gemacht haben, wie Herr Poincaré von der Revanche sagte.

Aber eines muß ich bedauern. Wäre es nicht weit nützlicher gewesen, wenn dieser ganze Schriftwechsel dem deutschen Volke und allen Völkern im Augenblick seiner Absendung bekanntgemacht

---

\*) „Die Kriegsschuldfrage“, Oktober 1926.



worden wäre? Ein gewarnter Mann zählt für zweie, sagt das Sprichwort. Hätte das deutsche Volk sich an das Schicksal Österreichs ketten lassen, das französische Volk an das Rußlands, das englische Volk an das Frankreichs, wenn alle schwarz auf weiß gesehen hätten, daß dieser europäische Krieg, an den nur zu denken schon ein böser Traum war, so ungestüm aus der „Balkan-Menagerie“ hervorbrechen könnte? Von Beginn des Krieges an waren einige unter uns, in Frankreich und in England, welche die Geheimtuerei, mit der die Regierenden internationale Angelegenheiten behandelten, dafür verantwortlich machen, die auf die Lächerlichkeit derartiger Demokratien hinweisen wollten, in denen ein Minister nicht die kleinste Ausgabe machen, nicht den niedrigsten Beamten ohne Formalitäten entlassen kann, der aber hinter der verschlossenen Tür seines Büros einen Krieg anzetteln darf, der Millionen von Menschen und Hunderte von Milliarden an Geldeswert kosten wird. Hätte man nicht den Kampf gegen den Krieg damit beginnen sollen, daß man die Geheimdiplomatie radikal unterdrückte? Wenn alle Staaten sich bereit erklärten, an die Spitze ihrer Verfassung den Satz zu stellen, daß die politische Korrespondenz des Außenministeriums täglich veröffentlicht werden wird, daß jedes nicht veröffentlichte Aktenstück mit vollem Recht null und nichtig ist, und wenn sie auf die Verletzung die strengsten Strafen folgen ließen, wäre das nicht eine weit wirksamere und vor allem würdigere Garantie für den Frieden, als die bewaffnete Diktatur des Völkerbundes? In seiner Schrift über den ewigen Frieden sagt Kant, es würde keine Kriege mehr geben, wenn die Regierungen sich verpflichteten, keinen Plan zu fassen, den sie nicht jeden Augenblick ganz offen eingestehen könnten. Verpflichten wir sie, ganz laut zu denken.

Georges Demartial.

|   |                |   |
|---|----------------|---|
| * | <b>ITALIEN</b> | * |
|---|----------------|---|

**E**lla mi domanda il mio pensiero di studioso sul valore della grande collezione tedesca, che ora sta per essere conclusa: "Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914, Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes". Io sono felice di potere formularlo e di destinarlo al Suo periodico, sebbene, per ragioni materiali di tempo, in misura assai più breve di come vivamente avrei desiderato.

La nuova grande collezione documentaria tedesca va considerata sia nei rispetti di quello ch'essa volle essere, sia nei rispetti di ciò che essa è riuscita, sia riguardo al valore dei suoi risultati nell'attuale fase della storiografia dell'Europa contemporanea.

Nelle prime intenzioni di chi la concepì, la Collezione non volle essere un monumento erudito; volle essere un'arme polemica, una replica difensiva tanto a quell'articolo del Trattato di Versailles, che faceva la Germania unica responsabile della Guerra Mondiale, quanto all'opinione pubblica dei paesi della Intesa, che s'accordava perfettamente con quel folle errore.

Di questo pregiudizio, di questa menzogna convenzionale, doveva essere una confutazione l'apertura degli Archivi diplomatici tedeschi e la pubblicazione dei loro documenti. Analoghe ragioni difensive avevano, 40 anni innanzi, indotto il Parlamento francese a deliberare la pubblicazione degli atti diplomatici relativi alla politica estera nel periodo del secondo Impero.

Ma era impossibile che 40 grossi volumi di documenti fossero soltanto un atto polemico di difesa. La naturale mole dell'opera la costringeva ad assumere una fisionomia indipendente, e fin dai primi volumi si vide che essa sarebbe stata il contributo più vasto alla storia della politica europea, negli anni intercedenti fra il 1871 e il 1914, che mai ricerca di storico avesse potuto offrire.

Non basta: dalla originaria concezione del lavoro derivò un'altra, più notevole e preziosa conseguenza. La raccolta dei documenti e la loro scelta (giacchè di scelta anche questa volta doveva trattarsi, come sa chiunque è pratico di tal genere di lavori) non vennero condotte innanzi meccanicamente per sovrapposizione di pezzi diplomatici, ma si ispirarono a un altro pensiero storico: seguire passo passo i più importanti avvenimenti europei, anzi mondiali, dal 1871 al 1914, e raccogliere, intorno a ciascuno di essi, i documenti più notevoli e più acconci ad illuminarli, che gli archivi tedeschi contenevano, in modo da chiarire la politica germanica e la politica europea, attraverso tutti quei passaggi, che sono poi sboccati all'oceano della Guerra Mondiale.

Aver concepito la storia generale del più complicato quarantennio dell'evo contemporaneo, come un sistema di dati di un problema che aveva già avuto la sua risoluzione; essere risaliti da questa alla illustrazione dei suoi antecedenti, il cui valore era a ciascuno assegnato dalla parte, maggiore o minore, con cui esso contribuì alla sanguinosa conclusione finale; ecco un eccellente e rarissimo

criterio apportato nella cernita di un materiale enorme. Onde mai, forse, può dirsi, lavoro documentario fu condotto secondo una più vigorosa e serrata e corretta concezione storica.

Quali i risultati?

La storica dell'Europa di oggi è stata scritta sempre mediocrementemente, ma fu scritta orribilmente, da tutte le parti, durante e dopo la Guerra Mondiale, e opere ritenute fondamentali vennero allora macchiate dei peggiori e più gravi pregiudizi. Tale fu, ad esempio, il caso del secondo volume della *Histoire diplomatique de l'Europe* del Signor Débidour. Si credette di potere legittimamente dimostrare che fin dal 1871 tutta la vita europea era stata turbata e agitata dalla frenetica volontà di guerra e di conquista della Germania e persino dell'Austria-Ungheria; che tutti gli altri Stati non avevano fatto che subire l'orribile destino dell'agnello della favola esopica; che, infine, anche all'ultimo istante, la guerra non sarebbe stata un atto di insofferenza e di riscossa dei »deboli«, ma una inaudita aggressione dei violenti per consuetudine e per orgoglio.

Die queste vacue scempiaggini è ricolma la storiografia europea contemporanea. La grande collezione tedesca, per chi vorrà usarla onestamente, pone un termine invincibile a questo cieco convenzionalismo e ristabilisce la esatta fisionomia della realtà. Non quella realtà che altri scrittori tedeschi, caduti nello stesso errore dei loro avversari vorrebbero stabilire: che, cioè, il cervo imbelli e innocuo, accerchiato dai mastini voraci, sia stato l'Impero tedesco o gli Imperi Centrali, ma una realtà, la quale affermi che, tra il 1871 e il 1914, tutti i grandi Stati europei fecero una politica nazionale, sebbene, in generale, ispirata a volontà di pace europea: non una pace che rifuggisse per preconetti teorici della guerra, ma una pace che veniva preferita alla sorte opposta per i vantaggi enormi, che essa importava, e per i pericoli sconfinati, che la guerra spalancava.

Questa volontà di pace fu indubitabile per la Germania, l'unico Stato interamente soddisfatto, nei riguardi dei territori europei, dopo il 1871. Naturalmente, neanche la Germania ebbe per fine l'interesse europeo, ma l'interesse tedesco, come non l'interesse europeo, ma solo quello nazionale ebbero le volontà di pace, francese, inglese, russa. Certamente quella pace fu talora mantenuta con la minaccia dello scatenamento di una guerra, ma fu pace voluta e saldamente serbata ed imposta.

Per altro, perchè mai, per quale singolare motivo, unica in Europa, anzi nel mondo, avrebbe la Germania dovuto proporsi

un'ideale evangelico? Quali obblighi, morali o internazionali, ve la legavano sino al punto che la violazione di quel precetto dovesse sostituire una colpa orribile, da punirsi col più tremendo dei castighi?

Ma queste considerazioni, che certo non fecero i vincitori à Versailles, nulla hanno che vedere con la grande collezione dei documenti diplomatici tedeschi relativi alle origini della guerra, sul cui valore storico io ero tenuto a formulare un giudizio. A tale proposito io mi illudo di avere esposto succintamente, ma chiaramente, e, quel che più importa, sincerissimamente il mio pensiero.

Milano, 10. November 1926.

Corrado Barbagallo.

### (Deutsche Übersetzung.)

Sie fragen mich nach meiner wissenschaftlichen Meinung über den Wert der jetzt vor dem Abschluß stehenden großen deutschen Sammlung: „Die Große Politik der Europäischen Kabinette (1871 — 1914): Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes“. Ich will sie gern aussprechen und sie Ihrer Zeitschrift zur Verfügung stellen, wenn ich mich auch aus Zeitmangel weit kürzer fassen muß, als ich gewünscht hätte.

Die neue große deutsche Urkundensammlung ist unter drei Gesichtspunkten zu betrachten: erstens, was sie anstrebt, zweitens, was aus ihr geworden ist, drittens, welchen Wert ihre Ergebnisse im Rahmen der zeitgenössischen europäischen Geschichtsschreibung haben.

Im Sinne ihres Urhebers will die Sammlung kein gelehrtes Werk sein, sondern eine polemische Waffe, eine Widerlegung jenes Artikels des Vertrages von Versailles, der Deutschland allein für den Weltkrieg verantwortlich macht, eine Widerlegung auch der öffentlichen Meinung in den Ententeländern, die sich mit diesem törichten Irrtum vollkommen deckte.

Die Öffnung der deutschen diplomatischen Archive und die Veröffentlichung ihrer Urkunden mußten eine Widerlegung dieses Vorurteils, dieser konventionellen Lüge sein. Ähnliche Erwägungen haben vor 40 Jahren das französische Parlament veranlaßt, die Veröffentlichung der diplomatischen Akten der äußeren Politik aus der Zeit des zweiten Kaiserreiches zu beschließen.

Es war jedoch ausgeschlossen, daß 40 dicke Urkundenbände lediglich einen polemischen Verteidigungsakt darstellten. Das Werk mußte naturgemäß eine unabhängige Gestalt erhalten, und schon



von den ersten Bänden an erkennt man, daß es der größte Beitrag zur Geschichte der europäischen Politik in den Jahren von 1871 bis 1914 ist, den die gelehrte Forschung jemals hat bieten können.

Mehr noch: aus dem ursprünglichen Plan des Werkes ergab sich eine weitere, noch erheblichere und wertvollere Folgerung. Die Sammlung und Auswahl der Urkunden (denn um eine Auswahl mußte es sich auch hier handeln, wie jeder weiß, der mit solchen Arbeiten vertraut ist) konnte nicht durch mechanisches Aneinanderreihen diplomatischer Aktenstücke erfolgen, sondern ordnete sich einem hohen geschichtlichen Gedanken unter. Es galt, Schritt für Schritt die wichtigsten europäischen und Weltereignisse von 1871 bis 1914 zu verfolgen und für jedes die wichtigsten und aufschlußreichsten Urkunden aus den deutschen Archiven beizubringen, um die deutsche und die europäische Politik bei allen diesen Geschehnissen zu beleuchten, die schließlich in das Meer des Weltkrieges gemündet haben.

Die allgemeine Geschichte der verwickeltsten vierzig Jahre der Gegenwart als Systematisierung der Daten eines Problems aufzufassen, das bereits seine Lösung gefunden hat, und von da zur Darstellung seiner Vorgeschichte vorzudringen, deren einzelne Vorgänge ihre Bedeutung bereits durch den größeren oder geringeren Anteil erhalten hatten, den sie an dem blutigen Endergebnis hatten — das war ein vorzügliches, höchst seltenes Kriterium bei der Auswahl aus einer gewaltigen Stofffülle. Man darf wohl sagen, nie ist eine Quellenarbeit nach einem strengeren, geschlosseneren und richtigeren geschichtlichen Plane durchgeführt worden. Welches waren ihre Ergebnisse?

Die heutige europäische Geschichtsschreibung war stets mittelmäßig, aber während des Weltkrieges und nach ihm war sie bei allen Parteien abscheulich; als grundlegend erkannte Werke wurden damals durch die schwersten und ärgsten Vorurteile entstellt. • Das traf z. B. für Band 2 der „Histoire diplomatique de l'Europe“ des Herrn Débidour zu. Man glaubte sich zu dem Nachweis berechtigt, daß das gesamte europäische Leben seit 1871 durch den leidenschaftlichen Kriegs- und Eroberungswillen Deutschlands und somit auch Österreich-Ungarns erregt und zerstört worden sei, daß alle übrigen Staaten nichts getan hätten, als sich dem furchtbaren Schicksal des Opferlammes in der äsopischen Fabel zu unterwerfen, daß schließlich der Krieg selbst im letzten Augenblick nicht ein Akt der Ungeduld und des Aufbäumens der „Schwachen“, sondern ein unerhörter Angriff der aus Gewohnheit oder Hochmut Gewalttätigen gewesen sei.

Die zeitgenössische europäische Geschichtsschreibung ist voll von solchen seichten Torheiten. Die große deutsche Sammlung macht diesem blinden Gemeinplatz für jeden, der sie ehrlich benutzen will, ein für allemal ein Ende und stellt das genaue Aussehen der Wirklichkeit wieder her — nicht jener Wirklichkeit, die gewisse deutsche Schriftsteller feststellen möchten, die in die gleichen Irrtümer verfallen sind wie ihre Gegner, nämlich, daß das Deutsche Reich oder die Mittelmächte ein friedlicher Hirsch waren, den die gierigen Hunde umzingelt hätten, sondern der Wirklichkeit, aus der sich ergibt, daß alle europäischen Großstaaten von 1871 bis 1914 eine nationale Politik getrieben haben, obwohl sie im allgemeinen den Willen zum europäischen Frieden hatten. Gewiß nicht zu einem Frieden, der aus vorgefaßten Theorien vor dem Kriege zurückschreckte, aber zu einem Frieden, der wegen der gewaltigen Vorteile, die er mit sich brachte, und wegen der unberechenbaren Gefahren, die durch einen Krieg drohten, seinem Gegenteil vorgezogen wurde.

Dieser Friedenswille beherrschte zweifellos Deutschland, den einzigen Staat, der seit 1871 auf europäischem Gebiet völlig befriedigt war. Natürlich hatte auch Deutschland nicht das europäische Interesse im Auge, sondern das deutsche Interesse, genau wie der französische, englische, russische Friedenswille nur sein nationales Interesse verfolgte. Gewiß wurde dieser Friede bisweilen durch eine Kriegsdrohung aufrechterhalten, aber er wurde gewollt, mit Festigkeit gewahrt und aufgezwungen.

Weshalb sollte auch gerade Deutschland aus irgendeinem in Europa oder in der Welt einzig dastehenden Beweggrunde ein dem Evangelium entsprechendes Ideal verfolgt haben? Welche moralischen oder internationalen Verpflichtungen banden es derart, daß die Verletzung dieses Vorsatzes ein furchtbares Verbrechen darstellte, das mit der schrecklichsten Strafe geahndet werden mußte?

Aber solche Betrachtungen, die die Sieger von Versailles gewiß nicht angestellt haben, haben nichts zu tun mit der großen deutschen diplomatischen Urkundensammlung über die Entstehung des Weltkrieges, über deren geschichtlichen Wert ich ein Urteil abzugeben habe. In dieser Hinsicht hoffe ich, meine Ansicht kurz, aber deutlich, und was mehr ist, völlig ehrlich ausgedrückt zu haben.

Corrado Barbagallo.

Mailand, 10. November 1926.

**L**a pubblicazione della „Große Politik der europäischen Kabinette, 1871—1914“, non solo costituisce uno sforzo editoriale grandissimo, ma è anche il contributo più notevole che finora sia stato portato allo studio delle origini della guerra mondiale.

Fin dal 1919 si è avuta come una febbre di studio su tali origini e sono stati pubblicati documenti diplomatici, diari, memorie e studi d'insieme. Ma queste prime pubblicazioni convinsero ben presto gli studiosi che per conoscere realmente l'origine della guerra, non ci si poteva limitare allo studio degli avvenimenti del giugno-luglio 1914, ma occorreva spiegarsi le ragioni del contrasto Germania-Francia e Austria-Russia, e cioè risalire indietro e alle guerre balcaniche, e alla crisi di Agadir, e poi più indietro ancora, all'origine dell'Intesa, alla stipulazione dell'alleanza franco-russa, e poi più indietro ancora, all'origine della questione alsaziano-lorenese, e cioè al 1871. Occorreva insomma studiare tutto quanto la complessa politica delle nazioni europee da quel tempo in poi.

Per un tale studio non erano sufficienti i documenti diplomatici pubblicati, sia perchè frammentari, sia perchè riguardavano punti speciali e, in genere, non risalivano molto indietro dall'immediato scoppio del conflitto: nè bastavano i diari e le memorie dei principali uomini politici che avevano responsabilità governative nel 1914, i quali scrissero più che altro per difendere sè stessi e accusare gli avversari, e quindi il loro stato d'animo li condusse inevitabilmente, anche se inconsapevolmente, a presentare, colorire, attenuare od esagerare i fatti a seconda che giovavano più o meno alla loro tesi difensiva. Ora, invece, dalla raccolta della „Große Politik“ possiamo conoscere, fin nei minimi particolari, tutta quanta l'azione del Ministero degli Esteri tedesco, come essa si è svolta realmente, senza accomodamenti od attenuazioni successive: possiamo coglierla quindi nell'atto stesso che si svolgeva, conoscere esattamente come al Ministero giungevano le notizie della politica degli altri stati, l'impressione che suscitavano, l'azione che ne conseguiva: molte volte possiamo, perfino, cogliere gli stati d'animo, le opinioni dei vari uomini: ambasciatori, ministri, cancellieri, imperatore; e i giudizi che essi esprimevano sugli ambasciatori, ministri e sovrani d'altre nazioni. Stati d'animo, opinioni, giudizi che risultano da documenti, che dovevano per sempre rimanere segreti, e appunto per ciò più fedeli nel rivelarci la verità, e della loro pubblicazione va data lode a chi li ha editi.

Tuttavia non dobbiamo credere che questi documenti ci mettano in grado di sapere tutto: per arrivarci dovremmo avere eguali pubblicazioni per le altre nazioni.

In ogni modo, se ci sfuggono ancora molti particolari, se non si possono pronunciare giudizi definitivi su molti fatti, siamo già in grado di cogliere le linee generali degli avvenimenti, di arrivare a qualche conclusione precisa, che sia frutto di una serena indagine storica.

Da una parte vediamo che nel 1914 vi era un certo numero di questioni — Alsazia-Lorena, possesso di Costantinopoli, complicazioni balcaniche, armamenti navali britannici e tedeschi, competizioni economiche e commerciali, ecc. — che si trascinavano ormai da anni ed anni, e delle quali non si scorgeva una soluzione possibile senza minacciare la pace dell'Europa: l'avevano già minacciato altre volte, ma si era potuto evitare il conflitto, perchè queste questioni non si presentavano sempre tutte in una volta, e su ognuna di esse le potenze dello stesso campo — Triplice o Intesa — non si trovarono sempre fra loro concordi. A poco a poco, però, questa concordia si stabilisce fra le potenze dell'Intesa, ed allora il pericolo di guerra diventa imminente. I Governi lo avvertono e, anche se hanno la ferma intenzione di scongiurarlo, non ci riescono.

D'altra parte le lunghe interminabili vicende di queste questioni avevano formato uno stato d'animo, che non permetteva di agire con calma nel momento decisivo. Una lunga esperienza di insuccessi precedenti aveva reso tutte le diplomazie diffidenti ed estremamente timorose di essere giocate: il pericolo della guerra fa sì che tutti vi si preparino, più o meno bene, ma la preparazione militare rafforza sempre più la convinzione, in un campo e nell'altro, che l'avversario sia disposto ad attaccare: si vuole quindi evitare di essere colti di sorpresa. Di qui la corsa alla precedenza nella mobilitazione. Nello stesso tempo vi era il ricordo che già altre volte vi erano state minacce oscure, rivelatesi poi come blufs e tentativi di intimidazione. Di qui una confidenza eccessiva nella possibilità di evitare anche questa volta una guerra europea: e di qui anche l'irrigidirsi dei governi, in misura maggiore o minore, sulle rispettive posizioni.

E mi pare che sia proprio questo stato d'animo particolare, del quale i singoli governanti non sono responsabili e nemmeno pienamente consapevoli, che nel momento decisivo li trascinò, loro malgrado, verso l'irreparabile. Considerata, perciò, da questo punto di vista, mi sembra che storicamente perda importanza la questione della responsabilità della guerra, come è stata intesa finora dai più, e ne acquista una grandissima la ricerca delle origini di quel tale stato d'animo, ricerca, alla quale contribuisce in modo, finora insuperato, la pubblicazione degli „Atti diplomatici del Ministero degli Esteri tedesco“.

Augusto Torre (Ravenna).



(Deutsche Übersetzung.)

Die Veröffentlichung „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914“ stellt nicht nur eine gewaltige Verlagsleistung dar, sondern ist auch der bedeutendste bisher gelieferte Beitrag zur Erforschung der Ursachen des Weltkrieges.

Seit 1919 wurde fieberhaft nach diesen Ursachen geforscht und es wurden diplomatische Urkunden, Weißbücher, Denkschriften und Gesamtstudien veröffentlicht. Aber diese ersten Veröffentlichungen überzeugten die Forscher nur zu bald, daß man sich zur wirklichen Erkenntnis der Kriegsursachen nicht auf das Studium der Ereignisse vom Juni und Juli 1914 beschränken dürfe, sondern daß man sich die Gründe des deutsch-französischen und österreichisch-russischen Gegensatzes klarmachen müsse. Es galt also weiter zurückzugehen, sowohl zu den Balkankriegen wie zur Agadirkrise, und weiter zurück bis zum Ursprung der Entente, dem Abschluß des französisch-russischen Bündnisses, und dann noch weiter bis zur Entstehung der elsäß-lothringischen Frage, d. h. bis zum Jahre 1871. Alles in allem galt es, die ganze verwickelte europäische Politik von jener Zeit ab zu studieren.

Zu einer derartigen Forschung reichten die veröffentlichten diplomatischen Urkunden nicht aus. Sie waren entweder zu fragmentarisch oder bezogen sich nur auf Einzelpunkte und reichten überhaupt nicht weit hinter den unmittelbaren Ausbruch des Konfliktes zurück. Unzureichend waren auch die Weißbücher und Denkschriften der hauptsächlichen Staatsmänner, die im Jahre 1914 die Verantwortung für die Regierung trugen. Sie schrieben vor allem, um sich selbst zu verteidigen und die Gegner zu beschuldigen, und so führte ihr Geisteszustand sie, wenn auch unbewußt, dahin, die Tatsachen so darzustellen, zu färben, zu mildern oder zu übertreiben, wie es für ihren Verteidigungsstandpunkt mehr oder weniger von Nutzen war.

Jetzt hingegen können wir aus der Sammlung der „Großen Politik“ die gesamte Tätigkeit des deutschen Auswärtigen Amtes, wie sie wirklich gewesen ist, bis in die kleinsten Einzelheiten, ohne Ausschmückungen oder Abmilderungen, erkennen, sie somit in den Geschehnissen selbst erfassen und genau erfahren, wie die Nachrichten über die Politik der anderen Staaten beim Auswärtigen Amte eingingen, welchen Eindruck sie hervorriefen und was infolgedessen geschah. Oft können wir sogar die Geistesverfassung, die Ansichten der verschiedenen Männer, der Gesandten, Minister, Reichskanzler und des Kaisers und die Urteile erfassen, die sie über die Gesandten, Minister und Herrscher der anderen Staaten fällten. Diese Geistes-

verfassungen, Ansichten und Urteile ergeben sich aus Urkunden, die für alle Zeit geheim bleiben sollten und gerade deshalb um so getreuer die Wahrheit spiegeln. Ihre Veröffentlichung verdient also alles Lob.

Allerdings dürfen wir nicht annehmen, daß diese Urkunden uns in den Stand setzen, alles zu wissen: dazu müßten wir entsprechende Veröffentlichungen von den anderen Nationen haben.

Wenn uns aber auch noch viele Einzelheiten entgehen, wenn wir über viele Tatsachen noch keine Endurteile fällen können, so sind wir doch in der Lage, die großen Linien der Ereignisse zu erfassen und zu einer bestimmten Schlußfolgerung zu gelangen, die das Ergebnis ernster geschichtlicher Forscherarbeit ist.

Einerseits sehen wir im Jahre 1914 eine gewisse Anzahl von Fragen bestehen — Elsaß-Lothringen, Besitz von Konstantinopel, Balkanwirren, englische und deutsche Flottenrüstungen, Nebenbuhlerschaften in Wirtschaft und Handel usw. —, die sich seit einer Reihe von Jahren hinschleppten und deren Lösung ohne Bedrohung des europäischen Friedens nicht möglich war. Sie hatten ihn schon mehrfach bedroht, aber der Konflikt hatte stets vermieden werden können, da diese Fragen nicht alle zugleich brennend wurden und die Mächte der gleichen Gruppe — Dreibund und Entente — nicht bei jeder von ihnen stets übereinstimmten. Nach und nach jedoch befestigt sich dies Einvernehmen zwischen den Ententemächten, und nun wird die Kriegsgefahr drohend. Die Regierungen warnen davor, und wenn sie auch die feste Absicht haben, sie zu beschwören, so gelingt ihnen das doch nicht.

Andererseits hatten die langen, endlosen Wechselfälle dieser Fragen einen Geisteszustand hervorgebracht, bei dem man im entscheidenden Augenblick nicht mit der nötigen Ruhe handeln konnte. Durch lange Erfahrungen mit früheren Mißerfolgen waren alle Diplomaten mißtrauisch geworden und hatten die größte Angst, hintergangen zu werden. Die Kriegsgefahr bewirkt, daß alle sich — mehr oder weniger gut — zum Krieg rüsten, aber die militärische Rüstung verstärkt in beiden Lagern immer mehr die Überzeugung, der Gegner sei zum Angriff geneigt, und somit will man vermeiden, überrumpelt zu werden. Daher das Wettlaufen um die Mobilmachung. Zugleich erinnerte man sich, daß schon früher dunkle Drohungen erfolgt waren, die sich dann als Bluffs und als Einschüchterungsversuche herausstellten. Daher herrschte auch jetzt übermäßiges Vertrauen auf die Möglichkeit, einen europäischen Krieg vermeiden zu können. Daher beharrten auch die Regierungen mehr oder weniger in ihrer jeweiligen Haltung.







Und mir scheint, daß es dieser besondere Geisteszustand war, für den die einzelnen Regierungen nicht verantwortlich sind, dessen sie sich aber voll bewußt waren, der sie im entscheidenden Augenblick wider Willen zu dem fortriß, was nicht wieder gut zu machen war. Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, scheint mir die Frage der Verantwortung für den Krieg, wie sie bisher zumeist aufgefaßt wurde, geschichtlich an Bedeutung zu verlieren. Um so wichtiger wird die Untersuchung der Ursachen dieses Geisteszustandes, und dazu trägt in bisher unübertroffener Weise die Veröffentlichung der „Diplomatischen Urkunden des deutschen Auswärtigen Amtes“ bei.  
Augusto Torre (Ravenna).

|   |              |   |
|---|--------------|---|
| * | <b>JAPAN</b> | * |
|---|--------------|---|

Japanischer Wortlaut Einlage.

(Deutsche Übersetzung.)

**D**ie politischen oder ökonomischen Verhandlungen und Verträge, die man heute im allgemeinen als Friedenspolitik bezeichnet, können die Gefahr des zukünftigen Krieges nicht vollkommen beseitigen, solange wir die seelische Vorbereitung für die Sicherung des Weltfriedens außer acht lassen. Als die wirkungsvollsten Mittel der seelischen Vorbereitung für die Sicherung des Weltfriedens könnte man die folgenden zwei betrachten: die Verbesserung der Schulbücher und die Veröffentlichung der Akten der Geheimdiplomatie.

Durch die Veröffentlichung der diplomatischen Akten wird es allen Völkern erst klar, wie einfach die eigenen Regierungen das Wort „Gerechtigkeit“ gebraucht haben.

Das immense Werk „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914“, das jetzt im Auftrage des deutschen Auswärtigen Amtes und dank der unermüdlichen Arbeit des Verlages „Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte“ herausgegeben worden ist, stellt eine vollständige Sammlung der diplomatischen Akten des deutschen Auswärtigen Amtes dar, bestehend aus 54 Bänden, die 21 795 Seiten umfassen.

Das Werk wird nicht nur den wissenschaftlichen Forschern der Geschichte ein unentbehrliches Material sein, sondern auch dem Friedenswerk der Zukunft wirksame Mittel bieten.

Morikatsu Inagaki.

|   |                    |   |
|---|--------------------|---|
| * | <b>NIEDERLANDE</b> | * |
|---|--------------------|---|

**D**e voltooiing van de Deutsche publicatie: Die Große Politik der Europäischen Kabinette is een zeer heuglijke gebeurtenis. Zij geeft in de eerste plaats aanleiding tot het brengen van een eeresalut aan Dr. Thimmen en den staf zijner medewerkers. Ieder, die met bronnen-publicatiën bekend is, kan beseffen, wat het wil zeggen, om in een tijd van ongeveer 6 jaren een werk van ruim dertig deelen uit te geven, waarbij een keuze uit een verbijsterende hoeveelheid materiaal moest worden gedaan, waarbij gezorgd werd voor een zakelijke indeeling en tevens voor annotaties. Ik voor mij ben overtuigd, dat de uitgevers een wetenschappelijk werk vaan zeer groote waarde hebben verricht, waarbij men alleen over de wijze van uitvoering hier en daar met hen van inzicht kan verschillen. Dit stemt te meer tot bewondering, omdat de opzet van het werk, als gevolg van de omstandigheden, niet geheel vrij van tendenz kon zijn. Immers! de Deutsche regeering wilde door de opening der archieven aantoonen, hoe onjuist de beschuldiging van Deutschland's tegenstanders over de zgn. schuld aan den oorlog was. Alleen wanneer de uitvoering van dit besluit op waarlijk wetenschappelijke wijze geschiedde, zou men de resultaten kunnen vertrouwen en gebruiken. En inderdaad heeft nu die uitkomst be-  
wezen, dat de publicatie geschied is „in dienst der waarheid“.

Door deze handelwijze heeft de Deutsche regeering aan de moderne geschiedbeoefening een zeer grooten dienst bewezen. De geschiedeniswetenschap kan in het leven der volkeren een veel grootere plaats innemen, wanneer zij de allernieuwste geschiedenis uit authentiek materiaal kan bestuderen. Reeds daarom is het zeer te wenschen, dat andere landen het Deutsche voorbeeld zullen navolgen: Engeland besloot er reeds toe; Frankrijk zal op den duur niet kunnen achterblijven. Dan zal het ook beter dan tot dusverre mogelijk zijn de „schuldparagraaf“ van Versailles te herzien, voor zoover men dit althans mochte wenschen. Naar mijn opvatting ware het oneindig veel beter haar geheel uit te delgen — wetenschappelijke waarde heeft zij nooit bezeten — en alleen te vervangen door een na grondig onderzoek verkregen uitspraak over de oorzaken van den Wereldoorlog, die daarom niet in het vredesverdrag behoefde te worden opgenomen, al zou zij voor de beoordeeling van den inhoud van dit verdrag niet zonder waarde behoeven te blijven.

Dr. N. Japikse.

(Deutsche Übersetzung.)

Die Vollendung der deutschen Publikation: Die Große Politik der Europäischen Kabinette ist ein sehr denkwürdiges Ereignis. Sie gibt vor allen Dingen Anlaß, Dr. Thimme und dem Stabe seiner Mitarbeiter einen Ehrengruß darzubringen. Jeder, der mit Quellenveröffentlichungen vertraut ist, kann begreifen, was es heißt, in einer Zeit von ungefähr sechs Jahren ein Werk von reichlich dreißig Teilen herauszugeben, wobei aus einer verwirrenden Menge von Material eine Auswahl getroffen werden mußte und wobei für eine sachliche Einteilung und zugleich für Anmerkungen gesorgt wurde. Ich für mein Teil bin überzeugt, daß die Herausgeber ein wissenschaftliches Werk von sehr großem Werte verichtet haben, wobei man nur betreffs der Art der Ausführung hier und da verschiedener Ansicht mit ihnen sein kann. Dies ruft um so mehr Bewunderung hervor, da der Zweck des Werkes den Umständen gemäß nicht ganz frei von Tendenz sein konnte. Gewiß! Die deutsche Regierung wollte durch die Öffnung der Archive darthun, wie unrichtig die Beschuldigung seitens der Gegner Deutschlands betreffend die sogenannte Schuld am Kriege sei. Nur wenn die Ausführung dieses Beschlusses in wahrhaft wissenschaftlicher Weise geschah, würde man sich auf die Ergebnisse verlassen und sie benutzen können. Und in der Tat hat jetzt das Ergebnis bewiesen, daß die Veröffentlichung „im Dienste der Wahrheit“ geschehen ist.

Durch diese Handlungsweise hat die deutsche Regierung dem modernen Geschichtsstudium einen sehr großen Dienst erwiesen. Die Geschichtswissenschaft kann einen viel größeren Platz im Leben der Völker einnehmen, wenn sie die allerneueste Geschichte aus authentischem Material studieren kann. Schon deshalb ist sehr zu wünschen, daß andere Länder das deutsche Beispiel nachahmen; England hat sich bereits dazu entschlossen; Frankreich wird auf die Dauer nicht zurückbleiben können. Dann wird es auch eher als bisher möglich sein, den „Schuldparagraphen“ von Versailles zu revidieren, sofern man das wenigstens wünschen möchte. Nach meiner Auffassung wäre es unendlich viel besser, ihn gänzlich auszutilgen — wissenschaftlichen Wert hat er niemals besessen — und nur durch ein durch gründliche Untersuchung erlangtes Urteil über die Ursachen des Weltkrieges zu ersetzen, das deshalb nicht in den Friedensvertrag aufgenommen zu werden brauchte, wenn es auch nicht ohne Wert für die Beurteilung des Inhaltes dieses Vertrages zu bleiben brauchte.

Dr. N. Japikse.

|   |                 |   |
|---|-----------------|---|
| * | <b>NORWEGEN</b> | * |
|---|-----------------|---|

**A**m 28. November 1918 schlug die deutsche Regierung den alliierten und assoziierten Mächten vor, durch eine neutrale wissenschaftliche Untersuchung die Verantwortung für den Weltkrieg klarzulegen. Es war eine Appellation an eine höhere Macht als die der Sieger, an die Macht der Wahrheit. — Den Siegern war diese Anspielung an das „memento mori“ sichtlich unangenehm, und sie suchten die moralische Wirkung derselben auf die öffentliche Meinung der Welt durch einen neuen politischen Schachzug mazzusetzen: sie richteten die Versailler-Kommission ein, gaben sich selbst das Attest, unschuldig zu sein, und arbeiteten die Schuld- und Sühneparagraphen 227—231 in dem Unfriedensvertrag zu Versailles aus. Dadurch war auch der großen Masse gegenüber das politische Gewicht des Rechts und der Moral durch den Schein derselben wieder für die Sieger gerettet worden und dennoch der Gefahr vorgebaut, daß das Licht der Wahrheit das neue Weltgericht als ein überfüntchtes Grab entschleiern sollte: die Frage war von einem Problem der Wissenschaft zu einer politischen Vereinbarung herabgezogen, praktischen Interessen untergeordnet worden und als eine „chose jugée“ erledigt.

In diesem sonst so klugen Spiel war ein großer politischer Fehler untergelaufen: die Sieger hatten es versäumt, den als schuldig Verurteilten zu verbieten, ihre Archive zu öffnen.

Die Veröffentlichungen der Archive des deutschen Auswärtigen Amtes ist eine Begebenheit, die einer Epoche gleichkommt.

Wissenschaftlich bedeutet sie eine Klarlegung von politischen Tatsachen, Systemen und Methoden, wie es niemals früher geschehen ist, und von unerschöpflicher Fülle. Daß es sich hier um einen der wichtigsten Abschnitte der Geschichte handelt, erhöht natürlich den Wert. Wenn es ein richtiger Gedanke ist, daß die unbefangene Erkenntnis die erste Stufe des Fortschritts ausmacht, dann ist hier der Leitfaden von den Irrgängen der internationalen Politik zu finden: Aus diesen Dokumenten ist in seltenem Grade zu sehen, wie die Ereignisse dieses Zeitraums von den Vorbereitungen derselben gebunden gewesen sind, und die Verantwortung der Politiker mit einem „Principiis obsta“! eingeprägt.

Politisch bedeutet die Veröffentlichung einen Bruch mit dem Prinzip des diplomatischen Geheimtums. Sie erfüllt das Verlangen, das schon im Anfang des Krieges von der „Union of Democratic Control“ aufgestellt wurde, daß das Zeitalter der geheimen Verträge vorüber sein sollte. Die Wirkung davon ist kaum zu über-



sehen. Wenn die Leiter der auswärtigen Politik von der Gefahr bedroht werden, ihre geheimen „Verständnisse“, nicht verabredete Verabredungen, wirklich verabredete „Nichtverabredungen“ und ähnliche diplomatische Künste der Öffentlichkeit sofort vorgelegt zu sehen, muß es eine Rückwirkung auf ihre Pläne haben: die Menschen hegen ja gewöhnlich ihre moralischen Bedenken mehr aus Rücksicht auf andere als auf ihr eigenes Gewissen. Die Veröffentlichung der deutschen Archive muß als Präzedenz wirken und somit dieses psychologische Gesetz zum Vorteil der internationalen Politik in Wirksamkeit setzen.

Moralisch hat die Veröffentlichung die Wirkung, dem Versailler Vertrag die Grundlage zu entziehen. Hatte schon die Kautsky-Sammlung einen vorbereitenden Einfluß in dieser Richtung, macht diese den Ausschlag. Die Dokumente liefern entscheidende Beweise dafür, daß die Behauptungen Clemenceaus in der Note vom 16. Juni 1919, welche die Grundlage für den Versailler Vertrag bildet, ohne nähere Verbindung mit den historischen Tatsachen dastehen.

Dagegen werfen diese Dokumente sowohl durch ihre Veröffentlichung an sich wie durch ihren Inhalt über die Politik der Entente ein Licht, das nach Erklärung ruft. Die als schuldig am Weltkrieg Verurteilten haben ihre Unschuld bewiesen. Die Ankläger und Richter sind in demselben Maße in den Verdacht gekommen, selbst die Schuldigen zu sein. Schon ihre Unterlassung, sofort ihre Archive zu öffnen, war ein Zeichen dafür, daß sie es nicht wagten, ihre Entscheidung in der Schuldfrage wissenschaftlich nachprüfen zu lassen. Die fortgesetzte Zurückhaltung ihrer Dokumente trotz der Veröffentlichung deutscherseits ähnelt einem Zugeständnis, daß die Wahrheit selbst das kompromittierende Licht nicht entfernen, sondern verstärken würde.

In jedem der am Kriege beteiligten Länder verlangt geltendes Recht die Revision eines Urteils, das durch neue Tatsachen als Justizverbrechen bloßgestellt worden ist. Wenn das Justizverbrechen aber nur gewaltig genug ist und das Weh und Wohl, Ehre und Leben ganzer Völker angeht, dann wird das Justizverbrechen als eine „chose jugée“ erledigt.

Diejenigen, die von dieser Untat profitieren, irren sich vielleicht doch betreffs des menschlichen Gewissens und der Zukunft. Die Richter-Sieger haben selbst durch ihre gewaltige Kriegspropaganda „Das Gewissen der Menschheit“ zu einer politischen Macht mehr als je herangezogen. Und die historischen Gesetze der Nemesis sind zwar nicht immer leicht zu erkennen, ebenso schwer aber ganz zu verkennen.

Herman Harris Aall.

|   |                   |   |
|---|-------------------|---|
| * | <b>ÖSTERREICH</b> | * |
|---|-------------------|---|

Sie waren so freundlich, mich zu verständigen, daß demnächst die letzte Serie der Aktenpublikation „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914“ erscheinen wird, und haben mich u. E. ersucht, einige Worte über Wert und Bedeutung des Unternehmens zu sagen.

Heißt das nicht Eulen nach Athen tragen? Kann noch ein Zweifel darüber bestehen, daß dieses einzigartige Werk historischer Forschung der deutschen Wissenschaft zum Ruhme gereicht, der deutschen Regierung und dem deutschen Volke Genugtuung bereiten kann?

In verhältnismäßig erstaunlich kurzer Zeit haben fester Wille und unermüdliche Arbeitskraft das gigantische Werk geschaffen, bei dessen Würdigung man nie wird vergessen dürfen, daß es zu gleicher Zeit rein wissenschaftlichen und politischen Zwecken seine Entstehung verdankt und dienen soll.

Wie die Herausgeber, unter denen Friedrich Thimme immer sichtbarer die Führung übernahm, in den ihrer Aktenpublikation vorangestellten Worten betonen, soll diese es der ganzen Welt, vor allem aber dem deutschen Volke, ermöglichen, sich selbständig ein Urteil zu bilden, ob das Versailler Verdikt, die deutsche Regierung habe den Krieg systematisch vorbereitet und trage daher die alleinige Schuld an dieser größten Katastrophe der Menschheit vor der Weltgeschichte, die das Weltgericht ist, bestehen kann oder nicht. Diese Einstellung hat die Herausgeber bestimmt, eine Editions-methode zu wählen, die von der gewöhnlichen abweicht. Sie haben die einzelnen Aktenstücke nicht rein chronologisch eingereiht, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten gruppiert. Sie wählten diesen Weg, weil sie glaubten, so dem Leser die Haltung der deutschen Regierung zu den verschiedenen wichtigen Fragen der internationalen Politik am deutlichsten vor Augen führen zu können. Und so berechtigt auch, vom rein wissenschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, die Bedenken gegen diese Methode sein mögen, die ein Zerreißen des chronologischen Zusammenhanges, ein Zerlegen vieler Aktenstücke zur Folge hatte, für den angestrebten Zweck war sie unerläßlich. Eine andere, schwer zu entscheidende Frage war die der Auswahl der zu veröffentlichenden Dokumente. An die Wiedergabe aller im deutschen Auswärtigen Amte aufbewahrten Schriftstücke war von vornherein nicht zu denken. Eine Auswahl mußte stattfinden. Daß dabei nicht allen

Wünschen Rechnung getragen werden konnte, dessen waren sich die Herausgeber bewußt. Sie entschlossen sich, in ihr Werk alles aufzunehmen, was geeignet schien, das Vorgehen jener Männer zu beleuchten, die für die von der deutschen Regierung befolgte Politik vor Mit- und Nachwelt die Verantwortung tragen. Von diesem rein sachlichen Gesichtspunkte ausgehend, haben sie ohne jede Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit noch lebender Herrscher und Staatsmänner alles mitgeteilt, was ihnen im Sinne des zu erstrebenden Zieles belanglich schien. Die schweren Fehler und Schwächen der leitenden Staatsmänner sind rückhaltlos zum Ausdruck gebracht worden.

Daß trotzdem von übelwollender Seite behauptet worden ist, sie hätten manches unterdrückt, was die deutsche Regierung der Vorkriegszeit zu belasten geeignet gewesen wäre, war vorauszu- sehen. Aber ein Beweis für die Berechtigung dieses Vorwurfes ist bislang nicht erbracht worden und dürfte auch in Zukunft nicht zu erbringen sein.

Und nun noch ein Wort über die wissenschaftliche und politische Bedeutung dieser großen Aktenpublikation. Die erstere liegt wohl unzweifelhaft darin, daß wir — ein in der Geschichte einzig dastehender Fall — schon heute in die Lage versetzt sind, die internationale Politik der letzten Jahrzehnte vor dem Ausbruche des Weltkrieges — wenigstens soweit die deutsche Regierung in deren Mittelpunkt steht — an der Hand eines durchaus erstklassigen Quellenmaterials zu verfolgen. In dieser Hinsicht allen anderen Staaten vorangegangen zu sein, ist der nicht hoch genug einzuschätzende Dienst, den die deutsche Regierung durch ihre Initiative und die Bearbeiter durch ihre selbstlose, hingebungsvolle Mühewaltung der historischen Wissenschaft geleistet haben.

Die politische Bedeutung der Dokumente wird nach ihrer Wirkung auf das Urteil des Aus- und Inlandes über das Ausmaß von Deutschlands Schuld am Ausbruche des Weltkrieges zu messen sein. Nicht überall ist die Wirkung die gleiche gewesen. Jene Kreise, in deren praktischem Interesse es liegt, an der These von der Alleinschuld Deutschlands festzuhalten, haben sich von ihrer vorgefaßten Meinung nicht abbringen lassen. Sie waren, sind und werden wohl noch recht lange „gründefest“ bleiben. Trotzdem wird man behaupten dürfen, daß im Laufe der letzten Jahre in weiteren Kreisen des Aus- und Inlandes eine der deutschen Regierung wesentlich günstigere Auffassung der Kriegsschuldfrage Platz gegriffen hat, und daß dies in erster Linie der Wirkung der deutschen Aktenpublikation zu danken ist.

Ein Blick in die zahlreichen Bücher und Artikel hervorragender Gelehrter und Publizisten Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika beweist, wie stark diese Masse in ihrem Streben, einer gerechten Verteilung der Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges die Wege zu bahnen, durch das Studium der deutschen Dokumente beeinflußt worden ist.

Ich darf hier wohl auch von meinen persönlichen Erfahrungen sprechen. Ich hatte in den letzten fünf Jahren wiederholt Gelegenheit, in den Ländern unserer früheren Gegner — vornehmlich in England und in den Vereinigten Staaten von Amerika — Vorlesungen über die internationale Politik 1871—1914 zu halten, und konnte mich davon überzeugen, wie sehr die deutsche Aktenpublikation dazu beigetragen hat, einen Wechsel in der Auffassung weiterer Kreise bezüglich der Kriegsschuld Deutschlands zu dessen Gunsten herbeizuführen. Und noch nach einer anderen Richtung hin hat der Entschluß der deutschen Regierung, das in ihrem Besitz befindliche archivalische Material zu veröffentlichen, seine Wirkung nicht verfehlt. Rußland und Österreich haben auf das Beispiel Deutschlands nicht gewartet. Wohl aber England, dessen Regierung nunmehr ein ähnliches Urkundenwerk plant, dessen erste Bände demnächst veröffentlicht werden sollen.

Eine gleichlautende Forderung ist von berufener Seite an die französische Regierung gestellt und von ihr gutgeheißen worden. Es wäre gewiß freudig zu begrüßen, wenn auch die übrigen, am Kriege beteiligten Mächte dem Beispiele Deutschlands folgen würden. Denn erst dann wird es vielleicht möglich sein, den Grad der Verantwortung festzustellen, den jeder der in jenen Zeiten leitenden Staatsmänner für den Ausbruch des Weltkrieges zu tragen hat. Aber eines, glauben wir, steht schon heute fest. Die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands ist für jeden Unparteiischen unhaltbar. Dieser Erkenntnis zum Siege verholfen zu haben, ist mit in erster Linie der Wirkung der großen deutschen Aktenpublikation zuzuschreiben, deren Vollendung wir — um es nochmals zu wiederholen — dem unermüdlichen Eifer der drei Herausgeber, vor allem Friedrich Thimme, zu danken haben.

A. F. Pribram.



|   |                 |   |
|---|-----------------|---|
| * | <b>RUSSLAND</b> | * |
|---|-----------------|---|

**И**здание „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914“ я считаю одним из крупнейших достижений в этой области за последнее время, пожалуй, самым крупным. Им будут пользоваться даже те, кто имеет доступ к подлинным архивам одного из больших европейских кабинетов, ибо — Вам нет надобности этого об'яснять — непосредственно по рукописному архивному материалу можно изучить лишь тот или другой отдельный вопрос, общий обзор можно дать лишь на основании документов уже напечатанных. А более обширного и систематического сборника этих последних, чем Ваше издание, в европейской литературе не существует.

М. Покровский.

#### Deutsche Übersetzung.

**D**as Werk „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914“ halte ich für eine der größten Errungenschaften der letzten Zeit auf diesem Gebiete, wenn nicht für die größte. Auch wer Zutritt zu den Originalarchiven eines der großen europäischen Kabinette hat, wird das Werk benutzen; denn — Ihnen brauche ich das wohl nicht zu erklären — unmittelbar nach dem handschriftlichen Archivmaterial kann man nur die eine oder andere Spezialfrage erforschen, einen allgemeinen Überblick nur auf Grund schon gedruckter Dokumente geben. Eine größere und systematischere Sammlung der letzteren, als Ihr Werk, gibt es in der europäischen Literatur nicht.

M. Pokrowski.

\*

**L**orsque, il y a cinq ans, l'auteur de ces lignes avait appris que le Ministère des Affaires Etrangères d'Allemagne se proposait d'élargir le plan de publication de ses actes d'avant-guerre<sup>1)</sup> et de faire livrer à la publicité toutes ses archives diplomatiques depuis la paix de Francfort jusqu'en 1914, il s'était dit — tout en admirant ce projet grandiose — qu'il ne verrait probablement jamais la conclusion de ce travail, sans pareil parmi les publications officielles. En effet, les »Actes diplomatiques« d'un grand empire européen pendant une

---

<sup>1)</sup> On se proposait originairement de se borner à la dernière phase des événements diplomatiques d'avant-guerre, en commençant par les crises balkaniques de 1912—1913.

période de 43 ans, même si on voulait se borner aux pièces les plus importantes, ne signifiaient-ils pas une dizaine — peut-être une vingtaine — de gros volumes et, par conséquent, à peu près autant d'années de travail assidu de toute une commission de diplomates et d'érudits?

Or, cinq ans à peine passés, je vois s'échelonner devant moi 44 respectables volumes, auxquels viendront s'ajouter sous peu les tout derniers membres de cette nombreuse et originale famille de fidèles témoins, muets et impartiaux, de toutes les vicissitudes de la politique internationale de l'Europe moderne.

En parlant de cette »Grande Politique des Cabinets d'Europe« je dois donc souligner, avant tout, le véritable tour de force, inouï jusqu'à présent, de cette énorme publication effectuée en moins de cinq ans, — un tour de force qui fait également honneur à tous ceux qui y ont contribué d'une manière ou d'une autre. Car les 44 volumes déjà parus de cette extraordinaire collection contiennent plus de 12 000 documents et près de 18 000 pages de texte!

D'autre part, la qualité de ces matériaux ne le cède en rien à leur quantité. Quiconque les aura parcourus, constatera de suite que cette collection de documents diplomatiques de l'Empire d'Allemagne n'est pas seulement, d'après la formule traditionnelle des comptes rendus, »d'une importance capitale« pour l'histoire politique du monde depuis la guerre de 1870 (ce qui s'entend de soi); elle constitue un fonds inépuisable de données authentiques, autrefois »strictement confidentielles«, sur une série de questions encore peu élucidées du caléidoscope international de l'Europe moderne, une source de renseignements absolument inédits et, par conséquent, désormais indispensable à tout historien impartial de cette époque.

Qu'il nous soit permis d'illustrer cette assertion — puisque nos quelques pages ne sauraient prétendre à une analyse circonstanciée du contenu de cette encyclopédie diplomatique — par un seul exemple caractéristique, emprunté à l'histoire des relations entre Saint-Pétersbourg et Berlin à une époque déjà assez reculée, mais qui n'en demeure pas moins excessivement intéressante au point de vue de l'évolution ultérieure de la politique des deux empires voisins. Il s'agit d'un moment important entre tous, où on se sent comme à un tournant d'histoire, et qui peut être considéré, de fait, comme le véritable point de départ de ce refroidissement croissant entre la Russie et l'Allemagne, qui aboutit finalement à la sanglante rupture de 1914. Nous parlons du non-renouveau, en 1890, du fameux

pacte secret de »contre-assurance« russo-allemand, du Rückversicherungsvertrag du 18 juin 1887. Ce geste négatif, gros de conséquences, du jeune empereur d'Allemagne à l'adresse du tsar Alexander III fut, peut-être, la plus fatale des fautes politiques du règne de Guillaume II, qui tâchera, il est vrai, — mais en vain — de la réparer quinze ans après (Björkoe!) et dont la manière d'agir alors, en 1890, avait indubitablement laissé à Saint-Pétersbourg, malgré tout le calme apparent d'Alexandre III et de son gouvernement, une profonde et pénible impression de duplicité et de maivaise foi . . .<sup>2)</sup>

Or, la grande publication allemande nous prouve jusqu'à l'évidence<sup>3)</sup> que, personnellement, l'empereur Guillaume était réellement tout à fait disposé à renouveler l'accord secret qui garantissait au tsar — malgré l'existence de la Triple Alliance — l'appui de l'Allemagne dans la politique russe vis-à-vis des Balkans, de Constantinople et des détroits turcs. Si donc, »à son grand regret«<sup>4)</sup>, le jeune empereur se vit finalement forcé à renoncer à cette fine combinaison politique du vieux Prince de Bismarck, ce ne fut que sous la forte pression de ses nouveaux conseillers, savamment combinée par l'»éminence grise« du Ministère des Affaires Etrangères d'Allemagne de cette époque (M. de Holstein) sous forme d'une série de mémorandums défavorables au renouvellement de l'accord, émanés du groupe Berchem-Marschall-Kiderlen-

---

<sup>2)</sup> Le fait est que, dès le 21 mars 1890, le Comte Schouwalow, Ambassadeur de Russie à Berlin, avait reçu, en audience personnelle, l'assurance catégorique de Guillaume II que, malgré la démission du Prince de Bismarck, l'accord secret de 1887 serait renouvelé, cette politique n'étant pas l'oeuvre personnelle du Chancelier, mais bien celle du vieil empereur Guillaume Ier, à laquelle son petit-fils comptait rester fidèle. Les pourparlers qui suivirent cette déclaration spontanée du jeune empereur, à Berlin comme à Saint-Pétersbourg, infligèrent, par contre, un démenti formel à cette promesse, et le pacte de 1887 ne fut jamais renouvelé, malgré tous les efforts de la diplomatie russe d'arriver ne fût-ce qu'à un arrangement sensiblement atténué quant aux obligations de l'Allemagne. Il est curieux de relire tous les détails de cette affaire dans le 1er volume du »Journal« intime du Comte Lamsdorff alors Premier Conseiller au Ministère des Affaires Etrangères de Russie, que le Gouvernement Soviétique vient de publier (1926). On y verra clairement le profond désappointement, et même un certain sentiment d'offense personnelle, que cet incident causa alors à Saint-Pétersbourg.

<sup>3)</sup> Voir le Chapitre XLIV du tome 7 — „Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages 1890“ — qui commence par un rapport du Comte Herbert de Bismarck en date du 20 mars 1890 avec notes marginales de Guillaume II portant l'autorisation impériale de renouveler l'accord.

<sup>4)</sup> „Nun, dann geht es nicht, so leid es mir tut“ — voir p. 49 ibidem.

Raschdau, et effectuée surtout par le nouveau Chancelier, le général de Caprivi <sup>5)</sup>).

Cet exemple prouve à lui seul que les documents secrets de la grande publication allemande sont parfois de nature à rectifier les préjugés »historiques« les plus invétérés . . . Les savants éditeurs des »Actes Diplomatiques« avaient donc, à notre avis, pleinement raison d'exprimer, il y a déjà deux ans, »leur espoir et même la conviction que cette publication contribuerait à exciter l'amour de la vérité inhérent à tous les peuples, dans l'intérêt d'une meilleure compréhension et appréciation des choses d'Allemagne« <sup>6)</sup>.

Il est inutile d'ajouter que l'importance de cette collection ne fait que grandir à mesure qu'on s'approche des années fatales des grandes crises politiques d'avant-guerre (1912—1914), et que, pour cette période encore, certains verdicts qu'on croyait naguère définitifs devront probablement être révisés par tout juge tant soit peu impartial. Ce n'est donc pas pour rien que, même par rapport à la question capitale des »responsabilités« de la grande guerre, Lord Grey en personne vient d'inviter l'opinion publique à renoncer à la recherche du »coupable« et à reconnaître enfin que cette responsabilité morale pèse, plus ou moins, sur tous les participants à la grande catastrophe internationale . . .

En terminant cette courte notice sur les »Actes Diplomatiques« du Ministère des Affaires Etrangères d'Allemagne il est tout naturel d'exprimer un vœu. Mais — ce vœu ne s'adresse pas au Gouvernement allemand. Les autres Gouvernements d'Europe ne feraient-ils pas bien d'imiter l'exemple donné par cette publication unique en son genre? La vérité historique y gagnerait beaucoup — et l'»esprit de Locarno« de même.

Baron M. de Taube

Membre de l'Institut de Droit International et de l'Institut Scientifique Russe à Berlin, ancien Professeur à l'Université de Saint-Petersbourg, Sénateur de Russie et membre de la Cour Permanente d'Arbitrage de La Haye.

Berlin, le 15 novembre 1926.

---

<sup>5)</sup> V. surtout, au tome 7, les NN. 1368, 1369, 1374, 1375, 1377 1378 et 1379. L'empereur Guillaume avoue lui-même (Ereignisse und Gestalten, Berlin 1922, p. 45) l'influence du mémoire du Comte Berchem (N. 1368). Or, il faut constater que les pronostics de ce document diplomatique se réalisèrent de fait . . . dans un sens diamétralement opposé! Voir notamment p. 9: »Le danger d'une action commune (Zusammengehen) de la France et de la Russie est aujourd'hui (1890!) encore moindre qu'il y a quelques ans«!!

<sup>6)</sup> Tome 7, p. X.



(Deutsche Übersetzung.)

Als der Verfasser dieser Zeilen vor fünf Jahren erfahren hatte, daß das deutsche Auswärtige Amt eine Erweiterung der Publikation seiner Vorkriegsakten<sup>1)</sup> plane und alle seine diplomatischen Dokumente seit dem Frankfurter Frieden bis zum Jahre 1914 der Öffentlichkeit bekanntgeben wollte, sagte er sich, daß er, bei aller Achtung vor diesem großartigen Projekt, vermutlich nie die Vollendung dieser Arbeit erleben werde, die unter den offiziellen Veröffentlichungen ihresgleichen nicht hat. Und tatsächlich stellten die „diplomatischen Akten“ eines großen europäischen Reichs innerhalb einer Periode von 43 Jahren, selbst wenn man sich auf die allerwichtigsten beschränken wollte, nicht 10 — vielleicht 20 — dicke Bände dar und infolgedessen eine fast ebenso viele Jahre umfassende, ununterbrochene Arbeit einer ganzen Kommission von Diplomaten und Gelehrten?

Kaum aber sind diese fünf Jahre verflossen, da sehe ich 44 ansehnliche Bände vor mir sich auftürmen, zu denen binnen kurzem noch die allerletzten Glieder dieser zahlreichen und einwandfreien Familie von aufrichtigen, stummen und unparteiischen Zeugen über die Wechselfälle der internationalen Politik im modernen Europa kommen werden.

Wenn ich von der „Großen Politik der europäischen Kabinette“ spreche, muß ich also vor allem die tatsächlich bisher unerhörte, in weniger als fünf Jahren vollbrachte enorme Kraftleistung dieser Veröffentlichung unterstreichen, — eine Kraftleistung, die alle, welche dazu in einer oder der andern Art beigetragen haben, in gleicher Weise ehrt. Denn die 44 Bände, die von dieser bedeutungsvollen Sammlung bereits erschienen sind, enthalten mehr als 12 000 Dokumente und nahezu 18 000 Seiten Text.

Dabei aber steht die Qualität des Materials in nichts hinter der Quantität zurück. Wer es durchgegangen haben wird, muß sofort feststellen, daß diese Sammlung diplomatischer Dokumente des Deutschen Reichs nicht nur, wie man gewöhnlich von Berichten zu sagen pflegt, von einer „außerordentlichen Bedeutung“ für die politische Geschichte der Welt seit dem Kriege von 1870 ist (was an sich selbstverständlich ist); sie enthält einen unerschöpflichen Vorrat an authentischen, einst „streng vertraulichen“ Mitteilungen über eine Reihe noch wenig geklärter Fragen des internationalen

---

<sup>1)</sup> Ursprünglich war geplant, man wolle sich auf die letzte Phase der diplomatischen Ereignisse vor dem Kriege beschränken, beginnend mit der Balkankrise von 1912—1913.

Kaleidoskops des modernen Europas, eine Quelle vollkommen geheim gehaltener und infolgedessen von nun an unentbehrlicher Aufschlüsse für jeden unparteiischen Geschichtsschreiber dieser Epoche.

Da die wenigen uns zur Verfügung stehenden Seiten nicht Anspruch darauf erheben können, eine ausführliche Analyse des Inhalts dieser diplomatischen Encyklopädie zu bringen, so sei es uns gestattet, diese Behauptung durch ein einziges charakteristisches Beispiel zu illustrieren, das wir der Geschichte der Beziehungen zwischen St. Petersburg und Berlin aus einer schon reichlich zurückliegenden Zeit entnehmen, das aber darum vom Standpunkt der späteren Entwicklung der Politik beider benachbarter Reiche nicht weniger interessant ist. Es handelt sich um einen besonders wichtigen Augenblick, wo man sich wie an einem Wendepunkt der Geschichte zu fühlen glaubt und der in der Tat als der wirkliche Ausgangspunkt der zunehmenden Entfremdung zwischen Rußland und Deutschland angesehen werden kann, die letzten Endes zu dem blutigen Abbruch von 1914 führte. Wir sprechen von der Nicht-erneuerung der berühmten geheimen russisch-deutschen „Gegenversicherung“, dem Rückversicherungsvertrag vom 18. Juni 1887. Diese ablehnende Haltung des jungen deutschen Kaisers gegenüber dem Zaren Alexander III. war vielleicht der verhängnisvollste politische Fehler der Regierung Wilhelm II., der ihn — allerdings, aber vergeblich — 15 Jahre später (Björkoe!) wiedergutmachen wollte und dessen Handlungsweise damals, im Jahre 1890, ohne Zweifel in Petersburg einen tiefgehenden und peinlichen Eindruck der Doppelzüngigkeit und Treulosigkeit <sup>2)</sup> zurück-

---

<sup>2)</sup> Tatsache ist, daß am 21. März 1890 Graf Schuwalow, der russische Botschafter zu Berlin, in einer persönlichen Audienz von Kaiser Wilhelm II. die kategorische Versicherung erhalten hat, der Geheimvertrag vom Jahre 1887 werde trotz der Verabschiedung des Fürsten Bismarck erneuert werden, da diese Politik nicht ein persönliches Werk des Kanzlers, sondern vielmehr auf den alten Kaiser Wilhelm I. zurückzuführen sei, und ihr wolle der Enkel treu bleiben. Die Verhandlungen, die auf diese spontane Erklärung des jungen Kaisers in Berlin wie in St. Petersburg folgten, brachten dagegen ein formelles Dementi dieser Versprechung, und der Vertrag von 1887 wurde niemals erneuert, trotz aller Bemühungen der russischen Diplomatie, zu einer wenn auch wesentlich abgeschwächten Vereinbarung hinsichtlich der Verpflichtungen Deutschlands zu kommen. Es ist interessant, die Einzelheiten über diese Angelegenheit in dem I. Bande des von der Sowjetregierung soeben (1926) veröffentlichten intimen „Tagebuchs“ des Grafen Lamsdorff nachzulesen, der damals Erster Rat im Russischen Außenministerium war. Man wird da deutlich die tiefe Enttäuschung und sogar ein gewisses Gefühl persönlichen Beleidigtseins finden, das dieser Zwischenfall damals in St. Petersburg hervorrief.

gelassen hatte, trotz aller scheinbaren Kaltblütigkeit Alexander III. und seiner Regierung.

Die große deutsche Publikation zeigt uns nun klar und deutlich<sup>3)</sup>, daß Kaiser Wilhelm persönlich durchaus gesonnen war, den Geheimvertrag zu erneuern, der dem Zaren — trotz des bestehenden Dreiverbandes — die Unterstützung Deutschlands in der russischen Politik gegenüber den Balkanstaaten, hinsichtlich Konstantinopels und der türkischen Meerengen zusicherte. Wenn dann „zu seinem großen Bedauern“<sup>4)</sup> der junge Kaiser sich schließlich gezwungen sah, auf diese fein durchdachte Berechnung des alten Fürsten Bismarck zu verzichten, so geschah dies nur unter dem starken Druck seiner neuen Ratgeber, absichtlich ausgeklügelt von der „grauen Eminenz“ im deutschen Außenministerium der damaligen Zeit (Herrn von Holstein) in Form einer Reihe von Gutachten, die sich ungünstig über eine Erneuerung des Vertrages äußerten und von der Gruppe Berchem-Marschall-Kiderlen-Raschdau ausgingen, hauptsächlich veranlaßt von dem neuen Kanzler, dem General von Caprivi<sup>5)</sup>.

Dies Beispiel allein beweist schon, daß die geheimen Dokumente der großen deutschen Publikation durchaus geeignet sind, die „geschichtlichen“, tief eingewurzelten Vorurteile zu berichtigen. Die gelehrten Herausgeber der „Diplomatischen Akten“ hatten also unserer Ansicht nach vollkommen Recht, schon vor zwei Jahren „ihrer Hoffnung, ja sogar ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß diese Veröffentlichung dazu beigetragen werde, den Drang nach Wahrheit, der allen Völkern innewohnt, im Interesse eines richtigeren Verständnisses und Urteils über die deutschen Angelegenheiten wachzurufen“<sup>6)</sup>.

---

<sup>3)</sup> Man lese Kapitel XLIV des Bandes 7 nach — „Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages 1890“ —, das mit einem Bericht des Grafen Herbert von Bismarck, datiert vom 20. März 1890, beginnt, mit Randbemerkungen Wilhelms II., welche die kaiserliche Genehmigung zur Erneuerung des Vertrages enthalten.

<sup>4)</sup> „Nun, dann geht es nicht, so leid es mir tut“ — siehe Seite 49 ebenda.

<sup>5)</sup> Man beachte vor allem in Band 7 die Nummern 1368, 1369, 1374, 1375, 1377, 1378 und 1379. Kaiser Wilhelm gibt selbst den Einfluß der Denkschrift des Grafen Berchem (1368) zu. (Ereignisse und Gestalten, Berlin 1922, Seite 45.) Man muß also feststellen, daß die Voraussagungen dieses diplomatischen Dokuments sich tatsächlich verwirklichten . . . aber in ganz entgegengesetztem Sinne. Siehe besonders Seite 9: „Die Gefahr eines gemeinsamen Zusammengehens Frankreichs und Rußlands ist heute (1890!) noch geringer wie vor einigen Jahren.“

<sup>6)</sup> Band 7, Seite 10.

Es ist überflüssig, hinzuzufügen, daß diese Sammlung nur an Bedeutung wächst, je mehr man sich der unheilvollen Jahre der großen politischen Krisen (1912—1914) nähert, und daß für diesen Zeitraum gewisse Urteile, die man noch ganz kürzlich als endgültig ansehen zu dürfen glaubte, aller Wahrscheinlichkeit nach von jedem Richter, wenn er nur ein wenig unparteiisch ist, revidiert werden müssen. Nicht ohne guten Grund fordert Lord Grey persönlich die öffentliche Meinung auf, in der Hauptfrage der „Verantwortlichkeit“ für den Krieg auf ein Suchen nach dem Schuldigen zu verzichten und endlich anzuerkennen, daß die moralische Verantwortung mehr oder weniger auf allen an der großen internationalen Katastrophe Beteiligten lastet.

Zum Schluß dieses kurzen Hinweises auf die „Diplomatischen Akten“ des deutschen Auswärtigen Amtes liegt der Ausdruck eines Wunsches nahe. Aber — dieser Wunsch ist nicht an die deutsche Regierung gerichtet. Würden die andern europäischen Regierungen nicht gut daran tun, das Beispiel dieser einzigartigen Veröffentlichung nachzuahmen? Die historische Wahrheit würde dadurch viel gewinnen — und ebenso der Geist von Locarno.

Baron M. von Taube

Mitglied des Instituts für internationales Recht und des russischen wissenschaftlichen Instituts in Berlin, ehemals Professor an der Universität St. Petersburg, russischer Senator und Mitglied des permanenten Schiedsgerichtshofs im Haag.

Berlin, 15. November 1926.

|   |               |   |
|---|---------------|---|
| * | <b>UNGARN</b> | * |
|---|---------------|---|

**E**s ist durch die Geschichtsliteratur nach dem Kriege glänzend erwiesen worden, daß man von einem Bankrott der Geschichtswissenschaft nicht mehr reden kann.

Die Historiker waren immer überzeugt, daß diese Theorie übertrieben war, aber die breiten Massen interessierten sich weniger für die Geschichte, und dadurch gaben sie selbst den Grund zum Glauben an den Zusammenbruch.

Der Weltkrieg hat uns gelehrt, daß wir durch die Untersuchung der menschlichen Vergangenheit viel lernen können und für die menschliche Zukunft überaus viel lernen müssen. Die Geschichts-



wissenschaft ist überall zu einer Aufblühung gekommen, und besonders ist es die neueste Geschichte, mit der der moderne Mensch sich beschäftigen will.

Bezüglich der letzten Periode der Geschichte standen wir aber sehr arm an wissenschaftlichem Material und Bearbeitungen da, und die Historiker vertieften sich meistens in die Erforschung längst vergangener Zeiten, während die neueste Geschichte als mehr zur Politik und Publizistik gehörend erachtet wurde.

Es war eine kühne Unternehmung vom Züricher Professor Alfred Stern; daß er vor beinahe vierzig Jahren sich zum Schreiben einer Geschichte Europas von 1815 bis 1871 entschlossen hat, und er hat mehr als dreißig Jahre arbeiten müssen, um nach Erforschung des nötigen Materials am Schlusse ankommen zu können. Die Wissenschaft ist ihm außerordentlich dankbar, daß er uns die Geschichte eines an wichtigen Ereignissen so reichen Zeitalters kennen lehrte, wenn wir aber seinen letzten Band niedergelegt haben, so fühlen wir, daß auf unserem Wege das zum Weitergehen nötige Licht erlosch.

Wenn der Weltkrieg und dessen Folgen die Erschließung der geheimen Archive nicht ermöglicht hätte, so müßten wir von einem weiteren Erkennen der neuesten Geschichte mit Alfred Stern Abschied nehmen.

Darum war es für die Wissenschaft überaus wertvoll, daß ihr durch die politische Notwendigkeit ein undenkbar reiches Material zur Verfügung gestellt wurde, um daraus die Wahrheit über die Vorspiele der größten Katastrophe, die die Welt je erlebt hat, festzustellen.

Die deutsche Regierung hat ein großes Verdienst mit der Herausgabe von Tausenden ihrer wichtigen Akten erworben, aus welchen man die Geschichte des letzten Halbjahrhunderts von 1871 bis 1914 zusammenstellen kann. Wir sind dadurch in die Lage gekommen, die treibenden Kräfte, auf denen die Entwicklung dieses Zeitalters aufgebaut wurde, kennen zu lernen, was den Historikern sonst nicht gestattet wäre.

Die zahllosen Dokumente der diplomatischen Akten des deutschen Auswärtigen Amtes sind aber darum erschlossen worden, daß sie Material zu der großen Frage liefern können, welche durch die Pariser Friedensverträge hinsichtlich der Schuld Deutschlands für den Krieg aufgeworfen worden ist. Damit verfolgt Deutschland nicht nur ein wissenschaftliches, sondern auch ein hohes politisches Ziel und wirft auf den Tisch Tausende der Dokumente, nicht nur um seine Schuldlosigkeit erweisen zu können, sondern um, durch

die sich öffnenden Kulissen die Politik der anderen Mächte erblickend, letztere auch zur Herausgabe ihres geheim gehaltenen Materials zu veranlassen.

Damit gelangen Historiker und Politiker in die glückliche Lage, auf solchem Gebiete Umschau zu halten, welches ihnen bisher nach den frischen Ereignissen vorenthalten wurde.

Ein großes Feld eröffnet sich vor unseren Augen, wo einzelne Phasen großer historischer Kämpfe aus frischen Quellen getreu festgestellt werden können.

Politisch ist es noch wichtiger, daß man alle Kräfte eines großen Zeitalters wieder aufleben sieht und bis zum Kriegeausbruch aktentmäÙig verfolgen kann.

Wir sehen hier erst recht das großartige System der Bismarckschen Bündnisse zur Bewahrung des europäischen Friedens; den Neuen Kurs mit seinen Schwankungen zwischen 1890 und 1895 und mit seinen Experimenten zwischen 1895 und 1901; die Politik der freien Hand oder vielmehr des Aufbaues der zukünftigen Mächtegruppen zwischen 1901 und 1905; den Ausbau dieses neuen europäischen Systems zwischen 1905 und 1910, und schliesslich die verfrühte Liquidation aller schwebenden Fragen durch die Ungeduld des zaristischen Rußland zwischen 1911 und 1914.

Die Fertigstellung dieses epochemachenden Werkes ist für die deutsche Wissenschaft eine große Ehre, für die deutsche Politik ein Schild, den kein Feind durchbrechen kann; für die ehemaligen feindlichen Regierungen aber eine Herausforderung, um sich vor der Welt und, was noch wichtiger ist, vor der ihre Kenntnisse aus diesem reichen Material schöpfenden Nachwelt zu verteidigen. Sein unschätzbarer Wert wird durch das Schweigen der anderen Partei ebenso wie durch ihre eventuellen Publikationen nur vergrößert.

Professor Eugen Horváth, Budapest.

---

## Eine Rede Lord Greys.

Von Staatsminister von Jagow.

**I**n seinen Memoiren hat Lord Grey of Fallodon die Schuld am Weltkrieg bekanntlich dem „deutschen Militarismus“ zur Last legen wollen. Auf einem Bankett, das die englische Völkerbundliga Anfang November zu Ehren der Dominiendelegierten veranstaltete, hat der Lord nun in einer Rede bekannt, je mehr er über die Vergangenheit nachdenke, um so mehr komme er zu der Überzeugung, daß auf den Ausbruch des Krieges vielleicht die Propaganda und Gegenpropaganda von noch größerem Einfluß gewesen sei als die deutschen Militaristen, und daß der Hauptgrund der Konflagration in der Spaltung Europas in verschiedene, gegeneinander gerichtete Mächtegruppen gelegen habe. Der Krieg sei durch eine generationenlange Entwicklung bedingt gewesen.

Man kann bei dieser Äußerung nicht umhin, sich daran zu erinnern, wie sehr gerade das Verhalten des englischen Staatssekretärs zu dieser Entwicklung der Dinge beigetragen hat, der England durch Abkommen, die selbst dem britischen Parlament nicht bekannt waren, an die Ententegruppe gebunden und dadurch die krieglerische Politik Rußlands und Frankreichs gestärkt und ermutigt hatte, dann aber es mit seinen Verpflichtungen nicht für vereinbar hielt, in kritischer Stunde seine warnende Stimme in Petersburg mit Nachdruck zu erheben. Denn es kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß, wenn man an der Newa und Seine nicht bestimmt auf die englische Unterstützung gerechnet hätte, Rußland nicht zur Gesamtmobilmachung — die den Krieg heraufbeschwören mußte — geschritten wäre, und die Katastrophe hätte vermieden werden können.

Man darf andererseits auch daran erinnern, wie gerade Deutschland in den Vorkriegsjahren sich — leider vergeblich — bemüht hat, durch eine Annäherung an England die Spaltung zu überbrücken und die Spannung, die über Europa lag, zu mildern.

Immerhin bleibt die neueste Erklärung Lord Greys, die von einem Revirement seiner Anschauungen zeugt, zu begrüßen. Lord Grey hat sodann noch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß mit Hilfe des Völkerbunds ein ähnlicher Zustand — die Spaltung Europas in zwei Lager — vermieden werden könnte. Auch wir hoffen dies, obgleich die politischen und militärischen Verträge verschiedener Staaten, die bereits die Bildung neuer Gruppen zeigen, die starken unproportionierten Rüstungen, die Bedrückung

des Deutschtums in manchen Ländern oder gar ein Verhalten, wie dasjenige Polens uns gegenüber in der Chorzowfrage, kaum geeignet sind, unser Vertrauen zu stärken.

---

## **Kritische Besprechungen eines Aufsatzes von Professor Bernadotte E. Schmitt.**

**I**m Juniheft der amerikanischen „Foreign Affairs“ hat Professor Bernadotte E. Schmitt von der Universität Chicago einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er sieben, in letzter Zeit erschienene Werke besprochen hat, die die Kriegsschuldfrage berühren.

Die sehr beachtenswerten Ausführungen von Professor Schmitt, die hier auszugsweise von uns gebracht werden, haben teilweise Widerspruch hervorgerufen. Zur Klärung der gegensätzlichen Standpunkte haben wir die Verfasser der von Bernadotte E. Schmitt besprochenen Werke oder andere hervorragende Sachverständige gebeten, sich zu den einzelnen Buchbesprechungen zu äußern:

### **I.**

#### **Iswolski und der Weltkrieg.**

Von Friedrich Stieve. New York: Knopf 1926.

Professor Bernadotte E. Schmitt schreibt hierüber:

„Die augenblickliche Taktik der Deutschen geht dahin, soweit als möglich die Aufmerksamkeit von der Politik ihrer eigenen und der österreichisch-ungarischen Regierungen abzulenken und ihre Forschung auf die Tätigkeit ihrer Feinde zu konzentrieren, indem sie besonders die von den Bolschewisten veröffentlichten Dokumente benutzen. Ein gutes Beispiel hiervon ist Friedrich Stieves „Iswolski und der Weltkrieg“. Durch reichliche Zitate aus der Geheimkorrespondenz A. P. Iswolskis sucht Stieve die jetzt allgemein bekannte Beschuldigung zu beweisen, daß der frühere russische Botschafter in Paris und Herr Raymond Poincaré den Krieg heimlich herbeiführten, um Konstantinopel für Rußland zu erhalten und Elsaß-Lothringen für Frankreich wiederzugewinnen. Das Buch ist außerordentlich gut geschrieben; die Uneingeweihten wird es überzeugen, und Professor Barnes nimmt es ganz kritiklos als eine Offenbarung auf. Es besteht zwar Grund zu der Annahme, daß Herr Iswolski ein gefährlicher Intrigant war, der, als der Krach



kam, wahrscheinlich die ihm zugeschriebene Äußerung wirklich getan hat: „Das ist mein Krieg“; in seiner ganzen Korrespondenz aber befindet sich mit der Ausnahme eines einzigen Telegramms sehr zweifelhafter Echtheit gar kein Dokument, worin er vom Kriege als geplant oder sogar als wünschenswert spricht oder worin er irgendwelche Ausdrücke Herrn Poincarés über die elsäß-lothringische Frage zitiert. In seinem ganzen Buch ignoriert Herr Stieve sorgfältig alle französischen Dokumente — und es gibt deren viele —, die sein Argument außer Kraft setzen könnten. Seine Bemerkung, „daß die Einführung der dreijährigen Dienstzeit (in Frankreich) den französisch-russischen Streitkräften eine enorme numerische Überlegenheit über die vereinten deutschen und österreichischen Kräfte gab“ (S. 139), ist gänzlich irreführend. Der Erfolg dieser Maßnahme bestand nur darin, daß sie die Zahl der Mannschaften im stehenden Heere erhöhte. Denn alle Leute im militärischen Alter wurden in Frankreich eingezogen (was in Deutschland und Rußland nicht der Fall war). Die Stärke des französischen Heeres, wenn mobilgemacht war, wurde also nicht beeinflußt. Im allgemeinen besteht die Methode des Buches darin, durch allerhand Andeutungen dem Leser beizubringen, daß, weil Frankreich und Rußland zum Kriege rüsteten, sie deshalb beabsichtigten, den Krieg herbeizuführen. Niemand, der die Dokumente gelesen hat, wird dogmatisch versichern können, daß Rußland keine solche Absichten hatte; nach Herrn Stieves eigenen Erklärungen aber war die russische Politik bis 1914 den Zentralmächten gegenüber keineswegs eine herausfordernde; die von Rußland verfolgte Politik war im Gegenteil so versöhnlich, daß man im Jahre 1914 nicht erwartete, daß Rußland der österreichischen Aktion ernststen Widerstand entgegensetzen würde.“

#### **Stellungnahme vom Verfasser des Buches, Dr. Friedrich Stieve:**

Zu den Äußerungen von Herrn Bernadotte Schmidt über mein Buch „Iswolski und der Weltkrieg“ habe ich folgendes zu bemerken:

Von einer „Taktik der Deutschen“ auf dem Gebiet der Vorkriegsgeschichte, wie sie hier gleich anfangs behauptet wird, kann nicht die Rede sein. Wir sind so weit davon entfernt, „die Aufmerksamkeit von der Politik unserer eigenen und der österreichisch-ungarischen Regierung abzulenken“, daß wir als bisher einziges Volk der Welt seit etwa fünf Jahren die geheimen und geheimsten Akten, die wir über die Tätigkeit der eigenen Regierung aus den Jahren 1871—1914 besitzen, in einer überaus stattlichen Reihe von Bänden der Öffentlichkeit unterbreiten. Das umfangreiche amtliche Werk:

„Die Große Politik der Europäischen Kabinette, 1870—1914“ liegt jetzt in 40 Bänden (zu 55 Teilen) abgeschlossen vor und gibt jedem Forscher die Möglichkeit, sich über die Haltung der deutschen Diplomatie während der genannten Zeit eingehend Aufschluß zu verschaffen. Der unvoreingenommene Leser dieser Publikation wird überdies unumwunden zugeben müssen, daß wir keinerlei Ablenkungstaktik nötig haben, denn gerade diejenigen Bände, die die Zeitspanne von Iswolskis Tätigkeit in Paris behandeln, beweisen mit voller Deutlichkeit, daß Deutschland mit äußerster Anspannung seiner Kraft für die Erhaltung des Friedens gearbeitet hat, während man in Paris und Petersburg eine Kriegsrüstung nach der andern durchführte.

Da aber von „Taktik“ die Rede ist, so möchte ich darauf hinweisen, daß auf seiten der Anhänger der These von Deutschlands Kriegsschuld gegenwärtig, unter dem peinlichen Eindruck der Iswolski-Papiere, die deutliche Absicht besteht, den Vertreter des Zarenreiches an der Seine, den man nicht gut mehr reinwaschen kann, als möglichst unwichtige Persönlichkeit hinstellen, um dadurch seine einstigen Mitarbeiter und politischen Gesinnungsgenossen zu entlasten. Iswolski war doch immerhin ein Mann, der seit 1907 als russischer Außenminister und seit Ende 1910 als Verwalter des wichtigsten Außenpostens der slawischen Großmacht einen ganz entscheidenden Einfluß auf die Politik seines Landes ausgeübt hat. Ihn jetzt einfach als „gefährlichen Intriganten“ abtun zu wollen, ist ein Verfahren, das den geschichtlichen Tatsachen in keiner Weise gerecht wird.

Ein Telegramm „sehr zweifelhafter Echtheit“ befindet sich in der von mir herausgegebenen Sammlung nicht. Die darin enthaltenen Stücke sind alle sorgfältig geprüft und als einwandfrei erkannt worden.

Ein zuverlässiges Dokument, worin Iswolski „vom Kriege als geplant oder sogar als wünschenswert spricht und worin er irgendwelche Ausdrücke Herrn Poincarés über die elsass-lothringische Frage zitiert“, ist allerdings auch mir nicht bekannt. Was aber bedeutet das für die Beurteilung der Tätigkeit der in Frage kommenden Männer? Hat nicht der weitaus zaghaftere französische Botschafter in Petersburg, Georges Louis, schon 1910 in seinen Notizbüchern die klassischen Worte niedergeschrieben: „Konstantinopel und die Meerengen bilden in dem Bündnis (zwischen Rußland und Frankreich) den Gegenposten für Elsaß-Lothringen. Das ist in keinem Vertrag schriftlich niedergelegt, aber es ist das erhabene Ziel, an das man denkt, ohne davon zu sprechen . . . .“ (E. Judet: „Georges

Louis“, Deutsche Ausgabe, S. 143.) Genau so war es. Von den selbstverständlichen Voraussetzungen aller Bemühungen wollte man möglichst wenig reden. Nebenbei bemerkt, berichtet Iswolski kurz nach dem Amtsantritt Poincarés als Ministerpräsident der Republik in einem Brief vom 15. Februar 1912 (Dok. 207), daß die elsäß-lothringische Frage jetzt nicht mehr als „liquidiert“ angesehen werden könne, und er fügt die beachtenswerten Worte hinzu: „Ich weiß aus ganz sicherer Quelle, daß man, trotz der glücklichen Beendigung der Marokkokrise, in hiesigen (französischen) militärischen Kreisen neue internationale Verwicklungen zum Frühling erwartet und daß das Kriegsministerium seine Vorbereitungen für militärische Operationen in nächster Zukunft eifrig fortsetzt.“ Wenden wir aber die von Herrn Bernadotte Schmidt gebrauchte Methode einmal an, dann können wir unsererseits sagen: Wenn doch in dem gesamten Dokumenten-Material Iswolskis statt der immer wieder von Poincaré gegebenen Versicherung der Bundestreue Frankreichs gegenüber Rußland einmal auch nur der Ansatz zu einer Erklärung zu finden wäre, daß die Republik wegen Elsaß-Lothringens keinen Krieg wünsche und daher das Zarenreich zur Mäßigung mahne! Statt dessen ging die Übereinstimmung mit dem östlichen Verbündeten zuletzt so weit, daß Sasonow seinen Ministerkollegen am 31. Dezember 1913 (13. Januar 1914) bei den Beratungen über die Möglichkeit einer Eroberung von Konstantinopel, die man sich bekanntlich nur im Zusammenhang mit einem allgemeinen Krieg als durchführbar dachte, erklären konnte: „Was Frankreich anbetrifft, so kann die russische Regierung auf eine tatkräftige Unterstützung bis aufs Äußerste rechnen. Herr Delcassé (damals französischer Botschafter in Petersburg) hat . . . im Namen des französischen Außenministers versichert, daß Frankreich so weit gehen würde, wie Rußland es wünscht.“ (Iswolski und der Weltkrieg, S. 240.)

Was die Stellungnahme Iswolskis und seiner Mitarbeiter zum Weltkrieg anbelangt, so habe ich darüber in meinem Buche lediglich die Dokumente selbst sprechen lassen. Von dem russisch-französischen Marine-Abkommen bis zu den geheimen Ministerberatungen in Petersburg über den Angriff auf die Dardanellen führt eine Kette von Handlungen, die nur dann einen Sinn hatten, wenn ihre Vollstrecker den allgemeinen Zusammenstoß ins Auge faßten. Dagegen gibt es auch in den wenigen der Öffentlichkeit mitgeteilten französischen Akten keinerlei beweiskräftige Widerlegungen. Und auf die Taten kommt es bekanntlich noch mehr an als auf die Worte.

Hinsichtlich der französischen Heeresrüstungen, die bei mir „gänzlich irreführend“ dargestellt sein sollen, möchte ich nur auf

eine, doch sicher einwandfreie Stimme hinweisen: Der Chef des französischen Generalstabes vom Jahre 1920, General Buat, erklärte in einem amtlichen Bericht an das französische Kriegsministerium, daß im Frühling 1914 die französische Armee 910 000 aktive Soldaten und 1 325 000 Mann in Reserve zur sofortigen Verwendung zur Verfügung hatte. Er schrieb dann wörtlich: „Man muß sagen, daß Frankreich, ohne die belgische Armee oder die vier britischen Divisionen in Rechnung zu ziehen, zu Beginn (des Krieges) allein seinem furchtbaren Gegner mindestens gewachsen, wenn nicht überlegen war.“ Und zu diesem stolzen Ergebnis hat die Einführung der dreijährigen Dienstzeit wesentlich beigetragen.

Über die Schlußbemerkung, daß nach meinen Erklärungen die russische Politik gegenüber den Zentralmächten „versöhnlich“ war, brauche ich nichts zu sagen, da sie mit einer auch nur anscheinend objektiven Kritik nicht das geringste mehr zu tun hat.

Friedrich Stieve.

## II.

### Im Dienste Frankreichs.

Von Raymond Poincaré. Paris: Plon-Nourrit & Co., 1926. Bd. I—III.

Professor Bernadotte E. Schmitt schreibt hierüber:

„Ein Krieg zur Eroberung Elsaß-Lothringens war, wie Herr Poincaré versichert, niemals sein Ziel. Sollte der Friede je gebrochen werden, so hatte Frankreich „eine große Pflicht zu erfüllen“, zu kämpfen, bis die Provinzen wiedergewonnen waren (I, 143), aber bis der Friede gebrochen wäre, würde Frankreich gegen Deutschland „une conduite loyale, conciliante et pacifique“ beobachten (I, 120). Warum dann seine nie ruhende Sorge um die Beziehungen Frankreichs zu Rußland und Großbritannien? Die Titel der einzelnen Bände geben die Antwort: „Le Lendemain d'Agadir“: „so sehr Frankreich den Frieden erstrebte, wünschte es mit gleicher Inbrunst, daß drohende Gesten wie die von Tanger und Agadir nicht wiederholt würden“ (III, 128) — und die Haltung Rußlands war im Jahre 1911 nicht unzweideutig gewesen (I, 194 ff.).

„Les Balkans en Feu“: dort konnte alles passieren. Für beide, Österreich und Rußland, war der status quo „un pis aller momentané et un expédient provisoire“ (II, 191). Russische Sorglosigkeit könnte Frankreich gegen seine Interessen oder ungelegen in einen Krieg zerren, österreichischer Ehrgeiz könnte das Gleichgewicht in Europa stören. „L'Europe sous les Armes“: die deutschen Armeevorlagen von 1911, 1912 und 1913 waren so viele Warnungen für Frankreich.



Herr Poincaré behauptet, daß der Entschluß, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen, gefaßt wurde, weil Deutschland im Oktober 1912 die sofortige Anwendung des Gesetzes von 1911 und im Januar 1913 die Inkraftsetzung des Gesetzes von 1912 anordnete; „zur selben Zeit wurde unser Kriegsministerium durch seinen Geheimdienst unterrichtet, daß ein drittes Militärgesetz dem Reichstag vorgelegt werden sollte . . ., um die Überlegenheit der deutschen troupes de couverture auf 125 000 Mann zu erhöhen“ (III, 145).

Es war keine Rede von einer Forderung von seiten Rußlands, da dieses die Frage nie anschnitt (I, 121; II, 78, 112, 138; III, 322).

Es war daher für Frankreich bei der herrschenden europäischen Lage dringend notwendig, genau zu wissen, wo es mit Rußland stand, und daher gab Frankreich diese wiederholten Zusicherungen, daß es die Verpflichtungen des Bündnisses erfüllen würde. Herrn Poincarés Kritiker betrachten diese Versprechen als eine vollständige Neuaufstellung von Frankreichs Verpflichtungen; er besteht darauf, daß es sein Ziel war, sie auf die Bedingungen des Vertrages zu beschränken. „Rechnen Sie nicht auf unsere militärische Hilfe auf dem Balkan, wenn Sie von Österreich angegriffen werden“, sagte er Herrn Sasonow, dem russischen Außenminister (II, 117), und so oft Iswolski die Sache zur Sprache brachte, erklärte er immer wieder, daß Rußland von Deutschland angegriffen werden müsse. Die Kritiker werfen Herrn Poincaré vor, daß er Rußland zu einer Angriffspolitik auf dem Balkan ermunterte und der russischen Regierung freie Hand gab. „Niemals“, antwortete Herr Poincaré. „In meinen Unterhaltungen mit Herrn Iswolski lehnte ich es stets ab, zu besprechen, was wir tun wollten, wenn das Ottomanische Reich zusammenbräche“ (I, 336). Seine Politik vom März 1912 an (II, 27) und die seiner Nachfolger war, zu verlangen, daß Rußland seine Pläne vorher Frankreich mitteilen und die Zustimmung seines Verbündeten erhalten solle. Im November, als Iswolski seiner Regierung telegraphierte, daß Herr Poincaré gesagt hätte, „daß es Rußlands Sache sei, die Initiative zu ergreifen . . ., die Rolle Frankreichs sei es, ihm die tätigste Hilfe zu leisten“, protestierte der französische Premierminister gegen diese Auslegung seiner Worte; außerdem richtete er an den Botschafter eine vom Kabinett gebilligte Note, in der er feststellte, daß die französische Regierung „die Richtlinien seiner Handlungen nicht festlegen könne, bis die russische Regierung ihre eigenen Ansichten angedeutet habe“, daß „die französische Regierung von Rußland vorgeschlagenen Maßnahmen nur zustimmen oder sie freundschaftlich erörtern könne, wenn sie wisse, um was es sich handle“ (II, 337—338). Besonders wurden

verschiedentlich Warnungen vor selbständiger Aktion in den Meerengen nach Petersburg gerichtet. Auch wurde Konstantinopel den Russen nicht versprochen. „Weder im Jahre 1912, noch 1913, noch 1914 wurde dieses Versprechen von Frankreich gegeben, noch wurden wir meines Wissens je darum gebeten“ (I, 336).

Im allgemeinen protestiert Herr Poincaré gegen die blinde Annahme der Berichte eines Botschafters, der „sich nicht schämte, seine eigenen Ideen für die seiner Regierung unterzuschieben“. Iswolski, „the Snob“, wie er in russischen Kreisen genannt wurde, „schrieb in seiner amtlichen Korrespondenz aus freien Stücken (volontiers) den mit ihm redenden Personen die Sprache zu, die sie in seinem Interesse gebrauchen sollten, oder Ideen, die er seiner Regierung vorzuschlagen wünschte, ohne selbst die Verantwortung für sie zu übernehmen“ (I, 301—302).

Der erste Schuß in dem Feldzug gegen Herrn Poincaré wurde abgefeuert, als er im Jahre 1920 angeklagt wurde, den pazifistischen Georges Louis in der Botschaft in St. Petersburg durch den kriegerrischen Delcassé ersetzt zu haben. In dieser Angelegenheit etabliert der Premierminister sein Alibi. Die Abberufung Louis' wurde von Iswolski, anscheinend auf Befehl des Herrn Sasonow, formell gefordert. Dem Botschafter wurde gestattet, nach Paris zu kommen, wo er Herrn Poincaré überzeugte, daß weder der Zar noch der russische Premierminister einen Wechsel wünschten; er wurde daher für weitere neun Monate auf seinem Posten belassen. Als der Wechsel schließlich vorgenommen wurde, war Herr Poincaré nicht im Amt, und er zeigt, daß Herr Briand, der damalige Premierminister, und Herr Jonnart, der Außenminister, aus eigener Initiative handelten, weil sie mit Louis' Berichten nicht zufrieden waren. Herr Poincaré versichert verschiedentlich, daß zwischen ihm und Louis keine Uneinigkeit über Politik bestand; da der letztere aber mit dem russischen Außenminister nicht gut auskommen konnte, erschien seine Ersetzung wünschenswert.

Herr Poincaré ist weniger erfolgreich in der Art, wie er die Bestechung der französischen Presse behandelt. Er sagt, er billige sie nicht, und versuchte Iswolski vom Gebrauch dieses Mittels abzubringen; aber da er ihn entschlossen fand, es zu versuchen, hielt er es für weise, den französischen Finanzminister mit dem Unternehmen in Verbindung zu bringen, damit er einige Kontrolle darüber ausüben könne (III, 98 ff.). Es mag sein, daß nur unbedeutende Zeitungen in die Sache verwickelt waren. Im besten Falle ist der Zwischenfall traurig genug. Aber es steht den Deutschen nicht an, zu protestieren, denn im Juli 1914 war ihre

Regierung gleichfalls bemüht, die Presse in vielen Hauptstädten zu bestechen.

Nachdem der Premierminister Präsident geworden war, hörte er auf, die Außenpolitik zu leiten. Er wurde, wie es sich gehörte, um seinen Rat gefragt, aber die Verantwortung ruhte auf dem Ministerium; es ist in der Tat schwierig, sich vorzustellen, daß Männer wie die Herren Pichon und Jonnart Vorschriften vom Elysée entgegennehmen würden. Der Gedanke, daß Iswolski fortfuhr, Herrn Poincaré Ideen einzuflößen, hat keine Begründung, denn nach dem Januar 1913 sah der Botschafter, was er auch immer erwartet haben mag, den Präsidenten selten (III, 96).

Im ganzen gelingt es dem französischen Staatsmann, seine Sache in ein günstiges Licht zu stellen und sein nächster Band, der das Jahr 1914 behandeln soll, wird mit größter Ungeduld erwartet. Wenn er nicht ein gewissenloser Lügner ist, so hat er den Krieg nicht gewünscht. Allerdings erwartete er ihn, und daher rüstete er für den Krieg; zu gleicher Zeit trachtete er jedoch, ihn zu vermeiden. Er hat keine Schwierigkeiten, zu beweisen, daß die zeitgenössische europäische öffentliche Meinung ihm die besten Absichten zuschrieb. „Hartnäckig der Idee einer europäischen Verständigung getreu“ (II, 9), stand er davon ab, die Tripleentente im Gegensatz zum Dreibund zu bringen, und trotz allem, was Herr Stieve zum Gegenteil behaupten mag, arbeitete er für das Europäische Konzert; jederzeit war er äußerst höflich gegen Deutschland und arbeitete mit ihm, wenn möglich, zusammen, trotz eines unheilbaren Argwohns vor seinen Absichten.

Ohne parteiisch zu sein, kann man Herrn Poincaré des kriegesischen Ehrgeizes freisprechen; noch kann man es ihm übelnehmen, daß er jede mögliche Vorsichtsmaßnahme gegen einen Überfall von seiten Deutschlands ergriff, denn was auch die Deutschen sagen mögen, konnte solch ein Überfall im Lichte der Ereignisse von 1911 bis 1913 von den Franzosen nicht als eine Unmöglichkeit angesehen werden.

Mit der Weisheit späterer Erkenntnis können wir jetzt sehen, daß Herr Poincaré dadurch, daß er Frankreich zu einer aktiven Balkanpolitik verpflichtete, das Risiko eines Konflikts mit Deutschland erhöhte; denn wenn Frankreich es für nötig hielt, um das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, Rußland, wenn auch mit noch so vielen Vorbehalten, zu unterstützen, so war Deutschland ebenso verpflichtet, bei Österreich zu stehen. Weiter, seine Anstrengungen, die Tripleentente zu stärken, so defensiv ihr Zweck ihm auch erschienen sein mag, führte zwangsläufig engere

Beziehungen zwischen den Mächten des Dreibundes herbei und half die Spaltung Europas zu verschärfen. Um es anders auszudrücken, Herr Poincaré strebte zu gleicher Zeit nach Frieden und nach dem europäischen Gleichgewicht, zwei Dinge, die sich wiederholt auf die Dauer als miteinander unverträglich erwiesen haben. Wenn die Streitfrage bedeutend genug war, war er gar nicht abgeneigt, Krieg zu erklären, um „die Ehre und Würde“ (II, 89) seines Landes als einer Großmacht aufrechtzuerhalten; worin er mit den anderen Staatsmännern Europas einig war.“

### **Stellungnahme von Professor Roloff, Universität Gießen.**

Herr Schmitt hat den Eindruck, daß es Poincaré gelungen ist, seine Sache in ein günstiges Licht zu stellen. Seine Denkwürdigkeiten scheinen ihm glaubwürdig, er nimmt daher auch die Vorwürfe gegen Deutschland an; dessen Politik, behauptet er mit Poincaré, sei für Frankreich bedrohlich gewesen. Er hat es sich recht bequem gemacht, um zu diesem Urteil zu gelangen; nirgends hat er eine ernsthafte Probe auf die Glaubwürdigkeit seines Gewährsmannes gemacht. Wir wollen das von Schmitt Versäumte an einigen Beispielen nachholen.

Um den drohenden Charakter der deutschen Politik zu erweisen, zitiert Poincaré die Thronrede vom 7. Februar 1912, die eine neue Militärvorlage ankündigte. Die Stelle lautete: „Das Gedeihen unserer Werke des Friedens daheim und über See hängt davon ab, daß das Reich mächtig genug bleibt, um seine nationale Ehre, seinen Besitz und seine berechtigten Interessen in der Welt jederzeit zu wahren und zu vertreten. Deshalb ist meine beständige Pflicht und Sorge, die Wehrkraft des deutschen Volkes . . . zu erhalten und zu stärken.“ Poincaré läßt den ersten Hauptsatz, der die Werke des Friedens betonte, bei Seite und verändert damit den Ton der Rede erheblich. Diese tendenziöse Ungenauigkeit im Zitieren hätte Schmitt schon stutzig machen und zu scharfer Prüfung jeder Behauptung Poincarés antreiben müssen. Weiter: Einer der wichtigsten in den Denkwürdigkeiten behandelten Punkte ist die Entstehung des Balkankrieges von 1912. Ein Vergleich zwischen der Darstellung, die Poincaré hier gibt, und der, die er im Jahre 1921 gegeben hat, hätte Schmitt zeigen können, daß er beide Male ganz Verschiedenes erzählt. Vor fünf Jahren behauptete er, von dem am 29. Februar 1912 abgeschlossenen bulgarisch-serbischen Geheimvertrag gegen die Türkei und Österreich erst im Juni durch Indiskretionen der Presse erfahren zu haben; jetzt erklärt er mit



derselben Eisenstirn, von Iswolski schon am 1. April über die Tatsache des Bündnisses unterrichtet worden zu sein. Denn mittlerweile sind die Berichte Iswolskis bekanntgeworden, denen gegenüber sich eine solche Unkenntnis nicht mehr heucheln ließ.

Wenn aber Schmitt diesem Problem noch tiefer nachgegangen wäre, so hätte er erkennen müssen, daß auch die weiteren Behauptungen Poincarés, die französische Regierung habe nichts von den jahrelangen bulgarisch-serbischen Bündnisverhandlungen gewußt, nicht weniger falsch ist, daß sie vielmehr diese Verhandlungen gekannt und begünstigt hat (Gueschow, *L'alliance balkanique*). Poincarés Absicht bei dieser Darstellung ist offenbar: er will Frankreich und besonders sein Ministerium als der Vorbereitung des Balkankrieges völlig fernstehend hinstellen: Rußland, das jene Verhandlungen begünstigte, soll allein die Verantwortung für das Bündnis und die Verwicklungen, die hieraus folgten, tragen. Herr Schmitt hätte auch finden können, daß es mit Poincarés Behauptung, er habe dem kriegerisch gesinnten Bulgarien eine französische Anleihe abgeschlagen, um es zu friedlicher Politik zu zwingen, nicht besser steht. Er hat vielmehr, nachdem jenes Geheimbündnis abgeschlossen war, und nachdem er aus Berichten des französischen Gesandten in Sofia, aus Bemerkungen Iswolskis (6. Juni 1912) und aus Demonstrationen in Bulgarien zur Genüge die angriffslustige Stimmung der Regierung der Nation kennengelernt hatte, die Anleihe genehmigt und die sofortige Auszahlung von Vorschüssen gestattet (Juni). Erst nach zwei Monaten (Ende August), als die bulgarische Regierung den russisch-französischen Mahnungen, jetzt einen Angriff auf die Pforte nicht zu unternehmen, den Gehorsam versagte, hat er die Ausführung der Anleihe verboten, aber es war zu spät: eine moralische Stärkung der bulgarischen Kriegspolitik hatte durch den Abschluß der Anleihe bereits stattgefunden, und vermutlich werden auch manche Vorschüsse schon nach Sofia geflossen sein.

Alle diese Dinge hätte Schmitt feststellen und daraus den Schluß ziehen müssen, daß keine Angabe Poincarés Glauben verdient, ehe sie nicht durch andere, zuverlässige Zeugnisse bestätigt ist.

Diese Erkenntnis hätte ihn sofort zu einer anderen Auffassung von Frankreichs Rolle vor und im Balkankriege führen müssen. Schmitt nimmt Poincarés Erzählung gläubig auf, er habe nie Rußland zu einer Angriffspolitik auf dem Balkan ermutigt und nie Hilfe für einen Krieg mit Österreich versprochen, sondern sich immer nur auf die Verpflichtung des Bündnisses beschränkt, wonach Rußland von Deutschland angegriffen sein mußte, um Frankreichs Hilfe beanspruchen zu können. Iswolski habe seine Worte verdreht, wenn

er in seinen Berichten behauptete, Frankreich werde der russischen Initiative immer folgen. — Tatsache ist, daß Poincaré sowohl Sasonow wie Iswolski wiederholt erklärt hat, Frankreich werde an einem aus Balkanfragen entspringenden russisch-österreichischen Krieg mit Rücksicht auf seine öffentliche Meinung nicht teilnehmen können. Aber es werde mit Begeisterung seine Pflicht erfüllen, wenn Deutschland Rußland angreife. Das hieß, daß Rußland, falls es einen großen Krieg provozieren wollte, auf Frankreich rechnen konnte, sobald es nur nicht allein Österreich, sondern auch Deutschland hineinverwickelte; der wiederholte Hinweis auf die Bedingungen des Bündnisses bedeutete weiter nichts als die Mahnung, immer nur einen solchen Anlaß zu suchen, der mit dem Buchstaben der Allianz vereinbar war, aber keineswegs eine Mahnung, nach Vermeidung eines solchen Konflikts zu streben. So, zwischen den Zeilen ließ Poincaré dem Russen eine Ermutigung zuteil werden, einen Konflikt nicht zu scheuen, denn die Aussichten eines Krieges seien günstig, sagte er Iswolski: Die Balkanstaaten würden mit 400 000 Mann an Rußlands und Frankreichs Seite stehen, Italien sei durch einen Neutralitätsvertrag mit Frankreich gebunden, die Seeherrschaft im Mittelmeer sei Rußland und Frankreich sicher, da Frankreich seine Flotte infolge gewisser Abmachungen mit England im Mittelmeer konzentrieren könne, endlich sei von England militärische Hilfe keineswegs ausgeschlossen (12. September. 17. November). Um so schwerer wogen diese Erklärungen, als sie in Augenblicken hoher Spannung abgegeben wurden, als die russische Regierung sich ernstlich mit der Frage, ob sie am Balkan einschreiten, also unter Umständen einen Bruch mit Österreich hervorrufen solle, beschäftigte. Von einer falschen Berichterstattung Iswolskis kann nicht die Rede sein, denn dasselbe, was dieser nach Petersburg schrieb, hat Poincaré dem italienischen Botschafter in Paris erklärt: „Wenn Deutschland seinerseits interveniert (in einem russisch-österreichischen Kriege) und wir veranlaßt werden, Rußland zu unterstützen, werdet Ihr doch unser Abkommen von 1902 nicht vergessen?“ (20. November.)

Mit dem Brustton der Entrüstung zitiert zwar Poincaré einen Iswolski mitgeteilten Beschluß des Ministerrats, daß die französische Regierung erst die Ansicht der russischen kennen müsse, ehe sie ihr zustimmen oder sie freundschaftlich erörtern könne, und Schmitt sieht darin den vollgültigen Beweis, daß Poincaré den Russen nie freie Hand in der Balkanpolitik gegeben, sondern sich stets das Recht der Kontrolle und freien Entschluß vorbehalten habe. Aber diese Auffassung beruht auf ungenügendem Studium der Akten-

stücke. Denn jener Beschluß bezieht sich nur auf einen Einzelfall, auf die Frage, wie sich Rußland und Frankreich zu dem von Österreich bekämpften Streben Serbiens nach einem Ausgang zum Adriatischen Meere verhalten sollte. Sasonow hatte anfragen lassen, wie der Bundesgenosse darüber denke, und die Antwort lautete, Rußland, als näher interessiert, möge zuerst sprechen, dann werde Frankreich zustimmen oder seine Vorschläge in Freundschaft erörtern. Das Prinzip der militärischen Unterstützung, falls Rußland einen Konflikt mit Deutschland provozierte, blieb dabei ganz unberührt.

Alles in allem: Rußland konnte sicher sein, von Frankreich Hilfe bei jedem Friedensbruch zu erhalten, wenn es nur verstand, Deutschland hineinzuziehen. Poincarés Äußerungen waren nicht dazu angetan, etwaige Neigungen zur Offensive in Petersburg zu dämpfen, sondern zu schüren. Die Erhaltung des Friedens während der Balkanwirren ist daher nicht Poincaré zu danken, sondern dem Dreibunde und England.

Da Schmitt so die russisch-französischen Beziehungen verkennt, so ist es kein Wunder, daß er auch Poincarés Selbstlob, er habe stets eine Trennung zwischen Dreiverband und Dreibund abgelehnt, vielmehr immer für das europäische Konzert gearbeitet, für bare Münze nimmt. Indessen die Akten erweisen das Gegenteil. Als die russische Regierung einen Vorschlag zur Vermittlung im italienisch-türkischen Kriege allen Großmächten unterbreitete, war er unzufrieden, daß sie sich nicht vorher darüber mit Frankreich verständigt hatte (28. Februar); einige Monate später dringt er darauf, daß sich Frankreich, Rußland und England für den Fall einer Friedenskonferenz verständigten (14. Juni), aber man dürfe „die Trennung der Tripleentente von den beiden andern Mächten nicht noch besonders unterstreichen“, d. h. man sollte verheimlichen, daß man besondere Wege ging. Als trotzdem einige Tage später Iswolski in Sasonows Auftrage für eine gemeinsame Friedensvermittlung aller europäischen Großmächte plädierte, war er „außerordentlich erregt“ und verlangte energisch vorherige Verständigung der Verbandsmächte; einige Monate später wiederholte sich derselbe Vorgang, so daß Iswolski seiner Regierung dringend anriet, Poincarés Wunsch, vor jeder diplomatischen Aktion eine Verständigung des Dreiverbands herbeizuführen, zu erfüllen (2. November). Endlich ist es Schmitt unbekannt geblieben, daß Poincaré Iswolski die österreichischen Rüstungen Anfang Dezember 1912 stark übertreibend in ihrer Gefahr für Rußland geschildert hat, um die russische Regierung, die die österreichischen Rüstungen als reine

defensive Maßregeln einschätzte und deshalb mit großer Ruhe betrachtete, dadurch zu weitgehenden Gegenmaßregeln zu treiben. Wenn die Petersburger Regierung sich dazu bestimmen ließ, hätte die diplomatische Situation erheblich verschärft werden müssen. („Große Politik der europäischen Kabinette“ Bd. 33 S. 468.) Zu einer Politik, die eine Harmonie der Großmächte erstrebte, paßt dies Verfahren so wenig wie die gleichzeitigen Versuche, Italien in seinen Dreibundverpflichtungen wankend zu machen und so einen Keil zwischen Italien und die Mittelmächte zu treiben.

Nicht besser als die politischen bestehen die militärischen Ausführungen Poincarés. Wenn er es entrüstet ablehnt, im Sommer 1912 in Petersburg die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit versprochen zu haben, so reicht seine Beteuerung freilich, wie dargetan, nicht aus, aber ein exakter Gegenbeweis läßt sich noch nicht führen. Dafür aber, daß von Rußland ein starker Druck ausgeübt worden ist, spricht die Erklärung des Finanzministers Dumont im Juni 1913, die Allianz sei gefährdet, wenn die dreijährige Dienstzeit falle. (Schiemann, Deutschland und die große Politik, 1913, S. 186.) Mag man hierauf großen Wert legen oder nicht, falsch ist der Zusammenhang, in den Poincaré die Verlängerung der Dienstzeit setzt: sie sei eine Antwort gegen die drohenden Rüstungen Deutschlands, und Schmitt schenkt ihm wiederum Glauben: ein deutscher Überfall konnte im Lichte der Ereignisse von 1911—1913 den Franzosen nicht unmöglich erscheinen, schreibt er. — Wo in aller Welt hat sich ein solches Ereignis, das als Rechtfertigung eines derartigen Verdachts gedeutet werden könnte, abgespielt? Die Sendung des „Panther“ nach Agadir ist doch gewiß nicht ein solches Ereignis, denn vorher und nachher hat Deutschland seinen dringenden Wunsch nach Verständigung mit Frankreich bekundet, und zur Vorbereitung eines „Überfalls“ wäre ein solches Unternehmen, das die Augen der ganzen Welt auf sich zog, am allerwenigsten geeignet. Die Phrase kennzeichnet eben nur die Kritiklosigkeit und die Unkenntnis, womit Schmitt den Poincaréschen Ausführungen wie den Ereignissen gegenübersteht. Eine nähere Betrachtung der militärischen Verhältnisse hätte ihn ferner belehren können, daß Deutschland viel mehr Grund als Frankreich hatte, sich bedroht zu fühlen, und daß die Heeresvorlagen von 1911 und 1912 daher reine Defensivmaßregeln waren, um gegen die französischen und russischen Rüstungen nicht zu sehr zurückzubleiben. Daß Deutschland nicht allein mit Frankreich, sondern auch mit Rußland zu rechnen hatte, wird weder bei Poincaré noch bei Schmitt gewürdigt und ebensowenig, daß Frankreich schon vor 1912 weit mehr



für die Verstärkung und Schlagfertigkeit der Armee getan hatte als Deutschland. So hatte z. B. Frankreich in den Jahren 1902—1912 fünf Millionen Reservisten mit 112 Millionen Übungstagen eingezogen, Deutschland nur drei Millionen Mann mit 40 Millionen Tagen; die Kolonialarmee wurde gleichzeitig vermehrt, so daß im Jahre 1912 in Westafrika allein an 10 000 Schwarze und in Algerien über 5000 Eingeborene ausgehoben wurden: Ziffern, die alljährlich gesteigert werden sollten. Mit einigem guten Willen hätte Schmitt einsehen können, daß Deutschland angesichts dieser Rüstungen seiner Nachbarn wohl Anlaß hatte, das zu tun, was Frankreich längst getan hatte: die allgemeine Wehrpflicht ernsthaft durchzuführen.

So hat Schmitt eine falsche Vorstellung von den wichtigsten Einzeltatsachen und den großen Zusammenhängen; sein Schlußurteil über Poincarés Politik muß daher verfehlt sein: nicht nach Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts strebte er, sondern nach seiner Verschiebung zu ungunsten der Mittelmächte.

Professor G u s t a v R o l o f f, Gießen.

### III.

#### **Fünfundzwanzig Jahre, 1892—1916.**

Von Viscount Grey of Fallodon. New York: Stokes, 1925, 2 Bde.

Professor Bernadotte E. Schmitt schreibt hierüber:

„Von allen Staatsmännern, die über den Krieg geschrieben haben, flößt Lord Grey seinen Lesern am leichtesten und erfolgreichsten Vertrauen ein. Trotz der vielfachen Unvollkommenheiten wird sein Buch die klassische Darstellung der britischen Politik bleiben.

Er trat im Jahre 1905 sein Amt an „mit einem Gefühl schlichter Zufriedenheit und Erleichterung“ darüber, daß infolge des Abkommens von 1904 „die Drohung eines Krieges mit Frankreich verschwunden war“ (I, 49—50). Trotz oder vielleicht gerade wegen der unangenehmen Erinnerungen an die deutschen diplomatischen Methoden aus seiner Unterstaatssekretärzeit (1892—1895) erstrebte er gute Beziehungen zu Deutschland; aber „gute Beziehungen zu Deutschland sollten nicht auf schlechten Beziehungen zu Frankreich aufgebaut werden“ (I, 51). Das war bis ins Jahr 1914 ein Kardinalpunkt; und das wollten die Deutschen lange Zeit nicht verstehen, mit dem Ergebnis, daß sie diese zuerst auf schwachem Fuße stehende Freundschaft in eine feste diplomatische Entente umwandelten. Andererseits sollte „die Entente mit Frankreich nicht gegen die deutsche Politik oder gegen deutsche Interessen ausgenutzt werden“

(I, 117). Sie stand den Abkommen über Afrika oder die Bagdadbahn nicht im Wege. Lord Grey „nahm den Dreibund hin und versuchte nicht, auch nicht im geheimen, ihn zu schwächen (II, 45). Nur eins wollte er nicht tun: Deutschland für den Fall eines europäischen Krieges bedingungslose Neutralität versprechen.

Andererseits wollte er aber auch nicht Frankreich bedingungslose Unterstützung versprechen. Lord Grey ist nach wie vor „von der Existenz eines preußischen Militarismus“ überzeugt (II, 278), der letzten Endes die deutsche Politik beherrschte und die Beherrschung Europas anstrebte. Er bemerkt, daß er niemals den Ausdruck „Gleichgewicht der Mächte“ gebraucht habe. „Ich habe den Ausdruck oft mit Absicht vermieden und unter ihm niemals etwas mit Bewußtsein verstanden, daß erstrebenswert sei oder auf dessen Erhaltung man bedacht sein müsse (I, 5). Aber man hat doch den Verdacht, daß seine Haltung Frankreich gegenüber unbewußt von diesem Gedanken beherrscht war, denn er war fest davon überzeugt, daß das britische Interesse die Aufrechterhaltung Frankreichs als Großmacht erfordere. Wenn der Ehrgeiz Deutschlands schließlich zu einem Angriff auf Frankreich führen sollte, müßte Großbritannien eingreifen. Eine bindende Verpflichtung wurde aber nie eingegangen. Die Besprechungen der Militär- und Marinestäbe hatten so wenig bindenden Charakter, daß er sich gar nicht über ihren Verlauf unterrichtet hielt; und er erklärt, daß der Schriftwechsel Grey-Cambon vom November 1912 nur deshalb stattfand, weil einige Kabinettsmitglieder forderten, „daß die Feststellung, daß diese militärischen Besprechungen unverbindlich waren, schriftlich festgelegt werden sollte“ (I, 94). Poincaré war einverstanden. „Ich meinerseits“, sagt er, „wäre glücklich gewesen, wenn England gebunden gewesen wäre. Das war aber nicht der Fall, und wenn wir auch hofften, daß England uns im Falle eines deutschen Angriffes helfen würde, so waren wir uns doch dessen keineswegs sicher“ („Au service de la France“, I, 148). Es sei darauf hingewiesen, daß Lord Grey glaubte, „Frankreich fürchte den Krieg“ („Twenty Five Years“, II, 22); „der Revanchegedanke . . . . . war, trotzdem kein öffentlicher Verzicht erfolgt war, doch stillschweigend aufgegeben worden“ (I, 275).

In seiner leidenschaftlichen und aufrichtigen Friedensliebe hatte Lord Grey gehofft, durch das europäische Konzert den Frieden bewahren zu können. „Die Absicht und zugleich die Hoffnung bestand darin, daß die Entente und der Dreibund nebeneinander bestehen und die sich ergebenden Schwierigkeiten von Fall zu Fall, sofort beim Entstehen, auf diplomatischem Wege regeln konnten

(I, 45). Vergebliche Hoffnung, denn die deutsche Militärpartei hatte sich ihre Zeit zum Kriege ausgesucht“ (II, 26—27). Lord Grey kann Deutschland nicht verzeihen, daß es im Jahre 1914 das europäische Konzert zunichte machte. Sein Vorschlag, eine Konferenz abzuhalten, war „aussichtsreich und einnehmend“.

Diese Zusammenkunft hätte sich nach dem Verfahren der Botschafterkonferenz von 1912/1913 gerichtet, was eine glückliche Vorbedeutung gewesen wäre, und so eine Konferenz hätte ihre Arbeit von einem Tage zum andern binnen 24 Stunden aufnehmen können. Die Mitglieder der früheren Konferenz weilten ja noch in London: „ . . . wir waren alle loyale Kollegen untereinander; wir kannten uns nicht nur, sondern wir hatten auch Vertrauen zueinander. Wenn unsere Regierungen sich nur unserer bedienen, uns Vertrauen schenken und uns eine Gelegenheit geben würden, so könnten wir den Frieden Europas in jeder Krisis wahren. Und es würde ein ehrenvoller Friede sein, ohne diplomatische Panik, ohne Prahlerei auf der einen Seite und ohne Demütigung auf der anderen.“

Dieses Urteil mag zu überschwänglich sein, aber man kann doch zum mindesten sagen, daß eine Konferenz das eine Mittel zur Erhaltung des Friedens war, dessen man sich im Juli 1914 nicht bedient hat.“

### **Stellungnahme von Prof. Dr. Rothfels, Universität Königsberg.**

Es ist eine bekannte Erscheinung, daß die geschichtliche Interpretation von Memoirenwerken häufig zu Kontroversen führt, die dann — allseitigen guten Willen vorausgesetzt — an der Hand des anderweiten Kontrollmaterials ausgeglichen werden müssen. Das Bild, das Professor Bernadotte E. Schmitt von den Erinnerungen Greys entwirft, gibt geringe Hoffnung auf solche Ausgleichsmöglichkeit. Was den allgemeinen Charakter des Buches betrifft, so meint Schmitt, Grey enthülle darin seine Gedankengänge und begründe seine Handlungsweise. Nun, wäre das wirklich der Fall, dann würden die „25 Jahre“ unsere Kenntnis auf das beträchtlichste erweitern, was Schmitt selbst bestreitet. Seiner Meinung nach liegt der Hauptwert des Buches in der sympathischen Persönlichkeit Greys, der weniger ein Mann der diplomatischen Technik als des gesunden Menschenverstandes gewesen sei. Schmitt rühmt ihm die Gabe nach, die berechtigten Interessen anderer Nationen anzuerkennen und auszugleichen, er hält ihn für den vertrauenswürdigsten der Memoirenschreiber, sein Buch für die klassische Darstellung englischer Politik.

Diese Urteile sind nicht unbegreiflich. Es mag schon sein, daß der Tenor des Greyschen Buches angelsächsischen Ohren leicht und angenehm eingeht. Aber es bleibt doch höchst auffallend, in welchem Maße ein Historiker wie Schmitt sich davon hat kaptivieren lassen. Das einzige, was er bezweifelt, ist, ob Grey immer ausreichend informiert gewesen sei. Auf den Gedanken absichtlicher Verschweigungen ist Schmitt offenbar nicht gekommen. Er hält es, wie es scheint, für Gedächtnisfehler oder für bare Münze, wenn Grey behauptet, von der Entente von 1904 seien nur „ein oder zwei unwichtige Klauseln“ nicht sofort veröffentlicht worden, wenn er die Reisen König Eduards für eine Angelegenheit des persönlichen Amusements erklärt. Sollte Grey wirklich nichts von der englisch-französischen Marinekonvention gewusst haben? Sollte er den Brief vergessen haben, den damals (23. August 1912) Churchill an ihn richtete und in dem es hieß, England übernehme die Verpflichtungen eines Bündnisses ohne seine Vorteile?

Man könnte die Liste solcher Fragen beliebig fortsetzen. Schon sie zwingen zu dem Schluss (der als kritische Vermutung jedem Historiker bei der Lektüre vor Augen stehen sollte), daß Greys Buch zwar keine klassische Darstellung, wohl aber eine sehr bewußt stilisierte Apologie der englischen Politik ist. — Doch diese Kritik an dem Geschichtsschreiber Grey braucht nicht den Staatsmann zu berühren. Wie steht es mit seiner Vertrauenswürdigkeit, seinem Willen zum Ausgleich, seinem Verständnis für die berechtigten Interessen anderer Staaten? Schon Greys Vorbildung, seine Unkenntnis kontinentaler Verhältnisse war ein Hindernis für solches Verständnis. Wenn er behauptet, England habe dem deutschen Expansionsbedürfnis freien Lauf gelassen, so kann er zum Beleg schließlich nur auf — die beiden Vertragsentwürfe von 1914 verweisen. Bis dahin erscheint ihm jede deutsche „Aktivität“, auch die harmlosen „Anbiederungsversuche“ deutscher Reisegesellschaften (1906) als „Rütteln“ an der Entente. Bei näherem Zusehen spürt man die latente Feindseligkeit gegen das fremdartige Staatsgebilde Deutschland hindurch, dessen Rüstung allen anderen Staaten überlegen gewesen sei, das sich den August (!) zum Kriege ausgesucht habe. Es ist zu fürchten, daß der amerikanische Historiker selbst in die schematische und pharisäische Unterscheidung einer guten westeuropäischen und einer schlechten deutsch-militaristischen Weltanschauung zu tief eingesponnen ist, um ein Organ für solche Unterströmungen zu haben. Er scheint auch nicht zu empfinden, daß ein Staatsmann, der in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage nach den russisch-englischen Marineverhandlungen (Früh-



jahr 1914) so scharf an dem aktenkundigen und in Berlin bekannten Tatbestand vorbeilag, sich des Vertrauens für eine Vermittlerrolle beraubte.

Doch gehen wir von dieser allgemeinen Charakterisierung zu einigen Einzelheiten über<sup>1)</sup>. Man erfährt aus Greys Erinnerungen immerhin doch recht viel Neues. Aber da, wo Grey spricht, hüllt sich nun Schmitt seinerseits in Schweigen. Er orientiert seine Leser weder über die englisch-russischen Dokumente von 1906/07 noch über die von 1908. Er übersieht das höchst wichtige Aktenstück vom 31. Januar 1906, dem „kritischen“ Tage, wie Grey selbst sagt, ebenso die Warnung, die sogar Asquith seinem Kollegen im Jahre 1911 erteilt, und schließlich die sehr aufschlußreiche Depesche Greys an Buchanan vom 25. Juli 1914. Statt dessen führt er drei Rechtstitel der Greyschen Friedenspolitik an:

1. Die Entente mit Frankreich hat keine Spitze gegen Deutschland gehabt, nur bedingungslose Neutralität im europäischen Kriegsfall wollte Grey Deutschland nicht zusagen. Sieht man von der Sonderdiplomatie König Eduards in Italien und Österreich ganz ab, so bleibt doch, daß Grey jeden deutschen Annäherungsversuch von dem erwähnten Vorspiel (1906) bis zur Haldane-Mission immer wieder in Paris denunziert hat. Nicht nur die unbedingte, sondern auch die bedingte Neutralität (bei unproviziertem Angriff Frankreichs) hat er gelegentlich der Haldane-Verhandlungen abgeschlagen, und zwar auf das Veto Poincarés hin.

2. Nach Schmitt hat Grey keine Bindung gegenüber Frankreich auf sich genommen, Frankreich habe auf den Revanchegedanken praktisch verzichtet. Richtig ist daran, daß der vielberufene Grey-Cambon-Briefwechsel, wie aus Greys Erinnerungen hervorgeht, mehr den Charakter einer „Beruhigungsspiel“ hatte. Falsch aber ist die Behauptung bez. Frankreichs. Grey selbst stellte in der Unterredung mit Clemenceau am 28. April 1908 fest, daß Elsaß-Lothringen noch immer ein Hindernis für jedes „wirkliche Rapprochement“ zwischen Frankreich und Deutschland sei. Vollends das Problem der „Bindung“ behandelt Schmitt ganz formalistisch. Grey hat im Januar 1906 auf der einen Seite mit klaren Worten auf jedes politische Kontrollrecht gegenüber Frankreich verzichtet, auf der anderen sich materiell ohne Frage engagiert. Und diese tatsächliche Bindung ist dann durch den Fortgang der Militärbesprechungen und vor allem durch die Flotten-

---

<sup>1)</sup> Für den näheren Zusammenhang und die Einzelbelege verweise ich auf meine Aufsätze in dieser Zeitschrift April 1925 und März 1926.

verhandlungen (1912) weiter verstärkt worden. Die Zusage der Flottenhilfe ist es gewesen, die schon am 3. August England tatsächlich an die Seite Frankreichs führte.

3. Schmitt hebt sehr stark auf das Aussichtsreiche des Greyschen Konferenzvorschlags vom Juli 1914 ab. Es wäre dazu vieles zu sagen. Hier muß es genügen, an die im englischen Blaubuch aus guten Gründen ausgelassene Depesche vom 25. Juli zu erinnern. Dies Dokument, in dem Grey die Russen förmlich zur Mobilmachung ermuntert, bestätigt nur zu sehr die Vorbehalte, die man der Greyschen „Friedens“politik gegenüber auch sonst schon hegen durfte. Auch in den nachträglichen Betrachtungen Greys wiegt nicht die Sorge vor, ob der Friede erhalten werden könne, sondern die andere, daß Frankreich und Rußland im Vertrauen auf England den Krieg auf sich nehmen und dann etwa im Stich gelassen würden.

Das alles besagt keineswegs, daß England primär den Krieg wollte. Das Problem ist komplizierter und läßt sich nur aus der Kriegsvorgeschichte im ganzen klären<sup>1)</sup>. Man wird sich somit hüten müssen, in den umgekehrten Fehler des amerikanischen Apologeten zu verfallen. Dem Historiker kommt es nicht auf die Feststellung der „Schuld“, sondern auf die der tatsächlichen Zusammenhänge an. Sie sind natürlich nicht aus einem einzelnen Memoirenwerk zu entnehmen. Aber es gehört zu den Voraussetzungen jeder Erkenntnis und damit auch jeder Verständigung, daß keinem Quellenzeugnis gegenüber die kritische Besinnung ausgeschaltet wird.

Professor Dr. Hans Rothfels.

#### IV.

### **Die internationale Anarchie, 1904—1914.**

Von G. Lowes Dickinson. New York: Century Co., 1926.

Professor Bernadotte E. Schmitt schreibt hierüber:

„Für Herrn Dickinson ist die Kriegsschuldfrage, soweit sie eine einzelne Nation betrifft, von geringerer Bedeutung, denn sie waren alle schuldig und er kann in der allgemeinen Schuld nicht viele Schattierungen finden. Er glaubt ganz sicherlich, daß Frankreich und Rußland eher aggressiver waren als Deutschland und Österreich und daß die letzteren weniger schwer bewaffnet als die

---

<sup>1)</sup> Ich darf dazu auf meinen Aufsatz „Zur Beurteilung der englischen Vorkriegspolitik“ verweisen, der demnächst im „Archiv für Politik und Geschichte“ erscheint.

ersteren waren; aber er weist andererseits darauf hin, daß Österreichs Plan, Serbien zu absorbieren (Seite 181), genau so von „Europäischen Komplikationen“ abhing wie die russischen Absichten auf die Meerengen, und er bemerkt, daß der Kaiser eine „wirkliche Friedensbedrohung darstellte, nicht weil er den Krieg wollte, sondern weil er andauernd kriegerisch sprach und dachte“ (Seite 327). „Deutschland scheint so unschuldig gewesen zu sein, wie es nur eine europäische Großmacht in der europäischen Anarchie sein konnte (Seite 255), aber Deutschland gab wiederholt zu verstehen, daß es im Falle des Ausbruches eines europäischen Krieges Österreich-Ungarn unterstützen würde. Deutschlands Haltung war in diesem Punkte ähnlich wie die Poincarés gegenüber Rußland und in beiden Fällen kann man gleich viel und gleich wenig Tadel aussprechen“ (Seite 327). Er schrieb vor der Veröffentlichung der Memoiren Poincarés und steht auf der Seite derer, die ihm die Schuld geben.

„Aber wir brauchen dem nicht zu viel Gewicht beizulegen. Denn wir wissen, daß die europäische Anarchie früher oder später doch zum Kriege führen würde und daß die Rolle, die dieser oder jener Staatsmann gespielt hat, indem er den Krieg hinausschob oder seinen Ausbruch beschleunigte, nur von untergeordneter Bedeutung ist“ (Seite 325).

Einen Beweis dafür findet er in der Politik seines eigenen Landes. England „hatte eine Regierung und einen Außenminister, wie sie friedlicher vielleicht kein anderes Land in der Geschichte aufzuweisen gehabt hat“ (Seite 466), aber es wurde so unabwendbar in den Krieg hineingezogen, als ob es ihn vorsätzlich geplant hätte.

Der schwache Punkt in der Beweisführung des Herrn Dickinson ist, daß der Frieden Europas, wenn man die Balkankriege außer Betracht läßt, länger als vierzig Jahre nicht gestört worden sei; zum mindesten erklärt dies nicht, weshalb der Krieg, der in den Jahren 1905/1909/1911 und 1913 verhindert worden war, nun im Jahre 1914 ausbrach. Die unmittelbare Erklärung ist natürlich, wie er zeigt, daß der Balkan nach dem Zusammenbruch der Türkei in dem europäischen Gleichgewicht eine neue Bedeutung gewonnen hatte und daß im Jahre 1914 eine Frage aufgeworfen wurde, die dieses Gleichgewicht aufs schwerste in Mitleidenschaft zog. Es kann auch zutreffen, daß gewisse Mächte, Frankreich und Rußland nach der einen Meinung, Deutschland und Österreich nach der andern, den Augenblick für die Durchführung langgehegter ehrgeiziger Pläne für geeignet erachteten. Aber das ist nicht alles. Herr Dickinson erwägt von Zeit zu Zeit die verschiedenen Irredentistenbewegungen, jedoch

nur, um sie zu verurteilen, denn er hat einen bitteren Haß gegen den Nationalismus; er weist jedoch nicht darauf hin, daß all diesem der Konflikt zwischen unterdrückten Nationalitäten und autokratischen Regierungen zu Grunde lag, der das System der Bündnisse und das Wettrüsten hervorrief. Notwendig gewordene Angleichungen waren immer wieder verschoben worden, aber je länger sie hinausgezogen wurden, desto größer wurde die Explosionsgefahr. Herr Dickinson hat mit Serbien nur sehr wenig Geduld, weil dessen Bestrebungen den Frieden Europas bedrohten; er erkennt nicht, daß es gerade die Weigerung Österreichs war, der jugoslawischen Nationalbewegung gegenüber Konzessionen zu machen, die Serbien erst zu einer Gefahr machte.“

### **Stellungnahme von Professor Paul Herre, Berlin.**

Weniger als die übrigen in dieser Sammelbesprechung behandelten Werke bietet das umfassende Buch des englischen Pazifisten Dickinson unserem Verfasser Gelegenheit, seine eigene Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen. Das Buch, das in Deutschland bisher so gut wie ganz unbekannt geblieben ist, und dem ich in dieser Zeitschrift demnächst eine eingehende Würdigung widmen werde, wird von Schmitt mit vollem Recht als eine bedeutende und selbständige Forschungsarbeit gerühmt. Daß er ihm im allgemeinen zustimmt, ist vor allem darin begründet, daß Dickinson in seinem Urteil weitgehende Zurückhaltung beobachtet und nur unter pazifistischen Gesichtspunkten entschiedener Kritik übt, und Schmitt ist berechtigt, demgegenüber einen generellen Vorbehalt zu machen. Allerdings ist es bezeichnend, daß er versucht, bei der Anführung einzelner Äußerungen mehr, als es zulässig ist, Dickinson für seinen eigenen Standpunkt in Anspruch zu nehmen. So spricht dieser an der zitierten Stelle (S. 189 — in meinem Exemplar, das durchgängig andere Seitenzahlen hat, als sie Schmitt angibt, S. 183 — des Buches) durchaus nicht von einem Plane Österreichs, Serbien zu absorbieren, sondern führt vielmehr aus, daß gewisse in dieser Richtung sich bewegende Bestrebungen des Generals Conrad von der österreichischen Regierung verworfen würden. Nicht weniger charakteristisch ist seine Anspielung, daß Dickinson vor der Veröffentlichung der Memoiren Poincarés geschrieben hat.

Schließlich kommt er aber doch mit einem positiven Einwand von allgemeiner Bedeutung, und hier bietet er sich selbst der Kritik. Er findet Dickinsons Erklärung, aus welchem Grunde es nicht 1905/1909/1911 und 1913 zum Kriege gekommen ist, wohl aber 1914,



unzureichend, daß nämlich nach dem Zusammenbruch der Türkei der Balkan für das europäische Gleichgewicht eine neue Bedeutung gewonnen habe und daß die 1914 aufgeworfene Streitfrage von europäischen Großmächten für die Durchführung langgehegter ehrgeiziger Pläne benutzt worden sei. Er will nicht leugnen, daß auch diese Zusammenhänge eine Rolle spielen, wobei er übrigens Frankreich, Rußland, Österreich und Deutschland in gleicher Linie marschieren läßt, aber er stellt sie ganz zurück vor dem Konflikt zwischen unterdrückten Nationalitäten und autokratischen Regierungen, der allen anderen Auseinandersetzungen zugrunde liegt. Damit enthüllt sich der Grundirrtum, in dem Schmitt, offenbar unter dem nachwirkenden Eindruck der Entente-Propaganda der Kriegsjahre, befangen ist. Er macht es Dickinson zum Vorwurf, daß dieser nicht mit Serbien sympathisiert, dessen nationales Streben von Österreich nicht anerkannt worden sei, und sieht nicht, daß dieses Serbien mit seiner skrupellosen nationalistischen Minierarbeit nur ein Stein im Brett der russischen — und auch französischen — Politik war. Das System der Bündnisse und das Wettrüsten, das zum Weltkrieg geführt hat, war durchaus nicht das Produkt jenes Konfliktes zwischen unterdrückten Nationalitäten und autokratischen Regierungen, sondern der auseinanderstrebenden Interessen der Großmächte, und es kann wohl heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, welche Großmächte die Beseitigung des politischen Zustandes von 1914 beehrten und sich zur Erreichung dieses Zieles auch der nationalistischen Wünsche kleiner Gernegroße zu bedienen bereit waren. Schmitts Einwand ist deshalb völlig hinfällig. Inwieweit Dickinson trotzdem nicht zu einer völlig befriedigenden Antwort auf die Frage nach der Entstehung des Krieges gekommen ist, davon wird später zu sprechen sein.

Herre.

## V.

### **Das Verbrechen von Sarajewo.**

Von Miß Edith Durham. London: George Allen and Unwin, 1925.

Professor Bernadotte E. Schmitt schreibt hierüber:

„Miß Durham verachtet die Serben. In ihren Augen war der großserbische Gedanke ein verbrecherischer Ehrgeiz, denn Serbien verdankte Österreich al'es und war ein viel zu barbarisches Land, um an der Spitze einer Befreiungsbewegung stehen zu können. Der Plan zu dem Verbrechen von Sarajewo wurde von einem Geheimbund aufgestellt, der sich „Vereinigung oder Tod“ oder volkstümlich „Die Schwarze Hand“ nannte und eine terroristische Organisation

war, die von Offizieren gegründet worden war, die im Jahre 1903 das serbische Herrscherpaar ermordet hatten. Der Führer war ein Oberst Dimitrievitsch, der im Jahre 1904 Leiter der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabs war. Er besorgte den Mördern die Waffen aus dem Regierungsarsenal und sorgte auch dafür, daß sie über die Grenze nach Bosnien geschmuggelt wurden. Aus Aussagen, die im Jahre 1917 in Saloniki in dem Prozeß gegen Dimitrievitsch (wegen einer anderen Sache) gemacht wurden, schließt Miß Durham, daß die serbische Regierung über die Tätigkeit der „Schwarzen Hand“ auf dem laufenden gehalten wurde, und sie nimmt ohne jeden Vorbehalt eine kompromittierende Erklärung an, die der Unterrichtsminister des Jahres 1914 Ljuba Jovanovitsch im Jahre 1924 abgab. Er gab an, daß der Premierminister Paschitsch ihn und den Innenminister mehrere Wochen vor der Tragödie von dem was vorbereitet wurde, unterrichtet habe. Da Jovanovitsch weiter erklärt, sein Kollege habe angeordnet, die Verschwörer an der Grenze aufzuhalten, beschuldigt Miß Durham die serbische Regierung nicht der Anzettlung des Mordes, aber sie betont mit Nachdruck, daß die serbische Regierung sich einer verbrecherischen Fahrlässigkeit schuldig gemacht habe, weil sie Österreich nicht gewarnt und auch keine gründliche Untersuchung des Falles und Bestrafung der Schuldigen angeordnet habe.“

### **Stellungnahme von der Verfasserin Edith Durham, London.**

Als Antwort auf die Behauptung „Miß Durham verachtet die Serben“ frage ich nur: 1. Würde ich, wenn ich sie verachtete, mein Leben wiederholt aufs Spiel gesetzt haben, indem ich sowohl im feindlichen Feuer im Balkankriege als auch in den Baracken von Podgoritzza sie im Darmtyphus und in den Pocken pflegte und schmutzige Wunden, oft vierzig bis fünfzig an einem Tage, unter den beschwerlichsten Umständen verband? Würde ich für die Kranken gekocht, sie entlaust und mich dabei selbst dem sehr bösartigen Balkanungeziefer ausgesetzt haben? Für kein anderes Volk habe ich so viel durchgemacht. 2. Ein Volk, das schon seit 1773 es auf die Zerstückelung des türkischen und des österreichischen Reiches abgesehen und ununterbrochen gearbeitet hat, bis es ihm gelang, England, Frankreich und die Vereinigten Staaten dazu zu gewinnen, ihm seine ehrgeizigen Pläne zu verwirklichen, ist kein zu verachtender Feind.

Ich habe jahrelang angestrengt für sie gearbeitet, bis ich zu der Erkenntnis kam, daß ihre Methoden und Ziele derart waren, daß ich sie nicht unterstützen konnte, und bis ich sah, daß sie

noch nicht dazu tauglich sind, die Herrschaft über andere Völker anvertraut zu bekommen, denn sie haben mir oft erklärt, das Schicksal der Besiegten sei Ausrottung oder gewaltsame Serbifizierung. Nur Leute, die lange Jahre landeinwärts auf der Balkanhalbinsel zugebracht haben, können einen Begriff davon haben, was diese Methoden und Ideale zu bedeuten hatten. Dazu die Gewalttätigkeit ihrer Propaganda. Die englischen Schriftsteller, die auf das kräftigste für Großserbien eingetreten sind, haben größtenteils niemals hinter die Kulissen gesehen, sondern sind nur mit gewandten Politikern in Berührung gekommen, die ihnen nur das zeigten und sagten, was sie sehen und wissen sollten.

Man hat sich große Mühe gegeben, sich solcher Werkzeuge zu bedienen. Im Jahre 1906 versuchte der damalige serbische Gesandte in London, M. Milicevic, mich als Informationsvermittler zu benutzen. Als er mir ein Visum nach der serbisch-bosnischen Grenze ausstellte, sagte er, er werde mir die Adressen von Leuten in Bosnien schicken, die mir alles über das Land sagen würden. Da er mir die Adressen nicht auf der Stelle gab, kann ich nur annehmen, daß er sie aus Belgrad oder anderswo her bekommen mußte.

Als ich etwa sieben Monate später wiederkam, fragte er mich, was die Leute mir gesagt hätten. Ich antwortete, er habe mir die Adressen nicht geschickt. Er war sichtlich beunruhigt; denn er hatte den Brief abgeschickt, und der war offenbar von den österreichischen Behörden aufgefangen worden. Dies war wahrscheinlich der Grund, weshalb meine ganze Korrespondenz aufgehalten und anscheinend in Bosnien geöffnet worden war. Mein serbischer Lehrer in Sarajewo hat mir gesagt, die Österreicher öffneten umsonst alle Briefe aus Belgrad. Der Slovenski Jug betrieb damals revolutionäre Tätigkeit in Bosnien von Belgrad aus, und alle wichtigen Botschaften wurden mündlich übersandt oder sorgfältig eingeschmuggelt.

Alles, was ich in den Jahren von 1900—1914 auf der Balkanhalbinsel gesehen und gehört habe, ebenso das eigene Zeugnis von Ljuba Jovanovitsch in seinem Artikel im „Krv Slovenstva“ nötigen mich zu glauben, daß letzterer nur die Wahrheit gesagt hat. Er hat jahrelang einen der höchsten Posten bei der Regierung eingenommen und sein Leben der Schöpfung Großserbiens gewidmet. Als Unterrichtsminister stand er notwendigerweise mit den vielen revolutionären Studenten auf österreichischem Gebiete in Fühlung, die von der serbischen Regierung pekuniär unterstützt wurden. Seine Fähigkeiten sind niemals in Frage gestellt worden.

Wäre er ein bloßer Prahler und Lügner gewesen, wie Professor Seton-Watson uns gern glauben machen möchte, so hätte er nicht eine ganze Generation lang einer der Führer der Nation sein können. Dasselbe kann man von Paschtsch sagen. Es ist eine Beleidigung für den Verstand beider Männer, anzunehmen, sie hätten von dem Netze antiösterreichischer revolutionärer Tätigkeit nichts gewußt, die sie selbst mit Geld unterstützten und die in Belgrad vor ihren eigenen Augen und unter ihren Freunden betrieben wurde. Ljubas Bericht über die Auffindung von Ciganovitsch und von seinem „Verschwinden“ ist nicht erlogen. Er hätte die Einzelheiten des Scherzes von Protitsch und Paschtsch über die Sache nicht erfinden können. Zudem wissen wir, daß Ciganovitsch im Jahre 1917 in Saloniki als „agent provocateur“ der Regierung und als Hauptzeuge wieder aufgetreten ist. Es ist richtig, daß die Schwarze Hand und Paschtsch in der inneren Politik nicht einig waren. Aber mit Bezug auf die Vernichtung Österreich-Ungarns waren sie völlig einig. Paschtsch wußte genau, was er an Gebiet erwerben wollte, als der große Krieg ausbrach. Petar Plamenatz, ehemals Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Montenegro, sagt uns in der „Nova Evropa“ (26. Mai 1926): „Als der Inhalt des österreichischen Ultimatums bekannt wurde, teilten wir Belgrad mit, wir seien bereit, mit unseren Brüdern Gutes und Böses zu teilen, was immer geschehen möge. Paschtsch dankte uns und sagte, er werde mit Montenegro brüderlich alles teilen, was Serbien habe. Seine Liebe zu uns dauerte gerade sieben Tage. Sobald Großbritannien Österreich und Deutschland den Krieg erklärte und die Aussicht auf Sieg auf unserer Seite war, erklärte Paschtsch, er brauche unsere Hilfe oder unsere Gesellschaft nicht, da er die südslawischen Länder des österreichischen Reiches nicht entzweien wolle.“

Paschtsch wußte in jeder Beziehung sehr gut, was er tat. Aber zweifellos ist es die erste Überraschung in seinem Leben gewesen, als er erfuhr, daß Professor Seton-Watson wirklich an die Unschuld Serbiens glaubte.

Edith Durham.

## VI.

### Sarajewo.

Von R. W. Seton-Watson. London: Hutchinson & Co., 1926.

Professor Bernadotte E. Schmitt schreibt hierüber:

„All das ist Mr. Seton-Watson, der lange Zeit Exponent der jugoslawischen Sache war und während des Krieges die Ansicht vertreten hat, daß das amtliche Serbien an dem Verbrechen un-



schuldig sei, sehr unbequem gewesen. So hat er sich kürzlich auf einige Monate nach Jugoslawien begeben, um die Frage zu untersuchen. Er gibt zu, daß Dimitrievitsch die Verschwörer ausgerüstet und sie auf den Weg geschickt hat, betont aber, daß die „Schwarze Hand“ und die Regierung Todfeinde waren und daß, wie Miß Durham unbewußt zugibt, das Tätigkeitsfeld der „Schwarzen Hand“ hauptsächlich Mazedonien und nicht Bosnien war. Als Dimitrievitsch seinen Kollegen mitteilte, was er arrangiert hatte, waren sie entsetzt und verlangten, daß die Unternehmung aufgehoben würde. Mit anderen Worten, Dimitrievitsch handelte auf eigene Verantwortung und seine Haltung kann die serbische Regierung nicht mit verwickeln, die jeden Grund hatte, einen Konflikt mit Österreich zu jener Zeit zu vermeiden.

Was die Frage anbetrifft, ob ihr das Komplott vorher bekannt war, glaubt Mr. Seton-Watson, daß Ljuba Jovanovitsch „die Tatsachen falsch dargestellt hat“ (Seite 157). Der Grund für diese Annahme liegt in den verwickelten Verhältnissen der jugoslawischen Innenpolitik nach dem Kriege. Jovanovitsch ist Anhänger der revolutionären Bewegung in Bosnien, die die Mörder als Helden verehrt; Paschitsch, der als Privatperson die Wahrheit der Behauptung des Jovanovitsch ableugnete, benutzte den Zwischenfall, um seinen Rivalen zu diskreditieren, anstatt die Ehre seines Landes zu verteidigen. Das Argument ist sehr geistreich, aber durchaus nicht überzeugend. Nach dem Erscheinen der Schrift des Mr. Seton Watson hat Paschitsch den Jovanovitsch direkt öffentlich der Lüge bezichtigt, während dieser seinerseits mit einer Wiederholung seiner ursprünglichen Erklärung antwortete und anbot, den Beweis auf Grund von Schriftstücken anzutreten, was die serbische Regierung allerdings verbot. Seit diesem Wortduell ist aus anderen Quellen eine neue Version aufgetreten, nach der Paschitsch wohl über die Angelegenheit mit Jovanovitsch gesprochen habe, aber nicht im Kabinett, sondern persönlich. Im Augenblick wäre es vorschnell, zu sagen, wo die Wahrheit liegt. Mr. Seton-Watson stimmt mit Miß Durham darin überein, daß die Gleichgültigkeit und Laxheit der serbischen Regierung nach dem Verbrechen zu verurteilen sind.

Das wichtigste in Mr. Watsons Buch ist der Bericht über die revolutionäre Bewegung in Bosnien, über die bisher wenig bekannt geworden ist. Diese und nicht die Intrigen serbischer Politiker sind nach seiner Ansicht die Ursache der Ermordung des Erzherzogs. Das harte österreichische Regime hatte unter der jungen Generation in Bosnien ein Gefühl der Verzweiflung großgezogen, so daß sie bereitwilligst auf die mit russischen Revolutionären in Verbindung

stehenden Agitatoren einging. Die Disziplin in den Schulen wurde untergraben, Geheimbünde wurden gegründet, Komplottpläne geschmiedet und Attentate auf österreichische Beamte unternommen. Die österreichisch-ungarischen Behörden wurden unruhig, konnten aber nichts ausrichten, da das Dualitätssystem der Monarchie jede politische Konzession unmöglich machte. In diesem Zusammenhang hebt Mr. Seton-Watson hervor, daß Serbien zweimal, im Dezember 1912 und wieder im Oktober 1913, von sich aus versuchte, eine Annäherung an Österreich herbeizuführen, aber jedesmal nur kaltberechnete Abweisung fand.

Die Revolutionäre standen zweifellos mit der „Schwarzen Hand“ in Belgrad in Verbindung; der Mann, der an der Spitze ihrer Organisation stand, ein Lehrer aus Sarajewo, nahm die Mörder bei ihrer Ankunft aus Belgrad in Empfang. Aber außerdem hatten sich auch noch andere junge Leute ganz unabhängig davon auf die Erschießung des Erzherzogs vorbereitet, der allgemein als das Symbol der verhaßten habsburgischen Herrschaft angesehen wurde. Gleichgültig, welche Verantwortung die serbische Regierung trug, die Anregung zu dem Verbrechen kam aus Bosnien, und das Verbrechen selbst wurde von Bosniern ausgeführt. Mr. Seton-Watson weist die Nachlässigkeit der österreichischen Behörde in bezug auf die Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz Franz Ferdinands nach. Er weist jedoch die einstmals im Umlauf befindliche und auch geglaubte Geschichte als absurd zurück, nach der die Österreicher bei dem Mord ein Auge zugedrückt hätten, um sich des Opfers zu entledigen. In der Behandlung widersprechender Beweise erweist sich Seton-Watson bedeutend geschickter als Miß Durham. Sein Buch ist ein wirklicher Beitrag zu unserer Kenntnis einer dunklen Frage.“

### **Stellungnahme von Professor Dr. Übersberger, Universität Wien.**

Wenn Professor Bernadotte E. Schmitt sagt, daß „Herrn Seton-Watson, der lange Zeit Exponent der jugoslawischen Sache war und während des Krieges die Ansicht vertreten hat, daß das amtliche Serbien an dem Verbrechen (von Sarajewo) unschuldig sei“, die Enthüllungen des Ljuba Jovanović und das Buch Miß Edith Durhams „sehr unbequem gewesen sei“, so hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Herr Seton-Watson war der sachverständige Vertrauensmann der englischen Regierung in Nationalitätenfragen des alten Österreich-Ungarn, vor allem in der südslawischen Frage. Vielleicht wird uns die bevorstehende englische Aktenpublikation zeigen, inwiefern die bei weitem mehr serbophile Haltung der englischen als der russischen Regierung während der Annexionskrise,

über die noch manches zu sprechen sein wird, von ihm beeinflusst war. Sein Buch „Sarajewo“ läßt auf den Leser keinen anderen Eindruck zurück, als daß es zu dem Zwecke geschrieben sei, um angesichts des immer mehr sich häufenden Belastungsmateriales gegen die serbische Regierung seine eigene vor und im Kriege eingenommene Haltung, die gewiß auch von Einfluß auf die des amtlichen England geworden ist, zu rechtfertigen. Allerdings war seine Aufgabe keine leichte, aber er hat sie sich zum mindesten leicht gemacht. Wenn er in seinem Buche eine Reihe von Schriften zur Kriegsschuldfrage als „Pamphlete“ bezeichnet, so muß leider auch das harte Wort ausgesprochen werden, daß in noch viel höherem Maße dies von seinem Buche „Sarajewo“ gilt.

Ich glaube, es ist ernster Forschung unwürdig, auf unkontrollierbare Äußerungen von allen möglichen, meist sehr zweifelhaften Personen, deren Namen uns auch ängstlich verborgen werden, historische Schlüsse und Anklagen gegen Österreich-Ungarn aufzubauen. In den Serbien und die südslawische Frage behandelnden Teilen seines Buches gibt es selten eine Seite, wo nicht mindestens eine Stelle Verwunderung und Bedauern hervorrufen muß, daß von einem ernsten Forscher solche Winkelzüge angewendet werden, um die Wahrheit zu verschleiern. Ich behalte mir vor, noch einmal ganz ausführlich an anderer Stelle auf Seton-Watsons Buch zurückzukommen. Mit Rücksicht auf den mir zur Verfügung stehenden Raum muß ich mir hier Zurückhaltung auferlegen. Ich will aber an einigen Beispielen die Arbeitsmethode Herrn Seton-Watsons aufzeigen.

Auf Seite 114 berichtet er, daß zehn Minuten vor dem Bombenwurf ein Beamter der bosnischen Polizei den jungen Cabrinić<sup>1)</sup> am Appelquai getroffen und ihn sich zu legitimieren aufgefordert habe, worauf dieser einen Passierschein der Wiener Polizei vorwies. Diese Mitteilung habe er von zwei Beamten der Polizei von Sarajewo, die noch unter dem gegenwärtigen Regime dienen. Es war verfassungs- und verwaltungsrechtlich im alten Österreich voll-

---

<sup>1)</sup> Für die Behauptung, daß der Vater des Cabrinić Konfident der bosnischen Polizei gewesen sei und der Solm gewissermaßen als Sühne für dieses Verbrechen am Serbentum das Attentat unternommen habe, bleibt Seton-Watson uns den Beweis schuldig. Dabei sind die Archive der bosnischen Landesregierung und aller Behörden ja heute im Besitze der jugoslawischen Regierung. Hat doch dieselbe in den Tagen des Umsturzes in Wien selbst sich mit Brachialgewalt des Archives des gemeinsamen Finanzministeriums bemächtigt und hätte, wenn dort gravierendes Material gegen Österreich-Ungarn gefunden worden wäre, sicherlich schon längst davon Gebrauch gemacht.

ständig ausgeschlossen, daß die Wiener Polizei oder ihre Organe einen derartigen Passierschein außerhalb Wiens, geschweige denn in Bosnien-Herzegowina, das dem Reichsfinanzminister unterstellt war, ausstellen konnten. Ja noch mehr, wenn ein Organ der bosnischen Polizei einen solchen Passierschein hätte gelten lassen, hätte es sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht. Zudem waren nur wenige Agenten der Wiener Polizei zur persönlichen Sicherheit des Thronfolgers mitgekommen, und auch denen war am verhängnisvollen Vormittag befohlen worden, in Ilidze zu bleiben. Es ist also offenkundig, daß die Angaben der Gewährsmänner Seton-Watsons jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Ich bin auch überzeugt, daß die Wiener Polizei ihm jederzeit in dieser Frage jeden erwünschten Aufschluß geben wird. Diese Mitteilung seiner ungenannten Vertrauensmänner benützt aber Herr Seton-Watson, um daran die Bemerkung zu knüpfen, daß diese von ihm erhobene Tatsache auf den ersten Blick die Theorie von der Mitschuld des offiziellen Österreich an der Ermordung des Thronfolgers zu bestärken scheine. Er lehnt zwar diese Theorie ab, aber nur deshalb und auch das ist interessant, weil die noch lebenden Verschwörer, mit denen er auch Fühlung genommen hat, dies mit Entrüstung ablehnen. Nicht amtliche österreichische Akten oder noch lebende Amtspersonen, nur die Serben allein sind für Seton-Watson vertrauenswürdige Quellen. Die Art und Weise, wie aber solche und ähnliche Beschuldigungen des offiziellen Österreich von ihm abgelehnt werden, erinnert lebhaft an die Methode „semper aliquid haeret“. Ähnliche Beweisführung, auf Mitteilung ungenannter Gewährsmänner aus dem heutigen Jugoslawien gestützt, trifft man bei ihm auf Schritt und Tritt. Ich glaube mit Professor Bernadotte E. Schmitt nicht, daß Seton-Watsons letzter Besuch in Jugoslawien „ein wirklicher Beitrag zu unserer Kenntnis einer dunklen Frage“, sondern eher zu ihrer Verdunkelung gewesen sei.

Auch die Art der Aktenbenützung durch Seton-Watson ist nichts weniger als einwandfrei. Auf Seite 264 stützt er das Kapitel „An Austrian Legal Opinion“ auf ein Aktenstück, das ihm nach dem in der Anmerkung genau wiedergegebenen deutschen Texte wirklich in einer einwandfreien Kopie vorgelegen haben muß. Aus meiner Tätigkeit im alten österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern kenne ich dieses Schriftstück noch aus der Kriegszeit genau. Wenn Seton-Watson dasselbe einer genauen Betrachtung unterzogen hat, und das zeigt seine Verwertung, so muß er bemerkt haben, daß es sich um keinen amtlichen Akt, sondern um eine private



Mitteilung handelt. Es fehlt jeder Amtsvermerk, jede Protokollnummer, und dazu hat der Schreiber noch vor seinem Namen „herzlichst“ hinzugefügt. Ich glaube nicht, daß es je im internen Verkehr des k. u. k. Ministeriums des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern ein amtliches Aktenstück mit dem Vermerke „herzlich“ gegeben hat. Es handelt sich eben um ein Privatschreiben eines Beamten, es war dies Baron Hold, den Seton-Watson fälschlich als „Legal Adviser of the Ballplatz“ bezeichnet, an seinen Schwager Baron Musulin. In diesem Schreiben äußert Baron Hold am Schlusse seine Meinung, daß Österreich-Ungarn, auch wenn Serbien alle seine Forderungen annehme, gleichwohl erklären könne, daß die serbische Regierung sich nicht darüber ausgewiesen habe, daß alle verlangten Verfügungen innerhalb der festgesetzten Frist durchgeführt worden seien. Schon der Empfänger dieses Schreibens hat diese Stelle mit einem großen Fragezeichen mit Rotstift versehen und damit kundgetan, daß er diese Auffassung nicht teile. Dem Minister Graf Berchtold ist dieses Privatschreiben, wie dies aus dem Umschlag einwandfrei festgestellt werden kann, überhaupt nicht vorgelegt worden, trotzdem ist es für Seton-Watson ein schlagender Beweis für die Sorge Berchtolds, daß Serbien die österreichischen Forderungen annehmen und ihm den Vorwand zu einem Kriege gegen dasselbe nehmen könnte! Ich glaube, auch dieses Beispiel ist für die Beweiskraft der Darlegungen Seton-Watsons charakteristisch.

Bezüglich der von Seton-Watson besonders betonten revolutionären Jugendbewegung in Bosnien, Kroatien, Dalmatien, die auch die Attentäter geliefert, und deren von ihm behauptete Unabhängigkeit von den amtlichen serbischen Kreisen, möchte ich Prof. Bernadotte E. Schmitt heute vorläufig nur auf den von mir im „Weg zur Freiheit“ 6. Jahrgang Nr. 7 Seite 119 veröffentlichten Schriftwechsel des serbischen Gesandten in Cetinje, Michail Gavrilović, mit dem serbischen Ministerpräsidenten Pasić vom Dezember 1912 verweisen, der das gerade Gegenteil dieser Behauptung erweist. Die bosnische Jugend wurde nicht nur von amtlichen Kreisen Belgrads aus geführt, sondern leider vielfach auch mißbraucht. Der Unterrichtsminister Ljuba Jovanović ließ es sich z. B. nicht verdrießen, die aus bosnischen Schulen ausgeschlossenen jungen Leute in höchst eigener Person immer wieder zu empfangen und ihnen Stipendien zuzuweisen. Diesem Zwecke diente auch anscheinend ein besonderer Propagandafonds im serbischen Ministerium des Äußern. Ohne die Belgrader Unterstützung hätte die revolutionäre Bewegung unter der südslawischen

Jugend schon aus rein finanziellen Gründen niemals einen solchen Umfang annehmen können. Vor allem aber war es das moralische Moment, das die irgeleitete südslawische Jugend glauben ließ, daß angesichts ihrer Unterstützung durch amtliche und nichtamtliche Belgrader Kreise auch Mord und Totschlag erlaubte Mittel zur Erreichung ihres nationalen Ideales seien. Ohne Belgrader Einfluß wäre ihr Erzherzog Franz Ferdinand, als der allgemein bekannte Verfechter der Idee des Trialismus, zu dessen Vertrauensmännern hervorragende Vertreter der unzufriedenen Nationalitäten des alten Österreich, darunter auch heutige Minister slawischer Nachfolgestaaten gehörten, niemals als das Hindernis zur nationalen Einheit des Südslawentums erschienen.

Dr. Hans Übersberger,

o. ö. Professor an der Universität Wien, Direktor des Seminars für osteuropäische Geschichte.

## VII.

### **Der Ursprung des Weltkrieges.**

Von Harry Elmer Barnes. New York: Knopf, 1926.

Professor Bernadotte E. Schmitt schreibt hierüber:

„Wenn man in der Hoffnung, ein ausgeglichenes Urteil und eine wohlgeordnete Darstellung der Tatsachen zu finden, das Buch von Harry Elmer Barnes „Die Entstehungsgeschichte des Weltkrieges“ in die Hand nimmt, so wird das Ergebnis nur Betrübnis und Enttäuschung sein, denn Barnes ist nichts weiter als ein Mann der Kontroverse und alles andere eher als leidenschaftslos. Damit soll nicht sein Mut oder seine Aufrichtigkeit bezweifelt werden. Er sucht die Wahrheit und proklamiert ohne Furcht das, was er dafür hält. Aber wenn auch sein Zweck durchaus ehrenwert ist, so läßt doch seine Leistung viel zu wünschen übrig.

Zunächst gibt Barnes keine geordnete Darstellung der Geschehnisse. Nachdem er den Leser in drei einleitenden Kapiteln bis Juli 1914 geführt hat, behandelt er die Ereignisse dieses Monats ländersweise, indem er jeder der fünf Großmächte ein Kapitel widmet. Eine derartige Methode macht das Verfolgen der Entwicklung der Krisis unmöglich, denn die Aufmerksamkeit wird auf einen bestimmten Staat konzentriert und von den Ereignissen an anderen Orten abgelenkt. Diese Ereignisse können jedoch in einem bestimmten Augenblick von überragender Bedeutung sein. Die auswärtigen Ministerien handeln auf Grund der Nachrichten, die sie aus vielerlei Quellen erhalten; die Lage wechselt dauernd; die Politik eines Tages ist oft von den Ereignissen überholt, noch ehe

sie durchgeführt werden kann. Das war niemals so zutreffend wie im Juli 1914, als die Minister fast stündlich durch Telegramme aus einem halben Dutzend Hauptstädte aus der Fassung gebracht wurden. So erwähnt Barnes in seiner Darstellung der russischen Mobilisierung nicht, daß Österreich sich geweigert hatte, in Verhandlung einzutreten, auch nicht die Kriegserklärung an Serbien oder die Beschießung von Belgrad; und doch waren es gerade diese Ereignisse, die die Mobilisierung mit Beschleunigung herbeiführten.

Eine weitere schwere Kritik besteht darin, daß Mr. Barnes sich zu oft auf die Schriften anderer verläßt, anstatt die Akten selbst sprechen zu lassen. Man kann den Eindruck nicht loswerden, daß er die Akten nicht selbst studiert hat, denn viele, sehr wichtige Stücke erwähnt er überhaupt nicht. Auch ist er nicht sehr kritisch mit seinen Quellen zweiter Hand, außer, wenn sie seinen Beweisgründen entgegenstehen. So legt er großes Gewicht auf Mathias Morhardt, dessen Vorurteil augenscheinlich ist (siehe Zitat Seite 324—26), und auf John S. Ewart, dessen Gedankengänge dem Schreiber manchmal etwas oberflächlich vorkommen. In ähnlicher Weise nimmt er die Erklärung eines österreichischen Publizisten hin, daß der russische Militärattaché in Belgrad in das Komplott eingeweiht war; vielleicht ist das auch richtig, aber Mr. Barnes bemerkt nicht, daß Seton-Watson die Zuverlässigkeit des Zeugen angezweifelt hat. Barnes folgt der Darstellung, die Miß Durham von dem Komplott gibt, und erklärt, daß Seton-Watsons Besprechung des Buches „keine einzige der wesentlichen Behauptungen umstößt oder als falsch nachweist“ (Seite 174); er bemerkt dann, daß der kritische Leser wahrscheinlich zu dem Schluß kommen dürfte, „daß die Wahrheit in der Mitte zwischen den Darstellungen von Miß Durham und Seton-Watson liegt“ und . . . läßt seine eigene Darstellung bestehen!

Mr. Barnes macht eine Reihe von Angaben, die er nicht beweist, so zum Beispiel: „Vor Juni 1914 war es so gut wie sicher, daß Großbritannien an jedem Kriege gegen Deutschland auf seiten Frankreichs und Rußlands teilnehmen würde“ (Seite 90). Und weiter: „Frankreich hatte an der belgischen Grenze keine Verteidigungswerke von irgendwelcher Bedeutung errichtet und so seine Absicht angedeutet, zur Abwehr des deutschen Vormarsches in Belgien einzumarschieren“ (Seite 290). Oft verzerrt oder streckt er die Beweise. Ein Telegramm, das Sasonow am Tage vor der Absendung des Ultimatums nach Wien schickte, wird als Drohung dargestellt (Seite 328), wogegen man es bei einigermaßen unvor-

eingegenommenem Lesen nur als Warnung auffassen kann. Zu wiederholten Malen wird gesagt, daß Poincaré Rußland bei seinem Aufenthalt in Petersburg zu Beginn der Krisis einen Blankoscheck gab; die Beweise gehen jedoch nur soweit, daß Frankreich mit Rußland dahin übereingekommen war, eine feste Haltung einzunehmen. „Der russische Generalstabschef Januschkewitsch bat Sasonow dringend, ihm zu versprechen, daß Rußland nur mit Österreich, aber nicht mit Deutschland Krieg führen würde. Sasonow verweigerte dies“ (Seite 338). Tatsächlich fragte Januschkewitsch, der gegen eine Teilmobilisierung war, bei Sasonow an, ob er garantieren könne, daß nicht auf den Krieg mit Österreich ein Krieg mit Deutschland folgen würde, und Sasonow antwortete, daß er das nicht könne, denn er nahm an, daß Deutschland hinter Österreich stand. Es ist eine Übertreibung, wenn gesagt wird, daß „am 2. August, lange vor dem deutschen Einfall, Grey dem französischen Botschafter in London, Paul Cambon, versprach, daß England an der Seite Frankreichs am Kriege teilnehmen würde“ (Seite 288). — Sir Edward Grey machte die bedingte Zusage, daß, wenn die deutsche Flotte die Nordküste Frankreichs von der Kanalseite aus angriffe, Großbritannien Hilfe leisten würde. Mehr als einmal behauptet Barnes, daß, „noch ehe Deutschland ein Ultimatum an Belgien richtete, Grey das deutsche Angebot, die belgische Neutralität zu respektieren, falls England neutral bliebe, zurückwies“ (Seite 452). Deutschland hat niemals ein solches Angebot gemacht, höchstens hat der deutsche Botschafter persönlich diese Möglichkeit gegenüber Sir Edward Grey ausgesprochen.

Das Buch (von Mr. Barnes) enthält Tatsachenfehler. Zu sagen, daß Deutschland „nur ungern“ Österreichs örtlich beschränkten Krieg gegen Serbien „geduldet“ habe (Seite 220); daß es „nichts getan habe, um Österreich anzuspornen, abgesehen davon, daß es ihm die Blankovollmacht erteilt habe“ (Seite 251), und daß „es sich der österreichischen Kriegserklärung an Serbien widersetzt habe“ (Seite 223), heißt einfach das Gegenteil von dem behaupten, was die Akten bezeugen. Zu erklären, daß Rußland Greys Konferenzvorschlag abgelehnt habe (Seite 261, 500), ist irreführend, um es milde auszudrücken.

Denn wenn es auch Herr Sasonow vorzog, direkt mit Wien zu verhandeln, so nahm er doch schließlich den Vorschlag an. Es ist unkorrekt, zu sagen, daß „die Franzosen natürlich nicht die deutsche allgemeine Mobilmachung abgewartet, sondern ihrerseits die Mobilmachung angeordnet hätten, als sie erfuhren, daß in Deutschland der ‚Zustand drohender Kriegsgefahr‘ proklamiert worden sei“



(Seite 414); die Franzosen warteten 24 Stunden, nachdem ihnen diese Proklamation bekanntgeworden war.

Es sind auch wichtige Dinge ausgelassen. Mr. Barnes zerstört das Märchen vom Potsdamer Kronrat am 5. Juli, unterläßt es aber, die Besprechungen des Kaisers mit verschiedenen Staatsbeamten zu erwähnen. Herrn von Jagows lügnerische\*) Behauptung, er habe von dem Ultimatum nichts gewußt, wird verschwiegen, über Herrn Sasonows „formulae“ wird nichts berichtet. Mit großem Nachdruck wird geschildert, wie M. Sasonow den Zaren gedrängt habe, um die Mobilmachung durchzusetzen, aber über die falsche Meldung eines serbischen Angriffes, mit deren Hilfe Graf Berchtold Franz Josef dazu brachte, die Kriegserklärung an Serbien zu unterzeichnen, wird nichts gesagt. Die kompromittierenden Telegramme des Generals von Moltke an Feldmarschall Conrad werden allerdings erwähnt (Seite 234, 720), aber mehr gelegentlich, ohne anzudeuten, daß diese Telegramme den Grafen Berchtold bestimmten, keine Zugeständnisse zu machen. Während er immer wieder auf die Tatsache zurückkommt, daß der Entschluß Frankreichs zum Kriege Iswolski 16 Stunden vor der deutschen Kriegserklärung an Rußland mitgeteilt worden sei (Seite 288, 415), erzählt Mr. Barnes nicht, daß Deutschland sechs Stunden vorher ein Ultimatum gestellt hatte, worin es Frankreich ersuchte, sich darüber zu äußern, wie es sich in dem bevorstehenden Kriege zwischen Deutschland und Rußland zu verhalten gedenke. Diese lange Kritik entspringt nicht etwa aus Tadelsucht, denn bei der Durcharbeitung des ungeheuren Materials können Fehler kaum vermieden werden, noch besteht die Absicht, Deutschlands Feinde durch Andeutungen und Schlußfolgerungen weißwaschen zu wollen. Aber Mr. Barnes' Irrtümer sind zahlreich und ernst genug, um die Annahme zu rechtfertigen, daß er das Quellenmaterial nicht vollständig beherrscht und daß seine Darstellung oft sehr tendenziös ist. Der Ausgangspunkt für Mr. Barnes' Darstellung wird sichtbar in der Überschrift des Kapitels III, die französisch-russische Verschwörung, die den Krieg herbeiführte. Sein nächster Schritt ist, zu versichern, daß Mr. Poincaré im Juli 1914 (den russischen Extremisten) „zu verstehen gegeben habe, daß die voraussichtlich zu erwartende österreichisch-serbische Krisis ihm willkommen sein würde als der ‚Zwischenfall auf dem Balkan‘, mit dessen Hilfe die Russen einen europäischen Krieg entfachen könnten“.

Nun gibt es aber kein Dokument, das diese Behauptung rechtfertigt. Weiterhin stellt Mr. Barnes alle Friedensvorschläge

---

\*) Hier liegt ein schwerer Irrtum des Verfassers vor. Die Schriftleitung.

M. Sasonows als „diplomatische Verschleierungsmanöver“ hin, in deren Schutze dieser alle zum Kriege notwendigen Maßnahmen, d. h. die Mobilmachung, heimlich hätte vorbereiten wollen. Als Beweis führt er die Aussagen einiger russischer Beamten an, denen zufolge M. Sasonow, als er von dem Ultimatum hörte, ausgerufen haben soll: „Das ist der europäische Krieg!“, und außerdem die Tatsache, daß die militärischen Führer ebenfalls geäußert hätten, nun „sei der Krieg da“ (Seite 200). Er sagt, es habe allgemein die Auffassung geherrscht, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Rußland, Frankreich und England, daß Mobilmachung den Krieg bedeute. Daher müsse Rußland, wenn es zu dieser Maßnahme griff, den Krieg beabsichtigt haben. Die Franzosen hatten die Folgen der Mobilmachung ebensogut gekannt, und doch hatten sie ihren Verbündeten dazu gedrängt, heimlich dazu zu schreiten. Daß die Mobilmachung wahrscheinlich den Krieg herbeiführen würde, ist freilich allgemein angenommen worden. Trotzdem hätte Mr. Barnes darauf hinweisen können, daß M. Sasonow wiederholt geäußert hat, sie müsse diesen nicht notwendig zur Folge haben. Außerdem können die Worte Sasonows und der Militärs doch auch in dem Sinne ausgelegt werden, daß jene nur ihrer Erwartung oder Überzeugung, daß es zum Kriege kommen würde, Ausdruck gegeben hätten. Sie mußten annehmen, daß Österreich zum Kriege entschlossen und daß es der deutschen Unterstützung sicher sei. Wahrscheinlich erwarteten sie nicht, daß die russische Mobilmachung Österreich abschrecken würde, und es war ihnen angekündigt worden, daß Deutschland eine solche als Kriegsfall betrachten würde. Aber es folgt daraus nicht, daß Rußland bewußt die Gelegenheit ergriffen habe, um den Krieg herbeizuführen. Es wartete sechs Tage mit seiner Mobilmachung, in denen es der Diplomatie alle Möglichkeiten offen ließ. Daß es noch ein oder zwei Tage länger hätte warten können, vielleicht warten sollen, mag zugegeben werden. Aber alles Reden der Deutschen darüber, daß sie einen Druck auf Österreich ausüben wollten, hatte keinen Erfolg gehabt, und wir wissen, daß Österreich nicht gesonnen war, in irgendeinem Punkte nachzugeben. Daß vom streng militärischen Gesichtspunkt aus die von Deutschland vertretene Auffassung richtig war, mag zugegeben werden. Aber die Strategie war nicht allein ausschlaggebend. General von Moltke und von Bethmann Hollweg erklärten beide, daß es mit Deutschlands Würde unvereinbar sei, unter dem Druck der russischen Mobilmachung verhandeln zu müssen. Sie zogen mit anderen Worten den Krieg der diplomatischen Niederlage vor, die sie vor Augen hatten, wenn

sie Rußland seine Vorbereitungen beenden ließen, genau wie — beilegt man sich hinzuzufügen — Rußland und Frankreich den Krieg der diplomatischen Demütigung vorzogen, Österreich ungehindert gewähren lassen zu müssen.

Natürlich behauptet M. Barnes, daß Rußland weder ein moralisches noch irgendein anderes Recht gehabt habe, Serbien zu unterstützen, und daß Rußland sich mit den österreichischen Versprechungen, die Integrität und Souveränität Serbiens achten zu wollen, hätte begnügen müssen. Ob diese Versprechungen aufrichtig gemeint waren, ist mehr als zweifelhaft. Auf jeden Fall weigerte sich Graf Berchtold, sie in bindender Form zu geben. Die Schwäche dieser Beweisführung beruht darin, daß sowohl Deutschland wie Österreich mit Bestimmtheit erwarteten, daß Rußland Einwände erheben würde; sie glaubten nur nicht, daß es zu den Waffen greifen würde. In ähnlicher Weise müssen Mr. Barnes' Versicherungen, daß Deutschland und Österreich nur einen örtlich beschränkten Krieg gewünscht hatten (was wahr ist), an Wert verlieren dadurch, daß Staatsmänner beider Länder eingeräumt haben, es könnte daraus ein Konflikt mit Rußland entstehen. Man kann mit Recht Rußland die übereilte Mobilmachung, Frankreich die ungebührliche Ermutigung seines Verbündeten zum Vorwurf machen. Aber den Mittelmächten muß man zur Last legen, daß sie bewußt und rücksichtslos eine Politik getrieben haben, die die Möglichkeit eines europäischen Krieges in sich barg.

Mr. Barnes betont mit Recht, welche Anstrengungen Deutschland gemacht habe, Österreich zurückzuhalten, als es gewahr wurde, daß ein allgemeiner Krieg drohe; aber er unterläßt es, darauf hinzuweisen, daß von Bethmann Hollwegs Telegramme ebenso sehr das Bemühen zeigen, Rußland die Verantwortung für einen Bruch zuzuschieben, als Österreich zu bewegen, Zugeständnisse zu machen. — Das lange Kapitel über Sir Edward Grey ist durchaus nicht überzeugend. Daß „England im Jahre 1914 entschlossen gewesen sei, sich auf einen Krieg einzulassen, wenn Frankreich dies täte“, ist eine Annahme, die durch das, was man über die Unstimmigkeiten im Kabinett und die Unsicherheit der öffentlichen Meinung damals weiß, widerlegt ist. Und man muß wirklich protestieren gegen die Behauptungen, daß „Grey sehr erfreut gewesen sei“, als Deutschland es ablehnte, seine Frage hinsichtlich der belgischen Neutralität zu beantworten (Seite 511), und daß er „leichten Herzens“ sein Ultimatum nach Berlin abgesandt habe (Seite 554).

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß Mr. Barnes' Buch weit davon entfernt ist, die objektive und wissenschaftliche Lösung des großen Problems darzustellen, die wir so dringend benötigen. Als einen Protest gegen die alte Auffassung von der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg wird es allen ehrlichen Menschen willkommen sein, aber als Versuch, eine neue Lehre von der Alleinschuld Frankreichs und Rußlands aufzustellen, muß es ohne Zögern zurückgewiesen werden. Der Krieg war die vielleicht unvermeidliche Folge des ganzen Systems von Allianzen und Rüstungen, und im Anfang sowie in der Entwicklung und Auswirkung dieses Systems spielten die Mittelmächte eine hervorragende Rolle. In der Tat war es Deutschland, das im Jahre 1914 das System auf die Probe stellte. Weil dieses bei der Probe versagte, hat Deutschland kein Recht zu behaupten, daß es von Verantwortung frei sei.“

**Stellungnahme vom Verfasser Professor Harry Elmer Barnes,  
Smith College.**

Anmerkung: Infolge verspäteten Eintreffens des Manuskripts und wegen Raummangels konnten wir nur einen Teil des Manuskripts und diesen nur in englischem Text bringen. Die Schriftleitung.

After examining Mr. Schmitt's list of my statements for which he alleges I do not offer proof, of my errors of fact, and my sins of omission (pp. 144—5) I would modify or qualify only one statement in the light of Mr. Schmitt's criticisms, namely, that about the relation between the French declaration of war and the German proclamation of a state of imminent war. This should read: "The French did not wait for the German general mobilization, but used the German proclamation of a state of imminent war as the justification for their mobilization order." None of the alleged omissions possess any significance in assessing the question of war guilt, and the Kaiser's conferences with officials on July 5th are fully covered in the excellent quotation from Professor Fay on page 242. The Kaiser would have been an idiot if he had left without such conferences. And Mr. Schmitt well knows that in his conference of July 5, 1914, the Kaiser was of the opinion that there would be no European war, and that the officers should not be recalled from their vacations. He left orders that no warlike measure should be taken. Mr. Schmitt's allegation that the German inquiry as to what France intended to do in the crisis justified the French decision on war is one of the most amusing examples of what Levy-Bruhl would call his "pre-logical" mode of thinking.



Mr. Schmitt's treatment of England's attitude towards Belgium, or Poincaré in St. Petersburg, and of the Russian mobilization is the typical one characteristic of the "pussy-footers" and "die-hards". Like Grey he attempts to escape the implications of the German proposal to England that England remain neutral on condition that Germany keep out of Belgium, refrain from attacking the French channel ports, and guarantee the integrity of France. He states that this was not an official German "offer" but only a suggestion by the German ambassador. Grey treated it in 1914 as though he understood it to be an official and formal offer, and Lichnowsky has shown that he was authorized to make this suggestion. But whether the offer was official or not, Grey indicated that he would not accept it in any case. No country ever had less incitement to make war upon another than England had to go in against Germany up to August 3d, 1914, but Grey had made the decision by this time. Yet Mr. Schmitt declares Grey "passionately and sincerely devoted to peace". Even Grey himself in his *Memoirs* refutes Mr. Schmitt's denial of the truth of my assertion that "England in 1914" was determined to go to war if France did." Grey admits that he would have resigned if England had not followed France, irrespective of the Belgian issue.

Mr. Schmitt contends that there is no documentary evidence that Poincaré assured the Russians that the Austro-Serbian dispute would be adequate as the "Balkan incident" which would call forth the French fulfilment of the terms of the Franco-Russian military alliance and bring France into the prospective war on the side of the Russians. Had Mr. Schmitt read Stieve's book before he reviewed it, he would have learned that the document I cite on page 322 is a genuine one which Dr. Stieve obtained permission to print from the British archives. Further, we know from Paléologue that when Poincaré left Russia he told Paléologue that he must not allow Sazonov to weaken in his menacing attitude towards Austria. Even Fabre-Luce admits that after Poincaré's Russian visit there was only the slightest possibility of averting the European war.

Mr. Schmitt ridicules my contention that Russian diplomacy in July 1914 was a barrage to gain time, holds that the Russian mobilization was merely "likely to produce war", states that Russia waited six days before mobilization, gave diplomacy every chance, and mobilized merely because German pressure had yielded nothing. He ignores the fact that this diplomatic "barrage" was specifically provided for in the Russian military protocol of November 8, 1912, where it was stated that to gain time on Germany

“Our military measures must be masked by clever pretended diplomatic negotiations in order to lull the fear of the enemy as completely as possible.” He likewise seems unconscious of the fact that in 1915 General Palizyn, Russian chief of staff, boasted that this had been the Russian procedure in the July crisis of 1914: “Our mobilization struck the Austrians like a thunderbolt. It was then too late for them. They had become involved with Serbia. The Germans, too, permitted the first days to lapse without action. Altogether we gained twelve days. Our enemies committed a huge blunder (by regarding Russian diplomatic efforts as sincere) and conceded to us at the same time an incalculable advantage.” Mr. Schmitt also fails to indicate that, while the Russians waited six (actually five) days to mobilize, they really began their military preparations for immediate war on July 24th, just as soon as they heard of the terms of the Austrian ultimatum to Serbia. He does not point out that the terms of the Franco-Russian military alliance did not say that mobilization made war “likely”, but stated unequivocally that “mobilization is war”, or that Dobrorolski frankly admits that the war was “on” as soon as the mobilization order had been put on the wires about six o’clock on the evening of July 30, 1914. Dobrorolski frankly admits that the Russian diplomacy in 1914 was really a subterfuge and a barrage. Nor does Mr. Schmitt state that the Russian mobilization had been decided upon before Germany had been given time enough to restrain Austria or that Austria’s resistance seemed likely was already breaking in spite of Moltke, when hostilities were forced by the premature Russian mobilization and the Russian refusal to demobilize. Sazanov was opposed to any conference relating to Austro-Serbian relations and announced early in the crisis that Russia would tolerate no outside interference in her policy in regard to Austria. This, rather than Germany’s attitude toward a conference, was what made it difficult for Grey to consider restraining Russia in 1914. As we pointed out above, Mr. Schmitt errs amazingly in representing the grave military danger with which Germany was confronted through the Russian mobilization as no more serious than the dubious diplomatic humiliation to which France and Russia would have been subjected in case they had been compelled to watch Austria proceed with the legitimate punishment of Serbia. Mr. Schmitt rests his attack upon the revisionist theory of war-guilt chiefly on the ground of the Moltke telegrams to Conrad which, he alleges, prove that Moltke wanted war and were the chief factor in holding Austria thoroughly in line with his bellicose purpose. We now know beyond

any reasonable doubt that though Moltke feared the crisis would lead to war he did not desire a European war, lacked self-confidence in the crisis, and was by no means sure of the outcome. The Moltke telegrams were purely precautionary, and, in any event, were sent after the prospects for peace had been ruined by the Russian general mobilization. It is of no avail for Mr. Schmitt and Seton-Watson to allege that Moltke sent these telegrams before he was certain of the Russian mobilization. He had much corroborative information confirming the rumors of Russian mobilization before he sent his telegrams. Moreover, his telegrams did not make a European war inevitable as did the Russian mobilization.

It will be noted that Mr. Schmitt does not care to challenge specifically my assertion that Russia had no legitimate justification for intervening in behalf of Serbia in 1914, but, as Lowes Dickinson points out, *this is the pivotal and crucial point in the whole controversy as to the immediate responsibility for the World War*. The fact that Germany and Austria desired only a local punitive war (which, to be strictly accurate, Germany did not desire after July 25th) is not affected by their recognition that Russia *might* precipitate a general war over this local war. The onus falls upon Russia here rather than upon the Central Powers, unless it can be shown that Russia's safety was at stake — a claim which not even Mr. Schmitt has ever dared to advance. Bethmann Hollweg was certainly chiefly interested in preventing war, but, if it had to come, he wanted to make it clear that Russia had taken the initiative — certainly a wholly legitimate desire which in no way compromises the genuineness of his efforts for peace. And in the end Mr. Schmitt scarcely dares to go further than Fabre-Luce's famous war-guilt formula which enthusiastically approved in my book, to the effect that "the gestures of the Central Powers made war possible; those of the Entente made it inevitable". This is certainly the only intelligent interpretation of the last sentence in the first paragraph on page 147. Mr. Schmitt's last thrust to the effect that "as an attempt to set up a new doctrine of unique Franco-Russian responsibility the book must be unhesitatingly rejected" is true in a sense not intended by Mr. Schmitt. If one were to hesitate he might be convinced, not because of any merit on the part of the author but because of the inescapable logic of the facts when honestly organized and intelligently interpreted.

Mr. Schmitt errs to a large extent in his judgement as to war guilt chiefly because he hopelessly confuses two quite different

matters — namely the general diplomatic background of 1914 (better 1912) and the crisis of July-August 1914. His conception of the former is quite correct. There is divided — perhaps equal — responsibility here, and the systems of alliances were responsible for this situation. We may grant that war could not have come without the alliances, but in 1914 it was France and Russia which forced the issue to an armed European conflict. The worst that can be said of the Central Powers is that they made it possible for France and Russia to do so — and surely their provocation and justification in the Serajevo murder were great.

A sensible view of war guilt consistent with the facts would seem to be that with respect to the basic causes of the World War, namely, nationalism, imperialism, economic rivalry, armaments etc., there was divided and relatively equal responsibility. Likewise, there was about equal responsibility for the diplomatic alignments and controversies in the period from 1870 to 1912, though certainly the Triple Alliance was more pacific in its objectives than the Triple Entente. From 1912—1914, however, France and Russia took the lead in the aggressive diplomacy which helped to create the specific situations which made the war possible in 1914. In the crisis of July-August, 1914, the responsibility for bringing about a European war is almost exclusively that of the Serbian plotters and the French and Russian leaders. While we should agree with Mr. Schmitt and Mr. Dickinson as to the dangerous and menacing situation created by the European system of anarchy and alliances in 1914 and as to the necessity of supplanting this system by one based upon international control and compulsory arbitration of disputes, yet in the interest of truth it is also desirable to combat the notion of the inevitability of war in 1914. It was the specific personalities and policies controlling matters in 1914 which brought on the War. This assertion can be substantiated by simply asking Mr. Schmitt and Mr. Dickinson if they believe that there would have been any war in 1914 following the assassination of the Archduke if Tisza had been in charge of Austrian foreign policy, Caillaux in control in France, Kokovtsov Russian Foreign Minister, and Lord Morley in charge of British foreign policy? The crisis of 1914 developed into a general war because it was admirably adapted to exploitation by those who desired a general conflict. At the same time it is difficult to imagine a crisis, arising out of an incident so conspicuous as the murder of Franz Ferdinand, which could have been more readily handled *without war* by a truly pacific and decisive group of European foreign secretaries.



Certainly I would be the last to pretend that my book is the final word on the question of war guilt, but if this is the most that Mr. Schmitt can do to discredit it I have been more successful than I have ever dared to hope. Further, should I rewrite the book now in the light of materials which have appeared in the last year and those which I was able to accumulate in Europe this summer I should be both inclined and able to make the case against the Entente at least twenty-five percent stronger than I have.

Harry Elmer Barnes.

---

## MONATSBERICHT.

### AMERIKA.

**Eine Rede Coolidges zum 11. November.**

„Tägliche Rundschau“, 12. November 1926, Nr. 526.

Bei der Einweihung eines Denkmals zur Erinnerung an den Weltkrieg hielt Coolidge eine Ansprache, in der er u. a. sagte: „Es kommt uns wenig darauf an, zu untersuchen, wie dieser Krieg angefangen hat. Seine Blutarbeit ist getan. Durch Anklagen und Gegenanklagen kann nichts gewonnen werden.“

Dazu schreibt die „Tägliche Rundschau“ vom 13. November, Nr. 531: „Für die Amerikaner hat, so sagte Präsident Coolidge, die Kriegsschuldfrage kein Interesse, ein Wort, hinter das wir denn doch ein Fragezeichen machen müssen. Hat denn Amerika wirklich kein Interesse daran, daß der Geist der Wahrheit dem Drachen der Lüge den Kopf zertrete? Aber sei dem wie immer: wir Deutsche können nimmermehr unsere Kräfte so wie wir es wünschen dem Werke des Friedens widmen, solange uns der Stachel der Kriegsschuldflüge im Fleische sitzt.“

★

### DEUTSCHLAND.

**„Völkerbund und Schuldfrage.“**

„Berliner Lokalanzeiger“, 23. November 1926, Nr. 552.

Die Parteien des Reichstages mit Ausnahme der Sozialdemokraten haben sich geeinigt, einen Antrag einzubringen, der die Regierung ersucht, in eine Prüfung der Frage einzutreten, wieweit die Satzungen des Völkerbundes und des Ständigen Internationalen Gerichtshofes Möglichkeiten bieten, eine Prüfung der Kriegsschuldfrage durch diesen Gerichtshof zu erreichen.

## **Professor von Freytagh-Loringhoven begründet den Antrag auf Untersuchung der Kriegsschuldfrage.**

**„Kreuzzeitung“, 25. November 1926, Nr. 549.**

„Die deutschnationale Fraktion hat zwar den Eintritt in den Völkerbund bekämpft und hält ihn für einen Fehler, aber sie ist gewillt, aus der vollendeten Tatsache das möglichste für Deutschland herauszuholen. Das gilt vor allem auf dem Gebiete der Kriegsschuldfrage. Ihrer Überzeugung nach bieten die Satzungen des Bundes und des internationalen Gerichtshofes Handhaben, um eine Entscheidung des Gerichtshofes über diese Frage herbeizuführen. Sie hat daher einen entsprechenden Antrag eingereicht. Sie hat ihn aber zugunsten des gemeinsamen Antrages von Freytagh-Loringhoven, Kaas und Schnee fallen lassen, um gerade in dieser Frage eine möglichst breite Front zu bilden, und begnügt sich deshalb zunächst damit, die Regierung um eine Prüfung des eingeschlagenen Weges zu ersuchen. Sie ist der Überzeugung, daß diese Prüfung zu einem positiven Ergebnis führen muß. Angesichts seiner bisherigen Tätigkeit dürfen wir dem Gerichtshof volles Vertrauen entgegenbringen. Als Rechtsfrage ist die Schuldfrage deshalb anzusehen, weil das Schuldbekenntnis in Artikel 231 des Friedensvertrages zur Grundlage von Entschädigungsforderungen gemacht und unser Verhalten dadurch zu einer Rechtsverletzung gestempelt ist. Somit ist die Zuständigkeit des Gerichtshofes gegeben.

Gerade der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint besonders geeignet. Die deutsche Aktenpublikation kommt in diesen Tagen zum Abschluss, und Anfang Dezember ist die Veröffentlichung englischer Akten zu erwarten. Unser Antrag darf keinesfalls als bloße Geste angesehen werden. Die von der Regierung unternommenen Versuche, die Schuldfrage zu klären, sind sämtlich gescheitert. Auf diplomatischem Wege ist nichts zu erreichen. Hier wird ein neuer Weg gewiesen. Wir bestehen darauf, daß er beschritten werde. Erst wenn die Last der Kriegsschuldfrage von Deutschland genommen ist, ist uns der Weg ins Freie geöffnet.“

## **Kriegsschuldfrage und Haager Schiedsgericht.**

**„Der Tag“, 26. November 1926, Nr. 283.**

Im „Tag“ wird zu dem parlamentarischen Antrag auf Prüfung der Kriegsschuldfrage durch das Haager Schiedsgericht folgendes mitgeteilt:

„Nachdem Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist, besteht juristisch die Möglichkeit, daß sich Deutschland an den

Ständigen Internationalen Gerichtshof wendet. Alle Versuche Deutschlands, auf diplomatischem Wege die Kriegsschuldfrage aufzurollen, sind an dem Widerstand der anderen Großmächte gescheitert, die aus erklärlichen Gründen die Machtposition nicht aufgeben wollen, die sie sich dadurch geschaffen haben, daß sie Deutschland im Versailler Vertrag mit der Kriegsschuld belasteten.

Der Internationale Gerichtshof setzt sich aus elf ordentlichen und vier stellvertretenden Richtern zusammen. Vor diesem Gerichtshof ist die Möglichkeit gegeben, einseitig Klage zu erheben. Die Großmächte gehören nicht zu den Staaten, die das Protokoll fakultativ unterschrieben haben. Von deutschen Kriegsgegnern sind beigetreten Belgien, Brasilien, Portugal und Uruguay. Trotzdem müßte natürlich auch an die Großmächte die Aufforderung ergehen, vor dem Schiedsgericht zu erscheinen. Wenn sie ein Erscheinen ablehnen würden, müßten immerhin die angeführten Staaten mit Deutschland verhandeln, und es bestünde noch die Möglichkeit, die Großmächte gewissermaßen „als Zeugen“ vernehmen zu lassen. Ihre Weigerung, Aussagen machen zu lassen, würde für Deutschland moralisch ein Erfolg sein.“

Da diplomatische Proteste und Noten, die Feststellungen der Wissenschaft oder die verschiedenen Appells an die Gewissen die Lösung der Kriegsschuldfrage bis jetzt nicht erbracht haben, bleibt wohl nur noch der Rechtsweg übrig. Aus diesem Grunde verdient der parlamentarische Antrag nach unserer Auffassung größte Beachtung.

**Die Kriegsschuldfrage. Von Geheimrat Professor Dr. Philipp Zorn.**  
„Fränkische Zeitung“, 13. Oktober 1926, Nr. 385.

Geheimrat Zorn, der bekannte deutsche Völkerrechtslehrer, der Deutschland auf den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 vertreten hat, protestiert in schärfster Form gegen den Artikel 231 des Versailler Vertrages, den er als einen Schandfleck für die Menschheit bezeichnet, der so bald als möglich verschwinden muß.

**Neue Urteile über die Verletzung der belgischen Neutralität. Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.**

„Rheinischer Beobachter“, 1926, Nr. 19.

Die Verletzung der belgischen Neutralität spielt in der Literatur unserer ehemaligen Gegner immer noch eine starke Rolle. In welcher Weise sie in den letzten belgischen und französischen

Werken in den Vordergrund gerückt ist, zeigt Schwertfeger an Hand des belgischen Generalstabswerkes, der Memoiren Poincarés und der Bücher von Bourgeois, de Ridder und Gottschalk.

### **Die deutsch-französischen Beziehungen und die Kriegsschuldfrage. Von Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger.**

**„Tägliche Rundschau“, 26. November 1926, Nr. 551.**

Oberst Schwertfeger schreibt in seinem Artikel unter anderem:

„Wir können uns daher der Auffassung jener Leisetreter nicht anschließen, die da wähnen, von einer energischen Erörterung der Kriegsschuldfrage deutscherseits sei eine Verschlechterung unserer außenpolitischen und ganz besonders auch unserer wirtschaftlichen Lage zu befürchten. Die so sprechen, verkennen den Geist und die reale Auswirkung des Ideellen in Politik und Wirtschaft. Wie im bürgerlichen Leben, so wird auch im Verkehr der Völker niemand einen Gegenpartner wählen, dem mißzutrauen er alle Veranlassung hat, und der nicht einmal so viel Ehrgefühl besitzt, um sich von den schweren Beschuldigungen zu reinigen, die seine Verfehmung bewirkt haben.“



### **ENGLAND.**

#### **Grey über die Kriegsschuldfrage.**

**„Berliner Tageblatt“, 3. November 1926, Nr. 520.**

Auf einem Diner der englischen Völkerbundliga zu Ehren der Dominionsdelegierten hielt Lord Grey eine längere Rede, in der er u. a. auch zur Kriegsschuldfrage Stellung nahm. Wenn der Völkerbund ein Erfolg sein solle, führte Grey aus, so sei es notwendig, daß man vor allen Dingen die Ursache des Weltkrieges genau feststelle. Er habe bereits früher auf den unheilvollen Einfluß, den die Militaristen in Deutschland vor dem Ausbruch des Krieges gehabt hätten, hingewiesen. Je mehr er aber über die Vergangenheit nachdenke, um so mehr komme er zu der Überzeugung, daß von vielleicht noch größerem Einfluß auf den Ausbruch des Krieges die Propaganda und die Gegenpropaganda gewesen seien, und daß der Versuch, die Kriegsschuld auf eine bestimmte Nation zuwälzen, keineswegs die Feststellung der Kriegsursache bedeute, sondern vielmehr nur die tiefsten Gründe für seinen Ausbruch verdunkle. Der Krieg sei durch eine generationenlange Entwicklung bedingt gewesen, und der Hauptgrund für den Krieg sei die Spaltung Europas in verschiedene Machtgruppen gewesen, die sich gegeneinander richteten.



## FRANKREICH.

**La mission de Lord Haldane à Berlin. (Février 1912 von Emil Bourgois.)**

**„Revue des deux Mondes“, 15. Oktober 1926.**

Eine Arbeit auf Grund der in Band 31 der „Großen Politik der Europäischen Kabinette“ veröffentlichten Dokumente.

**Origines et responsabilités de la guerre. L'Angleterre et les responsabilités de la guerre.**

**„Les Documents politiques, diplomatiques et financiers“,  
Oktober 1926.**

Die „Documents politiques“ beginnen mit dem vorstehenden Aufsatz die Veröffentlichung einer größeren Studie über die Kriegsschuld Englands. Die in dem Oktoberheft erscheinenden Ausführungen stützen sich in der Hauptsache auf die belgischen Dokumente und auf das im Jahre 1911 erschienene Buch von Francis Delaisi: „La guerre qui vient“.

**Die Kriegsschuldfrage.**

**„Tägliche Rundschau“, 27. November 1926, Nr. 553.**

Der bekannte französische Historiker, Professor Aulard, der in Frankreich als Kenner der Kriegsschuldfrage gilt, gewährte einem Pressevertreter eine Unterredung, in der er u. a. auf die Frage, was er von dem im Reichstage eingebrachten Antrage halte, wonach die Kriegsschuldfrage dem Haager Schiedsgericht zur Klärung unterbreitet werden solle, antwortete:

Er habe dagegen an und für sich nicht das geringste einzuwenden, doch erscheine ihm der Haager Gerichtshof nicht als die zuständige Instanz. Im besten Falle könnte das Haager Gericht nur einen Ausschuß von Historikern mit der Prüfung des Problems beauftragen, und diese würden sicher zu dem Schlusse kommen, daß eine Kriegsschulddebatte um ein Menschenalter verfrüht wäre. Das deutsche Volk sollte sich jetzt von der Vergangenheit ab- und der Zukunft zuwenden. Auf die Frage, ob nicht endlich der Schuldparagraph gestrichen werden müßte, erwiderte Professor Aulard, daß diesem Paragraphen nicht die geringste Bedeutung (?) zukomme, da das Geständnis erzwungen wurde. Eine Streichung würde aber eine Revision des Versailler Vertrages zur Folge haben, die andere Änderungen nach sich ziehen könnte, und müßte aus diesem Grunde unterbleiben. Es genügt nach Ansicht Aulards, und er glaube, hierzu werde sich eine Gelegenheit bald finden, daß die alliierten

Regierungen ein Manifest abfassen, in dem sie feierlich verkünden, daß ihre Überzeugung bezüglich der Kriegsschuld nicht auf Paragraph 231 des Versailler Vertrages beruhe.

Wir können nicht glauben, daß die alliierten Regierungen sich jemals zu einem so einfältigen Manifest entschließen werden. Es ist selbstverständlich, daß die Ü b e r z e u g u n g der Alliierten nicht auf dem § 231 des Versailler Vertrages beruhen kann, wohl aber haben die Alliierten durch diesen § 231 die Kriegsschuld Deutschlands vertraglich zum Ausdruck gebracht und die gegen Deutschland aufgehetzte Welt hat sich danach gerichtet. Außerdem ist die Kriegsschuld Deutschlands aber auch in der Einleitung zum Friedensvertrag festgelegt worden.

★

## ITALIEN.

### Italien öffnet seine Archive.

„Tägliche Rundschau“, 24. November 1926, Nr. 548.

Wie aus Rom gemeldet wird, will die italienische Regierung eine Sammlung diplomatischer Dokumente zur Außenpolitik Italiens von 1871 bis zum Weltkrieg herausgeben. Die Sammlung wird auch die Dokumente enthalten, die aus den österreichisch-ungarischen Archiven auf Grund des Friedensvertrages und späterer Sonderabkommen in italienischen Besitz übergegangen sind. Mit der Herausgabe der Sammlung ist der S t a a t s r a t S e n a t o r S a l a t a beauftragt worden. Der erste Band soll Anfang des nächsten Jahres erscheinen.

### Testimonianze sui responsabili della guerra.

„Il Secolo“, 19. November 1926, Nr. 21 952.

Im „Secolo“ veröffentlicht der frühere italienische Botschafter in Berlin, Graf Bosdari, eine sehr beachtenswerte Kritik zu den Aktenpublikationen des deutschen Auswärtigen Amtes, die von Stieve herausgegeben worden sind. Bosdari stimmt den Ausführungen Stievers über die Rolle, die Iswolski beim Ausbruch des Weltkrieges gespielt hat, im wesentlichen zu. Er kommt ausführlich auf die Kriegsschuldfrage zu sprechen, die besonders Frankreich und Deutschland interessiere. Den Bemühungen Stresemanns, diese Frage offiziell aufzurollen, widersetzte sich Frankreich aus der Befürchtung heraus, daß eine solche Diskussion nachteilige Wirkungen auf die Reparationsfrage haben könne. In Italien dagegen

erhitze diese Frage nicht in dem Maße die Gemüter, da die Italiener wüßten, daß für ihren Eintritt in den Krieg keine fremden Einflüsse maßgebend gewesen seien. Es sei aber auch für die Italiener nicht mehr angängig, sich auf die Dauer in dieser Frage völlig passiv zu verhalten. In dieser Hinsicht sei die Veröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amtes sehr wichtig, denn nunmehr könne nicht mehr daran gezweifelt werden, daß Iswolski den Krieg bewußt gewollt und vorbereitet hat. Iswolski habe ein um so leichteres Spiel gehabt, nachdem Poincaré in Frankreich zur Macht gekommen und nachdem Delcassé zum französischen Botschafter in Petersburg ernannt worden sei, um in geschickter Verquickung der elsässischen Frage mit dem Problem der Meerengen zur Verwirklichung des alten Traumes der russischen Politik, der Eroberung Konstantinopels, beizutragen.

★

### UNGARN.

**Une nouvelle thèse relative a la question des responsabilités.  
von Graf Montgelas.**

**„Revue de Hongrie“, 15. November 1926.**

Graf Montgelas führt in seinem Aufsatz aus, daß die Verteidiger der Herren Poincaré, Iswolski und Sasonow sich stark in Verlegenheit versetzt fühlten, als die Lokalanzeiger-Affäre ebenso unhaltbar geworden war wie die Datenfälschungen der Mobilmachungen. „Sie begaben sich — fährt Graf Montgelas fort — auf die Suche nach einer neuen These. Nach langen Bemühungen, während mehrerer Jahre, glauben sie sie endlich gefunden zu haben. Hier ist sie: Eine Broschüre von Heinrich Kanner: „Der Schlüssel zur Kriegsschuldfrage“ bemüht sich, den Nachweis zu erbringen, daß die deutsche Regierung seit dem 30. Juli entschlossen war, „in jedem Falle am anderen Tage den Kriegsgefahrzustand“ zu erklären und gleichzeitig an Petersburg die Aufforderung zur Einstellung aller Kriegsvorbereitungen zu richten. Nach der in Frage stehenden Broschüre wäre die Depesche des Grafen Pourtalès, die am 31. gegen Mittag die allgemeine Mobilmachung in Rußland meldete, zu sehr gelegener Stunde eingetroffen, um eine am Tage vorher getroffene Entscheidung nachträglich zu begründen.

Zur Widerlegung dieser These genügt es, an zwei Unterredungen des deutschen Generalstabchefs mit seinen Mitarbeitern zu erinnern. Kurz nach Mitternacht vom 30. zum 31. Juli sagte General von Moltke zum Oberstleutnant von Haeften: „Es liegen zwei zuverlässige, voneinander unabhängige Meldungen vor, wonach

in Rußland die Mobilmachung der gesamten bewaffneten Macht bereits angeordnet ist.“ (Wir wissen heute, daß diese beiden Meldungen sehr zuverlässig waren, denn in der Tat war die telegraphische Mobilmachungsbefehle schon seit mehr als sechs Stunden in allen Zentren des Zarenreiches angelangt.) Nichtsdestoweniger, trotz der zuverlässigen Informationen, fügte Herr von Moltke hinzu: „Ehe ich jedoch S. M. die Mobilmachung anraten werde, will ich noch eine dritte Bestätigung der Meldung über die russische Mobilmachung abwarten.“

Die zweite Unterredung hat am 31. Juli gegen 7 Uhr morgens durch Telephon stattgefunden. Ein Generalstabsoffizier in Allenstein (in Ostpreußen) meldete, daß die roten Mobilmachungsbefehle bereits jenseits der Grenze angeschlagen worden seien. Aber selbst jetzt weigerte sich General Moltke, in dieser Meldung die dritte von ihm erwartete Bestätigung zu sehen, sondern er antwortete: „Sie müssen mir einen dieser Zettel verschaffen. Ich muß die Gewißheit haben, daß tatsächlich gegen uns mobilgemacht wird. Ohne diese Gewißheit zu haben, kann ich keinen Mobilmachungsbefehl erwirken.“ Die Verteidiger des Zarismus werden entgegnen, daß zwei Dokumente existieren, wonach die Haltung des Herrn von Moltke weniger zurückhaltend gewesen sei. Das eine ist eine vom österreichisch-ungarischen Militärattaché in Berlin unterzeichnete und am 30. Juli, 9 Uhr 40 p. m., aufgegebenene Meldung:

„Moltke sagte, daß er die Lage kritisch beurteile, wenn die österreichisch-ungarische Monarchie nicht sofort gegen Rußland mobilisiert. Durch abgegebene Erklärung Rußlands über angeordnete Mobilisierung Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen durch Österreich-Ungarn gegeben, was auch in öffentlicher Begründung anzuführen wäre. Dadurch wäre Bündnisfall für Deutschland gegeben. Mit Italien ehrlichen Ausgleich unter der Zusicherung von Kompensationen bewirken, damit Italien aktiv beim Dreibund bleibt, ja keinen Mann an italienischer Grenze lassen. Von England erneuert eingebrachten Schritt zur Erhaltung des Friedens ablehnen. Für Österreich-Ungarn zur Erhaltung Durchhalten des europäischen Krieges letztes Mittel. Deutschland geht unbedingt mit.“

Die andere Meldung, die in Wien am 31. Juli, 7 Uhr 45 morgens, eintraf, war von Moltke selbst unterzeichnet:

„Russische Mobilisierung durchhalten; Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensationen zur Bundespflicht zwingen.“



In diesem Telegramm muß man vier Punkte unterscheiden:

- a) Der an Österreich gegebene Rat, den Rest seiner Armee ohne Verzug zu mobilisieren, war vollständig gerechtfertigt.
- b) Dasselbe gilt von dem Rat, Italien Konzessionen zu machen.
- c) Die Unterredung betr. neuer Vermittlungsversuche Englands überschritt ohne Zweifel Moltkes Kompetenz. Sie hat aber keinen Einfluß auf die Entscheidungen des Wiener Kabinetts ausgeübt, denn sie wurde nicht einmal im Ministerrat vom 31. Juli diskutiert. Auch ist der Text dieser Anregung bestritten worden.
- d) Endlich erklärt sich das Versprechen, daß Deutschland seinerseits mobilisieren werde, aus der auf zahlreichen Meldungen gegründeten Überzeugung, daß Rußland unter dem Deckmantel einer offiziellen Mobilmachung gegen Österreich gleichzeitig zur geheimen Mobilmachung gegen Deutschland geschritten war.

Das Wichtigste aber ist, daß diese beiden Dokumente, die durch die Memoiren Conrads enthüllt worden sind, keineswegs das Hauptzeugnis der beiden oben erwähnten Unterredungen, die Herr von Moltke mit seinen Mitarbeitern gehabt hat, entkräften, und daß sich aus ihnen ergibt, daß keine Aussicht bestanden hat, weder vom Kaiser noch vom Kanzler die Zustimmung zur Anordnung der deutschen Mobilmachung zu erhalten, bevor nicht die russische allgemeine Mobilmachung auf eine unbestreitbare allgemeine Weise festgestellt werden konnte. Aber wir wollen noch zwei andere Dokumente hinzufügen.

Zur Stunde, wo man in Berlin die verhängnisvolle Depesche von Pourtalès entzifferte, richtete der Kaiser am 31. Juli von Potsdam aus einen handschriftlichen Brief an das Marineamt, in dem er ausführlich über die deutsch-englische Vermittlung sprach und in dem er sagte:

„Zwischen Wien und Peterhof sind die diplomatischen Besprechungen endlich begonnen worden, auch hat Peterhof auch London um Vermittlung angefleht.“

Wilhelm II. ist also noch um die Mittagsstunde des 31. Juli voller Hoffnung, daß der Friede erhalten werden kann. Wenig später ist diese Hoffnung geschwunden. Um 12 Uhr 55 telegraphiert er an den König von England: „Gerade erhielt ich Nachricht vom Kanzler, es sei ihm soeben die offizielle Meldung zugegangen, daß Nicki heute Nacht die Mobilmachung seiner ganzen Armee und Flotte

angeordnet hat. Er hat nicht einmal die Ergebnisse der Vermittlung abgewartet, an der ich arbeite, und mich ohne jede Nachricht gelassen. Ich fahre nach Berlin, um Maßnahmen für die Sicherung meiner östlichen Grenzen zu treffen, wo schon starke russische Truppen Aufstellung genommen haben.“

Es ist wohl kein treffenderer Beweis möglich, daß die am 31. Juli gegen 1 Uhr in Berlin getroffenen Entscheidungen einzig und allein durch die offizielle Mitteilung über die russische allgemeine Mobilmachung hervorgerufen worden sind und daß sie nicht getroffen worden wären, wenn diese Mobilmachung nicht dazwischen gekommen wäre.“

## Bücherschau.

**Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914.**  
Fünfte Gruppe, dritte Abteilung: „Europa vor der Katastrophe“.  
Band 34—40. In 10 Teilen gebunden. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1926.

**Dobrorolski, S.:** „Die strategischen Pläne der Parteien zu Beginn des Weltkrieges“. Veröffentlicht im Kriegssammelwerk der Gesellschaft der Freunde der Kriegswissenschaften, Band 2, Belgrad 1922, S. 22—82.

Diese in Deutschland bisher unbekannte Schrift des früheren Chefs der Mobilmachungsabteilung beim russischen Generalstab, General S. Dobrorolski, stellt eine vergleichende Studie der strategischen Aufmarschpläne der am Weltkriege hauptbeteiligten Mächte Deutschland, Rußland und Frankreich dar.

**Koerlin, Kurt:** „Zur Vorgeschichte des russisch-französischen Bündnisses 1879—1890.“ Mitteldeutsche Verlagsaktiengesellschaft, Halle, 1926, 241 S.

**Pehle, Max:** „Die Kriegsschuldfrage.“ Verlag L. Ehlermann, Dresden 1926, 126 S.

„Klein, aber inhaltsschwer“, so könnte man dieses Büchlein von 126 Seiten bezeichnen. Der Verfasser, Studienrat am Viktoria-Gymnasium in Potsdam, bringt, wie er im Vorwort bemerkt, nicht neue Forschungen, er will aber in kurzer prägnanter Form dem deutschen Schüler und darüber hinaus dem gebildeten Erwachsenen, der von

Berufs wegen keine Zeit zu eigenem tiefen Studium hat, die gesicherten Forschungsergebnisse vermitteln als Waffe zur Verteidigung und Befreiung des Vaterlandes. Diese Absicht dürfte vollkommen geglückt sein. Der Verfasser hat es trefflich verstanden, auf Grund seiner umfassenden Quellenkenntnis nicht nur eine klare und anschauliche Darstellung der geschichtlichen Vorgänge, sondern eine sehr wirkungsvolle Gegenüberstellung der Gedankenarbeit und ihrer Früchte in den verschiedenen, an dem europäischen Konflikt beteiligten Staaten zu geben. Mag man auch vielleicht in Einzelfragen hier und da abweichender Ansicht sein, wie das bei der heutigentags noch bestehenden Ungeklärtheit mancher Fragen ganz natürlich ist, so wird man dem Verfasser doch unter allen Umständen zubilligen müssen, daß er die für seine Beweisführung entscheidenden Momente geschickt, wirkungsvoll und wahrheitsgetreu herausgearbeitet hat. Minimale Ungenauigkeiten, die sich an einigen wenigen Stellen eingeschlichen haben, tun dem Ganzen nicht den geringsten Eintrag. Wir wünschen dem Büchlein in der deutschen Jugend den vollen Erfolg, den es verdient.

W. F.

Stieve, Friedrich: „Deutschland und Europa 1890—1914“. Ein Handbuch zur Vorgeschichte des Weltkrieges mit den wichtigsten Dokumenten und drei Karten. Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1926.

Friedrich Stieve, der bekannte Herausgeber der Iswolski-Dokumente, gibt in diesem Band eine Art Einführung zu der jetzt abgeschlossenen Aktenveröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amtes: „Die Große Politik der Europäischen Mächte 1871 bis 1914.“ In seinem Vorwort sagt Stieve über die Aufgabe und die Bedeutung der Geschichtsforschung der neuesten Zeit: „Für das deutsche Volk ist das Forschen nach dem Inhalt seiner jüngsten Vergangenheit zur zwingenden Notwendigkeit geworden. Wenn Geschichte jemals den Sinn einer tieferen Erkenntnis über das Schicksal der eigenen Nation gehabt hat, so ist das hier der Fall. Der geistige Wiederaufbau kann nicht mit einem überdrüssigen Abrücken von dem, was war, oder mit einem breiten Verherrlichen des verlorenen Glückes beginnen. Wir müssen dem Gestern entschlossen und unerbittlich gegen uns selbst ins Auge blicken, denn dieses Gestern ist — wir mögen es wollen oder nicht — doch immer der Ausgangspunkt für das Heute und das Morgen. Wenn wir vorwärts streben wollen, bedürfen wir der Klarheit über das, was hinter uns liegt.“ In diesem Sinne hat Stieve auch seine Aufgabe angefaßt und in großen Linien die deutsche Politik von 1871 bis 1914 skizziert.

Die Nachfolger Bismarcks haben das Erbe des ersten Kanzlers nicht zu bewahren gewußt. Sie haben das kunstvolle Gebäude des Bismarckschen Bündnissystems schon in den ersten Jahren nach der Entlassung des Kanzlers durchbrochen und den Rückversicherungsvertrag mit Rußland, der Deutschland die Rückendeckung im Osten sicherte, gekündigt. In dem Bestreben, jede gefährliche Unternehmung zu vermeiden, haben sie die von englischer Seite ausgehenden Bündnis-anregungen nicht aufgegriffen, sondern, wie Stieve es ausdrückt, „im Bewußtsein der Besserung der eigenen Stellung“ gingen die deutschen

Politiker dazu über, „Großbritannien durch augenfällige und forsche Gesten ihre Macht beweisen zu wollen, um es dadurch mürrisch zu machen“. Bismarcks bange Sorge um den Bestand des jungen Deutschen Reiches war bei seinen Nachfolgern geschwunden. Sie hatte „einer unvorsichtigen, sprunghaften Politik Platz gemacht, die nicht mehr die Lage von innen her beherrschte, sondern von Augenblick zu Augenblick durch die Ereignisse bestimmt und verändert wurde“. Wohl zum ersten Male ist es Stieve gelungen, auf das tiefe Verbundensein der Ursachen des Weltkrieges mit allen kulturellen und materiellen Fragen des vorigen Jahrhunderts hinzuweisen. „Der Verstand — sagt Stieve — war der wahre Gott des Zeitalters. Er durfte die alten, ehrwürdigen Götter angreifen, zersetzen und von ihren Thronen reißen, denn mit seiner Hilfe ging es auf dem neuen Wege in die Wirklichkeit glänzend aufwärts.“ Aus dieser Charakterisierung der Zeit leitet Stieve auch das Verständnis für die handelnden Persönlichkeiten jener Epoche ab, vor allem auch das Verständnis für den eigentlichen Leiter der deutschen Außenpolitik von 1890 bis 1905, für den Geheimrat von Holstein. Über ihn schreibt Stieve: „Auch die phantasie- und blutlose Verstandesschärfe eines Holstein konnte nur von den Angehörigen einer Generation anerkannt werden, die selbst den inneren Schwung und den Glauben an Imponderabilien verloren hatte.“ Die Fehler der deutschen Außenpolitik haben dazu beigetragen, den russisch-französischen Zweibund und späterhin die französisch-englische Entente und die Triple-Entente zu schaffen. Seit 1908 war Deutschland in der Politik vereinsamt, und sein einziger zuverlässiger Bundesgenosse blieb Österreich-Ungarn.

In genauer Kenntnis der Dokumente gibt Stieve eine Darstellung der französisch-russischen Balkanpolitik in den beiden entscheidenden Jahren vor dem Weltkriege. Die diplomatischen Kämpfe der beiden großen Bündnisgruppen Europas, des Dreibundes und der Triple-Entente, drohten in diesen Jahren fast ununterbrochen in Explosionen auszuarten. „Der Krieg“ — sagt Stieve — „war schon irgendwie in den erregten Geistern lebendig.“ Die Julikrise 1914 und den Kriegsausbruch selbst behandelt Stieve mit Recht im Rahmen dieser Darstellung in gedrängter Zusammenfassung. Denn Stieve will auch für die Julikrise nur die allgemeinen Gesichtspunkte herausarbeiten, um dem Leser zu zeigen, wie sich die großen Linien der Entwicklung der europäischen Politik seit Bismarcks Entlassung bis zum letzten Augenblick, bis zum Kriegsausbruch, ausgewirkt haben.

Im Anhang seines Buches gibt Stieve im Wortlaut die bei Kriegsausbruch 1914 bestehenden Verträge zwischen den einzelnen europäischen Mächten wieder. In drei Karten zeigt er die politische Gruppierung der europäischen Staaten im Jahre 1890, 1897 und 1914.

Stieve, Friedrich: „Iswolski e la guerra mondiale.“ Nicola Zanichelli, Bologna 1926, 282 S.

Vermeil, Edmond: „Les origines de la guerre et la politique extérieure de l'Allemagne au début du XX<sup>e</sup> siècle.“ Préface de M. E. Chaumié, Député. Payot, Paris 1926, 252 S.



Wallace, William Kay: „Thirty Years of Modern History.“  
George Allen & Unwin, London 1926, 293 S.

Waters, W. H. H., Brigx.-General: „Secret and Confidential.“  
John Murray, London 1926, 388 S.

---

# WINTERKURORTE

in denen „Die Kriegsschuldfrage“ ausliegt.

---

## Baden-Baden

Das berühmte Heilbad im Schwarzwald  
Gegen Gicht, Rheumatismus und Katarrhe

Mildes Klima, ganzjähriger Betrieb. Tägl. Konzerte und Theatervorstellungen  
Auskunft durch das Städtische Verkehrsamt Baden-Baden, Augustaplatz 1

## Bad Homburg

Das Bad für Magen-, Darm- und Stoffwechsel-Leidende

## Neustadt im Schwarzwald

850—1200 m ü. M.

Schönster Höhenluftkurort und Wintersportplatz des  
Hörschwarzwaldes \* Auskunft: Kurverein Telephon 145

## Bad Reichenhall

das schönste Alpenbad, ist auch im Winter offen

Kuren für Asthma und Emphysem und alle Erkrankungen der Atmungs-  
organe. \* Wintersport. \* Prospekte versendet kostenlos der Kurverein

## Schierke

der alpine Luftkurort und Wintersportplatz im Harz

650—1142 m ü. M. am Fuße des Brocken

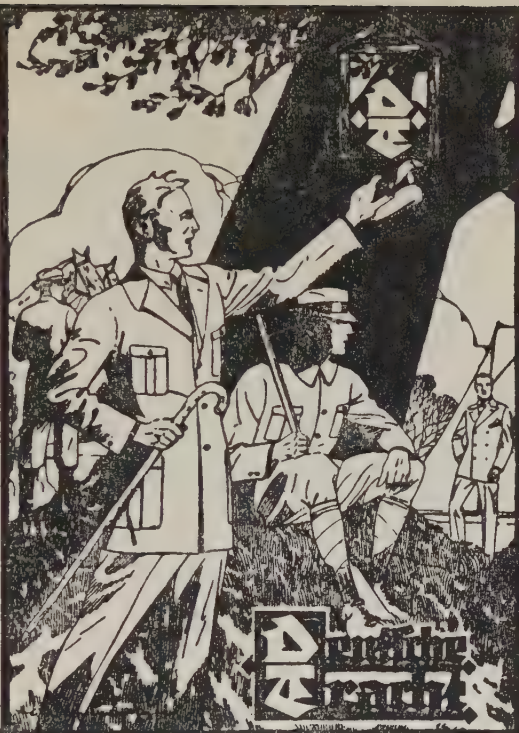
Bobsleigh, Rodel- u. Eisbahnen \* Skigelände u. Sprungschanze  
Vom 18. Dezember bis zum 15. Februar fährt die Brockenbahn bis Bahnhof  
Schierke. \* Prospekte und Auskunft kostenlos durch die Kurverwaltung  
Verkehrsamt der Gemeinde Schierke im Harz \* Fernsprecher 50

## Todtmoos

800—1200 m ü. M.

Südlicher Bad. Schwarzwald \* Klimatischer Höhenkurort

Auskunft Kurverein



## Was liefert die „Deutsche Tracht“?

|                               |                                                                                            |               |
|-------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| <b>Deutsche Tracht</b>        | (Rock, Weste, lange oder kurze Hose) siehe Abb. . .                                        | <b>Mk. 66</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (bisherige Qualität) siehe Abbildung . . . . .                                             | <b>Mk. 85</b> |
| <b>Deutsches Wams</b>         | (aus bestem Kammgarn, neue Qualität) siehe Abb. . .                                        | <b>Mk. 96</b> |
| <b>Deutsche Hansa</b>         | Dunkelblauer, zweireihiger Sacco-Anzug (nur mit langer Hose) aus Spezialkammgarn . . . . . | <b>Mk. 92</b> |
| <b>Deutscher Trachtmantel</b> | Gabardine, Rückenfalte mit Gurt, zweireihig . . . . .                                      | <b>Mk. 96</b> |

**Erleichterte Zahlungsbedingungen**

Versand in ganz Deutschland

Stoffproben, Maßanleitung und Druckschriften werden gern kostenlos übersandt.

**Deutsche Tracht gemeinnützige G. m. b. H.**  
**Berlin NW 6, Luisenstraße 38**

**Verkaufsstellen:**

**Berlin NW 6, Luisenstr. 38**  
 Eingang Marienstraße 1

**Essen, Bahnhofstraße 83**

**Flensburg, Holm 57**



**Kiel,**  
 Brunswicker Str. 13-15  
**Lübeck, Handelshof**  
**Magdeburg,**  
 Gr. Diesdorfer Str. 227  
**München,**  
 Reichenbachstraße 18

DIE  
**DRUCKEREI**  
FÜR  
**QUALITÄTSARBEITEN**

EIN- UND MEHRFARBENDRUCKE FÜR  
HANDEL • INDUSTRIE • GEWERBE



GEGR. 1889

**PAUL LEHSTEN**

BUCHDRUCKEREI GUTENBERG

HOFBUCHDRUCKER WEILAND IHRER MAJESTÄT DER KAISERIN

*Charlottenburg 1 Berliner Straße 119*

FERNRUF: WILHELM 180 u. 9852

ABENDRUF: WILH. 3206

Das führende sozialpolitische Organ Deutschlands ist

## „Der Arbeitgeber“

Die offizielle monatlich zweimal erscheinende Zeitschrift der  
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Sie bringt alles auf dem sozialpolitischen Gebiet Wissenswerte in ausführlichen Aufsätzen oder kritisch berichtend und befaßt sich darüber hinaus mit den großen kulturellen und staatspolitischen Fragen, die das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft bewegen. Die Zeitschrift ist daher unentbehrlich für alle diejenigen, die in geistigem Zusammenhang mit den großen Fragen der Sozialpolitik auf den Auffassungenführender deutscher Wirtschaftler bleiben wollen, insbesondere für Vertreter der Wissenschaft, Dozenten und Hörer der Universitäten, für Behörden, Politiker und alle sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des In- und Auslandes. Bestellungen (vierteljährlich 3 Mark) werden von jeder Postanstalt und beim VERLAG OTTO ELSNER, Berlin S 42, Oranienstr. 140/142 entgegengenommen.



Friedrich Stiebe  
**Deutschland und Europa**  
**1890—1914**

Umfang 250 Seiten Großoktav mit 3 Karten

Preis broschiert Mk. 4.— / Gebunden Mk. 5.—

★

Kurze Darstellung

der deutsch-europäischen Politik bis zum Kriegsbeginn.

Zusammenfassung alles Wesentlichen, was die  
große Altkonferenz des Auswärtigen Amtes gebracht hat.

Alle zum Verständnis notwendigen Dokumente und Verträge.

Daher ein Quellenbuch ersten Ranges.

**Verlag für Kulturpolitik Berlin**

# H. J. Wilm

Kgl. Hofjuwelier

Berlin C, Jerusalemer Straße 25

Juwelen, Gold, Silberwaren  
Silberausstattungen

gegründet 1767

## Breußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft

empfiehlt sich  
zur preiswerten Anfertigung  
sämtlicher Druckfachen und Massenauflagen  
Zeitschriften / Zeitungen  
Werke

Setzmaschinen \* Stereotypie \* Rotationsdruck \* Flachdruck

Berlin SW 48 / Wilhelmstraße 32

Fernsprecher: Amt Hafenstraße Nr. 3123 — 3125

### Wer sein Haar nicht färben,

das graue Haar jedoch verdecken will, benutze meine Brillantine

„Ich hab's gefunden“ ✓

à Flasche 3,75 Mark (blond, braun, schwarz). Nur zu haben bei

**Paul Lange, Friseur, Berlin, Königstr. 38**

Telefon Alexander 4902

Älteste Haarfärbe- und Frisiersalons :: Bedienung nur durch bestgeschulte Fachleute  
Elgene sowie sämtliche bekannte Farben: Henna usw.

Verlag: Zentralstelle f. Erforschung d. Kriegsursachen, Berlin NW 6. Postscheck: Bln. NW 7 Nr. 25 558.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Alfred von Wegerer, Berlin NW 40.

Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin SW 48.













